REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 328 · 11.3.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 57 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Bremer Friedensbewegung und Golfkrieg
2. Gemeinsame Erklärung von Reservisten der Bundeswehr und der U.S. Streitkräfte
3. Nazis aktiv im Raum Köln/Bonn
4. Nach dem Waffenstillstand am Golf: Der Krieg in Türkei-Kurdistan geht weiter
5. Die Neue Weltordnung hat begonnen
6. Syrien und die Neuordnung des Nahen Ostens (Teil 1) - Dietrich Schulze-Marmeling
7. Der Golf - Versuchsfeld der Kriege von morgen - Michael Klare
8. Die Straße des Schreckens (Auszug aus "the Independent")
9. Israel, die Golfkrise und die Intifada
10. Der Anschlag von Tunis
11. England im Krieg: Seite an Seite mit den USA - Eckard Voss
12. "Gegen diesen Krieg läßt es sich schwer demonstrieren" - Die niederländische Linke und der Golfkrieg - Huub Jaspers
13. Falchi e colombe. Altlinke Falken und päpstliche Tauben
14. Nicht ohne meine Tochter (Buchbesprechung)
15. Die kalte Nacht des 16. Januar - Fatema Mernissi (aus
16. Bundeswehreinsatz und Mobilmachung im Bündnisfall
17. Versuch, die Israel-Debatte auf die Füße zu stellen - Dietrich Schulze-Marmeling
18. Die Welt ein Schlachthaus - Brennt Kerzen an! - Kritik der Friedensbewegung - (aus "Flugschrift", Radikale Linke)
19. Universelle Zivilität gegen arabische Nation - Linkes Coming out für den Krieg (aus "Flugschrift", Radikale Linke)
20. Kriegsende. Vorkriegszeit. - Aufruf zum Antikriegsrat am 23. März
21. Antisemitismus und Antizionismus. Kritik autonomer Positionen (aus "Flugschrift", Radikale Linke)
22. Nazis - Bullen - Enten. Nazis und der Golfkrieg, Teil 2
23. Die anti-deutsche Orientierung in der (Golf-) Krise
24. Mit dem Internationalismus den Antiimperialismus erschlagen?
25. Israel - immer für einen zünftigen deutschen Diskurs gut
26. Logik, Konsequenz und Antisemitismus - Ströbeles Israeltrip
27. Eine Gesellschaft wird abgewickelt Der gewollte Zusammenbruch der DDR
28. Die Lage von Betrieben, Beschäftigten und Arbeitslosen
29. Die Kosten der Einheit und die Politik in Bonn
30. Das Schlachtfest des Kapitals - Das Agieren der Treuhand in der Ex-DDR
31. "Auf Wiedersehen, Jugoslawien ..."
32. Albanien - Der letzte rote Stern versinkt ...
33. Sowjetunion von innen. Fünf Monate als Praktikant in landwirtschaftschaftlichen Betrieben der UdSSR
34. Bedroht uns eine neue Völkerwanderung?
35. El Salvador: Wahlen im Krieg
36. "Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Verhandlungen und bewaffnetem Kampf". Interview mit Shafik Handal (FMLN)
37. Von der Stadtguerilla zur Massenpartei Die Tupamaros im heutigen Uruguay
38. Ersatzteile für Cuba (Aufruf)
39. Philippinen: "People Power" öffnete die Büchse der Pandora - Rainer Werning
40. Politische Justiz in den USA. Interview mit Norman Paech
41. Straubing: Zwangspsychiatrisierung zur Aussageerpressung (Presseerklärung der Prozeßgruppe)

42. Letzter Zufluchtsort? - Betr.: Saddam, die neue/alte Weltordnung (AK 327)
43. Keine Angst vorm Abgrund! Die GAL Hamburg spaltet sich erneut und steht vor dem Ende
44. Warum eigentlich nicht Regionalpartei? Zur aktuellen Lage und den Möglichkeiten der PDS - Michael Pickardt
45. So einfach ist es nicht ... Eine Kritik zum Artikel "PDS - Partei eines gar nicht so neuen Typs" (AK 327)
46. Das Leben des Antonio Gramsci (Teil 1)
47. Berlinale 1991 - ein aktueller Bericht
48. Enzensberger und andere
49. Quelldatei 16.htm
50. KALENDER
51. "Auf Wiedersehen, Jugoslawien..."
52. Erklärung zu den Konsequenzen aus der GAL-Mitgliederversammlung vom 2. März 1991
53. Die DDR wird abgewickelt
54. Die freie Wahl!
55. Die Sowjetunion auf dem Lande
56. Der Golfkrieg, die Linke ...
57. Die Welt in (Un)Ordnung

1. Bremer Friedensbewegung und Golfkrieg

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:09

Zu den Städten mit besonders aktiver Beteiligung von SchülerInnen gegen den Golfkrieg gehörte Bremen. Politisch eindeutige Proteste der Jugend vor Rüstungsbetrieben wurden von einem eher senilen als altersweisen Teil der 68er Linken mit Skepsis und Ablehnung betrachtet. Die irakischen Raketenangriffe auf Israel lieferten diesen - vorrangig bei in und um die Grünen versammelten Funktionären, Journalisten, Lehrern - die Möglichkeit, mit dem Anstimmen der Debatte um Waffenlieferungen an Israel ihre gesellschaftliche Stellung zur Verwirrung der Friedensbewegung zu nutzen.

Bereits im Spätherbst/Dezember 1990 bildeten sich in Bremen verschiedene Initiativen und Arbeitskreise, die sich mit der Krise in der Golfregion beschäftigten. Eine durchschlagende politische Resonanz fanden diese Gruppen jedoch noch nicht. Eine erste mehrtausendköpfige Demonstration am 15.12.1990 war von autonomen Gruppen initiiert worden, deren Angebote zur Zusammenarbeit die Grünen abgelehnt hatten (lt. Bremer Kassiber Nr. 12).

Von diesem Zeitpunkt an versuchten Bremer Grüne und ihre SympathisantIn- nen massiv, das parteiunabhängige Bremer Golfplenum für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Mit dem Hinweis auf die Resolutionen des Weltsicherheitsrates wurde der Vorwand der US-Politik, die Durchsetzung des Völkerrechts ebenso verteidigt wie die Embargo-Politik gegen den Irak.

Zur Demonstration am 12. Januar 1991, wenige Tage vor Kriegsbeginn, fanden sich rund 12.000 Menschen aus allen Strömungen der Friedensbewegung ein. Zu diesem Zeitpunkt liegt die Initiative noch bei den parteiunabhängigen und nicht-institutionellen Gruppen.

Das spiegelt sich auf einer Gewerkschaftsveranstaltung am Vorabend des Krieges wider, auf der noch sehr offen den BasisvertreterInnen Raum für die Darstellung ihrer Auffassungen gegeben wird. Von Seiten des DGB wird eine Resolution zur Abstimmung gestellt, die für den 18.1. zu einer viertelstündigen Arbeitspause ab 5 vor 12 (Mittagszeit!) aufforderte. Gerade in Produktionsbetrieben wird der Aufruf nur wenig befolgt. - Wegen angeblich rechtlicher Unklarheiten ließ die DGB-Führung den Solidaritätsaufruf für Deserteure aus der ersten Auflage des Flugblattes schwärzen.

Nach Kriegsbeginn ...

... demonstrieren tagelang zehntausende von Menschen, vor allem SchülerInnen, gegen den Krieg. Unter dem Motto "Den Alltag stören" zeichnen Straßenblockaden und Schulstreiks das Stadtbild.

Auf einer Kundgebung am 17.1.91 treten sowohl SPD-Bürgermeister Wedemeier - gegen tausendfache Proteste - als auch Ralf Fücks (Bremer Grüne) auf. Fücks nutzt seinen Auftritt doppelt: Erstens signalisiert er erneut seine Übereinstimmung mit den alliierten Kriegszielen und zweitens greift er - im Herbst sind Bürgerschaftswahlen - Wedemeier wegen der Verstrickungen der Bremer SPD mit den Rüstungsbetrieben Bremens an (s. TAZ, 19.1.91). Am 19.1.91 findet erneut eine Großdemonstration statt, an der "nur noch" höchstens 10.000 Menschen teilnehmen. Die Demonstration war frühzeitig vom autonomen Spektrum vorbereitet worden, andere Strömungen riefen ebenfalls mit auf. Als sich abzeichnete, daß der unabhängige Teil der Friedensbewegung mit dem Versuch einer Bahnhofsblockade über reinen Legalismus hinausgehen wollte, unternahmen Grüne und DGB sowie Bremer Friedensforum erhebliche Versuche, bereits im Vorfeld Demonstrations- und Kundgebungsleitung an sich zu reißen.

Nachdem der linke Teil der Vorbereitungsgruppen sich diesen Vereinnahmungsversuchen widersetzt hatte, wurde auf der gemeinsamen Kundgebung offen gespalten und von Seiten des gemäßigten Spektrums dazu aufgerufen, nicht zum Hauptbahnhof zu gehen, weil die Autonomen es auf militante Auseinandersetzungen mit der Polizei anlegten. Dennoch zogen ca. 3.000 Personen zum Hauptbahnhof, wo sie von einem großen Polizeiaufgebot erwartet wurden, das auf einige Farbeier und Flaschenwürfe mit massivem Wasserwerfereinsatz reagierte.

Die politische Ausgrenzung der Autonomen wurde am selben Abend im Bremer Regionalfernsehen von Robert Bück- ing (langjähriger Aktivist und Grünen-Sympathisant) dahingehend erweitert, daß er die Autonomen als "schwere Belastung" für die Friedensbewegung bezeichnete, mehr Plakate für Abzug des Irak aus Kuwait

anmahnte und die Autonomen in die anti-semitische Ecke abdrängte. Das Demonstrationsgeschehen wurde in der TAZ vom 21.1.91 derartig umgelogen - defensives Verhalten der Polizei -, so daß selbst die Berichterstattung des CDU-Blattes "Weser-Report" tatsachengenauer war (20.1.91).

Alle nach dem 19.1.91 folgenden Aktionen, so SchülerInnendemonstrationen vor Bremer Rüstungsbetrieben MBB, Siemens und der Lürssen-Werft, wurden nicht mehr von der gesamten Friedensbewegung geplant und durchgeführt. Auf die SchülerInnen-Aktionen wurde nach einigen Tagen sozialdemokratischer Toleranz vom als links geltenden Schulsenator Scherf mit Zuckerbrot - einer Schnellschußbroschüre für den Unterricht - und Peitsche - Repression durch die Schulleitungen - reagiert.

Patriots für Israel

Die Bremer Grünen befinden sich bereits seit langer Zeit auf dem realpolitischen Flügel der grünen Partei. Nachdem einzelne Spitzenvertreter (Martin Thomas, Ralf Fücks) gleich zu Beginn der Israel-Debatte in der Friedensbewegung zu erkennen gaben, daß sie sich die Chance zum Seitenwechsel nicht entgehen lassen wollten, beschloß die Landesmitgliederversammlung im Februar eine Stellungnahme zum Golfkrieg, deren zentrale Sätze lauten: "Die akute Gefährdung Israels stürzt uns in einen Konflikt mit unseren eigenen Prinzipien. Wir können nicht guten Gewissens gegen Abwehrwaffen für Israel auftreten, nachdem wir die Belieferung des Irak mit Angriffstechnologie nicht verhindern konnten."

In mehrfacher Hinsicht überboten wurde dieser Abschied von radikalpazifistischer Ausrichtung von Marieluise Beck-Oberndorf (Landesvorstandssprecherin der Grünen) auf einer Veranstaltung des Bremer Golfplenums. Orakelhaft stellte sie der Friedensbewegung die Aufgabe, "ernsthaft" darüber nachzudenken, ob Diktaturen nicht auch von außen gestürzt werden müssen, und kündigte die nächste schwere Auseinandersetzung an, wenn die Friedensbewegung sich zur Beteiligung der Bundeswehr an UN-Friedenstruppen verhalten müsse. Das schlimmste befürchten ließen Andeutungen, daß es die UNO doch nicht hinnehmen könne, falls die sowjetische Zentralregierung im Baltikum weiterhin das Völkerrecht verletze. Während die letzten linken Grünen weiterhin das Feigenblatt für die Partei abgeben, entschieden sich zwei Mitarbeiterinnen des Dritten-Welt-Hauses zu Konsequenzen: mit einer öffentlichen Erklärung traten sie von ihrer Vertretung des Bremer Landesverbands im grünen Soli-Fonds zurück. Auch darüber hinaus läßt sich gar nicht sicher sagen, daß die Grünen mit ihrem schnellen Aufstieg auf die Plattform der Rüstungsexporteure klug gehandelt haben, denn sie trugen zwar zur Verwirrung bei und hatten ihren Anteil am Burgfrieden, aber sie verloren zugleich in der parteiunabhängigen Bewegung und bemerkenswerterweise der linken Sozialdemokratie erheblich an Kredit.

Noch Perspektiven?

In den letzten Tagen des Krieges gab es einen "Friedensratschlag", an dem sich vom Bremer Golfplenum bis hin zu Sozialdemokraten und Friedensforum viele Strömungen der Friedensbewegung beteiligten. Kritisch vermerkt werden muß nur, daß es scheinbar nirgendwo gelungen ist, eine Brücke zur SchülerInnenbewegung zu schlagen. In der Tradition der gemäßigten Friedensbewegung früherer Jahre setzte ein Großteil der Anwesenden auf die Initiativen Michail Gorbatschows, doch war die Forderung nach bedingungslosem Waffenstillstand Grundlage einer sehr schwachen Demonstration am letzten Kriegstag. Es zeigte sich auf diesem Friedensratschlag ebenso wie auf einer Tage später durchgeführten Gewerkschaftsveranstaltung, daß im Rüstungszentrum Bremen eine Kampagne gegen Rüstungsproduktion, für Produktionsumstellung und gegen Rüstungsexporte die Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen fortschrittlichen GewerkschafterInnen und der Friedensbewegung bilden könnte. Doch davor liegt die Auswertung der Lehren dieses Krieges und des Versagens der Friedensbewegung.

fo.

2. Gemeinsame Erklärung von Reservisten der Bundeswehr und der U.S. Streitkräfte

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:48

Dokumentation

Gemeinsame Erklärung von Reservisten der Bundeswehr und der U.S. Streitkräfte

Der Krieg geht weiter ...

Diese Erklärung wurde geschrieben, um der gegen die Friedensbewegung gerichteten "Anti-Amerikanismus"-Propaganda offensiv, d.h. durch Zusammenarbeit mit US-Soldaten, zu begegnen - und zwar mit antiimperialistischer Akzentsetzung. Der Krieg gegen den Irak ist nur einer von unzähligen Kriegen der USA und der anderen imperialistischen Staaten. Der "allied Blitzkrieg" ist zwar vorbei, aber damit ist nur eine Schlacht beendet - der Krieg geht weiter: Im Nahen Osten, in Afrika, in Lateinamerika, in Asien.

Die USA und die anderen imperialistischen Staaten führen einen permanenten Krieg gegen die Völker der "3. Welt" und nicht zuletzt auch gegen die Armen und Minderheiten in den imperialistischen Zentren. Unser Widerstand muß ebenso permanent und weltweit sein wie dieser Krieg. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß der Umsturz der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung der einzig mögliche Weg zum Frieden ist.

Nach seinem Überfall auf den Iran wurde Saddam Hussein durch Rüstungsexporte und politische Unterstützung von den westlichen und "real-sozialistischen" Staaten an der Macht gehalten. Jetzt, da er aus der Reihe tanzt und auf eigene Rechnung andere Länder überfällt, haben sich die Regierungen Westeuropas und der USA zusammengeschlossen. In einem verbrecherischem Krieg um Öl und Machtinteressen wollen sie auf dem Rücken des kuwaitischen und des irakischen Volkes ihre Vorherrschaft in der Region sichern. Der größte Teil der kuwaitischen Bevölkerung wird seine "Befreiung" nicht überleben.

Der internationalen Zusammenarbeit der Kriegstreiber wollen wir die internationale Zusammenarbeit der Anti-Kriegs-Bewegung entgegensetzen.

Als Reservisten der Bundeswehr und der US-Streitkräfte erklären wir:

- Wir werden jede Form des Kriegsdienstes verweigern

- Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um die Kriegsmaschinerien zu stoppen und die Streitkräfte zu zersetzen

- Wir unterstützen jede angemessene Form des Widerstands gegen diesen Krieg

- Wir sind der Auffassung, daß der einzige Kampf, an dem wir uns beteiligen würden, der Krieg gegen jene sein sollte, die durch die Unterstützung von Diktatoren und Waffenexporte diesen Krieg - und auch viele andere Kriege - verursacht haben.

Erstunterzeichner:

Andre Trentzsch, PSV Bataillon 850, Bundeswehr; Sam Price, 5th Signal Command, US- Army; Thomas Zude, Fernmeldekompanie 772, Bundeswehr; Andreas Wenzel, II/113, Delmenhorst, Bundeswehr; M.C. Treason, 105th FSV, US- Army.

(im Original wird diese Erklärung zweisprachig vertrieben)

Kontakt: Friedensbüro, 6800 Mannheim, M2 15B, Tel.: 0621/104437, Fax: 0621/456662

3. Nazis aktiv im Raum Köln/Bonn

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:13

Bonn: Am 23. Februar 1991 sollte in der Bonner Beethovenhalle ein "Deutscher Nationalkongreß - Deutschlands Osten und die Zukunft Europas" stattfinden. Der Initiatorenkreis ist identisch mit dem, der schon am 3. November 1990 in Koblenz einen bis zuletzt geheimgehaltenen Kongreß "Initiative Deutschland '90" mit angeblich 250 Besuchern veranstaltete. Laut nicht bestätigten Gerüchten trafen sich die Rechtsextremisten damals auf einem Bundeswehrgelände in Koblenz. Motoren des ersten Kongresses waren die Zeitungen "Junge Freiheit" aus Stegen, "Wir Selbst" aus Koblenz und "Europa" aus Wesseling. Die Leitung des ersten Kongresses hatte der Wesselinger Harald Thomas, der auch Herausgeber der Zeitung "Europa" und Geschäftsführer eines rechtsextremen "Nationaleuropäischen Jugendwerks e.V." ist. Zum Bonner Kongreß wurde unter der Kontaktadresse des antisemitischen Pfarrers Wolfgang Borowsky eingeladen. Borowsky war Mitglied der "Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess" und des "Schutzbund für das deutsche Volk" (SdV).

Die "Bonner Linie" des Polizeipräsidenten Kniesel (Gespräche und Vorbereitungen mit Neonazis - Nachrichtensperre und Hinhaltetaktik gegenüber Antifaschisten) kam diesmal nicht zum Tragen. Wegen der allgemeinpolitischen Weltlage durch den Krieg am Golf und dem besonderen Engagement der Bundesrepublik für Israel, ist ein offener Antisemitismus in Bonn zur Zeit nicht opportun und unerwünscht. Da ernstzunehmende Auseinandersetzungen nicht auszuschließen waren und die Bonner Polizei auf Grund befürchteter Anschläge alle Kräfte für den verstärkten Objektschutz braucht, wurde der Kongreß auf September verschoben. So jedenfalls die offizielle Version.

Nach Angaben aus Kreisen der Bonner rechten Szene will die FAP im September den Saalschutz besorgen. Weiteren Angaben zufolge, will angeblich auch Thies Christophersen am Kongreß teilnehmen.

Köln: Die Kölner REP samt ihrer Stadtratsfraktion (Markus Beisicht, Manfred Rouhs und Gabriele Schlaeper) traten Anfang Februar in Harald Neubauers "Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte" (DA/VR) ein. Nach internen Machtkämpfen, Wahlschlappen und starken Zerfallserscheinungen sind somit die größten verbliebenen REP-Verbände in NRW (Köln, Aachen und der Erftkreis) fast geschlossen in die neue Rechtspartei übergetreten. Kurios: Die Versicherungsgesellschaft "Deutsche Allianz" reichte in Köln sofort eine Unterlassungsklage auf den Namen ein. Noch vor anderthalb Jahren waren Leute wie Manfred Rouhs oder Markus Beisicht für Schönhuber lebende Vorzeigeobjekte für die "Intellektualisierung" der Partei. Beide waren im Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) in Köln organisiert, der als Keimzelle des stärksten Kreisverbandes der REP in NRW gilt. Gegründet wurde der RFS am 1.12.80 in Köln. Bis zur Streichung aus der Matrikel, war die neofaschistische Studentenorganisation zeitweilig mit ein bis zwei Sitzen im Kölner Studentenparlament vertreten.

Als Motor für die neue Partei DA/VR in NRW wird Rouhs Zeitschrift "Europa Vorn" gesehen. Die ersten Flugblätter, die in Köln verteilt wurden, wiesen eine verstärkte nationalrevolutionäre Argumentationsweise auf. Nach der Neugründung erhofften sich Beisicht und Co. ein erneutes Zusammengehen mit der REP-Abspaltung "Die Bürger". Diese war vorher unter dem Namen DAFIG ("Deutsche Autofahrer Interessengemeinschaft") mit den REP eine Listenverbindung zu den Kölner Kommunalwahlen 1989 eingegangen. Die DAFIG wurde am 17.9.1988, und die REP-Abspaltung "Die Bürger" am 25.11.89 in Köln gegründet. Führende Funktionäre in beiden rechtsextremen Parteien sind die Ex-REP und momentan "Die Bürger"-Stadträte Friedrich Ring, Joachim Weier, Manfred Zeise sowie der Neonazi Bertram Oertel. Oertel betreibt nebenbei eine rassistische "Bürgerinitiative für Deutschland" (BRD) und ein Hetzblatt namens "Pro Deutschland".

Köln: Hans Rustemeyer aus Köln ist mittlerweile als Redaktionsmitglied für Manfred Rouhs nationalrevolutionäres Blatt "Europa Vorn" tätig. Bei den Europawahlen 1989 kandidierte er auf der Kölner Liste der ÖDP. Kurze Zeit später war er Mitglied in der "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen". Seine neofaschistische Laufbahn begann Rustemeyer als Funktionär der "Freien Sozialistischen Volkspartei" (FSVP). Mitstreiter waren damals Erwin Schönborn und Alfred E. Manke. Nach einem Intermezzo in der NPD war er lange Zeit DVU-Funktionär (Propagandaleiter) in Köln. In den 80er Jahren wechselte er zur ÖDP über.

Bonn: Die vielfältigen Beziehungen der sich gern "demokratisch" gebenden NPD zur offen militanten neofaschistischen Szene im Bonner Raum werden kaum mehr kaschiert. Zur Bundestagswahl kandidierte für

die NPD im Rhein- Sieg-Kreis Axel Radloff, der FAP-Mitglied ist und in Bonn den Flügel um Michael Kühnen repräsentiert. Radloffs Werdegang ist teilweise gut dokumentiert in der Zeitschrift "Tribüne" (Heft 103, 1987, S. 7-12) bzw. im Dokumentarfilm "Bock auf Hitler" von Dieter Adler (WDR), wo er ein Interview zum Besten gibt (Militaria-Fan).

Verbindungsmann zwischen NS-Szene und NPD ist nach wie vor Kurt Wittkowski aus Meckenheim-Lüftelberg. Schon in den "Gottwald-Papieren" wird er als solcher erwähnt ("Konkret" Sept. 1983, S. 59, 63). Mittlerweile ist das FAP-Mitglied auf Grund seiner guten Kontakte zu ausländischen Kameraden und deren Organisationen, zum Auslandsbeauftragten des Flügels um Friedhelm Busse avanciert.

Arbeitskreis Antifaschismus Bonn

4. Nach dem Waffenstillstand am Golf: Der Krieg in Türkei-Kurdistan geht weiter

Rubrik: Golfkrieg; Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:54

Während die "Friedensbewegten" in aller Welt sich nach der Verkündung des Waffenstillstands am Golf beruhigt ausruhen und sich ein Teil der US-und Nato-Truppen aus der Golfregion auf dem Heimweg befindet, hat die türkische Arme ihren Krieg gegen die kurdische Bevölkerung gerade in den letzten vierzehn Tagen noch einmal verschärft. Großangelegte Razzien, Massenfestnahmen und Folterungen werden in allen kurdischen Provinzen des Ausnahmezustandsgebietes durchgeführt. Auch im Westen der Türkei haben Polizeiaktionen und Folterungen ein Ausmaß erreicht wie in den ersten Jahren nach dem Putsch. Während die Öffentlichkeit in der Türkei wie in Westeuropa jedoch weitgehend schweigt und den Feldzug der türkischen Armee nur in kurzen Meldungen erwähnt, setzt sich die kurdische Bevölkerung trotz massiver Truppenpräsenz und Schußwaffengebrauch der türkischen Soldaten verzweifelt zur Wehr. Allein in der ersten Märzwoche protestierte die kurdische Bevölkerung mit regionalen Aufständen, Demonstrationen und Streiks gegen den Armeeterror.

Die Lobhudeleien der westlichen Verbündeten für die "Bündnistreue" des Nato-Partners und das weitgehende Schweigen zu den eklatanten Menschenrechtsverletzungen in den letzten Monaten wurde von den türkischen Stellen offensichtlich als Einladung verstanden, diesen Kurs fortzusetzen. Am Montag dem 4. März begann vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara der Prozeß gegen 55 Studenten, die sich an Protestaktionen gegen den Krieg beteiligt hatten und der Organisation Dev Sol zugerechnet werden. Alle Angeklagten berichteten zu Prozeßbeginn von starken Folterungen, denen sie während der Polizeihaft bei der berüchtigten DAL-Foltereinheit ausgesetzt waren. Einer ihrer Freunde, der Student Birtan Altunbas, war dort zu Tode gefoltert worden.

Allein in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres wurden in türkischen Polizeistationen sieben Menschen zu Tode gefoltert. Selbst ein Gesetzentwurf aus den Reihen der regierenden ANAP, der eher kosmetische Maßnahmen zur "Einschränkung" der Folter vorsah, scheiterte dieser Tage am Einspruch aus dem Justiz- und Innenministerium. Das Innenministerium legte Mitte Februar den Entwurf für ein "Anti-Terror-Gesetz" vor. Danach soll die Polizeihaft - im Klartext: die Zeit der Polizeifolter, während der Festgenommene keine Kontaktmöglichkeiten zu Angehörigen oder Anwälten haben - wieder auf 45 Tage verlängert werden; Untersuchungshäftlinge, denen "Terrorstraftaten" (d.h. politisch motivierte Gewalttaten) zur Last gelegt werden, sollen in speziellen Isolationszellen untergebracht werden; die Staatsanwälte sollen bevollmächtigt werden, festgenommene Personen (nach der 45-tägigen Polizeihaft) ohne Vorführung beim Haftrichter zu inhaftieren; beim Innenministerium soll eine (weitere) spezielle "Anti-Terror-Einheit" aufgestellt werden. Außerdem sieht der Entwurf vor, Kronzeugen und Zeugen (!) durch ein großzügiges Prämiensystem zu entlohnen bis dahin, für ihren Lebensunterhalt aufzukommen.

Armeeterror in Kurdistan

Mehr als 100.000 zusätzliche Soldaten hatte die türkische Armee während der Vorbereitung des Golfkrieges in die kurdischen Gebiete entlang der irakischen Grenze verlegt und den Krieg als Vorwand genutzt, um Hunderte von Dörfern zwangszuräumen und die Bevölkerung zu vertreiben. Ähnlich wie der Irak 1988 und 89 einen 30 km breiten Streifen entlang der Grenze vollständig entvölkert hatte, wollte auch die Türkei, durch Schaffung dieser Pufferzone, der kurdischen Guerilla ihren Boden entziehen. Dementsprechend wurden die zu evakuierenden Dörfer weniger nach geographischen Kriterien, sondern mehr nach ihrer vermeintlichen Unterstützung für die Guerilla der PKK festgelegt. Im Januar traf dies unter anderem mehrere Dörfer der Kreisstadt Lice, nördlich von Diyarbakir und mehr als 250 km von der irakischen Grenze entfernt.

Am Tag des Waffenstillstands zwischen den USA und dem Irak begann die türkische Armee mit Razzien und Massenfestnahmen in allen kurdischen Provinzen eine der größten Offensiven der letzten Zeit gegen die Aufständischen, wobei das jeweilige "Operationsgebiet" für die Presse gesperrt wurde. In der Kreisstadt Karakocan (Provinz Elazig) wurden im Februar 50 Personen festgenommen und gefoltert, 40 von ihnen verhaftet, darunter der Bürgermeister, sowie bekannte Mitglieder der Oppositionsparteien SHP und HEP. In der Kreisstadt Bismil wurden am 7. Februar 30 Personen festgenommen, die sich bislang noch in den Händen

der Polizei befinden. In Diyarbakir, Siirt, Silvan Batman, Kurtalan, Bingöl, Maras, Van - kurzum in sämtlichen kurdischen Provinzen wurden Menschen von zehnjährigen Schülern und Schülerinnen bis zum 80jährigen Greis in die Folter- und Verhörzentren geschleppt. Im Dorf Simsor (Bingöl) wurde das Café eines kurdischen Patrioten von den Sicherheitskräften in die Luft gesprengt. Häufig bringt die türkische Presse auch einfach Meldungen über angebliche "Terroristen" (Guerillas), die bei bewaffneten Zusammenstößen mit der Armee getötet worden seien. So sollten am 23. Februar in der Nähe des Dorfes Köycegiz (Kreis Cizre) angeblich sieben Guerillas bei einem Gefecht mit der Armee umgekommen sein. Wie Journalisten aus der Region berichteten, handelt es sich bei den Erschossenen jedoch um einfache Grenzhändler (Schmuggler), die von den türkischen Soldaten regelrecht mit Kugeln durchsiebt wurden, in jeder der Leichen steckten über einhundert Kugeln. Vergleichbare Meldungen von angeblich bei Gefechten erschossenen Guerillas finden sich in der türkischen Presse beinahe täglich. In der gesamten Region hat der Armeeterror ein Ausmaß erreicht, daß die Bevölkerung in der letzten Woche aus dem Gefühl heraus, "wir haben eh nichts mehr zu verlieren" ihren Protest auf die Straße trug.

Aufstand in Sirnak

Die erste größere Auseinandersetzung ereignete sich am 28. Februar in Sirnak, als Soldaten Einwohner aus der Umgebung der Stadt gewaltsam daran zu hindern versuchten, Kohle aus der vor gut einem Jahr stillgelegten Mine zu schürfen und per Maultier zum Verkauf in die Stadt zu transportieren. Dieser Kohlenverkauf ist das Gewohnheitsrecht und gleichzeitig Existenzgrundlage für 3-4.000 Menschen mit ihren Familien. Vor allem die Familien, die in den letzten Jahren von der Armee aus ihren Dörfern im Botangebiet vertrieben und ihrer Tiere und Höfe beraubt wurden, suchten mit dem Kohleverkauf ihr Überleben zu sichern. Die türkischen Soldaten eröffneten das Feuer auf die Kohlesammler und erschossen 200 ihrer Maultiere. Gleichzeitig feuerten sie wie wild in die Luft, wodurch ein Stromkabel durchgetrennt wurde und einen Soldaten tötete. Die Kohlesammler sowie weitere Bauern, die Augenzeugen des Vorfalls geworden waren, sammelten sich daraufhin zum Protestzug in Richtung Sirnak. Obwohl die Soldaten mit scharfer Munition (in die Luft) schossen, waren sie durch nichts mehr einzuschüchtern und überwanden auch eine von den Soldaten errichtete Barrikade. In der Stadt schlossen sich von Minute zu Minute immer mehr Menschen dem Zug an. Die Händler schlossen ihre Läden, die Schüler verließen das Gymnasium, schließlich befand sich die ganze Stadt im Aufstand, der Zug war auf etwa 20.000 Menschen angewachsen. "Nieder mit dem türkischen Staat, es lebe Kurdistan, es lebe die PKK" wurde gerufen, mehrere staatliche und Regierungsgebäude angegriffen und z.T. erheblich zerstört. Mehrere Stunden setzten sich die Demonstranten, darunter Frauen und Kinder, mit Steinen und Stöcken gegen das schießende Militär zur Wehr. Zwei Menschen, Salih Balta und der 19-jährige Sehmus Yurga wurden erschossen, mehrere Personen zum Teil schwer verletzt.

Am nächsten Tag, Freitag dem 1.3., war die ganze Stadt wieder von Rambos (der antikurdischen Spezialeinheit der türkischen Armee) besetzt, welche vor allen wichtigen Gebäuden, öffentlichen Plätzen und auf Hausdächern plaziert waren. Ausländischen Journalisten wurde drei Tage lang der Zutritt zur Stadt verwehrt. Eine Delegation des Menschenrechtsvereins, an der sich die Vorstände des Vereins aus allen kurdischen Städten beteiligten, war nach Sirnak gekommen. Gegen Mittag versammelten sich etwa 3.000 Menschen in der Stadtmitte und statteten mit einem Schweigemarsch den Familien der Getöteten einen Beileidsbesuch ab. Eine öffentliche Beerdigung war verboten worden. Dennoch wiederholte sich diese Zeremonie des Schweigemarsches auch in den nächsten Tagen als Protestform. Jeweils 2-3.000 Menschen zogen schweigend zum Friedhof.

Aus Protest gegen das Vorgehen der Militärs blieben am Tag darauf in der Kreisstadt Lice (300 km entfernt) die Läden geschlossen, am Wochenende fanden in Istanbul mehrere spontane Demonstrationen, sogenannte "Piratendemos", statt. Weitere Delegationen der sozialdemokratischen SHP und der HEP besuchten die Stadt Sirnak, der ANAP-Abgeordnete aus Mardin, Nurettin Yilmaz, verurteilt das Vorgehen der Militärs und hielt erstmalig öffentlich eine Rede auf Kurdisch (das ist nach wie vor verboten), im Parlament bezeichnete er die Getöteten gar als "unsere Gefallenen". Die Regierung schien plötzlich bemüht, die Situation zu deseskalieren: der Innenminister begab sich ebenfalls persönlich nach Sirnak, den Maultierbesitzern wurde Entschädigung zugesagt, der Kohleabbau wieder zugelassen und die Festgenommen wurden (soweit bekannt) freigelassen.

Idil, Kerboran, Kulp, Kozluk ...

Nur drei Tage später kam es zum Aufstand in der Kreisstadt Idil (Provinz Mardin). Soldaten hatten das Dorf Kiwex (oder Kuvax) überfallen und die Dorfbevölkerung grausam terrorisiert. Sie zwangen die Frauen, sich nackt auszuziehen und die Männer, stundenlang im Dreckwasser herumzurobben. Ziel des Terrors war es, die Männer gegen ihren Willen als "Dorfmilizen" einzuziehen.

Schließlich begannen die Jugendlichen des Dorfes gegen diese Mißhandlungen zu protestieren und wehrten sich mit Steinen und Knüppeln gegen die Soldaten, welche ihrerseits das Feuer auf die Dorfbewohner eröffneten. Zwei von ihnen, Sait Semndin und M. Sait Aslan wurden verletzt, 59 Jugendliche festgenommen und in die Kreisstadt Idil gebracht.

Am nächsten Tag sammelten sich daraufhin bereits morgens um 8 Uhr die Bewohner der Kreisstadt und der umliegenden Dörfer in Idil zur Protestdemonstration. Alle Läden und Geschäfte hatten geschlossen. Wieder hatten die Sicherheitskräfte an allen wichtigen Stellen der Stadt sowie auf den Hausdächern Position bezogen. Nachdem sich an verschiedenen Stellen der Stadt Demonstrationszüge in Bewegung setzten und mit Parolen gegen den erlebten Staatsterror protestierten, begannen die Soldaten plötzlich ohne Vorwarnung gezielt in die Menge zu schießen. Eine Augenzeugin: "Die Soldaten zielten auf die Leute. Zuerst auf die Beine, dann auch weiter oben. Die Leute fielen einfach um, hier vor meinem Fenster, der Reihe nach. Sie lagen einfach da und bluteten. Ahmet (ein 13jähriger Schüler) rannte von der Schule nach Hause. Sie schossen auf ihn und er fiel auf der Straße um, er krümmte sich und schaffte es, aufzustehen und sich weiter zu schleppen. Da schoß ein Soldat noch einmal auf ihn, daß er endgültig zusammenbrach." Der 13jährige Schüler Ahmet Gülec war nicht das einzige Todesopfer, ein Mädchen, das ebenfalls noch zur Schule ging und der 23jährige Ekrem Oruc wurden ebenfalls erschossen. Nachdem der Tod von Ahmet Gülec bekannt wurde, griffen die Demonstranten wieder staatliche Einrichtungen, die Post, die Schulen, die Gendarmeriestation mit Steinen an.

Die Militärs gingen mit beispielloser Brutalität gegen alle Einwohner vor, die sie antrafen. Selbst der Bürgermeister der Stadt, Mitglied der regierenden ANAP, wurde bedroht und beschimpft, das Rathaus überfallen und alle Angestellten wurden festgenommen. Mitglieder der Stadtverwaltung, die versuchten, Verwundete zu bergen, wurden beschossen, einhundert wahllos festgenommene Einwohner mußten stundenlang bäuchlings im Schlamm vor der Kaserne liegen.

In den nächsten Tagen blieben die Läden in Idil weiter geschlossen. Aus Angst vor Verhaftungen versteckten die meisten Familien ihre Verwundeten in den Häusern. Die Bürgermeister der umliegenden Dörfer sowie alle Parteien veröffentlichten eine gemeinsame Protesterklärung gegen das Vorgehen der Militärs, in der die Verantwortung für die Eskalation und die Toten eindeutig dem Militär zugeschrieben wird. Den Familien der Toten wurde die Beerdigung ihrer Angehörigen untersagt, in dem Dorf Hispest (von hier stammte der getötete Ekrem Oruc) kam es nach Bekanntwerden des Todes zu erneuten Auseinandersetzungen, die Dorfbewohner überfielen die Polizeiwache. Zwei Tage später wurde trotz Belagerungszustand in Idil erneut demonstriert. Obwohl Abgeordnete und Rechtsanwälte versuchten, die Menschen davon abzubringen, demonstrierten zunächst 500, schließlich 3.000 Menschen, darunter viele Frauen, durch die Stadt und führten eine Kundgebung für die Gefallenen durch, wobei die Fahne der PKK entrollt wurde. Am selben Tag (dem 6. März) kam es auch in Cizre zu Schulboykotts und einem teilweisen Ladenstreik, in Kulp und Lice (beides Kreisstädte nördlich von Diyarbakir) wurden Ladenstreiks und Demonstrationen durchgeführt. Am 7. März streikten die Oberschüler in Kozluk (in der Nähe von Batman) und in Kerboran (Provinz Mardin) kam es zu einer Demonstration, zu der sich die Bewohner von sieben umliegenden Dörfern einfanden. 5.000 Menschen demonstrierten durch die 12.000-Einwohner- Stadt. Schließlich eröffnete auch hier das Militär auf die Demonstranten das Feuer. Acht Personen wurden schwer verletzt, darunter der zehnjährige Lokman Cetiner und die 14jährige Mevlüde Inan. Die 35jährige Rakiye Bozkurt starb am Abend an ihren Verletzungen.

Heißer Frühling steht bevor

Für die nächsten Tage und Wochen ist mit weiteren Auseinandersetzungen zu rechnen. Die kurdische Bevölkerung scheint entschlossen, sich mit Massenprotesten gegen den Terror der Militärs zu wehren. Gleichzeitig steht am 21. März das traditionelle kurdische Neujahrs- und Widerstandsfest Newroz bevor. Im vergangenen Jahr begannen am 15. März die Aufstände in Cizre und Nusaybin. Für dieses Jahr wurden bereits in zahlreichen Städten Newrozfeiern angekündigt.

Auffällig ist das Verhalten der staatlichen türkischen Stellen, die - im Gegensatz zum Militär und zur Vergangenheit - zumindest teilweise versuchen, die Situation nicht noch weiter zu eskalieren. Die meisten der bei den Aufständen Festgenommenen wurden inzwischen freigelassen, in Sirnak die oben erwähnten Entschädigungen für die Maultiere zugesagt. Dies könnte mit der Situation in Irak-Kurdistan zusammenhängen und als Geste gegenüber der irakischen Kurdistanfront gemeint sein. In den letzten Wochen hatte es in der türkischen Presse wiederholt positive Berichte über die Kurdistanfront im Irak gegeben; zuletzt ein Interview mit dem Generalsekretär der PUK, C. Talebani, in welchem dieser seinerseits im Falle einer "Normalisierung der Situation der Kurden in der Türkei" eine "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" (sprich Nichtunterstützung der PKK) ankündigt. Dies steht allerdings im Widerspruch zu Nachrichten, nach denen in absehbarer Zukunft eine kurdische Nationalversammlung, mit Teilnahme der kurdischen Organisationen aus allen Teilen Kurdistans, stattfinden wird. In jedem Fall wird sich auch der weitere Verlauf der Kämpfe in Irak-Kurdistan auf die Lage in Türkei-Kurdistan auswirken.

N.M.

(Nach Berichten aus der Region, der Zeitung "Yeni Ülke", des Kurdistan-Komitees in Köln und von Medico International)

5. Die Neue Weltordnung hat begonnen

Betrifft SCUD

Rubrik: Golfkrieg; Neue Weltordnung · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:37

Nach 43 Tagen endete am frühen Morgen des 28. Februar der Zweite Golfkrieg mit einer von Präsident Bush einseitig verkündeten Waffenruhe. Ein Waffenstillstand, dessen Bedingungen von den USA diktiert wurden, folgte ein paar Tage später.

"Das Gespenst Vietnam ist für immer im Wüstensand der arabischen Halbinsel begraben", sagte Bush in einer Dankansprache an die amerikanischen Soldaten. Tatsächlich: Bush und die Militärführung haben ihr Versprechen, daß es am Golf kein zweites Vietnam, sondern einen schnellen Sieg mit minimalen eigenen Opfern geben werde, hundertprozentig eingelöst. In Vietnam starben 47.000 US-Soldaten. Am Golf hatte die anti-irakische Allianz insgesamt, Unfälle eingeschlossen, 188 Tote, davon 79 Amerikaner. Weitere 66 Vermißte, die wahrscheinlich zumeist den Toten zuzurechnen sind, darunter 45 Amerikaner. Auf der Gegenseite Zehntausende getötete Irakis - Schätzungen bewegen sich zwischen 80.000 und 150.000 -, etwa 100.000 Gefangene, und eine zerschlagene Armee, die nur noch zur innenpolitischen Repression taugt. - Zwei Vergleiche: Die Engländer hatten im Falkland-Krieg (1982) 255 Tote. 1854 israelische Soldaten starben im Oktoberkrieg 1973.

Es hat noch keinen Krieg wie diesen gegeben, in dem die technologische Überlegenheit so total und grausam zur Geltung gebracht wurde. Allenfalls Kolonialkriege des vorigen Jahrhunderts bieten vielleicht eine gewisse Annäherung an das, was ein Soldat der US-Luftwaffe mit "Truthahnschießen" sarkastisch umschrieb: die physische Vernichtung des Gegners aus einer Distanz und mit Mitteln, die ihm nahezu völlig jede Möglichkeit der Gegenwehr nehmen. Die imperialistische Kanonenboot-Politik des 19. Jahrhunderts lebt, in völlig neuen Dimensionen des Terrors und der Vernichtung, wieder auf.

Offenbar wäre der irakische Abzug aus Kuwait auch ganz ohne Landkrieg herbeizuführen gewesen. Seit Mitte Februar suchte Bagdad nur noch nach Wegen, das ohne totale Kapitulation zuwege zu bringen. Die US-Regierung hat diese Option ausgeschlagen, weil sie erstens auf totale Vernichtung der irakischen Armee, bis hin zum Massenmord, aus war, und weil sie zweitens etliche Waffensysteme noch erproben lassen wollte, die nur in einem Landkrieg zum Einsatz kommen konnten.

Alle Prognosen vor dem Krieg waren, was die Verluste der USA betrifft, weit pessimistischer als das wirkliche Ergebnis gewesen. 2000 amerikanische Tote waren eigentlich als ein maßvoller Preis betrachtet worden; manche Befürchtungen lagen weit höher. Für die Debatte in den USA hatte die vom "Vietnam-Trauma" geprägte Sorge, sich am Golf in einen unüberschaubar langen Krieg mit vielen Opfern zu verstricken, eine große Rolle gespielt. Wesentliche Teile des politischen und militärischen Establishments der USA hatten noch Anfang Dezember sehr vorsichtig argumentiert und dazu geraten, lieber auf Fortführung der Wirtschaftssanktionen zu setzen. Sogar noch im Februar warnten die Senatsführer beider US-Parteien vor einem "verfrühten" Landkrieg. Er würde Tausende von Opfern fordern, und dann würde die Unterstützung der amerikanischen Bevölkerung für den Krieg rapide nachlassen, meinte der Führer der Republikaner im Senat, Robert Dole.

Da der Kriegsverlauf insoweit alle Pessimisten widerlegt hat, auch hinsichtlich seiner Dauer, ist zu befürchten, daß Kriege auch in dieser außerordentlichen Dimension künftig leichter beschlossen werden als in der Vergangenheit. So wie in den USA das "Vietnam-Trauma" jahrelang nachwirkte, könnten die nächsten Jahre von einer "Irak-Euphorie" geprägt sein: der Meinung nämlich, daß ein exzellent vorbereiteter, clever geführter Krieg nicht viel gefährlicher ist als ein Spaziergang.

Vernichtungskrieg statt Verhandlungslösung

Am 15. Februar erklärte Saddam Hussein erstmals seine Bereitschaft, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Das war jedoch scheinbar noch an so viele Bedingungen geknüpft - beispielsweise Abzug Israels aus den besetzten Gebieten, Hilfe der Kriegsgegner beim Wiederaufbau des Irak -, daß die absolute Ablehnung leicht zu vertreten war. Am 16. Februar machte der irakische UNO-Botschafter deutlich, daß sich über alle diese Punkte reden lasse; Vorbedingungen für einen irakischen Abzug seien es jedenfalls nicht. An diesem Punkt

hätte wahrscheinlich jeder Versuch, den weiteren Gang der Dinge auf politischer Ebene abzuwickeln, zum Erfolg geführt - sofern unter Erfolg die Rückgewinnung Kuwaits verstanden worden wäre, und nicht die Vernichtung des Irak. Bezeichnenderweise sahen die amerikanischen Überlegungen als "worst case scenario", also als denkbar schlimmste Entwicklungsmöglichkeit des Kriegsverlaufs, die Erklärung Saddam Husseins vor, sofort aus Kuwait abzuziehen.

Die Lage zum Zeitpunkt der ersten irakischen Friedensinitiative sah so aus:

1. Der Ende Februar unternommene irakische Versuch, durch begrenzte Vorstöße (Besetzung der saudischen Stadt Khafji) und offensive Truppenbewegungen den Zeitplan der Allianz durcheinanderzubringen, nämlich einen verfrühten Beginn des Landkriegs zu provozieren, war schon nach wenigen Tagen gescheitert. Es hatte sich erwiesen, daß die irakische Armee nicht einmal in der Lage war, größere Einheiten Richtung Front zu bewegen, ohne sie sofort vernichtenden Luftangriffen auszusetzen.

2. Am 9./10. Februar hatte in Anwesenheit von Verteidigungsminister Cheney und Generalstabschef Powell eine Spitzenkonferenz in Saudi-Arabien stattgefunden, um die Lage einzuschätzen und den Zeitpunkt für die Bodenoffensive festzulegen. Es wurde öffentlich erklärt, daß die Phase der "strategischen" Luftkriegführung gegen den Irak weitgehend erfolgreich abgeschlossen sei. Gemeint war damit die Zerstörung sämtlicher zentraler Strukturen. (Verwaltung, Kommunikation, Energieversorgung, Verkehrswege) Der Schwerpunkt sollte nun auf die Bombardierung der Truppen in Kuwait und im Südirak sowie der Nachschubwege im Frontbereich verschoben werden, um den Bodenkrieg unmittelbar vorzubereiten. 3. Mitte Februar war nach amerikanischen Schätzungen bereits etwa ein Drittel der schweren Waffen der Iraker vernichtet, so beispielsweise 1300 von 4300 Panzern und 1100 von 3100 Artilleriegeschützen.

Am Wochenende 16./17. Februar schaltete sich die Sowjetunion ein. Sie hatte das irakische Abzugsangebot zuerst als "positiven Schritt" begrüßt, war davon aber wieder abgerückt, als die totale Ablehnung der USA deutlich wurde. Gorbatschow lud den irakischen Außenminister Asis nach Moskau ein und bat Bush schriftlich, während der Dauer dieser Gespräche nicht mit der Bodenoffensive zu beginnen. Eine Bitte, der Bush problemlos nachkommen konnte, da der Angriffstag ohnehin erst auf den 23. Februar festgelegt worden war.

Am 21. Februar um Mitternacht gab Asis in Moskau die Annahme des sowjetischen Vorschlags bekannt, der einen Waffenstillstand und einen sofortigen Beginn des irakischen Rückzugs aus Kuwait nach einem noch zu bestimmenden Zeitplan vorsah. Die meisten westlichen Regierungen reagierten im ersten Moment positiv. Die "konstruktive Rolle" der UdSSR wurde lobend hervorgehoben, Gorbatschows Friedensplan als wichtiger Schritt gelobt.

Diese höchst unerwünschte Wendung der Dinge durchkreuzte Bush am 22. Februar mit einem Ultimatum: Bis 12 Uhr mittags am 23. Februar müßte Irak mit dem Rückzug aus Kuwait beginnen und diesen innerhalb einer Woche abschließen. Das US-Magazin "Newsweek" hatte schon etliche Tage vorher berichtet, welche Forderungen nachgeschoben werden sollten, falls der Irak wider Erwarten das Ultimatum akzeptieren würde: Abzug unter Zurücklassung aller schweren Waffen auf freigehaltenen Wegen, aber bei Fortgang der Bombenangriffe gegen andere Gebiete, um Saddam Hussein und die irakische Armee zutiefst zu demütigen.

Zwerg USA besiegt Riesen Irak

Sofort nach Ablauf des Ultimatums begann am Nachmittag des 23. Februar die Bodenoffensive. Die irakischen Truppen, die kaum Widerstand leisteten und sich zu Tausenden sofort ergaben, wurden in kaum 48 Stunden überrannt. In der Nacht vom 25. auf den 26. Februar gab die irakische Führung den Befehl an die Streitkräfte bekannt, Kuwait zu verlassen.

Die US-Regierung erklärte dagegen, außer der totalen Kapitulation der irakischen Truppen nichts zu akzeptieren. Der Krieg gegen die mehr flüchtenden als abziehenden Einheiten wurde vor allem aus der Luft fortgesetzt. Wahrscheinlich wird eine genaue Untersuchung des Kriegsverlaufs zeigen, daß in dieser letzten Phase von etwa 60 Stunden weit mehr irakische Soldaten getötet wurden als in allen vorangegangenen Wochen. Die Kriegführung der USA nahm Züge reinsten Massenmords an, wie das Zerbomben und Zusammenschießen abziehender Konvois. Es sollte vor Kriegsende soviel wie möglich von der irakischen Armee vernichtet werden, und dafür bot die chaotische Flucht über freies Gelände weit bessere Gelegenheit als das wochenlange Bombardieren stark verbunkerter Stellungen.

Auch die "größte Panzerschlacht seit dem Zweiten Weltkrieg" am letzten Kriegstag, im Südosten Iraks nahe Basra, war ein einseitiges Abschießen eingekreister Truppen, denen durch die vorausgegangenen Bombardements jeder Rückzug abgeschnitten war. Hunderte von Panzern wurden in wenigen Stunden zerstört, mehrheitlich wohl durch Hubschrauber und Flugzeuge. Zu jedem erfolgreich abgeschossenen Fahrzeug gehörten mehrere geschmorte, abgefackelte oder zerfetzte Menschen.

Offensichtlich war diese "Panzerschlacht" das letzte, was die US-Regierung ihren Militärs unbedingt noch gönnen wollte. Wenig später gab Bush überraschend und nicht durch neue irakische Schritte motiviert die Einstellung der Kämpfe bekannt.

In der Propaganda war die irakische Armee vor dem Krieg als fünftstärkste der Welt bezeichnet worden. Billiger war die idiotische, aber kriegswichtige Behauptung, Saddam Hussein stelle eine Gefahr für die gesamte zivilisierte Menschheit dar, offenbar nicht zu haben.

Nach westlichen Angaben hatte der Irak in Kuwait und im angrenzenden südirakischen Frontbereich etwa 540.000 Soldaten stationiert. Das war das Gros der irakischen Armee; einige weitere Einheiten standen an der Nordgrenze zur Türkei, einige wohl auch in und um Bagdad. Die 540.000 Mann im Frontbereich waren mehrheitlich Wehrpflichtige und Reservisten, deren "Kampfwert" sich am Ende als sehr gering erwies. Nur 150.000 Mann gehörten zur Republikanischen Garde, und nur dieser Teil der irakischen Armee scheint wenigstens annähernd einen Vergleich mit den Truppen der Allianz auszuhalten. Diese hatten mehr als 700.000 Mann im Kriegsgebiet, davon allein 530.000 US-Soldaten.

Bei den Kampfflugzeugen hatte die Allianz eine Überlegenheit von mehr als Zwei zu Eins (1800 gegen 700), bei den Panzern annähernde Parität (3670 gegen 4000). Diese Zahlen sind allerdings nur auf dem Papier interessant. Tatsächlich konnte der Irak seine Flugzeuge überhaupt nicht einsetzen. Von den Panzern waren die meisten alte Modelle; viele taugten nur noch dazu, sie als Verstärkung der Artillerie in festen Stellungen einzugraben. Nur etwa 550 waren moderne sowjetische T-72, aber auch diese gelten gegenüber ihren amerikanischen Konkurrenten als in jeder Beziehung unterlegen. Den Ausschlag gaben ohnehin die zur Panzerbekämpfung eingesetzten Hubschrauber, von denen allein die USA etliche Hundert auf dem Kriegsschauplatz hatten.

Weitere Faktoren kamen hinzu, die am Ende zum totalen Zusammenbruch der irakischen Armee innerhalb weniger Tage führten, bei beispiellos niedrigen Verlusten der Allianz. Erstens waren durch den Bombenkrieg die Nachschubwege weitgehend unterbrochen. Es stellte sich vor allem bei den frontnahen Einheiten schon nach den ersten Wochen Hunger sowie Mangel an Munition und Ersatzteilen ein. Zweitens war das zentrale Kommunikationsnetz weitgehend zerstört worden. Eine strategische Führung der irakischen Armee gab es zumindest in der Schlußphase des Krieges nicht. Drittens brach in dieser Phase aber auch der Überblick und die Verbindung auf Divisionsebene zusammen. Die Armee zerfiel in kleine Einheiten, zufällige Gruppen und umherirrende Individuen. Viertens mußten die irakischen Truppen praktisch total ohne "Feindaufklärung" operieren. Sie konnten daher nicht einmal zielgerichtetes Artilleriefeuer abgeben. Andererseits war dem Gegner jede irakische Position exakt und detailliert bekannt. Fünftens vollendete der Befehl zum Rückzug den Untergang der irakischen Armee, weil er jeden Widerstand zwecklos machte und die Truppen der totalen Vernichtung aus der Luft aussetzte.

Eine Niederlage auch für die Sowjetunion

Der Zweite Golfkrieg hat sichtbar gemacht, daß die UdSSR keine "Supermacht" mehr ist. Die USA haben jetzt ein einsames Monopol auf diesen Rang. Bis zur Verkündung des UN-Ultimatums an den Irak Mitte Dezember war die US-Regierung immerhin noch darauf bedacht gewesen, Partnerschaft mit der Sowjetunion zu demonstrieren. Von da an standen Gorbatschow und Co. nur noch neben den Ereignissen. Ihr gelegentliches, nicht einmal konsequent durchgehaltenes Wehklagen, daß die USA nicht das UNO-Mandat überschreiten sollten, wirkte nicht überzeugend. Die sowjetische Regierung hatte den USA freiwillig, ohne Vorbehalte und ohne praktische Korrektur-Möglichkeiten, zu einer nicht näher definierten Kriegsvollmacht verholfen. Dabei war absehbar gewesen, daß die US-Regierung den Krieg nach ihren eigenen Vorstellungen und Interessen führen würde. Daß es den USA nicht nur um die "Befreiung" Kuwaits ging, war von Anfang an allgemein bekannt. Von der Vernichtung der irakischen Armee bis zum Marsch auf Bagdad und zu einem Kriegsverbrecher-Tribunal gegen Saddam Hussein war jede denkbare Option freimütig gehandelt worden.

Am 29. Januar gaben die USA bekannt, daß das seit Monaten vereinbarte und vorbereitete Gipfeltreffen Bush-Gorbatschow, das am 11. bis 13. Februar stattfinden sollte, auf unbestimmte Zeit nach dem Krieg verschoben worden sei. Damit hatte Gorbatschow nicht nur eine Gelbe Karte wg. Baltikum bekommen; er war auch demonstrativ aus der Diskussion über die Weiterführung des Krieges bzw. über die Suche nach einer "politischen Lösung" ausgebootet worden.

Moskaus Versuch, Mitte Februar mit einer eigenen Friedensinitiative doch noch eine Rolle in der Handlung zurückzugewinnen, scheiterte kläglich. Das Eingehen Iraks auf den sowjetischen Vorschlag konterte die US-Regierung mit einem Ultimatum, das keinen Spielraum für einen Kompromiß oder wenigstens für Verhandlungen mehr ließ. Zehn Minuten vor Ablauf der Frist ließ Gorbatschow durch seinen Sprecher Ignatenko erklären: die UdSSR würde eine Bodenoffensive nicht verurteilen. Auf den Beginn der Angriffe reagierte Moskau mit der bemerkenswerten Anklage, schuld daran sei Saddam Hussein, "weil er die letzte Chance vertan hat". Anscheinend nahm die sowjetische Regierung ihre Friedensinitiative, die der Irak noch vor dem US-Ultimatum akzeptiert hatte, selbst nicht ernst. Und während die Truppen der Allianz einen Vernichtungskrieg gegen einen schon geschlagenen und flüchtenden Gegner führten, war aus Moskau zu hören: man schreite mit den USA weiter Seite an Seite; das neue Verhältnis der beiden Staaten sei nicht so leicht zu erschüttern; der strategische Kurs der USA und der UdSSR sei nach wie vor durch enge Zusammenarbeit auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung gekennzeichnet.

"Konservative" und Muslim kritisieren USA

Auf der anderen Seite fehlte es nicht an sowjetischen Stimmen, die das Vorgehen der USA und teilweise auch die sowjetische Außenpolitik scharf kritisierten. In der "Prawda" beispielsweise war Anfang Februar zu lesen, die USA hätten ihre Truppen an den Golf geschickt, weil sie im Kampf um die Energie-Ressourcen den amerikanischen Monopolen eine beherrschende Stellung in der Weltwirtschaft, auch in Konkurrenz zu Japan und Westeuropa, verschaffen wollten. Die von der UNO gebilligte Befreiung Kuwaits drohe sich in eine neokolonialistische Aktion zu verwandeln. Die langfristige Folge des Krieges werde eine ständige militärische Präsenz der USA in der Golf-Region und damit in unmittelbarer Nähe zu den südlichen Grenzen der Sowjetunion sein.

In einem anderen "Prawda"-Kommentar hieß es: Die sowjetische Außenpolitik stehe vor der Frage, wie auf die Tatsache zu reagieren sei, daß sich der Krieg am Golf immer deutlicher in einen "amerikanischen Krieg" verwandle. Es werde immer offensichtlicher, "daß ein Krieg um Erdöl, für eine Destabilisierung der Region und dafür geführt wird, Israel dort die Stellung des Militärstaates Nummer Eins zu sichern."

Marschall Kulikow, ehemaliger Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Pakts, äußerte am 19. Februar gar frei heraus, der Krieg gegen den Irak hätte gar nicht erst begonnen werden dürfen. Die "Sprache der Kanonenboote und der todbringenden B-52-Bomber" habe mit dem außenpolitischen Neuen Denken nichts gemein. Das "Massaker" am Golf zeige deutlich, wie zweifelhaft der Versuch sei, mit Hilfe des alten Instruments des Krieges eine neue Weltordnung schaffen zu wollen.- Der "konservative" Politiker Ligatschow kritisierte, daß die UdSSR überhaupt im UN-Sicherheitsrat ihr Einverständnis zum Krieg gegen den Irak gegeben hatte, "denn es war klar, daß es bei einer Befreiung Kuwaits nicht bleiben würde". Dort werde "ein Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der USA" geführt. "Es riecht bei all dem stark nach Erdöl."

In der Zeitung "Sowjetskaja Rossija", die als Zentralorgan der "Konservativen" gilt, urteilte ein Generaloberst Filatow, die Amerikaner seien dabei, den Irak "ins Steinzeitalter zurückzubomben", wie sie es früher schon im Vietnamkrieg versucht hätten. In einem anderen Artikel dieses Blattes wurde der Irak sogar als "Hauptstütze im Kampf der arabischen Völker gegen die Aggression aus den USA und Israel" gewürdigt. Über die Golfpolitik des im Dezember zurückgetretenen Außenministers Schewardnadse könne man nur den Kopf schütteln. Um diesen Fehler auszugleichen, müsse die UdSSR sich unverzüglich im UN-Sicherheitsrat für einen Beschluß einsetzen, der die anti-irakische Allianz zur Kampfeinstellung verpflichtet.

Neben den sehr rührigen "Konservativen", die aus naheliegenden Gründen keine Freunde des gorbatschowschen Neuen Denkens sind, meldeten sich auch die muslimischen Gebiete der Sowjetunion zu Wort. Als erste Republik faßte Mitte Februar der Oberste Sowjet Aserbeidschans eine entsprechende Resolution. Darin wurde zwar die Annexion Kuwaits verurteilt, im Übrigen aber den USA vorgeworfen, ihre Kriegführung, die den Tod zahlreicher Zivilisten und die Zerstörung von Wohngebieten zur Folge habe,

überschreite das UNO-Mandat. Es gehe um einen "Vorwand für die Absicherung langfristiger US-Interessen" in der Region. Später brachten die fünf zentralasiatischen Republiken der UdSSR in einer gemeinsamen Erklärung ihre Solidarität mit dem irakischen Volk zum Ausdruck.

Andererseits präsentierte sich das "Reformlager" mit Propaganda für den anti-irakischen Kreuzzug und die USA. Im allgemeinen galt dabei die Faustregel "Je reformerischer, umso kriegsbegeisterter". Aus diesem Lager sah sich die sowjetische Regierung heftiger Kritik ausgesetzt, daß sie überhaupt jemals Beziehungen zu solchen Verbrechern wie Saddam Hussein unterhalten hatte und sich nun gar noch für eine diplomatische Lösung einsetzte.

Aus dem Blickwinkel der sowjetischen Militärs erweckt natürlich die Tatsache Besorgnis, daß sich infolge des Zweiten Golfkriegs die ständige NATO-Präsenz so nahe an der Südflanke der Sowjetunion verstärkt und daß dort möglicherweise ein Militärpakt unter amerikanischer Führung entsteht. Die Rede ist ja nicht nur von einer engen Kooperation der Golfstaaten mit Ägypten und Syrien, sondern von einem weitgespannten "Sicherheitssystem", das auch die Türkei, Pakistan, möglicherweise sogar den Iran und einen Irak unter neuer Führung, sowie in irgendeiner Form auch Israel einschließen soll. Genau dieses Modell war schon unter Reagan Gegenstand amerikanischer Überlegungen und Bemühungen. Damals noch unter dem Motto der "Eindämmung" der Sowjetunion. Davon spricht man im Zeitalter des Neuen Denkens selbstverständlich nicht mehr. Und doch ist ja sonnenklar, daß ein so weit gespanntes Projekt, das so heterogene und kontroverse Kräfte zusammenbinden soll, unbedingt einen gemeinsamen Feind braucht. Das aber kann auf lange Sicht überhaupt nur die Sowjetunion sein. Die Schlußfolgerungen aus dieser Tatsache gehen nicht nur die sowjetischen Militärs an, sondern stellen die Voraussetzungen der gorbatschowschen Außenpolitik insgesamt in Frage.

Neben diesen "geostrategischen" Aspekten bereitet den sowjetischen Militärs auch der Verlauf der Kämpfe im Zweiten Golfkrieg große Sorgen und Probleme. Viele der Waffen, die der Irak im Kampfgebiet hatte, waren aus sowjetischer Produktion. An der sowjetischen Standarderklärung, nicht die von ihnen gelieferten Waffen hätten den Krieg verloren, sondern deren unfähige Benutzer, ist gewiß etwas Wahres. Dennoch reicht diese Erklärung nicht aus, sowenig sie nach dem Juni-Krieg 1967 und dem Oktoberkrieg 1973 ausreichte.

Insbesondere hat der jetzige Kriegsverlauf veranschaulicht, daß sich gegen einen Gegner, der die totale Luftherrschaft hat, im Grunde überhaupt nicht mehr kämpfen läßt. Als erste Konsequenz hat Verteidigungsminister Jasow eine "Überprüfung" der sowjetischen Luftabwehr angeordnet: es habe sich gezeigt, daß es dort "Schwachstellen" gebe. Generell muß befürchtet werden, daß das gigantische Material an neuen Erfahrungen und Erkenntnissen auf militärischem Gebiet, die eben in dieser Fülle und Qualität nur durch den Krieg selbst zu gewinnen sind, eine neue Runde des allgemeinen Aufrüstens veranlassen wird.

Israel durfte nicht mitmachen

Vor dem Krieg schien es allgemein eine ausgemachte Sache zu sein, daß Israel auf einen irakischen Angriff mit einem Gegenanschlag antworten würde und damit automatisch Kriegsteilnehmer wäre. Saddam Hussein hatte angedroht, daß im Kriegsfall Tel Aviv angegriffen würde, und die israelische Regierung hatte geantwortet, daß sie dies "tausendfach zurückzahlen" würde. Eine Eskalation, an der beide Seiten aus unterschiedlichen Gründen interessiert waren, schien kaum noch vermeidbar. Aus Sicht Saddam Husseins bot die Hineinziehung des "zionistischen Feindes" in den Krieg eine Chance, das gegen den Irak formierte Bündnis doch noch sprengen. Andererseits wäre führenden Kreisen Israels die Gelegenheit willkommen gewesen, sich aus der aufgezwungenen Zuschauerrolle zu befreien und einen aktiveren Part zu übernehmen, um dann auch bei der Kriegführung und der Nachkriegsregelung direkt mitreden zu können.

Nach dem ersten Scud-Angriff auf Israel (18. Januar) betonte die Regierung jedoch lediglich ihr Recht und ihre Absicht, Vergeltung zu üben, ließ aber offen, wann und in welcher Form das geschehen werde. Auch Generalstabschef Schomron drohte, der Angriff werde nicht unbeantwortet bleiben. Die US-Regierung setzte sich für den Verzicht Israels auf einen Gegenschlag ein.

Das Spiel von israelischen Drohungen und amerikanischen Mäßigungsappellen wiederholte sich nach den folgenden Angriffen. Zugleich wurde Israel für seine Zurückhaltung von allen westlichen Regierungen in den schönsten Tönen gelobt. Welchen Sinn aber ein israelischer Gegenschlag überhaupt hätte machen sollen - in einer Situation, wo ohnehin schon über 2000 Angriffe pro Tag gegen den Irak geflogen wurden -, wurde nicht

deutlich. Die selbstsicheren Andeutungen einiger israelischer Politiker, man würde die irakische Bedrohung ganz schnell ausschalten, wenn man nur dürfte, denn schließlich habe man eine gute Armee, wird die amerikanische Seite wohl zu Recht als Beleidigung interpretiert haben.

Der eigentliche Vorwand für die Israel verordnete Zurückhaltung, die Sorge um die Reaktionen der arabischen Verbündeten, erwies sich bald als wenig stichhaltig. Zuerst und ganz direkt Ägypten, dann aber in gewundener Form auch Syrien äußerten vorab ihr Verständnis für einen israelischen Gegenschlag. Tatsächlich konnte Israel während des Krieges problemlos tagelang "Vergeltungsangriffe" gegen Palästinenser im Südlibanon fliegen, nachdem von dort aus Katjuscha-Raketen in die von Israel beanspruchte "Sicherheitszone" abgeschossen worden waren.

Daß die US-Regierung darauf bedacht war, Israel total aus dem Krieg gegen den Irak herauszuhalten, dürfte mit ihrer Absicht zusammenhängen, die Rolle Israels für die amerikanische Nahostpolitik künftig bescheidener als bisher zu definieren. Daß Israel sich diesem Diktat fügte, hat neben der Rücksichtnahme auf den mächtigen Verbündeten auch einen einfachen militärischen Grund: Wenn Israel auf eigene Faust versucht hätte, den Irak anzugreifen, hätte es zu einer unbeabsichtigten Konfrontation mit Kampfflugzeugen der Allianz kommen können. Um dies Risiko auszuschließen, hätte Israel von den USA den IFF-Code (Freund-Feind-Erkennung) erhalten müssen. Tatsächlich wurde am 13. Februar von einigen Medien gemeldet, der israelische Verteidigungsminister Arens sei von seinem USA-Besuch mit dem Code zurückgekehrt. Das war offenbar ebenso unrichtig wie die in Tel Aviv gehandelten Gerüchte, Amerika werde während der bevorstehenden Bodenoffensive endlich grünes Licht für israelische Aktionen im Irak geben.

Krise der "special relationship"?

Durch den Gang der Ereignisse ist Israel, was sein Image in der amerikanischen und westlichen Öffentlichkeit angeht, moralisch und politisch gestärkt worden. Die tendenzielle Verletzbarkeit Israels, die in den zahlreichen Gas-Alarmen und Raketen-Angriffen deutlich wurde, förderte Mitleid, Sympathie und Solidarität. Der Verzicht auf Gegenschläge fand hohe Anerkennung als Ausdruck politischer Weisheit, obwohl er genau besehen wirklich alles andere als freiwillig war. Israel kann nun darauf verweisen, daß es schon immer vor dem Irak gewarnt hat, sogar schon zu einer Zeit, als Saddam Hussein vom Westen noch mit Waffenlieferungen überhäuft wurde. Israel kann nun auch mit mehr Plausibilität vertreten, daß es von Anfang an im Recht war, jedes Gespräch mit der PLO absolut zu verweigern.

Dennoch könnten die herrschenden Kreise Israels realpolitisch zu den Verlierern der durch den Zweiten Golfkrieg entstandenen Situation gehören. Bisher hatte Israel aufgrund der in den 60er Jahren entstandenen "special relationship" nicht nur eine weit bevorzugte Stellung gegenüber allen arabischen Partnern der USA, sondern stand völlig im Zentrum der amerikanischen Nahostpolitik. Diese hatte sich immer von den israelischen Interessen aus zu definieren, mußte mit diesen zumindest kompatibel sein. Natürlich bekam Israel Jahr für Jahr mehr Militärhilfe als irgendein anderes Land, wobei die parlamentarischen Instanzen auf die Vorschläge der Regierung regelmäßig noch einen hübschen Bonus draufschlugen. Natürlich war Israel das einzige Land der Welt, das sich unmittelbar und unüberhörbar in die parlamentarische Debatte der USA einmischen konnte, wenn Waffenlieferungen an seine Nachbarn verhandelt wurden. Die pro-israelische Lobby konnte sich jederzeit auf solide Mehrheiten von 70-80 % in beiden Häusern des US-Parlaments verlassen.

Die Gründe dieser "special relationship" liegen keineswegs nur im Bereich der politischen Rationalität, sondern haben auch zu tun mit dem Gefühl einer gemeinsamen historischen Mission und gemeinsamer Ideale, sowie als nicht zu unterschätzender Faktor auch mit religiösen Mythen, die in den USA sehr verbreitet sind. Politische Grundlage dieses Verhältnisses war die Theorie, daß Israel der einzige demokratische Staat, die einzige stabile Gesellschaft und vor allem der einzige zuverlässige Verbündete der USA in der Region sei. Diese Theorie war ganz am Feindbild Sowjetunion orientiert, deren Expansion und Infiltration in die Region angeblich zuverlässig und dauerhaft nur mit Hilfe Israels gekontert werden konnte. Das war immer schon evident absurd, weil sich der zeitweise sowjetische Einfluß in Ägypten, Syrien, Irak u.a. vorwiegend gerade auf die israelisch-arabischen Konfrontationen stützen konnte.

Mit dem Schwächerwerden des Ost-West-Konflikts seit Antritt Gorbatschows begannen israelische Politiker, sich Sorgen um den Erhalt der bisherigen Zentralität Israels in der amerikanischen Außenpolitik zu machen. Der Zweite Golfkrieg hat dieses Problem weiter verschärft. Nicht nur, daß die USA gemeinsam mit arabischen

Staaten Krieg geführt haben, wodurch die Theorie von Israel als einzigem Partner einen schweren Schlag erhielt. Zusätzlich wurde es Israel sogar verwehrt, sich an dem Kriegsbündnis zu beteiligen - und das mit der expliziten Begründung, anderenfalls wäre das Bündnis gefährdet. Noch nie ist der Staat Israel von der US-Regierung so deutlich darauf verwiesen worden, daß er für die amerikanische Außenpolitik keineswegs nur eine Stütze, sondern gelegentlich auch eine Belastung darstellt.

Wenn die US-Regierung die neugewonnenen Positionen und Entwicklungstendenzen in Teilen des arabischen Raums konsolidieren will, sind Abstriche an der "special relationship" zu Israel nicht zu vermeiden. Zwischen dem Drängen Israels auf Erhalt seiner traditionellen Vorzugsrolle und der arabischen Forderung nach Statusgleichheit wird ein mittlerer Weg gefunden werden müssen. Das betrifft auch den Waffenexport der USA. Was Israel künftig an modernsten Systemen von den USA erhält, wird die amerikanische Regierung ihren arabischen Kriegsverbündeten schwerlich verweigern können. Und selbstverständlich umgekehrt: Waffen, die die USA ihren arabischen Partnern verweigern, werden sie nicht mehr ohne weiteres nach Israel liefern können.

Unmittelbar ist bereits die Frage der besetzten Gebiete auf die Tagesordnung gesetzt worden. Natürlich steht das Dauerthema Westbank/Gaza dabei im Vordergrund. Schnelle Lösungen oder wenigstens erfolgversprechende Ansätze sind dabei aber nicht zu erwarten, solange nur noch einmal sämtliche Optionen durchgekaut werden, die in den letzten zehn Jahren schon auf dem Tisch lagen, und solange Israel von Schamir regiert wird, der sowieso "keinen Quadratkilometer" räumen will, mit dem sich also überhaupt nichts verhandeln läßt. Noch vor Fortschritten in der Frage palästinensischer Autonomie/Selbstbestimmung könnte Israel aber unter Druck geraten, über eine Rückgabe der seit 1967 besetzten Golan-Höhen an Syrien zu verhandeln. Dieses Gebiet, das nach herrschender israelischer Ansicht für die militärische Sicherheit des Staates unverzichtbar ist, hat - ebenso wie Ostjerusalem - einen speziellen Status: es wurde 1981 förmlich annektiert, gilt also nicht als besetztes Territorium, sondern als Teil des Staates Israel. Gegen diese Annexion hatten die USA 1981 schärfstens protestiert; die amerikanisch-israelischen Beziehungen gerieten danach in eine mehrmonatige schwere Krise. Entgegen ihrer sonstigen Praxis unterstützten die USA damals sogar eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, in der die Annexion des Golan als "null und nichtig" verurteilt wurde.

Israels Regierung antwortet auf die neue Herausforderung mit total widersprüchlichen Signalen. An einem Tag setzt Außenminister Levy Syrien implizit mit dem Irak gleich: Syrien verfüge ebenfalls über C-Waffen (mehr und gefährlichere als der Irak, zumal näher an Israel!); Syriens Assad sei ein ähnlicher Diktator wie Saddam Hussein. Zwei Tage später der gleiche Minister: Israel wünscht gute Beziehungen und gute Nachbarschaft zu Syrien, will gern über alles verhandeln. Aber der ehemalige Verteidigungsminister Scharon, der jetzt Minister für Wohnungsbau (und Siedlungspolitik) ist, schießt quer: bevor mit Syrien verhandelt werden kann, muß es erst einmal einer Reduzierung seiner Waffenbestände zustimmen. - Die Ablösung der Regierung Schamir könnte zum Nahziel der US-Politik werden, da Voraussetzung für jeden Schritt der israelisch-arabischen Beziehungen in die gewünschte Richtung.

Kt.

Betrifft SCUD

Am Morgen des 18. Januar, 24 Stunden nach Beginn der Bombenangriffe auf den Irak, wurde Israel zum ersten Mal von einer Scud-Rakete getroffen, die in Tel Aviv einschlug. Es starben fünf Mensch an unsachgemäßer Benutzung der Gasmaske oder an Herzattacken.

Nach Ende der Kämpfe verzeichnet die offizielle Statistik insgesamt, einschließlich der mit dem Patriot-System zerstörten Raketen, 39 Scud-Angriffe gegen Israel und 42 gegen Saudi-Arabien. In Israel kamen 13 Menschen ums Leben, davon nur zwei durch direkte Folgen der Angriffe. Mehr als 200 Menschen wurden verletzt. Über 4000 Gebäude wurden beschädigt, rund 220 völlig zerstört. In Saudi-Arabien hatte es nur einen Toten gegeben, als in Riad eine Scud ein sechsstöckiges Behördengebäude zerstörte. Erst kurz vor Ende der Kämpfe, am Abend des 25. Februar, kam es dann angeblich zum folgenreichsten Einsatz einer Scud: 28 US-Soldaten wurden getötet und 97 verletzt, als eine Kaserne in der Nähe von Dharan explodierte. War wirklich eine irakische Rakete im Spiel oder soll hier ein selbstverschuldetes "Mißgeschick" vertuscht werden? Dafür sprechen einige Argumente: 1. Die Chance, mit der ungenau zielenden Scud zufällig eine Kaserne zu treffen, entspricht wahrscheinlich der eines Sechsers im Lotto. - 2. Die Sprengkraft der Explosion scheint weit

über den bisherigen Erfahrungswerten gelegen zu haben. - 3. Die Patriot-Abwehr in Saudi-Arabien hatte bis dahin mit etwa 90 % Erfolg funktioniert.

Insgesamt hat der Irak nach den amerikanischen und israelischen Angaben 81 Scud bzw. deren zur Vergrösserung der Reichweite modifizierte Version (Al-Hussein) abgeschossen. Es war geschätzt worden, daß Bagdad etwa 400 solche Raketen zur Verfügung standen. Die Zerstörung von Abschußanlagen und Depots durch Luftangriffe scheint also erhebliche Wirkung erreicht zu haben. Allein im Frühjahr 1988, der letzten Phase des Ersten Golfkriegs, hatte der Irak etwa 200 Scuds auf Teheran und andere iranische Städte abgeschossen. Der Iran, der von der UdSSR die gleiche Waffe erhalten hatte, schoß zurück. Abwehrsysteme besaßen beide Länder nicht.

Die Scud wurde, in Verbindung mit der Giftgas-Hypothese, als "Existenzgefährdung" für Israel behandelt. Von der drohenden "Auslöschung eines ganzen Volkes", von einer "zweiten Endlösung" war in Kommentaren, Anzeigen und Flugblättern die Rede. Oft war dabei das gleichzeitige Bemühen nicht zu übersehen, vom realen Sterben Zehntausender Irakis abzulenken oder dieses gar mit dem guten Zweck - Israel vor der Vernichtung zu retten - als leider notwendig zu rechtfertigen.

Andererseits hatte es von sachkundiger Seite in Israel eigentlich genügend realistische Einschätzungen zum Scud-Risiko gegeben. So hatte Verteidigungsminister Arens schon Anfang Januar vor einem Knesset-Ausschuß darauf hingewiesen, daß nicht mit einem "Regen" irakischer Raketen auf Israel zu rechnen sei. Die Raketen des Irak seien "ungeschickte", schwer zu handhabende Waffen. "Ihre Eignung, materiellen Schaden zu verursachen, ist begrenzt." (Jerusalem Post, 5.1.)

Eine ausführliche, sehr präzise Bewertung der Scud war in einem Interview mit Bradley Burston enthalten, das in der "Jerusalem Post" vom 12. Januar veröffentlicht wurde. In den meisten Punkten wurde diese Einschätzung durch die Ereignisse bestätigt. Die Al-Hussein-Version der Scud habe eine Fehlstreuung von 1,5 bis 2 km vom eigentlichen Ziel. Um die Reichweite zu vergrössern, habe die Sprengladung um 60-70 % verringert werden müssen. Die Erfahrung der Raketen-Angriffe auf Teheran im irakisch-iranischen Krieg zeige, daß eine Scud mit der originalen Ladung von 1000 kg im Durchschnitt 10 bis 15 Menschen tötete. Durch die Verringerung der Ladung und die längere Vorwarnzeit wäre in Israel mit erheblich niedrigeren Opfern zu rechnen.

Zur Frage, ob mit chemischen Scud-Köpfen zu rechnen sei, sagte Burston: Irak sei nach Ansicht von Experten dazu technisch nicht in der Lage. "Um wirksam zu sein, muß die Rakete darauf programmiert werden, das Gas in einer bestimmten Höhe über ihrem Ziel freizusetzen - eine Fähigkeit, die derzeit den irakischen Waffenbauern nicht zugetraut wird." - Außerdem genüge für die politischen Absichten Saddam Husseins ein konventioneller Angriff auf Israel völlig. Die Vorteile eines C-Waffen-Angriffs auf Israel für Saddam Hussein wären "unklar", hingegen seien die Risiken einer solchen Option für den Irak - massive israelische Vergeltung - offensichtlich.

Als zutreffend erwies sich auch der von der "Jerusalem Post" zitierte Hinweis eines Armeesprechers für Zivilverteidigung: "Es hat sich in der Vergangenheit klar gezeigt, daß Panik als Resultat eines Angriffs weit größeren Schaden und viel grössere Verluste verursachen kann als der Angriff selbst."

Israels Generalstabschef Dan Schomron äußerte gar die verblüffende Ansicht, daß chemische Waffen - falls der Irak die Scud damit ausrüsten könnte - vermutlich auch nicht wesentlich mehr Schaden für die Bevölkerung anrichten würden als die konventionellen Sprengköpfe. (Jerusalem Post, 9.2.) - Das stimmt mit der Ansicht anderer Experten überein, daß chemische Waffen nur im massierten Einsatz, also etwas als Artillerie-Salve verschossen, eine erhebliche Gefahr seien. Mehrere Experten wiesen auch darauf hin, daß die umgebaute Scud ohnehin schon dazu tendiere, bereits vor dem Ziel auseinanderzufallen, und daß dies einen C-Kopf-Einsatz noch problematischer machen würde.

Ein weiteres Argument: Aus den bisherigen Veröffentlichungen geht klar hervor, daß die westlichen Geheimdienste über jeden kleinsten Teilschritt bei der Entwicklung irakischer C-Waffen ebenso wie bei der Vergrößerung der Scud-Reichweite exakt informiert waren. Wäre demnach glaubwürdig zu vermuten, daß ihnen ein nach allgemeinem Expertenurteil sehr komplizierter, technisch schwieriger Zusatzschritt wie die Ausrüstung der Scud mit C-Köpfen hätte entgehen können? Ein Ziel, das der Irak ohne ausländische Mitwirkung kaum hätte angehen können? Vermutlich konnten die Geheimdienste der USA und Israels mit

95%iger Wahrscheinlichkeit von vornherein ausschließen, daß der Irak überhaupt chemische Raketenköpfe besitzt. Mit den 5 % "Restrisiko" hat man allerdings eine phantastische psychologische Kriegführung betrieben.

6. Syrien und die Neuordnung des Nahen Ostens (Teil 1)

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Golfkrieg; Syrien; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:46

Der Westen hat einen neuen arabischen Liebling und Saddam Hussein einen würdigen Nachfolger. Gemeint ist der syrische Diktator Hafez al-Assad, den, so der israelische Publizist Uri Avneri, "seine eigene Mutter kaum von Saddam unterscheiden könnte." Und doch gibt es einen bedeutenden Unterschied zwischen dem Iraker und dem Syrer. Im Gegensatz zu Hussein erkannte Assad bereits frühzeitig, welche Folgen das Verschwinden der Sowjetunion als globale Großmacht auf die Nahost-Region und den außenpolitischen Spielraum der arabischen Staaten - und hier insbesondere die mit Moskau durch Vertragswerke verbundenen Irak und Syrien - haben würde. Einmal mehr bewies Assad, in der Praxis eher ein Opportunist, verbal hingegen nicht selten ein Provokateur, ein Höchstmaß an taktischem Geschick. Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak bot für ihn in die willkommene Gelegenheit, seine regionale Rolle den Gegebenheiten der neuen Weltordnung anzupassen. Daß der Mann mit seiner Opposition nicht weniger brutal verfährt als sein irakischer Zwillingsbruder, einen Teil des Libanons militärisch besetzt hält und wie Hussein im Besitz von C-Waffen ist, stört die USA, die EG und Israel offensichtlich herzlich wenig.

Syrien und der Irak

Die Regime in Bagdad und Damaskus zählen zu den sogenannten "modernen Diktaturen" in der Region, die vom "traditionellen Despotismus", wie er in den Golf-Emiraten und Saudi Arabien herrscht, abzugrenzen sind. In beiden Ländern ist die laizistische, "arabisch-sozialistische" Baath-Partei an der Macht. Beide Staaten sind koloniale Gründungen, in denen der Panarabismus das Fehlen eines Nationalismus kompensiert, der die Existenz des Irak und Syriens von innen heraus zwingend begründen könnte. Der Panarabismus hat die ethnisch, religiös, sozio-ökonomisch und politisch-ideologisch stark fragmentierten Gesellschaften der am Reißbrett kreierten künstlichen Staaten zusammenzuhalten und verfolgt somit eine primär innenpolitische Funktion. Die Außenpolitik des Irak und Syriens wird hingegen eindeutig von nationalstaatlichen Interessen dominiert. Der Zwang zur panarabistischen Rhetorik wird in beiden Staaten noch dadurch verstärkt, daß hier religiöse Minderheiten herrschen. Im Irak sind die größte Religionsgruppe die Schiiten, während sich das Hussein-Regime aus Sunniten rekrutiert. In Syrien verhält es sich genau umgekehrt: Die Assad-Clique gehört der schiitischen Alawiten-Sekte an, die sich am Rande des Islam bewegt, während die Mehrheit der Bevölkerung sunnitisch ist. Ca. 86% der syrischen Bevölkerung sind Muslime, darunter 74% Sunniten. Der Anteil der Alawiten wird hingegen lediglich auf 11,5-12,5% beziffert.

Was beide Staaten in der Vergangenheit indessen ungleich mehr voneinander trennte, das war das jeweilige Streben nach Vorherrschaft im arabischen Lager. Militärisch manifestierte sich dies im Bemühen, "Parität" mit Israel zu erlangen. Dabei ging es nie allein darum, der israelischen Politik effektiv Paroli bieten zu können, sondern: Wer als erster arabischer Staat dazu in der Lage gewesen wäre, dies zu tun, der hätte auch die Führung des arabischen Lagers beanspruchen und seitens des Westens bzw. der traditionellen Unterstützer Israels eine größere Berücksichtigung seiner nationalstaatlichen Interessen in der Region einklagen können.

Syrien und der Krieg am Golf

Hieraus erklärt sich sowohl Syriens Unterstützung des Iran im achtjährigen Krieg mit dem Irak als auch seine Unterstützung der alliierten Kriegskoalition in der aktuellen Auseinandersetzung am Golf. Im April 1982 sperrte Syrien die Öl-Pipeline vom irakischen Kirkuk zu seinem Mittelmeerhafen Banyas, obwohl dies vorrübergehend den Verlust von Transitgebühren in erheblicher Höhe bedeutete. Im gleichen Monat brach Damaskus auch seine diplomatischen Beziehungen zu Bagdad ab. Der Bruch mit dem Irak und die Unterstützung des Iran war keineswegs im Sinne Saudi-Arabiens, des wichtigsten Geldgebers Syriens und Hauptsponsors pro-imperialistischer politischer Projekte in der Region, das wie Kuwait und die anderen Golf-Emirate den Irak unterstützte. Immerhin erhielt Syrien, das im Gegensatz zum Irak, Iran und Saudi-Arabien nur über äußerst geringe Ölvorkommen verfügt, zu dieser Zeit jährlich ca. 750 Mio. US-Dollar aus Riad. Eine schwerere und längerfristige Belastung des syrisch-saudischen Verhältnisses verursachte der pro-iranische Kurs indessen nicht, zumal hinter vorgehaltener Hand versichert wurde, Syrien unterstütze den Iran auch deshalb, um auf die

fundamentalistische Führung in Teheran mäßigend einzuwirken. Noch im vergangenen Jahr erhielt das Assad-Regime ca. 500 Mio. US-Dollar aus Riad, mit denen es von China und Nordkorea schwere Waffen erwarb. Da Saudi-Arabien der engste Verbündete der USA in der Region ist, darf man wohl annehmen, daß dies in Absprache mit Washington geschah.

In der aktuellen Golf-Krise machte Syrien aus seiner Befürwortung der Ausweitung der amerikanischen Kriegsziele kaum einen Hehl, konnte es von der Vernichtung der irakischen Militärmaschine doch nur profitieren. Ein schwacher Irak würde Syriens politischen und militärischen Status in der Region aufwerten. Gleichzeitig, und dies ist typisch für die syrische Politik, sorgte Damaskus dafür, daß seine eigenen der Kriegskoalition zugeteilten ca. 20.000 Soldaten nicht in offensive Kampfhandlungen gegen irakisches Territorium verwickelt wurden. Schließlich wollte man sich nach dem Krieg nicht die Beteiligung an einer amerikanischen Aggression gegen arabisches Territorium und arabische Bürger vorwerfen lassen. Andererseits ist es natürlich eine Tatsache, daß die syrische Deckung des amerikanischen Vorgehens und die iranische Neutralität wesentliche politische Voraussetzungen für den Erfolg des Westens im Krieg gegen den Irak waren.

Die Stationierung von syrischen Soldaten in Saudi-Arabien war jedoch nicht der einzige Beitrag Syriens zur alliierten Kriegsführung. So ließ Assad seine berüchtigten Kontakte zum "internationalen Terrorismus" spielen (terroristische Aktionen sind traditionell ein wichtiges Instrumentarium der syrischen Außenpolitik), um Anschläge in den USA und Westeuropa zu verhindern.

In Anbetracht der traditionellen Konkurrenz zwischen Bagdad und Damaskus kam die syrische Unterstützung für die USA und ihre westlichen Verbündeten nicht allzu überraschend. Allerdings dürfte auch der Wegfall der sowjetischen Abschreckung den pro-westlichen Kurs Syriens bestimmt haben. Die gegenwärtige Golf-Krise war die erste in der Region seit 1955, die hinsichtlich ihres Ablaufs nicht von der Existenz zweier externer Machtpole bestimmt wurde. Mit dem Ausscheiden der UdSSR aus dem bipolaren Ringen um den Nahen Osten war die Rückkehr zum alten System der Einpolarität erfolgt, wie es vor dem 2. Weltkrieg und auch noch eine Dekade danach Gültigkeit hatte. Für die arabischen Staaten verschwand damit die Möglichkeit, zwischen zwei Machtpolen zu wählen, und die UdSSR für die Verteidigung ihrer Interessen gegenüber den USA und Israel zu instrumentalisieren. Im Falle Saudi-Arabiens und der Golf-Emirate war ohnehin klar, daß sie auf die amerikanische Karte setzen würden. Mit einer offenen Auflehnung gegen die USA hätte Syrien sich somit abgekoppelt von seinen Geldgebern und völlig allein dagestanden, was den machtpolitischen Status des Landes in der Region - siehe das Beispiel Jordaniens - verschlechtert hätte. Die Alternative war, aus einer Zusammenarbeit mit den USA das Beste für die eigenen nationalen Interessen herauszuholen. Die USA würden das militärische Potential des irakischen Konkurrenten zerschlagen, was eine automatische Aufwertung der syrischen Armee bedeuten würde, ohne daß hierfür die Intensivierung der eigenen Rüstungsanstrengungen notwendig wäre. Außerdem würden die USA und die EG bei der Konstruktion einer nahöstlichen Nachkriegsordnung das syrische Wohlverhalten mit einer dem militärischen Potential Syriens gebührenden Rolle honorieren. Dazu gesellten sich dann auch noch finanzielle Hilfen aus den EG-Staaten, die vor der Golf-Krise wegen Syriens Verwicklung in den "internationalen Terrorismus" gesperrt waren.

Die Isolierung des Irak

Im Gegensatz zu Saddam Hussein hatte Assad bereits vor Ausbruch der Golf-Krise von seinem Streben nach "Parität" mit Israel Abstand genommen. Die syrische Führung wußte, daß ein solches Konzept ohne die Rückendeckung durch die UdSSR nicht funktionieren würde. Da die sowjetische Politik aber nicht mehr willens und fähig war, die amerikanische Unterstützung für Israel auszubalancieren, waren entsprechende Vorstellungen vorerst hinfällig geworden. Statt dessen beteiligte Syrien sich nun an einer internationalen Konspiration, die auf eine Eindämmung und Schwächung des Irak abzielte. Der syrischen Politik, die bislang im Inneren wie in der arabischen Welt davon lebte, sich als der wahre Hort und das wahre Zentrum des arabischen Widerstands gegen Imperialismus und Zionismus darzustellen, drohte, diesbezüglich von Bagdad ausgestochen zu werden.

Saddam hatte erklärt, daß eine arabische Friedensinitiative zur Beilegung des Nahost-Konflikts an eine ökonomische und militärische Stärkung der arabischen Welt gekoppelt werden müßte. Die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit hätten gezeigt, daß nur so Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten zu bewegen sei. Die Gewinne aus dem Ölgeschäft sollten in Zukunft in der arabischen Welt anstatt im westlichen

Ausland investiert werden, und die reichen, aber volkarmen arabischen Staaten hätten ihre armen, aber volkreichen Nachbarn finanziell zu unterstützen. Desweiteren plädierte er für einen panarabischen Fonds zur Finanzierung der Intifada. Nicht nur in den von Saddam direkt angesprochenen konservativen Golf-Emiraten, sondern auch in Syrien, das noch nach dem Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten (Camp-David-Abkommen von 1977) mit dem Irak die "arabische Ablehnungsfront" ausgerufen hatte, stießen seine Worte auf wenig Begeisterung und erhebliche Bedenken. Statt dessen machte man sich von allen Ecken und Enden daran, den allzu forsch und radikal auftretenden Irak, der nur vermeintlich die Interessen aller arabischen Staaten gegenüber Israel und den USA repräsentierte, zu schwächen. Syrien erklärte, es sei mit Israel zu ernsthaften Verhandlungen über die Golan-Höhen bereit (die von Israel 1967 besetzt wurden), was nach einem weiteren Separatfrieden in der Region roch und den irakischen Versuch des Aufbaus einer arabischen Front bereits im Ansatz torpedieren mußte. Die Golf-Emirate und Saudi-Arabien normalisierten ihre Beziehungen zum ehemaligen irakischen Kriegsgegner Iran wie zu Syrien, und im Dezember 1989 kam es gar zur Versöhnung zwischen Ägypten und Syrien. Bereits einige Monate zuvor war Ägypten, das im irakisch-iranischen Krieg wie Saudi-Arabien und die Emirate den Irak unterstützt hatte, in die Arabische Liga zurückgekehrt. Saddam beobachtete mit Unbehagen, wie einst in der Region (Ägypten und Syrien) und international (Syrien) isolierte Staaten wieder hoffähig wurden, während der Irak zusehends in die Isolation geriet. Was Saudi-Arabien, die Emirate, Iran, Ägypten und Syrien miteinander verband, das war das gemeinsame Interesse, eine arabische Führungsmacht Irak und eine Radikalisierung der arabischen Politik zu verhindern. Was sich aktuell als saudisch-syrisch-ägyptische Achse herauskristallisiert, ist also keineswegs neu, sondern bereits seit dem Ende des irakisch-iranischen Krieges am Gären. Diese Achsenbildung basierte bereits vor dem jüngsten Krieg auf der Erkenntnis, daß aufgrund der neuen Weltlage eine weitere Annäherung an den Westen und irgendeine Form des Ausgleichs mit Israel unumgänglich sei. Die Politik der Konfrontation galt als nicht mehr zeitgemäß, womit der irakische Diktator als Störenfried erschien, da er die anderen Regime unter einen Legitimationsdruck setzte und - gewollt oder ungewollt - die Massen in ihren Ländern aufwiegelte.

Saddam mußte sich vollends isoliert und eingekreist fühlen, als die Türkei im Januar 1990 mittels des Atatürk-Staudamms die Wassermenge des Euphrats reduzierte. Ein Drittel der irakischen Bevölkerung, so behauptete das Regime in Bagdad, waren hiervon direkt betroffen. Gleichzeitig offerierte die Türkei dem irakischen "Erzfeind" Israel den Verkauf von Wasser. (Offensichtlich beabsichtigt die türkische Regierung, mittels des Auf- und Zudrehens des Euphrat-Wasserhahns ihren machtpolitischen Ambitionen in der Region Nachdruck zu verleihen. So prophezeien einige Beobachter der nahöstlichen Szene bereits, daß das Wasser mittelfristig das Öl als Gegenstand zwischenstaatlicher Streitigkeiten ablösen könnte. Vor 17 Jahren begann die Türkei am Oberlauf des Euphrats mit dem Bau einiger gigantischer Stauwerke. Wenn alle Stauwerke fertiggestellt sind, wird sich nach Ansicht von Experten die Wasserführung des Euphrats an der türkisch-syrischen Grenze etwa halbieren. Für den Irak bliebe dann nur etwa ein Drittel der jetztigen Wassermenge übrig, da zuvor noch Syrien den Euphrat anzapft.) Dazu gesellte sich noch der für den irakischen Haushalt so fatale Verfall des Ölpreises, der durch die kuwaitische und saudische Ölpolitik gesteuert wurde.

Man muß davon ausgehen, daß die Achsenbildung zwischen Saudi-Arabien, Syrien und Ägypten und die Isolierung des Iraks die Rückendeckung der USA und der EG besaßen. Im irakisch-iranischen Krieg hatten die USA und die EG schon bald die Position eingenommen, daß dieser Krieg keinen starken Sieger kennen dürfe. Die Folge war, daß einige der westlichen Mächte (wie im übrigen auch die UdSSR) nun nicht mehr nur den Irak unterstützten, sondern auch den Iran. Wurde der Irak zu stark, dann schlug die Waagschale der Unterstützung mehr zugunsten des Irans aus. War der Iran auf dem Vormarsch, so verhielt es sich genau umgekehrt. Am Ende verschaffte der Westen dem Irak einen Friedensschluß, den er - so mager das Ergebnis auch gemessen am Einsatz war - als "Sieg" verkaufen konnte. Nach acht Jahren Abnutzungskrieg ging man in Washington von einem gezähmten Irak aus. Der Irak würde die nächsten Jahre erst einmal mit sich selbst beschäftigt sein, anstatt ehrgeizigere regionale Ambitionen verfolgen zu können. Er würde desweiteren zur engen Kooperation mit seinen konservativen Nachbarn bzw. seinen Geldgebern im Krieg gegen den Iran genötigt sein, sich der amerikanischen Politik in der Region nicht widersetzen und als Herausforderer Israels ausfallen. Aber trotz seiner gravierenden ökonomischen Probleme gebärdete sich der Irak erstaunlich autonom und radikal. Von der saudisch-syrisch-ägyptischen Achsenbildung und dem Golf Cooperation Council ausgeschlossen, entwickelte sich der Irak zum Störenfried eines Planes, der zunächst weniger die Ausschaltung des Iraks als der PLO und die arabische Einigung auf Regimeebene vorsah. Diesem Prozeß sollten anschließend ein

Arrangement mit Israel und dem Westen und eine Lösung der Palästinenserfrage nach dem Geschmack der Regime und des Imperialismus folgen. Eine Kritik des PLO-Kurses seit Ausbruch der Golf-Krise muß diese Vorgeschichte berücksichtigen. Bei allen Unterschieden zwischen der PLO-Führung und dem irakischen Regime wurden sie doch beide Opfer ein und derselben politischen Operation.

Saddams autonomer und radikaler Kurs basierte indessen mehr auf eingebildeter denn auf realer Stärke. So bleibt der Verdacht, daß der Irak mit seinem Überfall auf Kuwait, von dem er die USA vorab informierte, in eine für ihn eigens aufgestellte Falle lief. Die USA hätten nicht militärisch geantwortet, wenn sie sich nicht sicher gewesen wären, den Irak relativ mühelos in die Knie zwingen zu können. Der Krieg gegen Hussein bot die Möglichkeit, einen Störenfried der imperialistischen Planung exemplarisch zu bestrafen (spätestens jetzt weiß Assad, was ihm droht, wenn er zu sehr aus der Reihe tanzt), den Irak weitgehend zu entwaffnen und so die Voraussetzungen für eine Neuordnung des Kräfteverhältnisses in der Region zu schaffen.

Syrien und Israel

Das gemeinsame Interesse, den irakischen Einfluß zu verringern und einen auf militärischer Stärke basierenden arabischen Führungsanspruch des Iraks zu kontern, einte Syrien und Israel in der aktuellen Golf-Krise. Neu war dieses aparte Bündnis allerdings nicht. Schon im irakisch-iranischen Krieg hatten sich beide Staaten auf der gleichen Seite eingefunden. Die gemeinsame Feindschaft gegenüber dem Irak ist aber nicht das einzige Feld, wo sich eine Kooperation zwischen dem vorgeblichen "Konfrontationsstaat Nr.1" und der israelische Führung konstatieren läßt. Assad und Schamir verbindet überdies das Interesse an einer Schwächung der PLO und der Beseitigung deren gegenwärtiger Führung. Innerhalb der israelischen Bevölkerung mag die Empörung bezüglich der PLO-Unterstützung für Hussein echt sein, aber was die israelische Regierung anbelangt, so ist dies in erster Linie ein Akt der Heuchelei, der nur von der eigenen Verantwortung für das palästinensische Dilemma ablenken soll. Offensichtlich hat Israel mit einem Khomeini-Regime und aktuell mit einem Diktator Assad weniger Probleme als mit der vergleichsweise demokratischen und legitimierten PLO. Die PLO befindet sich im Gegensatz zu vielen anderen Befreiungsorganisationen in der mißlichen Situation, nicht über ein eigenes Territorium verfügen zu können, sondern ihren Kampf im Exil führen zu müssen, weshalb sie stets auf die Duldung der physischen Präsenz ihrer Mitglieder und ihres Volkes durch arabische Staaten angewiesen ist. Dies zwingt zum Opportunismus und führte wiederholt dazu, daß der arabische Palästinenserschlächter von gestern zum taktischen Verbündeten von heute wurde. Seit 1967 focht die PLO die Mehrzahl ihrer größeren Schlachten nicht gegen den Staat Israel und die israelische Besatzung, sondern für die Wahrung der physischen Integrität ihrer Mitglieder und ihrer Sympathisanten in den arabischen "Gastländern". In Kuwait zeichnet sich derzeit ein weiterer solcher Kampf ab. Heraushelfen aus diesem Dilemma könnte der PLO nur Israel. Israel müßte sich der PLO als Alternative zu den arabischen Regimes anbieten und sich mit dieser noch immer demokratischsten und säkularsten Bewegung in der arabischen Welt gegen Diktatoren vom Schlage eines Assad oder fundamentalistische Fanatiker verbünden. Aber exakt das Gegenteil ist der Fall. Schamir und Assad sind sich einig, daß eine Lösung des Palästinenserproblems primär zwischen "ordentlichen Staaten" auszuhandeln sei, d.h. den real-existierenden arabischen Staaten und Israel.

Der syrischen Führung war die auf Unabhängigkeit bedachte Arafat-Führung schon immer ein Dorn im Auge. Wiederholt versuchte Syrien, ihr im Libanon den Garaus zu machen (siehe Teil II). Eine unabhängige PLO steht den syrischen Hegemonialansprüchen im Norden des Libanons entgegen. Und natürlich wird die PLO auch als Konkurrent um die politische Führung des arabischen Lagers betrachtet. Syrien will sich aber weder von dem Irak noch von der PLO den Ruf streitig machen lassen, die Speerspitze des "antizionistischen" und "antiimperialistischen" Widerstands zu sein, da dies nur den innenpolitischen Druck auf das Minderheitsregime erhöhen würde. Noch weniger kommt in Frage, daß die PLO Damaskus seine Nahost- Politik diktiert. Deshalb muß die PLO 1. geschwächt (was durch ihre Vertreibung, ihre Entwaffnung und das Anheizen von Fraktionskämpfen bzw. das Hofieren ihres vermeintlich radikalen Flügels geschieht) und 2. unter syrische Kontrolle gestellt werden.

Israels Interesse lautet, die Palästinenser zunächst durch den Entzug der Solidarität der arabischen Staaten (beispielsweise in der Form von Separatabkommen nach dem Vorbild der israelisch-ägyptischen Vereinbarung von Camp David) zu schwächen, bevor man mit ihnen in Verhandlungen tritt. Sowohl die syrische Politik der Spaltung, Schwächung und Kontrolle der PLO wie aber auch ein von Syrien geförderter Prozeß einer zersplittert erfolgenden und sich destruktiv manifestierenden Radikalisierung des palästinensischen

Widerstands korrespondieren mit Israels Absichten. Nicht umsonst galten Israels Angriffe gegen die PLO in der Vergangenheit vor allem deren politikfähigsten (d.h. moderateren) Elementen. Aus der Sicht eines Schamirs ist ein Diktator, aber doch eben Staatsmann Assad ein wesentlich berechenbarerer Partner als etwa Yassir Arafat und seine "nichtstaatliche" PLO, zumal weder die israelische Regierung noch das syrische Regime ein Interesse an einem Palästinenserstaat haben. Mit einem Assad verbindet einen wenigstens das staatliche Herrschaftsinteresse.

Dietrich Schulze-Marmeling

(Teil II des Artikels erscheint in der kommenden AK-Ausgabe: Syrien und Israel im Libanon - Mehr Kooperation als Konfrontation; "rent a cop" - Syriens Rolle in der nahöstlichen Nachkriegsordnung)

7. Der Golf - Versuchsfeld der Kriege von morgen

von Michael Klare

Autor: Michael Klare · Rubrik: Golfkrieg; Neue Weltordnung; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:17

Es wäre vergeblich, in der aktuellen Politik der USA nach einer einzigen Logik zu suchen. Die Rezession, die Verschuldung auf allen Ebenen, die zunehmende Zerbrechlichkeit der Banken im Gefolge des Zusammenbruchs der Sparkassen, die Konkurrenz Japans und Europas, und auch das Ende des Kalten Krieges sind genügend Faktoren, die darauf drängen würden, die "Friedensdividende" in die Scheune zu bringen, um die ökonomischen Fundamente des Landes zu verstärken, seine Infrastrukturen wieder aufzubauen, die Forschung wieder in Gang zu bringen. Gegen diese Logik des Friedens steht die Logik der Herrschaft, die auf den Ruinen des alten sowjetischen Obstakels (Hindernis) wiederaufblüht: Protektion der Absatzmärkte und Rohstoffquellen - und Schrittmacher der Dritten Welt zu sein. Während die Guerillas fast überall gebändigt sind, riskieren die USA von nun an mit den Regionalmächten zusammenzustoßen, die mit modernen Waffen ausgestattet sind. In diesem Sinn erscheint die Golfkrise wie das Versuchsfeld der Kriege von morgen.

Wie immer auch die Golfkrise ausgehen mag, so ist jetzt schon evident, daß die Operation "Wüstensturm" dem Pentagon als Modell für die 90er Jahre dienen wird. Gemäß den bisherigen Schemata war es Gegenstand bewaffneter amerikanischer Intervention in der Dritten Welt, leicht bewaffneten Guerillas entgegenzutreten oder Truppen mit bescheidenem Ausmaß, wie es in Panama der Fall war. Künftig werden heftige Kämpfe mit schwerbewaffneten Regionalmächten ins Auge gefaßt, wie dem Irak. Diese Schlachten werden den Gebrauch modernsten Kriegsgeräts erfordern, ohne Ausschluß chemischer und nuklearer Waffen. Um sie von den Konflikten mit niedriger Intensität (gegen eine Guerilla) oder mit hoher Intensität (z.B. zwischen NATO und Warschauer Pakt) zu unterscheiden, haben die Verantwortlichen im Pentagon für solche Kriege den Ausdruck "Konflikt mittlerer Intensität" (mid intensity conflict, oder MIC) geschmiedet.

Während die Gefahr eines Krieges mit der UdSSR in die Ferne rückt, wächst indessen die Gefahr, die vor dem Auftauchen von Mächten wie dem Irak ausgeht, weshalb der Begriff des "Konflikts mittlerer Intensität" alle Chancen hat, im strategischen Denken der USA einen immer größer werdenden Platz einzunehmen.

Sich auf solche Eventualitäten vorzubereiten, "ist wahrscheinlich die wichtigste Aufgabe US-amerikanischer Militärplaner geworden", notierte eine hochrangige Gruppe, die sich 1990 in Washington beim Zentrum für Strategische und Internationale Studien (CSIS) versammelt hatte. "Die Abnahme der sowjetischen Herrschaftsambitionen und der konventionellen sowjetischen Bedrohung in Europa bedeutet nicht das Ende der Geschichte (wie das suggeriert wurde), sondern nur das Ende einer Etappe der Geschichte". Und die nächste Etappe, nach dieser Gruppe wird "zweifellos auf Konflikte mittlerer Intensität zentriert sein." (1)

Die Adoption einer solchen Verteidigungspolitik wird die Generalstäbe vor große Anforderungen stellen. "Der künftige Kriegsgegner wird wahrscheinlich ebenso gut bewaffnet sein wie die amerikanischen Truppen", hieß es in der erwähnten CSIS-Studie. Und weiter: "In einer ganzen Anzahl von Ländern werden die USA gewichtigen und routinierten Armeen gegenüberstehen, die große Mengen moderner Waffen einsetzen. Es kann sich dabei handeln um schwere Kampfpanzer und gepanzerte Truppentransporter, mobile schwere Artillerie, Angriffsflugzeuge sowjetischer Bauart, integrierte Luftabwehrsysteme, Unterseeboote, seegestützte und ballistische Fernlenkwaffen, moderne Boden-Luft-Geschosse, und sogar um taktische Atomsprengköpfe oder solche mit chemischer Ladung".

"Renegaten-Regime"

Um solche Armeen zu besiegen, werden die USA mit großem Truppenaufgebot und massiver Ausrüstung vorgehen und auch bereit sein müssen, höchstentwickelte Technik einzusetzen. Dies wird es erforderlich machen, eine bedeutende und aktionsbereite Armee aufrechtzuerhalten und es wird die Hoffnungen auf Einsparungen - die "Friedensdividende" - ausradieren, die nach Beendigung des Kalten Krieges in Europa entstanden waren.

Erst seit kurzem hat das Pentagon den Akzent auf das Thema des "Konflikts mit mittlerer Intensität" gesetzt. Während der 80er Jahre konzentrierte sich das militärische Denken auf die Idee der "Konflikte niedriger Intensität". Im Hinblick auf solche Engagements hatte Präsident Reagan umfangreiche Programme angeordnet: Flugzeugträger, vom Wasser und vom Land aus operierende Angriffstruppen, leichte Infanteriedivisionen und Spezialeinheiten.(2)

Indessen begannen die Militärexperten am Ende der 80er Jahre sich zusehends für die Hypothese der wachsenden Bedrohung von Seiten neuer Mächte in der Dritten Welt zu interessieren. Immer mehr wurde offenbar, daß leicht bewaffnete, für den Einsatz beispielsweise in Nicaragua oder Angola konzipierte Einheiten gegen Armeen vom syrischen oder irakischen Typ nichts ausrichten könnten.

Diese Beunruhigung wurde zum erstenmal in dem Bericht Discriminate Deterrence ("Selektive Abschreckung") öffentlich geäußert, redigiert 1988 von der Kommission für Integrierte Langfristige Strategie.(3) Diese Kommission bemerkte darin: "Im Laufe der nächsten Jahre werden viele kleinere Mächte über weitreichende Waffenarsenale verfügen." Diese Arsenale "werden die Interventionen der Großmächte in Regionalkriegen sehr viel riskanter und komplexer gestalten".(4) Als Konsequenz verlangte die Kommission die Verstärkung der US-amerikanischen Mittel zur Führung von Kriegen mit hohem technischen Aufwand in Zonen der Dritten Welt, die außerhalb des von der NATO abgedeckten Feldes liegen. "Wir müssen unsere Kapazitäten diversifizieren und verstärken, um vor Ort und zur gewünschten Zeit über adäquate nicht-nukleare Kräfte zu verfügen, wenn Bedarf empfunden wird, eine Aggression zu besiegen." In der Dritten Welt "bedeutet dies den Einsatz anpassungsfähiger und mobiler Kräfte, die, möglichst wenig von Überseebasen abhängig, imstande sind, weit entfernte militärische Ziele zu schlagen" (5).

Diese Analyse kam zu spät, als daß sie noch Auswirkungen auf die Verteidigungspolitik von Reagan hätte haben können. Sie scheint aber unverzüglich eine entscheidende Rolle in der strategischen Vision der Bush-Administration gespielt zu haben. Der Präsident selbst hat diesem Thema in seiner ersten im Mai 1989 zu Fragen der nationalen Sicherheit gehaltenen Rede ausgeführt. Er erklärte damals: "Mit einer sich wandelnden Sowjetunion zu verhandeln, wird eine Herausforderung erster Priorität sein. Aber die Herausforderungen der nationalen Sicherheit, denen wir heute gegenüber stehen, kommen nicht nur aus dem Osten. Die Entstehung von Regionalmächten verändert die strategische Landschaft schnell." Für besonders beunruhigend hielt er, daß "eine wachsende Zahl von Ländern dabei ist, sich mit modernen und hochgradig zerstörerischen Kapazitäten auszustatten, in bestimmten Fällen gar mit Massenvernichtungswaffen und den Mitteln, sie zu transportieren". Die Vereinigten Staaten, erklärte er, müßten reagieren, indem sie gegen die Verbreitung von Waffen solchen Typs kämpfen, und, wenn nötig, fügte er bei, "müssen wir gegen die aggressiven Ambitionen von Renegaten-Regimes einschreiten". (6)

Dieser Begriff der mit hochentwickelten Waffen ausgestatteten "Renegaten-Regimes" wurde in den folgenden Monaten zu einem bedeutenden Thema des offiziellen Diskurses, besonders als mit dem Zusammenbruch der kommunistischen europäischen Regimes das Ende des Kalten Krieges in Sichtweite kam. In der Tat: Seit Anfang 1990 wurde das Auftreten von gut gerüsteten Gegnern aus der Dritten Welt in den Augen des Präsidenten zur größten Bedrohung für die Sicherheit der USA. Der Verteidigungsminister wurde aufgefordert, seine Verteidigungsdoktrin zu überprüfen, um sich auf eventuelle Konflikte mit solchen Gegnern vorzubereiten. Im Februar 1990 billigte Dick Cheney, Chef des Pentagon, ein geheimes Dokument, welches die Richtlinien der Verteidigung für die Periode von 1992 bis 1997 festhielt. Darin seien die Streitkräfte aufgefordert worden, den Akzent weniger auf die sowjetische Gefahr zu legen und sich auf eventuelle Konflikte mit Regionalmächten der Dritten Welt wie Syrien oder Irak vorzubereiten.(7)

Nach Erlaß dieser Direktive verfaßte jede Truppengattung - Infanterie, Luftwaffe, Marine und das Korps der Marines - ein ähnliches Dokument zur Instruktion ihrer Kader. Gemeinsamer Inhalt dieser Texte ist eine kohärente Strategie für die 90er Jahre, deren zentrale Idee die des Konflikts mittlerer Intensität beinhaltet. Die Doktrin war im vergangenen August noch nicht vollständig auf den Punkt gebracht, doch war sie schon genügend ausgearbeitet, um die Entsendung von Truppen und einen eventuellen Krieg mit dem Irak zu erlauben.

Herzstück dieser Doktrin ist der Glaube, daß der Fortbestand der Vereinigten Staaten als Großmacht die Fähigkeit erfordert, feindlichen Mächten in der Dritten Welt zu trotzen und sie zu besiegen. Der dem Korps der Marines angehörende General Gray erklärte im Mai 1990, daß die USA nur dann Großmacht bleiben kann,

wenn sie den freien Zugang zu den auswärtigen Märkten und zu den "für unsere Industrie notwendigen Ressourcen" bewahrt. Und, weil ein solcher Zugang durch Regionalkonflikte in der Dritten Welt kompromittiert sein könnte, "müssen wir in unseren Verteidigungsstrukturen eine glaubhafte Kapazität zur militärischen Intervention bewahren, die genügend anpassungsfähig ist, um auf alle Typen von Konflikten zu antworten, überall in der Welt" (8).

Tödliche Schläge ausführen

Die Notwendigkeit, die Interessen der USA jenseits der Meere zu schützen und dabei in Konflikte mit gutausgerüsteten Regionalmächten wie Irak oder Syrien zu geraten, erfordert Vorbereitungen, um diese Mächte nötigenfalls besiegen zu können. "Die Proliferation von modernem militärischem Material hat eine wachsende Zahl von Entwicklungsländern in die Fähigkeit versetzt, mechanisierte Bodenkriege langer Dauer zu führen", schrieb im April 1990 General Carl E. Vuono, Generalstabschef der Bodentruppen. Er fügte hinzu: "Die Vereinigten Staaten dürfen die wachsende militärische Stärke dieser Länder nicht ignorieren und die Bodentruppen müssen imstande bleiben, potentielle Gefahren zu besiegen, wo immer sie sich stellen. Dies könnte einen Konflikt mit einer gut ausgerüsteten Armee der Dritten Welt bedeuten" (9).

In mehrfacher Wiederholung hat General Vuono die Bedürfnisse des Pentagons im Hinblick auf eine solche Konfrontation definiert. Die US-amerikanischen Streitkräfte müssen vor allem drei Trümpfe besitzen: Sie müssen anpassungsfähig sein (versatile); fähig, sich auf alle Niveaus des Kampfes einzustellen, in jedweder Umgebung und an jedem Ort des Globus, wo immer es auch sein mag; sie müssen auf fernen Aktionsplätzen schnell einsetzbar (deloyable) sein; sie müssen fähig sein, tödliche (lethal) Schläge auszuführen, wozu sie eine Feuerkraft benötigen, die derjenigen solide bewaffneter Gegner überlegen ist.

Aus diesen Positionsbeschreibungen, die zu anderen hinzukommen, wird eine Idee deutlich: Wenn die Vereinigten Staaten in den 90er Jahren Krieg führen, wird er sich gegen einen ambitiösen, gut ausgerüsteten, Hegemonialansprüche vertretenden Gegner der Dritten Welt richten, gegen den die USA die vollständige Waffensammlung einsetzen, die sie zur Verfügung haben. Was bedeutet, daß das Pentagon auch in der Zukunft über eine große Anzahl moderner Panzer, Geschosse, gepanzerte Truppentransporter und andere Waffen jenes Typs besitzen muß, die aus Europa aufgrund der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen abgezogen werden sollen. So wird sich in den kommenden Jahren die Produktion und auch die Modernisierung solcher Kriegswaffen fortsetzen können.

Diese Änderungen in der strategischen Orientierung werden nicht ohne Konsequenzen sein für Politik und Gesellschaft in Amerika. Die bedeutendsten Auswirkungen betreffen das Budget. Auch wenn die aktuelle Krise nicht in einen Krieg münden sollte, werden die Kosten der "Operation Wüstenschild" alle Hoffnungen auf Einsparungen ausradieren, die sich aus der Entspannung in Europa ergaben. Die Lieferung von Waffen höchster Skala an die Armee im Hinblick auf die Art der anvisierten Konflikte wird das Verteidigungsbudget um Milliarden schwerer machen, und die ökonomischen Probleme werden dadurch erheblich verstärkt. Darüber hinaus wird das Pentagon früher oder später die Wehrpflicht wieder einführen müssen, um die kriegsbedingten Verluste an Menschen oder die Zahl der in Übersee immobilisierten Truppen auszugleichen.

Schließlich besteht das Risiko, daß das militärische Engagement der USA in der Dritten Welt zu größeren regionalen Flächenbränden führen kann. Ausgehend von einer auf der Idee basierenden Doktrin, daß man bereit sein müsse, "einer gut gerüsteten Armee der Dritten Welt entgegenzutreten" (wie General Vuono es ausdrückt), bereitet man sich auf diese Weise zum Handeln für den Zeitpunkt vor, wo die Bedingungen für eine solche Aktion zusammenzukommen scheinen. Weil die Doktrin der Konflikte mittlerer Intensität sich von der Hypothese nährt, daß es für die USA unvermeidbar sein wird, sich gegen eine wachsende Macht in der Dritten Welt zu schlagen, ist das Risiko groß, daß zu militärischen Mitteln gegriffen wird, wo andere Methoden - beispielsweise wirtschaftliche Sanktionen - die Angelegenheit regeln könnten.

(Deutsche Übersetzung: Leo Locher, medico international. Februar 1991)

Anmerkungen

Der folgende Artikel erschien kurz vor Ausbruch des Golfkriegs in der Januarausgabe von "Le Monde diplomatiqe". Michael Klare ist Professor am Hampshire College, Amherst, Massachusetts und Autor von

Veröffentlichungen zur Militärpolitik der USA, zu erwähnen insbesondere das Buch "Low-Intensity-Warfare" (Pantheon, New York, 1988)

1) Conventional Combat Priorities: An Approach for the New Strategic Era. Center for Strategic and international Studies, Abschlußbericht des Conventional Combat 2002 Project, Washington Mai 1990, pp. 23 und 39

2) vgl. Michael Klare: "La nouvelle doctrine d'intervention américaine", Le Monde Diplomatique, März 1986

3) vgl. hierzu Michael Klare, "Dissuasion sélective et vieilles recettes", Le Monde Diplomatique, Mai 1988

4) U.S. Commission on Integrated Long Term Strategy, Discriminate Deterrence, U.S. Government Printing Office, 1988, S. 9 und 10

5) Ibid., S. 2 und 3

6) Rede des Präsidenten vor der U.S. Coast Guard Academy, New London, ct. 24. Mai 1989

7) New York Times, 7.2.1990, und Aviation Week and Space Technology, 13.8.1990

8) General A.M. Gray, "Defense Policy for the 1990s", Marine Corps Gazette, Mai 1990

9) Carl E. Vuono, "Versatile, Deployable, Lethal", Sea Power, April 1990

8. Die Straße des Schreckens (Auszug aus "the Independent")

Rubrik: Golfkrieg; Kuweit · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:43

(...)

Keine zehn Kilometer von Kuwait-Stadt entfernt trifft man auf die ersten Toten. Und es sind immer noch Leichen zu sehen, wenn man sich bereits der irakischen Grenze nähert, wo aus 52 Förderanlagen des Rumeilah-Ölfeldes Flammen in den Himmel lodern. An einer Stelle der Landstraße sah ich gestern streunende Hunde, die Überreste irakischer Soldaten in Stücke rissen.

Zuerst packt einen natürlich der Schrecken. Rund zwanzig Kilometer nördlich von Kuwait-Stadt hängt der Körper eines irakischen Generals aus einer gestohlenen Limousine, seine Lippen sind geöffnet, die Hände baumeln über die Fahrbahn. Auf der fleckigen Uniform sind noch die Generals-Rangabzeichen zu erkennen. Während der wilden Flucht war er auf einen Panzerwagen aufgefahren. Ein Stück weiter liegen Leichen neben Panzern und Armeelastwagen. Ein Iraker liegt zusammengekrümmt wie ein Fötus mitten auf der Straße. Sein Hinterkopf ist weggeschossen.

Erst als Helfer seinen Körper anheben, merken sie, daß auch sein linkes Bein fehlt. Im Führerhaus eines Lastwagens, der einen Volltreffer aus der Luft abbekommen hat, sitzen immer noch zwei verkohlte Soldaten. Ihre Schädel sind nach vorn gerichtet, auf die Straße, die in das Land führt, welches sie nicht mehr erreicht haben. Kuwaitische Zivilisten beugen sich lachend über die sterblichen Überreste der Iraker und photographieren sie.

Die Massenzerstörung beginnt zwanzig Kilometer weiter, bei der Brücke, am Fuße eines Hügels namens Mutla. Oben auf dem Berg hatten die Alliierten die Straße zerbombt und den Irakern den Weg abgeschnitten. Hier kamen sie zu Hunderten, vielleicht zu Tausenden ums Leben. Panische Angst mußte sie erfaßt haben, ihre Wagen blockierten sich gegenseitig, zwanzig Gefährte Seite an Seite auf einer Länge von sechs Kilometern, abgeschossen von amerikanischen und britischen Bombern.

Panzer und gestohlene Polizeiautos, Artillerie-Geschütze und Flammenwerfer, erbeutete Limousinen, Amphibien-Fahrzeuge, Bulldozer und Lastwagen. Ich konnte die Leichen nicht mehr zählen, so viele klemmten zwischen den schwelenden Wracks oder lagen kopfüber im Sand. Ich vermute, das Desaster und die Demütigung wurde ähnlich erlebt wie bei Napoleons Rückzug aus Moskau. Es müssen zwei ganze Divisionen auf dieser Straße unterwegs gewesen sein.

(...)

Auf einem Panzerwagen, dessen Motor noch lief, fand ich die Helme von Leutnant Rabah, Leutnant Homeida und vom Gefreiten Jamal Abdululah. Sie waren chancenlos, denn vor ihnen hatten sich auf einer Länge von drei Kilometern irakische Militärfahrzeuge ineinender verkeilt. Am Ende der Schlange steht ein Trupp amerikanischer Soldaten von der zweiten US-Panzerdivision. Ihr Wahlspruch faßt trefflich das Schicksal von Tausenden zusammen, die in dem dämonischen Verkehrsstau steckengeblieben waren: "Hölle auf Rädern".

Durch das Blutbad und den Staub fuhren zwei Geländewagen des 26th Field Regiment der Royal Artillerie, beide beflaggt mit großen britischen Fahnen. Stabsfeldwebel Bob Halls und der Schütze Barry Baxter weisen uns einen sicheren Weg auf den Mutla-Hügel, der sich an scharfen Bomben und Granaten vorbeischlängelt. "Man kann sich nicht vorstellen, was der Krieg wirklich anrichtet, bevor man es gesehen hat", sagt Baxter. "Warum ist das hier passiert? Saddams Truppen sind kein Gegner, stimmt's? Sie wollten nicht in den Krieg. Sie wollten nur ihre Hände hochheben. Sie sind unser Feind, aber sie wollten eigentlich gar nicht kämpfen. Sie sind ein trauriger Anblick."

Das waren sie. Die Gefangenen, die uns begegneten - Überbleibsel der viertgrößten Armee der Welt - waren unrasiert und erschöpft. Bewacht von alliierten Soldaten, schleppten sie sich durch die Wüste. Sie mußten ihre Handfeuerwaffen auf einen fünf Meter hohen Waffenhaufen werfen.

Den gesamten Weg bis zur irakischen Grenze säumte die Zerstörungsspur des irakischen Rückzugs: Panzer quer auf der Straße, umgestürzt im Graben liegend, auf beiden Seiten über die Wüstenebene verstreut. Einige schwelten noch. Die Briten und Amerikaner sahen sich das alles mit einer Mischung aus Furcht und Erleichterung an.

Leutnant Andrew Nye und Leutnant Roy Monk vom ersten Bataillon des Staffordshire Regiments hatten am Morgen ein paar Stunden damit verbracht, die Toten zu begraben. Unter ihnen befanden sich Frauen und Kinder, Iraker, vielleicht auch Kuwaiter und ägyptische Flüchtlinge, die vor der Front geflohen waren und den letzten alliierten Luftangriffen oder der irakischen Artillerie zum Opfer gefallen waren.

Nye hat einen seiner Männer in den Gefechten verloren. "Einer unserer Burschen ist getötet worden", sagt er. "Ein Geschoß drang ihm in die Brust, nachdem ein paar Iraker schon die weiße Flagge gehißt hatten. Ein Teil der Iraker wußte womöglich nicht, daß sich andere längst ergeben hatten. Wir hatten uns schon so an die Gefangenen gewöhnt. Wir hatten eine Menge von ihnen gesehen und im Radio von den zahlreichen Kriegsgefangenen gehört. Man muß das miterleben, um es zu glauben. Hier gibt es Tretminen, und die Iraker, die auf dieser Straße starben, hatten Kuwait-Stadt ausgeplündert. Aber ich schaudere, wenn ich mir vorstelle, wie es ihnen ergangen ist."

Gekürzte Fassung aus "The Independent" nach einer Übersetzung aus "Die Zeit" vom 8.3.1991

9. Israel, die Golfkrise und die Intifada

Rubrik: Golfkrieg; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:06

Frage: Was ist über die Opposition in Israel zu sagen?

Antwort: Es gab einmal so etwas. Ich weiß nicht, wo sie jetzt ist.

(Aus einem Interview der palästinensischen Zeitschrift "Al Fajr" mit Amiram Goldblum, einem Sprecher von "Frieden jetzt", November 1990)

Die Intifada war zwei Jahre nach ihrem Beginn schon längst nicht mehr prominenter Gegenstand der Berichterstattung der Medien, und es bedurfte schon besonderer Ereignisse, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit - ein zwar nicht wesentliches, aber doch wichtiges Moment für den palästinensischen Volksaufstand - zu wecken. Das Massaker in Rishon Lezion (s. ak 320) im Mai letzten Jahres - ein Israeli erschoß acht Palästinenser und verletzte weitere schwer, nachdem er sich zuvor per Ausweiskontrolle ihrer Nationalität vergewissert hatte - erinnerte kurzfristig daran, daß der israelisch-palästinensische Konflikt nach wie vor ungelöst ist. Der Täter wurde flugs für "verrückt" erklärt, der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Israels sah sich der Notwendigkeit entledigt, sich darüber Gedanken zu machen, ob dieses Massaker nicht Teil und Ausdruck des Konflikts ist, dessen politische Lösung die israelischen Regierungen um jeden Preis zu verhindern trachten.

Mit dem Einmarsch Iraks in Kuwait wähnte sich die israelische Regierung auch der Reste lästiger Kritik an ihrem Vorgehen in den besetzten Gebieten enthoben - politisch sei die Golfkrise, hieß es, ein Segen für Israel. Tatsächlich hat jedoch insbesondere in der zweiten Hälfte des letzten Jahres sowohl die Intensität des Widerstands in den besetzten Gebieten als auch der israelischen Repression erheblich zugenommen.

Am 20. September geriet ein israelischer Reservist auf dem Weg zu seiner Einheit irrtümlich in das Flüchtlingslager Al-Burej im Gasastreifen. Bei dem Versuch, das Lager wieder zu verlassen, rammte er mit seinem Auto einen Eselkarren und verletzte zwei Jugendliche. Bei dem folgenden Aufstand im Lager wurde der Wagen mit Steinen beworfen. Der Reservist wurde bewußtlos geschlagen, sein Wagen in Brand gesteckt, er verbrannte in seinem Wagen. Die 20.000 Bewohner des Lager wurden sofort unter Ausgangssperre gestellt, bei Razzien wurden mehrere hundert Festnahmen vorgenommen. Sieben Wohnhäuser und 26 Läden wurden zerstört, weitere vier Gebäude wurden versiegelt. Das Oberste Gericht, das ursprünglich dem Antrag einer israelischen Menschenrechtsorganisation stattgegeben hatte, den von den beabsichtigten Zerstörungen Betroffenen zuvor Gelegenheit zum Einspruch zu geben, revidierte seine Position einen Tag später: die "Sicherheitsinteressen" des Militärs seien gegenüber dem Einspruchsrecht vorrangig.

In diesem wie in allen anderen Fällen ist die israelischer Rechtsprechung von totaler Konsequenz:

- Ein zwanzigjähriger Palästinenser wurde von einem Militärgericht für einen Steinwurf auf einen Bus, bei dem kein Personenschaden entstand, umgehend zu 30 Monaten Gefängnis (plus acht auf Bewährung) verurteilt. Derselbe Richter hatte zuvor einen 16jährigen für das gleiche Delikt mit zwei Jahren Gefängnis bedacht.

- Ein Siedler, der im November 1987 aus seinem Wagen auf einen Schulhof geschossen und dabei ein palästinensisches Mädchen mit einem Schuß in den Rücken tödlich verletzt hatte, wurde erst drei Jahre später zu 18 Monaten Haft verurteilt.

- Noch weitaus billiger kam der Führer der faschistoiden Siedlerbewegung Gusch Emunim, Rabbi Mosche Levinger, davon. Er hatte im September 1988 in Hebron einen Palästinenser erschossen und wurde im Frühjahr 1990 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, von denen er nur dreieinhalb absitzen mußte.

- Ein Palästinenser, der im Oktober 90 drei jüdische Israelis erstochen hatte, wurde im darauffolgenden Monat zu dreimal lebenslänglich plus 30 Jahre Gefängnis verurteilt.

- Vier Soldaten der Eliteeinheit "Givati" hatten im Februar 1988 einen Palästinenser so schwer mißhandelt, daß er am selben Tag im Krankenhaus starb. Der Prozeß gegen die Totschläger wurde erst anderthalb Jahre später, im Oktober 89, eröffnet, das Urteil wiederum ein Jahr später gesprochen: Die vier Totschläger wurden degradiert, drei von ihnen erhielten eine kurze Gefängnisstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt wurde, der vierte muß zwei Monate absitzen. Da der Tote erst im Krankenhaus gestorben und vor einer Untersuchung von

seinen Angehörigen begraben worden sei, erklärte das Gericht, habe die Todesursache nicht mehr zweifelsfrei festgestellt werden können.

- Daß es sich nicht um "Ausrutscher" der Rechtsprechung handelt, sondern daß diese Art der Strafzumessung einerseits für Palästinenser, andererseits für jüdische Israelis (ob Soldat oder Zivilist) auch von Staats wegen so gewünscht ist, zeigt die Behandlung des sog. Jüdischen Untergrunds. Diese Organisation hatte zwischen 1980 und 84 u.a. die Sprengung des Felsendoms und Bombenanschläge auf Busse mit palästinensischen Arbeitern geplant, Attentate auf palästinensische Bürgermeister und einen Feuerüberfall auf das Islamische Kolleg verübt. Bei diesen Aktionen wurden drei Menschen getötet und 30 verletzt, der Bürgermeister von Nablus verlor beide Beine. Während fast alle Mitglieder dieses Killervereins schon in den letzten Jahren vorzeitig entlassen worden waren, reduzierte Staatspräsident Herzog das Straßmaß der drei zu lebenslanger Haft Verurteilten zuerst auf 24, dann auf 15 und schließlich auf zehn Jahre, von denen ihnen nochmals drei (wegen "guter Führung") erlassen wurden und somit die gesamte Gang wieder auf freiem Fuß ist. Die Serie von Begnadigungen wurde damit begründet, daß die Mitglieder dieser sog. Untergrundorganisation ihre Taten bereut hätten. Livni, der als Kopf der Gruppe angesehen wird, stellte jedoch bei seiner Entlassung im Dezember 90 auf die Frage, ob er seine Handlungen bedauere, sofort klar: "Ich habe schon gesagt, daß ‚Bedauern' in diesem Zusammenhang ein kindischer Begriff ist." Er sehe sich als Bürger, der versucht habe, seine Pflicht zu tun und als Opfer der Unterlassungen der israelischen Regierung bei der Bekämpfung des arabischen Terrorismus.

Messer

Hatte die israelische Regierung im September eine - völkerrechtlich geächtete - kollektive Bestrafung an den Bewohnern des Flüchtlingslagers El-Burej noch ohne nennenswerte innere oder äußere Kritik exekutieren können, wurde der "politische Segen" Golfkrise wirkungslos, als am 8. Oktober israelische Grenzpolizisten auf dem Tempelberg in Ostjerusalem während einer 45minütigen Schlächterei 21 Palästinenser erschossen und Hunderte verletzten. (s. ak 323) Erstmals verhinderten auch die USA nicht mit ihrem sonst chronischen Veto eine Verurteilung Israels durch den UNO-Sicherheitsrat. Der Umstand, daß die israelische Regierung die Zusammenarbeit mit einer vom Sicherheitsrat geforderten internationalen Beobachterdelegation verweigerte - diese Entschließung der UNO werde, provozierte Schamir, wie viele andere in den Schubladen verstauben -, trug Israel die nächste UNO-Verurteilung ein. Die von der israelischen Regierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung des Massakers auf dem Tempelberg unter Führung des ehemaligen Mossad-Chefs Zamir ergab erwartungsgemäß, daß die Polizei sich in einer lebensgefährlichen Situation befunden habe und das Leben der unterhalb des Tempelbergs an der Klagemauer Betenden durch Steinwürfe gefährdet gewesen sei. Der Einsatz tödlicher Munition sei gerechtfertigt gewesen. Moniert wurde lediglich, daß die Polizei "unzureichende Sicherheitsvorkehrungen" getroffen und in einzelnen Fällen "unkontrolliert" geschossen habe. (Die eigenständigen Untersuchungen israelischer bzw. palästinensischer Menschenrechtsorganisationen erbrachten weitgehend andere Ergebnisse.)

Zwar stand auch Ostjerusalem seit Dezember 87 im Zeichen der Intifada, die Repression war jedoch bedeutend geringer als in den besetzten Gebieten. Die Auswirkungen auf Westjerusalem beschränkten sich darauf, daß jüdische Israelis nicht mehr die günstigen Einkaufsmöglichkeiten im arabischen Teil der Stadt wahrnahmen und auf den üblichen Besuch palästinensischer Lokale am Schabbat verzichteten. Die Jerusalemer Stadtverwaltung, allen voran der Propagandist des "einen Jerusalem", Teddy Kollek, wollte unbedingt den Eindruck einer ungeteilten Stadt aufrechterhalten wissen und gleichzeitig vermeiden, daß Touristen und Journalisten Zeugen von Prügelszenen und Erschießungen werden, wie sie in den besetzten Gebieten zum Tagesgeschäft des Militärs gehören. Spätestens mit dem Massaker auf dem Tempelberg ist diese Fiktion zerbrochen. Aber erst die nachfolgende Geschehnisse veranlaßten den stellvertretenden Bürgermeister Jerusalems zu der Klage: "Die Stadt verwandelt sich immer mehr in einen Dschungel."

Angeturnt von dem Massaker auf dem Tempelberg bewarfen Siedler in der (arabischen) Altstadt die Häuser ihrer palästinensischen Nachbarn mit Steinen und brannten eines der Häuser bis auf den Grund ab. Zwei Wochen nach dem Massaker erstach ein Palästinenser in Jerusalem drei jüdische Israels - als "Rache für das Massaker". Unmittelbar darauf wurde ganz Jerusalem für die Palästinenser in den besetzten Gebieten abgesperrt. Zwei Tage nach den Morden in Jerusalem wurde von einem israelischen Wagen aus ein (an den andersfarbigen Kennzeichen erkennbarer) Wagen aus dem Gasastreifen beschossen - einer der palästinensischen Wageninsassen starb, drei weitere wurden verletzt. Am selben Tag attackierte ein

Palästinenser aus der Westbank zwei Soldatinnen mit dem Messer und verletzte sie. Er wurde von Passanten bewußtlos geschlagen und starb wenig später im Krankenhaus. Gruppen jüdischer Israelis begannen in Jerusalem, Gebäude und Straßen nach Palästinensern zu durchsuchen und sie zusammenzuschlagen. Wo die Schläger keine Palästinenser greifen konnten, mußte mal eine junger Jude herhalten, der "wie ein Palästinenser aussah", oder auch Journalisten, die als "arabische Spione" ausgemacht oder beschuldigt wurden, das Ausland mit Munition gegen Israel zu beliefern. Auf einer Jerusalemer Ausfallstraße stoppte ein Soldat einen Westbank-Wagen und beschoß die Insassen, einen palästinensischen Arzt mit Frau und Kind, aus seiner MP. Wechselseitige Racheaktionen durchzogen auch den November und Dezember. Die israelischen Täter setzten durchweg Schußwaffen ein und blieben fast stets "unbekannt"; Palästinenser griffen mit Messern an, und wurden fast immer sofort ergriffen, erschlagen, angeschossen oder erschossen. Die Furcht vor palästinensischen Messerattacken hat so weit um sich gegriffen, daß auch der vormalige dekorierte Fallschirmjäger und nachmalige Friedensaktivist Gideon Spiro von "Jesch Gwul" bekennt: "Bei jedem Araber schaust du unbewußt, ob er nicht ein Messer hat."

"Belfastisierung"

Die Ermordung des Führers der - vom israelischen Parlament ausgeschlossenen - rassistischen Kach-Partei, Kahane, in New York führte insbesondere in Jerusalem zu pogromartigen Ausschreitungen von Kach-Anhängern und anderen jüdischen rassistischen Gruppierungen, die die Militärbehörden veranlaßten, von einer "Belfastisierung" der Stadt zu sprechen. In Jerusalem wurden Plakate mit dem Aufruf verbreitet, jüdische Geschäfte, die Palästinenser beschäftigen, zu boykottieren: "Genug! Genug! Lebensrettung! Wir sind nicht bereit, in ständiger Lebensgefahr zu leben, weil der Händler noch ein paar Groschen mehr verdienen will." (Palästinenser erhalten in Israel einen wesentlich geringeren Lohn als jüdische Israelis.) Der palästinensische Angestellte eines jüdischen Geschäfts wurde von einem vermutlichen Kach-Anhänger niedergestochen, der jüdische Ladenbesitzer, der seinem Angestellten zu Hilfe kam, wurde ebenfalls angegriffen und verletzt. Weitere Juden mit palästinensischen Angestellten wurden bedroht, an die Geschäfte wurde "Verbot, Araber zu beschäftigen" gesprüht. In mindestens einem Fall wurde das "Verbot" mit dem Abbrennen des Ladens durchgesetzt. Im israelischen Fernsehen gab der Kach-Geschäftsführer Marzel bekannt: "Alle Kach-Filialen wurden angewiesen, für eine Atmosphäre zu sorgen, die die Entlassung von arabischen Arbeitern und die Einstellung von russischen Juden vorantreibt." Weigere sich ein jüdischer Arbeitgeber, den "Warnungen" zu folgen, dann sei das "sein Problem. Ich hoffe, er überlebt es." Jüdische Arbeitgeber, die über eine von der Kach-Partei eingerichtete Vermittlung sowjetische Immigranten einstellen, erhalten zur Aufstellung im Schaufenster eine "Bescheinigung, daß in diesem Betrieb jüdische Arbeit geleistet wird".

Im gleichen Zeitraum ließ Ministerpräsident Schamir wissen, für den Likud gelte immer noch das alte Ideal von einem Israel vom Meer bis zum Jordan; begnadigte der Staatspräsident die letzten Einsitzenden des sog. Jüdischen Untergrunds; wurden weitere - völkerrechtlich unzulässige - Ausweisungen aus den besetzten Gebieten vorbereitet; wurden mehrere, den israelischen Friedenskräften nahestehende prominente Palästinenser in Administrativhaft (Inhaftierung ohne Anklage und Gerichtsverfahren) genommen bzw. "aus Gründen der Staatssicherheit" mit einem Ausreiseverbot an Auftritten außerhalb Israels bzw. der besetzten Gebiete gehindert; hatten nach Aufhebung der Absperrung von Jerusalem Tausende von Palästinensern ihren Arbeitsplatz verloren, teils weil ihre Arbeit anderweitig vergeben war, teils, weil sie irgendwann und irgendwie gegen die "Staatssicherheit" verstoßen und damit das Recht zum Betreten Israels verwirkt hätten; wurden neben zahlreichen anderen PalästinenserInnen bei Demonstrationen auch zwei Jugendliche beim Parolenmalen erschossen, da sie sich auf Anruf nicht hätten festnehmen lassen, weiterhin äußerte eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums, Soldaten sollten künftig beim Einsatz der Schutzwaffe weniger an den Rechtsanwalt als an die Rettung eigenen oder fremden Lebens denken.

Raketen-Terror

Mit Ablauf des dem Irak gesetzten Ultimatums zur Räumung Kuwaits waren für vorerst die nächsten Tage Kindergärten und Schulen in Israel geschlossen worden, die Universitäten hatten die Semesterferien vorverlegt. Die Bevölkerung wurde nach Beginn der Luftangriffe auf den Irak vom Militär aufgefordert, in den Häusern zu bleiben und sich auf einen etwaigen Chemiewaffen-Angriff vorzubereiten. Von dieser Anordnung ausgenommen waren nur 250.000 Beschäftigte in lebensnotwendigen Produktions- und Dienstleistungsbereichen. Angesichts der Drohung Saddam Husseins, (Giftgas-)Raketen gegen Israel

einzusetzen, wäre Panik nur allzu verständlich gewesen. Der größte Teil der Bevölkerung blieb jedoch relativ ruhig - ein israelischer Journalist sprach von "hysterischer Gelassenheit" -, und in den "Apokalypse-" oder "Abschied"-Feten am Vorabend des Ultimatumablaufs drückte sich sogar ein böser Sarkasmus im Umgang mit der Bedrohung aus.

Zwei Tage nach dem Beginn der alliierten Luftangriffe feuerte der Irak fünf Raketen auf den Großraum Haifa und Tel Aviv ab. Vier der Raketen gingen in unbewohntem Gebiet nieder, eine Rakete schlug im Raum Tel Aviv in ein Armenviertel mit vorwiegend sefardischer (orientalisch-jüdischer) Bevölkerung ein. Mehrere Häuser wurden zerstört. Unmittelbar durch den Raketeneinschlag kam es bei der ersten Attacke nur zu Leichtverletzten, aber einige ältere Menschen starben an Herzanfällen. Insgesamt hatte der Irak bei etwa zehn Angriffen 37 Scud-Raketen mit konventioneller Munition größtenteils auf den dichtbesiedelten Raum Tel Aviv und Haifa abgefeuert, von denen einige auch in den besetzten Gebieten - in einem Fall in einem palästinensischen Dorf mit erheblichen Gebäudeschäden - niedergingen. Nach der Installierung der Patriot-Systeme wurden die meisten der Scuds noch in der Luft zerstört. Zwei Menschen starben unter den Trümmern ihrer Häuser (weniger, hob der Schriftsteller A.B. Jehoschua hervor, als bei dem ersten palästinensischen Messerangriff nach dem Tempelberg-Massaker, dem drei jüdische Israelis zum Opfer fielen), elf starben an Herzanfällen oder erstickten, wie auch ein israelisch-palästinensisches Kleinkind unter der unsachgemäß angelegten Gasmaske. Hunderte wurden verwundet, über 3.000 Wohnungen wurden größtenteils durch den Explosionsdruck der Raketen nur leicht beschädigt, zum kleinen Teil aber auch durch Raketentreffer total zerstört. Israelische Palästinenser, deren eines Wohnzentrum der weniger gefährdete Norden Israels ist, boten den Bedrohten und den obdachlos Gewordenen Unterkunft in ihren Dörfern an.

Militärisch waren die Scud-Attacken auf Israel völlig "sinnlos" (Zeew Schiff), und eine militärische Absicht war mit den Angriffen auch wohl von vornherein nicht verbunden, waren die Raketen doch durchweg auf die dichtbesiedelten Großstadtregionen - kilometerweit entfernt von militärischen Anlagen - gerichtet. Mit diesem Terror gegen die Zivilbevölkerung ging es den irakischen Militärs allein darum, Israel zu einem Vergeltungsschlag herauszufordern und über diesen Weg einer direkten Kriegsteilnahme Israels, die US-arabische Allianz zu zerschlagen. Die arabischen Teilnehmer der Allianz ließen jedoch nach dem zweiten Angriff auf Israel wissen, daß sie eine israelische Vergeltungsaktion nicht zum Anlaß eines Bruch der Allianz nehmen würden. Die israelische Regierung setzte auch nach weiteren Raketen-Attacken und ungeachtet nun vermehrter Rufe der Bevölkerung nach Vergeltung auf "Zurückhaltung". Es gelte ja nicht nur, erläuterte der ehemalige Verteidigungsminister Rabin, "Rücksicht auf die Regierungen der arabischen Länder innerhalb der internationalen Koalition zu nehmen, sondern auch auf die Stimmung der Volksmassen dort." Es steht allerdings auch die Frage, was durch israelische Angriffe dem Niederbomben des Irak durch die internationale Allianz noch hätte hinzugefügt werden können und wieso israelische Flugzeuge aufspüren würden, was - mit Hilfe israelischer "Erkenntnisse" - bisher von Bombenwerfern der Allianz nicht getroffen wurde.

Fünf Minuten nach Zwölf brachten die USA in einer Blitzaktion auf Raketenabwehr umgerüstete Patriot-Batterien nach Israel. Die Systeme wurden innerhalb weniger Stunden von einer US-amerikanischen Bedienungsmannschaft einsatzbereit gemacht. Die Übernahme des US-amerikanischen Patriot-Systems hatte Israel Mitte der achtziger Jahre abgelehnt, da ein eigenes Raketenabwehrsystem (Arrow) entwickelt werden sollte, mit dessen Einsatzfähigkeit jedoch erst Mitte der neunziger Jahre zu rechnen ist. Im vergangenen Herbst hatten die USA Israel leihweise Patriot-Batterien überlassen, bei Ablauf des Ultimatums waren die israelischen Bedienungsmannschaften jedoch noch nicht zur Bedienung des Systems in der Lage. Nach einer Meldung der israelischen Tageszeitung "Haaretz" vom 21.1. hatte die israelische Regierung noch eine Woche zuvor das Angebot der USA, Bedienungsmannschaften zu stellen, zurückgewiesen. (Das Verteidigungsministerium dementierte diese Meldung.)

Dieser Gang der Dinge ist es denn auch, der Andreas Zumach die Frage aufwerfen ließ, warum die Patriot-Batterien erst nach den ersten Attacken eingesetzt wurden, "wo doch der Beschuß Israels mit Scud-Raketen seit Monaten an der Spitze der diskutierten Bedrohungsszenarien steht". Anders gefragt: Wie ernst hat eigentlich die israelische Regierung die Drohungen Saddam Husseins und ihre eigenen Einschätzungen genommen?

Nach mehreren Raketenangriffen, die auch mit dem Patriot-System nicht alle hatten rechtzeitig abgefangen werden können und der Einsicht, daß es sich diesmal nicht um einen kurzen Krieg handeln würde, wandelte sich auch die bis dahin eher ruhige Stimmung. "Tel Aviv ist fast eine verlassene Stadt", heißt es in einem

Bericht des Jerusalemer Alternativen Informationszentrums. "Tausende der Einwohner haben Tel Aviv entweder nach Jerusalem oder in den Süden verlassen. Die Israelis in Tel Aviv fühlen tatsächlich eine Todesangst. (...) Die Diskussionen drehen sich immer um die Frage, soll Israel eingreifen oder nicht, oder überläßt man dies den Amerikanern. (...) Man kann schon sagen, daß die gesamte Bevölkerung geschlossen hinter der Regierung steht. Die, die gegen den Krieg sind, kannst du an beiden Händen abzählen." Schlomo Lahat, Oberbürgermeister von Tel Aviv, qualifizierte die Tel Aviver, die die bedrohte Stadt verließen, als "Deserteure"; für Jossi Sarid, Knesset-Abgeordneter für die Bürgerrechtspartei (RATZ), waren die Flüchtenden "keine Juden", ja "nicht einmal menschliche Wesen".

Fast das gesamte sog. Friedenslager - sowohl die sich diesem Lager zurechnenden Parteien in der Knesset wie auch der Dachverband "Frieden Jetzt" - befürwortete spätestens mit Beginn der Angriffe auf Irak den Krieg. Den europäischen, darunter besonders den deutschen, und den amerikanischen Antikriegsdemonstranten wurde "Naivität" und "Verantwortungslosigkeit" oder auch "Antiamerikanismus", "Antiisraelismus" und schließlich "Antisemitismus" vorgeworfen. Lediglich die Kommunistische Partei Israels, eine Gruppe von 130 israelischen Intellektuellen (durchweg Friedensaktivisten), die winzig kleine anti-zionistische Gruppierung und einige Einzelpersonen wie Prof. Jeschajahu Leibowitz, widerstanden dieser "patriotischen Welle", wie sie schon einmal im August letzten Jahres über das sog. Friedenslager geschwappt war, und bezogen prinzipiell gegen den Golfkrieg Stellung. Allerdings zeigt die Antwort der RATZ auf die Kritik des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises (s. Dokumentation im letzten AK), daß es zumindest das Bestreben gibt, auch künftig für die Rechte der Palästinenser einzutreten und die Verbindung zu deutschen Friedensgruppen nicht abzubrechen: Es sei eben schwer, antwortete das Sekretariat der RATZ dem DIAK, einen anderen Standpunkt zu verstehen oder gar zu akzeptieren, wenn man sich unter Raketenbeschuß befinde.

Scheinheilige

Knapp eine Woche nach den ersten Raketenangriffen traf eine Regierungsdelegation der BRD unter Führung von Außenminister Genscher in Israel ein. "Willkommen den Scheinheiligen" hieß es noch vergleichsweise moderat auf einem der Transparente zur Begrüßung. In Jerusalem demonstrierten Angehörige der "Internationalen Vereinigung jüdischer Kämpfer, Partisanen und Lagerinsassen" mit Gasmasken und gelbem Stern; auf Plakaten hieß es: "Wieder einmal profitieren die Deutschen von dem Giftgas, und wieder einmal sagt Deutschland 'Wir wußten von nichts'". Auf Transparenten anderer Demonstrationen anläßlich der Genscher-Visite war zu lesen: "Es ist nicht euer Krieg, aber es ist euer Gas", "Gashändler beten für den Frieden", "... von dem Volk, das euch Auschwitz gab", "Germania = GaSSmania" und - auf den Begriff gebracht - "Zyklon B". Deutschland wird in Israel weithin als Hauptschuldiger der Aufrüstung des Irak angesehen. (Daß die israelischen und deutschen Regierungen in Sachen Waffenhandel mit reaktionären und diktatorischen Regimen sich gegenseitig eigentlich kaum etwas vorwerfen können, ging im Getümmel unter.) Während einige Parlamentarier neben der Sowjetunion noch eine Reihe europäischer Staaten der Aufrüstung des Irak beschuldigten, entsprach Außenminister Levy mit seiner Rede auch der Auffassung der Mehrheit junger Israelis: "Wer hätte geglaubt, daß eine Generation, die erlebt hat, was wir auf deutschem Boden erleben mußten, jetzt solche tödlichen Waffen liefert, die gegen ein Land gerichtet sind, das ein Drittel seines Volkes in Gaskammern verlor." Und die Tageszeitung "Maariw" gab Genscher den Hinweis: "Vergessen Sie nicht, (die Schoa-Gedenkstätte) Jad Waschem zu besuchen. Dort finden Sie eine Erinnerungshilfe an die Macht der deutschen chemischen Industrie."

Genscher, der bestritt, daß die deutschen Regierung geholfen habe, die Angriffe auf Israel zu ermöglichen und sich auf ein Nichtwissen zurückzog, kam vornehmlich mit Geld - fünf Millionen Mark Soforthilfe für Tel Aviv, 250 Millionen für Israel -, was ihm nicht allein von Elie Wiesel übelgenommen wurde: "Da kommt hier der deutsche Außenminister mit Geld nach Israel. Was Genscher gleich bei der Ankunft hätte sagen müssen: Ich bitte im Namen des deutschen Volkes um Vergebung, daß Deutschland an den Irak Gas verkauft hat."

Lieber aber bekundete Genscher - immer mal wieder - die "ganz besondere Verbundenheit" Deutschlands mit Israel und die "grundsätzliche Bereitschaft" Bonns, zu Israels Waffenpotential beizutragen. Gewünscht werden von Israel u.a. der Spürpanzer "Fuchs", Abwehrraketen vom Typ "Hawk" und "Roland", der Flakpanzer "Gepard" und das "Patriot"-System. Auch der Lieferung von zwei U-Booten, verlautete später, stehe jetzt nichts mehr im Wege. Mit einer Luftbrücke der deutschen Luftwaffe wurden zwischen dem 1. und 3. Februar militärische Hilfsgüter im Wert von rund einer Milliarde Mark nach Israel geflogen.

Saddam, Saddam

Teils schon seit den Morden an den PLO-Führern in Tunis, vollständig aber seit Beginn der amerikanisch-arabischen Angriffe auf den Irak wurden die besetzten Gebiete unter die bisher am schärfsten durchgesetzte Ausgangssperre (faktisch: Hausarrest) gestellt. Gleichzeitig wurden Westbank und Gasastreifen zu geschlossenen militärischen Zonen erklärt, die auch Journalisten und auswärtigen Beobachtern versperrt sind. Scharf geschossen wurde, wie aus den wenigen durchgedrungenen Berichten hervorgeht, auf jeden, der nur seinen Kopf in Schußweite auf der Straße sehen ließ. Eine Palästinenserin, die mit ihrem einmonatigen Baby auf dem Balkon ihres Hauses stand, wurde von einem israelischen Soldaten erschossen. Ein 14jähriger, der den Wagen eines Siedlers mit Steinen beworfen haben soll, wurde von dem Siedler bis in das Haus des Jungen verfolgt und dort in der Küche niedergeschossen. Die Strafen für Verstöße gegen die Ausgangssperre wurden auf umgerechnet 20.000 DM und fünf Jahre Haft erhöht. Nach Angaben des Militärs wurden 3.650 PalästinenserInnen wegen Vergehens gegen die Ausgangssperre verhaftet; 1.700 wurden in Kriegsgerichtsverfahren vor Gericht gestellt und zu Geldstrafen verurteilt. Wer sein "Vergehen" nicht zugab oder die Geldstrafe nicht zahlen konnte, kam ins Gefängnis. Um auch die Reste des Informationsflusses aus den besetzten Gebieten abzuschneiden, wurden die Büros mehrerer palästinensischer Journalisten geschlossen.

Aus Kreisen der Reservisten unter den Siedlern, die sämtlich ständig bewaffnet sind, wurden Pläne bekannt, die Kriegssituation für eine Massenvertreibung von Palästinensern zu nutzen. Im Verteidigungsministerium wurde der Einsatz von Panzern in den besetzten Gebieten für den Fall erwogen, daß es dort während des Golfkrieges zu größeren Unruhen kommt.

Der Ausgangssperre unterlagen die 750.000 Einwohner des Gasastreifens während fast der gesamten fünf Wochen des Krieges; nur Frauen und Kindern war es alle paar Tage für wenige Stunden erlaubt, die Häuser zu verlassen, um Einkäufe zu tätigen. In der Westbank wurde nach drei Wochen die Ausgangssperre etwas gelockert, zu Beginn der Bodenoffensive jedoch sofort wieder verschärft.

Die mit jeder Ausgangssperre verbundenen Probleme wurden durch die außergewöhnliche Dauer noch verschärft: der Zugang zu ärztlicher Versorgung war stark eingeschränkt, Kranke wurden nur mit schwer zu erlangenden Sonderausweisen der sog. Zivilverwaltung der besetzten Gebiete zu den Ärzten gelassen, palästinensische Ärzte und Krankenhauspersonal wiederum konnten aber wegen der Ausgangssperre häufig nicht zu den Kliniken gelangen. Das System zur Verteilung von Grundnahrungsmitteln war fast zusammengebrochen, es mangelte bereits an Brot, Milch und Babynahrung; die Felder konnten nicht versorgt, die anstehende Gemüseernte nicht eingebracht werden; die Verdienstmöglichkeiten in den besetzten Gebieten und in Israel konnten nicht wahrgenommen werden; wo noch die Möglichkeit zum Kauf von Lebensmitteln bestand, fehlte es schon vielfach am notwendigen Geld. Eine Abgeordnete der Bürgerrechtspartei warnte im israelischen Parlament vor dem Ausbruch einer Hungersnot.

Palästinensische Wirtschaftsexperten haben errechnet, daß der Volkswirtschaft in Westbank und Gasastreifen ein wöchentlicher Verlust von 15 Millionen US-Dollar entstanden ist. Die Absicht der Besatzungsbehörden ist offensichtlich: Die Intifada soll gebrochen werden, und sei es mit dem Mittel des Aushungerns und der wirtschaftlichen Verelendung der palästinensischen Bevölkerung. Im relativen Widerspruch zu dieser Absicht steht das Profitinteresse israelischer Unternehmer. Während der totalen Ausgangssperre fehlten in Israel die rund 110.000 billigen und rechtlosen Arbeiter aus den besetzten Gebieten; der israelische Wohnungsbau lag fast völlig still, die Ernte verrottete auf den Feldern. Vor allem dies veranlaßte die Besatzungsbehörden, die Ausgangssperre allmählich zu lockern und mit Sonderausweisen ausgestatteten Palästinensern den Weg zur Arbeit in Israel freizugeben. Gleichwohl hat die Bevölkerung in Westbank und Gasastreifen - nachdem zuerst die Überweisungen der in den Golfstaaten arbeitenden Palästinenser ausblieben und mit einer Unterstützung durch die Golfstaaten selbst nicht mehr zu rechnen ist - während dieser Ausgangssperre einen weiteren schweren Schlag erhalten und ist in wirtschaftlicher Hinsicht noch enger an Israel gefesselt.

Wenn auch die in abendländischen Fernsehberichten gern und wiederholt vorgeführten Demonstrationen wie im jordanischen Palästinenser-Flüchtlingslager Baka'a mit den Sprechchören "Allahu akhbar - Saddam, Saddam - Chemicals" hochgespielt sein mögen und die von glaubhaften Zeugen berichteten Freudentänze auf den Dächern in den besetzten Gebieten bei irakischen Raketenangriffen auf Tel Aviv in ihrer tatsächlichen Bedeutung überschätzt sein können - die Wirkung auf die israelische Bevölkerung ist verheerend und die

während des Krieges noch zunehmende Popularität Saddam Husseins bei sehr vielen Palästinensern eine Tatsache. Saddam Hussein wird als der Mann gesehen, der "für arabische Würde und Stolz aufgestanden" ist. Er werde, schrieb Munir Fashe, Professor an der Bir Zeit-Universität auf der Westbank, nicht als ein Individuum aufgefaßt, "sondern als eine Aktion: nach 1956 (Nationalisierung der Suezkanal-Gesellschaft durch Nasser, Anm.d.Red.) gibt es nun wieder einen Araber, der ‚Nein' sagt. (...) Natürlich stellt der Westen die Palästinenser dar, als ob sie begeistert für Saddam Hussein wären. Ich denke jedoch, die arabischen Jugendlichen in dieser Region haben genug von der bisherigen Situation und sie suchen nach einer Veränderung, durch die die Araber wieder ihr eigenes Schicksal bestimmen können. (...) Die Grenzen, wem das Öl gehört, wie die arabischen Gesellschaften regiert werden, die israelische Okkupation palästinensischen Landes - das sind die wirklichen Faktoren, ob Hussein da ist oder nicht."

Von den weitaus meisten palästinensischen Sympathisanten Husseins wurde jedoch vorerst der unmittelbare Effekt seines Wirkens hervorgehoben: Saddam habe schon gewonnen, meinte ein palästinensischer Architekt, "zum ersten Mal haben Raketen Tel Aviv getroffen. Er hält, was er versprochen hat." Dieser Umstand ist auch einem Ostjerusalemer Händler, der ansonsten nicht viel von Saddam hält, wichtig: "Seit 1948 haben die arabischen Führer nur Lippenbekenntnisse abgelegt. Saddam hat die Palästinenser zwar auch erst kürzlich entdeckt, macht aber wahr, was er versprach: Er bombardiert Israel." Und ein palästinensischer Jugendlicher ist "glücklich, daß einige Raketen in Tel Aviv gelandet sind. Nicht weil dort Juden leben, aber es ist Zeit, daß sie fühlen, wie es uns mit der israelischen Armee geht."

Die Sympathiebekundungen für den Mörder und Diktator Saddam Hussein zeigen sich in diesen Äußerungen in ihrem wahren Gehalt: Immer wieder verraten, benutzt, fallengelassen von allen arabischen Staaten; enttäuscht von Europa und den USA; seit Jahrzehnten unterdrückt von Israel erscheint den Palästinensern ein Raketentreffer in Tel Aviv als Anfang ihrer endlichen Befreiung. Ihr Erwachen aus dieser Imagination wird furchtbar sein.

K., Hamburg

Quellen

Div. Ausg. aus den Monaten August 1990 bis einschl. Februar 1991 von: Al Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Basler Zeitung (Schweiz), Blätter des iz3w, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Intifada (Schweiz), israel & palästina (Zeitschrift des DIAK), Jerusalem Post - - International Edition (Israel), Jewish Chronicle (Großbritannien), Kommune, links (SB), Neues Deutschland, Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), New Outlook (Israel), News from Within (Israel), Newsweek (USA), Palästina Bulletin, Palästina Info, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, Wochenzeitung (WoZ, Schweiz), Zeit

10. Der Anschlag von Tunis

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:07

Kurz vor Ablauf des Ultimatums, das Irak zum Rückzug aus Kuwait gesetzt worden war, wurden in Tunis die führenden Fatah-Mitglieder Salah Khalaf (Abu Iyad), Hayel Abdel-Hamid (Abu al- Houl) und Fakhri al-Umari (Abu Muhammad) ermordet. Der Täter, Hamzeh Abu Zeid, einer der Leibwächter Abu al- Houls, verließ vor einem Jahr (Al-Fajr, Ostjerusalem) bzw. vor drei Jahren (Palästina Bulletin, Bonn) die Abu Nidal-Gruppe und schloß sich der Fatah an. Abu al- Houl war der Chef des Sicherheitsapparates der Fatah und (wie der im April '88 von einem israelischen Kommando ermordete Abu Jihad) für die Organisierung des Widerstands in den besetzten Gebieten und die Intifada verantwortlich. Abu Iyad war stellvertretender PLO-Vorsitzender. 1968 war er unter den ersten Palästinensern, die Gespräche mit Israel über eine Koexistenz in einem gemeinsamen (weltlichen) Staat einleiten wollten; seit 1983 hatte er die Zwei-Staaten-Lösung unterstützt. Schon bald nach der irakischen Invasion stellte er klar, die PLO sei "nicht pro-irakisch sondern pro-arabisch". Und in einem Interview, das er wenige Stunden vor seiner Ermordung gegeben hatte, erläuterte er, daß er zwar als Palästinenser die Verknüpfung der Kuwait-Frage mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt nicht völlig zurückweisen könne, aber auch nicht wolle, daß "unsere Sache mit der Zerstörung Arabiens in Zusammenhang gebracht" werde.

Als mögliche Drahtzieher des Attentats wurden neben Abu Nidal und Saddam Hussein der Mossad und weitere Geheimdienste genannt:

- Verschiedene PLO-Sprecher bezeichneten anfangs Abu Nidal als möglichen Hintermann, später dann aber den Mossad. Sehr konkret wird das Bonner PLO- offiziöse "Palästina Bulletin": "Erste Vernehmungen des Täters haben ergeben, daß er von einem Offizier des israelischen Geheimdienstes in Zypern rekrutiert und vom israelischen Geheimdienst beauftragt worden war, sich der Abu Nidal-Gruppe anzuschließen und sich nach seinem Austritt der palästinensischen Sicherheit zur Verfügung zu stellen."

- Der israelische Verteidigungsminister Arens distanzierte sich entgegen sonstiger Übung (Geheimdienstaktionen werden weder dementiert noch bestätigt) umgehend von dem Attentat.

- Ein Kommentator der israelischen "Jerusalem Post" hielt es für möglich, daß die Morde im Auftrag einer palästinensischen Extremistengruppe - wie z.B. der Nidal-Gruppe - begangen worden sind, weil Abu Iyad (der das eigentliche Ziel des Attentats gewesen zu sein scheint) den Irak nur sehr verhalten unterstützte; das Attentat könnte aber auch im Auftrag "westlicher Mächte", die überzeugt waren, daß Abu Iyad Attentate zur Unterstützung des Irak plane, ausgeführt worden sein.

- Andere israelische Kommentatoren äußerten die Vermutung, der Geheimdienst von Syrien bzw. Ägypten bzw. Saudi-Arabien habe den Auftrag zur Ermordung Abu Iyads gegeben, um ihn zu hindern, gegen die mit den USA verbündeten arabischen Staaten etwas zu unternehmen.

- Sollte, was das Naheliegendste sei, Abu Nidal der Auftraggeber gewesen sein, war in der "Newsweek" zu lesen, dann könne auch Saddam Hussein seine Hand im Spiel gehabt haben, da die Ermordeten zuviel über die geheimen Aktionen des Irak wüßten und zu enge Kontakte mit westlichen Geheimdiensten hätten.

- Führende Politiker in Tunis waren "ziemlich sicher", daß Saddam Hussein seine Hand im Spiel gehabt hatte. Der Zeitpunkt der Morde - wenige Stunden vor Ablauf des Ultimatums - sei alles andere, bloß nicht zufällig gewesen. Die zu erwartenden Proteste in den besetzten Gebieten wie die ebenso zu erwartende blutige Niederschlagung durch israelisches Militär hätten perfekt in die Taktik Husseins gepaßt.

- Ein arabischer Diplomat wollte sich erst gar nicht bei der Frage nach den Hintermännern aufhalten. Wichtig sei vielmehr, wer der Hauptnutznießer der Tat sei, "und die Antwort auf diese Frage ist ganz einfach: Israel".

- Arafat schließlich lastete in einem Interview mit dem "Mideast Mirror" vom 11.2. die Morde unumwunden den "israelischen Militärs" an.

K., Hamburg

11. England im Krieg: Seite an Seite mit den USA

Autor: Eckard Voss · Rubrik: Golfkrieg; Großbritannien; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:14

von Eckard Voss

Für die britische Rechte ist die Welt wieder in Ordnung. Nach dem schmählichen Abtritt Margaret Thatchers im November letzten Jahres, der begleitet war von einem beispiellosen Popularitätsverlust der Konservativen, heftigen Flügelkämpfen innerhalb der Tory-Party und monatelangen zweistelligen Vorsprüngen Labours in den Meinungsumfragen, hat sich seit dem Krieg am Golf das Blatt wieder gründlich gewendet. Die Konservativen lagen Ende Februar wieder gute zehn Prozent in der Gunst der WählerInnen vorne und Premierminister John Major, von Karikaturisten gerne als bebrilltes gesichtsloses Persönchen gezeichnet, war laut einer Umfrage der Sunday Times Ende Januar der beliebteste Premierminister seit dem Kriegsherrn Winston Churchill im Jahre 1940, doppelt so populär wie Thatcher auf dem Höhepunkt des Falkland-Krieges 1981.

Kein Wunder also, daß in der britischen Massenpresse Hochstimmung herrscht: "Für Britannien sind dies stolze Tage. Ein Premierminister, Margaret Thatcher, spielte eine entscheidende Rolle, die USA davon zu überzeugen, den Krieg zu führen, und ein anderer, John Major, trug einen unerläßlichen Teil zu seiner siegreichen Vollendung bei. Opponenten und Zögerlinge sind geschlagen; Pazifisten diskreditiert; die Sowjetunion und der Fundamentalismus entmythologisiert; europäischer Föderalismus abgewertet und, vor allem anderen, amerikanisches Prestige wiederhergestellt." So schrieb Peregrine Worsthorne, Chefkolumnist des Sunday Telegraph und einflußreicher Wortführer der britischen neuen Rechten zum Sieg - am Golf und an der Heimatfront.

Tagtäglich gab es neue Szenarien der Bedrohung des "Westens" (gemeint sind die USA und England); durch Linke, "Zögerlinge", Pazifisten (meistens gleichzusetzen), die Sowjetunion, die "3. Welt", Einwanderung und schwarze Briten, Gewerkschafter, Umweltschützer, Frauen - der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt. Von Anfang an ging es um mehr, als um die Befreiung der Kuwait Oil Company, die bis 1973 noch zu 100 Prozent in britisch-amerikanischem Besitz war. Es ging um weit mehr, als die Zerschlagung des Iraks als Machtfaktor in der Golfregion: Für Worsthorne stellte der Krieg am Golf die Chance des "Westens" dar, wieder die "uneingeschränkte Vorherrschaft" über die Welt zu erlangen:

"Falls der Golfkrieg zu Ende geht, wie er begonnen hat, dann kann kein Zweifel daran bestehen, wer jetzt die Herren sind - auf alle Fälle für eine weitere Generation. Wir haben die Laser-Bomben und sie nicht... Und das 'wir', das zählt, sind nicht die Deutschen oder die Japaner oder die Russen, sondern die Amerikaner. Happy Days Are Here Again!" (Sunday Telegraph, 20.1.91)

Für einen anderen Doyen der britischen Rechten, dem Ästhetikprofessor Roger Scruton, der auf das Recht pocht, "für sein Land zu sterben", geht es in dem Krieg um nichts weniger als darum, "ob die westliche Allianz, mit den großen moralischen Ideen, die sie verkörpert, die Welt weiterhin beherrscht. Falls nicht, sind wir am Ende." (Sunday Times, 27.1.91)

Der Golfkrieg biete die Chance, endlich dem Anti-Amerikanismus, dieser "breiten linken Allianz gegen die USA" und dem "Konzept der Dritten Welt", das an die Stelle der Identifikation mit der Sowjetunion getreten sei, den Garaus zu machen. "Weil sogar die Linke zu bemerken beginnt, daß, historisch gesehen, die USA im Recht sind." (ebd.)

Das amerikanischste Land Europas

Es hat nicht erst den Vergleich Saddam = Hitler benötigt, um den Massenmord an der irakischen Bevölkerung zu rechtfertigen. Im Feldzug am Golf schien wieder einmal jene imperialistische Weltherrschafts-Doktrin des "Britannia Rules The World" hervor, die im Denken der herrschenden Klasse und derer, die sich mit ihr identifizieren, nach wie vor manifest ist. Eine "Entkolonialisierung" in den Köpfen der weißen britischen Bevölkerung hat nie stattgefunden. Und anders noch als hierzulande benötigt das britische Establishment keine Hitlervergleiche, Historikerstreits oder andere Rechtfertigungen militärischer Interventionen, ohne im öffentlichen Bewußtsein mit den Massenmorden und anderen Greueltaten seiner rassistischen Ideologie befleckt zu sein, die ihn im wesentlichen ausmachen.

Die "Special Relationship" und der enge Schulterschluß Englands mit den USA im "gerechten Krieg" (Major) am Golf erscheint als die organische Einheit der ehemaligen Kolonie und ihrer britischen Ziehmutter, der heutigen globalen Hegemonialmacht. Großbritannien möchte sich einfach nicht damit abfinden, ein europäisches Land unter vielen zu sein und dazu noch ökonomisch am unteren Ende der Leistungsskala.

So ist es nicht ungewöhnlich, daß England sich geradezu als die Speerspitze des Krieges am Golf begriffen hat. Nach britischer Version war es Margaret Thatcher, die am Tag des irakischen Einmarsches in Kuwait am 2. August 1990 einen eher zögernden amerikanischen Präsidenten aufforderte, "Rückgrat" zu zeigen und den "Schlächter aus Bagdad" in seine Grenzen zu verweisen. Thatcher, die sich an jenem Tag zufällig in Washington aufhielt, mag gehofft haben, daß ein Krieg mit dem dazugehörigem nationalen Taumel ähnlich wie im Falkland-Feldzug von ihrem innenpolitischem Scheitern ablenken würde. Es war ihr aber nicht vergönnt, den Ablauf des UNO-Ultimatums im Amt zu erleben.

Aber die Eisernen Lady mit ihren martialischen Appellen an die Nation und dem Hurra-Patriotismus des Falkland-Krieges fand in John Major einen würdigen Nachfolger. In der Unterhausdebatte am Tag des Ablaufs des Ultimatums sprach er vom "gerechten Krieg", der alle Kosten rechtfertige: "Wie groß auch immer die Kosten eines solchen Krieges sein mögen - sie wären geringer als die Kosten, die uns entstehen würden, wenn wir jetzt nicht für das Prinzip dessen, was recht ist, einträten." (Guardian, 16.1.91)

Diplomatische Bemühungen zur Verhinderung trügen letztlich nur zur Aufweichung der Anti-Saddam-Koalition bei und nützten so dem Irak. Konsequenterweise wurde die last-minute-Initiative Frankreichs am Tag des Ultimatums von London bereits abgelehnt, noch bevor Saddam Hussein ein Nein dazu verlauten lassen konnte. Großbritannien ist das einzige Land der Welt gewesen, das seine 35.000 Soldaten direkt und von Anfang an dem US-Oberkommando unterstellt hatte. Die Briten sahen sich eigentlicher Verbündeter der US-Amerikaner und als militärische Spitze der Rückeroberung Kuwaits und der Zerschlagung des Irak als militärische Kraft in der Region, wofür bereits Ende Januar Verteidigungsminister Tom King im BBC plädierte.

Jingoismus und anti-arabische Hetze

Von der britischen Massenpresse, allen voran Hetzblättern wie die "Sun" oder der "Daily Star", die zusammen wohl auf eine Auflage von fünf Millionen kommen, wurde die Kriegsbereitschaft der Regierung begeistert aufgenommen und in die Köpfe ihrer Leserschaft gehämmert. "Sun" und "Daily Star" eröffneten den Krieg am 15.1. mit die Titelseiten abdeckenden Union Jacks und den Aufforderungen "Go Get 'Em Boys" und "Support our Boys and put this Flag in your Window". Die Botschaft kam an, denn nach wenigen Kriegstagen verzeichneten die britischen Flaggenhersteller Umsatzsteigerungen von fünfzig Prozent. Als im irakischen Fernsehen die ersten Bilder von britischen Kriegsgefangenen gezeigt wurden, fordert die "Sun" in einem wütenden Leitartikel, man sollte Saddam erhängen und zwar "long and slow" und startete eine Umfrage bei der Leserschaft, dessen Ergebnis nach sechs Monaten systematischer psychologischer Kriegsvorbereitung nicht überraschte: "British Want Saddam Killed", so die Sunday Times vom 27.1.91.

Mit Ausnahme des linksliberalen "Guardian", der zumindest in der Vorphase des Krieges weiterhin für Sanktionen eintrat und nach dessen Ausbruch ein Zeitungsprojekt unterstützte, das sich gegen die Zensur richtete, folgten alle auflagenstarken britischen Zeitungen einer mehr oder minder aggressiv-militanten Linie und druckten waffenfetischisierende Farbbeilagen.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde bald nach Kriegsausbruch eine "zweite Front" des Golfkrieges in Großbritannien eröffnet: "Ihr seid entweder für oder gegen uns. Und wenn ihr gegen uns seid, dann gehört ihr umgehend des Landes verwiesen", schrieb die "Sun" und formulierte auch gleich mit, daß ihre Version von Dolchstoßlegende und Kollektivschuld eine rassistische ist:

"Wenn aber nun unsere kämpfenden Männer ihr Leben aufs Spiel setzen, was sollen wir dann von den Tausenden Moslems halten, die sich hierzulande in den Moscheen zusammenrotten und für die Niederlage der Alliierten beten?" (18.1.91)

Der Beginn des Golfkrieges markierte den Anfang einer rassistischen Hetzjagd auf britische Moslems und alle, die auch nur entfernt arabisch aussehen. Dies übertraf alles, was sich seit der vor zwei Jahren begonnenen Rushdie-Affaire an anti-moslemischen Kampagnen und Angriffen ereignete. Alle britischen Zeitungen entsandten Journalisten in die Tiefen des moslemischen Britannien, um als Fachleute in Sachen

Ethno-Psychologie dann immer die gleiche Botschaft abzugeben, wie: "... die Zeitungsstände quellen über mit Titeln, die zum Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus aufrufen; Jugendliche in den Straßen rufen zur Unterstützung Saddam Husseins auf ... Das christliche Britannien mag sich mit dem Krieg versöhnt haben; das moslemische Britannien ist in Aufruhr." (Economist, 26.1.91)

Tatsächlich hatten ausnahmslos alle der ungefähr 15 moslemischen Dachorganisationen in England, vom pro-iranischen Muslim Institut, dem radikalen Supreme Council of British Mosques über die moderate Association of British Muslims bis hin zur Islamic Party of Great Britain, den Einmarsch des Irak in Kuwait verurteilt. Die große Heterogenität der ca. 1 Mio. britischer Moslems, von denen mehr als die Hälfte aus Pakistan stammt und in England geboren ist, interessierte bestenfalls am Rande. Gefragt waren Sündenbocke. Und wer hätte sich besser als die bereits rassistisch ausgegrenzten und stigmatisierten Briten asiatischer Herkunft geeignet? Der Konflikt zwischen dem "christlichem Liberalismus" und "islamischem Fundamentalismus" wurde auch auf britischem Boden nicht nur mit der Feder ausgetragen: Die Brandanschläge auf die 800 britischen Moscheen sind schon nicht mehr zählbar; in Sheffield wurde ein Schulbus mit moslemischen Kindern regelrecht gesteinigt; in Bradford wurden Häuser angezündet; im Londoner East End wurden zwei pakistanische Studenten auf offener Straße angeschossen und schwer verwundet. Angesichts der nationalen Pogromstimmung warnte die Union of Palestinian Women ihre Mitglieder davor, nachts ohne Begleitung aus dem Haus zu gehen. Der Vorsitzende der Islamic Party of Great Britain, David Masa Pidcock, befürchtete einen Holocaust an britischen Moslems, wenn die Zahl der alliierten Kriegsopfer steigen sollte. Aus Angst vor Anschlägen will die Partei die Namen der Kandidaten für die Kommunalwahlen im Mai erst im letzten Moment veröffentlichen.

Die Haltung der britischen Regierung zu den anti-arabischen Hetzkampagnen und Angriffen ist heuchlerisch wie eh und je. Zwar sicherte Innenminister Kenneth Baker Vertretern moslemischer Communities zu, daß "alle Anzeichen von Rassismus und Gewalt ernst genommen würden", machte sie aber indirekt mitverantwortlich, indem er die Moslem-Führer aufforderte, dafür zu sorgen, daß Gewalttätigkeiten vermieden würden.

"Geiseln der nationalen Paranoia"

Gleichzeitig ist es Baker und die britische Regierung, die durch die Errichtung von Kriegsgefangenenlagern und die Internierung von Irakern, Palästinensern und anderen Menschen arabischer Abstammung die Paranoia in der Bevölkerung vor pro-irakischen Terroranschlägen anheizte.

Bereits vor Kriegsbeginn hatten das britische Innenministerium und der Geheimdienst MI5 Szenarien entwickelt, die die Abschiebung und Internierung von 6.000 Menschen arabischer Herkunft, darunter alle der ca. 1.000 irakischen Studenten, vorsah. Vor allem Organisationen wie die National Union of Iraqui Students oder die General Union of Arab Students wurden von Sicherheitsdiensten und Sonderkommandos systematisch überwacht und kollektiv der Verbindung mit dem irakischem Geheimdienst oder militanten palästinensischen Gruppen wie der Abu Nidals verdächtigt.

Bereits vor Kriegsbeginn, zwischen August und Januar, erhielten 176 Iraker, Palästinenser und andere Menschen arabischer Herkunft Ausweisungsbescheide; nach Auskunft des Innenministeriums haben 80 von ihnen seither das Land verlassen. Zur Rechtfertigung wurde etwa ein ehemaliger Vorsitzender der oppositionellen Iraqui Students Society, Sani Abdullah, vorgeführt, der in medienwirksamen Auftritten von seiner Verfolgung durch den irakischen Geheimdienst berichtete und behauptete, daß praktisch alle irakischen Studenten, die mit einem Stipendium des Irak in Großbritannien lebten, von Saddams Geheimdienst beaufsichtigt würden.

Nach Beginn des alliierten Bombardements am Golf ordnete das britische Inneministerium die Internierung von mindestens 88 Menschen an, zum größten Teil irakische Studenten. Sofern sie irakische Wehrdienstpflichtige waren, wurden sie in ein eilig errichtetes Kriegsgefangenenlager in Rollestone/Wiltshire gesperrt. Gleichzeitig kündigte die Regierung an, alle irakischen Studenten umgehend nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigungen abzuschieben. Sie rechtfertigte die Internierungen mit der "Gefährdung der nationalen Sicherheit", legte aber keinerlei Beweise für die angeblich "terroristischen Verbindungen" der Betroffenen vor. Einzelheiten und Umstände der Verhaftungen machen klar, daß die Internierungen nicht wie auch immer gearteten sicherheitspolizeilichen Zwecken, sondern einzig und allein propagandistischen Zielen und der Einschüchterung der britischen Moslems dienten. So wurden die Verhafteten weder vom Geheimdienst

verhört, noch ihre Wohnungen durchsucht. Die durch MI5 Mitglieder erstellten Internierungslisten beruhten zum Teil auf zwanzig Jahre alten geheimdienstlichen Dossiers. Oppositionelle Iraker wurden ebenso verhaftet wie der moderate Palästinenser und bekannte Journalist Abbas Shiblak, der seit 15 Jahren in England lebt. Es gab Namensverwechslungen, aber auch Verhaftungen allein aufgrund des Namens wie im Falle von Ali Al Saleh, der seit 20 Jahren in Großbritannien als Computervertreter lebt und der zufällig eine Frau hat, die entfernt mit Abu Nidal verwandt ist und die die Herren des Morgengrauens nur nicht mitnahmen, weil sie nicht wußten, was sie mit den beiden kleinen Kindern der Salehs machen sollten.

Erst nach massiven Protesten durch Verwandte, Freunde und Organisationen wie dem Joint Council for the Welfare of Immigrants sah sich Innenminister Baker zu einer Überprüfung der Internierungen genötigt. Nachdem nun jeder einzelne Fall durch drei Beamte des Innenministeriums überprüft wird, wurden bislang 19 Deportationsanordnungen zurückgenommen und die Betroffenen freigelassen (unter den ersten waren Shiblak und Saleh, die den meisten Wirbel verursacht hatten), 14 weitere aber aufrechterhalten.

Für die restlichen 65 Internierten, von denen 32 auch nach Kriegsende als Kriegsgefange behandelt werden, ist der Krieg noch lange nicht zu Ende. Sie, die nach einem Auskunft des Labour-Abgeordneten Chris Mullin unter schlimmeren Bedingungen festgehalten werden "als die Geiseln Saddam Husseins", gelten weiterhin als Gefahr für die britische Sicherheit. Und zwar solange, bis sie selbst (!) das Gegenteil bewiesen haben.

Klägliches "Stop the War"

Mit Ausnahme des IRA-Mörser-Angriffs auf das in der Downing Street tagende britische Kriegskabinett am 7.2., der neben zerbrochenen Fensterscheiben einigen Wirbel anrichtete, wurde weder das generalstabsmäßige Durchziehen des Krieges am Golf, das die Nutzung britischer Militärbasen auch für B 52-Bombereinsätze miteinschloß, noch der Kampf an der Heimatfront durch politischen Widerstand ernsthaft beeinträchtigt.

Die oppositionelle Labour Party und deren Parteivorsitzender Neil Kinnock schwenkte in ihrer steten Angst vor dem Vorwurf unpatriotischen Verhaltens ohne große innerparteiliche Widerstände vom Sanktionskurs auf Kriegskurs um und stellte der Regierung mit der Ankündigung der "vorbehaltslosen Unterstützung für die Streitkräfte" praktischen einen Blankoscheck aus. Labour, so Kinnock in der Kriegsdebatte des Unterhauses am 15.1., hoffe zwar weiterhin darauf, daß Saddam durch eine Kombination aus Sanktionen, außenpolitischer Isolierung und alliiertem Kriegsdrohungen auch ohne Krieg in die Knie gezwungen werde. Nach dieser Botschaft an die KriegsgegnerInnen in den eigenen Reihen folgte stehenden Fußes die des Patriotismus an die mißtrauischen Wähler: Falls Gewalt sich als die einzige Möglichkeit erweise, werde die Opposition sich hinter die Regierung und hinter die britischen Streitkräfte stellen.

Zwar stimmten 54 Mitglieder der Labour-Fraktion gegen die eigene Parteiführung, unter ihnen die bekannten Linken Tony Benn, Ken Livingstone und die vier schwarzen Labour-Abgeordneten, auch traten einige führende Mitglieder der Parlamentsfraktion wie der sozialpolitische Sprecher Tony Banks zurück, aber die innerparteilichen Opposition war zu keiner Zeit in der Lage, den Kriegskurs der Partei ins Wanken zu bringen. Allzu stark ist nach 12 Jahren Opposition die Sehnsucht nach Rückkehr an die Macht.

Das Auftreten von Tony Benn auf der Anti-Kriegs-Demo in London am 19.1., auf der er Bush als "fanatischen Führer" bezeichnete und feststellte, daß der Krieg keines der Probleme der Golfregion löse, sondern sie allesamt verschlimmere, wurde vom ehemaligen Atomkraftgegner Kinnock denn auch ganz im Sinne liberal-freiheitlicher Weltphilosophie kommentiert: "Der Krieg findet auch deshalb statt, damit Leute wie Tony Benn weiterhin ihre Meinung sagen können."

Die einzig wirklich überraschende Meinung zum Golfkrieg wurde von US- Freund und NATO-Fürsprecher Denis Healy vertreten, der ansonsten zum rechten Labour-Flügel zu zählen ist. In einem Zeitungsinterview meinte er, es sei "verrückt", im Schlepptau der USA in den Krieg zu ziehen. Nach Suez und Vietnam, sei es "das dritte Mal in vierzig Jahren, daß ich mit ansehe, wie eine große Nation schlafwandelnd in eine Katastrophe marschiert, mit offenen Augen und vollkommen unansprechbar." (zit. nach Frankfurter Rundschau vom 17.1.91)

Außerparlamentarischer Widerstand gegen die imperialistische Intervention, das britische Engagement und den Krieg regte sich erst spät und fand vergleichsweise geringe Unterstützung in der Bevölkerung. Dies ist nur

zum Teil durch den Hurra-Patriotismus der Massenpresse und Hetze gegen alles und jeden, der diesen Krieg in Frage stellte, zu erklären.

Ebenso wie in der BRD gab es kaum einen organisierten Widerstand, die größten Demonstrationen des Committee to Stop the War in the Gulf, das Ende letzten Jahres gegründet wurde und an dem sich CND, Gewerkschaften, lokale Labour Gruppen und Friedensinitiativen beteiligten, fand am 12.1. mit national weit über 100.000 Menschen statt, in London beteiligten sich 50-60.000. Eine Woche darauf und nach Kriegsbeginn waren es gerade noch 8-10.000. Nach Medienkampagnen über pro-irakische Gruppen bei den Demonstrationen sah sich das Anti-Kriegs-Komitee zu eiligen Dementis veranlaßt, forderte außerdem den bedingungslosen Rückzug des Iraks aus Kuwait und versuchte radikale Gruppen wie die Revolutionary Communist Party oder die Socialist Worker Party aus der Dachorganisation zu verdrängen. Aus Angst vor einer schlechten Presse sah sich auf der Londoner Demonstration am 19.2. die Schauspielerin Emma Thompson gar zu folgendem Redebeitrag genötigt: "Viele Menschen glauben, daß Demonstrationen wie diese eine Unloyalität zu denen, die kämpfen, ausdrückt. Aber der Grund, warum ich heute hier bin, ist der, daß ich sie (die britischen Soldaten) wieder zurück haben möchte. Ich möchte sie nicht tot sehen." (Sunday Times, 20.1.91)

Das Anti-Kriegs-Komitee war nicht zu unmißverständlichen Widerstand gegen den Massenmord am Golf in der Lage, weil es keinesfalls als anti-amerikanisch oder unpatriotisch erscheinen wollte. Deshalb gab es auch kaum Berührungspunkte mit den schwarzen Communities, die in ihren Stellungnahmen Ursachen und Beweggründe der imperialistischen Aktion der USA und Britanniens am Golf weitaus klarer und unmißverständlicher benannten und zum Widerstand aufriefen. Anti-Amerikanismus und unpatriotischen Verhalten - auch in Großbritannien scheinen weite Teile der immer noch so genannten Linken diese beiden Adjektive zu scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

12. "Gegen diesen Krieg läßt es sich schwer demonstrieren" - Die niederländische Linke und der Golfkrieg

Autor: Huub Jaspers · Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung; Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:40

Bei den Wahlen in den zwölf niederländischen Provinzen (entspricht in etwa den Bundesländern) am 6. März bekam die sozialdemokratische PvdA die Rechnung für ihre Regierungsteilnahme und Mitverantwortung für den Golfkrieg präsentiert: Von den 33% bei den vorigen Provinzwahlen im Jahre 1987 sank sie auf 20,4% herab! Und das bei einer insgesamt sehr niedrigen Wahlbeteiligung von 52,1%. Allerdings kann diese dramatische Niederlage nicht nur am Golfkrieg gelegen haben.

Die PvdA-Anhängerschaft blieb zuhauf enttäuscht zuhause. Die linken Parteien, die mehr oder weniger eindeutig gegen den Krieg Stellung bezogen hatten, profitierten nur sehr geringfügig von der Wahlschlappe der Sozialdemokraten. Die größte unter ihnen, Grüne Linke (Groen Links) - für langjährige AK-LeserInnen: ein seit Mitte 1989 existierender Zusammenschluß von PSP, CPN und PPR - stieg um ganze 0,3% von 4,9% auf 5,2%.

Wenn mensch den aktiven Protest gegen den Golfkrieg zum Ausgangspunkt nimmt, war ein größerer Wahlerfolg für die Linke auch keineswegs zu erwarten. Denn während in der Bundesrepublik oder auch in Frankreich zumindest vor Beginn der Bombenangriffe noch Hunderttausende auf die Straße gingen, brachte die größte niederländische Demonstration nicht mehr als fünfzehn- bis zwanzigtausend Menschen zusammen. Gemessen an den Friedensmärschen Anfang der achtziger Jahre, als das Wort der Hollanditis um die Welt ging, ein glattweg beschämendes Ergebnis. Die Anführer der damaligen Friedensbewegung saßen nun von Zweifeln gequält vor ihren Fernsehern und warteten ... auf die Erlösung durch den lieben Gott.

War es nicht gut, daß die brutale Einverleibung des Ministaats Kuwait durch die Regionalmacht Irak zu einer entschlossenen Gegenreaktion der Weltgemeinschaft führte? Sollte mensch sich nicht darüber freuen, daß die UNO - nach der jahrzehntelangen Lähmung durch den Ost-West-Konflikt - endlich in der Lage schien, einem diktatorischen Regime die Faust zu zeigen? Zeigte nicht zumindest die Bedrohung Israels durch irakische (Giftgas-)Raketen, daß der Krieg gegen Saddam Hussein gerechtfertigt war? Diese und ähnliche Fragen tauchten immer wieder in Diskussionsbeiträgen aus den Reihen der Friedensbewegung bzw. der Linken im weiteren Sinne auf. "Gegen diesen Krieg läßt sich schwer demonstrieren", überschrieb die Tageszeitung "de Volkskrant" am 24. Januar eine Reportage über die (Zurück)Haltung der niederländischen Friedensbewegung.

Mient Jan Faber, Anfang der achtziger Jahre der bekannteste Sprecher der Friedensbewegung und anno 1991 immer noch Sekretär des Interkirchlichen Friedensrates (IKV), betonte vor Beginn des Krieges seine Zustimmung zum UN-Handelsembargo. Vorrangiges Ziel des IKV müsse der Rückzug Saddam Husseins aus Kuwait sein. Erst an zweiter Stelle komme dann das Ziel, einen Krieg zu verhindern. Der IKV nahm folglich auch nicht teil an der Demonstration, die am 15. Dezember mit knapp 5.000 TeilnehmerInnen in Amsterdam auf Initiative des Komitee gegen den Golfkrieg (KAGO) stattfand. Das Motto "Kein Krieg im Golf" und die zentrale Forderung "Holt die niederländischen Kriegsschiffe zurück!" seien zu einseitig.

Nach Beginn der Luftangriffe ließ Faber wissen, der Krieg sei seiner Ansicht nach zu früh begonnen worden, die Karte des Handelsembargos sei noch nicht ausgereizt. Allerdings nahm der IKV auch nicht teil an einer Anti-Kriegs-Demonstration, die am 26. Januar in Amsterdam stattfand (15 bis 20.000 TeilnehmerInnen). Das gleiche gilt für die große katholische Friedensorganisation Pax Christi, die eng mit dem IKV zusammenarbeitet. Diesmal wurde auch die Furcht vor "undifferenziertem Antiamerikanismus" als Grund angegeben. Statt dessen organisierten IKV und Pax Christi am 19. Januar einen Besinnungs-Gottesdienst und einen Schweigemarsch in Den Haag, an dem sich - obwohl das KAGO auch hier zur Teilnahme aufrief - nur etwa 2.000 Menschen beteiligten. Die geringe Demonstrationsbereitschaft erklärte Pax Christi-Sekretär Jan ter Laak vor allem mit dem Argument, daß in den Niederlanden die Solidarität mit Israel sehr stark ausgeprägt sei.

Dem ehemaligen IKV-Vorsitzenden Ben ter Veer, der im IKV zur Zeit einer Minderheitsströmung angehört, ging sogar der Schweigemarsch zu weit. Er blieb zu Hause, "weil ich im Moment nicht stark genug gegen den Krieg

bin (...) Ich kann mir vorstellen, daß aus diesem militärischen Konflikt noch etwas Positives entsteht, nämlich daß Saddam Hussein gestoppt wird. (...) Aber es kann auch für mich der Augenblick kommen, an dem das Ziel die Mittel nicht mehr heiligt." (de Volkskrant, 22.1.1991)

Auch die grüne Partei Groen Links bezog von Anfang an, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments, Stellung gegen den Krieg und den militärischen Aufmarsch der USA, beteiligte sich jedoch nicht am Komitee gegen den Golfkrieg (KAGO), das bereits im September (auf Initiative von u.a. AMOK) gegründet worden war. Während die Mehrheit des KAGO das UN-Handelsembargo als Teil der amerikanischen Kriegsvorbereitungen ansah, vertrat Groen Links das Motto "Krieg Nein - Handelsembargo Ja!" Dennoch kam es bei verschiedenen Demonstrationen (u.a. bei den oben genannten) zu einem Aktionsbündnis zwischen dem KAGO, Groen Links sowie einigen anderen Organisationen.

Auseinandersetzungen innerhalb von Groen Links gab es um die Frage, ob die Niederlande Israel Patriot-Luftabwehrraketen zur Verfügung stellen solle. Während die Mehrheit der Parlamentsfraktion die militärische Unterstützung Israels ablehnte, befürwortete die Mehrheit des Parteivorstands die Unterstützung mit "rein defensiven Waffen". Als Argumente für diese linke Schützenhilfe, die sogar von Teilen der ehemaligen pazifistisch-sozialistischen Partei (PSP) mitgetragen wurde, wurden der Schutz der israelischen Zivilbevölkerung genannt (allerdings kam kein Grün-Linker auf die Idee, Patriot-Raketen zum Schutz der irakischen Zivilbevölkerung zu fordern) und das politische Ziel, eine weitere Eskalation des Krieges durch israelische Gegenmaßnahmen zu verhindern.

Neben den bereits genannten Gründen war sicherlich auch die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten ein nicht unbedeutendes Motiv für die Zurückhaltung von IKV und Pax Christi, die der PvdA bekanntlich sehr nahe stehen. In der PvdA selbst, auch in der Parlamentsfraktion, gab es anfangs noch recht viele Stimmen gegen eine militärische Lösung des Konflikts. Nachdem der Krieg dann jedoch einmal begonnen war, waren die Gegner an einer Hand abzuzählen. Als Regierungspartei und zuverlässiger Koalitionspartner der Christdemokraten konnte die PvdA sich nun natürlich nicht mehr "vor der Verantwortung drücken". Der Kurs der niederländischen Regierung wurde indes vollends bestimmt vom christlich-demokratischen Gespann Lubbers-Van den Broek. Vor allem Außenminister Van den Broek profilierte sich einmal mehr als hundertprozentiger Atlantiker und schreckte dabei auch nicht davor zurück, seinen sozialdemokratischen Kollegen, Verteidigungsminister Ter Beek, in aller Öffentlichkeit zu blamieren. So bot Van den Broek der türkischen Regierung niederländische Kampfflugzeuge an, bevor er den eigentlich dafür zuständigen Verteidigungsminister überhaupt über dieses Vorhaben informiert hatte.

Die niederländische Anlehnung an die Achse Washington-London hat verschiedene Gründe. Sie hängt auch zusammen mit der im Zuge der deutschen Wiedervereinigung in Teilen der niederländischen herrschenden Eliten zugenommenen Furcht vor einem allzu sehr von der BRD dominierten Europa. Am Beispiel des Golfkriegs zeigt sich daher auch, daß Widerstand gegen das erneute Erstarken des deutschen Imperialismus in anderen Ländern (leider) durchaus nicht immer zu einer friedfertigen oder gar fortschrittlichen Politik führen muß. In den Niederlanden wurde die "Kontrolle und Einbindung der BRD" schon immer als ein wesentliches Motiv für die eigene NATO-Bündnistreue gehandelt.

Huub Jaspers, Mitarbeiter des Antimilitaristischen Forschungskollektivs AMOK (Nijmegen)

13. Falchi e colombe. Altlinke Falken und päpstliche Tauben

Rubrik: Golfkrieg; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:36

Der Golfkrieg hat in Italien unerschütterlich scheinende Bündnisse strapaziert und - wenn auch vorübergehende - neue Koalitionen hervorgebracht. Der Papst als "ranghöchster" Pazifist Italiens und bester Freund des PCI/PDS öffentlich von den Christdemokraten und anderen Regierungsparteien getadelt - das ist eine noch vor kurzem kaum vorstellbare Konstellation. Der Vorsitzende der Republikanischen Partei (PRI) Giorgio La Malfa war über die Extratouren des Heiligen Vaters so aufgebracht, daß er die Kirche an ihre eigene kriegerische Tradition erinnerte: die Kreuzzüge. Die "tiefgehende Feindseligkeit (des Vatikans) gegenüber dem Westen", fand La Malfa, habe Berührungspunkte mit der Politik des PCI ("Corriere della sera", 3.2.).

Fürsprecher fand Karol Wojtyla sogar noch links vom PCI. Eugenio Melandri, Europaabgeordneter von Democrazia proletaria (DP), verteidigte auf einer Kundgebung gegen die US-Base Camp Darby bei Pisa die Position des Papstes als "kohärent mit der Botschaft, die der Pontifex in diesen Jahren wiederholt hat" ("Corriere della sera", 3.2.). Auf der anderen Seite des politischen Spektrums wird anläßlich des Golfkriegs der unbestreitbare Antisemitismus des Vatikans ins Spiel gebracht. Allerdings - die Nichtanerkennung Israels, der Streit um das Karmeliterinnenkloster in Auschwitz, der unausgesprochene Vorwurf an "die Juden", den Herrn Jesus ermordet zu haben, entlockten den von päpstlicher Protektion profitierenden Christdemokraten bisher kein kritisches Wort.

Die Massenstimmung zum Krieg, in einer Reihe von Meinungsumfragen erkundet, gibt ein paradoxes Bild: "Ein Volk von Pazifisten, das die eigenen Jungs an der Front unterstützt und das baldige Ende des Krieges mit der Niederlage Saddams wünscht" ("Panorama", 24.2.). Tatsächlich sprach sich um den 11./12. Februar eine klare Mehrheit von 66,8% gegen den Krieg aus (28,8% dafür). Da er nun aber stattfinde, solle man auch mitmachen - fanden 31,3% der angeblichen Kriegsgegner. Insgesamt votierten 48,5% für die italienische Beteiligung, 42,6% dagegen. Das ist ein gewaltiger Stimmungsumschwung innerhalb weniger Wochen. Noch am 4. Januar waren 61,9% gegen ein italienisches Engagement im Krieg, 32% dafür ("l' Unità", 4.2.). Die Vorführung eines von den Irakern gefangengenommenen italienischen Piloten hatte die Nation nur vorübergehend verunsichert.

Exemplarisch für den Rechtsruck der Medien ist der Streit in der Redaktion von "La Repubblica". Die liberale, regierungskritische Tageszeitung, herausgegeben von Eugenio Scalfari, der in Italien eine demokratische Institution ist, schwenkte im Januar weitgehend auf Kriegskurs. Als Giampaolo Pansa, Vizedirektor des Blattes und "Pazifist", eine Kurskorrektur verlangte, wurde er von Scalfari zurückgepfiffen. Der Herausgeber beklagte in einem Kommentar die "unnütze Rauferei zwischen Falken und Tauben" ("La Repubblica", 3.2.). Es gehe nicht darum, ob der Krieg gerecht sei oder ungerecht, sondern ob er zu vermeiden gewesen wäre. "Nein, er war nicht zu vermeiden", findet Scalfari und richtet - am 3. Februar! - den Blick auf die Nachkriegszeit.

Andere aus der Galerie der "unbestechlichen demokratischen Intellektuellen" gingen weiter. Giorgio Bocca, ehemaliger Partisan, Verfasser einer Togliatti-Biographie und "einer der angesehensten Kommentatoren Italiens" ("taz", 31.1.), beschimpfte in einem Kommentar für das Wochenmagazin "L`Espresso" die jugendlichen Friedensdemonstranten als "Gauner, die anderen im Nacken sitzen und sich auf ihre Kosten bereichern". Italiens Engagement im Golfkrieg ist ihm viel zu schlapp. In Europa und Italien entscheide sich derzeit, "ob wir noch Hauptdarsteller der Geschichte sind". - "Wie haben wir diese Probe des Golfs bestanden? Ehrlich gesagt: unsäglich mies" ("taz", 31.1.). Norberto Bobbio, der große liberale Philosoph, hatte sich schon vor Kriegsbeginn festgelegt: "Mir scheint, daß alle Bedingungen bestehen, daß dieser Krieg, wenn er denn stattfindet, ein gerechter Krieg ist" ("Corriere della sera", 17.1.). In die gleiche Richtung geht Bobbios Kollege Massimo Cacciari. Auch der Historiker Renzo De Felice, Verfasser des Standardwerks "La storia degli ebrei durante il fascismo" ("Geschichte der Juden während des Faschismus") schlug sich auf die Seite der USA und des Vaterlandes. Umberto Eco, der in seinem auch von Linken vielgelesenen Roman "Der Name der Rose" die Mächtigen verurteilt und die Rebellion der Unterdrückten rechtfertigt, will sich nicht festlegen. Einerseits: "Um alle Zweifel auszuräumen: Es ist gerechtfertigt, daß angesichts der Aggressivität eines Diktators die internationale Gemeinschaft mit Gewalt reagiert". Andererseits warnt er vor den nicht kalkulierbaren Folgen eines begrenzten Krieges für den Rest der Welt und spinnt sich ein alternatives Szenario "gerechter gewaltsamer Reaktion im Fall Saddam" zurecht: "Ein sehr ernsthaftes, auch unerbittlich ‚kaltes` Containment

mit Grenzgeplänkeln, einem Kontrollsystem und einer Notgesetzgebung, nach der jeder westliche Industrielle, der Saddam auch nur eine Reißzwecke verkauft hätte, zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt worden wäre" ("taz", 26.2.).

Bei den ParlamentarierInnen der Grünen gab es einen krassen Fall von Vaterlandsverteidigung. Rosa Filippini stimmte als einzige von 17 grünen Deputierten und drei Senatoren für den Golfeinsatz der italienischen Streitkräfte. Ihr theatralischer Auftritt in der Abgeordnetenkammer - sie schloß mit den Worten: "Ich bete zu Gott, daß ich recht habe" - wurde "von den Sozialisten mit besonderer Begeisterung gefeiert" ("Panorama", 10.2.). PSI-Scharfmacher und Sprachrohr von Parteichef Bettino Craxi, Ugo Intini, beeilte sich, händedrückend zu gratulieren. Der Rest der Grünen-Fraktion will Rosas Gewissensentscheidung tolerieren.

Der PCI, seit 3. Februar PDS, hat sich in den Augen der Öffentlichkeit als konsequent pazifistische Kraft profiliert bzw. diskreditiert. In Wahrheit ist die Partei zerrissen. Während Pietro Ingrao vom linken PDS-Flügel am liebsten den Generalstreik proklamieren würde, warnt der Wortführer der Rechten, Giorgio Napolitano, vor Isolierung und bleibendem Verlust der Regierungsfähigkeit. Parteichef Achille Occhetto laviert, fordert zunächst den einseitigen Waffenstillstand, um dann doch Bedingungen an den Irak zu formulieren und seine völlige Übereinstimmung mit der SPD zu betonen. Konsequent pazifistisch agiert die nach der Auflösung des PCI in den PDS ausgestiegene Fraktion um Armando Cossuta, der sich persönlich an der schon erwähnten Aktion gegen die US-Base Camp Darby bei Pisa beteiligte. Im Unterschied zum PDS, dem diese von der "Antikriegskoordination" der Toskana und von Democrazia proletaria getragenen Demonstration zu antiamerikanisch war.

Zum "offiziellen Organ des Pazifismus" ("Panorama") wurde die links-unabhängige Tageszeitung "Il manifesto", die seit Kriegsbeginn ihre Auflage von 80.000 auf 110.000 Exemplare steigern konnte. Das ist vor allem den parteipolitisch ungebundenen jugendlichen FriedensaktivistInnen zu verdanken, nicht den Veteranen von 1968. Paolo Liguori, ehemals Militanter von Lotta continua (LC), heute Direktor der katholischen Wochenzeitschrift "Sabato" und eifriger Propagandist des päpstlichen Friedensappells: "Von meinen Ex-Genossen bei Lotta continua sind alle auf der Seite der Intervention. Fast alle Vierzigjährigen, die meine Vertrauten bei LC waren" ("Panorama", 3.2.).

Js., Hamburg

14. Nicht ohne meine Tochter (Buchbesprechung)

Eine Buchbesprechung

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Frauen; Iran; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:28

Ein dickleibiger Groschenroman wird derzeit in so riesigen Mengen verschlungen, daß es angebracht erscheint, sich einmal näher mit ihm auseinanderzusetzen: Es handelt sich um Betty Mahmoodys Bestseller: "Nicht ohne meine Tochter", erschienen im für niedriges Niveau berüchtigten Bastei-Lübbe Verlag. Die Auflage überstieg in Windeseile die Millionengrenze, ein Erfolg, der die amerikanische Originalausgabe bei weitem in die Tasche steckte. Und ein Film ist in den USA in Vorbereitung. "Ein mitreißendes Buch, das zugleich die Probleme deutlich macht, die bei Partnern aus verschiedenen Kulturkreisen auftreten können", verspricht der Klappentext. Doch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit einer anderen "Kultur" als dem "american way of life" sucht der/die LeserIn vergebens.

Daß es sich hierbei um Trivialliteratur handelt und der Text Mahmoodys voller bis zum Rassismus reichenden Klischees steckt, ist schlimm; doch beängstigend ist die Tatsache, daß das Buch scheinbar auf so fruchtbaren Boden fällt. Nicht wenige sonst durchaus kritische Menschen nehmen die durchweg haarsträubende Art der Darstellung zugunsten der fesselnden, spannenden Story in Kauf, im Gespräch über das Buch wird allzuoft bagatellisiert, um was es eigentlich geht. Im folgenden möchte ich anhand einer Analyse des ersten Kapitels zeigen, warum ich behaupte, dieses Buch sei rassistisch.

Eine spannende Geschichte ...

Zur Story: Im Sommer 1984 fliegt die Amerikanerin Betty Mahmoody mit ihrem iranischen Ehemann, dem Arzt Dr. Sayyed Bozorg Mahmoody und ihrer vierjährigen Tochter Mahtab für vierzehn Tage zur Familie ihres Mannes nach Teheran. Was sie ahnt, befürchtet, erfüllt sich während des Aufenthalts: Für ihren Mann ist dies keine Urlaubsreise, sondern eine Heimkehr, eine Rückkehr zu den "Wurzeln seiner Kindheit". Frau Mahmoody, nach iranisch-islamischen Recht Eigentum des Ehemannes, versucht nun mit allen Mitteln, sich aus dieser "Gefangenschaft in einem fremden Land" zu befreien: Sie ist fest entschlossen, zurück in die Staaten zu gehen, aber "nicht ohne meine Tochter". Von den zahlreichen Versuchen und Mißerfolgen, aus dem "Alptraum" auszubrechen, handelt der Hauptteil des Buches. Nach 534 Seiten kann der/die LeserIn erleichtert aufatmen: "Danke, lieber Gott, danke" - es gibt ein Happy-End! Und das beste: Das alles ist - angeblich - authentisch; Frau Mahmoody gab es zu Protokoll und William Hoffer, amerikanischer Journalist, strickte daraus diesen Roman.

Qualvolle Odyssee oder rassistischer Schund?

Bereits nach der Lektüre der ersten Seiten werden die LeserInnen zu Zeugen der außergewöhnlichen "Qualen", die eine "zivilisierte", "kultivierte" Amerikanerin angesichts einer "stinkenden", "unhygienischen", ihr vollständig im Dunkeln bleibenden Kultur zu "erleiden" hat. Die Odyssee des Ekels und der Schrecken beginnt bereits während des Landeanflugs auf Teheran: Das Kopftuch, welches sie sich in der Bordtoilette auf Geheiß ihres Mannes umbinden muß, richtet "irreparable Schäden" in ihrem freien, westlichen Antlitz an. Tja und dann ihr Auserwählter: "eine widersprüchliche Persönlichkeit": einerseits der "liebevolle Ehemann" mit "brillanter Intelligenz", andererseits "neigte er dazu, mit dumpfer Gleichgültigkeit die Bedürfnisse seiner eigenen Familie zu übergehen" (S.8). Der wächst mit jedem Tag im Iran mehr in die Rolle des "wahnsinnigen", "fanatischen" Moslem hinein.

Die Beschreibung ihrer Ankunft in der iranischen Hauptstadt beschränkt sich auf sinnliche Eindrücke, die nichts als Abscheu und Haß auf das Fremde und Andersgeartete offenbaren: Da ist zunächst die "Hitze, die uns physisch fertigzumachen schien" (S.9), dann eine "weitere unangenehme Wahrnehmung: unsere Sinne wurden überschwemmt vom überwältigenden Gestank von Körperausdünstungen" (S.9); "Menschenmassen" bedrängen sie und ihre Tochter durch "schrilles Stimmengewirr" (die Iraner reden grundsätzlich nicht, sie "schnattern", "plappern endlos", etc. und das auch noch in ihrer Muttersprache und nicht auf englisch, so daß Frau Mahmoody sich ausgeschlossen, mißachtet fühlt!). Die Toilette am Flughafen ist prompt total verschissen, überall liegen "mit Fliegen übersäte Haufen" und ein "widerlicher Gestank" in der Luft. Doch auch das Klo bei Mahmoodys Eltern ist nicht besser: Am Boden krochen "die größten Kakerlaken, die wir je gesehen

hatten", "der Raum roch nach Schimmel und ein eklig saurer Gestank wehte durch ein Fenster herein, das zu einer angrenzenden persischen Toilette hin geöffnet war" (S.20). Die Begrüßung bei den Eltern gestaltete sich zum Geisterbahn-Erlebnis: "Sie überschüttete uns mit ihrer Zuneigung, umarmte mich heftig, küßte mich ab und plapperte (!) die ganze Zeit in Farsi. Ihre Nase war so riesig, daß ich kaum glauben konnte, daß sie echt war. Sie ragte unter zwei grünlich-braunen Augen hervor, die vor Tränen glasig waren. Ihr Mund war voller schiefer, fleckiger Zähne" (S.15).

Sauber, kultiviert, zivilisiert

Zu all diesen Eindrücken für Nase und Ohren bekommt Frau Mahmoody Geschenke, die sie nur abscheulich findet; dennoch fühlt sie sich enttäuscht, als sie nicht nach iranischem Brauch als Braut mit Goldschmuck bedacht wird: "eine deutliche Zurechtweisung" (S.21). Mit welchen Erwartungen sie in das Land gekommen ist, schildert sie anläßlich der Empfangsszene am Flughafen durch den Neffen Zia: "Er war ein gutaussehender Mann mit edlen arabischen Gesichtszügen und einem gewinnenden Lächeln. Er war größer als die meisten kleinwüchsigen Iraner um uns herum, und sein Charme und seine Kultiviertheit (!) waren offensichtlich. So, hatte ich gehofft, würde Moodys Familie sein. Und das Beste von allem, er war sauber (!)" (S.12). Diese Zeilen ermöglichen einen Einblick in das Wertesystem der amerikanischen Staatsbürgerin Frau Mahmoody: Sauberkeit, Ordnung, kultivierter Umgang, modische Erscheinung, Bildung und gesellschaftliches Prestige - das allein zählt, das allein ist die Meßlatte, die an die "fremde Kultur" angelegt wird, an der die iranische Gesellschaft (stellvertretend für alle islamischen Kulturen) scheitern muß!

Rechtfertigt subjektives Leid Fremdenfeindlichkeit?

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren: Ob es sich um die chaotischen Zustände im Straßenverkehr, das Essen ("Die Iraner ... stürzten sich auf das Mahl wie eine Herde wilder Tiere" (S.23)) oder iranische Bräuche handelt ("Ich gab nicht einen Heller auf iranische Bräuche" (S.84)), nie ist auch nur ein Funken von Verständnis bzw. Erkenntniswillen zu spüren; im Gegenteil: das Vokabular erinnert in unangenehmster Weise an Stammtischreden von Zeitgenossen, die über die "Spaghetti-Fresser" und "Kümmel-Türken" herziehen. Nicht, daß ich Frau Mahmoody das Recht abspreche, über ihr subjektiv empfundenes Leid zu schreiben, aber bei solch platten rassistischen Verallgemeinerungen und Klischees läßt sich beim besten Willen keine Spur von Subjektivität mehr erkennen. Was - so frage ich mich - hat diese Frau bloß bewogen, sich auf eine bikulturelle Partnerschaft einzulassen bzw. in den Iran zu fahren? Aber dies bleibt das Geheimnis der Betty Mahmoody!

Frau Mahmoody und die Verantwortung

Ein weiterer Vorwurf kann Frau Mahmoody nicht erspart werden: Wenn es sich denn bei dieser Darstellung um Authentisches handelt, dann ist es geradezu verantwortungslos, ihre Begegnungen mit iranischen Menschen, die ihr bei der Flucht behilflich waren, mit genauen Zeit- und Ortsangaben der Treffen namentlich zu erwähnen, da sie sich nach iranischen Gesetzen strafbar gemacht haben könnten. Sicher, Rolle der Frau, Geschlechtertrennung, sexuelle Repression in islamischen Gesellschaften sind keine Tabu-Themen, sondern bieten Stoff für soziologische Untersuchungen wie für literarische Verarbeitung. Für den verantwortungsbewußten Umgang mit diesen Themen gibt es einige Beispiele, von denen ich hier Fatima Mernissis Buch "Geschlecht - Ideologie - Islam" (Frauenbuchverlag München 1987) besonders hervorheben möchte: Der marokkanischen Soziologie-Professorin ist es gelungen, in einem historischen Rekurs die islamische Konzeption weiblicher Sexualität nachzuzeichnen und diese Analyse für die Situation der Frau im Zeichen sozialer und ökonomischer Modernisierung fruchtbar zu machen. Davon ist Mahmoodys Buch Lichtjahre entfernt.

beri

Literatur:

Betty Mahmoody, Nicht ohne meine Tochter,

Bergisch-Gladbach 1990

15. Die kalte Nacht des 16. Januar

Fatema Mernissi

Autor: Fatema Mernissi (aus · Rubrik: Golfkrieg; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:20

Ihre Gedanken und Gefühle in der Nacht, als die ersten Bomben auf Bagdad fielen, beschreibt die marokkanische Feministin Fatema Mernissi. Der ganze Text ist nachzulesen im "Emma"-Sonderband "Krieg"; wir haben ihn für den AK gekürzt.

Wenn nun auch noch die Frauen anfangen, wenn sie nicht mehr schweigend gehorchen - wie soll man dann wissen, ob die traditionelle arabische Welt der Männer überhaupt noch existiert? Die Frauen sollen mit Gewalt verschleiert, sie sollen schweigende Mumien werden - und so vielleicht das letzte Symbol einer arabischen Welt, die nicht mehr existiert, seit das westliche Fernsehen die heiligen Stätten und alle anderen überschwemmt. Aus diesem Grund parken auch die Golf-Monarchien ihre Frauen weiter im Harem und verbieten ihnen das Lenken eines Autos, selbst wenn diese Frauen einen Pilotenschein zum Steuern eines Flugzeugs in der Tasche haben. Unter dem Schutz von Onkel Sam nährt das Schweigen des Harems die Illusion einer intakten spirituellen arabischen Welt, die dem American Way of Life der vulgären Cowboys aus dem Pentagon überlegen ist. Eine Überlegenheit, die den Rest der Welt zu Sioux macht.

Aber in dieser Nacht vom 16. Januar sind es die Araber, die zu Sioux-Indianern wurden. Mehr denn je werden sie nun die verschleierten Frauen benötigen, um zu verbergen, wie nackt sie dastehen. Und um das Theater von vorgestern zu spielen. Jetzt werden alle arabischen Regime fundamentalistisch werden, denn sie haben den Schleier nötiger denn je zuvor!

Versetzen Sie sich an ihre Stelle: Sie müssen die Wunden verhüllen, die die nächtlichen Bomben seit dem 16. Januar geschlagen haben. Ich sage, versetzen Sie sich an ihre Stelle, weil ich selbst mich nicht dahin setzen kann. Wir Araberinnen sind ausgeschlossen von allen politischen Entscheidungen. Darum sind all diese Ungeheuerlichkeiten zur Zeit eine rein männliche Angelegenheit.

Darum werden diese Herren mehr denn je nach dem Schleier schreien. Sie brauchen ihn. Wie im absurden Theater werden sie den Schleier in das Gesicht ihrer erwachsenen Töchter drücken: Zurück zu den Traditionen! werden sie unter hysterischem Schluchzen schreien. Als wäre die Überlebensschlacht eine innerhäusliche Angelegenheit ...

Die Frau, die ich vorher war, ist in dieser Nacht gestorben. Vor der anderen, die an ihre Stelle getreten ist, hüte ich mich. Ich kenne sie nicht, denn sie ist in einer Erniedrigung geboren, die über das menschliche Fassungsvermögen hinausgeht.

Dabei kenne ich mich aus in Erniedrigung. Sie ist meine Lebensgefährtin. Jeden Morgen und jeden Abend muß eine Frau die Erniedrigung zurückweisen, sie muß ihr in jeder Minute widerstehen und den Kopf heben trotz dieses kleinen Satzes, der ihr immer wieder hingeworfen wird: Du bist nicht so wichtig... Auf jeden Fall nicht so wichtig wie alles andere. Es gibt immer etwas, was wichtiger ist als das, was du denkst oder fühlst. (...)

Aber in dieser kalten Nacht des 16. Januar 1991 sind meine Schutzmechanismen zerbrochen. Warum? Warum bin ich in dieser Nacht des 16. Januar in dem von Bomben durchlöcherten Schweigen meines japanischen Transistors gestorben? Meine Identität, mein Gefühl, jemand zu sein, der auf diesem Planeten weiß, wo er hingehört, ist zerbrochen in den Stimmen der englischen Nachrichtensprecher, die über das Zertreten des anderen jubelten. Und der andere war ich.

In dieser Nacht habe ich geglaubt, daß die Technologie der westlichen Sprecher und der Triumph der amerikanischen Militärs, denen sie das Mikro überließen, tatsächlich so total und effektiv seien, wie sie es meldeten. In diesen nächtlichen Stunden ist Rabat Bagdad geworden, die Bomben hinderten mich am Atmen.

Angesichts einer solchen Macht wurde ich zur Irakerin in Not: genauso viele Tonnen von Bomben wie in Hiroshima,jubelten sie! Was dann am nächsten Tag passierte, ist nicht so wichtig. Es ist nicht wichtig, daß der Triumph des ersten Tages zum großen Teil Reklame war, Medienmanipulation zur Beruhigung des amerikanischen Steuerzahlers. Es ist nicht so wichtig, weil der Tod vor dem Morgengrauen des 16. kam. Denn

soviel Verletzlichkeit ist unerträglich. In dieser Nacht habe ich den Selbstschutzmechanismus verloren, ein Überleben war nicht möglich.

Ich werde nie diese Technologie vergessen, trunken vor Macht. Nie mehr werden für mich die Welt und die Sonne und das Lachen der Kinder dieselben Farben haben. Die Welt, die uns vertraut war, ist in dieser Nacht gestorben. Aber da ich eine Frau bin und nicht im Namen der "Welt" sprechen kann, werde ich von mir sprechen, dem einzigen Raum, den ich (noch) beherrsche.

Es gibt ein marokkanisches Sprichwort, das heißt: "Elli Ghia Y'aff" (Derjenige, der gewinnt, muß verzeihen). Die triumphierenden englischen Stimmen in meinem Transistor aber redeten von den Irakern wie von Ratten. Ich habe mich geschämt für sie. Ich habe mich geschämt für ihre obszöne Unmenschlichkeit.

Im Gegensatz zu vielen Intellektuellen in Nordafrika war ich noch nie beeindruckt von Saddam Hussein. Als Frau fand ich, daß er zu sehr mit der Männerehre spielte, die Araber mit seiner Cowboy-Attitüde, seinem Säbelgerassel lockte. Wie viele Intellektuelle wurde ich oft nach Bagdad eingeladen, um an dieser oder jener Konferenz oder einer kulturellen Feierlichkeit teilzunehmen. Alle arabischen Staatschefs, die an die Macht wollen, machen den Intellektuellen den Hof, das war in Arabien schon vor dem Islam Tradition. In den siebziger Jahren erhielt ich also viele Einladungen des Präsidenten Gaddafi oder der Kuwaiter, die auf modern machten und mit ihrem Geschick, die Petro-Dollars zu investieren, beeindrucken wollten.

Doch zurück zu Saddam Hussein. Ich fand ihn als Frau einfach zu amerikanisch, zu bumm-bumm, zu sehr Revolver- im-Anschlag ... Schließlich kenne ich mich gut aus in Bagdad der Abbasiden- Dynastie (von 750 bis 1258, nach christlichem Kalender), das die ganze Welt in eine Moschee für Allah verwandelte. Ich bin zu gut auf dem laufenden über die Lager der Frauen im "Goldenen Zeitalter der Abbasiden". In dieser Zeit haben die Frauen die größte Erniedrigung ihrer Geschichte erlitten, denn das war das Zeitalter der allgemeinen weiblichen Sklaverei.

Je siegreicher die Eroberungszüge der Muselmanen waren, um so größer war die Zahl der Kriegsgefangenen aus den eroberten Ländern. In Bagdad wurden die Frauen dann auf dem Sklavenmarkt verkauft. So die Jaryas, Sklavinnen, die sangen, dichteten und musizierten, um ihren Schicksal zu entkommen. Die Jaryas des Kalifen Harun Ar Raschid (786-809) gingen in die Tausende. Diese Frauen aus allen vier Ecken der Welt trugen zu einer Blüte der arabischen Kultur bei, wie sie nie mehr erreicht wurde. Ich weiß also, daß die militärischen Erfolge noch nie zur Befreiung der Frauen beigetragen haben, und nichts wird meine Überzeugung erschüttern, daß die arabische Welt nur mit dem heiligen Respekt vor dem Individuum eine Renaissance haben kann.

Nein, Saddam Hussein hatte mich also noch nie beeindruckt - bis zu dieser Nacht. Jetzt, wo man ihn als zertreten geschildert hat, ist er paradoxerweise mein Bruder geworden, mein Nachbar, mein alter ego in der Erniedrigung.

Zertreten und ohnmächtig wie eine Frau bist du mir nahe, Saddam.

Sogar eine erniedrigte Frau kann schreien, kann ihren Arm heben, kann Zeugnis ablegen von ihrer Existenz. Aber in dieser Nacht des 16. - nichts. "No reaction on the part of the Irakis": Ich stellte mir die Paare vor, die niemals mehr aufstehen würden; die Kinder, die nie mehr Blumen sehen - und diese Cowboys in ihrem Himmel beim Rodeo, wie beim Blumenfest in Iowa.

Es war schon zwei Uhr morgens, Rabat schlief, oder zumindest schien es mir so. Ich lief auf den Balkon, damit mein Transistor besser funktionierte. Ich versuchte, einen arabischen Sender zu finden, der mir aus arabischer Sicht und in arabischer Sprache sagen würde, was los ist. Mein amerikanisches Radio aber empfing nur amerikanische und englische Stimmen, die durch den Lärm der Bomben auf Bagdad jubilierten. Bagdad ohne Reaktion. Die Medien sind die wahre Dimension dieses Krieges. Diese Informationsflut, aus der die Araber ausgeschlossen sind. Schlimmer noch als die Bomben auf Bagdad ist das Monopol der englischen Stimmen. Ich wollte schreien. Aber eine arabische Frau lernt früh, nicht zu schreien, weil sie sonst die Siesta ihrer Herren stören würde. Ich hätte gerne etwas kaputtgemacht, einen Teller, ein Glas. Aber bei uns machen Frauen kein Geschirr kaputt, weil das Geld kostet. Ich hebe die Augen zu den Sternen, sie schauen mich entfernt und gleichgültig an. Wissen sie, was in Bagdad passiert? Es ist ihnen scheißegal! (...)

Fatema Mernissi

Fatema Mernissi wurde 1940 in Fes geboren, als Kind einer bürgerlichen Familie. Sie wuchs im Harem auf, studierte in den USA und lehrt heute als Soziologieprofessorin in Rabat. In allen ihren Büchern kämpft sie gegen das traditionelle Schweigen der Frauen in islamischen Ländern und auch gegen das Tragen des Schleiers. Seit 1973 ist sie Beraterin der Unesco für "Frauen und Islam". Mernissi gilt heute als wichtigste Theoretikerin Nordafrikas.

In ihrem Buch "Geschlecht, Ideologie, Islam" geht Mernissi im ersten Teil der Frage nach, warum Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Frauen gerade in islamischen Gesellschaften äußerst heftige Gegenreaktionen hervorrufen. Als Erklärungsansatz dient ihr die islamische Konzeption von Sexualität. Der Islam grenzt Sexualität und Erotik aus dem öffentlichen Leben aus. Mernissi sieht die Unterdrückung und Überwachung der Frau als Ausdruck dieser Domestizierung der Sexualität zugunsten der patriarchalischen islamischen Gemeinschaft der Gläubigen. Der zweite Teil des Buches bietet eine sozio-ökonomische Analyse der Geschlechterdynamik in der marokkanischen Gesellschaft.

In "Der Harem ist nicht die Welt" vermittelt Mernissi durch elf Interviews mit Marokkanerinnen eindrücklich Alltag aus Frauensicht. Ihr neuestes Buch "Die Sultanin" erzählt die Geschichte derjenigen Frauen, die in der Geschichte islamischer Herrschaft weltliche Macht ausgeübt haben.

Geschlecht, Ideologie, Islam. Frauenbuchverlag 1987

Der Harem ist nicht die Welt. Sammlung Luchterhand. Neuwied 1988

Der politische Harem. Mohammed und die Frauen. Dagyeli Verlag. Berlin 1989

Die Sultanin. Die Macht der Frauen in der Welt des Islams. Luchterhand Literaturverlag. Neuwied. Erscheint im März 1991 auf deutsch.

16. Bundeswehreinsatz und Mobilmachung im Bündnisfall

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:47

Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik bestand während des 2. Golfkrieges die reale Gefahr, daß sich die Bundeswehr an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt. Gleichzeitig rückte die Tatsache ins öffentliche Bewußtsein, daß mit einem solchen Einsatz erstmals auch die Anwendung der Notstandsgesetze verbunden sein könnte, die 1968 gegen massive Proteste verabschiedet worden waren, bisher praktisch aber keine Bedeutung erlangt hatten. "Bündnisfall" heißt das Stichwort, um das die politischen und juristischen Debatten kreisen.

Der Begriff hat eine doppelte Bedeutung: Zum einen geht es um den durch die Beistandspflicht im Rahmen des NATO-Bündnisses ausgelösten Einsatz von Bundeswehreinheiten im Ausland, zum anderen um die durch einen NATO-Alarm auszulösenden "Maßnahmen zur Herstellung erhöhter Verteidigungsbereitschaft" im Inneren. Beide Konstellationen unterliegen unterschiedlichen Voraussetzungen und müssen nicht notwendig gekoppelt sein.

Etwas haben beide jedoch auf jeden Fall gemeinsam: das Parlament hat auf Entscheidungen, die den Bündnisfall betreffen, wenig Einfluß. Das ist im Fall der Anwendung von Notstandsvorschriften von der Rechtslage her nicht umstritten, wenn auch verfassungspolitisch fragwürdig. Was den Einsatz der Bundeswehr im Ausland anbetrifft, ist die Rechtslage weniger eindeutig, insofern gibt es hier auch Streit auf der politischen Bühne. In Zukunft werden diese Fragen im Zusammenhang mit der geplanten Grundgesetzänderung zur Ermöglichung des Bundeswehreinsatzes im UN-oder WEU-Rahmen noch größere Bedeutung gewinnen.

Die Beschäftigung mit rechtlichen Aspekten des Phänomens "Bündnisfall" erscheint in mehreren Hinsichten interessant. So kann die Darstellung der zum Teil recht komplizierten rechtlichen Regelungen und der entsprechenden Interpretationen durch die "herrschende Meinung" das Bewußtsein schärfen für die Gefahren, die aus der umfassenden Vorbereitung der Regierenden auf den Ausnahmezustand erwachsen. Die verfassungspolitische Diskussion - etwa um die Frage, wer über den Bundeswehreinsatz im Bündnisfall entscheidet - eröffnet für die Linke zudem Möglichkeiten der Einflußnahme auf die öffentliche Meinung und kann Ausgangspunkt für bündnispolitische Aktivitäten sein; ihre Kenntnis ist folglich von Nutzen.

Und schließlich kann es auch der außerparlamentarischen Opposition nicht ganz gleichgültig sein, ob das Verständnis vom "Ausnahmezustand als Stunde der Exekutive" (so der frühere Außenminister Gerhard Schröder) unbestritten bleibt oder ob es noch parlamentarische Stolpersteine auf dem Weg in den Notstandsstaat gibt.

Nie wieder Krieg?

Eine ausdrückliche Normierung des Ausnahmezustands ist bei der Schaffung des Grundgesetzes bewußt unterblieben, nur für den inneren Notstand waren einige begrenzte Regelungen vorgesehen. Dies hatte zwei - zusammenhängende - Gründe: zum einen die noch frischen Erfahrungen mit der Nazi-Diktatur; zum anderen die Vorbehaltsrechte der Alliierten, die die Ausnahmerechte deutscher Verfügung entzogen. Auch Regelungen auf militärischem Gebiet enthielt die Verfassung aus den gleichen Gründen nicht - der Einsatz von eigenen Streitkräften nebst der dazugehörenden Mobilmachung waren zwar wohl nicht außerhalb der Vorstellungskraft des Verfassungsgebers, aber doch aus außen- wie innenpolitischen Gründen weit außerhalb des Bereichs des Machbaren.

Schon kurz nach Inkrafttreten des Grundgesetzes setzte ein kräftiger Erosionsprozeß ein. Ein erster Einschnitt erfolgte mit der Verabschiedung der sog. Wehrverfassung 1956, die für die von der Verfassung nicht vorgesehene Remilitarisierung die Voraussetzungen schuf. Auf der Grundlage der damit verbundenen Kompetenzen wurden Anfang der 60er Jahre eine Reihe "einfacher" Notstandsgesetze erlassen (dazu unten).

Bereits kurz nach Verabschiedung der Wehrverfassung begannen die Vorbereitungen für eine umfassende Notstandsgesetzgebung, die vor allem mit den Namen Schröder und Höcherl verbunden sind; entsprechende Entwürfe scheiterten jedoch zunächst. Die Situation änderte sich erst mit dem Eintritt der SPD in die 1966

gebildete Große Koalition, die über die notwendige Zweidrittel-Mehrheit verfügte. Gegen erbitterten außerparlamentarischen Widerstand wurde 1968 die Notstandsverfassung verabschiedet.

Dem historischen Prozeß der Rekonstruktion Deutschlands als Großmacht entsprach auf verfassungsrechtlichem Gebiet die schrittweise Abkehr von den Grundsatzentscheidungen des Jahres 1949 und das Abschütteln der Restriktionen des Besatzungsrechts. Remilitarisierung und Notstandsgesetzgebung können als die wesentlichen Einschnitte in diesem Prozeß gelten, an dessen Ende eine Verfassung steht, die in wesentlichen Punkten mit dem Grundgesetz von 1949 nur noch wenig gemein hat. Das Parlament, für die Legitimation der FDGO das zentrale Element, spielt im Ausnahmezustand keine Rolle.

Die 68er Notstandsverfassung sieht zunächst mehrere permanente Freiheitsbeschränkungen vor, so die Überwachung von Post- und Fermeldeverkehr (Art. 10 II GG), die Zivilschutzpflicht (Art. 12a I GG) und die Zivildienstausbildungspflicht (Art. 12a V GG). Im wesentlichen enthält sie aber Ausnahmerecht, das in folgenden Fällen wirksam werden kann: im Verteidigungsfall, im Spannungsfall, im Inneren Notstand und im Katastrophennotstand, wobei hier vor allem die beiden erstgenannten Fälle des äußeren Notstands interessieren.

Der Verteidigungsfall

Der Verteidigungsfall tritt ein, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Art.115aIGG). Innenpolitisch kann also schon Kriegsrecht gelten, wenn noch kein bewaffneter Angriff erfolgt ist. Mit der Feststellung des Verteidigungsfalls treten vielfältige Ausnahmeregelungen in Kraft. Hier seien nur die wichtigsten genannt:

Bundestag und Bundesrat werden weitgehend vom sog. "Gemeinsamen Ausschuß" verdrängt (Art. 115e GG). Die Befehlsgewalt über die Streitkräfte geht auf den Bundeskanzler über (Art.115b GG). Die Bundeswehr kann auch im Inneren zum "Schutz ziviler Objekte", zur "Verkehrsregelung" und zur Unterstützung der Polizei eingesetzt werden (Art. 87aIII GG). Auch der BGS kann im ganzen Bundesgebiet eingesetzt werden (Art. 115fI GG).

Ein Notverordnungsrecht der Regierung ist nicht vorgesehen. Dies ist allerdings überflüssig angesichts der Ermächtigungen, die in den im Rahmen der einfachen Notstandsgesetzgebung ergangenen Sicherstellungsgesetzen enthalten sind und den Kern dieser Gesetze bilden. Diese Verordnungs-Ermächtigungen sind so umfassend, daß sie eine vollständige Umstellung des Wirtschaftslebens auf die Kriegswirtschaft ermöglichen. Zulässig sind danach weitreichende Eingriffe in die industrielle Produktion, die Landwirtschaft, das Verkehrswesen, die Geldwirtschaft und den Arbeitsmarkt. Eine Vielzahl solcher Verordnungen existiert bereits, sie sind mit Eintritt des Verteidigungsfalles unmittelbar anwendbar. Sie bilden den Kern der sog. Zivilverteidigung.

Weiterhin können im Verteidigungsfall ein Reihe von Grundrechten über das in normalen Zeiten zulässige Maß hinaus eingeschränkt werden. Dies gilt vor allem für die Berufs- und Arbeitsplatzfreiheit. Wehrpflichtige können in Arbeitsverhältnisse, Frauen zu Dienstleistungen im Sanitätswesen verpflichtet werden (Art. 12a III, IV GG). Ebenfalls kann ein Arbeitsplatzwechsel verboten werden (Art. 12a VI GG). Schließlich können bei Freiheitsentziehungen die Fristen für die richterliche Vorführung auf bis zu vier Tagen verlängert werden (Art. 115c II GG).

Auch wenn die Notstandsverfassung keine weiteren Ermächtigungen zu Grundrechtseinschränkungen enthält, bedeutet daß nicht, daß diese nicht stattfinden können. In den einfachen Notstandsgesetzen sind auf der Grundlage der schon bestehenden Beschränkungsvorbehalte eine Reihe einschneidender Einschränkungen möglich. Dies betrifft vor allem das Recht auf Freizügigkeit und die Unverletzlichkeit der Wohnung. Hinzuweisen ist auch darauf, daß im Verteidigungsfall Rechtsmittel gegen Maßnahmen der Verwaltung im Verteidigungsfall keine aufschiebende Wirkung mehr haben.

Der Spannungsfall

Die Notstandsgesetze kennen neben dem Verteidigungsfall weitere Situationen, in denen Notstandsrecht anwendbar wird. Hier ist zunächst der Spannungsfall zu nennen (Art. 80a I GG). Seine Voraussetzungen sind nirgends normiert, sie lassen sich nur per Auslegung definieren. So soll er eine Lage erhöhter internationaler Spannungen voraussetzen, die den baldigen Eintritt des Verteidigungsfalles wahrscheinlich machen. Der

Sache nach geht es um das, was früher Mobilmachung genannt wurde. Mit seiner Feststellung durch eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages, werden die Bestimmungen über Dienstverpflichtungen, Arbeitsplatzwechsel-Verbot und Einsatz der Bundeswehr zu Objektschutz und Verkehrsregelung anwendbar sowie derjenigen auf Grund der Sicherstellungsgesetze erlassenen Rechtsverordnungen der Bundesregierung, die nur nach Maßgabe des Art. 80a GG angewendet werden dürfen.

Der Bundestag kann allerdings auch der Anwendung von Notstandsrecht besonders zustimmen (Art. 80a I GG) - mit Zweidrittelmehrheit bei Dienstverpflichtungen und Arbeitsplatzwechselverbot, mit einfacher Mehrheit bei den o.g. Rechtsverordnungen - insofern kann die Schranke der ausdrücklichen Feststellung des Spannungsfalles wegfallen.

Schließlich kann das Votum des Bundestages vor Anwendung von Notstandsrecht auch ganz entfallen. Nach der Gesetzeslage brauchen Notstandsgesetze nicht notwendig an eine vorherige Zustimmung des Bundestages gekoppelt zu sein; es gibt auch entsprechende Vorschriften, die für ihre Anwendbarkeit lediglich einer entsprechenden Feststellung durch die Bundesregierung bedürfen, etwa im Bundesleistungsgesetz. Untersucht man diese Bestimmungen genauer, so läßt sich erkennen, daß schon auf ihrer Grundlage die Zivilverteidigung höchst wirksam mobilisiert werden kann.

Die Mobilmachung kann darüber hinaus auch völlig ohne Parlamentsbeteiligung durch einen Beschluß eines internationalen Organs im Rahmen eines Bündnisvertrages in Gang gesetzt werden, wenn die Bundesregierung zugestimmt hat (Art. 80a III GG). Allerdings gilt das nicht für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren sowie für Dienstverpflichtungen und Arbeitsplatzwechsel-Verbote. Der Bündnisfall ist vom Normtext her an keine materiellen Voraussetzungen mehr geknüpft, weswegen sie auch konservativen Verfassungsrechtlern als eine der bedenklichsten Bestimmungen der Notstandsverfassung insgesamt gilt. Mit ihr wird es der Regierung ermöglicht, Notstandsmaßnahmen auch ohne sonst erforderliche Mehrheiten des Bundestages durchzuführen, indem sie im NATO-Rat bzw. einem ähnlichen Organ eine Initiative in Richtung Auslösung einer bestimmten Alarmstufe startet. Der Eindruck, Art. 80a I GG - der übrigens auf einen Vorstoß der SPD zurückgeht - verhindere, daß die Anwendung von Notstandsrecht vor Feststellung des Verteidigungsfalles ins Belieben der Exekutive gestellt wird, ist also offensichtlich falsch. Hinzu kommt, daß Maßnahmen im Rahmen des Bündnisfalles vom Bundestag nur mit der Mehrheit seiner Mitglieder aufgehoben werden können.

Bundeswehreinsatz im Bündnisfall

Es soll an dieser Stelle nicht auf die Frage eingegangen werden, ob der Einsatz der Bundeswehr im Ausland grundsätzlich überhaupt zulässig ist und welchen Beschränkungen er möglicherweise unterliegt. Diesbezüglich ist eine Verfassungsänderung geplant, die ohnehin die bisherige Diskussion obsolet machen wird. Hingewiesen werden soll nur darauf, daß bisher nach der Gesetzeslage ein Bundeswehreinsatz im isolierten Bündnisfall - d.h. ohne daß gleichzeitig mit dem Eintritt der Beistandspflicht aus dem NATO-Vertrag der Verteidigungsfall gegeben ist, weil die BRD auch direkt angriffen wird - nicht selbstverständlich ist. So wird teilweise vertreten, daß Art. 115a I GG eine Sperrwirkung für jeglichen Bundeswehreinsatz habe, ein Einsatz außerhalb des Verteidigungsfalls mithin verfassungswidrig sei. Die herrschende Meinung lehnt diese Verknüpfung jedoch vor allem mit dem Hinweis darauf ab, daß die Funktion des Art. 115a GG nach innen gerichtet sei und diese Vorschrift nur die Anwendung von Ausnahmerecht bei äußerer Gefahr regele.

Der Einsatz der Bundeswehr zur Verteidigung wird nur in Art. 87a II GG angesprochen, aber auch hier nicht näher geregelt. So ist unklar, wem eigentlich die Kompetenz zur Entscheidung über den Streitkräfteeinsatz zukommt - eine Frage, die bei einer Einbeziehung der in die Türkei entsandten Einheiten in das Kriegsgeschehen am Golf virulent geworden wäre. Aus der überwiegenden Ablehnung einer Verknüpfung der Frage des Bundeswehreinsatzes mit Art. 115a GG folgt, daß ein vorheriger Bundestagsbeschluß - analog zur Feststellung des Verteidigungsfalles - nicht für erforderlich gehalten wird. Diese Auffassung kann sich auch auf das Pershing-Urteil des Bundesverfassungsgerichts stützen, das auswärtige Angelegenheiten, insbesondere auch über die Erfüllung kollektiver militärischer Beistandsverpflichtungen, ausdrücklich zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung gerechnet hat.

Hinter dieser Haltung steht die politische Absicht, das effektive Funktionieren der NATO-Mechanik nicht durch die Unwägbarkeiten parlamentarischer Willensbildung zu gefährden. Kritik an der Ausschaltung der Legislative

wird in mehrerer Hinsicht formuliert. So wird darauf hingewiesen, daß gemäß Art. 59 II GG viel weniger einschneidende außenpolitische Akte wie der Abschluß eines beliebigen völkerrechtlichen Vertrages parlamentarischer Zustimmung bedürfen, die möglicherweise existentielle Frage des Streitkräfteeinsatzes im Ausland aber nicht. Außerdem könne die Entscheidung über militärischen Beistand gerade dazu führen, daß auch das Bundesgebiet angegriffen wird, womit die alleinige parlamentarische Kompetenz zur Feststellung des Verteidigungsfalles unterlaufen würde. Konsequenz: Eine so weitreichende Entscheidung bedürfe grundsätzlich parlamentarischer Legitimation, was eine Verfassungsänderung unumgänglich mache.

Notstandsgesetze im Bündnisfall

Ebenso wie der Einsatz der Streitkräfte ist auch die Anwendung bestimmter Notstandsvorschriften nicht unbedingt von einem Bundestagsbeschluß abhängig, wie oben schon dargestellt wurde. Art. 80a III GG ermöglicht die Anwendung der Sicherstellungsgesetze schon dann, wenn nur ein internationales Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung einen entsprechenden Beschluß faßt. In Frage kommt dafür gegenwärtig nur die NATO; die BRD ist zwar auch Mitglied in der WEU, deren Funktion als Verteidigungsbündnis ist aber gegenwärtig - noch - zugunsten der NATO suspendiert. Die BRD ist übrigens der einzige Staat, der einen derartigen Automatismus im innerstaatlichen Recht verankert hat - der Bündnisvertrag selbst verpflichtet dazu in keiner Weise.

Alle näheren Voraussetzungen sind weitgehend ungeklärt. Konkret: Ob die Auslösung eines NATO-Alarms im Fall einer militärischen Auseinandersetzung zwischen dem Irak und der Türkei zwingend den Bündnisfall des Art. 80a III GG ausgelöst hätte, ist verfassungsrechtlich jedenfalls nicht eindeutig. So geht eine Meinung in der Literatur davon aus, daß für die erforderliche Zustimmung der Bundesregierung die gleiche materielle Voraussetzung zu gelten habe wie für die Feststellung des Spannungsfalles, nämlich die konkrete Gefahr, daß ohne Maßnahmen "zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft" der Verteidigungsfall, also ein Angriff auf das Bundesgebiet, eintreten werde. Im "isolierten Bündnisfall" kann danach Art. 80a III GG nicht greifen.

Mit ähnlichem Ergebnis, aber auf die formellen Voraussetzungen gezielt, wird darauf hingewiesen, daß das entsprechende NATO-Gremium, der Rat, überhaupt keine Beschlüsse im eigentlichen Sinne faßt, sondern lediglich Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten ausspricht. Die Bündnisklausel wird daher für überhaupt nicht anwendbar gehalten. Vorherrschend ist jedoch eine Interpretation, die derartige Empfehlungen genügen läßt, wobei teilweise schon Anordnungen "höherer militärischer Kommandostellen" der NATO ausreichen sollen, um in der BRD die Zivilverteidigung mobil zu machen.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die "Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft" zu einem großen Teil auch schon ohne Anwendung von Notstandsrecht möglich ist. Von daher kann angenommen werden, daß der Einsatz der Bundeswehr in der Türkei auch bei massiveren Feindkontakten nicht zur Verkündung des Bündnisfalles und entsprechenden Maßnahmen geführt hätte. Die politisch-psychologischen Auswirkungen einer derart spektakulären Maßnahme hätten die Abwicklung dieses NATO-Auftrages sicher nicht gerade erleichtert.

Das muß in Zukunft allerdings nicht so bleiben. Mit der in Aussicht genommenen Reaktivierung der WEU bekommt auch die Bündnisklausel der Notstandsverfassung größere Bedeutung. Ebenso wird im Zuge der Auseinandersetzungen um die Ausweitung des Einsatzbereichs der Bundeswehr die Frage eine Rolle spielen, wer eigentlich über den Einsatz konkret entscheidet.

wg

17. Versuch, die Israel-Debatte auf die Füße zu stellen

Dietrich Schulze-Marmeling:

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:08

Die aktuelle Israel-Debatte in der deutschen Linken ist keineswegs neu, sondern hat eine längere Vorgeschichte. Trotzdem ist sie von einer Bedeutung, die über das unmittelbare Kriegsgeschehen am Golf weit hinausweist:

- Seitens der Herrschenden wurde die Unterstützung Israels im Golf-Krieg zur endgültigen Entsorgung der deutschen Geschichte, zur Rehabilitierung des deutschen Militarismus wie als Eintrittskarte für ein militärisches Engagement in der Dritten Welt benutzt;

- Die These von der "zweiten Vergasung" des jüdischen Volkes diente der Einstimmung auf den möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen die Dritte Welt;

- Über die Unterstützung Israels erfolgte die Anpassung von größeren Teilen der Linken an die offizielle deutsche Außen- und Großmachtpolitik, der Ausstieg aus der Analyse imperialistischer Prozesse und der Übergang zur offenen Vaterlandsverteidigung.

Natürlich sind nicht alle, die im Golf- Krieg für Israel Partei ergriffen, umstandslos über einen Kamm zu scheren. So gab es z.B. Stimmen, die die "Verteidigung Israels" mit einer eindeutig antideutschen Kritik verbunden wissen wollten und deshalb nicht umstandslos mit "linken" Kriegshetzern wie Udo Knapp, Wolf Biermann, Cora Stephan, Hans-Magnus Enzensberger etc. in einen Topf geworfen gehören. Von ihrem Anspruch her erscheint diese Kritik als absolut korrekt und hehr, in der politischen Auseinandersetzung allerdings wird sie zuweilen arg überkandidelt vorgetragen. In der Analyse konkreter Ereignisse (wie aktuell des Golf-Kriegs) neigt sie zur Schludrigkeit, Generalisierung und puren Attitüde und scheint eine gewisse Blindheit für die Politik des Staates Israel und das Wesen der offiziellen deutsch-israelischen Beziehungen bewirkt zu haben. Die Beiträge von Schneider, Pohrt u.a. in der März-Ausgabe der "Konkret" haben somit ihre Vorgeschichte. Ob die Unterstützung der Alliierten und Israels ein einmaliger Sündenfall bleibt, dem nun dann nach dem Golf-Krieg die Rückkehr zum linken Antiimperialismus folgen wird, bleibt abzuwarten und wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sich die Auseinandersetzung im Nahen Osten und zwischen den USA/Europa und der arabischen Welt weiter entwickelt. Ist die Schwelle zum Krieg ersteinmal überschritten, so gilt gewöhnlich die Regel: "Wer A sagt, der muß auch B sagen." Aber über die Entwicklungsrichtung, die ein Krieg wie der Golf-Krieg einschlägt, entscheiden nicht eine "Konkret"-Redaktion, sondern Menschenschlächter à la Norman Schwarzkopf. Es bleibt abzuwarten, zu welchem Zeitpunkt (wenn überhaupt...) die linksradikalen Befürworter des Golf-Krieges nachträglich politische und moralische Bedenken befallen, und sie sich genötigt sehen, aus dem imperialistischen Szenario für die Nahost-Region wieder auszusteigen. "Das haben wir natürlich nicht gewollt", werden wir dann wohl zu hören bekommen, aber wissen konnten und mußten sie es trotzdem schon vorher.

- Mit Zustimmung bis tatkräftiger Mithilfe eines Teils der Linken wurde - nach dem weitgehenden Wegfall des Ost-West-Konflikts - eine neue Front etabliert: Wir, die "aufgeklärten" und "zivilisierten" Europäer, mit Israel als strategischen Vorposten, gegen die rückständigen und unzivilisierten Völker Arabiens und anderer Dritte Welt-Regionen. Was sich hinter aufklärerischer Pose verschanzte, war in Wahrheit nichts anderes als ein moderner metropolitaner Rassismus.

Grüner und linker Philosemitismus

1987 entbrannte in der damaligen grünen Bundestagsfraktion ein wüster Streit. Gezündelt hatte mal wieder Otto Schily, der "Solidarität mit Frankreich" - neben der UdSSR der hauptsächliche Waffenlieferant des Iraks im irakisch-iranischen Krieg - forderte und bundesdeutsche Rüstungsexporte an das irakische Regime rechtfertigte. Der Anlaß waren einige, vermutlich von Teheran gesteuerte Terroranschläge in Paris. Der gleiche Mann hatte sich nur wenige Monate zuvor betont pro-israelisch gebärdet, als er - Anlaß war der sogenannte "Lagerkrieg" gegen die Palästinenser im Libanon - ein palästinensisches Recht auf einen eigenen Nationalstaat bestritt. Desweiteren zierte sich Schily, an einem grünen Protest vor der syrischen Vertretung

teilzunehmen. Schließlich bekriegte sich das syrische Regime nicht mit Israel, sondern ließ "nur" im Libanon die mit ihm verbündeten Amal-Milizen die palästinensischen Flüchtlingslager beschießen und aushungern - mit stillschweigender Unterstützung der israelischen Regierung, die bereits 1982 zur Vernichtung der palästinensischen Präsenz im Libanon ausgeholt hatte.

Schilys erschlagendes Argument wider einen Palästinenserstaat ließ uns für einige Sekunden an eine Hinwendung zum linken Fundamentalismus glauben: Die Deutschen hätten das Instrumentarium "Nationalstaat" zweimal mißbraucht, weshalb es ein für allemal diskreditiert sei. Unterstützt wurde er u.a. von Antje Vollmer, dem Fraktionsclown Udo Knapp, dem Ex-Maoisten Schnappertz, der selbst noch in den 70ern für ein "vereinigtes und sozialistisches Deutschland" auf die Straße gegangen war, und der heutigen Ministerin Waltraud Schoppe.

Was für einen Moment wie ein Auftakt zu einer "Nie wieder Deutschland"-Kampagne aussah, entpuppte sich schnell als eine widerliche Instrumentalisierung des jüdischen Staates und jüdischer Ängste für die Durchsetzung eines realpolitischen Kurses auf dem Feld grüner Außenpolitik. Unsereins - der Autor dieses Beitrags verdingte sich seinerzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abgeordneten Ellen Olms (AL Berlin), die sich vor allem der Flüchtlingspolitik und der Nahost-Region widmete - entgegnete: Abschied vom Nationalstaat? Otto - wir sind dabei! (Abgesehen davon, daß Ellen und ich im konkreten Fall der Palästinenser ohnehin einen bi-nationales - d.h. jüdisch-palästinensisches - Gebilde favorisierten...) Aber laß uns die praktischen Konsequenzen aus unserem Abschied vom Nationalstaat nicht ausgerechnet an einem Volk exerzieren, daß noch nie in den "Genuß" dieses Instrumentariums kam, folglich mit diesem auch noch kein Unheil anrichten konnte. Warum die Palästinenser anstatt die Deutschen bestrafen? Deshalb laß uns die Premiere in Deutschland zelebrieren: Konsequente Ablehnung aller Wiedervereinigungsbestrebungen und Auflösung des real-existierenden deutschen "Teilstaats" BRD. Perfide wie wir waren, prognostizierten wir gleichzeitig, daß diejenigen, die so wortradikal gegen einen palästinensischen Nationalstaat in den von Israel besetzten Gebieten agitierten, vermutlich im grünen Lager die ersten wären, die einer deutschen Wiedervereinigung, sollte sie jemals auf der Tagesordnung stehen (wie gesagt: wir schrieben das Jahr 1987...), ihre Zustimmung erteilen würden. Denn ihre proisraelische Haltung sei weniger einer ehrlichen Fürsorge für das jüdische Volk geschuldet, denn von Anpassung an die offizielle bundesdeutsche Außenpolitik bestimmt. Das war natürlich starker Tobak, der nicht gerade zu unserer Beliebtheit im "Raumschiff Tulpenfeld" beitrug. Von "üblen Unterstellungen" war die Rede, Schily verlor die Contenance, Frau Pastorin gab sich geschockt und der Fraktionsclown randalierte im Fahrstuhl.

Als dem in Sachen Naher Osten alles andere als beschlagenen und eigentlich auch uninteressierten Schily und seinem Minenhund Knapp die Argumente ausgingen, wurden unsere schriftlichen Ergüsse dem in Israel lebenden jüdischen Journalisten Henryk M. Broder zur Bearbeitung übergeben. Broder, intellektuell und rhetorisch ungleich begabter als Schily und Knapp, war außerdem als Jude mit erheblich mehr Autorität ausgestattet. Der widerlichen Instrumentalisierung des Staates Israel und seiner jüdischen Bürger für eine innergrüne Ausrichtungsdebatte zweiter Teil, könnte man sagen, ohne ein Eigeninteresse Broders bestreiten zu wollen, der sich bereits seit Jahren dem Kampf gegen Links verschrieben hatte. Broder schlug dann auch kräftig zu. Das in der "taz" veröffentlichte Ergebnis (ein weiterer, allerdings mehr hinter den Kulissen agierender Akteur dieser komplizierten Operation hieß Max Thomas Mehr) war die für Broder typische Mischung aus Halbwahrheiten, Verdrehungen und abstrusen Unterstellungen, sprachlich brilliant wie inhaltlich scheinbar logisch und kohärent vorgetragen, nur daß sie eben mit unseren Ergüssen nichts zu tun hatte. Niemand, der diese mit dem Auge anstatt mit dem Popöchen studiert hatte, konnte uns in Broders Artikel wiederentdecken, der in dem wohlmeinenden Ratschlag gipfelte, das palästinensische Fellachenvolk doch im bäuerlichen Schleswig-Holstein anzusiedeln. Bauer zu Bauer... Diesbezüglich war Broders Beitrag ein lesenswertes Dokument jener sich auf vermeintliche zivilisatorische Überlegenheit berufenen Überheblichkeit, wie sie auch in der laufenden Debatte um Israel und sein Verhältnis zu den arabischen Nachbarn anzutreffen ist. Broders Artikel offenbarte desweiteren, wie niedrig die Schwelle zum Vertreibungsdenken in einigen Köpfen ist.

Nun waren wir mundtot. Broder hatte gerichtet, und für den Fall des Widerspruchs, so wurde uns in den Fahrstühlen und auf den Fluren des "Tulpenfelds" bedeutet, drohte die öffentliche politische Hinrichtung. Wie aktuell Christian Ströbele (s.u.), so sahen auch wir keine andere Möglichkeit, als den totalen Rückzug anzutreten. Nichts anderes hatten Schily, Knapp und Co. intendiert. "Ihr habt ja in der Sache völlig recht, aber

laßt lieber die Finger davon, denn die sind noch zu viel schlimmeren Attacken fähig", hieß es selbst in unserer engsten politischen Umgebung.

Zwei Jahre später wurde im übrigen unsere - in der Tat etwas waghalsige - Prognose bestätigt: Schily (mittlerweile bei der SPD), Vollmer und Knapp profilierten sich als "linke" Wiedervereiniger der ersten Stunde. Von einer Abkehr vom Nationalstaat war nicht mehr die Rede, von Sorge um eine Neuauflage deutscher Großmachtpolitik keine Spur. Das krasse Gegenteil war der Fall.

Doch zurück zu Schilys Unterstützung des Iraks, bei der er insbesondere von Udo Knapp Schützenhilfe erhielt. Die Befürwortung von Rüstungsexporten an den Irak begründete Schily mit der Notwendigkeit, den Ansturm der fundamentalistischen Horden zu stoppen. Zu diesem Zweck legte sich der Irak seinerzeit ein C-Waffen-Arsenal an. Dies ist insofern von Bedeutung, weil dadurch verständlich wird, warum damals aus der Sicht der Herrschenden und grüner Anpaßler eine Unterstützung des Iraks mit einer Unterstützung Israels durchaus vereinbar war und nicht die geringsten moralischen Bedenken provozierte. (Wenngleich Israel schon damals den Irak - allein schon aus Gründen der Geographie - als die gefährlichere Herausforderung betrachtete und deshalb das fundamentalistische Regime in Teheran mit Waffen versorgte). Die BRD hatte damals dem Irak nicht Anlagen für die Produktion von C-Waffen geliefert, um diesen in eine Schlacht mit Israel zu treiben. Der Irak war - wie Israel, wenn auch nicht im gleichen Maße - ein Verbündeter, über dessen Unterstützung (wie auch der Saudi-Arabiens) man sich in Bonn einen Ausbau des bundesdeutschen Einflusses in der Region erhoffte. Dies stand keineswegs im Widerspruch zur Unterstützung Israels. Im westlichen Lager hatte sich längst die Auffassung durchgesetzt, daß der strategische Vorposten Israel auf die Dauer allein nicht ausreichen würde, um die westlichen Interessen in der Region zu wahren. Von daher bedurfte es eines zweiten, arabischen Pfeilers und arabischer Verbündeter für Israel. Eine Erkenntnis, mit der sich Israel allerdings bis heute nicht so recht anfreunden mag.

Natürlich sind politische Kurswechsel im Empfängerland nie auszuschließen, womit bei jedem Waffenexport ein gewisses Restrisiko bleibt. Es gibt keine absolute Garantie dafür, daß der Empfänger exportierter Waffen diese nicht doch anders verwendet als vom Lieferanten beabsichtigt. Aber diese Möglichkeit nahm die bundesdeutsche Nahost-Politik im Falle des Iraks billigend in Kauf.

Fundamentalistisch wie wir waren, sparten wir auch dieses Mal nicht mit herber Kritik an Schily und unsere Beliebtheit sank auf den Nullpunkt. "Mit Otto kann man so nicht umgehen", hieß es mit Verweis auf Ottos Anzug und Fahrgestell. Richtiger war wohl, daß wir den grünen Außenpolitiker an einem wunden Punkt getroffen hatten. Vordergründig ging es nicht um Israel; und wir waren es damals, die auf die legitimen Sicherheitsinteressen des jüdischen Staates hinwiesen. Wir wiesen darauf hin, daß der Irak in diesem Krieg der Aggressor und es dort um die Menschenrechte nicht besser bestellt sei als im Iran; daß Hussein nach regionaler Vorherrschaft trachte und keine hehren Kriegsziele verfolge. Desweiteren lehnten wir eine Ausweitung des bundesdeutschen Einflusses in der Region ab und geißelten Rüstungsexporte als Instrumente imperialistischer Politik.

Die Debatte der letzten Monate und Wochen unterscheidet sich von denen des Jahres 1987 im Grunde nur graduell. Der einzige wirklich wesentliche Unterschied war, daß Hussein nicht mehr länger als unser Bündnispartner im Kampf gegen den "fundamentalistischen Fanatismus" gesehen wurde, weshalb die ehemaligen grünen Befürworter des Rüstungsexports in den Irak von ihrer damaligen Position nichts mehr wissen wollten. Statt dessen heuchelte man tiefste Empörung und schrie nach Wiedergutmachung in der Form der militärischen Unterstützung Israels. Die Herrschenden hatten diesen Schrei bereits vernommen, bevor er überhaupt das erstemal öffentlich zu hören war, was auch der Grund war, warum es aus dem grünen Lager zu diesem Schrei kam. Die früheren Rüstungsexporte an den Irak dienten nun der Rechtfertigung der militärischen Unterstützung Israels und eines darüber hinausgehenden Engagements im Golf- und Nahost-Konflikt. So verdiente man politisch und finanziell gleich doppelt, und nur deshalb durften wir tagtäglich neue Enthüllungen über das "Geschäft mit dem Tod" lesen. Erneut befanden sich die "Kriegshetzer" von links in einer Koalition mit den Regierenden. Daß diese noch vor wenigen Wochen die Einreise jüdischer Flüchtlinge aus der UdSSR kontingentieren wollten - nach dem Motto: "Wir haben das Juden-Problem auf deutschem Boden unter Adolf nicht gelöst und mußten dafür büßen und blechen, damit dieses nun in Gestalt der ‚Ostjuden' wieder zu uns zurückkommt..." - schien die Eintracht nicht zu stören. Der herrschenden Politik sind die Juden nur genehm, wenn sie 1. nicht unter uns leben (zumindest nicht in "großer Zahl") und 2. für uns Krieg führen und für deutsche Interessen ihr Leben lassen. Es ist schon pervers: Ein Karl-Dietrich Spranger,

der während der Aufführung des Holocaust-Films vor dem Deutschen Bundestag nervös auf seinem Stühlchen herumrutschte und durch Äußerungen auffiel, die sich auf dem Niveau der "Auschwitz-Lüge" bewegten, durfte sich als "Freund Israels" feiern lassen. Linke, die sich seit Jahren gegen das Vergessen engagieren und aktuell gegen Versuche der Beschränkung der Einreise jüdischer Flüchtlinge protestieren, mußten sich hingegen wegen ihrer Kritik an der Politik des Staates Israel als Antisemiten denunzieren lassen. Es steht uns nicht zu, darüber wehrig zu werden, zumal wir wissen: Den jüdischen Kritikern der israelischen Politik ergeht es noch weitaus dreckiger als uns.

Entsorgung, Rehabilitierung, Verharmlosung

Es ist nicht zu übersehen, wie vergleichsweise milde die offizielle israelische Politik und einige jüdische Linke mit der hiesigen Rechten verfahren, während auf den "linken Antisemitismus" kräftig eingedroschen wird. Natürlich gibt es diesen, und zwar nicht nur als aktuelle Erscheinung. Er hat eine lange, unheilvolle Tradition in der deutschen Linken, die bis tief in die Weimarer Republik zurückreicht.

Aber der Vorwurf des "linken Antisemitismus" trifft längst unterschiedslos alle, die sich irgendwie kritisch zur Politik des Staates Israel verhalten. Es wäre zu ertragen, wenn es nicht zur fatalen Folge hätte, daß der Antisemitismus als Begriff seines Inhalts total beraubt und als rassistisches Delikt total verharmlost wird. Er wird reduziert auf eine pure Kampfformel, ähnlich dem Etikett des Antisowjetismus, mit dem die DKP früher jeden linken Kritiker der Verhältnisse in der UdSSR belegte. Kritik am Staat Israel wird umgedichtet in Kritik am jüdischen Volk. Wie wenig aber israelische und jüdische Interessen identisch sein müssen, wurde erst jüngst im Prozeß der Wiedervereinigung evident. Was für den Staat Israel gut sein mag, muß deshalb noch lange nicht auch für das jüdische Volk gut sein. Israel erteilte dem Projekt Großdeutschland grünes Licht. Denn die Wiedervereinigung bedeutete eine Stärkung des westlichen Lagers, als Teil dessen Israel sich versteht, wie die Stärkung eines engen Bündnispartners und Geldgebers im Nahost-Konflikt. Hierzulande bedeutete die Wiedervereinigung jedoch ein Ansteigen nationaler Überheblichkeit und die Zunahme von Stimmen, die einen Schlußstrich unter der Vergangenheit ziehen wollten, was u.a. die jüdischen Zuwanderer aus dem Osten zu spüren bekamen.

Wohin es führt, wenn man die Beantwortung der Frage "Wie hältst Du es mit der Nahost-Politik des Staates Israel" (es geht ja gar nicht um den Staat Israel und dessen Politik schlechthin) zum alleinigen Kriterium einer Kategorisierung in "Antisemiten" und "Nicht-Antisemiten" erhebt, wurde erst kürzlich wieder demonstriert, als der grüne Vorstandssprecher Christian Ströbele Israel besuchte. In einem Interview hatte Ströbele erklärt: "Die irakischen Angriffe auf Israel sind die logische, fast zwingende Folge der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern und den arabischen Staaten - Irak eingeschlossen." Für Schevach Weiss, Abgeordneter der sozialdemokratischen Arbeitspartei, Grund genug, Ströbele des Antisemitismus zu bezichtigen und die Grünen als "braune Bewegung" zu denunzieren. Jeder, der Ströbele kennt, weiß, daß der Mann kein Antisemit ist, sondern sich u.a. Verdienste im Kampf gegen Kohls Berliner Entsorgungsmuseum erworben hat. Vermutlich weiß Schevach Weiss davon nichts, aber selbst wenn er davon wüßte, würde er sein Urteil wohl kaum revidieren. In dem Mo- ment, wo sich jemand wie Ströbele kritisch zur Nahost-Politik des Staates Israel äußert, wird sein Antifaschismus für null und nichtig und zur puren Maskerade erklärt. Umgekehrt erregt die tatsächlich antisemitische Äußerung eines CDU-Politikers weit weniger Aufsehen oder wird großzügig als Einzelfall behandelt, solange wie die CDU eine mächtige Partei in Deutschland ist und Israel als unverzichtbaren prowestlichen Brückenkopf im Nahen Osten betrachtet. Nicht nur der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß Ströbeles Fragensteller der bereits vorgestellte Henryk M. Broder war, und entsprechend fielen die Interviewfragen und Broders Aufbereitung des Interviews in der "Jerusalem Post" auch aus. Ströbele sprach von "Fälschungen", worauf Broder - auch das kennen wir bereits - allergisch mit seinem Anwalt drohte. Die Drohung mit juristischen Schritten ist traditionell das zweite Bein der Broder'schen Abschreckungsstrategie. Den Vorwurf der Fälschung kann man Broder tatsächlich nicht machen, so blöd ist er nicht. Seine Methoden sind viel subtiler: Zitate werden aus ihrem authentischen Zusammenhang gerissen, um sie dann in einem neuen, von ihm selbst entworfenen Zusammenhang in einem völlig anderen Licht erscheinen zu lassen. Hinsichtlich des Resultats unterscheidet sich dies kaum von einer Fälschung, aber die Methode ist eben eine andere. Was die innergrüne Aufarbeitung des Ströbele-Interviews anbelangt, nur eine Bemerkung: Lieber zehn Ströbeles als auch nur einen Jürgen Maier, der sich in seiner Kritik an Ströbele nicht vorrangig um Israel und die Juden, sondern um das Ansehen seiner Partei sorgte. Und lieber gar zwanzig Ströbeles als auch nur einen Joschka Fischer und dessen geheuchelte Empörung, hinter der sich in Wahrheit der alte Disput zwischen

Realos und Parteilinken verbarg. Daß Fischer Ströbele abschießen wollte, war bereits vor Ausbruch des Golf-Kriegs und der Israel-Reise bekannt. Die Gelegenheit machte mal wieder Diebe. Aber wo war Fischer, als Schily den Irak aufrüsten wollte. Und wo war die gesamte Bagage (mit der rühmlichen Ausnahme Antje Vollmers), als der "Spiegel", der sich nun Christian Ströbele vornimmt, mit übelsten antisemitischen Mustern gegen Gregor Gysi hetzte?

Auch weiß jeder, daß die Grünen (und die PDS) von allen deutschen Parteien die "am wenigsten antisemitische" ist. Wenn Ströbele ein Antisemit ist, welche Worte findet man dann für den Bürgermeister von Korschenbroich oder den Autor der "Auschwitz-Lüge"? Wie glaubwürdig ist eine Propaganda gegen den Antisemitismus, die mit den Grünen (genauer: linken Grünen) in dieser Frage ungleich härter umspringt als mit der CDU?

Die deutschen Apologeten einer unkritischen Israel-Solidarität treiben es nicht besser. "Konkret"-Redakteur Wolfgang Schneider nennt in seinem Rundumschlag gegen die deutsche Friedensbewegung Daniel Cohn-Bendit, Ernst Tugendhat und die Frankfurter NPD-Fraktion in einem Atemzug. Zwischen der Kritik Cohn-Bendits und Tugendhats am alliierten Luftterror und der der Neofaschisten läßt Schneider keinen Unterschied gelten, obwohl die Motive der antisemitischen NPD wohl doch etwas anders gelagert sein dürften als die der beiden jüdischen Stimmen. Aber genau das - die jüdische Identität Cohn-Bendits und Tugendhats - unterschlägt Schneider seinen Lesern. Der Grund für diese wohl bewußte analytische und journalistische Unsauberkeit liegt auf der Hand: Ein entsprechender Hinweis würde Schneiders doch allzu simples Gemälde von der deutschen Friedensbewegung und deutschen Pazifisten nur durcheinanderbringen. Aber: Wenn jemand nur solche Juden als Juden zu Wort kommen läßt und akzeptiert, die ihm in sein politisches Bild und Konzept passen, dann bemüht er das gleiche Vorgehen wie der linke Antisemitismus einiger K-Gruppen in den 70er Jahren. Dieser duldete nur solche Juden als Juden und Opfer des NS-Terrors, die mit dem Staat Israel nichts anzufangen wußten, während zionistisch gesonnene Juden auf "imperialistische Agenten" reduziert wurden.

Die Unausgewogenheit im Verhalten einiger linker Juden wie des Staates Israel gegenüber der herrschenden Politik in Deutschland einerseits und den deutschen Linken andererseits läßt sich nur so erklären: Die deutsche Rechte hat die finanziellen und militärischen Mittel, die der Staat Israel nach eigener Auffassung benötigt. Die deutsche Linke ist hingegen machtlos, ergo muß sich die antideutsche Kritik, an der man - lobenswerterweise - ja doch irgendwie festhalten will - vorrangig an der Linken abarbeiten. Damit mag man zwar dem Staat Israel und der deutschen Regierung nutzen. Aber zum Schutz der hier lebenden Juden, zur Bekämpfung des unverändert virulenten Antisemitismus und zur Stärkung des hiesigen Antifaschismus trägt es sicherlich nicht bei. Von der deutschen Rechten Geld zu fordern, ist aus israelischer wie aus jüdischer Sicht völlig richtig. Und in Anbetracht des Ausmaßes der Nazi-Verbrechen, können die eingeklagten Summen gar nicht groß genug ausfallen. Problematisch wird die Sache aber, wenn mit diesem Geld Opportunismus gegenüber den Geldgebern erkauft wird, vor allem wenn diese Deutsche sind. Damit schaufelt man sich langfristig nur sein eigenes Grab, und die politische Glaubwürdigkeit erhöht ein solches Verhalten auch nicht gerade.

Die einzigen, die von dieser Unausgewogenheit langfristig profitieren werden (sofern sie dies nicht aktuell schon tun), sind die herrschende Politik und die tatsächlichen Antisemiten in diesem Land. Und dies gleich in mehrfacher Weise. Die deutsche Großmachtpolitik kann sich nicht nur proisraelisch kleiden, sondern - da so ziemlich jeder linke Kritiker Israels als antisemitisch denunziert wird - gar auch prosemitisch. Mit Unterstützung Israels und einiger linker Juden kann die CDU jeden Vorwurf antisemitischer Tendenzen an die Linke postwendend zurückgeben. Gleichzeitig wird die moralische Degenerierung der ehemaligen Opfer deutscher Großmachtpolitik und deutschen Rassismus betrieben. Jeden Verstoß der Israelis gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte, von der deutschen Politik unterstützt, wird man hierzulande genüßlich zur Kenntnis nehmen, wie dies bereits im Libanon-Krieg der Fall war. Denn er dient als Beleg für die Behauptung, daß "die Juden" halt auch nicht besser seien als "wir Deutschen". Das Beste, was den Rehabilitierern deutscher Großmachtpolitik und deutschen Rassismus hätte passieren können, und was nicht wenige von ihnen geradezu herbeisehnten, wäre gewesen, was Wolfgang Pohrt in der "Konkret" empfahl: Ein israelischer Atomwaffeneinsatz gegen den Irak. Zunächst hätte man das israelische Vorgehen verteidigt, natürlich mit Bezug auf den Holocaust, die sich daraus ergebende Verantwortung der Deutschen für die Verhinderung eines weiteren Holocaust (natürlich nicht bei uns, sondern anderswo...) etc. Aber nach einer Weile hätte die

Diskussion eine Wendung erfahren: "Vergeßt ihr den Holocaust, dann vergessen wir auch Euren Sündenfall." Natürlich wäre ein israelischer Atomschlag mit dem Holocaust nicht zu vergleichen gewesen. Ein israelischer Atomschlag wäre brutal und menschenverachtend gewesen, aber er hätte an der Einmaligkeit des Holocausts nichts geändert. Die herrschende Politik hätte dies trotzdem nicht davon abgehalten, ihre Analogien zu ziehen und künftige israelische und jüdische Kritik zu neutralisieren.

Die Behauptung von der "zweiten Vergasung"

Die Behauptung von einer drohenden "zweiten Vergasung" des jüdischen Volkes war zunächst einmal eine ungeheuerliche Verharmlosung der real geschehenen "ersten Vergasung". Die war wohl auch der Grund, warum sie gerade hierzulande - ähnlich dem Saddam-Hitler-Vergleich - so begierig aufgegriffen wurde. Was die intellektuellen Kriegshetzer unter den deutschen Linken anbetraf, so ermöglichte ihnen die Gleichsetzung des Iraks mit Nazi-Deutschland (im übrigen ein rassistischer Vergleich) endlich ihren "gerechten Krieg" zu führen, einen bei dem man nicht abseits stehen mußte, sondern mit gutem Gewissen mitmengen konnte (natürlich nur am Schreibtisch - die Drecksarbeit überließen wir den proletarischen Gladiatoren); dazu noch Schulter an Schulter mit den Herrschenden, was die Sache erst so richtig attraktiv machte, und - was die Versuchung gar ins Unermeßliche steigen ließ - ganz sicherlich auf Seiten der Sieger. Nicht nur die deutsche Rechte, auch die deutsche Linke besorgte ihre historische Entlastung mittels dieses Krieges. Den eigenen Hitler hatte man aus eigener Kraft nicht abschütteln können, jetzt wollte man es wenigstens seiner Bagdader Miniaturausgabe zeigen. Vielleicht auch deshalb, weil man ahnte, daß man auch beim nächsten deutschen Hitler zu schwach sein würde, um ihn selbst zu besiegen. Das persönliche Risiko beim "Widerstand" gegen den irakischen "Mini-Hitler" tendierte für die linken Kriegshetzer gegen Null, wenn man nicht gerade einen "Alpha-Jet" flog, was von ihnen garantiert keiner tat. Denn so doof, daß man zum "Bund" gehen muß, ist man ja nicht... Ganz anders würde es sich natürlich im Falle einer Neuauflage im eigenen Land gestalten.

Überdies entbehrte die Behauptung von der bevorstehenden "zweiten Vergasung" der realen Grundlage. Irak war - mit oder ohne C-Waffen - überhaupt nicht dazu in der Lage, ein Verbrechen unter der Bevölkerung Israels anzurichten, das auch nur annähernd dem des Holocaust entsprochen hätte. Irak war nicht der einzige Staat im Nahen Osten, der über C-Waffen verfügte. Jedenfalls soll Syrien ein zumindest ebenso großes Arsenal derartiger Waffen besitzen, über dessen Wirkung auf Israel der ehemalige israelische Verteidigungsminister Rabin indessen behauptet: "Assad hat seit zehn Jahren Scud-Raketen, die heute, sogar mit chemischen Sprengköpfen, ganz Israel bedrohen. Und dennoch hat er nicht gewagt, sie einzusetzen. Warum? Weil er weiß, daß wir nach einem Angriff auf Israel mit hundertfacher Gewalt zurückschlagen würden." ("Zeit" v. 15.2.1991) Israels massive Vergeltung nach einem arabischen C-Waffen-Angriff würde in einem Atomschlag bestehen. Israels Arsenal an Massenvernichtungswaffen und an entsprechenden Trägersystemen war dem des Iraks und ist dem Syriens haushoch überlegen. Wenn Israel militärisch stark genug ist, wie von Rabin unterstellt, einen syrischen Angriff abzuschrecken, dann war es vor Ausbruch des Golf-Krieges auch dazu fähig, dies gegenüber dem Irak zu tun. Und zwar ohne Unterstützung durch die USA oder andere westliche Mächte. Inwieweit sich mit dem Kriegsausbruch die Spielregeln verändert hatten, muß der Spekulation überlassen bleiben. Jedenfalls stand die in Israel anzutreffende Gelassenheit in keinem Verhältnis zur unterstellten Bedrohung, was die Vermutung nahelegt, daß die Israelis über deren realen Charakter erheblich mehr wußten, als sie offiziell zuzugeben bereit waren. Israel beansprucht ein Monopol auf Massenvernichtungswaffen in der Region. Gegenüber Deutschland wäre Israels Anspruch völlig legitim, aber gegenüber der arabischen Welt - und Israel plant nun einmal nicht, Bonn oder Berlin zu bombardieren - sieht dies etwas anders aus. Gegenüber den arabischen Nachbarn kann ein israelisches Monopol an Massenvernichtungswaffen nicht mit Verweis auf die deutsche Geschichte und den Holocaust begründet werden. Wer dies hierzulande als deutscher Linker tut, ist ein Feigling, weil er die Araber anstelle seiner selbst für die deutsche Vernichtungspolitik büßen läßt. Wollen wir die Perspektive einer Entmilitarisierung des Nahost-Konflikts und eines friedlichen Miteinanders von Arabern und Juden nicht gänzlich aus den Augen verlieren, dann müssen wir eine deutliche Absage gegenüber allen Arsenalen an Massenvernichtungswaffen in der Region formulieren. Der israelische Anspruch auf ein regionales Monopol an Massenvernichtungswaffen ist ein wesentlicher Katalysator des Rüstungswettlaufs im Nahen Osten.

Es stellt sich die Frage, warum Hussein C-Waffen auf Israel hätte abfeuern sollen, wenn dies unweigerlich seine totale militärische Vernichtung nach sich gezogen hätte? Weder militärisch noch politisch wäre damit auch nur ein Jota zu gewinnen gewesen. An der politischen Front hätte die internationale Isolierung des Iraks

nur noch weiter zugenommen, alle Welt hätte für einen atomaren Vergeltungsschlag Israels Verständnis geäußert, und die arabischen und islamischen Massenmobilisierungen für Hussein wären durch einen irakischen C-Waffeneinsatz eher desorientiert, desillusioniert, demoralisiert und gespalten als zur offenen Rebellion animiert worden. Außerdem wäre es aus irakischer Sicht militärisch erheblich sinnvoller gewesen, das unterstellte Arsenal an chemischen Waffen für einen Einsatz im Landkrieg mit den alliierten Bodentruppen zurückzuhalten.

Husseins Vorgehen gegen Israel entsprach eher einer äußerst kontrollierten Eskalationsstrategie, die immer wieder Pausen einlegte. Und zwar stets dann, wenn Israel an der Schwelle zum Vergeltungsschlag stand. Offensichtlich war Hussein darauf bedacht, die israelische Regierung nicht übermäßig zu provozieren. "Erleichtert" wurde ihm dieses Vorgehen dadurch, daß er mit seinen verbliebenen "Scud"-Waffen äußerst sparsam hantieren mußte. Wahrscheinlich verfolgten die sporadischen Angriffe auf Israel auch nur den Zweck, gegenüber der arabischen Welt das Gesicht zu wahren, um nach vollmundigen Ankündigungen nicht als Feigling dazustehen und einen Offenbarungseid in Sachen "Wunderwaffe" zu vermeiden.

Dieser wäre nämlich wohl ziemlich peinlich ausgegangen, da vieles dafür spricht, daß der Irak technisch gar nicht dazu in der Lage war, mit chemischen Sprengköpfen armierte Raketen auf israelische Bevölkerungszentren zu feuern. So schreibt beispielsweise Wolfram von Raven, im übrigen ein begeisterter Befürworter der alliierten Kriegsführung, in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift "Europäische Sicherheit": "Der Raketenbeschuß Israels blieb ohnehin ohne militärischen Belang, was den psychologischen Schockeffekt verringerte. Die Steigerung der Reichweite der ‚Scud B' von 300 km auf 600 km bei der ‚Al Husseini' und auf 900 km bei der ‚Al Abas' gilt mittlerweile als nutzloser Aufwand, weil sie zwangsläufig auf Kosten des Detonationswertes der Ladung und der Treffsicherheit erfolgt. Anscheinend verfügt der Irak noch nicht oder nicht mehr über das Vermögen, die Waffe mit chemischen Kampfstoffen oder gar als atomares Kampfmittel einzusetzen, womit zudem zweifellos eine Eskalation des Konfliktes von unabsehbarem Maß gezeitigt würde." (Wolfram von Raven, Der ‚Heilige Krieg' versandet im ‚Wüstensturm', in: "Europäische Sicherheit", 2/1991).

Wenn die Behauptung von der drohenden "zweiten Vergasung" nicht zutraf, was der israelische Geheimdienst sicherlich ebenso wußte wie Wolfram von Raven, was steckte dann hinter der C-Waffen-Hysterie? Dem Staat Israel diente sie zur Mobilisierung internationaler Solidarität wie zur Isolierung Husseins. Und möglicherweise war es nicht nur ein Akt von Zynismus, wenn der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten Gasmasken verweigert wurden. Angst vor einem Angriff mit C-Waffen einerseits und totale Schutzlosigkeit vor diesem andererseits hätte eine Fluchtwelle auslösen können, die ganz im Interesse der israelischen Regierung und ihrer Pläne für die besetzten Gebiete gewesen wäre. Eine ähnliche Politik wurde auch von der Türkei gegenüber den Kurden im Grenzgebiet zum Irak praktiziert.

In Europa verfolgte die "Vergasungsthese" vor allem den Zweck, die Bevölkerung bis weit in das liberale und linke Lager hinein auf den möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen den Irak einzustimmen. So wurde die rhetorische Frage gestellt, ob ein zeitlich vorgezogenes und gegen Deutschland verübtes Hiroshima nicht hätte Ausschwitz verhindern können. Natürlich zielte diese Frage weniger auf die traditionelle Rechte denn auf die Linke. Was für die französischen neuen Philosophen der russische "Gulag" war, gegen den auch nukleare Angriffe gerechtfertigt wurden, war für die deutschen neuen Philosophen Saddam Hussein und sein Irak.

Die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes wurde so als kleineres Übel verkauft, wobei es jedem selbst überlassen blieb, dieses genauer zu definieren. Dieser Krieg bot für jeden ein Motiv, ihn zu legitimieren: Für die Befreiung Kuwaits und gegen eine Aggression, die Schule machen könnte; für eine reibungslose Ölzufuhr und Wohlstand; gegen die Barbaren und für die Aufklärung; gegen das Mittelalter und für die postmoderne Gesellschaft; gegen Umweltverpester und für die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der Rechte hätte den Atomwaffeneinsatz damit legitimiert, daß dieser die Verluste auf Seiten der Alliierten verringern und die schnelle Kriegsbeendigung herbeiführen könnte. Ein "beschränkter", "gezielter", "sauberer" (natürlich, natürlich...) Atomwaffeneinsatz gegen die Republikanischen Garden sei geeignet, einen mehrmonatigen Landkrieg vermeiden zu helfen, der eventuell weitaus mehr Menschenleben fordern würde. Der Linke hätte den Atomwaffeneinsatz mit der viel größeren Katastrophe einer "zweiten Vergasung" legitimiert. Und der Ökologe hätte mit allergrößter Sorgfalt die Folgen einer Ölpest im Golf und abgefackelter kuwaitischer Ölquellen gegenüber einem atomaren Waffeneinsatz abgewogen, mit dem Ergebnis, daß letzterer zwar ökologisch fragwürdig sei, im konkreten Falle jedoch weitaus Schlimmeres verhüten könne.

Wäre es zum atomaren Schlag gekommen, so wären wir alle natürlich zunächst schwer empört ("betroffen") gewesen und auf die Straße geeilt, um uns dann nach einigen Tagen, von mir aus auch Wochen in erprobter und bewährter Weise einzureden: "Na ja, es scheint ja noch einmal gut gegangen zu sein. Hussein war zu einer militärischen Antwort nicht mehr in der Lage, und die Verstrahlung soll so schlimm nicht sein. Weniger als bei Tschernobyl, heißt es! Und wer weiß, was noch alles passiert wäre, wäre der Krieg endlos weitergegangen, und hätte man nicht dem Diktator die Stirn gezeigt."

Der moderne Rassismus

Ein neuer Rassismus macht sich breit. Im Unterschied zum traditionellen Rassismus gibt er sich betont aufklärerisch und ist deshalb der Wohlstandslinken geradezu auf den Leib geschneidert. Er stellt das aufgeklärte und zivilisierte Europa einer nicht nur ökonomisch, sondern, und dies berührt den Wohlstandslinken, der im Gegensatz zum traditionellen Rassisten selbstverständlich nur ausgewählt hehre Motive strapaziert, angeblich weitaus mehr, auch politisch und kulturell rückständigen, im finstersten Mittelalter verharrenden arabischen Welt gegenüber. Israel erscheint in diesem Bild als Insel der Zivilisation und Demokratie inmitten eines Meeres von Barbaren und Despoten, der - im Sinne der Rettung der Aufklärung und der zivilisierten Welt - mit allen erdenklichen Mitteln beizustehen ist. Denn fällt Israel, dann wird schon bald auch Europa fallen. Demnach geht es gar nicht primär um Israel, sondern um uns. Israel hat nur das Glück, daß seine Verteidigung Voraussetzung für die unserige ist. Der Krieg hatte von Beginn an einen Doppelcharakter: Er war nicht nur ein Krieg einer globalen gegen eine regionale Hegemonialmacht, sondern auch des reichen Nordens gegen den armen Süden. Daran änderte auch nichts, daß Hussein keineswegs ein Antiimperialist ist.

Allem aufklärerischen Pathos zum Trotz ist dieser moderne Rassismus zutiefst antiaufklärerisch. Gleichzeitig reflektiert er eine durchaus berechtigte Angst, nämlich: Daß sich die Völker der Dritten Welt, und hier vor allem die Arabiens, eines Tages zurückholen, was wir ihnen genommen haben, und uns dabei mit in den Abgrund ziehen könnten. Eine Angst, von der sich auch die mittelständische Linke nicht freimachen kann, da sie ja selbst am metropolitanen Status ihres Staates partizipiert. Die besondere Furcht vor "den Arabern" hat ihre historischen Gründe: Im Nahen und Mittleren Osten lagen die "Gen-Zentren" der Menschheit. Hier entstanden die ersten Hochkulturen, die großen monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam; hier nahmen städtische Siedlungsweisen ihren Ausgang, bildete sich der Rentenkapitalismus heraus etc. Als in Europa das finsterste Mittelalter tobte, war der Islam eine Hochkultur, die in allen Bereichen der Wissenschaft dem Okzident überlegen war. Doch Kolonialismus und Imperialismus sorgten für den endgültigen Absturz in die Unterentwicklung. Ausbeutung und Demütigung werden in der arabischen Welt deshalb sensibler registriert, als in einigen anderen Regionen der Dritten Welt, die sich zum Zeitpunkt ihrer Kolonialisierung auf einem zivilisatorisch niedrigerem Niveau befanden.

Aber hat man sich einmal in diesem Kampf zwischen Norden und Süden auf die militärische Logik eingelassen, so wird man es auch ein weiteres Mal tun. Denn mit jedem Mal, mit dem der Konflikt seitens des Nordens mit militärischen Mitteln ausgetragen wird, wächst der Zwang zum Weitermachen in der militärischen Logik. Den nächsten Krieg werden wir gegen die Folgen dieses Krieges - die in einer destruktiven, sich terroristisch artikulierenden Mischung von Wut und Ohnmacht bestehen dürften - führen usw. Deshalb wird die Befürwortung des Angriffs auf den Irak und der militärischen Unterstützung Israels auch nicht der erste und letzte Sündenfall der linken Kriegshetzer bleiben.

Die vermeintlichen Verteidiger der Aufklärung sind in Wahrheit zutiefst antiaufklärerisch, weil sie nicht darüber aufklären wollen oder können, warum und wie der Nahe Osten zu dem wurde, was er heute ist: Eine politisch deformierte und militarisierte Landschaft, indem der islamische Fundamentalismus mittlerweile das Monopol auf politische Opposition erobert hat, während in Europa abgeschaute und in den 50er und 60er Jahren populärere bürgerlich-demokratische und sozialistische Vorstellungen - Husseins Baath-Partei ist ein Produkt dieser Zeit! - stark an Boden verloren haben. Die Verantwortung des imperialistischen Nordens für diese Entwicklung fängt nicht erst bei den Waffenexporten an, sondern viel früher, und sie sitzt viel tiefer. Im gewissen Sinne sind die Waffenexporte das Uninteressanteste an der ganzen Geschichte.

Natürlich graust auch unsereins vor einer geeinigten arabischen Welt unter fundamentalistischer Führung. Aber 1. trägt der Norden hierfür selbst die Verantwortung (zumal der arabischen Welt "Demokratie" nur in der Form von Kolonialismus und Imperialismus begegnete), 2. ist es allein Sache der arabischen Völker, über ihre

Zukunft zu entscheiden, und 3. kann die Außenpolitik eines fundamentalistischen panarabischen Staates kaum schlimmer aussehen als die der mit ungleich mehr Machtmitteln (inklusive Massenvernichtungsmitteln) ausgestatteten USA und führender EG-Mächte. Gegenüber dem alliierten Bombenterror nahmen sich Husseins militärische Aktionen geradezu bescheiden aus. Sicherlich auch deshalb, weil die irakische Armee - und wer es wissen wollte, Herr Gremlitza, der konnte dies auch bereits vor dem 17. Januar wissen - nur ein Abziehbild dessen war, als was sie von der amerikanischen und europäischen Propaganda dargestellt wurde. Schließlich hatte der Irak nur mit westlicher und sowjetischer Unterstützung einen Waffenstillstand im achtjährigen Krieg mit dem Iran erzwingen können. Unter Fachleuten galt die irakische Armee - aufgrund der sunnitischen Minderheitsherrschaft im Irak und der daraus resultierenden internen Widersprüche - als bei weitem nicht so mobiliserbar und motivierbar wie etwa die des Irans (dies dürfte im übrigen auch für die syrische Armee gelten). Wenn sich das metropolitane Publikum über die zweistellige Zahl toter Israelis mehr entrüstete als über die fünf- bis sechsstellige Zahl toter Iraker, dann war das nicht, jedenfalls nicht nur Ausdruck einer im Holocaust begründeten besonderen deutschen Fürsorge für die jüdische Bevölkerung Israels, sondern auch von Rassismus. Die Israelis stehen uns kulturell und zivilisatorisch näher und sind uns deshalb mehr wert als die Irakis.

Hussein ist nicht schlimmer als Bush, nur machtloser. Und dies auch schon vor der Zerstörung seines Landes und seines Militärapparats. Genau betrachtet ist Hussein ein Zauberlehrling des Nordens und ein vergleichsweise europäisch denkender und handelnder Politiker. Der religiöse Fanatiker, als den ihn die westlichen Medien nach Ausbruch der Golf-Krise gemeinhin charakterisierten, war er noch nie. Hussein und seine Baath-Organisation haben einen laizistischen Hintergrund, weshalb er ja auch das theokratische Regime in Teheran, das Hussein als "Ungläubigen" und "Teufel" bezeichnete, Anfang der 80er als Herausforderung betrachten mußte. Hussein ist Sunnit, und die Sunniten, die im Irak u.a. die moderneren urbanen Mittelschichten stellen, hatten in der Vergangenheit erheblich geringere Probleme mit der europäischen Kolonialherrschaft als die Schiiten. Die bis heute anhaltende sunnitische Minderheitsherrschaft im Irak ist u.a. das Ergebnis der blutigen Niederschlagung eines Schiiten-Aufstands durch die Briten im Jahre 1920. Die Religion entdeckte Hussein erst, als der Westen und dessen arabische Verbündete gegen ihn aufmarschierten.

Für jede Handlung Husseins in diesem Krieg ließ sich eine Entsprechung in der westlichen Strategie finden. Nehmen wir beispielsweise den Ölteppich im Golf, der hierzulande die Gemüter ungleich mehr erhitzte als die folgenden Bilder von den Toten im Bagdader Bunker. (Die Gründe hierfür liegen auf der Hand und sind typisch für eine Wohlstandsgesellschaft: Die Toten im Bunker bleiben für uns ohne unmittelbar spürbare Folgen, eine ökologische Katastrophe in der Region indessen möglicherweise nicht. Außerdem ist ein verölter Komoran als im extremen Sinne unschuldiges Kriegsopfer zu betrachten, während sich die Irakis - wie uns ein Schwachkopf namens Enzensberger belehrte - ohnehin nichts Schöneres vorstellen können, als in ihre Vernichtung zu rennen). Auch die NATO-Strategie impliziert die Option, dem Gegner eine Niederlage im Sieg beizubringen, indem man eine Stufe der Eskalation erklimmt, wo seine wie die eigenen Lebensgrundlagen der Vernichtung preisgegeben werden. Und haben wir bereits die amerikanische "Politik der verbrannten Erde" im Vietnam-Krieg vergessen? Spezifisch arabisch waren Husseins Kriegshandlungen jedenfalls nicht, und dies hätte auch für den Fall eines C-Waffen-Einsatzes gegolten (ganz abgesehen davon, daß der Irak - im Gegensatz zu den USA und deren Verbündeten - explizit einen "no first use" von Massenvernichtungswaffen erklärt hatte). Der totale Krieg ist eine deutsche und europäische "Errungenschaft". Nicht aus vorbürgerlicher Zeit, sondern aus diesem Jahrhundert.

18. Die Welt ein Schlachthaus - Brennt Kerzen an! - Kritik der Friedensbewegung - (aus "Flugschrift", Radikale Linke)

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:34

Die Beiträge zum "Linken Coming out für den Krieg" und die "Kritik der Friedensbewegung" wurden von einer Redaktionsgruppe der Radikalen Linken (Thomas Ebermann, Jutta Ditfurth, Marianne von Ilten, Jan Kuhnert, Heiner Möller, Belinde Stieve, Rainer Trampert, Winfried Wolf, Manfred Zieran) erarbeitet. Die von uns gekürzten und mit Zwischenüberschriften versehenen Beiträge sind nur ein Auszug aus einer Stellungnahme zum Golfkrieg und der Diskussion der Linken, deren vollständige Veröffentlichung etwa zehn AK-Seiten füllen würde. Die Texte wurden in der Redaktionsgruppe nicht vollständig vereinheitlicht. "Daher versteht es sich von selbst", so die AutorInnen, "daß nicht jeder Gedanke von allen geteilt wird." Vollständig nachzulesen ist die Stellungnahme in der ersten Ausgabe der "Flugschrift" der Radikalen Linken, einer Zeitschrift mit Hintergrundbeiträgen für die linke Debatte, die künftig vierteljährlich erscheinen soll. Die Märzausgabe der "Flugschrift" bringt neben der Erklärung der Redaktionsgruppe weitere Beiträge von Manon Tuckfeld/Jens Christian Müller zur Welt-kriegs-ordnung, einen Artikel von Georg Fülberth zum imperialistischen Krieg sowie eine Recherche von Winfried Wolf über die Deutsche Giftgas-Connection: "Deutsche ‚Souveränität' über Massenvernichtungswaffen - Deutsches Gas, BND, Nazis und Bonn immer dabei".

Die Flugschrift kostet 4,- DM und kann über die Postanschrift der Radikalen Linken (Postlagernummer 59387, 2000 Hamburg 50) sowie in allen gutsortierten Buchläden erworben werden.

(...) Um die Friedensbewegung in ihrer überwältigenden Mehrheit besser zu begreifen, ist das Studium sozialdemokratischer Winkelzüge allerdings zweitrangig gegenüber der Erkenntnis einiger Charakteristika dieses gesellschaftlichen Milieus.

Es scheint niemandem besser gelungen zu sein, die Charakteristika dieses Milieus präzise zu formulieren, als dem Präsidium des Parteivorstandes der PDS. Gerade die Mischung aus eigener Blödheit, alternativem Imperialismus und Bewegungsopportunismus läßt den PDS-Aufruf zur Bonner Großdemonstration geeignet erscheinen, die prägenden Motive der Friedensbewegung zu erkennen. (Die Wichtigkeit der PDS in der Friedensbewegung ist also nicht unterstellt.)

Der erste Satz: "Mit dem Luftangriff auf den Irak hat George Bush nicht nur einen Krieg eingeleitet, er hat die Menschheit in die Moral des Steinzeitalters zurückbombardieren lassen." Bush, so lernen wir, läßt nicht nur (!) zehntausende Irakis töten, vielmehr versaut er die Moral der ganzen Menschheit, also, und das darf nicht unerwähnt bleiben, auch unsere. Wir sind Opfer, weil die Menschheit Opfer ist, weil ihre Moral bis zum Luftangriff intakter war.

Weiter: "Keines der Probleme am Golf wird sich mit militärischen Mitteln lösen lassen." Nun dürfen wir alle rätseln, was mit "Problemen" - um nicht von Interessen zu sprechen! - gemeint sein könnte. Die Wüste ist sandig und trocken, dieses "Problem" ist mit militärischen Mitteln nicht zu lösen; militärische Mittel können auch nicht die Anzahl der AnalphabetInnen verringern und dienen nicht dem Wohnungsbau. Andererseits können militärische Mittel eine zu stark gewordene Regionalmacht wie den Irak zerstören und entwaffnen, sie können Grenzen verschieben, Völker ausrotten, Völker demoralisieren. Kurz: Militärische Mittel können - für durchaus lange historische Zeiträume - imperialistische Interessen durchsetzen, also imperialistische "Probleme" lösen. Diese Erkenntnis stört die Botschaft vom "sinnlosen Krieg", dem bekanntlich permanent nachgesagt werden muß, daß er keine Sieger, sondern nur Verlierer haben werde. Eine in zahllosen Erklärungen der Friedensbewegung aufgestellte Behauptung, die meist dem Geiste frönt, daß Kriegs-Gewinner sich mit so viel Schuld zu beladen pflegen, daß ihre Seele Schaden nimmt und sie dadurch zu Verlierern macht (in dieser Logik ist die fast vollständige Ausrottung der indianischen Bevölkerung Nordamerikas die schwerste Niederlage der europäischen Okkupanten).

Daß es auch in eher linken Publikationen die Position vom "Krieg ohne Sieger" gibt, etwa in der Behauptung, ein Sieg der USA und ihrer Verbündeten "wird unweigerlich den nächsten Krieg nach sich ziehen", es werde "zwangsläufig eine Solidarisierung der arabischen Welt geben" oder "die Tendenz zum Zusammenschluß

arabischer Staaten (!) und zur forcierten Aufrüstung (...) wird zunehmen" (aus zwei Artikeln des ak, Nr.327), ist wohl anders motiviert. Hier erstaunt die Leichtigkeit, mit der die Möglichkeit (aus unserer Sicht: Wahrscheinlichkeit) verworfen wird, der Sieg im imperialistischen Krieg könne eine abhängige, beherrschte, eher bettelnde arabische Staatenwelt, destruiert und gegeneinander gehetzt, mit streng kontrollierten Rüstungspotentialen herstellen, in der der Typ Staatenführer Mubarak nicht etwa weggefegt, sondern allgegenwärtig wäre. Schließlich muß nicht jeder imperialistische Plan scheitern und nicht jeder Sieg ist ein Pyrrhussieg, bloß weil sein Ergebnis nicht ewig hält. Unter dem Vorbehalt, daß nichts ewig ist, scheinen uns auch alle anzutreffenden Hinweise, der Sieg der imperialistischen Allianz zöge eher eine größere Gefährdung des Staates Israel nach sich, weniger analytischer Einsicht geschuldet als vielmehr dem Wunsch nach der Pose des "eigentlich besten Freundes".

Aber das sind ernstere Debatten. Das Präsidium der PDS, da waren wir stehengeblieben, stellt fest, daß mit militärischen Mitteln kein Problem zu lösen sei, und es fragt uns, sich und die Friedensbewegung: "Warum dann Krieg?"

Fünf Gründe findet das Präsidium:

- "George Bush will eine neue Weltordnung mit einer uneingeschränkten Gendarmenrolle für die USA schaffen."

- "Die USA sichern sich mit Risiko für die gesamte Welt den Zugang zu den Rohstoffquellen am Golf."

- "Die NATO findet ihr neues Feindbild, um weiterexistieren zu dürfen."

- "Rüstungs- und Ölkonzerne berechnen ihre Gewinne."

- "Die Bundesregierung hat endlich eine Begründung für ihren Kriegsetat gefunden."

Deutschland als Opfer

Widerstehen wir der Versuchung, uns über die Blödheiten zu ereifern, nach denen die NATO in Ermangelung eines Feindbildes kurz vor der Selbstauflösung stand und die Bundesregierung ohne diesen Krieg ihren Kriegsetat nicht hätte halten (oder jedenfalls nicht hätte begründen!) können.

Entscheidend ist folgendes Konstrukt: Die USA werden angeklagt, ihre Interessen durchzusetzen. Der Gedanke, daß dieser Krieg auch im Interesse aller imperialistischen Metropolen geführt wird, daß es also ein deutsches Interesse gibt, Gründe des massiven deutschen Engagements an der Seite der USA (Frankreichs, Englands, Italiens etc.), fehlt. "Die USA sichern sich (...) Zugang" und das auch noch "mit Risiko für die ganze Welt". Die schlechteste Tradition der "alten", gegen die NATO-Nachrüstung gerichteten Friedensbewegung feiert ihre Auferstehung. Damals hatten die Amerikaner den teuflischen Plan, Deutschland zum "Schlachtfeld der Ost-West-Konfrontation" zu machen. "Wir" waren die Opfer, die Stationierung von Cruise Missile und Pershing gegen das "nationale Interesse", die herrschende Klasse und ihre Politiker entweder nicht patriotisch oder Vasallen der USA oder beides. (...)

Deutschland als Opfer, der mieseste aller Gedanken der "alten" Friedensbewegung, mußte, so scheint es, mit dem wildesten aller Konstrukte, dem "Risiko für die gesamte Welt", reaktiviert werden. Denn wenn erst einmal für die ganze Welt ein Risiko besteht, dann leidet unter selbigem keiner so wie der Deutsche - das lassen wir uns nicht nehmen.

Also weiter in der PDS-Erklärung, die so brilliant auszudrücken vermag, was in der Friedensbewegung gefühlt wird (ohne parteipolitischen Nutzen übrigens): "Mit dem Kriegsausbruch hat unser Leben seine Normalität verloren. Der Wahnsinn am Golf gefährdet die Existenz der gesamten Menschheit." Endlich sind wir bei "unserem Leben" und seiner geschätzten "Normalität", auf die alle Sehnsüchte gerichtet sind.

Darf es etwas mehr sein: "Auch die Kölner Jecken / wollen nicht verrecken", demonstrierten alternative KarnevalistInnen in Köln (zit. nach: Stadtrevue, Sonderinfo Nr.3).

"Wir sind entsetzt über das Massaker, das die Erde in ein globales Schlachthaus verwandelt und natürliche Lebensgrundlagen zerstört". (Flugblatt, Berliner Frauen aus Frauenprojekten)

Wohlfeile Betroffenheit, grenzenlose Übertreibung, wer das stärkste Wort fand über sein Leid, fand, so scheint es, den größten Beifall.

KeinE PalästinenserIn, keinE IsraelIn und keinE IrakerIn kann ermessen, was hier in Deutschland gelitten wird, die ganze Normalität ging verloren, Berlin ein Schlachthaus, Köln ohne Rosenmontagszug. (Zum Glück haben die Alternativen einen "Karneval von unten" organisiert und ihre Stunksitzung nicht ausfallen lassen.) Was hier beschrieben wird, hat einen pathetisch-heuchlerisch-übertriebenen und einen wahren Aspekt. Der heuchlerische ist bloßzulegen, wenn man die lächerlichen Konsequenzen betrachtet, die die PDS aus der "Gefährdung der gesamten Menschheit" zu ziehen vorschlägt. Denn: "Aber wir sind nicht wehrlos. Politiker der Gewalt können in ihre Schranken gewiesen werden. Stoppt den Krieg! Demonstriert euren Friedenswillen durch:

- Weiße Tücher in den Fenstern, weiße Fähnchen an den Autos, weiße Armbinden und Stirnbänder!

- Friedensgebete und andere Symbole des Friedenswillens (Gratulation, das ist ein besonders schönes Exemplar von Bewegungsopportunismus!)

- Unterbrecht täglich von 12.00 Uhr bis 12.05 Uhr euren normalen (!!) Alltag! (Eben noch, wir sind tatsächlich erst sechs Zeilen weiter, hatte unser gesamtes Leben seine Normalität verloren, jetzt sollen wir selbige minutengenau, in der Zeit der allgemeinen Mittagspausen, unterbrechen.)

- Verlaßt eure Arbeitsplätze, Klassenzimmer, Büros und Wohnungen, brennt Kerzen an! (Das mit den Kerzen soll gemacht werden, damit wir beweisen, daß unser Leben nicht nur alle Normalität, sondern wir alle unseren Verstand verloren haben.)

- Unterbrecht den Straßenverkehr

- Medienmacher: Unterbrecht eure Sendungen! (Soll der Medienmacher, wenn er seine Sendung unterbricht, schweigen, beten oder eine Kerze anbrennen?)"

Der wahre Aspekt all der großen Worte über deutsches Leid und deutsche Gefühle besteht darin, daß unmittelbar vor Kriegsausbruch und in den ersten Kriegstagen nicht wenige Menschen Angst hatten, was ihnen passieren könnte. Eine Hauptparole der Bonner Großdemonstration, "Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu!", artikuliert diese Angst und drückt geradezu das Gegenteil aus von dem, was läuft: die Sicherung "unserer" Zukunft durch imperialistische Politik.

Die Angst ist inzwischen gewichen. Der Sieger des Kriegs steht ebenso fest wie die regionale Begrenzbarkeit des Kriegs. (...)

Der normale Alltag kehrt zurück, die gewaltige Demonstration George Bushs, am Wochenende um den 17. Februar in die Erholung zu fliegen, nicht Krisenstab zu spielen, unzählige gleiche Symbole aus Politik und ideologischen Apparaten, kurz: die Erfahrung der eigenen Angst als übertrieben - das ist es, was die Friedensbewegung neben dem Sperrfeuer ihrer politischen Gegner quantitativ so enorm hat abschmelzen lassen.

Und die Präferenz des Wirtschaftsboykotts gegen den Irak mit dem alternativ-imperialistischen Argument, hiermit zu verhindern, daß die arabische Welt in einen gemeinsamen Schützengraben gegen die westliche Welt getrieben wird, wird praktisch dementiert durch jeden Tag, den die "Allianz hält".

"One World" und friedensbewegte Angst

Und trotzdem: An der Angst, der kultivierten "Betroffenheit" großer Teile der Friedensbewegung ist, so unbegründet und widerwärtig sie dieser Tage war, ein rationaler Kern. Letztlich ist die Furcht um den eigenen Nachteil eine Schlüsselfrage. Es ist, auf verwickelte Weise, die Frage, ob der Nachteil des Imperialismus, besonders der eigenen Nation, oder die Aufrechterhaltung heutiger Weltordnung, die auch die hiesigen Subalternen relativ privilegiert, gewollt (und befördert!) wird.

Und in der kultivierten "Betroffenheit" spiegelt sich eine diffuse Ahnung, daß noch manch Ungemach, manch gar und gar undifferenzierter, den strengen Maßstäben des Humanismus und der Menschenliebe nicht gerecht werdender, gewaltsamer Akt aus der "Dritten Welt", die bekanntlich in Polen und Jugoslawien anfängt, zu erwarten ist.

Entschlüsseln wir diesen Zusammenhang:

Die unterentwickelt gehaltenen Regionen und Völker dieser Welt sind, sagen wir in den letzten 20 Jahren, in eine dramatisch aussichtslosere Lage geraten. Der Krieg der VietnamesInnen gegen die US-amerikanischen Besatzer und ihre Statthalter schien in doppeltem Sinne nicht "sinnlos" zu sein.

Erstens: Die kämpfenden VietnamesInnen agierten - auch subjektiv - in einem internationalen Kontext, der dem Imperialismus aus verschiedenen Ecken seines Weltreichs Niederlagen beizubringen schien, der ihn weltweit zu schwächen schien, jedenfalls seine Konzentration auf nur einen Krisenherd zu verunmöglichen schien. So konnte jedenfalls gehofft werden, daß antiimperialistische Siege in verschiedenen Regionen die Möglichkeit eigenständiger Entwicklungen eröffneten, auch mit wechselseitiger ökonomischer Stützung "befreiter" Völker. (...)

Zweitens: Der Vietnamkrieg stand für das legitime Ziel, dem Imperialismus die Verfügung über die Ressourcen zu entreißen und den bescheidenen Reichtum der Region dort leidlich gerecht zu verteilen, mit all den umstrittenen Kompromissen, die man wirklich oder vermeintlich gegenüber Intelligenz und nationaler Bourgeoisie machen muß.

Beide Faktoren zusammengenommen ermöglichen eine nicht bloß pazifistische Sympathie mit den antiimperialistischen Kämpfen der VietnamesInnen. Der Wunsch nach dem Ende des Vietnamkriegs war kein bedingungsloser, sondern verknüpft mit der Forderung nach Abzug der amerikanischen Okkupanten, ja in größeren Teilen sogar mit dem Wunsch nach militärischer Niederlage der US- Army ("Für den Sieg im Volkskrieg").

So unanwendbar diese Haltung gegenüber Hussein und dem Irak ist, so sehr muß sie doch als historisch richtig verteidigt werden. Seither hat sich einiges drastisch geändert:

- Der für viele (bei weitem nicht für alle) Völker und Befreiungsbewegungen mögliche Bezugspunkt Sowjetunion, und in geringem Maße China, ist weggefallen. Die Inanspruchnahme von Waffenlieferungen, dann die vorübergehende Stützung der Ökonomie, das Ausnutzen sich widersprechender Interessen der "Großmächte" entfällt heute.

- Die differenzierten Instrumentarien imperialistischer Politik, die stummen Mechanismen des Weltmarktes wie die beredten Diktate von Weltbank und IWF haben die Rückkehr von Staaten in die "one world" erzwungen. Genauer: Diese Faktoren, sie wurden früher unterschätzt, haben häufig in Kombination mit kriegerischen Auseinandersetzungen und Söldnerheeren und nationaler Konterrevolution, die den Aufbau einer einigermaßen funktionstüchtigen Ökonomie zu verhindern wußten, neokoloniale Situationen dort wiederhergestellt, wo einst ihre Überwindung möglich schien. Nicaragua ist das augenfälligste Beispiel dieser Entwicklung, weil dort die Mischung aus ökonomischen Sanktionen und Krieg einen Verlust an Zustimmung zur (wir vereinfachen:) antiimperialistischen Staatsführung, schließlich deren Ablösung gebracht hat. Was in Angola und Mozambique ohne formale Ablösung der Regierung der ehemaligen Befreiungsbewegungen als Rücknahme ehemaliger Zielsetzungen zugunsten imperialistischer Diktate gelaufen ist (laufen mußte?), ist die unerkannte Form weltweit restaurativer Tendenzen.

- Hierdurch geraten Befreiungsbewegungen, deren Ziele gerecht, deren Kampf unterstützenswert ist, mehr als je zuvor in die Situation, "aussichtslos" zu kämpfen. Man denke nur an die objektive "Einsamkeit" derer, die in El Salvador den bewaffneten Kampf führen. Das ist kein Argument gegen den bewaffneten Kampf in El Salvador, keines, nicht mehr für "Waffen für El Salvador" zu sammeln etc. Es ist nur die Erkenntnis einer gewaltigen Defensive, in die weltweit alles geraten ist, was den Imperialismus ernsthaft zu schwächen schien. (Und wer "nebenan" in Guatemalas Bergen sich mehr um sein/ihr nacktes Überleben sorgen muß als die relativ erfolgreichen KämpferInnen in El Salvador, dessen Einsamkeit ist verzweifelter.)

- Eine letzte Veränderung (oder ist es nur die Blamage einer trügerischen Hoffnung?): Befreiungskampf in der "Dritten Welt", wie er seine theoretische Begründung und praktische Führung gefunden hat durch Che Guevara, Ho Chi Minh, Amilcar Cabral oder Samora Michel (bei aller Unterschiedlichkeit dieser Persönlichkeiten), setzte immer auch auf nennenswerte Verbündete in den imperialistischen Metropolen. Auf ArbeiterInnenbewegung, DemokratInnen, Anti-ImperialistInnen, die in ihren Gesellschaften nicht marginal sein

würden, sondern gesellschaftlich relevante Kräfte, die die Ambitionen ihrer Herrschaft wenn nicht destruieren, so doch behindern könnten.

Die heute feststellbare Identifikation der subalternen Klassen mit "ihrem" Imperialismus, die staatstragende Rolle der "kritischen Intelligenz" in allen Metropolen hat diese Hoffnung blamiert. (...)

Der israelische Psychoanalytiker Aaron Ronald Bodenheimer hat die Ausweglosigkeit geschildert, die aus der realen materiellen Lage entspringt. Er zerstört die harmonistische Vorstellung, wonach im Nahen Osten Frieden und Wohlgefallen einkehren würde, wenn nur jedes Volk seinen Staat in gesicherten Grenzen zugestanden bekäme. Was er berichtet, ist uns kein Argument gegen staatliche Lösungen. Es ist Argument gegen die falsche Hoffnung, ohne grundlegende ökonomische Veränderungen gäbe es die Möglichkeit der "Befriedung von Krisenregionen". Bodenheimer beschreibt, "wie jener Riß mitten durch Palästina geht: Aufgerissen zwischen denen, die dort in Gaza und in der West-Bank etabliert leben, und jenen, die da selbst in Lagern vegetieren. (...) Festzustellen ist: Saddam Hussein redet nicht für die Etablierten, er gibt denen Stimme, die in Lagern nicht nur gegen Israel, sondern gegen die eigenen Leute, sofern sie dort verwurzelt sind, ihre bitteren Gefühle laut werden lassen. (...) Hier unten sieht das Problem tragisch unlösbar aus. So tragisch, daß weder Menschenliebe noch Logik hilft. Sie machen beide nicht satt und geben auch keine Hoffnung darauf, daß man satt wird. Saddam Hussein, er mag ein Mörder sein, spendet Hoffnung und repräsentiert sie überzeugend durch sein eigenes Wachstum aus hoffnungsloser Herkunft (...). Der Norden hätte schon ein Mittel an der Hand, welches zu erproben wäre und ihm zumindest Gelegenheit böte, seine Ernsthaftigkeit gegenüber dem Problem des täglich tiefer aufbrechenden Grabens zwischen den beiden Himmelsrichtungen zu belegen: Wenn seine Wirtschaftsorganisationen beschließen würden, den Rindfleischpreis ums Doppelte anzuheben, den Kaffeepreis ums Fünffache, den Gummipreis aufs Zehnfache zu erhöhen - und dafür besorgt zu sein, daß die Erträge auch gewiß den Produzenten zukommen - dann wäre der Grund gelegt zum Sitzen um den gemeinsamen Tisch. Vorher bleibt alles, was sich "Gespräch" nennt oder "Begegnung", eine traurige Farce."

Da der Norden zwar das "Mittel an der Hand" hat, es aber nicht "erproben" wird, sondern das Gegenteil veranstaltet, bleibt jede "Begegnung" (jeder Nord-Süd-Dialog) eine Farce. Mehr noch, solange wird denen der Jubel zuteil, die die Fähigkeit haben oder behaupten, denen, die nichts "erproben", wenigstens militärische Schläge zu versetzen. Sogar der Wunsch, sie mögen opferreich sein, wenn sie schon real die Macht der mächtigen Staaten des "Nordens" nicht tangieren, kann Gemeingut werden, wo die Hoffnungslosigkeit herrscht.

Das ist der reale Kern der Angst, die große Teile der Friedensbewegung so trefflich zu artikulieren verstehen. (...)

19. Universelle Zivilität gegen arabische Nation - Linkes Coming out für den Krieg (aus "Flugschrift", Radikale Linke)

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:33

Die Beiträge zum "Linken Coming out für den Krieg" und die "Kritik der Friedensbewegung" wurden von einer Redaktionsgruppe der Radikalen Linken (Thomas Ebermann, Jutta Ditfurth, Marianne von Ilten, Jan Kuhnert, Heiner Möller, Belinde Stieve, Rainer Trampert, Winfried Wolf, Manfred Zieran) erarbeitet. Die von uns gekürzten und mit Zwischenüberschriften versehenen Beiträge sind nur ein Auszug aus einer Stellungnahme zum Golfkrieg und der Diskussion der Linken, deren vollständige Veröffentlichung etwa zehn AK-Seiten füllen würde. Die Texte wurden in der Redaktionsgruppe nicht vollständig vereinheitlicht. "Daher versteht es sich von selbst", so die AutorInnen, "daß nicht jeder Gedanke von allen geteilt wird." Vollständig nachzulesen ist die Stellungnahme in der ersten Ausgabe der "Flugschrift" der Radikalen Linken, einer Zeitschrift mit Hintergrundbeiträgen für die linke Debatte, die künftig vierteljährlich erscheinen soll. Die Märzausgabe der "Flugschrift" bringt neben der Erklärung der Redaktionsgruppe weitere Beiträge von Manon Tuckfeld/Jens Christian Müller zur Welt-kriegs-ordnung, einen Artikel von Georg Fülberth zum imperialistischen Krieg sowie eine Recherche von Winfried Wolf über die Deutsche Giftgas-Connection: "Deutsche ‚Souveränität' über Massenvernichtungswaffen - Deutsches Gas, BND, Nazis und Bonn immer dabei".

Die Flugschrift kostet 4,- DM und kann über die Postanschrift der Radikalen Linken (Postlagernummer 59387, 2000 Hamburg 50) sowie in allen gutsortierten Buchläden erworben werden.

(...) Alle historischen Situationen sind verschieden, nur eines scheint sich zu wiederholen: Im Krieg ist die "Linke" dabei. Der Katalysator "Krieg" demoralisiert gesellschaftliche Opposition offenbar noch mehr als alle anderen Integrationsmechanismen, die der Kapitalismus anzubieten hat.

In der Stunde der Not konnte Preußen sich 1813/14 - im Krieg gegen Napoleon - der Unterstützung aller sozialen und politischen Gruppierungen sicher sein, egal, wie sehr Friedrich Engels später darüber fluchte. Der Erzfeind Frankreich war geboren und begleitete die Deutschen noch lange Zeit.

Liberale Bürger waren restlos begeistert, als Bismarck ihnen im Krieg gegen Frankreich 1871 die große Nation schenkte. Sie vergaßen das nicht und gingen fortan jedes Bündnis mit der preußischen Aristokratie ein.

Wir fanden keinen nennenswerten Widerstand gegen die imperialistischen Kolonialkriege aus wilhelminischer Zeit. Ermordet wurden halt "nur" Hottentotten.

Der große Arbeiterführer August Bebel bejahte um die Jahrhundertwende die Frage, ob er denn bereit sei, seine französischen Genossen zu erschießen, fügte aber hinzu, nur wenn ihm der Befehl dazu erteilt würde.

Unmittelbar nach der Kanonenbootpolitik in Marokko stand 1907 der Sozialdemokrat Noske nicht allein mit der Auffassung, "die Sozialdemokratie wolle keinesfalls die Disziplin im Heere untergraben, sie wolle Deutschland möglichst wehrhaft sehen und sie werde im Kriegsfalle das Gewehr auf den Buckel nehmen" (Illustrierte Geschichte der dt. Rev.).

Wer sich als GegnerIn von imperialistischen Kriegen in eine sozialistische Tradition begeben möchte, muß sich 1914 schon auf eine winzige Sekte um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht herum berufen. Die "linke" Masse folgte dem Ruf der Sozialdemokratie: "Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben ist, die vaterlandslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen." (ebd.).

Wir wollen keinen historischen Vergleich ziehen, weil uns die Unvergleichbarkeit ganz gut bekannt ist. Wir wollen nur an einem Beispiel den Gestus von Linken nebeneinanderstellen, den der Sozialdemokraten von 1914 und den von Hermann L. Gremliza heute, einer, der zu denen gehört, die erst später auf den Kriegszug sprangen.

Die Sozialdemokraten sagten, sie hätten den Krieg nicht gewollt, aber: "Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges ... (und trotz der) Schrecknisse und ... Verheerungen des Krieges" sei man für ihn. Auch

Gremliza wollte den Krieg nicht und sagt: "daß also das Schreckliche, das jetzt geschieht, das jetzt Richtige ist ..."

Die Sozialdemokraten: "Deshalb verteidigen wir in diesem Augenblick alles ... gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind." Sie propagierten gern, daß Russen deutsche Familien bedrohten. Gremliza erkennt, "daß die Partei der Dritten Welt dabei von einem blutigen Diktator vertreten wird", überhaupt sei damit zu rechnen: "heute ein Giftgasanschlag auf einen Kinderhort in Frankfurt, morgen eine Bombe im Atomreaktor von Stade." Wer mag schon ermessen, ob der russische oder der irakische Despotismus grausamer war. Worauf es im Krieg ankommt, ist, daß der Feind ein Barbar ist, der damals deutsche Frauen vergewaltigen würde und heute vorzugsweise Kinder in Frankfurt ermorden will.

Der nächste Gestus heißt: Aber wir bleiben sauber. Die Sozialdemokraten 1914: "Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab." Gremliza ist der Meinung, dieser richtige Krieg "rechtfertigt nicht die Politik und die Politiker, die diese Lage geschaffen haben." Übereinstimmend wollen beide nach Ablauf des Burgfriedens wieder richtig loslegen. Die Sozialdemokraten: "Sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist", hoffe man Millionen "für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens" zu gewinnen. Heute geht es nicht um Millionen, sondern um bescheidenere Drohungen. Gremliza antwortet jenen, die ihn wegen seiner Israel-Kritik einen Antisemiten gescholten hatten: "Aber keine Angst, Henryk (Broder): Ist die aktuelle Gefahr für Israel abgewendet und Saddam seiner deutschen Chemie entwaffnet, wird man mich als den virulenten Antisemiten wiedererkennen, als den mich die Philosemiten Gerhard Löwenthal und Kurt Ziesel schon immer geschätzt haben." (alle Zitate aus "Illustrierte Geschichte ..." und Konkret 3/91).

Die Ankündigungen erleichtern allenfalls das eigene Gewissen, das Ziel verfehlen sie. Wir glauben Hermann L. Gremliza aufs Wort. Nach der Zeit des Burgfriedens mit Bild, Kohl, Generälen, US-Imperialismus, Israel, Löwenthal wird er die beschimpfen wie ein Rohrspatz. Darauf kommt es an. Eine Demokratie braucht ihre Kritiker, die in der Stunde des Krieges ihre Kritik auch mal Kritik sein lassen und die für die Kriegsmobilisierung auch mal propagandistisch einen Kinderhort in Frankfurt hochgehen lassen.

In der Vorbereitung des 2. Weltkrieges wurde dann die Opposition, soweit sie nicht rechtzeitig auf die Seite der Nazis gewechselt war, geschlachtet. Bei den Überlebenden und jenen Neugeborenen, die die Zerschlagung des Hitlerfaschismus - gegen den Trend - als Sieg empfunden hatten, hatten sich die Grausamkeiten des Faschismus und des 2. Weltkrieges derart eingegraben, daß Bewegungen gegen die Wiederbewaffnung, den Atomtod, den Vietnam-Krieg die größten wurden, wenngleich sie gesellschaftlich arg in der Minderheit waren. In diesen Bewegungen waren "Deutschland" oder der Imperialismus als Täter identifiziert. Auch spätere Bewegungen gegen AKWs oder Startbahn-West wußten noch, wo die Gegner sind.

Das sollte sich schlagartig in der Friedensbewegung Anfang 1980 ändern. Die Masse dieser Bewegung, einschließlich Pazifisten, Sozialdemokraten, DKP und Grüne entdeckten Deutschland als Opfer einer feindlichen Welt, die von den Supermächten angeführt werde. Aus Angst um den deutschen Menschen und deutsche Denkmäler vermuteten sie gedemütigt, sie lebten gar in einer "Bananenrepublik". Daß der BRD-Kapitalismus die Raketen in seine Strategie eingeplant hatte, den "Osten" niederzuwerfen, spielte keine Rolle mehr. Man durfte schon einmal mit Oskar Lafontaine von einem großen, starken Deutschland träumen, das es den Besatzern richtig zeigen würde, natürlich eingebunden in ein starkes Europa. Dem Bild von der fremdbestimmten Schmach entsprach der Wunsch nach einem starken Deutschland. Der Wunsch, die "Last" der Vergangenheit abzuschütteln, wurde immer evidenter. Er brach dann bei den assimilierten Linken in der Stunde der deutschen Reichsgründung voll durch. Ohne eine Ahnung von dem Golf- Krieg haben zu können, sprachen Antje Vollmer und viele andere TAZ-Kommentatoren davon, daß Deutschland Verantwortung in der Welt übernehmen müsse. Hier schließt sich der Krieg im Namen der Weltverantwortung nahtlos an. (...)

"Diesen Krieg können nur Nazis oder Psychopathen ablehnen"

Die härteste Verdächtigung lautet: Die Kritiker (des Golfkriegs - Anm. ak) sind die Nazis. Die Friedensbewegung vor Augen sagte Pohrt: "Da braucht man Trost, und den findet man bei der Vorstellung, daß der Staat die vielen weißen Friedenstücher als Kapitulationserklärung anderer Art begreifen und darin eine Einladung sehen werde, das ganze Pack hinter Gitter zu verfrachten." (Konkret 3/91). Pohrt weiter: "Man braucht keine Phantasie mehr, um sich die Antiimps oder die Autonomen als Volkssturmabteilungen der Hitlerjugend oder als Verbände der Aktion Werwolf vorzustellen." Weshalb braucht man dazu keine Phantasie

mehr? Pohrts Antwort: "Frage mich keiner, wie es dazu kam. Ich stehe selber vor einem Rätsel und kann nur feststellen, daß es so ist: Seit der Geist ihrer Ahnen in die Deutschen fuhr ..." Wer die Welt auf den Kopf stellt und sich nur noch von Nazis umgeben sieht, muß Schutz beim Staat anfordern, der eine starke Führung braucht, um dieses "Pack" hinter Gitter zu bringen. Ein längerer Exkurs über die Suggestionsbemühungen, die auf der Ebene eines provinziellen Sektenführers angesiedelt sind, lohnt nicht: Ich aber sage euch, der Geist der Ahnen kam über sie, wir wissen es alle, frage uns keiner, wie es dazu kam. Wir leben in einer Zeit, in der "Linke" nichts mehr beweisen müssen, wenn sie die Seite wechseln. Wer sich dann an der Seite der "Bild"-Zeitung besser aufgehoben fühlt (Pohrt: "Die besten Kommentare findet man in Bild") neigt offenbar dazu, die verbliebenen Linken, die ihn an seine Vergangenheit erinnern könnten, hinter Gitter zu wünschen, um sein Schuldgefühl zu beseitigen. Frage uns keiner, wie es dazu kam.

Pohrt ist zwar der Durchgeknallteste, steht aber mit seinen bodenlosen Behauptungen nicht allein. Die "TAZ": "Hitlers Vernichtungswut und der Pazifismus ... haben mehr Menschenleben gekostet als alle vorigen Kriege zusammen. Doch die Vernichtungswütigen und die Nullen sterben nicht aus." (Friedrich in TAZ vom 2.2.91). Wieviele Morde haben die Pazifisten auf dem Gewissen? Waren jene Jüdinnen und Juden, die sich nicht wehrten, die größten "Nullen"? Sollen sie endlich aussterben? Wir erinnern uns noch gut, wie die TAZ ihren Koalitionsgegner Heiner Geißler beschimpfte, als der zum erstenmal die These wagte, nicht der Hitlerfaschismus, sondern die Pazifisten seien die Schuldigen. Wie tief müssen jene TAZ-Kommentatoren inzwischen im moralischen Morast stecken, die heute Pazifisten der Mittäterschaft verdächtigen und selber jede Waffenpause am Golf ablehnen, weil es nicht das geringste Anzeichen gäbe, "daß Hussein die Waffenpause nicht nutzen wird, um seine Waffen ininstandzusetzen" (Hartung in TAZ 29.1.90)? Ihre Logik verlangt Tote in Massen, ohne Pause, in der vielleicht Verletzte gepflegt und Seuchen verhindert werden könnten. Diejenigen, die das wollen, sind dieselben, die einen Steinwurf von Autonomen als mangelnde Dialogbereitschaft anprangerten. Nachdem vom Irak nichts mehr übrig sein wird, werden sie sich wieder uns widmen und fragen, wie weit wir inzwischen mit der Klärung unserer Gewaltfrage gekommen sind. Der Widerspruch ist nur ein scheinbarer. Wer den imperialistischen Krieg und seinen totalen Sieg sehen will, braucht Ruhe an der Heimatfront.

Noch verbreiteter ist der Versuch, akribisch nachzuweisen, daß nur Psychopathen gegen den Krieg sein können. Pohrt unterstellt der Friedensbewegung, "es dem Weltpolizisten USA zu verübeln, daß er ihren Eltern per Krieg das friedliche Massenmorden in Auschwitz ausgetrieben hat" (Konkret 3/91). Weil die Friedenskids mit dieser Neurose herumlaufen "sehnen (sie) den Untergang des Staates (Israel) herbei, mit dem die Araber, aber nicht die Landsleute leben können, weil seine Existenz an ihre ungesühnten Verbrechen erinnert." (ebd.). In derselben Konkret-Ausgabe kam Wolfgang Schneider nach ausführlicher Neurosenforschung ebenso zu dem Ergebnis: Die Deutschen "wähnen, der Schlag, zu dem Amerikaner, Briten und Franzosen am 17. Januar gegen den Irak ausholten, gelte in Wahrheit ihnen", denn der Antiamerikanismus speise sich daraus, daß die Ausrottung der Juden durch die "Eltern und Großeltern der heutigen Anti-Kriegsdemonstranten durch das militärische Eingreifen der Alliierten unterbrochen worden war."

Gutwillig interpretiert haben die Scud-Raketen auf Israel bei diesen Publizisten jede Wahrnehmung zerstört. Da läuft im Bonner Hofgarten eine vom Geist der Ahnen reinkarnierte teuflische Masse herum, die nur an eines zu denken vermag: Wann endlich sind die Jüdinnen und Juden vernichtet, damit wir von unserer plagenden Neurose befreit sind. Ein Gegenbeweis verbietet sich, weil er den einen Wahn mit dem nächsten Wahn beantworten müßte, nämlich in Einzelgesprächen nachzuweisen, welche DemonstrantInnen keine Juden vernichten wollen. In unseren Gesprächen entstand bisher der Eindruck, daß junge Friedensbewegte eher ein zu laxes Verhältnis zu der deutschen Vergangenheit haben als ständig von der Sühne verfolgt zu sein. Und das "deutsche Volk" ruft nachweislich mit der Bild-Zeitung und der TAZ überwiegend nach der restlosen Vernichtung des Barbaren Hussein und aller islamisierter "Unterwesen", die ihm zujubeln.

Die völlige Verdrehung aller Wirklichkeit muß zu den schon bekannten Ergebnissen kommen: Die imperialistische Unterjochung im Sinne der One-world- Ideologie ist eine Befreiungstat. Zwischen der notwendigen Zerschlagung des Nationalsozialismus und allen folgenden imperialistischen Kriegen gegen die arme Welt existiert kein Unterschied. Irakische Tote sind gute Tote. Desweiteren gilt nur noch der Vergleich der Volksgemeinschaften Amerika und Deutschland, als gebe es nicht in diesen Ländern Klassen und extrem unterschiedliche Auffassungen. So wird die deutsche Anti- Kriegs-Bewegung diffamiert, weil sie dem deutschen Gemeinschaftszweck nicht gehorcht und gleichzeitig wird nicht zur Kenntnis genommen, daß in San

Francisco Zigtausende gegen den Krieg auf der Straße waren. Die Konfusion ist derart groß, daß behauptet wird, an der Parole "Kein Blut für Öl" sei zu erkennen, wie sehr die Friedensbewegung in der Nazitradition stünde, obwohl die Parole von der amerikanischen Friedensbewegung übernommen wurde. Die aufklärerische Wirkung der sozialpsychologischen Forschung in diesem Bereich wird von den "linken" Kriegstreibern zu "Jedermannsbehauptungen" herabgewirtschaftet. Nichts muß belegt werden, die unterstellte Neurose genügt. Wir wissen doch, daß die verrückt sind. (...)

"Linke" Verteidiger der "Zivilisation"

Eine Woche nach der Besetzung Kuwaits ließ die TAZ diskutieren, wie die Zusammenrottung der Araber am besten zu verhindern sei. Christian Semler bangte: "Das Fatale ist nur, daß die amerikanischen Truppen in Saudi-Arabien dem irakischen Tyrannen eine Massenunterstützung in den arabischen Ländern verschafft ..." (TAZ 11.8.90). Auch Bernd Ulrich (Grüner Aufbruch) wollte nicht "mit bloß hehren Argumenten pazifistischer Unschuld über die Anforderungen an eine (deutsche) Weltmacht hinweggehen", war aber der Meinung, "eine westliche militärische Intervention (sei) kurzfristig zweifelhaft, mittelfristig fatal", weil man es da unten mit "arabischem Nationalstolz und islamischem Glauben" (ebd.) zu tun habe, und: "Je mehr der Westen militärisch eingreift, desto stärker wird der panarabische und der panislamische Gegenreflex sein". Deshalb wollte er "das zivile Mittel der ökonomischen Macht" vorziehen, wohlwissend: "Ein Wirtschaftsboykott wird uns wehtun. Das müssen wir in Kauf nehmen." Wenn die "Welt" sich gegen die zusammenschließt, ist das selbstverständlich, wenn die sich zusammenschließen gegen "uns", ist das ein gefährlicher Gegenreflex. Er will die da unten zivil aushungern, hat dabei aber nur im Kopf, daß deren Aushungerung "uns" wehtun würde. Das will er aber großzügig in Kauf nehmen, weil es ihm schon darum geht, die da unten verhungern zu lassen. Diese Schwachstelle nutzte Joschka Fischer schamlos aus. Er antwortete ihm: "Auch mit der Wirtschaftsblockade drehst du ihm sanft und gewaltfrei die Luft ab" (TAZ 30.8.90). Dann lieber gleich Krieg. Was soll das langsame Sterben? Udo Knapp pflichtete Ulrich allerdings in diesem Punkt bei: Es sei "nicht von der Hand zu weisen", daß "alle Fundamentalisten Arabiens in einen Schützengraben gegen den Rest der Welt" gingen. Er fand aber, dies sei "im Kern" nur "ein Hilfsargument, um der neuen Weltfriedensverantwortung Deutschlands am Ende doch auszuweichen." (TAZ 11.8.90). Denn eines müsse klar sein: "Die Internationalisierung des Konflikts ist ... ein Muß". Es sollte sich "eine internationale Weltpolizei etablieren" und auch "deutsche Truppen (müssen) Demokratie und Zivilisa- tion durchsetzen" (FR 2.2.91).

Wir befinden uns jetzt in einer neuen Dimension der Kriegsbegründung. Während der Krieg für das "Völkerrecht" noch so ausgelegt werden könnte, er solle nur okkupierende Staaten an ihrem Tun hindern, will Knapp den Krieg, um überall da auf der Welt, wo andere Kulturen ein anderes Miteinander hervorgebracht haben, "unsere" Demokratie und "unsere" Zivilisation mit deutschen Truppen durchzusetzen. Hier soll sich das deutsche Wesen, an dem die Welt genesen werde, ausdehnen. Nebenbei sei angemerkt, daß dieser Gedanke rein gar nichts mehr mit der Bedrohung Israels zu tun hat. (...)

Die Gegenüberstellung von zivilisatorischem und "nichtzivilisiertem" Handeln geschieht regelmäßig so, daß die weiße Kultur jeweils von ihrer grausamen Geschichte befreit wird und die "Unkultur" ohne die Berührung mit ihr interpretiert wird. Wer die Hinwendung zur Religion oder die Bejubelung Saddams als den "Befreier" ohne die eine Million Opfer in Algerien durch die "weißen" Truppen Frankreichs, ohne den "weißen" Despoten in "Persien", ohne die demütigende und mörderische Vorherrschaft der Kolonialmächte, die sich ihre Feudalherrscher heranzogen, ohne die Willkür, mit der sie in der Golf-Region ihre Provinzen einrichteten usw. betrachtet, landet bei der "Mentalität" als Ursache und erhebt sich als universelles Wesen über sie. Wird die "eigene" Geschichte ernsthaft betrachtet - und nicht nur durch die Brille, daß aus ihr Fernseher und Parlamente hervorgegangen sind - und begriffen, daß parlamentarisch verwalteter relativer Wohlstand von der Unterjochung anderer abhängt und beachtet, wie oft Bush sich auf Gott beruft und Kirchenklinken putzt, muß mensch aus wohlerwogenen Gründen den iranischen Fundamentalismus noch immer nicht mögen, hat aber auch keinen Anlaß, überheblich zu sein.

Solche Überzeugungen werden jene kaum noch erreichen können, die aus einer Identifikation mit der materiellen Basis der "Wohlstandsgesellschaft" (Citoyen 2000) die wehrhafte Zivilität verlangen. Zweifellos würde in der Zivilität einiges anders werden, wenn arabische Menschen ihre Regime stürzen könnten und ein bewußtes Tauschverhältnis mit anderen armen Regionen der Welt eingingen, auch unter Verzicht auf einen Teil der Grundrente. Wen die Angst, daß solches passieren könnte, unterschwellig plagt, der wird immer wieder Krieg gegen diese "Rassen" fordern. (...)

20. Kriegsende. Vorkriegszeit. - Aufruf zum Antikriegsrat am 23. März

Rubrik: Golfkrieg; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:38

Die Nachkriegspolitik in der Golfregion ist nicht nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das Kriegsende markiert zugleich den Beginn der neuen Vorkriegszeit. Denn aus der Sicht des Imperialismus war dieser Krieg mit seinen über 150.000 Toten viel zu perfekt gelungen, als daß er nicht zur Nachahmung reizt.

In einem Punkt wird sich der kommende Krieg vom Golfkrieg allerdings unterscheiden: Deutsche Soldaten werden dabei sein.

Im öffentlichen Bewußtsein, in der Verfassung und in der Bundeswehrplanung wird derzeit die weltweite Präsenz und der "angemessene" Kriegseinsatz der Bundeswehr als neues deutsches Selbstverständnis festgeschrieben.

Innenpolitisch hat hierfür nichts nachhaltiger den Boden bereiten können als das Massaker am Golf. Es brauchte kein deutscher Soldat zu schießen oder erschossen zu werden, um die anfängliche massenhafte Kriegsablehnung in eine ebenso massenhafte Kriegsbefürwortung und Zustimmung zum Bundeswehreinsatz an der irakischen Grenze zu wenden. Nach den ersten Kriegswochen glaubte der Bundespräsident dann das Gewissen derer beruhigen zu müssen, die wegen der deutschen militärischen "Zurückhaltung" um ihren Schlaf gebracht waren.

Mit vorauseilendem Gehorsam waren insbesondere ganze Sektoren "linker Intelligenz" zur Fahne geeilt. In den Chefkommentaren der taz und Beiträgen der "links" wurde die permanente Bombardierung des Irak jeder Waffenpause vorgezogen, in der "Kommune" in Anbetracht der fundamentalistischen Bedrohung zur "wehrhaften Zivilität" aufgerufen und in KONKRET die Bundeswehr wegen "Feigheit" verspottet.

Die spontane Antikriegsbewegung hatte mit jener Entwicklung nur insofern Schritt gehalten, als sie sich ebenso schnell verkleinerte, wie sich Deutschlands Kriegsbeitrag vergrößerte. Die Angst deutscher Friedensbewegter vor dem, was in diesem Krieg ihnen passieren könnte, war widerlegt, als sich das Massensterben am Golf als ein regional begrenztes erwies. In der Furcht um den eigenen Nachteil und den Nachteil der eigenen Nation ist die Kapitulation vor einer Kriegspropaganda bereits angelegt, die spätestens dann perfekt sein wird, wenn auch deutsches Blut fließen und von der Nation betrauerte Soldaten demnächst in schwarz-rot-golden betuchten Särgen ihre Heimreise antreten werden.

Die Prognose einer künftigen imperialistischen Kriegspolitik und die Erkenntnis über die tiefdeutsche Ausrichtung der Friedensbewegung machen es aus unserer Sicht notwendig, die Golfaktivitäten der letzten Wochen zu bilanzieren und über den Aufbau eines antiimperialistischen Antikriegsflügels zu beraten.

Darüberhinaus sind im Kontext des Golfkriegs auch in der radikalen Linken viele Unsicherheiten aufgebrochen, die der weiteren Auseinandersetzung bedürfen:

1. Die Imperialismusfrage: Was ist eigentlich neu an jener "neuen Weltordnung"? Welche Bedeutung haben die zwischenimperialistischen Widersprüche, welche besonderen Ziele und Interessen kennzeichnen die Politik der BRD?

2. Die arabische Frage: Wie gehen wir um mit der Tatsache, daß im arabischen Lager der Feind der USA nicht unser Freund sein kann, sondern ebenfalls bekämpft gehört? Wie bewerten wir die Massenbewegungen zur Unterstützung des irakischen Diktators?

3. Die deutsch-jüdische Frage und Israel: Wenn auch unsererseits jede deutsche Kriegsbeteiligung zurückzuweisen ist, selbst wo dafür mit der "Bedrohung Israels" argumentiert wird, bleibt doch die Frage: Können wir mit einer einseitig antiimperialistischen Betrachtung (unter Ausklammerung der Tatsache, daß die Gründung Israels ohne den deutschen Holocaust undenkbar ist) dem besonderen Charakter des Staates Israel Rechnung tragen?

4. Die linken Kriegsunterstützer - Einzelphänomene oder erneuter linker Schub ins vaterländische Lager?

5. Die Friedensbewegung und die Notwendigkeit einer antiimperialistischen Antikriegsbewegung.

6. Koordinations- und Aktionsberatung.

Wir schlagen vor, über diese Punkte im Rahmen einer Plenarversammlung und auf Basis vorbereiteter Einstiegsbeiträge zu beraten.

Infos zum Antikriegsrat

Veranstalter: Radikale Linke

Beginn: Samstag, 23. März, 13.00 Uhr

Ort: Jugendzentrum Sülzburgerstr. 112-118 in Köln-Sülz (Straßenbahn bis: Luxemburgerstr./Sülzburgerstr.)

Kontakt und Infos: Geli c/o SoZ, Aquinostr. 7-11, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/730365

Am Sonntag, 24. März, sollen die weiteren Projekte und die Arbeitsweise der Radikalen Linken beraten werden.

Eine rechtzeitige Anmeldung ist unbedingt erforderlich!

21. Antisemitismus und Antizionismus. Kritik autonomer Positionen (aus "Flugschrift", Radikale Linke)

Kritik autonomer Positionen sagen?

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Autonome; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:44

Historisch speiste sich unsere Ablehnung der israelischen Politik aus dem internationalistischen Motiv der Unterstützung der Befreiungskämpfe in den sechziger und siebziger Jahren. Israels Eroberungskrieg 1967 sowie der Vietnamkrieg waren dafür prägend. Dieser Antiimperialismus war gut, meistens stand die Linke damit auf der richtigen Seite. Aber er war in der Analyse damals schon unzureichend, was die Einschätzung des Charakters der nationalen Befreiungsbewegungen betrifft. Immerhin hat es in den siebziger Jahren Unterstützung für Pol Pots als "Befreiung" betriebenen Massenmord an Kambodschanern gegeben, gab es Unterstützung für so reaktionäre Bewegungen wie die Unita in Angola. Nicht wenige von den damaligen Unterstützern begegnen uns heute als gewandelte, meist grüne, "Freunde Israels".

Vor allem die Palästina-Solidarität der siebziger Jahre suchte häufig zu stark einseitige Lösungen, kritisierte zu wenig oder gar nicht Antisemitismus und Vernichtungsziele ("Die Juden ins Meer treiben") und mißachtete die besondere Rolle Israels. Die notwendige linke Kritik des Zionismus, der die Vertreibung der Araber impliziert, rassistisch ist und neokoloniale Unterdrückung der PalästinenserInnen bedingt, die Ablehnung seiner Politik als die derzeit herrschende Israels hat aber auch einen Antizionismus hervorgebracht, der durchaus leichtfertig die Befreiungsperspektive für die Araber mit der Zerschlagung Israels (das als Klassengesellschaft trotz innergesellschaftlicher Differenzen und wegen des Holocaust immer wieder starke innere Identitäten produzierte) verband. Nicht selten wurden Charakterisierungen israelischer Politik ("faschistisch, Palästinenser-KZs, Endlösung der Palästina-Frage" etc.) benutzt, die unzulässig nationalsozialistische Analogien herstellen, die nicht nur theoretisch falsch sind, sondern gerade in der Bundesrepublik den Verdacht nähren müssen, daß mit der Israel-Kritik auch deutsche Vergangenheitsbewältigung stattfindet. Die Diskussionen um linken Antisemitismus haben also ihren richtigen Kern.

Heute transportieren vor allem autonome Kreise und Antiimpis ein allzu einfaches Weltbild, in dem die Besonderheit Israels nicht auftaucht und der Kampf der Unterdrückten heroisiert wird. Daß "Antisemitismus und Antizionismus nichts miteinander zu tun haben, sich sogar gegenseitig ausschließen", will die Autonome Nahostgruppe Hamburg bewiesen haben (1). Daß der Antizionismus seine Unschuld längst schon in diversen rechten und linken Kampagnen in der Geschichte verloren hat, weil er allzu oft allzu durchsichtig nur ein Synonym für Antisemitismus war, ist den VerfasserInnen offenkundig entgangen. Deswegen tun sie sich auch leicht mit der objektivierenden Feststellung, der Zionismus sei nicht nur der Feind der Palästinenser, sondern "auch der Feind der jüdischen Massen, auch wenn sich die Mehrheit bis heute nicht vom Zionismus getrennt hat", um daraus unter Berufung auf Karl Marx und Rosa Luxemburg zu schlußfolgern: "daß die ‚Judenfrage` nur im revolutionären Sinne wirklich beantwortet werden kann". Nach dem Holocaust ist ein solcher Satz unverantwortlich, zynisch oder einfach nur dumm. Daß die Faschisten die "Judenfrage" in Deutschland und Teilen Europas "gelöst" haben, scheint ihnen entgangen zu sein. Wer sie bei uns im Marxschen Sinne lösen will, muß dies heute weitgehend ohne Juden tun.

Die Geschichte des jüdischen Staates wird bei den oben zitierten Stimmen ausschließlich zu einer von "Vernichtung und Vertreibung", die Auswanderung sowjetischer Juden vor dem Hintergrund zunehmenden Antisemitismus allein als "von den Zionisten initiierte Einwanderung" denunziert (Flugblatt Hamburger antiimperialistischer Gruppen) (2). Da das eine akute Unrecht - Vertreibung der Palästinenser - mit dem anderen - Antisemitismus und Holocaust - nichts zu tun habe, wird einer einseitigen Lösung des Konflikts - weg mit Israel - aus dieser Sicht das Wort geredet.

Der "rohe" Antiimperialismus knüpft am berechtigten Motiv der Solidarität mit den Getretenen und Geknechteten an (Intifada), reflektiert aber nicht mehr Bedingungen und Veränderungen des Widerstands, so daß Verzweiflung, Chancen- und Aussichtslosigkeit der Ausbruchsversuche wie eine ungebrochene Befreiungsperspektive erscheinen. Die Nullperspektive der Palästinenser, die aus Ohnmacht und

Rachegefühlen resultierende Unterstützung der palästinensischen Massen für Saddam wird nicht aus der Lage und kräftemäßigen Konstellation erklärt, sondern ihr einfach ein fortschrittliches Ziel angehängt. Der bedingte Nachvollzug des Pro-Saddam-Kurses durch die PLO wird nicht mehr politisch kritisiert. Aus dieser Lage resultierende arabisch-nationalistische und religiöse Verirrungen werden ebenso "übersehen" oder heruntergespielt, wie der gestiegene Antisemitismus.

Alles, was gegen den Imperialismus ist, wird für antiimperialistisch erklärt. Das führt dann zu Sichtweisen wie im Aufruf zur Hafenstraßendemo am 9.2.91: "Wir wissen selber - und die Menschen dort in der Region sicher besser als jede/r hier, daß das irakische Regime nicht das ist, wofür es sich ausgibt. Dafür spricht seine Vergangenheit eine allzu blutige und grausame Sprache. Aber es formuliert die Interessen vieler Menschen in der Region.

" In dem Sinne wird die Unterstützung für Saddam gerecht. In der Regel ist es die Überhöhung des "Volks" als gut und gerecht, die zur kritiklosen Soliarbeit führt; nicht die (mögliche) Richtung der Befreiung wird so zum überragenden politischen Kriterium, als wenn Volkskämpfe nicht auch grausam in der Sackgasse enden können. D.h.: selbst wenn Saddam Hussein die Interessen der Palästinenser nach einem eigenen Staat für seine Ziele funktionalisiert, so müssen wir doch sagen und sehen, daß im Bündnis mit ihm kein Vorankommen sein kann. Ein Blick auf die Behandlung der irakischen Kurden müßte für diese Feststellung genügen.

Die kommunistischen und sozialrevolutionären Strömungen der PLO sind fast alle Entwicklungen, die sich aus der aussichtslosen Lage der PalästinenserInnen ergeben, politisch mitgegangen und man muß befürchten, daß die künftige eine fundamentalistisch-religiöse sein wird. Die Identifizierung von Volk mit Staat und Nationalismus läßt keine fortschrittliche Entwicklung erkennen. Eine internationalistische, Nationalitäten und den Staat überwindende Perspektive verschwindet, muß aber für uns als Utopie erhalten bleiben.

aus: Redaktionsgruppe der Radikalen Linken, in: Flugschrift, März 1991, S. 9

Anmerkungen:

1) Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld, herausgegeben von der Autonomen Nahostgruppe Hamburg und der Gruppe Arbeiterpolitik, April 1989

2) Gegen den imperialistischen Krieg am Golf! Solidarität mit dem palästinensischen Volksaufstand, Aufruf Hamburger antiimperialistischer Gruppen zur Demonstration am 8.12.90

22. Nazis - Bullen - Enten. Nazis und der Golfkrieg, Teil 2

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Golfkrieg; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:23

Die antisemitischen Mannen vom sogenannten "Freiheitskorps" des NS'ler Michael Kühnen werden sich aller Voraussicht nach nicht mit den Kriegern Saddam Husseins im irakischen Wüstensand zusammenfinden. Von der Ankündigung, eine Truppe von 500 Nazifreiwilligen dort in den "antiimperialistischen" Kampf zu werfen, blieb vorderhand erstmal nicht mehr als viel Getön übrig. Kühnen selbst hatte schon frühzeitig eine Rückzugslinie aufgebaut, indem er das Unternehmen mehr im Bereich der "propagandistischen Unterstützung" angesiedelt wissen wollte (s. AK 327, "Nazi-Saddam- Connection"). Sein "engster Vertrauter", Heinz Reisz aus Langen bei Frankfurt, hingegen meinte, es sei besser als "Freiheitskorps" an die Front im Irak zu gehen, als Bomben in Deutschland zu werfen ... (s. "Blick nach rechts", 5/91).

Ob diese Bande sich wirklich im Wortsinne "in die Schußlinie" bringen mochte, muß für viele der Neonazis bezweifelt werden, konnten sie doch gerade in den letzten Monaten Hunderte von jüdischen Gräbern schänden, Asylsuchende attackieren oder Mahnwachen von Kriegsgegnern angreifen, ohne daß die Behörden ihnen groß zusetzten!

Nach den Sympathiekundgebungen von Neonazis für Saddam Hussein ließ Mitte Februar das hessische Landeskriminalamt mehrere Wohnungen von NS'lern im Rhein-Main-Gebiet nach Materialien für eventuelle Anschläge auf Einrichtungen oder Vertreter der USA und Israels durchsuchen. Es fand jedoch weder in Maintal-Bischofsheim noch in Rüsselsheim und in Wiesbaden Gegenstände die "in unmittelbarem Zusammenhang mit Vorbereitungen für Anschläge stehen" (so die Polizei laut FR vom 14.2.91).

"Enten" und Nebel

Zwei Wochen später und vier Wochen nach einem Filmbericht des Hessischen Rundfunks über die Irakpläne von Kühnen und Co. (s. AK 327) erklärte dann der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer/ SPD das ganze Unternehmen "Freiheitskorps" für eine "Ente"! Ende Februar teilte er dem hessischen Innenminister (CDU) mit, eine mit 4.000-5.000 DM bezahlte "Inszenierung" von zwei HR-JournalistInnen hätte erst jene "gewünschten" Haltungen der Nazis für Saddam Hussein hervorgebracht! Gemmer stützt sich auf vier beamtete Beobachter, die an jenem Abend von Nazis einige Worte aufgeschnappt und irgendwelches Geld gesehen haben wollten und dann "kombinierten": der HR hat sich eine "Schau bestellt".

Die HR-Leute versichern glaubwürdig, sie hätten lediglich 300,- DM an einen freien Mitarbeiter sowie für die Anreise dreier Nazi-Interviewpartner aus der Ex-DDR gezahlt. Sogar der Innenminister zieht in dieser Angelegenheit nicht mit dem Polizeichef an einem Strang, und so verbleibt ihm nur die Solidarität der "Jungen Union Hessen", die dem von ihr ungeliebten HR weiterhin "Scheckbuchjournalismus" vorwirft.

Da Gemmer bislang keinen Rückzieher machte, wird es möglicherweise zu einer Klage seitens der HR-Redakteure kommen.

Bei all diesen Streitigkeiten blieben - fast wie auf Wunsch - weitere Erkenntnisse und Ahndungen auf der Strecke. Immerhin trommelten Kühnen-Anhänger monatelang für ihr Vorhaben und es wurden nicht einmal auch nur Verdächtigungen geäußert, die nach Tatbeständen einer "Terroristischen Vereinigung" oder des "Werbens für eine fremde Armee" klangen.

Das ist dieselbe kalt-braune Art, die Behörden darüber hinwegsehen läßt, wenn deutsche Industrielle Giftgas an Judenhasser liefern.

Ein Antifagenosse aus Frankfurt

23. Die anti-deutsche Orientierung in der (Golf-) Krise

Rubrik: Golfkrieg; Radikale Linke; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:50

Die im letzten Jahr um die "Radikale Linke" herum aufgebaute "Nie wieder Deutschland"-Orientierung wurde im Golfkrieg fast völlig aufgerieben: Während die einen - beispielsweise Teile der "konkret" - auf den Spuren Biermanns zum anti-irakischen Feldzug aufriefen, fanden sich andere - so Teile der AK- und SOZ-Redaktion - in der anti-israelischen Attitüde Ströbeles wieder. Die notwendige anti-deutsche Ausrichtung, die in beiden Fällen gefehlt hat, wäre dabei so einfach gewesen: Günter Grass hat es im wesentlichen vorgemacht.

Die Position von Grass

"Der Hauptfeind steht im eigenen Land" - diese antiimperialistische Selbstverständlichkeit, die in der hiesigen Linken leider nie selbstverständlich war, wird von Grass vor dem Hintergrund der Kontinuität deutsch-nationaler Geschichte weiter radikalisiert: "Und bevor wir anfangen Urteile abzugeben über das Verhalten anderer Länder, z.B. der USA oder Israels oder der Türkei, muß für mich das gravierende Verbrechen Gewicht haben, das wieder einmal von Deutschland ausging. Es sind von hier Waffen geliefert worden, weit über die "üblichen" konventionellen Systeme hinaus, die auch aus anderen Ländern geliefert worden sind. Die Möglichkeit des Irak, unter anderem Israel mit Giftwaffen und bakteriologischen Waffen zu bedrohen, ist ohne deutsche Zulieferung nicht denkbar. (...) Wir haben über 45 Jahre Nachkriegszeit hinter uns mit der Last deutscher Vergangenheit, mit Auschwitz und den Folgen. Nach dem Krieg sind zwei Generationen herangewachsen, die nicht zu den Tätern gehören, die aber dennoch mit der Last deutscher Geschichte zu tun haben. Und nun schließt sich dieser Kreis. Nun ist die jüngere, nachgewachsene Generation mitverantwortlich für etwas, was auf der Wannsee-Konferenz 1942 begann und jetzt in gewisser Weise eine Fortsetzung findet." (alle Zitate in taz, 16.2.91) Aus dieser Position heraus formuliert Grass seine Ablehnung des NATO/UN-Krieges und äußert sich entsetzt über Enzensberger und Biermann.

Im Unterschied zu den "Bellizisten" meint Grass den Hinweis auf die deutschen NS-Verbrechen ernst, diese benutzen ihn nur als Dekor für ihre Kriegsunterstützung. Sie suchen die Kontinuität des Nationalsozialismus nicht in Deutschland, sondern im Irak, und mit dem Saddam-Hitler-Vergleich wird auf der Schiene des "Hitorikerstreits" die Einzigartigkeit des Nationalsozialismus bestritten. Der Faschismus habe, wie sein Fortleben im Irak beweise, "nichts mit einer deutschen, sondern mit einer anthropologischen Tatsache zu tun"(Enzensberger). Kein Wunder, daß die Herren "Bellizisten" ihre antifaschistischen Lehren nicht im Kampf gegen die deutsche "Wiedervereinigung" in die Tat umsetzten, sondern in der Beteiligung am anti-irakischen Feldzug (selbstverständlich vom gutgeheizten Wohnzimmer aus). Der ehemalige Strauß-Gefährte General Schmückle hat diese Haltung auf den Punkt gebracht (und Enzensbiermann könnte hier nur noch zustimmen): Ein Bundeswehreinsatz gegen den Irak sei "praktische Trauerarbeit" zur Vergangenheitsbewältigung (lt. AK 327).

Ähnlich wie Grass hatte Gremliza noch im Januar-"konkret" argumentiert: Die Linke könne den Krieg der USA nicht unterstützen, weil "die Partei ... des George Bush ... eben auch Helmut Kohls Partei und also die großdeutsche ist." Zwei Monate später hat auch der Genosse Herausgeber sich in den Netzen der herrschenden Kriegspropaganda verheddert und hält "das Schreckliche, das jetzt geschieht, für das jetzt Richtige." (Auf reaktionäre Provokationen wie die des konkret-Autors Pohrt möchte ich aus Gründen der Platzökonomie nicht eingehen)

Die anti-deutschen Proteste in Israel unterstützen

Die anti-deutschen Proteste in Israel setzten schon frühzeitig ein. Gleich nach dem Einmarsch in Kuwait und noch vor dem Vollzug der deutschen Einheit gab es eine Mahnwache in Yad Vashem, die - gerade mit Hinweis auf die deutsch irakische ABC-Waffenachse - die "Wiedervereinigung" ablehnte. Die Wut explodierte schließlich mit Beginn des "heißen" Krieges im Januar. Die FR berichtete beispielsweise am 1.2. vom Besuch einer DGB-Delegation in Israel, der ziemlich turbulent abgelaufen sein muß. "Vor dem Hintergrund ihrer alltäglichen Angst vor dem tödlichen Gas verlangen einigen von ihnen (den Israelis) Rechenschaft. ‚Wie reagieren die Betriebsräte in den deutschen Rüstungsunternehmen?', will ein junger Gewerkschafter wissen. Und: ‚Was machen jetzt bei Euch die IG Metall oder die IG Chemie?' Darauf gibt es keine Antwort."

Einen interessanten Einblick in die israelischen Diskussionen gibt das FAZ-Interview mit dem israelischen Schriftsteller Amos Oz am 14.2.: "Die Menschen in Israel reden im Augenblick über Deutschland fast so häufig wie über den Irak. Nach der Nachricht von den Gaslieferungen hat einer meiner Freunde, der politisch für eine Zurückhaltung Israels ist, gesagt, wenn Israel reagieren könnte, solle es lieber einhundert Flugzeuge in Süddeutschland bombardieren als im Irak."

Warum hat eigentlich keinE RadikaleR LinkeR in Deutschland gesagt: Prima! Die israelischen GewerkschaftskollegInnen stellen die richtigen Fragen, und in der israelischen Friedensbewegung wird über die richtigen Antworten nachgedacht! Anstatt so die israelische Kritik offensiv für unseren Kampf gegen den deutschen Militarismus aufzugreifen, haben wir uns von den deutschen Politikern und ihren Medien in die Defensive drängen und täuschen lassen. "Der Gipfel an Zynismus liegt darin, daß es die Bundesregierung und ihre Medien suggestiv so darstellen, als würden sie von Israel zum Kriegseintritt gebeten", beschreibt ein Frankfurter Flugblatt treffend (s. AK 327) dieses Täuschungsmanöver.

Eine gute Fallstudie dafür findet sich in der Affäre um die deutsche Patriot-Lieferung nach Israel. Kaum hat Genscher am 25.1. israelischen Boden betreten, bietet er schon die Lieferung deutscher Patriot an, "wenn denn Israel eine offizielle Bitte an Bonn richten sollte" (FR, 28.1.91). Der gesamte Diskurs um diese Frage wird also nicht von israelischer, sondern von deutscher Seite eröffnet! Und: In den folgenden 10 Tagen wird das Thema in der deutschen Politik weiter hochgekocht - obwohl die von Genscher so sehnlichst gewünschte "offizielle Bitte" der israelischen Regierung ausbleibt, was aber in den deutschen Zeitungen nicht erwähnt wird. Nur mit Mühe findet man die Information (versteckt in einem Feuilleton-Artikel der FR vom 2.2., S.12), daß ein stellvertretender israelischer Militärsprecher ausgeplaudert hat, "Israel werde keine deutschen Waffen annehmen." Anfang Februar erzielt eine nachgeordnete deutsch-israelische Kommission, die in Bonn tagt, dann eine Übereinkunft, die auch die Lieferung von Patriot einschließt, und eilfertig und öffentlichkeitswirksam kündigt die Bundesregierung gleich auch die Schenkung dieser Waffen an Israel an. Schöne Blamage: Die israelische Regierung winkt schließlich ab, die Patriot werden nicht geliefert. Offizielle Begründung aus Tel Aviv ist die mangelnde technische Auslegung der deutschen Raketen zum Abschuß der Scud. Das kann stimmen oder auch nicht - festzuhalten bleibt auf alle Fälle: In der ganzen Affäre drängelten nicht die Israelis, sondern die Deutschen - ganz im Sinne der oben zitierten Schmückle-Formel von der "praktischen Trauerarbeit" durch Kriegsbeteiligung.

Weshalb nur hat sich die deutsche Linke diese Debatte aufzwingen lassen, ohne jemals den genauen Sachverhalt zu untersuchen? So wurde man auf einen Nebenkriegsschauplatz abgedrängt, wo man zwangsläufig - egal ob Gegner oder Befürworter der fiktiven Patriot-Entsendung - nur das Spiel des Gegners spielen konnte. Anstatt - ganz im Sinne der oben zitierten israelischen Stimmen - von deutscher Schuld in Vergangenheit und Gegenwart zu reden, wurde plötzlich die "deutsche Verantwortung" (SOZ 3/91) thematisiert.

Noch klarer wird das falsche Herangehen anhand des Ströbele-Besuchs in Israel. Der Grünen-Sprecher hatte in einem Interview erklärt: "Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels." (taz, 20.2.91) Nun ist ja durchaus einzuräumen, daß die rechte Regierungskoalition um Schamir an der Gewaltspirale des israelisch-arabisch/palästinensischen Konfliktes mitdreht. Nur: Wieso muß das von der deutschen Linken in dieser Situation thematisiert werden? Man könnte sogar weitergehender fragen: Sollten wir das nicht überhaupt erst dann thematisieren, wenn wir unmißverständlich klar gemacht haben, daß wir uns von der Geringschätzung des israelischen Existenzrechtes, die die Neue Linke in den letzten 20 Jahren an den Tag gelegt hat, verabschiedet haben? Zurück zu Ströbele: Anstatt des Angriffs auf die israelische Politik hätte er einen Angriff auf die deutsche Politik machen müssen: "Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Deutschlands." Dies hätte der Wahrheit entsprochen, und wenn Ströbele dann noch versprochen hätte, die deutschen Raketenbauer um MBB und die deutschen Giftgaslaboranten beim BND und bei PREUSSAG nach Möglichkeit israelischen Gerichten auszuliefern, wäre sicherlich ein interessanter Dialog mit seinen israelischen Gesprächspartnern zustande gekommen, bei dem auch ein pazifistischer Standpunkt ganz anders Gehör gefunden hätte. "Ein neuer Sieg der postmodernen Kriegsbefürworter bei den Grünen", beweint die VSP-nahe Anti-Kriegszeitung "desert" Ströbeles Rücktritt und stellt sich ansonsten inhaltlich voll hinter ihn.

Wer - und das auch noch ausgerechnet bei diesem Krieg - die Kritik an Israel präferiert, findet sich schnell in einem beklemmenden Bündnis: Anfang Februar wurde bei der Hafenstraßen-Demo der Boykott Israels

gefordert, eine Woche später berichtete der STERN, das bei deutsche Konzernen wie Thyssen solche Boykott-Klauseln in ihren nahöstlichen Geschäften zu den normalen Vertragsbedingungen gehören.

Wer hingegen - wie es sich für Antiimperialisten gehört - die Kritik an Deutschland bevorzugt, findet sich schnell in einem interessanten Bündnis wieder: MBB-Raketentechniker beispielsweise sind sowohl für die RAF, als auch für den MOSSAD interessant. Wo blieb die Soli-Adresse der RAF, als der MOSSAD 1988 einen MBB-Kontaktmann zum Irak "angriff", dessen Manager-Kollege bei ihr auf der Liste stand? (Informationen bei Koppe/Koch, Bombengeschäfte, S.293 ff)

Beim Doppelcharakters Israels - einerseits imperialistischer Vorposten, andererseits Zufluchtstätte für die Opfer Deutschlands - müssen wir den zweiten Aspekt betonen, weil er mit den Verbrechen unseres Imperialismus' zu tun hat (in anderen Staaten mag vielleicht anderes richtig sein). Soll heißen: Wir sollten alles aus Israel unterstützen (egal ob von der Bevölkerung, der Regierung oder der Opposition), was sich gegen Deutschland richtet. Nur wenn wir diese Aufgabe korrekt erfüllen, steht es uns zu, zum "anderen Aspekt" des Staatscharakters Israels kritisch Stellung zu nehmen.

Hätten wir von unserer Seite die irakisch-deutsche Raketendrohung gegen Israel offensiv thematisiert und auch aus dieser Überlegung heraus den Krieg abgelehnt (denn er hat die Sicherheit Israels nicht erhöht, sondern vermindert) und insbesondere zur Zerschlagung des deutschen Militarismus aufgerufen, hätte das "Israel-Argument" der Herrschenden leicht zu einem Bumerang für sie werden können. Der Hinweis auf die deutsch-irakische ABC-Waffenkooperation hätte von uns - ähnlich wie von Grass - zur inhaltlichen Radikalisierung der Anti- Kriegs-Bewegung genutzt werden können. Unser Desinteresse an dieser Argumentation erleichterte es den Herrschenden, diese Enthüllungen zu entpolitisieren und zur Kriegspropaganda umzufunktionieren. Die Friedensbewegung verhielt sich erst zu Israel, als sie durch die Kampagne der Herrschenden dazu gezwungen wurde. Ihr - richtiges - Bekenntnis zu Israel war also leider nicht ernst gemeint, denn es entsprang nicht der Gegnerschaft zum deutschen Imperialismus, sondern dem Opportunismus ihm gegenüber.

Falsche Analysen des deutschen Imperialismus

Die "Nie-wieder-Deutschland"-Strö- mung hatte sich noch im letzten Jahr gegen zwei konkurrierende Konzepte behauptet: den stumpfen Antifaschismus und den platten Antikapitalismus. Bei der Vorbereitung der bundesweiten Demonstration zur Reichs"kristallnacht" am 3.11. in Westberlin gab es beispielsweise konzeptionellen Streit in zwei Richtungen: Einerseits wollten VertreterInnen des DKP-Spektrums die Ablehnung der gerade ablaufenden Wiedervereinigung aus dem Demonstrationsaufruf herausnehmen; andererseits wollte ein Teil der Autonomen und Antiimpis den historischen Bezug zum Nationalsozialismus kurz halten und ein Sammelsurium unterschiedlicher "antiimperialistischer" Anliegen durch die Demonstration zum Ausdruck bringen. Im Rückblick auf diese und andere Debatten bilanzierte ich im Dezember: ,,Während der platte Antikapitalismus die deutsche Vergangenheit - das III. Reich - ignoriert, bagatellisiert der stumpfe Antifaschismus die deutsche Gegenwart - das IV. Reich. Beide haben eine offene Flanke zum Nationalismus." (AK 324)

Diese Kontroverse hat sich in der Golfkrise wiederholt, verstärkt und die Radikale Linke selbst zentrifugiert: Die einen legten den Akzent auf die mögliche Wiederholung der Vergangenheit, also eine Fortführung der Judenvernichtung durch ein deutsch-irakisches Bündnis; von ihnen wurde die alliierte Kriegführung ignoriert oder gar unterstützt ("konkret"). Bei den anderen fehlte jede Bezugnahme auf die Besonderheit des deutschen Imperialismus in der Kontinuität des Nationalsozialismus: Die SOZ schrieb vom "drohenden Holocaust am Golf" und der linke AK-Redakteur max. titelte "Deutschland mordet mit", beide meinten damit jedoch ausschließlich die alliierte Kriegführung. Ein Genosse faßte diese "falsche Imperialismus-Analyse" so zusammen, daß sie "die selbstbewußte Aufrüstung des Irak durch den BRD-Imperialismus weniger kritisiert ... als die treue und teure deutsche Hilfeleistung für den US-Imperialismus." (Ulli K., AK 327)

Im Hintergrund dieses falschen Herangehens steht eine Vorstellung vom Imperialismus als mehr oder weniger geschlossener Block, wie es auch im Bild des Krieges "Nord gegen Süd" zum Ausdruck kommt. Die Tatsache der deutsch-irakischen Waffenkooperation wird dabei zu einer Frage des "Rüstungsexports" heruntergesimpelt, den skrupellose Krämerseelen und von ihnen bestochene Kontrollbehörden um des schnöden Mammons willen durchgezogen hätten. Gegenüber dieser vom SPIEGEL gepflegten und letztlich

sozialdemokratischen Sichtweise, die den deutschen Staat von Verantwortung freispricht und sich von ihm sogar Abhilfe verspricht, gilt es festzuhalten:

- Die deutsch-irakische Waffenbrüderschaft war primär nicht Resultat eines kurzfristige Profitinteresses, sondern einer längerfristig politisch-militärische Strategie.

- Gesteuert wird sie nicht von dubiosen Kleinstfirmen, sondern von den staatlichen deutschen Geheimdiensten und den staatlichen Großkonzernen.

- Es handelte sich nicht um Rüstungsexporte zum alleinigen Nutzen des Irak, sondern um Rüstungskooperation zum beiderseitigen Vorteil. (Den Terminus "Rüstungsexporte" sollten wir deshalb unbedingt fallenlassen.) Für Deutschland geht es dabei unter anderem - für LeserInnen des AK eigentlich ein alter Hut - um die Durchbrechung des ABC-Waffenverbots, das immer als "Diskriminierung" gegenüber anderen Imperialismen verstanden wurde.

Die Tendenz zu solchen gefährlichen "Sonderwegen" des BRD-Imperialismus, wie es sich im "Irak-Gate" zeigt, wird künftig weiter zunehmen. Durch den Zusammenbruch des Ostblocks als gemeinsamen Gegner des Westens ist eine Klammer weggefallen, die die imperialistischen Widersprüche bisher dämpfte. Aus der bipolaren Welt des Ost- West-Gegensatzes treten wir in eine multipolare Welt wechselnder Bündniskonstellationen ein. Der Feind von gestern ist heute ein Freund (Gorbatschow), der Freund von gestern ist heute ein Feind (Saddam). Wer bislang Saddam Hussein in den Mittelpunkt seiner Kritik an ABC-Waffenkooperationen stellte (anstatt MBB, PREUSSAG oder den BND), fand seine Argumente jetzt zur Kriegspropaganda mißbraucht. Und wer jetzt Bush in den Mittelpunkt seiner Anti-Kriegs-Arbeit stellt (anstatt Kohl oder Vogel), dem klatscht nicht erst morgen die NATIONALZEITUNG Beifall. Diese Probleme können wir vermeiden, indem wir den Antiimperialismus antideutsch konkretisieren: Wir dürfen nicht die deutschen Verbündeten zum populären Vehikel unseres Antiimperialismus zu machen, denn sie könnten schon bald die Gegner Deutschlands sein - sondern wir müssen Deutschland selbst angreifen!

Dabei darf die Tendenz zu deutschen Alleingängen nicht zur Realität uminterpretiert werden: Noch ist die BRD Mitglied der NATO, noch hat sie ihre Infrastruktur für den Angriffskrieg gegen den Irak zur Verfügung gestellt, noch hat sie sich im Windschatten der Alliierten militärisch so weit nach vorne gewagt wie nie zuvor nach 1945. Anstelle Prognosen anzustellen über ein baldiges Ausscheren der BRD aus der NATO und mögliche internationale Konstellationen wie vor dem 2. Weltkrieg sollten wir die gefährliche Unkalkulierbarkeit der innerimperialistischen Widersprüche und die aggressive Unberechenbarkeit insbesondere des deutschen Imperialismus herausstreichen. Seine Schaukelpolitik war in der Golfkrise offensichtlich: Zuerst mit dem Irak ABC-Waffen entwickeln, dann mit der NATO bisherige Hemmnisse beim out-of-area-Einsatz abstreifen. Unsere Kritik muß unbedingt auf der Höhe dieses Dualismus sein und greift zu kurz, wenn sie nur die eine Seite (Sonderweg in der Tradition des Deutschen Reiches) oder die andere Seite (Westbindung in der Tradition der Bundesrepublik) thematisiert. Genau diese beiden Verkürzungen hat es aber gegeben.

Kriegsverbrechertribunal gegen Deutschland

Aufgrund dieser Schaukelpolitik werden Deutschlands Extratouren immer öfter zu Untersuchungsfällen für "befreundete" Geheimdienste und geraten in der westlichen Auslandspresse unter Druck. In den ersten beiden Kriegswochen schwappten diese Erkenntnisse in einer Massivität in die deutsche Öffentlichkeit herüber, die selbst die nationalen Denkhemmungen der Ökopaxe durchbrach. "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" - eine Parole, die wir noch im Vorfeld der Berliner 3.11.-Demo vergeblich zu popularisieren versucht hatten - wurde kurzfristig zu einem Standardslogan auf Demonstrationen. Erkenntnisse über deutsche Auslandskooperationen im ABC-Waffenbereich, die uns Linken jahrelang niemand abgenommen hatte, wurden unter dem angeblich seriösen Signum der Bürgerpresse zu millionenfach geglaubter Wahrheit.

Doch mittlerweile wird die publizistische Front begradigt. Vermehrt wird vorgerechnet, daß Deutschland ja nur ein Waffenhändler unter vielen und bei weitem nicht der schlimmste war und daß den "Schwarzen Schafen" der Branche mit neuen Gesetzen leicht beizukommen sei. Politiker wie Möllemann und Kinkel, die nachweislich an Schaltstellen dieser Entwicklungen gesessen haben, spielen sich als Saubermänner auf, die ebenfalls beteiligten Geheimdienste sollen als Kontrollbehörden "Ordnung schaffen".

Demgegenüber müssen wir erreichen, daß die kurzfristig breit diskutierten Erkenntnisse über die aggressive Militärpolitik Deutschlands nicht dem kurzen Gedächtnis der Ökopaxe und dem Großreinemachen der Bürgerpresse zum Opfer fallen. "Ein neuer Kriegsverbrecherprozeß gegen die Industriellen und Politiker, welche diesen Krieg ermöglichten, wäre eine gute Forderung." (Georg Fülberth) Auf der Anklagebank säße Deutschland, das auf beiden Seiten der Front kriegsbeteiligt war. Ankläger wären die Opfer und Gegner dieser Politik aus Halabja, Tel Aviv, Diyarbarkir und Bagdad, auch wenn sie zum Krieg selbst vielleicht unterschiedliche Ansichten hatten. Hoffentlich lassen sich im Kontakt zur israelischen Friedensbewegung die Beschädigungen noch aufheben, die Ströbele und andere zugefügt haben.

Ein solches "Kriegsverbrechertribunal gegen Deutschland" hängt in seiner politischen und organisatorischen Vorbereitung davon ab, ob es überhaupt eine "Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" gibt, oder ob die Radikale Linke und andere an einem gleichnamigen Kongreß im Dezember Beteiligten das alles gar nicht so ernst gemeint haben. Als Optimist darf mensch noch hoffen.

Jürgen, Stuttgart

24. Mit dem Internationalismus den Antiimperialismus erschlagen?

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke, intern. Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:45

In ak 327 (vom 11.2.91, Seite 17) schreibt Ulli K. über den "Antiimperialismus als Feind des Internationalismus". Sein Hauptanliegen ist, daß sich die Linke fragen müsse, "ob zwanzig Jahre nach dem Aufblühen des antiimperialistischen Kampfes hierzulande diese Ideologie noch vertretbar ist." Im weiteren beantwortet er diese Frage zwar nicht, sondern problematisiert sie lediglich, aber von der Tendenz her suggeriert er ein NEIN. Was veranlaßt ihn nun zu dieser Fragestellung? Es ist die Haltung der deutschen Linken zu Israel innerhalb des Nahostkonflikts. Dazu schreibt er: "Während ein von Deutschland hochgerüstetes Regime nach mehrfacher Androhung jetzt Israel angreift mit der erklärten Absicht, seine Existenz auszulöschen, werden in der neuen deutschen Linken alte Dummheiten und Verblendungen publiziert, als sei nichts geschehen, wie z.B.:

- In einem Flugblatt Hamburger linker Gruppen wird die Flucht jüdischer SowjetbürgerInnen vor antisemitischer Verfolgung als israel-inszeniert dargestellt.

- In einer Sonderausgabe des AK ... wird exklusiv die schwierige politische Lage der PLO - die sich gerade fest mit den Kriegszielen des irakischen Diktators verbündet hat - kenntnisreich und kritiklos dargestellt.

- In Anti-Kriegs-Bündnissen ist das Existenzrecht Israels umstritten.

- US-Imperialismus und Zionismus werden gleichrangig als Kriegstreiber attackiert."

Im weiteren macht er sich nicht einmal mehr die Mühe, auf diese Beobachtungen einzugehen, sondern postuliert ungeschrieben, daß alle diese Haltungen extrem antisemitisch seien.

Da die hier aufgeführten Haltungen die Grundlage für alle weiteren Überlegungen sind, zunächst einige Betrachtungen des Wahrheitsgehalts.

- Es verwechselt Ursache und Wirkung, wenn die Flucht sowjetischer Juden als von Israel inszeniert beschrieben wird. Es gibt Antisemitismus in der UdSSR und damit gute Gründe für Juden, aus diesem Land zu gehen (ohne damit sagen zu wollen, daß sie nur gehen dürften, wenn Gefahr droht). Aber es ist auch eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß Israel die Ausreise sowjetischer Juden, als dem nach den USA größten Potential, extrem fördert, um das Siedlungsprogramm in den besetzten Gebieten voranzubringen. Auch werden alle ihr zugänglichen Zwangsmittel einsetzt, um eine Ausreise dieser Menschen in westeuropäische Länder oder den USA zu verhindern.

- Der kritisierte Artikel aus dem AK-Extra befindet sich auch in AK 327 ("Die PLO und der 2. Golfkrieg"). Analysiert wird darin die Zwangslage der PLO als mehr oder weniger staatliche Vertretung der Palästinenser, die extreme Enttäuschung unter den palästinensischen Massen über die kompromißlose Haltung Israels und die Aufkündigung der Verhandlungen durch die USA und den sich daraus ergebenden Bündniskonstellationen zu arabischen Staaten und hier insbesondere dem Irak. Der Artikel beschreibt und analysiert diese Lage, ohne am Ende einen Zeigefinger zu erheben, was denn die PLO und die Palästinenser zu tun hätten, vielmehr mehr in Ulli K.'s Sinn, was sie zu lassen hätten. Und entgegen Ulli K.'s Behauptung wird in diesem Artikel beschrieben, daß sich die PLO nicht fest mit den Kriegszielen des Irak verbunden hat, sondern zunächst als Vermittler aufgetreten ist und sich erst beim Angriff der von den USA geführten Truppen an die Seite des Irak gestellt hat, was man politisch für verwerflich, idiotisch oder selbstmörderisch halten mag, worin sich aber keine Kriegsfreudigkeit ausdrückt. (Siehe hierzu das wirklich informative Interview von Petra Groll mit Bassam Abu Sharif in der TAZ vom 1.3.91)

- Das Existenzrecht Israels darf nicht bestritten werden. Dies aus Gründen des Lebensrecht der Menschen, die dort leben. Aber nicht jede Einschränkung des Existenzrechts Israels, was heißt dieses konkreten Staates, in linken Publikationen ist eine antisemitische Sichtweise. In der Regel werden unhinterfragt palästinensische Auffassungen übernommen, daß ein gemeinsamer Staat von Juden, Palästinensern und Arabern zu errichten sei. Gemeinhin wird dabei nicht auf das Problem eingegangen, daß es auch in der arabischen Welt einen

Antisemitismus gibt. Der politischen Gerechtigkeit halber sollte dann wenigstens erwähnt werden, daß diese Auffassung auch von israelischen Linksgruppen lange Zeit vertreten wurde (beispielsweise der trotzkistische Mazpen und der KP). Politisch ist dies eine völlig untaugliche Parole (auch wenn sie sich sehr internationalistisch anhört, nicht wahr Ulli K.?), weil dies immer wieder zum Schüren der Ängste vor einer Auflösung der jüdischen Lebenszusammenhänge benutzt werden kann, und dies wiederum nur deshalb, weil niemand eine wirkliche Garantie für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Völker übernehmen kann. Und weil dies so ist, ist die derzeit beste Lösung, beiden Parteien, Juden und Palästinensern, das Recht auf staatliche Verfaßtheit zu gewähren. Aber diese Parole ist politisch auch deshalb unbrauchbar, weil damit die Palästinenser niemals zu einer palästinensischen Nation kommen werden.

- Ich weiß nicht, wo die USA und Israel gleichermaßen als Kriegstreiber attackiert werden, Ulli K. gibt hierfür weder Namen noch Quellen an. Gehen wir aber einmal davon aus, dies sei so. Falsch daran wäre, keinen Unterschied zwischen diesen beiden Staaten und ihren Regierungen zu machen. Denn immerhin haben die USA die Kriegsmaschinerie angeführt, haben den Krieg im eigentlichen Sinn geführt. Kriegstreibend im politischen Sinn war aber auch die israelische Regierung. Sie war von Anbeginn daran interessiert, daß es nicht zu einem einfachem Rückzug des Irak aus Kuwait kommen würde, sondern daß ein Krieg gegen den Irak geführt würde, um diesen empfindlich zu schwächen. Man mag dies ja für richtig halten (wenn man die Bedrohung Israels und seiner Bevölkerung für die Hauptgefahr in diesem Krieg gehalten hat), dann aber darf man dies nicht anklägerisch formulieren (so als habe Israel nun wirklich gar nichts mit dem Krieg zu tun), sondern muß sagen, Israel hatte ein Recht, auf die Zerschlagung der Militärstruktur des Irak zu drängen (dies einmal unabhängig davon, ob dies für Israel und seine Bevölkerung langfristig nützlich ist). Gerade das aber will Ulli K. unter allen Umständen vermeiden. Deshalb fordert er zwar eine proisraelische Haltung, hütet sich aber, zur Rolle Israels bzw. der Regierung Israels in diesem Konflikt etwas zu sagen. Er suggeriert dabei, daß Israel völlig "unschuldig" in diesen Konflikt verwickelt ist. Wenn man denn, was ich so sehen würde, den Großteil der israelischen Bevölkerung als unschuldige Opfer dieses Konflikts ansehen würde, würde mich dann auch interessieren, ob dies noch genauso für den Großteil der irakischen Bevölkerung und den Großteil der in den Krieg getriebenen irakischen Soldaten so gesehen wird. Auch das wäre internationalistisch. Aber es ist heute unter Linken modern geworden, nach der Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Hitler auch gleich noch die irakische Bevölkerung mit den Mitmachern Hitlers auf eine Stufe zu stellen.

Soweit zu den Voraussetzungen, die Ulli K. macht, die den Antisemitismus der deutschen Linken belegen sollen und die Ausgangspunkt für seine Abkehr vom Antiimperialismus sind.

Nun zu den anti-antiimperialistischen Überlegungen.

Ulli K. stellt fest, daß sich die antiimperialistischen Bewegungen in den 70er Jahren zunächst hauptseitig gegen den US-Imperialismus als "Hauptfeind der Völker" gewandt hätten. Darin wäre dann auch der Kampf des palästinensischen Volkes um Selbstbestimmung aufgehoben, gegen den Zionismus in Koalition mit dem US-Imperialismus. Er behauptet weiter, dies hätte der deutschen Linken nur dazu gedient, "unserer deutschen Verdrängung des deutschen Massenmordes am jüdischen Volk eine linke Tarnfarbe zu geben", ohne hierfür auch nur ein Indiz zu nennen. Hieraus schlußfolgert er, daß es die größte Verblendung gewesen sei, den US-Imperialismus mit dem Zionismus gleichzusetzen. Es sei kein Unterschied zwischen den Interessen einer Weltmacht und denen einer Regionalmacht gemacht worden. Dafür wiederum sieht er folgenden Grund: "Die Vermutung ist mehr als berechtigt, daß hier das alte antisemitische Klischee von den heimlichen jüdischen Weltherrschaftsambitionen weiterwirkt." Wieso sagt er nicht: Ich vermute... Nein er sagt: Die Vermutung ist mehr als berechtigt, ohne auch nur eine Indiz anzuführen. Dies ist die Art der Suggestionsüberzeugung, nicht die der rationalen. So betrachtet, schreibt er dann weiter, sei es auch gar nicht verwunderlich, daß die Linke sich nicht um die diktatorischen Herrschaftssysteme der arabischen Welt gekümmert habe, schließlich kommt er zu der Behauptung, die Linke habe den Verfolgungen der Palästinenser durch reaktionäre arabische Regimes keine Bedeutung zugemessen und habe auch kein Interesse am Schreckensregime des Chomeini in Iran gezeigt. Ihm kommt gar nicht in den Sinn, daß dies vielleicht seine Sicht gewesen ist und nicht die der Linken. Es ist die Schreibe eines sich selbstgeißelnden Linken, nicht aber, um selbst Buße zu tun, sondern um des Zwecks willen, der Linken Positionen zuzuschreiben, die sie nur partiell vertreten hat. Da sein Angriff auch dieser Zeitung und der sie tragenden politischen Strömung gilt, sei in Erinnerung gerufen: Wir sind gegen die Massaker an den Palästinensern in Jordanien ("Schwarzer September" 1970) auf die Straße gegangen, wir haben uns mit palästinensischen Organisationen gestritten und überworfen, als wir die Rolle Syriens im

Libanonkrieg kritisierten, wir sind gegen die Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern nach dem Libanonkrieg auf die Straße gegangen und haben dabei nicht nur Israel sondern ebenso Syrien angegriffen. Wir haben uns mit der autonomen Linken hier und palästinensischen Gruppen in der Frage der Solidarität mit der Intifada überworfen, weil wir als Teil davon die staatliche Anerkennung Israels als anderen Teil die Errichtung eines palästinensischen Staates auf den besetzten Gebieten gesehen haben. In dieser Zeitung stand einen Monat nach dem Sieg der "islamischen Revolution" im Iran: "Chomeini ein neuer Hitler?". Sicherlich würden wir heute vorsichtiger mit diesem Vergleich umgehen, aber es illustriert, daß es die von Ulli K. behauptete Verleugnung so nicht gegeben hat.

Ulli K. kommt in seinen Betrachtungen über den Antiimperialismus dann zwangsläufig zu den Ergebnissen des antiimperialistischen Kampfes. Kaum ein Ergebnis, wo eine wirklich freie Gesellschaft entstanden ist, weder in Vietnam, Kambodscha, Angola noch in Mocambique usw. Er schlußfolgert daraus, daß es die größte Dummheit gewesen sei, ein Denken und Agieren zwischen Imperialismus und Völkern zu installieren. Er behauptet weiter, die Parole: "Der US-Imperialismus ist der Hauptfeind der Völker" sei nur dazu angetan, die Bedeutung anderer imperialistischer Mächte zu relativieren, um dann gleich wieder suggestiv zu fragen (selbstverständlich ohne zu antworten): "Wurde unsere Solidarität mit der vietnamesischen Unabhängigkeitsbewegung nicht insgeheim auch dadurch motiviert, daß wir mit ihr gegen dieselbe Besatzungsmacht, die USA, fochten?" Ja, man kann sich dies fragen, aber nicht ohne eine Antwort zu suchen, nicht indem man das Aufwerfen der Frage schon als Antwort stehen läßt. Meine Antwort ist jedenfalls ein klares NEIN. Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg in den sechziger Jahren war eine wirklich internationalistische und pazifistische Bewegung. In der BRD (wahrscheinlich aber auch in anderen Ländern) nahm diese Bewegung gerade die Erfahrungen aus der Nachkriegsgeschichte auf, nahm Stellung gegen die Lüge, die USA würden für das "Gute" im Interesse der Völker kämpfen, zerstörte für viele die Lüge, mit der Unterstützung dieses Kampfes für "das Gute" würde die BRD aus dem Schatten ihrer grausamen Geschichte treten (können).

Ulli K. landet schließlich bei der Überlegung, man dürfe eben nicht die Völker im antiimperialistischen Kampf unterstützen, sondern wahrhaftiger Internationalismus orientiere sich immer an den politischen Interessen und Handlungen der Menschen selber. Er führt hierzu das Beispiel an, daß sich viele Internationalisten nach den Wahlen in Nicaragua die Augen gerieben hätten, weil die "Volksmassen" die Sandinisten abgewählt hätte. Er führt dies an, um zu sagen, die Menschen sind eben so dumm und so müssen sie auch von uns gesehen werden. Nun habe ich selbst in einem Artikel nach den Wahlen gegen die folkloristische Haltung der westdeutschen Soliszene polemisiert, die die Nicas als ein einzig Volk von Revolutionären betrachtet hat, ohne zu erkennen, daß die Menschen ganz unmittelbare Interessen an einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse 1979 hatten, aber 1989 viele eben auch dieser Art der Regierung nicht mehr vertrauten. Deshalb ist die Mehrheit heute ebensowenig reaktionär wie sie 1979 revolutionär war.

Ulli K. schließt klassisch für diese Art Abkehr vom Antiimperialismus mit einem selbsterfundenen Bibelspruch: "Fürchtet die Massen, die als Volk sich zusammenfinden und für das Vaterland oder die Heimat zu sterben bereit sind!"

Wenn dies die Haltung der westlichen Linken zu den Massen der Länder der 3.Welt werden sollte, wird Internationalismus nur noch eine Phrase bleiben. Wenn Antiimperialismus eine Bewegung gegen den Herrschaftsanspruch des imperialistischen Systems ist, dann haben wir in den imperialistischen Metropolen geradezu die internationalistische Verpflichtung, diese Bewegung zu unterstützen. Selbstverständlich werden wir als Linke dabei auf Kräfte orientieren, die politische Programme der Befreiung vertreten. Insofern ist uns selbstverständlich ein Frantz Fanon, ein Che Guevara, ein Le Duan, ein Marcel lieber als ein Chomeini. Aber aussuchen können wir uns die Lage nicht. Es ist zu befürchten, daß die sogenannten fundamentalistischen Strömungen in den Ländern der 3. Welt zunehmen werden, befürchtet werden muß, daß dabei irrationale Züge durchschlagen werden. Politisch betrachtet müssen wir sie kritisieren, werden wir immer versuchen, mit den befreienden Strömungen beispielsweise im Iran zusammenzuarbeiten. Aber gegenüber der imperialistischen Politik und Propaganda müssen wir sie in gewisser Hinsicht verteidigen, weil sie Ausdruck eines verzweifelten Kampfes gegen diese Herrschaft sind.

Wenn jetzt, wie ebenfalls zu befürchten ist, innerhalb der palästinensischen Massen die fundamentalistischen Strömungen Zulauf bekommen, dann nicht, weil die Palästinenser per se fanatisch sind - gerade das Gegenteil hat die Intifada bewiesen -, sondern weil alle politisch "moderaten" Lösungsversuche gescheitert sind.

Die ins Elend gestürzten Massen der Dritten Welt sind keine besseren Menschen nur weil sie unterdrückt werden, genauso wenig wie die am meisten marginalisierten Menschen in den Metropolen revolutionär sind, in der Regel nicht einmal fortschrittlich. Das darf für einen Linken in den imperialistischen Metropolen jedoch nicht heißen, die Solidarität mit diesen Völkern aufzukündigen. Das verwerflichste im politischen Sinn wäre, dies davon abhängig zu machen, was sie später an gesellschaftlicher Struktur aufzubauen in der Lage sind.

Dies rechtfertigt keine Gewaltakte wie die Einverleibung Kuwaits, keine Drohung der Auslöschung Israels und dem damit notwendigerweise drohenden Massenmord. Man muß nur wissen, daß die Welt noch "schlechter" werden kann als sie ist und dies nicht in erster Linie, weil die Menschen der Dritten Welt immer fanatischer werden, sondern weil ein Weltsystem herrscht, daß sie immer "fanatischer" werden läßt.

he.

25. Israel - immer für einen zünftigen deutschen Diskurs gut

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Westdeutsche Linke allgemein; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:11

Vorbemerkung

Westberlin, den 28.2.91. Eben wird im Radio die Einstellung der Kampfhandlungen am Golf gemeldet. Der Krieg gegen den Irak wird damit aller Voraussicht nach ein definitives Ende haben, womit an die Stelle manifester militärischer Gewalt von Seiten des Imperialismus wieder der stumme Zwang der Weltmarktverhältnisse treten wird und somit die Voraussetzungen, unter denen sich Kriege wie der eben zu Ende gegangene garantiert wiederholen werden. Kein definitives Ende, sondern eine nur vorläufige Suspendierung hat mit dem Ende des Krieges auch die Bedrohung Israels gefunden, solange, bis vermutlich die syrische Fraktion der Baath-Partei, die den Palästinensern bereits ihre guten Dienste angeboten hat (vgl. FR vom 1.3.91), zum "antizionistischen Befreiungskrieg" blasen wird. Kein Ende kann und darf die Debatte über das Verhältnis insbesondere der deutschen Linken zum Staate Israel finden, denn nichts scheint diesen Linken mehr über den Verstand zu gehen, als den eigentümlichen Charakter dieses Staates zu begreifen und daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Deshalb wurde auch die nachfolgende Kritik der AK-Berichterstattung und -Einschätzungen hinsichtlich des Golfkrieges, die zu einer Zeit abgefaßt wurde, als dessen Ende noch nicht in Sicht war, weitgehend unverändert gelassen.

Zur Kritik

1. Entgegen sowohl dem Selbstverständnis der Bürger als auch den idyllischen Vorstellungen, die sich reumütige "Realsozialisten" wie bekehrte West-Linke gleichermaßen machen, ist in der Demokratie die Herrschaft bloßer Gewalt keineswegs überwunden. Der objektive Schein, wonach die bürgerlich-demokratische Gesellschaft das Reich des freien, gleichen, gewaltlosen und nur durch vernünftige Gesetze garantierten Tausches sei, entpuppt sich, wie die Marxsche "Kritik der politischen Ökonomie" lehrt, als stummer Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der bei gegebenem Anlaß jederzeit in Krieg oder Bürgerkrieg, d.h. den Ausnahmezustand überführt werden kann. Im Ausnahmezustand verschwimmen bzw. verschwinden die Antagonismen, die die bürgerliche Gesellschaft von ihrem Wesen her ausmachen und weichen der handlicheren Unterscheidung zwischen "Freund" und "Feind". Der - imaginierte oder reale - "Feind" wird als jemand vorgestellt, dessen Existenz eine Bedrohung oder Gefahr für das Gemeinwesen darstelle und seine Bekämpfung erheischt äußerste Geschlossenheit des bedrohten Kollektivs. Kein Zaudern, Zögern und Abwägen mehr - gefragt ist in solchen Situationen vielmehr eine eindeutige und klare Parteinahme, will man nicht in den Ruf geraten, selbst zum "Feind" zu gehören oder ihm zumindest in die Hände zu arbeiten. Aus diesem Grunde übt der Ausnahmezustand, namentlich der Krieg, auch auf all jene eine besondere Anziehungskraft aus, die endlich einmal den "Zänkereien" und der "Mittelmäßigkeit" des bürgerlichen Alltags entfliehen wollen und sich nach klaren und überschaubaren Verhältnissen sehnen.

Eine ähnliche Logik scheint nun auch im KB Einzug gehalten zu haben. Noch vor einigen Wochen tobte in den Spalten des AK förmlich der Strömungsstreit - im letzten AK jedoch scheint man zumindest in der AK-Redaktion keine Mehrheit und Minderheit mehr zu kennen, sondern nur noch engagierte Schreiber gegen den Krieg. Nicht von den Untiefen des Strömungsstreits soll jedoch im folgenden die Rede sein, sondern davon, daß der Verdacht nicht auszuräumen ist, die so vehemente Ablehnung des Golfkrieges speise sich aus insgeheimen Einverständnis mit der abgelehnten Sache, insofern, als der Krieg als passende Gelegenheit begriffen wird, ein strömungsübergreifend vorhandenes und offenbar lange unterdrücktes Bedürfnis zu befriedigen: als Kommunist einen klaren Feind vor Augen zu haben, aus vollem Herzen Partei zu ergreifen und einen eindeutigen und unverrückbaren Standpunkt einzunehmen. Gefragt wird also nicht, ob der Doppelcharakter des Golfkrieges, der einerseits ein Krieg des Imperialismus gegen sein eigenes Ziehkind, andererseits ein Krieg des Iraks gegen Israel war, ob also die Sache selbst uneindeutig ist und demzufolge eine eindeutige Parteinahme verbietet, sondern eine klare subjektive Meinung, die man sich über die Sache gebildet hat; gefragt wird ferner nicht nach der objektiven Wahrheit oder Unwahrheit bestimmter Argumente, sondern nach ihrer Nützlichkeit in der politischen Auseinandersetzung. In der Konsequenz heißt dies: es gilt, alle Versuche des Feindes, in die eigenen Reihen einzubrechen, abzuwehren und dazu gehört auch, daß

bestimmte Meinungen in den eigenen Reihen als bloß dem Feinde nützlich entlarvt werden. Nur aus dieser Logik ist z.B. zu begreifen, daß die Initiative Sozialistisches Forum, die sich in ihrem Flugblatt abmüht, den durchaus widersprüchlichen Charakter des Krieges aufzudröseln und aus dessen Erkenntnis unter anderem jene Konsequenz zieht, die im AK zitiert ist und über die man sich streiten kann, schlichtweg in die Rubrik "Kriegsunterstützer" eingereiht wird.

2. Das Terrain, auf welchem sich diese Standpunktlogik in erster Linie bewährt, ist nicht etwa die Rolle, die Israel im Golfkrieg, sondern die es in der Auseinandersetzung in der BRD spielte. Getreu dem Motto: Wenn ein Reaktionär behauptet, der Himmel sei blau, so darf ich ihm, um meine Integrität zu bewahren, auf keinen Fall recht geben, denn es ist ein Reaktionär, der diese Behauptung aufstellt, wird in fast allen Artikeln mit bemerkenswerter Ignoranz die Bedrohung Israels fast ausschließlich unter dem Aspekt ihrer innenpolitischen Funktionalität gesehen, also hinsichtlich ihrer Nützlichkeit, ein Argument abzugeben für die Zustimmung zum Krieg gegen den Irak: Israel - ein zünftiger deutscher Diskurs! Ähnlich wie kt., der eine "Kriegskampagne von Links und Halblinks" (AK 327, S. 14) konstatiert, geht auch max. in die vollen. Er spricht von einer "ideologische(n) Offensive gegen die Antikriegsbewegung", die von Seiten der Bundesregierung mit dem Argument der "Solidarität mit Israel" gefahren werde. Diese Offensive hätte einen Stimmungsumschwung" in der Bevölkerung zugunsten des Krieges bewirkt und "auch in der Linken zu Einbrüchen und Verunsicherungen geführt", die max. offenbar höchst unwillkommen sind. Sein Fazit lautet: "Die ideologische Offensive gegen Pazifismus und Friedensbewegung ist ein Teilabschnitt der Kriegsführung gegen den Irak und seine Verbündeten" - ein Satz, der in der Tat alle "Verunsicherungen", die einigen gut angestanden hätten, mit einem Federstreich wegwischt; ein Satz auch von geradezu spätexistentialistischer Wucht, der klingt, als würde mitten aus dem Schlachtengetümmel von der deutschen Friedensbewegungsfront berichtet, die wie Bagdad unter heftigem Bombardement stehe. Eher lakonisch meint auch he.: "Die Drohung gegen Israel: das ist die Waffe, die gegen die hiesige Friedensbewegung eingesetzt wird" (AK 327, S. 16), und die andere Waffen an Schlagkraft offensichtlich noch überflügelt, denn von den etwas realeren Waffen, die gegen Israel eingesetzt wurden, ist erst viel später die Rede.

Wo etwas bedroht ist, gibt es auch etwas zu verteidigen. Für max. und he. ist dies die pazifistische Integrität der Friedensbewegung, die sie, daran besteht kein Zweifel, recht positiv bewerten; max. eher zurückhaltend, wenn er sich zufrieden darüber äußert, daß der Golfkrieg immerhin eine pazifistisch orientierte Bewegung hervorgebracht hätte, he. eher überschwenglich, wenn er die Friedensbewegungsveteranen von seinerzeit und deren mittlerweile demonstrationsfähigen Nachwuchs als Erben der "Blumenkinder" hinstellt. Gefragt wird gar nicht erst, wie es denn um eine Bewegung bestellt sein muß, wenn ausgerechnet und perverserweise der Bundesregierung, die selbstverständlich ein nur kalkuliertes Interesse an Israel hat, die Aufgabe zufiel, die Bewegten daran zu erinnern, daß im Golfkrieg auch Israel massiv bedroht war - eine Tatsache, die die famose Friedensbewegung vielleicht glatt vergessen hätte, war sie doch viel zu sehr damit beschäftigt, mit weißen Bettlaken, Kerzenaufstecken und Bittgottesdiensten sich als eigentliches, weil unter Seelenqualen leidendes Opfer des Krieges werbewirksam in Szene zu setzen. Und wenn dann tatsächlich Teile der Friedensbewegung umschwenken in Richtung Philosemitismus, der nie etwas anderes war als die konkrete Kehrseite des Antisemitismus, dann lag dies weniger an der besonderen Heimtücke der Bundesregierung oder an Schafsköpfen à la Biermann, sondern zu einem nicht geringen Teil an der hiesigen Linken selbst, die dem herrschenden Philosemitismus nichts mehr anderes entgegenzusetzen weiß als Proarabismus und objektiv antisemitischen Antizionismus. Aus genau diesem Grunde steht es auch he. äußerst schlecht an, wenn er sich aufplustert und nicht etwa die deutsche, sondern die israelische Friedensbewegung mit allerhand vorwurfsvollen Fragen eindeckt und meint, ihr mit Forderungen kommen zu müssen.

Nicht zufällig sinkt in der vorwiegend innenpolitisch-funktionalen Wahrnehmung der Bedrohung Israels dessen reale Bedrohung fast zu einer quantité négligeable herab. Während max. und he. zwar in erster Linie mit der Abwehr der Regierungsoffensive beschäftigt sind, die Gefahr eines Giftgas-Einsatzes gegen Israel aber immerhin noch als "reale Option" des Irak benannt wird (max.) bzw. die irakischen Raketenangriffe verurteilt werden (he.), fahren Cl. und kt. ganz andere Geschütze auf. Cl. zum Beispiel spricht hinsichtlich der Bedrohung Israels in ihrem Artikel über die Haltung der SPD zum Golfkrieg ganz unumwunden von "Nebenschauplatz" und "Ersatzdiskussion": "Auf diesen Nebenschauplätzen wird eine prachtvolle Rechtfertigung für den ... Krieg entwickelt - der Aggressor Irak, die Bedrohung Israels ... Die Moral der ‚pazifistisch benebelten Anhängerschaft' (FAZ) wird sich konsequent daran messen lassen müssen, ob sie konsequent um ihre Position streitet ... statt sich von der Parteiführung eine Ersatzdiskussion aufzwingen zu

lassen ..." (AK 327, S. 12). Kt. wiederum scheint nichts so sehr aufzuregen, als daß Israel scheinbar Extrawürste gebraten werden, wenn er meint: "Daß eine einzige Bombe einer B-52 mehr Menschen umbringt, als Saddam mit seinen Scuds, kann nicht beachtet werden, wenn man" - wer bitte und wie? - ",Hände weg von Israel' als das zentrale Thema dieser Wochen behandelt." (AK 327, S. 14) Dementsprechend ist er nach besten Kräften bemüht, die Vernichtungsdrohung Saddam Husseins gegen Israel herunterzuspielen; seines Erachtens ist sie nichts Besonderes, schließlich habe Saddam schon ganz andere Dinge angedroht. Und um den Realitätsgehalt dieser Drohungen im allgemeinen, der Drohung gegen Israel im besonderen, die doch durch die Verfügung über deutsches Giftgas recht glaubhaft war, weiter zu entkräften, ist sich kt. nicht einmal für einen kleinen, gepflegten Rassismus zu schade: "... hier handelt es sich um Rhetorik, die einer anderen Kultur und im Grund auch einer anderen Zeitepoche entstammt." Andere Länder, andere Sitten: etwas zurückgeblieben, rauhbeinig und ungehobelt vielleicht, der Saddam, aber eigentlich ein ganz moderater Kerl, ganz im Gegensatz zu den - Israelis, die im Gegensatz zu einem deutschen Linken gar nichts davon kapieren und gleich ganz andere Saiten aufziehen: "Israels Politiker stehen - im Gegensatz zu vielen ihrer arabischen Kollegen - in dem Ruf, daß sie zumeist wirklich meinen, was sie sagen, und daß sie nicht leichtfertig Drohungen ausstoßen, die sie nicht realisieren könnten und wollten." Für den linken Protest müsse laut kt. demzufolge die Regel gelten: "Wer Saddam wirklich die Fähigkeit und die Absicht zutraut, Giftgas nach Tel Aviv zu schießen, hätte allen Grund, zumindest nicht weniger über Israels Gegendrohung entsetzt zu sein und ebenso kritisch Stellung zu nehmen." Man beachte: "zumindest nicht weniger" bzw. "zumindest ... ebenso", also vielleicht lieber etwas mehr? Der interessierte Leser wird den Wink, den kt. vermutlich gar nicht gemeint haben wird, schon verstehen: wenn man Saddam überhaupt etwas Schlechtes zutraut, dann soll auch keiner besser sein als er, schon gar nicht die Juden.

Kein Zufall ist es schließlich auch, daß mit der untergeordneten Bedeutung, die der Bedrohung Israels beigemessen wird, auch aus dem Blickfeld gerät, wer Saddam überhaupt so großzügig zu Giftgas verholfen hat und warum. Als hätte es im KB eine Debatte um den durchaus eigenständigen und selbstbewußten deutschen Imperialismus, der im Golfkrieg seine historische Kontinuität besonders deutlich unter Beweis stellte, nie gegeben, ist selbst in den beiden Artikeln von max. zum Thema "BRD und Golfkrieg" von deutschem Giftgas überhaupt keine Rede (AK 327, S. 10 bzw. 13). Durchweg wird, wie Ulli K. in seinem Artikel - übrigens mit Abstand der beste, der im letzten AK zum Thema stand - schreibt, "die selbstbewußte Aufrüstung des Irak durch den BRD-Imperialismus weniger kritisiert ... als die treue und teure deutsche Hilfeleistung für den US-Imperialismus." (AK 327, S. 17)

Zur Erinnerung

Die bürgerliche Aufklärung begriff den Antisemitismus wesentlich als Erscheinung des feudalen Mittelalters, die im Zuge der allgemeinen politischen Emanzipation aller zu freien, gleichen und nur dem Gesetz verantwortlichen Staatsbürger verschwinden werde. Selbst Friedrich Engels meinte 1890 noch: "Der Antisemitismus ist das Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur ... also nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht." Im Gegensatz zu dieser Auffassung ist der Antisemitismus in der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur nicht überwunden, sondern objektiv gesetzt: als Denkform stellt er dar eine "Revolte" des bürgerlichen Subjekts gegen die undurchschaute abstrakte Vergesellschaftung durch den im Geld sinnfällig ausgedrückten Wert, die in Gestalt des "Wucher-" oder "Schacher-Juden" personifiziert wird und gegen den ein Vernichtungswunsch sich geltend macht. Im Gegensatz zum hauptsächlich religiös begründeten Antijudaismus, dessen praktische Gestalt das Pogrom ist, äußert sich bürgerlicher Antisemitismus vorwiegend im halbaufgeklärten "Bescheidwissen" über die "jüdischen Machenschaften". Weil der bürgerliche Antisemit in aller Regel frei ist von persönlichen Aversionen gegen die Juden, ist die praktische Äußerungsform des bürgerlichen Antisemitismus weniger das Pogrom, sondern die "saubere" staatlicherseits vollzogene systematische Entrechtung, Zurichtung und Vernichtung der designierten Opfer. In der Massenvernichtung der europäischen Juden unter dem Nationalsozialismus zeigte sich, um ein Diktum Horkheimers und Adornos zu variieren, daß der Antisemitismus nicht die bürgerliche Ordnung entstellt, sondern daß die bürgerliche Gesellschaft und ihre politische Ordnung, der Nationalstaat ohne Entstellung der Menschen nicht leben kann. Aus dieser Perspektive und nicht von den Zionistenkongressen her ist deshalb auch die Existenz des Staates Israel und sein eigentümlicher Doppelcharakter zu begreifen. Wenn die Juden, um vor Verfolgung und Ermordung halbwegs sicher zu sein, ihrerseits einen Nationalstaat, der nun einmal auch alle häßlichen Züge trägt, die zu einem solchen gehören, gründen mußten; wenn es also ausgerechnet

ein Nationalstaat sein muß, der in erster Linie ein Asyl der gerade mal Davongekommenen darstellt, dann ist dies nichts anderes als die traurige Konsequenz jener Verhältnisse, die den Antisemitismus notwendig implizieren. Wenn also immer wieder gesagt wird, der Staat Israel gründe sich auf Unrecht und Vertreibung (der Palästinenser) und dieses Unrecht perpetuiere sich in der staatlichen Repression gegen dieselben, so stimmt dies zwar, aber eben nicht nur im Falle Israels: kein "Volk" hat je in der Geschichte von einer übergeordneten Instanz einen Staat nach Gesichtspunkten des Rechts zugesprochen bekommen, wie es in der idealistischen Phraseologie vom "Recht des Volkes auf Selbstbestimmung" nahegelegt wird, sondern im Gegenteil ausnahmslos jeder Staat gründet sich auf Vertreibung, Krieg, kurz: Gewalt - deshalb ist es nicht einzusehen, daß mit besonderer Vorliebe und besonderer Vehemenz den Israelis etwas vorgeworfen wird, was zur Form Staat nun einmal dazugehört. Wenn also zumal die deutsche Linke zu Israel sich kritisch äußern zu müssen meint, so heißt dies zuallererst, über die Verhältnisse zu reden, die den Staat Israel hervorbrachten und notwendig machen; so heißt dies, daß die bedingungslose Verteidigung des Existenzrechts Israels die Voraussetzung darstellt, um dessen Politik zu kritisieren (und nicht umgekehrt), etwa im Sinne Ulrike Meinhofs, die einmal meinte, die Solidarität mit Israel schlösse selbst "einen Mann wie Mosche Dayan ein, wenn er ermordet werden sollte. Seine Politik schließt sie aus"; so hätte dies im Falle des Golfkrieges geheißen, die unbestreitbare Tatsache, daß der Staat Israel in der Regel die falschen Freunde hat, die wiederum unsere Feinde sind, nicht zum Anlaß genommen wird, nur über diese falschen Freunde zu sprechen, sondern auch mal selber ein paar Gedanken an Israel zu verschwenden, und daß z.B. die nüchterne Feststellung, daß, ungeachtet der zweifellos imperialistischen Interessen der USA am Golf, amerikanische Patriot-Raketen Israel schützten und daß die Befürwortung der Aufstellung dieser Abwehrraketen keineswegs impliziert, sich mit dem Imperialismus gemein zu machen.

Die Lage ist also keineswegs einfach, und die Positionsfindung noch weniger - unmöglich ist sie aber nur für eine Linke, die ihre besseren Erkenntnisse gründlich vergessen hat. Zur Erinnerung: Ulrike Meinhof schrieb ihren Artikel "Drei Freunde Israels" 1967, zu einer Zeit also, in der in der Folge des israelischen 6-Tage-Krieges von Springer-Presse und CDU ein wahres philosemitisches Trommelfeuer eröffnet wurde; sie konnte die durchsichtigen Interessen der deutschen Philosemiten entlarven, andererseits die Politik Israels kritisieren, ohne sein Existenzrecht zu negieren und in Proarabismus zu verfallen. Der Linken war es zu dieser Zeit noch möglich, die aufdringlich fordernde Judenfreundschaft der Prediger der "besonderen deutschen Verantwortung" und der Trauerarbeiterbrigaden darzustellen als das, was sie ist: eine Variation der beliebten deutschen Volksweise, wonach die Deutschen unter den von ihnen begangenen Verbrechen am meisten litten, und daß man als reumütiger, gramgebeugter und schuldbewußter Deutscher besonders Anspruch auf Zuspruch, Verständnis und noch ein paar andere Dinge habe - ohne deswegen gleich die Besonderheit der deutschen Verbrechen und die Notwendigkeit des Staates Israel zu negieren. Insofern ist es keine Frage, daß die halbseidenen bis verheerenden Aussagen, die im letzten AK zur Rolle Israels im Golfkrieg sowie zum Existenzrecht getroffen wurden, nicht den AK-Redakteuren persönlich zur Last gelegt werden können, sondern Ausdruck der Desolatheit der Linken hierzulande sind. Kein Grund also, den AK-Redakteuren besondere Vorwürfe zu machen, kein Grund aber auch, mit einer "Debatte" nicht fortzufahren, deren bloße Notwendigkeit schon Beweis genug ist, in welch verwahrlostem Zustand sich die deutsche Linke befindet.

cl./KB-Minderheit Westberlin

26. Logik, Konsequenz und Antisemitismus - Ströbeles Israeltrip

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:55

"Mir ist dieser Tage häufig gesagt worden: ‚Das stimmt zwar alles. Aber Sie können das nur als Jude sagen. Wenn wir es sagten, würden wir in die ultrarechte Ecke geschoben werden, die leugnet, daß wir eine besondere Verantwortung gegenüber Israel haben.` Ich bin erschrocken. Wollt ihr sagen, so frage ich zurück, daß ihr demzufolge etwas sagen zu müssen glaubt, was ihr für falsch haltet? Und gibt es denn keine Objektivität? Das alles wird um so schlimmer, als es sich hier nicht einfach um Ansichten handelt, sondern um Meinungen, die für Deutschland handlungsbestimmend werden. (...) Wenn eine Person einer anderen Person ein Unrecht zugefügt hat, muß sie wissen, daß sie in Zukunft mit Ratschlägen vorsichtig sein muß. Häufig erteilt sie dann am besten gar keine. Auf der anderen Seite kann jedoch die zweite Person auch nicht von der ersten verlangen, daß sie nun alles tun solle, was sie, die zweite, wolle. Allemal - und das scheint mir das wichtigste zu sein - muß die erste Person in Ton und Form behutsam sein; einfach insofern, als deutlich werden muß, daß sie sich über ihre Schuld nicht hinwegsetzt." (Ernst Tugendhat, Philosoph)

Nach den Israelvisiten von Konrad Weiß, Gauweiler, Genscher, Vogel und Süßmuth landete am 19.2. eine Delegation der Grünen in Tel Aviv. Ihre Absicht war es, "der israelischen Friedensbewegung" - was im Verständnis der Grünen heißt: dem Dachverband "Frieden Jetzt" und den diesen Verband mittragenden parlamentarischen Parteien - den Standpunkt der deutschen Anti-Kriegs-Bewegung zu erläutern. Gut eine Woche vor der Ankunft der Grünen-Delegation in Israel hatte Bundesvorstandssprecher Ströbele besagter israelischer Friedensbewegung einen Brief gesandt: Die israelische Regierung habe von Anfang an "auf Krieg gesetzt, obwohl ganz klar war, daß Israel von dem Krieg unmittelbar betroffen sein würde." Saddam Hussein habe mehrfach gedroht, im Falle eines Krieges auch Israel anzugreifen. "Schon die bisherigen Raketen auf Israel waren eine Konsequenz des Setzens auf eine kriegerische Lösung."

Wenn dem Esel zu wohl ist, geht er aufs Eis - bzw. gibt ein grüner Bundesvorstandssprecher unmittelbar vor einer offiziellen Reise nach Israel einem Journalisten wie Henryk M. Broder ein Interview für eine Zeitung wie "The Jerusalem Post". Dieses in Israel als Tageszeitung und in englischer Sprache erscheinende Organ, dessen wöchentlich erscheinende internationale Ausgabe als "Fenster Israels zur Welt" gilt, hat einen sehr spezifischen Leserkreis: Politiker, Diplomaten, Auslandskorrespondenten (da die weitaus meisten von ihnen des Hebräischen nicht mächtig sind, schreiben sie ihre Artikel aus dieser Zeitung ab) und Touristen. Es ging nicht (primär) darum, die israelische Bevölkerung über dieses Interview mit einer bestimmten Position bekannt zu machen; Zweck der Operation war vielmehr, die Grünen-Delegation effektiv daran zu hindern, in Gesprächen mit israelischen Friedenskräften und Politikern auf die gegen die deutsche Anti-Kriegs-Bewegung erhobenen Vorwürfe - "Naivität", "Verantwortungslosigkeit", "Antiamerikanismus", "Antiisraelismus" bis hin zu "Antisemitismus" - zu antworten. Und Broder ... - Broder ist ein außerordentlich guter Journalist, der häufig eine begnadete Feder führt, er ist - oder war zumindest - einer der schärfsten Kritiker der Haltung der israelischen Bevölkerung wie der Regierung gegenüber den Palästinensern. Geht es jedoch um Themen wie "(deutsche) Linke" (im weiteren Sinne), "Antizionismus", "Antisemitismus", wandelt er sich vom Journalisten zum Politiker, der - wie es in zahlreichen Talkshows zu Golfkrieg zu hören war - die deutsche Friedensbewegung vehement angreift und unbedingt zur israelischen Kriegspolitik steht. Nicht selten entdeckte Broder dabei, was er schon vorher wußte: Deutsche, und unter ihnen besonders die Linken, sind Antisemiten, und wenn sie dies einmal offen nicht sind, so wird diese ihre Eigenschaft spätestens im Konfliktfalle sichtbar werden. Broder in der gegebenen Situation ein Interview zu geben, ist also zumindest grob fahrlässig - wenn nicht einfach saublöd.

Das Interview

In "The Jerusalem Post" erschien das Interview, das Broder am 16.2. mit Ströbele in Berlin geführt hatte, pünktlich am 19.2., dem Ankunftstag der Grünen-Delegation in Israel. (Da mir die entsprechende Ausgabe der "Jerusalem Post" nicht vorliegt, ist mir unbekannt, welche Teile des Interviews, das in unterschiedlichen Auszügen von der "Süddeutschen Zeitung" am 19.2. und der "taz" am 20.2. veröffentlicht worden war, in Israel erschienen sind. Ein Sprecher von "Frieden Jetzt" merkte an, die englische Version sei im Ton schärfer als der

deutsche Originalwortlaut) Die gesamte nachfolgende Debatte bezog sich auf Ströbeles Äußerung, die irakischen Raketenangriffe seien "die logische, fast zwingende Konsequenz" der israelischen Politik.

Ströbele hatte zu Beginn des Interviews mitgeteilt, es ginge darum, eine "Reihe von Mißverständnissen" auszuräumen: "Uns geht es nicht darum, dem Irak oder Saddam Hussein Vorteile zu verschaffen, es geht uns darum, diesen Krieg zu beenden, weil wir meinen, daß dies die einzige wirkliche Lösung bringen könnte, einmal für das Bedürfnis Israels nach Sicherheit, aber auch für andere Probleme im Nahen Osten, einschließlich des Palästinenserproblems." Broder insistierte im weiteren Verlauf des Gesprächs:

"(...) Die Besetzung Kuwaits und Israels Präsenz in der Westbank sind für Sie ein und dasselbe. Hier wird doch Unvergleichbares gleichgesetzt.

Ströbele: Vergleichbar ist, daß Israel Territorien anderer Staaten besetzt hält ...

Broder: ... aber doch aufgrund ganz anderer Umstände. Kuwait hat den Irak nicht bedroht, Israel wurde von seinen Nachbarn bedroht.

Ströbele: Das stimmt, Israel war damals einem Krieg ausgesetzt, hat die Gebiete erobert, hat sie dann behalten. Das ist ein wichtiger Unterschied zum Irak. Trotzdem ist das Unrecht, in den Gebieten eine Besatzungspolitik zu machen, vom Grundsatz ein ähnliches Unrecht wie die Besetzung Kuwaits. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß Israel seit Jahren eine Politik betreibt, die wir nicht gutheißen können. Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels.

Broder: Also ist Israel selber schuld, wenn es jetzt mit Raketen beschossen wird?

Ströbele: Das ist die Konsequenz der israelischen Politik den Palästinensern und den arabischen Staaten gegenüber, auch dem Irak gegenüber.

Broder: Sie finden es also richtig, daß Israel jetzt beschossen wird?

Ströbele: Nein, nicht jede Konsequenz muß von mir gebilligt werden. Ich stelle einfach fest, Israel hat eine Politik betrieben, die das zur Folge hatte, das war vorhersehbar." (Zit. n. SZ, 19.2., deren Auszug hier mit dem der taz, 20.2., übereinstimmt)

Mit der Lancierung dieses Interviews war die Grünen-Visite in Israel faktisch beendet, noch bevor sie begonnen hatte. Ein ansonsten eher versöhnungsbereiter Mann wie Schewach Weiss, Abgeordneter der Arbeitspartei in der Knesset, qualifizierte die Grünen als "nicht grün, sondern gelb und braun vor Haß" und rief auf, keinerlei Gespräche mit der Delegation zu führen. Vor ihrem Hotel war die Delegation mit Plakaten konfrontiert: "Die Grünen sind die Nazis von heute." Das israelische Außenministerium und die Bürgerrechtspartei (RATZ) sagten das vereinbarte Gespräch ab. "Frieden Jetzt" hielt an der Begegnung fest. Einer der Sprecher des Verbandes stellte jedoch in einem Zeitungsinterview klar, daß "Frieden Jetzt" in der Frage des Golfkrieges ganz andere Ansichten vertritt. Die anderen Delegationsmitglieder distanzierten sich von Ströbele. Er selbst sprach im israelischen Rundfunk von einem "Mißverständnis" und verurteilte die Angriffe auf Israel als "schlimme Verbrechen", die nicht zu rechtfertigen seien. Eine Pressekonferenz der Grünen am Abreisetag wurde auf Anraten des deutschen Botschafters kurzfristig abgesagt, da anonyme Drohungen eingegangen seien.

Büttel Saddams

Hierzulande tobte derweil die grüne und die alternative Seele. Die Grünen-Vorstandsmitglieder Rühle und Heider forderten Ströbele auf, "schnellstmöglich" zurückzukommen, er habe sich "außerhalb des Grundkonsens des Bundesvorstandes gestellt". Der Vorsitzende der Grünen-Fraktion im hessischen Landtag, Joschka Fischer, bezeichnete Ströbeles Äußerungen noch am Tage der Ankunft der Delegation in Israel als "katastrophal falsch", er habe sich zum "Büttel Saddam Husseins" gemacht, den Grünen "großen Schaden" zugefügt und der Friedensbewegung "einen Tritt von hinten in die Kniekehlen" gegeben. Für die taz-Kommentatorin Petra Groll ging es um eine "ungeheuerliche Aussage" bzw. "haarsträubende Ausführungen". Bezeichnend für diese und andere Kritiken an Ströbeles Äußerung ist, daß die KritikerInnen durchweg auf jede argumentative Auseinandersetzung verzichteten - ob, und wenn ja warum Ströbeles Ansicht falsch ist, wurde erst gar nicht erörtert. Alleine Fischer unternahm eine intellektuelle Anstrengung, die sich jedoch in der Feststellung erschöpfte: "Man muß klar unterscheiden zwischen den Motiven des

Gewaltherrschers in Bagdad und einer Kritik an der Politik Israels gegenüber den Palästinensern." (Man beachte die sprachliche Differenziertheit, wenn er von "Bagdad" bzw. "Israel" spricht.)

Ströbele teilte (noch in Israel) seinen Rücktritt vom Amt des Bundesvorstandssprechers mit. Zurückgekehrt bedauerte er auf einer Pressekonferenz Bonn am 22.2. nochmals seine "mißverständlichen Äußerungen", er sei "nach wie vor der Meinung, daß diese Raketenangriffe grausam, terroristisch und ein schweres Verbrechen sind, das nicht zu rechtfertigen ist." Er kündigte an, auch auf seinen Sitz im Vorstand verzichten zu wollen. Der "ungeheure Vorwurf", er sei Antisemit, mache es ihm unmöglich, die Politik der Grünen weiterhin glaubhaft zu vertreten. Gleichzeitig warf er Broder vor, Zitate nicht im richtigen Zusammenhang, unvollständig und "sogar auch falsch" wiedergegeben zu haben; das abgedruckte Interview sei "perfide" gestaltet und von ihm nicht autorisiert worden. Broder, ein "150prozentiger Vertreter der israelischen Regierungspolitik", habe mit der Veröffentlichung des Interviews verhindern wollen, daß die Grünen in Israel die Ziele der deutschen Friedensbewegung erklären können - das sei ihm auch gelungen. (Was denn wohl heißen soll: Geht die Maus auf den Käse, ist der Käse schuld daran.) Die Bundesvorstandssprecherin Damus qualifizierte Broder als "Schmierenjournalisten", dem es darum gegangen sei, Ströbele, die Grünen und die Friedensbewegung "kaputtzumachen". (Wenige Tage später aber entschuldigte sie sich sowohl bei den Israeli und den jüdischen Gemeinden in Deutschland für Ströbeles Äußerungen; auch den Vorwurf gegen Broder, er sei ein "Schmierenjournalist", nahm sie zurück. Die Gründe für diesen Sinneswandel wurden dem Publikum, soweit mir bekannt, nicht erläutert.)

"Stürmer"-Stil

Die Benennung der gelegentlichen journalistischen Eigenart Broders durch Ströbele und Damus war dem Broder-Epigonen Götz Aly Anlaß, seinem Meister zur Seite zu springen. Mit Hilfe ein paar kleiner sprachlicher Verschiebungen - der Zweck heiligt halt die Mittel - entlarvte er in seinem "taz"-Kommentar Ströbele wie Damus als Antisemiten: Aus Ströbeles Kritik an der "perfiden" Gestaltung des Interviews wurde bei Aly "der ‚perfide` jüdische Journalist"; und Renate Damus, die Broder als "Schmierenjournalist" beschimpft hatte, hatte dann lt. Aly "den aus Kattowitz" - gemeint ist vermutlich die polnische Stadt Katowice - "stammenden Broder als ‚schmierig` (charakterisiert)". Woraus für Aly folgte, daß nicht allein Ströbele, sondern auch Damus - "vor allem wegen ihrer antisemitischen Äußerungen" - zurücktreten müsse. Denn: "Sprachlich knüpften beide Vorsitzende der Grünen völlig unverhohlen an den ‚Stürmer` und die ‚Nationalzeitung` an. Damit wird aber endgültig klar, daß ihre Ablehnung der Patriot-Raketen für Israel nicht aus tief-pazifistischer Überzeugung herrührt, sondern aus einem untergründigen, in normalen Zeiten offensichtlich nur knapp verkniffenem Antisemitismus. Gerät die Position derjenigen, die wie Ströbele seit zehn Jahren Waffen für El Salvador sammeln, in die Krise, werden die eigenen Positionen unglaubwürdig und fehlt der Mut, sie selbst öffentlich und klar zu korrigieren, dann sind plötzlich wieder die schuld, die in Deutschland schon immer schuld waren: die ‚perfiden` und ‚schmierigen` Juden."

Ernst Tugendhats anfangs zitierte Frage, ob es denn keine Objektivität gebe, ist, soweit es diesen Fall angeht, geklärt. Eine Sache ist es offensichtlich, wenn der prominente israelische Autor A.B. Jehoschua in einem (in der internationalen Ausgabe der "Jerusalem Post" veröffentlichten) Interview der politischen Rechten (was hier heißt: der gegenwärtigen israelischen Regierung) nicht nur allgemein vorwirft, "die Sicherheit des Staates zerstört" zu haben, sondern auch explizit den Umstand, daß die besetzten Gebiete nicht geräumt werden, als Ursache der von Palästinensern verübten Messermorde an jüdischen Israelis bezeichnet; oder wenn der strengreligiöse Universalgelehrte Jeschajahu Leibowitz auf einer Pressekonferenz Anfang Februar in Jerusalem erklärt, Israel sei mit Raketen beschossen worden, weil die israelische Regierung sich hartnäckig weigere, die besetzten Gebiete zu räumen und die Rechte des Palästinavolkes zu respektieren. Als eine ganz andere Sache wird jedoch aufgefaßt, wenn der deutsche Grüne Ströbele - in "Ton und Form" nicht "behutsam", in der Sache aber so richtig oder so falsch wie Jehoschua und Leibowitz - die irakischen Raketenangriffe als "logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels" einschätzt.

Bleibt die Frage: Ging es den Kritikern Ströbeles tatsächlich um den Schutz des jüdischen Staates und eine allgemeine Friedensregelung im Nahen Osten, oder ist - wie in Teilen der Linken und Grünen seit Jahren mode - der Antisemitismus-Vorwurf als Schlagholz im inner-grünen Verteilungskampf mißbraucht worden?

K., Hamburg

27. Eine Gesellschaft wird abgewickelt Der gewollte Zusammenbruch der DDR

Rubrik: Wiedervereinigung; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:24

Zur Zeit wird landauf, landab die Frage thematisiert, ob der Kanzler und mit ihm die gesamte Bundesregierung das Wahlvolk belogen habe. Keine Steuererhöhungen wegen der deutschen Einheit hieß noch bis Ende Januar dieses Jahres, als schon längst klar war, daß zur Finanzierung dieses Projektes staatliche Mehreinnahmen in Milliardenhöhe von Nöten sind.

Die alte DDR wird abgewickelt. Beteiligte an dieser Aktion sind neben der Bundesregierung, die Treuhandgesellschaft, die Länderchefs der alten Bundesländer und die gesamte Riege aus CDU-CSUFDPSPD. Mit dem Einigungsvertrag wurde bereits im letzten Sommer klargelegt, daß nichts von dem übrig bleiben soll, was einmal als DDR in der Geschichte Bestand gehabt hat. Laut Vertrag sollten die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der DDR den hiesigen schrittweise angeglichen werden. Damit war die Hoffnung verbunden, leichte, saubere und gutbezahlte Arbeit zu haben, Konsum in Maßen und soziale Absicherung dazu. Doch was die DDR-Bevölkerung jetzt trifft, ist die Seite des Kapitalismus, die im Schwarzen Kanal so unnachahmlich unglaubhaft dargestellt worden war: Arbeitslosigkeit, Konkurrenz und eine für gelernte DDR-Bürger unvorstellbare Bürokratie.

Abwicklung statt Aufschwung

Sicherlich sind die Menschen in der DDR davon ausgegangen, daß sich bis zum Erreichen hiesiger Lebensverhältnisse eine Durststrecke, eine Übergangsphase nicht vermeiden läßt. Doch was derzeit in der ehemaligen DDR täglich passiert, hat mit Übergang soviel zu tun wie Vereinigung mit Anschlußdiktat.

Allein die Politik der Treuhandgesellschaft ist hierfür ein hinreichendes Indiz. Denn diese war ursprünglich noch in der alten DDR gegründet worden, um die volkseigenen Betriebe zu entflechten und in marktwirtschaft-konforme Firmen zu verwandeln. Damit sollte ein schrittweiser Übergang zu den Wirtschaftsmechanismen westlicher Provenienz versucht werden. Doch daraus wurde nichts. Denn kurz nach dem Einigungsvertrag, unmittelbar nach der Herstellung bundesrepublikanischer Rechtshoheit über das Gebiet der DDR, wurde die Treuhand umgewidmet. Nicht mehr der Übergang stand auf der Tagesordnung, sondern klassischer Kassensturz. Rohwedder und seine Leute haben alle Betriebe und Unternehmen der ex-DDR einer Rentabilitätsprüfung unterzogen. Hierbei stand ausschließlich die Frage zur Disposition, ob die ehemaligen VEBs im freien Wettbewerb des Kapitalismus Existenz- und Überlebenschancen hätten. Bis auf wenige Ausnahmen konnte die Antwort auch ohne große Wirtschaftskenntnisse gegeben werden. Denn alle Betriebe der DDR waren nach ganz anderen Kriterien aufgebaut worden als nach denen der Profitmaximierung.

90% aller DDR-Betriebe stehen in diesem Jahr vor der Schließung. Einige wenige werden zu Schleuderpreisen an BRD-Unternehmen verkauft, was die Chancen der dort Beschäftigten kaum verbessern wird. Nicht nur der Industrie geht es an den Kragen: Auch die LPGs sind am Kollabieren, denn die staatlichen Abnahmegarantien sind weggefallen und der Markt in den fünf neuen Ländern wird von den BRD-Bauern und -Lebensmittelgrossisten in äußerst aggressiver Weise überschwemmt. Zudem haftet an den Produkten der LPGs der Makel des Minderwertigen, weil DDR-Produkt.

Gleichzeitig reden alle Politiker in Bonn davon, daß der Aufschwung, der im Westen der Republik stattfindet, auch bald den Osten erreicht haben wird. Doch das Datum für seine Ankunft wird immer weiter nach hinten geschoben. Zuerst sollte es kurz nach der Wahl soweit sein, dann am Beginn dieses Jahres, jetzt heißt es, daß die Durststrecke der DDR noch bis zum Ende des Jahres dauern wird. Bis dahin soll sowohl staatlicherseits als auch privat so effektiv im Osten der BRD investiert worden sein, daß sich der Unterschied zum Westen spürbar verringert. Für das bisherige Ausbleiben des ökonomischen Aufschwunges werden seitens der Bundesregierung und der Vertreter des Kapitals immer wieder die Fehler der Vergangenheit bemüht.

Resignation statt Hoffnung

Die Menschen in den neuen Bundesländern fangen an, Forderungen zu stellen. Sie erwarten, daß die Versprechungen des letzten Jahres eingelöst werden. Statt dessen werden sie entlassen und dies nicht nur

einzeln, sondern zu Tausenden. Ganze Regionen werden analog zu den Hochschulen abgewickelt, demontiert. Die Folgen für die dort lebenden Menschen sind fatal: nicht nur der Hoffnung auf bessere Zeiten, sondern fast jeglicher Existenzgrundlage beraubt, konfrontiert mit exorbitanten Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, öffentlichen Dienstleistungen und Wohnungsmieten und gleichzeitig kaum damit standhaltenden Lohnerhöhungen, fühlen sich viele verraten und verkauft.

Auch seit dem offiziellen staatlichen Zusammenschluß hält die Abwanderung aus der ehemaligen DDR in die westlichen Bundesländer an. Die Menschen sehen für sich dort keine Perspektive mehr, unabhängig davon, wie sie glauben, im hiesigen Teil der BRD ihr Leben meistern zu können. Die anderen, die nicht gehen wollen oder können, stehen vor einem letztendlich von der BRD angerichteten Scherbenhaufen. Frei nach dem Motto `Ruinen schaffen ohne Waffen' wird eine Gesellschaft auseinandergerupft. Den ehemaligen DDRlerInnen bleibt nur, ihre ohnmächtige Wut auf die Straße zu tragen, ahnend, daß ihre Proteste in Bonn kaum Gehör finden werden. So traurig es ist, aber wir werden derzeit Zeuge einer Politik, die sich anschickt ein kleines Land zu zerstören. Selten zuvor wurde die Bevölkerung eines ganzen Staates seitens der Regierung eines Nachbarlandes so verschaukelt wie die der DDR.

Worte statt Taten

Bislang wird in den hiesigen Medien die Bundesregierung hauptsächlich deswegen kritisiert, weil sie ihre Versprechungen von vor der Wahl in keiner Weise einzuhalten gedenkt. Wenig Beachtung findet die katastrophale Realität: Für die westlichen Bundesländer ist es unvorstellbar, daß eine Kommune oder Stadt ihre Angestellten nur mit Hilfe eines Notkredites aus Bonn die nächsten vier Wochen bezahlen kann. Selbst in der heißen Phase der Umstrukturierung des Ruhrgebietes war es selbstverständlich, daß sowohl das Bundesland NRW als auch die Bundesregierung mit finanziellen Mitteln zur Seite standen. Obwohl Kommunen wie Oberhausen, Duisburg und andere Städte des Reviers immer wieder am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehen, einer westdeutschen Gemeinde wird es nicht passieren, daß sie in Bonn um eine Überbrückungsfinanzierung für die nächsten vier Wochen betteln muß. Das käme einem öffentlichen Offenbarungseid der entsprechenden Gemeinde gleich, da sie über keinerlei eigene Sicherheiten zur Kreditierung von Ausgaben verfügt. Dieses Bild der maroden, verkommenen Verhältnisse in der ex-DDR ist politisch gewollt und zielt darauf ab, jeden Kern von Eigenständigkeit, Eigeninitiative zu ersticken.

Mit der Zerschlagung wird nicht nur der Wirtschaft der alten DDR, sondern auch den Menschen das Rückgrat gebrochen. Sie sollen merken, daß sie hier zweite Wahl sind, daß sie hier nicht so mir nichts, dir nichts am Wohlstand partizipieren können, den die Wessis sich in 40 Jahren mühsam erschuftet haben. Von Hoffnung auf bessere Zeiten kann keine Rede sein, das Tal der Tränen, das die DDRlerInnen auf unbestimmte Zeit durchschreiten werden, ist um ein Vielfaches größer als das der Ahnungslosen. Die Politik der BRD ist darauf aus, die DDR zum Süditalien dieser Republik zu machen. Und dies nicht als Übergangsphase, sondern als Dauerzustand. Denn die fünf neuen Länder sind hauptsächlich als Absatzmarkt und Arbeitskräftereservoir interessant, ein zweites NRW als Produktions-und Arbeitsstätte benötigt die BRD nicht. So werden sich in den nächsten Jahren die Lebens- und Einkommensverhältnisse in der ex-DDR den unsrigen etwas annähern, erreichen werden sie sie vorläufig nicht. Dafür, daß die Wessis ihren Wohlstandsvorsprung behalten werden, wird wohl jede Bundesregierung sorgen, denn das WählerInnenpotential der alten BRD ist einfach ausschlaggebender. Die Existenznöte und - sorgen der Menschen im Osten der BRD spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. Sie werden wohl vorerst BundesbürgerInnen zweiter Klasse bleiben.

as

28. Die Lage von Betrieben, Beschäftigten und Arbeitslosen

Rubrik: Wiedervereinigung; Imperialismus und Weltwirtschaft; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:25

Die Hiobsbotschaften aus der ehemaligen DDR reißen nicht ab. Die einstige Perle der DDR-Ökonomie, die aus 13 Betrieben bestehende Mikroelektronik-Branche mit ihren 25.000 Beschäftigten, wird bald nicht mehr sein. Nur 5.000 Beschäftigte haben noch geringe Chancen, in zwei herausgeschnittenen und an westliche Konzerne verkaufte Betriebsteile unterzukommen.

In der gesamten chemischen Industrie sind bereits 100 Betriebe liquidiert worden; von den 320.000 Beschäftigten wurden bereits 50.000 "freigesetzt", weitere 130.000 sollen folgen. In der Metallbranche, dem Herzstück der DDR-Ökonomie, sind von den 1,4 Millionen Arbeitern 300.000 arbeitslos und weitere 550.000 quasi-arbeitslos, indem sie als Kurzarbeiter eingestuft wurden. Mit dem Auslaufen des Kündigungsschutzabkommens Ende Juni diesen Jahres werden über 60% aller Metallarbeiter arbeitslos sein.

Die westdeutsche Industrie befürwortet das Auslaufen dieser Warteschleife, denn sie beklagte, daß mit der Auszahlung des Kurzarbeitergeldes in Höhe von 90% des letzten Monatslohns den Arbeitern jegliche Motivation und Leistungsbereitschaft fehlen würden.

Von den 440 Betrieben der Textil- und Bekleidungsindustrie mit rund 300.000 Beschäftigten sind erst zwei privatisiert worden - der ganze Rest gilt als nicht überlebensfähig. Vor allem die dort beschäftigten Frauen werden vom Massensterben dieser Branche betroffen sein.

Die Werft- und Schiffbauindustrie von Schwerin bis Rostock mit insgesamt rund 50.000 Beschäftigten hat nur geringe Überlebenschancen; dieser Sektor wie auch der Maschinenbau sind besonders hart vom Zusammenbruch des RGW-Handels betroffen. 28.000 Werftarbeiter müssen mit ihrer Entlassung rechnen, da die Aufträge vor allem aus der Sowjetunion ausbleiben, da der RGW-Handel nicht mehr über Transferrubel, sondern harte westliche Devisen fakturiert wird.

Diese globalen Zahlen vermitteln einen verzerrten Eindruck über die desolaten Verhältnisse in der Ex-DDR. Aufgrund der alten Industriestruktur hatten viele Kombinate eine regionale oder kommunale Monopolstellung inne. Wird ein solcher Betrieb in die Pleite getrieben, dann ist faktisch die gesamte Region "abgewickelt".

Betroffen ist davon die Kommune, die auf wichtige Steuereinnahmen verzichten muß. Daraus folgt wiederum, daß die kommunale Grundversorgung gefährdet ist - vom Auszahlen der Gehälter der kommunalen Angestellten, der medizinischen Versorgung bis zu den sozialen Einrichtungen. Durch die Schließung der Kupfer-Silber-Hütte und der Entlassung aller 2.000 Arbeiter ist in Hettstedt (Bezirk Halle) der Ofen buchstäblich aus.

Nach Umfragen der Industrie- und Handelskammern schwanken die Arbeitslosenziffern in den Regionen der ehemaligen DDR von 35% bis zu über 50%.

In der DDR findet ein Prozeß der Deindustrialisierung in bislang nicht gekanntem Ausmaß statt. Die Industrieproduk- tion ging seit der Wirtschafts- und Währungsunion am 1.7.90 um durchschnittlich 48% zurück. Nach Branchen aufgeschlüsselt betrug der Rückgang in der Metallurgie 64%, der Lebensmittelindustrie 60%, den Baustoffen 54,4%, dem Elektro- und Gerätebau 42% und im Fahrzeug- und Maschinenbau 35% - die Werksschließungen der Wartburg-Produktion und des Trabi, die bald folgen wird, noch gar nicht mitgerechnet.

Zu den 1,8 Millionen Kurzarbeitern und rund 800.000 registrierten Arbeitslosen kommen, nach offiziellen Prognosen, etwa 1,5 Millionen Arbeiter aus den vom Zusammenbruch bedrohten Exportbranchen hinzu. In der Landwirtschaft werden weitere 400.000 Arbeitslose erwartet; aus der Warteschleife des Öffentlichen Dienstes sind es noch einmal ca. 700.000 der 1,7 Millionen dort Tätigen. Diese Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit summieren sich bereits auf über 5 Millionen, und es ist alles andere als übertrieben, wenn sich die Bundesregierung Ende dieses Jahres ein weiteres Mal nach oben korrigieren müßte.

Die Arbeitsplatzvernichtung macht selbstredend auch nicht vor denjenigen Betrieben halt, die einen westlichen Aufkäufer gefunden haben. Das gilt für die Automobilindustrie ebenso wie für die "Wiedervereinigung" der Zeiss-Werke, die die Jenaer Filiale mit einem Abbau von 25.000 der 29.000 Arbeitsplätze bezahlen muß.

Die Beschäftigtenzahlen im Chemiewerk Buna bei Schkopau, einst Erzeugerin der weltberühmten Plaste und Elaste, sind von 15.000 mehr als halbiert worden. Dies ist die eine Seite des Zusammenbruchs, die Sphäre der Produktion.

Der finanzielle Kollaps in der Ex-DDR

Komplementär dazu droht der Kollaps der staatlichen Verwaltungen in den Ländern, Städten und Kommunen der Ex- DDR. Zum einen hat es sich erwiesen, daß sich die Umstellung der Verwaltungen nach westdeutschen Maßstäben als komplizierter erweist als angenommen. Das hängt u.a. damit zusammen, daß das zentrale und administrative Verwaltungssystem durch ein föderatives, mehr dezentrales System abgelöst wurde. Gravierender ist jedoch der Umstand, daß die Länder und Kommunen über keine ausreichenden finanziellen Ressourcen verfügen, gewissermaßen von der Hand in den Mund leben. Große Teile der staatlichen Grundversorgung sind in ihrer Substanz gefährdet, wenn nicht bereits zusammengebrochen.

Der Kahlschlag in der Produktionssphäre und das Ausbluten der staatlichen Ressourcen sind, so eingangs behauptet, Ergebnis einer bewußten und von Anfang an so gewollten Politik der Bundesregierung und maßgebender Vertreter des westdeutschen Kapitals. Dies wird nun zu belegen sein.

Daß die fünf neuen Bundesländer, die Städte, Kreise und Kommunen wie übrigens auch Großberlin am Rande des Abgrunds schweben und knapp bei Kasse sind, ist das Resultat des Einigungsvertrages. In diesem sind die neuen Bundesländer und deren Kommunen bewußt gegenüber ihren westlichen Nachbarn diskriminiert worden:

- die fünf neuen Bundesländer wurden bewußt nicht am geltenden Länderfinanzausgleich beteiligt. Am 16.5.90 einigten sich die Regierungschefs von Bund und Ländern auf den "Fonds Deutsche Einheit" in einer Gesamthöhe von 115 Mrd. DM bis 1994 für die Ex-DDR, von denen 95 Mrd. DM auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden sollten. Im Gegenzug mußten die fünf neuen Länder auf die gleichberechtigte Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich verzichten, wodurch ihnen Einnahmen von 20 Mrd. DM pro Jahr entgingen.

Die westlichen Länder ließen sich außerdem zusichern, daß die neuen Bundesländer nicht zu 100%, sondern nur zu 55% an den Umsatzsteuern beteiligt werden, was zu Einnahmeverlusten allein in diesem Jahr von knapp 5 Mrd. DM führt. Dennoch ließ es sich der damalige Kohl-Vasall und heutige Verkehrsminister Krause nicht nehmen, das Bonner Diktat als "einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der finanziellen Ausstattung" zu preisen; damit werde eine "zukünftige Zweitklassigkeit" der neuen Länder verhindert, verkündete er großspurig.

Infolge dieser diskriminierenden Steuerverteilung müssen sich die neuen Länder bis 1994 mit schätzungsweise 87 Mrd. DM verschulden. Zum Vergleich: die westlichen Bundesländer stehen mit 46 Mrd. DM in der Kreide. Während der Bund vom gesamten Steueraufkommen aus den alten Ländern einen Anteil von 45% abzwackt, kassiert er aus den neuen Ländern einen Anteil von 57%. Er profitiert dabei vor allem von steuerlichen Mehreinnahmen in Höhe von rund 60 Mrd. DM aus der Umsatz-und Mehrwertsteuer infolge des Konsumrausches in der DDR überproportional, während die neuen Länder am Tropf gehalten werden.

Laut Einigungsvertrag speisen sich die Einnahmen der Kommunen zu einem Fünftel aus den neuen Ländern und zu zwei Fünfteln aus dem "Fonds Deutsche Einheit"; den Gesamteinnahmen in der Größenordnung von 20 bis 25 Mrd. DM stehen Defizite in "zweistelliger Milliardenhöhe" (Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages) gegenüber. Pro Kopf verfügen die Kommunen in der Ex- DDR nur über ein Drittel der Einnahmen westdeutscher Kommunen.

In der Frage der Verteilung der staatlichen Ressourcen zwischen den "alten" und "neuen" Bundesländern zerbrach die damalige Große Koalition in der DDR Ende August letzten Jahres, als der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maiziere, seinen sozialdemokratischen Finanzminister Romberg feuerte. Romberg forderte bezüglich des Einigungsvertrages eine bessere finanzielle Ausstattung der östlichen Länder, die vom Finanzausgleich mit dem Westen bis 1994 ausgeschlossen wurden, ansonsten werde "die katastrophale

Verschuldung der DDR-Länder und die mangelnde Finanzausstattung ... auf lange Sicht festgeschrieben" (Die Zeit, 24.8.90). Romberg galt in CDU-Kreisen als Schwarzmaler, während er nach den heutigen Fakten noch als Schönfärber dastehen würde.

Die derzeitigen Gesamtschulden der fünf neuen Länder belaufen sich auf etwa 50 Mrd. DM bei einem Gesamtetat von 106 Mrd. DM - die über 10 Mrd. DM Schulden der Kommunen nicht eingerechnet. Die Einnahmen der Länder speisen sich zu etwa 10% aus eigenen Einnahmen mit sinkender Tendenz, denn von einer zusammenbrechenden Produktion in der Ex- DDR resultieren eben auch entsprechend rückläufige Einnahmen und höhere (Sozial)Ausgaben. Ca. 20% der Einnahmen erhalten die Länder aus sonstigen Einnahmen wie Gebühren, ca. 30% aus dem "Fonds Deutsche Einheit".

Bei den Kommunen und Städten in der ex-DDR ist die faktische Zahlungsunfähigkeit eingetreten. In Leipzig werden die laufenden Ausgaben nur zu 16% durch eigene Einnahmen und Bund/Länder-Zuweisungen gedeckt. Nur mit Hilfe eines Notkredits vom Bund kann die kommunale Grundversorgung über die nächsten vier Wochen aufrechterhalten werden. Das hängt neben anderen Faktoren auch damit zusammen, daß noch immer umstritten ist, wer die Subventionszahlungen in welcher Höhe für die "Altlasten" aus dem DDR-Sozialsystem für Strom, Verkehr und Mieten tätigt. Die nun nach marktwirtschaftlichen Kriterien errechneten Kosten für die Versorgung in diesen Bereichen liegen bei weitem höher als die steuerlichen Einnahmen. Hinzu kommt, daß per Einigungsvertrag die Übernahme der Altschulden der kommunalen Wohnungswirtschaft in einer Gesamthöhe von 37 Mrd. DM vorgesehen ist, so daß an Wohnrauminstandhaltung oder gar Modernisierung nicht im Traum gedacht werden kann, zumal die niedrigen Mieten in keiner Weise die erforderlichen Ausgaben der Kommunen decken.

D./Westberlin

29. Die Kosten der Einheit und die Politik in Bonn

Rubrik: Wiedervereinigung; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:26

Von Beginn an war es das Ziel der Bundesregierung, die ehemalige DDR an einen knapp bemessenen finanziellen Tropf zu hängen. Analog dazu wurde der westdeutschen Bevölkerung suggeriert, die Einheit werde nicht viel kosten und erfordere keine Steuererhöhungen.

Mit dem "Fonds Deutsche Einheit" in Höhe von 115 Mrd. DM für vier Jahre bis 1994 und einer damaligen "Anschubfinanzierung" von sage und schreibe 2,75 Mrd. DM - davon 2 Mrd. für prognostizierte 400.000 Arbeitslose und 0,75 Mrd. DM für das Sozialsystem - sollte die marktwirtschaftliche Transformation flankiert werden.

Es ist bemerkenswert in diesem Zusammenhang, daß etwa der Deutsche Städtetag und sein Vorsitzender, Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel, bereits am 8. Mai 1990 vor einem finanziellen Ruin der Kommunen warnten und wenig später eine Rechnung aufmachten, nach der die Kommunen in der ehemaligen DDR mit Finanzierungslücken von 100 Mrd. (Rommel) bzw. 150 Mrd. DM (Oberbürgermeister Schmalstieg, Hannover) zu kämpfen hätten. Damit war klar, daß bereits vor der Währungsunion am 1.7.90 die Analyse der Kosten der Einheit, wie sie die Bundesregierung vorgelogen hatte, bald Makulatur sein würde.

Während die Schulden der Ex-DDR für das letzte Halbjahr 1990 von der Bundesregierung auf 33 Mrd. DM taxiert wurden, schätzte Prof. Pohl vom Sachverständigenrat der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Kosten auf 63 Mrd. DM und plädierte in der "Zeit" vom 18.5.90 für Steuererhöhungen und höhere finanzielle Zuwendungen für die Länder der DDR.

Tatsächlich begann dann bald das Spielchen, daß sich Bonn "geirrt" hätte, um die sich ständig vergrößernden finanziellen Löcher mit notdürftigen Geldtransfusionen zu stopfen. Am 15.6.90 verabschiedete die Bundesregierung einen zweiten Nachtragshaushalt in Höhe von 11,8 Mrd. DM, Ende August folgte ein dritter in Höhe von 22 Mrd. DM - zusammen kletterte die Neuverschuldung des Bundes auf 67 Mrd. DM, so die offiziellen Milchmädchenrechnungen.

Allein 13,3 Mrd. DM aus dem dritten Nachtragshaushalt dienten der Deckung von Fehlbeträgen aus der Renten- und Krankenversicherung, je 4 Mrd. DM für Lieferverträge der DDR-Betriebe mit dem RGW und der Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

Am 27.7.90 platzte die niedrig angesetzte Anschubfinanzierung, als Waigel 2 Mrd. DM zur Sicherung der Renten überweisen mußte; bald darauf stellte er einen Scheck über 1,2 Mrd. DM für die Krankenversicherungen aus. Auch die Milliardentransfers aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung kletterten in die Höhe.

Entgegen der heutigen Behauptung des Kanzlers, sich hinsichtlich des Zusammenbruchs des RGW-Handels "geirrt" zu haben, stieg das damalige Bürgschaftsrisiko in Höhe von 2 Mrd. DM im Rahmen des Vertrauensschutzes (Artikel 13 des Vertrags über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion) bereits auf 5 Mrd. DM - und das war anno August 1990. Im Oktober letzten Jahres warnte der bereits erwähnte Sachverständigenrat vor dem Zusammenbruch des RGW-Handels, der 1989 einen Umfang von 50 Mrd. DM hatte und nunmehr auf ganze 8 Mrd. DM zusammenschrumpfte. Die Lage wurde also nicht "falsch eingeschätzt", sondern ist den Bonner Machthabern seit langem wohlbekannt.

Im November letzten Jahres gab das Bundesfinanzministerium auf Anfrage der SPD das wahre Ausmaß der Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden bekannt. Es handelte sich offiziell keineswegs um die genannten 67 Mrd. DM für 1990, sondern um 129 Mrd. DM; 67 Mrd. entfielen auf den Bund, 20 Mrd. auf die "alten" Bundesländer, 3 Mrd. DM auf die Gemeinden, 12 Mrd. DM auf die Treuhand, hinzu kommen 20 Mrd. DM aus dem "Fonds Deutsche Einheit" und 7 Mrd. DM aus dem ERP-Sondervermögen.

Darin sind die verschiedenen Schatten- und Nebenhaushalte noch gar nicht enthalten. Zu nennen wären:

- der "Fonds Deutsche Einheit" mit 115 Mrd. DM,

- der Kreditabwicklungsfonds, der sich aus 28,1 Mrd. Inlandsschulden der Ex- DDR, den 16 Mrd. DM Auslandsverbindlichkeiten und den 110 Mrd. DM Ausgleichsforderungen der DDR-Wirtschaft speist,

- die Bürgschaften für den Etat der Ex- DDR in Höhe von 11 Mrd. DM,

- die Kreditermächtigung für die Treuhand von 25 Mrd. DM,

- die Bürgschaften für die Treuhand in Höhe von 30 Mrd. DM,

- die Betriebsmitteldarlehen der Krankenkassen von 12,7 Mrd. DM,

- die Altlasten der staatlichen DDR-Versicherung in Höhe von 6 Mrd. DM, die die Allianz-Assekuranz auf den Bund abwälzte und

- Entschädigungsansprüche früherer Eigentümer und Betriebsbesitzer in Höhe von 20 Mrd. DM, wenn diese ihren Besitz zurückfordern.

Insgesamt verbergen sich in diesen Nebenhaushalten Beträge in Höhe von rund 250 Mrd. DM, für die zum Teil bereits jetzt Zinsen fällig werden. Das alles dient dem Zweck, die berühmten Kosten der Einheit in der Öffentlichkeit zu bagatellisieren, um sie je nach Bedarf, wie jetzt, neu präsentieren zu können.

Die Milliarden aus dem Kreditabwicklungsfonds gehen laut Einigungsvertrag in zwei Jahren auf den Bundesetat über, der Anteil der Zins- und Tilgungsausgaben am Gesamthaushalt wird nach heutigen Schätzungen von 9,1 auf 17,1% steigen. Das sind zwar noch keine Reagan'schen Dimensionen (die liegen bei 30%), aber sie engen die finanziellen Spielräume des Staates zusätzlich ein und sorgen für anhaltend hohe Zinsen.

Nicht mit eingerechnet sind dabei weitere staatliche Kredite bei Bahn und Post sowie Ausgaben für die ökologischen Altlasten, die sich ebenfalls auf über 100 Mrd. DM aufaddieren. Es wird für die Bundesregierung also noch genügend Anlässe in der Zukunft geben, die Bevölkerung zur Kasse zu bitten und die Teilung durch Teilen zu lindern, wie das der Bundespräsident schon seit langem einforderte.

Die Liste der Auseinandersetzungen um die Kosten der deutschen Einheit und die Unterversorgung der fünf neuen Länder ließe sich beliebig erweitern. So durch die Tatsache, daß sich die Oberbürgermeister aller größeren Städte der Ex-DDR bereits im Juli 1990 über ihre leeren Kassen beschwerten und auf Nachbesserung drängten; so durch das Herbstgutachten der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober 1990, das Arbeitslosenzahlen von 3,7 Millionen in diesem Jahr und einen weiteren Rückgang der Industrieproduktion prognostizierte. Diese damaligen "Eckwerte" wurden von Wirtschaftsminister Haussmann als "zu pessimistisch" abgetan und der Kanzler war verärgert.

Hilfeschreie aus dem Osten

Das neue Jahr wurde mit einem Paukenschlag über täglich neue Betriebsschließungen und leere Kassen der Länder und Kommunen eingeläutet - die FDP reagierte mit einer Niedrigsteuerdiskussion und mit einer schroffen Ablehnung von Steuererhöhungen.

Doch die ließen nicht lange auf sich warten. Angesichts der in diesem Jahr zu erwartenden Arbeitslosen in der ehemaligen DDR beschloß die Bundesregierung Mitte Januar, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab 1.4.91 um 2,5% auf 6,8% der Bruttoeinkommen zu erhöhen, um die Rentenversicherungsbeiträge im Gegenzug um 1% zu senken. Die Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit werden um 18,3 Mrd. DM steigen und einen Hauptteil der 25 bis 30 Mrd. DM Ausgaben der BfA decken. Die erste Steuererhöhung passierte fast lautlos die parlamentarischen und öffentlichen Bühnen.

Möllemann reiste nach Moskau und sicherte der sowjetischen Führung einen Bürgschaftsrahmen in Höhe von 9 Mrd. DM zu, um wenigstens einen Teil der früheren DDR-Aufträge aus der Sowjetunion im RGW-Handel aufrechtzuerhalten.

Im Januar stellte die Bundesregierung den fünf neuen Ländern aus dem "Fonds Deutsche Einheit" 5,6 Mrd. DM zur Verfügung - im Februar noch einmal 3,6 Mrd. und - als das offensichtlich nicht reichte - weitere 5 Mrd. DM. Hektische Aktivitäten und skurrile Diskussionen machten in der Regierungskoalition die Runde. Allen voran Möllemann mit seiner "Strategie Aufschwung Ost" in Höhe von 10 Mrd. DM, aus den Reihen der CDU

reichten die Vorschläge von Steuererhöhungen - die Kohl bereits vor den Reichstagswahlen in die mögliche Erhebung von "Abgaben" kleidete - über ABM-Programme bis zu Arbeitsmarktabgaben.

Diese hektischen Umtriebe der Bundesregierung waren ein Reflex auf die umgeschlagene Stimmung in der DDR-Bevölkerung. Der Lack eines schnellen Wohlstandsanschlusses dank der Mark ist ab, der Zusammenbruch schmerzlicher als sich viele in der "Republik" erhofften. Streiks der Werftarbeiter in Rostock, Demonstration von über 100.000 Metallarbeitern in Erfurt, vereinzelte Betriebsbesetzungen gegen Werksschließungen oder diskriminierende Sozialpläne.

Es folgte der Etatentwurf der fünf neuen Länder für dieses Jahr: Ausgaben von 106 Mrd. DM - Defizite in Höhe von 43,6 Mrd. DM, plus 7 Mrd. DM der östlichen Kommunen. Dieses Defizit ist ebenso wenig gedeckt wie der erste gesamtdeutsche Haushalt in Höhe von 400 Mrd. DM. Die Nettoneuverschuldung des Bundes ließ Waigel auf 70 Mrd. DM begrenzen; die diversen Nebenhaushalte - wie immer - nicht mitgerechnet. Die gesamte Nettoneuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden klettert in diesem Jahr offiziell auf 140 Mrd., nach Angaben der Deutschen Bundesbank auf 156 Mrd. DM. Bereits jetzt ist absehbar, daß sich Bonn wie schon im letzten Jahr über Nachtragshaushalte nachfinanziert, um die weiteren Kosten der Einheit aufzubringen - der derzeitige Haushaltsentwurf dürfte schon bald Makulatur sein.

Die prekäre Lage der fünf neuen Länder wurde in einem Gespräch des Kanzlers mit allen 16 Länderchefs vorerst bereinigt. Die Ex-DDR-Länder und Kommunen erhalten weitere 5 Mrd. DM (statt 1994) aus dem Fonds Deutsche Einheit, bereits in diesem Jahr. Dies ist der ihr zustehenden vollen Anteil am Umsatzsteueraufkommen, was ihr dieses Jahr Mehreinnahmen von rund 5 Mrd., im nächsten Jahr von ca. 17 Mrd. DM sichert.

Die Abschaffung der Vermögens- und Gewerbekapitalsteuer, die einen jährlichen Einnahmeverzicht von 9-10 Mrd. DM zugunsten von 700.000 Haushalten bedeuten, wurde nicht wieder rückgängig gemacht. Das war von dieser Regierung nicht anders zu erwarten, während sich die SPD wieder mal einen besonderen Clou einfallen ließ: ihre Länderchefs stimmten der Begünstigung der Reichen zu, während die Bundestagsfraktion ihr entschiedenes Nein verkündete.

Für all das wurden vor allem die westlichen Bundesbürger zur Kasse gebeten; auf ein Jahr begrenzte Anhebung der Lohn-und Einkommenssteuer um 7,5%, auch Ergänzungsabgabe genannt; Mineralölsteuererhöhung bis zu 25 Pfennig je Liter, dazu die Steuererhöhungen auf Heizöl und Erdgas; Anhebung der Versicherungssteuer von 7 auf 10% und Erhöhung der Tabaksteuer um 1 Pfennig je Zigarette. All das beschert dem Bund, und nur dem Bund, für 1991/92 Steuermehreinnahmen von knapp 80 Mrd. DM - die 18,3 Mrd. DM aus der Erhöhung der Arbeitslosenversicherung mitgerechnet. Für 1993 wartet bereits die Mehrwertsteuer auf ihre Anhebung - so jedenfalls steht's im Koalitionsvertrag.

Doch damit nicht genug. Vor wenigen Tagen beschlossen die Wohnungsbauminister ein Moratorium über die Altschulden im Wohnungsbau, die sich in den nächsten beiden Jahren auf 14 Mrd. DM aufsummieren. Während die 110 Mrd. DM Altschulden auf die Betriebe nicht gestrichen werden sollen, um den nötigen "Anpassungsdruck" ausüben zu können, werden die Altlasten im Wohnungsbau sozialisiert, damit die privaten Hauseigentümer und Wohnungsbaugesellschaften endlich schalten und walten können.

Bundesumweltminister Töpfer legte ein 17-Mrd.-Umweltprogramm für die ehemalige DDR auf, die sich zu je 5 Mrd. DM aus einer bald erhobenen Abfallabgabe und Kohlendioxidabgabe speisen soll. In diesem Zusammenhang sind auch Möllemann`s Forderungen zu sehen, daß sämtliche Umweltaltlasten sozialisiert werden sollen, um private Investoren in die Ex-DDR zu locken.

Die Milliardentransfers in die ehemalige DDR setzen sich in den kommenden Jahren wie folgt zusammen: (1) aus 115 Mrd. DM "Fonds Deutsche Einheit"; (2) aus 65 Mrd. DM steuerlichen Erleichterungen und zinsverbilligten Krediten (Existenzgründungsdarlehen, günstige Abschreibungen, bis zu 33% Investitionszulagen usw.); (3) aus Investitionen der Post und der Telekom in Höhe von 55 Mrd. DM; (4) aus 50 Mrd. DM, die für die Verkehrsinfrastruktur ausgegeben werden (Ausbau des Straßennetzes sowie der Bahn); (5) aus den 30 Mrd. DM Bürgschaften und 25 Mrd. DM Kreditermächtigungen der Treuhandanstalt; (6) aus Infrastrukturprogramm von insgesamt 20 Mrd. DM; (7) aus Gemeinde-Investitionsprogrammen in Höhe von 15 Mrd. DM; (8) aus Wohnungsmodernisierungsprogrammen im Umfang von 10 Mrd. DM bis 1993, die flankiert werden durch ein Moratorium für die Altschulden und kräftige Erhöhungen der Mieten (Subventionsabbau); (9)

aus ERP-Krediten (ERP: European Recovery Program, Europäisches Programm zum Wiederaufbau) in Höhe von 13,5 Mrd. DM und (10) aus 80 Mrd. DM des Bundesetats, die in die Ex- DDR abfließen.

Diese Zahlen sind ein Witz gegenüber dem tatsächlichen Finanzbedarf der Ex- DDR, soll sie in eine "postmoderne" Gesellschaft des nächsten Jahrtausends überführt werden, wie das immer wieder behauptet wird. Demnach würden gerade noch 2,5 Millionen Menschen für den jetzigen Umfang von Produktion und Dienstleistungen benötigt, bis Ende dieses Jahrtausends könnten etwa 7 Millionen Menschen in der Ex-DDR wieder Beschäftigung finden.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) beziffert die dafür nötigen Investitionen auf 1,5 bis 1,9 Billionen DM - mithin wären jährliche Investitionen von 200 Mrd. DM erforderlich. Das westdeutsche Kapital jedoch will in diesem Jahr schlappe 10 Mrd. DM investieren und die Ex-DDR weiterhin vornehmlich als zusätzlichen Absatzmarkt nutzen.

Da das alles gar nicht bewerkstelligt werden kann und auch gar nicht soll, wird die Ex-DDR auf absehbare Zeit ein "deutsches Mezzogiorno" bleiben - auch deshalb, weil das westdeutsche Kapital auch noch andere Märkte, vornehmlich den Weltmarkt und hierunter wiederum den EG-Markt, im Blickfeld haben muß. Die Ex-DDR wirkt dabei eher als störend, wenngleich sich aus dem Wachstum und der Erweiterung des Binnenmarktes auf 80 Millionen Bundesbürger günstige Mitnahmeeffekte ergeben haben.

D./Westberlin

30. Das Schlachtfest des Kapitals - Das Agieren der Treuhand in der Ex-DDR

Rubrik: Wiedervereinigung; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:27

Die Gefahr, daß der deutsche Osten auf Dauer verarmt, sei heute "eine ganz konkrete Gefahr". Die Betriebe in der Ex- DDR hätten weder die Zeit, um wettbewerbsfähige Produkte zu entwickeln, noch die Mittel dazu. Das Ergebnis sei "ein Desaster", da ein sehr große Zahl der Betriebe nicht überleben und der kümmerliche Rest aufgekauft würde. "Es findet eine Art Kolonialisierung der ehemaligen DDR statt", der Standortvorteil der Ex-DDR sei dahin, da die Lohnentwicklung schneller voranschreite als die Produktivität, die Eigentums- und Altlastenfragen noch immer nicht geklärt seien. So der "Fehlstart" der Ex-DDR und die düstere Prognose des Marktliberalen Wolfram Engels in einem bitteren Kommentar der "Wirtschaftswoche" (10-91).

Daß den ehemals volkseigenen Betrieben und Kombinaten in der einstigen DDR die notwendigen "Anpassungszeiten" fehlten und sie mit der Wirtschafts-und Währungsunion vom 1. Juli einem totalen Anpassungsschock ausgesetzt wurden, war politisch gewollt.

Das politische Instrumentarium zur Liquidation der ehemaligen DDR-Betriebe war und ist die Treuhandanstalt (THA), jenes Finanz-Holdingmonster als öffentlich-rechtliche Anstalt der Bundesregierung, das "der Privatisierung und Verwertung volkseigenen Vermögens nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft" dienen, die "Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes fördern" und "insbesondere auf die Entwicklung sanierungsfähiger Unternehmen und deren Privatisierung Einfluß" nehmen soll (Treuhandgesetz).

Der THA unterstehen nicht nur die 8.000 einst volkseigenen Betriebe aus insgesamt 40.000 Betriebsstätten, von denen rund 2.000 Betriebe der THA-Zentrale in Berlin und weitere 5400 den 15 THA-Niederlassungen zugeordnet wurden. Hinzu kommen auch 20.000 bis 25.000 Einzelhandelsgeschäfte, 2.000 Apotheken, 7500 Hotels und Gaststätten, 900 Buchhandlungen, etwa 400 LPG's und ca. 40% des gesamten Grund und Bodens der Ex-DDR.

Der THA stehen für dieses riesige Unternehmen 30 Mrd. Mark Kreditbürgschaften zur Verfügung, die fast aufgezehrt sind. Außerdem hat die THA per Einigungsvertrag einen Kreditrahmen von 25 Mrd. DM zugebilligt bekommen, von denen erst 5 Mrd. DM den Betrieben zugeflossen sind. Schon diese Zahlen sprechen für sich: die Bürgschaften entfielen vor allem auf betriebliche Altlasten, zur Deckung laufender Ausgaben und Sozialplänen, sonst wäre der nunmehr einsetzende Zusammenbruch der Betriebe bereits früher - genauer: vor den Wahlen - eingetreten.

Wenn erst so wenig Kredite von den betreffenden Betrieben aufgenommen worden sind, so sagt das erstens viel über die Überlebensfähigkeit und zweitens über die Kreditwürdigkeit dieser Betriebe aus - nämlich gleich Null.

Die bisherige Bilanz der THA bezüglich ihrer Hauptaufgabe, der Privatisierung, sieht zum 31.1.91 wie folgt aus:

- Die Berliner Zentrale verkaufte 265 Betriebe mit 250.000 Beschäftigten im Werte von 2,9 Mrd. DM. Darunter befinden sich 16 Energieversorgungsunternehmen, 100 Industriebetriebe, 9 Baubetriebe und 31 Unternehmen des Dienstleistungssektors. Die zentrale THA schätzt, daß von den insgesamt 2.000 Großbetrieben und Kombinaten nur die Hälfte eine Überlebenschance besäßen.

- Die 15 THA-Niederlassungen veräußerten 426 der 5400 von ihr betreuten Betriebe im Werte von 200 Millionen DM. Darunter befinden sich eine ganze Reihe von Unternehmen, die für die symbolische eine D-Mark a la Neue Heimat einen neuen Privatbesitzer fanden.

- Die neuen Privateigentümer, zu 90% aus dem westlichen Bundesgebiet, sagten Investitionen in Höhe von 44 Mrd. DM zu - darunter entfallen allein 30 Mrd. DM auf die Energieversorgungsunternehmen (Handelsblatt, 26.2.91).

- Rund 70% der Einzelhandelsgeschäfte, Apotheken, Gaststätten und Hotels sind ebenfalls verkauft, über deren Erlöse ist nichts bekannt.

Die runden 10% der Betriebe, die privatisiert wurden, können getrost als die bekannten Filetstücke der DDR-Betriebe bezeichnet werden. Zuallererst kamen die westdeutschen Banken, allen voran die Deutsche Bank, um sich die Filialen der ehemaligen DDR-Staatsbank zu sichern, deren Verbindlichkeiten jedoch auf den Staat abzuwälzen.

Dann kam die Allianz-Versicherung und übernahm das staatliche Versicherungsmonopol der DDR, um die 6 Mrd. DM Verbindlichkeiten ebenfalls auf den Staat abzuschieben. Zum dritten sicherten sich RWE, Preussenelektra und das Bayernwerk die gesamte Energieversorgung der Ex-DDR und wollen nun auch noch - entgegen den Bestimmungen des Einigungsvertrages - die ebenso lukrativen kommunalen Stromversorgungsbetriebe mehrheitlich übernehmen.

Sodann sagten die westdeutschen Automobilkonzerne Mercedes-Benz und VW sowie Opel (General Motors) große Investitionen und Übernahmen der Wartburg-und Trabi-Produktion zu. Stattdessen wurden (Wartburg) und werden (Trabi) die Produktionsstätten dichtgemacht, die Arbeiter entlassen und teilweise umgeschult und neue Produktionsstätten auf der grünen Wiese errichtet, da der Abriß und die Modernisierung der Altanlagen den neuen Besitzern teurer kommen würde.

Der Siemens-Konzern hat bereits 12 der angepeilten 20 Betriebe aus den Sparten Maschinen- und Gerätebau, Verkehrstechnik und Elektronik aufgekauft und plant eine Produktion im Umfang von 5 Mrd. DM in der Ex-DDR; Mannesmann sicherte sich einige wenige Filetstücke des Maschinenbaus; bei den Printmedien haben sich Gruner & Jahr sowie der Heinrich Bauer Verlag die größten Marktanteile auf dem Zeitungsmarkt gesichert.

Schließlich haben die westdeutschen Chemie- und Mineralölkonzerne einige lukrative Betriebsteile herausgeschnitten. So ging etwa der Bereich Technische Gase des Leuna-Kombinats an die Linde AG, die Mineralölverarbeitung an die britische BP, während sich die britisch-niederländische Shell an dem Chemiekombinat Böhlen zu schaffen machte. Das riesige petrochemische Kombinat in Schwedt wird Opfer zwischen der VEBA und der DEA (RWE-Konzern). Die BASF schließlich übernahm das Chemiewerk Schwarzheide.

Die Lufthansa erreichte schließlich, daß die Interflug ihre Flügel strecken mußte. Zunächst war die Lufthansa kaufwillig, zum Schein jedenfalls, damit nicht andere Konkurrenten wie British Airways in den deutschen Flugverkehrsmarkt eindringen, sondern vielmehr wirksam abgeschreckt werden konnte. Denn es ist sattsam bekannt, daß ausländische Interessenten gegenüber ihren deutschen Konkurrenten keinerlei Chancen zugebilligt bekommen. Als die Lufthansa ihre Kaufambitionen wiederholte, untersagten Bundeskartellamt, Treuhand und der Bundeswirtschaftsminister den scheinbaren Kauf aus "wettbewerbsrechtlichen Gründen". Nun ging das Scheingepoker von vorne los, auch British Airways rückte wieder an. Das rief die Lufthansa auf den Plan usw. Dieses Nullsummenspiel hatte das gewünschte Ergebnis zur Folge: die Interflug rutschte in die roten Zahlen und fiel der Lufthansa wie eine überreife Frucht zum Nulltarif zu. Wichtig waren der LH einzig und allein die Luft- und Landerechte des Flughafens wegen der geringen Kapazitäten des Flughafens Tegel; vielleicht darf die Interflug mit dezimierten Beschäftigtenzahlen noch eine Weile einige Charterflüge tätigen - bis dann das endgültige Aus kommt.

Als die THA dem Kamerawerk Pentacon und der Interflug die rote Karte zeigte, war dies das Startsignal eines großangelegten Kahlschlags der DDR-Betriebe, der von Anfang an geplant war.

Chefliquidierer Detlef Karsten Rohwedder (SPD), einst Staatssektär und danach zehn Jahre lang Chefsanierer des Hoesch-Konzerns, sagte in einem Interview mit der "Wirtschaftswoche" (48- 90) unverblümt, worum es geht. "Wir werden im Winter und im Frühjahr noch eine Zunahme von Firmenliquidationen und der Arbeitslosigkeit erleben", prophezeite er. Die THA sei nicht dazu da, "anstelle der Länder und des Bundes Struktur-, Ansiedlungs-, Energie- oder Regionalpolitik zu betreiben"; Privatisieren gehe eindeutig vor Sanieren, denn man wolle "nicht jahrelang Riesensummen in Unternehmen pumpen". Es würden auf keinen Fall Betriebe mit durchgeschleppt, die "nicht die innere Kraft zur Selbstbehauptung am Markt" hätten. Nur in Einzelfällen sollte "ansaniert" und dann schnellstmöglichst verkauft werden.

Im November letzten Jahres lagen dann die "Leitlinien der Geschäftspolitik" der THA vor, in denen die absolute Priorität der Privatisierung vor der Sanierung bekräftigt wurde. Vieles ließ sich ohnehin nicht mehr gewinnbringend veräußern, der "ganze Salat" (Rohwedder) sei nur noch schlappe 600 Mrd. DM wert - worauf

er sich nach Intervention von Tyll Necker (BDI) noch einmal nach unten korrigieren mußte: mehr als 200-250 Mrd. DM sei das Betriebsvermögen nicht wert, das meiste erbringen noch Grund und Boden.

Die harte Tour der THA sollte bald einsetzen. "Das ist eine ganz brutale Arbeit, aber im Kapitalismus hat keiner etwas zu verschenken" - so Otto Gellert, Vizepräsident des THA-Verwatungsrates mit sehr guten Beziehungen zur Deutschen Bank, als Steuerberater bei Reemtsma (der er sogleich eine DDR-Tabakfabrik zuschanzte) und zu Hamburger Geschäftsfreunden (von Tschibo bis Tamm von Axel Springer).

Zur "brutalen Arbeit" gehörte beispielsweise, die Liquiditätskredite nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip auszuschütten und von den betreffenden Betrieben nunmehr auch keine Sanierungs-, sondern Privatisierungskonzepte zu verlangen.

Anfang Januar lehnte die THA fortan die Übernahme von Exportbürgschaften für den RGW-Markt ab. Immerhin sind 2.500-3.000 Betriebe von diesem Exportmarkt abhängig, so daß der Staat mit Exportbürgschaften in Höhe von 9 Mrd. DM einsprang, von denen bereits 5 Mrd. DM in Anspruch genommen wurden.

Nach der Liquidierung von Pentacon folgte die plötzliche Stillegung der Autowerke-Eisenach (Wartburg-Produktion) zum 31.1.91, was rund 30.000 Beschäftigten, einschließlich der daran hängenden Zulieferfirmen, den Arbeitsplatz kostete.

Sodann weigerte sich die THA, Altlasten und Liquiditätsspritzen für die Werft- und Schiffbauindustrie in Höhe von 6 Mrd. DM in den nächsten Jahren zu übernehmen - schon stehen über die Hälfte der 48.000 Arbeitsplätze in der nördlichen Region der Ex-DDR zur Disposition.

Angesichts immer neuerer Hiobsbotschaften über Betriebsstillegungen ließ sich Rohwedder nicht aus der Ruhe bringen. "Wir verstehen uns nicht als der große Reparaturbetrieb der ehemaligen DDR-Wirtschaft", bekannte er freimütig in einem "Spiegel"-Interview (5-91). Die Filetstücke seien bereits verramscht, hohe Verkaufserlöse ließen sich nun nicht mehr herausschlagen. Nun gehe es weniger um den Kaufpreis, sondern darum, "wer die oft hohen Schulden übernimmt" (ebenda).

Privatisierung auf Teufel komm raus bei Sozialisierung der Kosten - so die Devise der THA. Flankierend dazu sprang der Staat mit drei neuen Gesetzen ein. Mit dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen soll es potentiellen Investoren erleichtert werden, auf Grund und Boden zu investieren, auch wenn die Eigentumsfrage noch nicht abschließend geklärt ist. Die Crux steht im Einigungsvertrag und im Grundgesetz, wonach die Rückgabe volkseigenen Eigentums Vorrang vor einer Entschädigung habe. Dieses Gesetz wird jedoch kaum ziehen, denn die über eine Million Rückgabe-Anträge auf Grundstücke, Betriebe, Forsten usw. harren auf ihre Bearbeitung. Selbst wenn dieses Gesetz zur Anwendung kommen sollte, kann dies unter Umständen ein jahrelanges Rechtsverfahren nach sich ziehen.

Zweitens legte die Bundesregierung ein Gesetz über besondere Investitionen vor, das im Zusammenhang mit dem oben genannten Gesetz steht und Investoren Vorrang vor Eigentümerrechten einräumt.

Drittens plant die Bundesregierung ein Gesetz über die Spaltung ehemals volkseigener Betriebe, das die Herauslösung von Betrieben und Betriebsteilen zwecks schneller Privatisierung erleichtern soll.

Darüber hinaus erklärt sich der Staat zur weiteren Sozialisierung der Kosten zugunsten potentieller westdeutscher Investoren bereit; dazu gehört, daß der Staat alle Umwelt-Altlasten, deren Kosten vom Münchener Ifo-Institut auf 200 Mrd. DM veranschlagt werden, übernehmen soll. Der Präzedenzfall dafür wurde bereits geschaffen: als die BASF die Chemiewerke Schwarzheide übernahm, verpflichtete sich die Treuhand zur Übernahme der Altlasten-Sanierung.

Die Treuhand selbst plant im Zusammenwirken mit der Bundesregierung, den § 613 BGB für die Ex-DDR zu suspendieren. In diesem Paragraphen ist die Abfindung geregelt, wenn Betriebe ihre Besitzer wechseln. Bislang muß nämlich auch der neue Kapitalist die Beschäftigten übernehmen und - im Falle von Entlassungen - Sozialpläne aushandeln und Abfindungen zahlen, es sei denn, die THA nimmt ihm diese Arbeit ab. Fällt dieser Paragraph, dann braucht sich ein westlicher Investor um die Zukunft der Beschäftigten keine Sorgen mehr zu machen. Bereits jetzt unterläuft die THA die in der alten BRD geltenden Abfindungsregelungen, die

besagen, daß ein entlassener Arbeiter etwa 50% seines letzten Monatslohns pro Beschäftigungsjahr erhält. In der Ex-DDR gilt für die THA die neue Faustregel, den ehemaligen DDR-Arbeitern nur 25% zuzubilligen.

Volkswirtschaftlich betrachtet, betreibt die THA eine weitere systematische Kapitalentwertung der einst volkseigenen Betriebe - zugunsten der westdeutschen Kapitalisten. Nach der neoliberalen Lehre sind die zu privatisierenden Betriebe nur noch zu einem Negativpreis zu veräußern. Global betrachtet, steht einem geschätzten Betriebsvermögen von ca. 250 Mrd. DM Altschulden der Betriebe in Höhe von 110 Mrd. DM und Umweltaltlasten in Höhe von 200 Mrd. DM gegenüber, also müßte der Staat, rein rechnerisch betrachtet, den Investoren noch 100 Mrd. DM zuzahlen. Diese Rechnung ließe sich nur dadurch freundlicher gestalten, wenn die Werte des Grund und Bodens mitberücksichtigt werden würden - darauf spekuliert übrigens auch Rohwedder, der sich von diesen Erlösen auch eine Sanierung der Treuhand verspricht.

Privatisieren? Sanieren? Liquidieren?

Angesichts der massiv einsetzenden De-Industrialisierung, deren Höhepunkt erst Ende diesen Jahres erreicht sein soll, gerät die THA in das Zentrum der Kritik. Auf der einen Seite fordern SPD und DGB, daß die THA endlich ihrem Sanierungsauftrag nachkommen möge. Der DGB fordert darüber hinaus ein 60-Mrd.-Investitionsprogramm und staatliche Strukturpolitik mit all den Komponenten, die aus der Sanierung der westdeutschen Stahlindustrie hinlänglich bekannt sind: Regionalförderung, Auffang-und Beschäftigungsgesellschaften, Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme.

Die neoliberale FDP klagt bei der THA einerseits eine raschere Privatisierung ein, andererseits weicht auch sie von ihrer reinen Lehre ab und fordert staatliche Strukturpolitik. Solche Forderungen laufen auf eine Sozialisierung der Kosten hinaus und sind - vor allem bei der FDP - der Einsicht geschuldet, daß der "Industriestandort DDR" nicht die Attrak- tion für westliches Kapital darstellt. Sie ist das Ergebnis von weiteren Diskussionen, wonach es besser sei, die Milliardensummen nicht für konsumtive Ausgaben (Sozialpläne, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) infolge der Massenentlassungen zu verwenden, sondern zumindest die Investitionen zu fördern. Anstelle der privaten Investitionen, auf die die Marktliberalen so inbrünstig gesetzt hatten, sollen nun der Staat, die Länder und Kommunen als Investoren einspringen.

Tatsächlich sind bereits etliche Mittel für diese Bereiche bewilligt und ausgeschüttet, jedoch nur zu einem Bruchteil verwendet worden. Die Kommunen beispielsweise haben erst rund eine der fünf Mrd. DM Kredite in Anspruch genommen. Die Ursache liegt zu einem großen Teil an den disfunktionalen Verwaltungen, die nun nicht mehr Mittel von der Zentrale an-und zugewiesen bekommen, sondern selbständig als Investoren auftreten müssen. Das bereitet den sich transformierenden Verwaltungen offensichtliche Probleme, so daß die Bundesregierung weitere 100 Mio. DM für Verwaltungsbeamte aus den Westländern zur Verfügung stellt, wenn sie als Kolonialherren in der Ex-DDR "Entwicklungshilfe" leisten.

Die hektischen Aktivitäten der Bundesregierung bei Mißachtung marktliberaler Prinzipien und einem Rückgriff auf klassisch-sozialdemokratische Rezepturen der Ära Brandt/Schmidt sind aber vor allem ein Reflex auf die Kampfbereitschaft der Arbeiter, die in den letzten Tagen überall in der Ex-DDR massenhaft auf die Straßen gingen und gegen ihre Entlassungen protestierten. Ihre Kampfentschlossenheit zeigte sich u.a. darin, daß die Metallarbeiter sich in Mecklenburg-Vorpommern eine Angleichung ihrer Löhne an die Tarife Schleswig-Holsteins zu 100% ab 1994 erstritten und auf die disziplinierenden Sprüche der Kapitalvertreter, sie gefährdeten damit ihren Standort und ihre Arbeitsplätze, nicht hereinfielen.

Genau diese Kampfentschlossenheit ist es auch, die die westlichen Kapitalisten und ihr nahestehende Medien zu schaffen macht; sie klagen über das weitere Auseinanderklaffen von Lohnzuwächsen und nachhinkender Produktivität, müssen dabei aber auch Kohl angreifen, der den ehemaligen DDR-Bürgern eine rasche Angleichung an das Westniveau versprach.

Wenn es um die Treuhand geht, so wird immer wieder die Forderung ihrer Regionalisierung erhoben - und zwar einträchtig von den Ministerpräsidenten aller fünf neuen Bundesländer bis hin zur PDS. Die Motive freilich sind sehr unterschiedlich. Biedenkopf etwa verspricht sich von einer Regionalisierung der Treuhand bessere Zugriffsrechte der Länderregierungen, um vor Ort rascher und schneller privatisieren zu können. Die PDS möchte damit erreichen, daß vor Ort gezielte strukturpolitische Investitionen getätigt werden können.

So sehr eine Dezentralisierung auch wünschenswert wäre, so sehr müssen dafür die notwendigen Voraussetzungen erfüllt sein, denn mit der Übernahme der Betriebe durch die Länder ist auch eine Übernahme der Schulden und Altlasten verbunden. Angesichts der leeren Kassen der Länder käme das einer Katastrophe gleich. Notwendig wäre also eine vollkommene Schuldenstreichung der betrieblichen Altverbindlichkeiten, verbunden mit erheblichen Kapitaltransfers in die Länder.

Daß sich die THA gegen diese Regionalisierung sträubt, hat sie viele Male deutlich gemacht. Eine Regionalisierung bedeute, daß viele sanierungsunfähige Betriebe künstlich am Leben erhalten würden und noch viel mehr Geld kosteten. Das Ziel der THA sei es, so noch einmal Rohwedder, die DDR am Ende des Jahres "besenrein" zu übergeben, etwa 20 bis 30% der Betriebe zu liquidieren und den großen Rest zu sortieren.

Ob die Betriebe letztlich sanierungsfähig sind oder doch noch liquidiert werden sollen, obliegt nun nicht mehr allein der THA: Bundesfinanzminister Waigel hat eigens eine 30-köpfige Kommission zusammengestellt, die das "Sortieren" bewerkstelligen soll. Vieles an sanierungsfähigen Betrieben wird nicht übrig bleiben.

Das westdeutsche Kapital hat sich für die brutalere Variante zwischen zwei möglichen Alternativen entschieden: entweder ein rascher Zusammenbruch der Betriebe und der LPG's, verbunden mit einer schnellen Privatisierung und der THA-Übernahme weniger sanierungsfähiger Betriebe, was kostengünstiger ist, aber die sozialen Folgekosten einschließlich der gesellschaftlichen Akzeptanz in die Höhe triebt - oder westdeutsche Liquiditätsspritzen, um einen größeren Teil der DDR-Betriebe am Leben zu erhalten und zu sanieren, was kostenträchtiger ist, aber gesellschaftlich akzeptabler.

Die Treuhand hat sich als Hauptstrategie für die erste Variante entschieden, flankiert von Maßnahmen der zweiten Variante, etwa im Falle der Übernahme von RGW-Exportbürgschaften durch den Staat.

So kommt es, wie es kommen soll: nur rund ein Fünftel der einstigen DDR-Betriebe und LPG`s werden in transformierter Form überleben, wie der "Spiegel" zu berichten wußte.

D./Westberlin

31. "Auf Wiedersehen, Jugoslawien ..."

Rubrik: Nationalismus; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/vor3.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:vor3

"... Der Staat stirbt spontan und unkontrolliert, es herrscht ein Todeskampf ohne Spielregeln." - So beschrieb eine slowenische Zeitung die Lage Jugoslawiens, das in seine sechs Teilrepubliken auseinanderzufallen droht. Das jahrzehntelang als Unterdrückung erlebte Verhältnis zur serbisch dominierten Zentralregierung fordert seinen Preis. Die fehlende Auseinandersetzung mit der Geschichte, die Diskriminierung von Minderheiten, das starke wirtschaftliche Gefälle zwischen Norden und Süden, in Verbindung mit der insgesamt desolaten Situation der jugoslawischen Volkswirtschaft, haben seit dem Tod Titos überwunden geglaubte Nationalismen und Sonderinteressen in ungeahnter Schärfe aufbrechen lassen.

Heute erscheint es immer unwahrscheinlicher, daß die Konflikte zwischen den Republiken und Völkern noch ohne Bürgerkrieg gelöst werden können. Zudem ist nicht nur der Kampf um die Lostrennung einzelner Republiken und um die neuen Grenzen innerhalb des jugoslawischen Gebiets entbrannt: selbst militärische Auseinandersetzungen zwischen Serbien und Albanien um den Kosovo oder mit Bulgarien und Griechenland um die von Mazedoniern bewohnten Gebiete sind künftig nicht mehr auszuschließen. Bei aller bisher demonstrierten Zurückhaltung der NATO könnte es spätestens dann "spannend" werden, wenn einer der Kontrahenten die Hilfe von UN-Friedenstruppen oder des Westens erbittet. S.26

32. Albanien - Der letzte rote Stern versinkt ...

Rubrik: Albanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:49

Nach einer Demonstration von 100.000 Menschen in Tirana am 20. Februar, deren Höhepunkt der Sturz des Hodxa-Denkmals war, wurde die albanische Regierung durch ein Präsidialkabinett abgelöst. Damit kam der albanische Regierungschef Ramiz Alia den Forderungen der in vorderster Linie der Proteste stehenden Studenten nach. Doch sich damit an die Spitze der Bewegung zu setzen, die einzige politische Überlebenschance für Alia, dürfte ihm kaum gelingen. Die neugegründeten Oppositionsparteien blieben bei diesem Übergangskabinett bis zu den Wahlen am 31.März außen vor, es setzt sich aus der regierenden Partei der Arbeit nahestehenden Politikern und Wissenschaftlern zusammen. Die ersten Maßnahmen des Präsidialkabinetts verbieten es denn auch, von einer "Erneuerung" der Regierung zu sprechen. Wenige Tage nach seiner Installierung beschloß es ein Verbot aller Versammlungen, die nicht im direkten Zusammenhang mit dem Wahlkampf stehen. Auf die Demonstration vom 20.2. wurde mit einer Verhaftungswelle reagiert, Dutzende von Oppositionellen landeten in den Gefängnissen. Unklar sind derzeit die Machtverhältnisse. Während einige Quellen wissen wollen, daß Alia mit der Ablösung der Regierung die Scharfmacher der Armee entmachtete, sprechen die Studenten nach den Verhaftungen von einem "kalten Putsch" der Armee, immer wieder kommt es zu Personenkontrollen und Übergriffen, bei denen sich auch mal ein Schuß aus einer Waffe "löst".

Die neugegründete Demokratische Partei hat bei den Wahlen zweifellos die besten Chancen, doch die Massenflucht beweist das begrenzte Vertrauen der Menschen in die größtenteils aus den privilegierten Kreisen der jetzigen politischen Klasse kommenden Oppositionspolitiker. Auch die Opposition auf der Straße hat zwei unterschiedliche Interessen - während den Arbeitern die wirtschaftlichen Nöte auf den Nägeln brennen, wollen die Studenten und Intellektuellen eine neue politische Ordnung.

Der folgende Artikel wurde uns bereits für die letzte Ausgabe des AK zugesandt, wir drucken ihn hier leicht aktualisiert ab, da er einen Überblick über die Entwicklung des letzten Jahres gibt.

Der reale Sozialismus albanischer Prägung geriet durch den Sturz des rumänischen Ceausescu-Regimes im Dezember 1989 ins Wanken; über die "feindlichen" Sender aus Jugoslawien, Italien und Griechenland, die in Albanien empfangen werden können und gegen die die PdA vergebens Sturm lief ("... macht Eure Antennen nicht zu Flaggen des Kapitalismus!") wußte die albanische Bevölkerung sehr gut über die politischen Entwicklungen außerhalb ihres Landes Bescheid.

Parallel zum Sturz Ceausescus fanden im ganzen Land Demonstrationen - die sogenannte "stille Revolution" - statt, die sich dadurch auszeichneten, daß auf ihnen kein Wort, keine Parole gerufen, kein regimefeindliches Transparent getragen wurde. Die Sicherheitskräfte reagierten zunächst einigermaßen ratlos, um die Demonstrationen schließlich doch gewaltsam aufzulösen.

Mitte Januar letzten Jahres demonstrierten nochmals Zigtausende in den Zentren Shkoder und Kavaje für den Sturz des albanischen Regimes unter Präsident Alia, der nach dem Tod des legendären Enver Hodxa (1985) die führende Rolle der PdA verkörperte. Unter dem Eindruck dieser Demonstrationen reagierte das 9. ZK-Plenum Mitte Januar. Alia kündigte eine "neue Analyse von Ideologie, Politik und Wirtschaft" an und sprach sich für Reformen zur "Verteidigung des Sozialismus" aus.

Konkret versprach er, daß für die Besetzung politischer Ämter künftig mindestens zwei Kandidaten zur Wahl stehen sollten; die Betriebsdirektoren bekamen eine größere Selbständigkeit zugesprochen und die Bauern durften einen Teil ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche privat nutzen, ebenso wie die Kolchosen, die ihre Überschüsse über Plan frei vermarkten konnten.

In der Staatsbank Albaniens war es den Albanern, die über Wertgegenstände wie Gold und Schmuck verfügten, erstmals möglich, dafür westliche Devisen zu erhalten - ein Privileg, über das nur die führenden Kader der Partei verfügten, die im "Haus der Partei" die begehrenswerten westlichen Waren verkonsumieren konnten.

Andererseits startete die PdA, vom ZK-Plenum ausgehend, eine Kampagne zur Erhöhung der "revolutionären Wachsamkeit", die jedoch nichts bewirkte.

Im März und April kam es zu einer erneuten Streik- und Protestwelle, zumal sich die wirtschaftliche Krise im Land vertiefte. Die albanische Regierung mußte einen Rückgang der Industrie- und Agrarproduktion um 10% ebenso eingestehen wie einen Einbruch in der Förderung des wichtigsten Exportartikels: dem Chromerz.

Anläßlich eines Fußballspiels in Kavaje wurden Parolen gerufen wie "Nieder mit der Hodxa-Familie", "Demokratie, Demokratie" und "Nie wieder Stalin", woraufhin es zu einer Straßenschlacht der Fans mit der berüchtigten "Sigurimi", dem albanischen Sicherheitsdienst, kam (1). Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet und verurteilt.

Präsident Alia sah sich daraufhin genötigt, von einer "Vertiefung der Demokratie" und "neuen Lösungen auf dem Weg zum Sozialismus" zu sprechen, verlangte aber ein hohes Maß an innenpolitischer "Stabilität". Auf einer Krisensitzung des ZK Anfang Mai letzten Jahres, nicht zufällig zwei Tage vor dem Besuch des UN-Generalsekretärs, wurden umfassende gesellschaftliche Reformen angekündigt: erstmals seit 25 Jahren sollte wieder ein Justizministerium eingerichtet und Rechtsanwälte zugelassen werden; die Todesstrafe wird "nur" noch in 11 statt der bisherigen 34 Straftatbestände verhängt. U.a. wurde die Todesstrafe im Fall der Republikflucht abgeschafft. Das seit 1967 verhängte strikte Religionsverbot soll aufgehoben werden, jeder albanische Bürger kann einen Reisepaß beantragen und frei ausreisen. Alia versprach, die Bürger- und Menschenrechte zu akzeptieren und räumte ausländischem Kapital "Beteiligungen" in Albanien ein.

Die Staats- und Parteiführung erklärte einen radikalen Bruch in ihrer bisherigen Außenpolitik. Man wolle ordentliches Mitglied im Rahmen der KSZE werden und diplomatische Beziehungen zu den EG-Staaten, den USA und der Sowjetunion aufnehmen.

Verbunden mit diesen konkreten Reformvorhaben waren umfassende Säuberungen in der Partei- und Staatsführung. Drei der 13 Mitglieder des Politbüros und 6 der 15 Minister, darunter die Minister des Inneren und der Verteidigung, mußten ihren Hut nehmen. Das läßt auf nachhaltige Auseinandersetzungen der "Konservativen" mit den gewendeten "Reformern" in der PdA schließen, wobei letztere die Oberhand behielten. Alia selbst kündigte einen Kampf gegen die "reaktionären Elemente" in der Partei an. Andererseits bekräftigte er zum damaligen Zeitpunkt noch, daß in Albanien "nichts ähnliches wie in Osteuropa" geschehen werde; das Land befinde sich "in einer Phase des revolutionären Enthusiasmus".

Dieser Enthusiasmus äußerte sich Anfang Juli 1990 in der Wiederholung jener Ereignisse in der Ex-DDR, die ihr Ende einleitete: den Botschaftsbesetzungen. Rund 5.000 Albaner suchten Zuflucht in verschiedenen Auslandsvertretungen des Landes, 3.000 von ihnen in der Botschaft der BRD. Angesichts dieser ansteigenden Fluchtbewegung riegelte das Militär das Botschaftsviertel in Tirana hermetisch ab, einige Menschen, die dennoch die Zuflucht suchten, wurden von den Sicherheitskräften erschossen. Nach einem tagelangen Tauziehen konnten alle 5.000 Albaner das Land verlassen.

Auf dieses Ereignis reagierte Alia wiederum mit Zugeständnissen. Die Mindesteinkommen der Arbeiter - rund 75 DM im Monat - wurden um 20% erhöht, Leistungslöhne eingeführt und privates Kleingewerbe offiziell zugelassen, nachdem in den Stahlkombinaten 10.000 Arbeiter aus Sympathie mit den Botschaftsflüchtlingen in den Streik traten.

Noch einmal: Der 9. November ...

Am 9. November 1990 fand eine weitere entscheidende Sitzung des Zentralkomitees statt, auf der fünf weitere Politbüromitglieder und zwei Kandidaten dieses Gremiums ihre Stühle räumen mußten. Die ZK-Mehrheit beschloß die Trennung von Staat und Partei, kündigte eine Wahl- und Verfassungsreform, die Einführung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit und die Aufhebung des Religionsverbotes an, die bis dahin - trotz Ankündigung - noch nicht erfolgt war.

Für den 10. Februar 1991 sah das ZK Wahlen vor, an denen jedoch nur diverse Kandidaten der PdA sowie der Massenorganisationen zur Wahl stehen sollten - andere Parteien wurden nach diesem ZK-Beschluß (noch) nicht zugelassen. Fast parallel zu dieser Sitzung erklärte der albanische Ministerpräsident Carcani, das Modell des albanischen Sozialismus sei gescheitert; das Land stehe vor einem wirtschaftlichen Kollaps, die Versorgungslage habe sich wegen einer Mißernte infolge einer Dürreperiode erheblich verschlechtert. Vor allem in den Gebirgsregionen hat sich die Situation dramatisch zugespitzt, selbst elementare Lebensmittel sind hier nicht erhältlich. In vielen Fällen könnten die Löhne nicht mehr in voller Höhe an die Arbeiter gezahlt

werden, der Zusammenbruch des RGW hat auch Albanien schwer getroffen. Viele Handelspartner verlangen heute harte Devisen statt der früher üblichen Tauschgeschäfte.

Anfang Dezember wurden eine Reihe von Gesetzen verabschiedet. So ein Dekret über die Versammlungsfreiheit, die jedoch in 10 einschränkenden weiteren Paragraphen wieder relativiert wurde; so die volle Wiederherstellung der Religionsfreiheit, aber auch das Festhalten an den Wahlen, zunächst ohne die Zulassung neuer Parteien. Die Regierung gab ferner an, bis zu diesem Zeitpunkt bereits 400.000 Reisepässe an die Bevölkerung ausgestellt zu haben.

Die Auseinandersetzungen im Dezember

Mitte Dezember kam es in mehreren Städten, so auch wieder in Shkoder und Kavaje, zu Massendemonstrationen, in deren Verlauf die Radikalisierung zunahm. Rund die Hälfte der Stadt Shkoder soll durch Brandsätze, Plünderungen, Verwüstungen, Überfälle auf Läden, öffentliche Einrichtungen und Polizeistationen zerstört worden sein.

Diese Radikalisierungen waren die Antwort auf die tiefe Krise des Landes, die zusammenbrechende Versorgung und die letztlich nur halbherzigen Reformen der gewendeten PdA, die zumindest Teile der Bevölkerung in einigen Städten zur Verzweiflung trieben. In Shkoder und einigen anderen Orten fuhren Panzer auf, um diese eskalierenden Auseinandersetzungen einzudämmen. Die Panzer erfüllten vor allem eine abschreckende Wirkung, wie insgesamt zu bemerken ist, daß sich die staatlichen Polizei-und Sicherheitsorgane noch eher zurückhielten, um nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen. Im Verlauf der Demonstrationen wurde vor allem der Sturz der noch amtierenden "Nomenklatura", nicht jedoch der Rücktritt Alia's gefordert, was darauf schließen läßt, daß Alia's Politik bei größeren Teilen der Bevölkerung durchaus als glaubwürdig erscheint und Anerkennung findet.

Es kam zu insgesamt 157 Verhaftungen, von denen 26 Demonstranten zu Haftstrafen bis zu 20 Jahren abgeurteilt wurden. Die drakonischen Strafen sollten die Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung eindämmen helfen. Auf der anderen Seite führten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zu weiteren entscheidenden Zugeständnissen seitens der Regierung. Eine Krisensitzung des ZK nahm nach den Ausschreitungen Abschied von der führenden Rolle der Partei und bekannte sich zum Mehrparteiensystem, hielt jedoch am frühen Wahltermin des 10. Februar fest. Ferner ordnete das ZK an, alle Symbole Stalins, von den Büsten und Statuen bis zu den Straßennamen, restlos zu entfernen. Die Bevölkerung feierte diese Beschlüsse in der Hauptstadt Tirana als ihren entscheidenden Erfolg.

Mit ebensolcher Freude wurde der Rücktritt der Witwe Enver Hodxas, Nadschmija Hodxa, aufgenommen. Sie schied als Vorsitzende der Volksfront Albaniens aus "Altersgründen" aus ihrem Amt und galt als die Symbolfigur der "Konservativen" in der PdA.

Postwendend gründete sich, vor einer Versammlung von immerhin 50.000 Menschen, die "Demokratische Partei Albaniens" (DPA), deren Vorsitzende Pashko und Berisha unter dem Eindruck der Dezember-Auseinandersetzungen zu Mäßigung und Besonnenheit aufriefen - ebenso wie der einflußreiche und bekannte, nach Paris exilierte Schriftsteller Kadare. Die DPA als noch sehr junge Sammlungsbewegung fordert die weitere außenpolitische Öffnung Albaniens, die Einführung von Marktwirtschaft und Mehrparteiensystem. Sie hatte auch maßgeblichen Einfluß auf die Verschiebung des Wahltermins auf den 31. März, zum früheren Zeitpunkt hätte die Opposition nach eigener Einschätzung kaum mehr als ein Fünftel der Stimmen bei den Wahlen erzielen können. Hier ist die Lage wiederum vergleichbar mit den Entwicklungen in Bulgarien und Rumänien; vor allem auf dem Lande und in den Provinzen sind die Strukturen der alten "Nomenklatura" noch weitgehend intakt, die Opposition dagegen kaum entfaltet.

Inzwischen stehen acht Parteien offiziell zur Wahl, wobei nur vier, neben der DPA die Ökologische Partei, die Christlichen Demokraten (die sich auf die katholische Minderheit im Norden beziehen) sowie die Republikanische Partei, eine auch in unserem Sinne konservative Formation mit Gründern aus vorkommunistischer Zeit, nicht der PdA nahestehen.

Doch die Zulassung oppositioneller Parteien konnte nicht verhindern, daß nach der ersten legalen und genehmigten Massendemonstration am 23.12.90 in Tirana mit über 100.000 Menschen, in der die Freude über

die Zulassung der Grundrechte im Vordergrund stand, die folgenden Proteste mit Verletzten und Toten endeten.

Anfang Januar dieses Jahres schließlich veröffentlichte das Zentralorgan der PdA, Zeri i Populit, einen neuen Verfassungsentwurf, in dem die bürgerlichen Grund- und Menschenrechte ebenso verankert sind wie die Gewaltenteilung und Bekenntnisse zu gesellschaftlicher Pluralität wie der Vielfalt von Eigentumsformen. Ausdrücklich sind nun auch Joint ventures erlaubt, und die Kleingewerbetreibenden dürfen fortan nicht nur Familienangehörige, sondern auch "Bekannte" bei sich beschäftigen. Ausgespart blieb bisher das Problem des nach wie vor voll existenten Sicherheitsdienstes "Sigurimi", gegen den sich der Volkszorn noch erst entladen wird, wenn weitere Einzelheiten über dessen Aktivitäten bekannt werden. Kuriosum am Rande: im Verfassungsentwurf definiert sich Albanien nach wie vor als eine "sozialistische Volksrepublik".

Die Staatsführung erfüllte schließlich eine weitere Forderung der Bevölkerung: sie amnestierte die ersten 202 politischen Gefangenen, die im Verlaufe der Demonstrationen in den letzten Monaten verhaftet wurden. Die gesellschaftlichen Veränderungen in Albanien führten zu einem weiteren Problem: der Flucht. Über 50.000 Menschen haben mittlerweile das Land verlassen. Zwischen Weihnachten und dem Jahresanfang flohen zunächst über 4.000 Menschen nach Jugoslawien (in die Provinz Kosovo), der größere Teil nach Griechenland. Die Hauptursache liegt darin, daß die ethnische griechische Minderheit - etwa 200.000 Menschen griechischer Herkunft sollen noch in Albanien leben - nunmehr ihre Unterdrückung und Diskriminierung seitens der albanischen Mehrheit befürchtet. Zwar hat bereits das alte Regime einen Teil dieser Minderheit in den Norden zwangsumgesiedelt, doch nunmehr wird noch weitaus schlimmeres befürchtet - wohl nicht zu Unrecht, wenn man sich die Entwicklungen in den Nachbarländern Albaniens vor Augen führt.

Das albanische Militär hat diese Flucht zunächst mehr oder weniger hingenommen, später wurde auf Flüchtlinge geschossen, einige von ihnen getötet. Die Ausreise ist mittlerweile legalisiert, die Menschen verzichten wegen der langen Wartezeiten jedoch darauf, sich gültige Papiere und Visa zu beschaffen. Stattdessen machen sich Zehntausende in schrottreifen Schiffen über die Adria auf den Weg, im italienischen Hafen Brindisi sind mittlerweile über 15.000 angekommen. Zehntausende warten in den albanischen Hafenstädten noch auf eine Möglichkeit zur Ausreise, die Armee hat die Hafengebiete unter Militärrecht gestellt und Menschenansammlungen verboten. Weitere Tausende haben sich trotz Bewachung durch Militärs in den Botschaften in Tirana versammelt.

Ein weiteres "heißes Eisen" kündigt sich erst noch an. Es war Alia selbst, der die deutsche Einheit als Vorbild für die "Wiedervereinigung" Albaniens mit der Provinz Kosovo anpries; der Balkan wird wieder zum europäischen Pulverfaß, die Droge des Nationalismus könnte sich schon alsbald als absolut tödlich erweisen.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Der "Sigurimi" besteht aus 30.000 Sicherheitsbediensteten (ca. 1% der Gesamtbevölkerung) und ist in etwa mit der rumänischen "Securitate" vergleichbar.

33. Sowjetunion von innen. Fünf Monate als Praktikant in landwirtschaftschaftlichen Betrieben der UdSSR

Fünf Monate als Praktikant in landwirtschaftlichen Betrieben der UdSSR

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:01

Wer träumt nicht davon, sein Examen oder einen Teil seiner beruflichen Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Vielleicht sogar in einem Land des noch existierenden RGW. Dieses wurde für einen Genossen aus unseren Reihen Realität. Nach erfolgreich absolviertem Praktikum und Examen schickte er uns folgenden Bericht über seine Eindrücke von dieser Reise. Subjektiv ist dieser Blick, er eröffnet aber dennoch Erkenntnisse, die einem den Alltag, die Härte der Realität in der UdSSR näherbringen.

Es war klar, daß es nicht leicht werden würde, die Möglichkeit für ein landwirtschaftliches Praktikum in der UdSSR zu bekommen. Seit Sommer 1988 war ich auf der Suche nach Stellen, die sowas einfädeln können. Erst im Februar 1990 bekam ich grünes Licht vom Deutschen Bauernverband, der in Zusammenarbeit mit dem BRD-Landwirtschaftsministerium seit 1989 einen Austausch landwirtschaftlicher Arbeitskräfte mit der UdSSR organisiert.

In spannungsgeladener Erwartung und sehr nervös stehe ich schließlich am 28.5. um 22 Uhr am Kölner Hauptbahnhof, von wo der Zug mich und drei weitere Praktikanten in 37 Fahrstunden nach Moskau bringen soll. Fünf Monate werden wir auf verschiedenen Betrieben in der UdSSR arbeiten.

Auf den weißrussischen Bahnhof in Moskau empfängt uns Sergei Blinski vom GOSKOMPROD (Staatskomitee für Nahrungsgüter). Einen ganzen Nachmittag werden wir mit den notwendigsten Informationen gefüttert und noch am selben Abend zum Kiever Bahnhof gebracht. Zwei Monate sollen wir in der Ukraine arbeiten, dann auf vier verschiedene Betriebe in Weißrußland verteilt werden.

In der Ukraine

Am nächsten Morgen, bei strahlendem Sonnenschein, kommen wir in Kiev an. Bogdan Daniljuk, 38 Jahre alt, schüchtern, sehr aufmerksam, holt uns ab. Tausend Fragen an ihn, am Anfang Verständigungsprobleme, weil es keinem von uns leicht fällt, in so kurzer Zeit vom Deutschen aufs Russische umzusteigen.

Bogdan arbeitet in der Raion-Vereinigung (RAPO) von 23 Kolchozen und einer Sovchoze, 220 km von Kiev entfernt, in Wolhynien, in der Kleinstadt Korec. Im Auto erklärt er uns, daß wir einen Monat lang unter seinen Fittichen in Korec bleiben und dann 500 km weiter nach Westen auf einen anderen Betrieb verfrachtet werden. In den vier Stunden Autofahrt bekomme ich den ersten Eindruck von der Ukraine. Platt wie ein Bügelbrett, riesige Felder mit Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln, die nur entlang der Straße und am fernen Horizont durch kleine Waldstreifen unterbrochen sind. Wir fahren durch Shitomir, an kilometerlangen Industrieanlagen vorbei. Bogdan erkundigt sich detailliert nach unserem Beruf (ein Gärtner und drei Landwirte), fragt, was wir sehen wollen, warnt uns vor dem Alkohol, berichtet über Versorgungsprobleme ("alles ist Defizit") und entschuldigt sich fast dafür, daß sein Land unseren vermeintlichen Wessi-Ansprüchen nicht wird genügen können. Erstaunt will er wissen, was uns denn nun gerade in die UdSSR getrieben hat.

In Korec wohnen wir in einem neu gebauten Erholungsheim. Am Ankunftsabend offizieller Empfang durch die RAPO-Leitung. Das üppige Essen weckt meine Lebensgeister, und der obligatorische Wodka wird gleich zum Diskussionsgegenstand, weil ich am Glas nippe, anstatt es in einem Zug zu leeren. Nach dem Essen folgt der gesellschaftspolitische Rundumschlag: deutsche Einheit, Perestroika, Probleme der Landwirtschaft.

Wir bekommen einen Vorgeschmack auf eine Kette von Diskussionen, die in den nächsten Monaten folgen werden. Lachen und Staunen bei den Ukrainern über den Dissens der Praktikanten zur deutschen Einheit. Das Gros meiner Gesprächspartner in den nächsten Monaten begrüßt die deutsche Einheit als Schritt auf dem Weg zum Ende des Kalten Krieges und als völlig natürlichen Vorgang. Mich irritieren ihre Stellungnahmen, ihr scheinbar fester Glaube an die bevorstehende neue Zeit der allgemeinen europäischen Zusammenarbeit und an die Chancen eines Wohlstands für alle im "gemeinsamen Haus Europa". Glauben sie das wirklich, oder schmieren sie dem Wessi nur das Maul mit Honig ein, damit er sich wie zu Hause fühlen kann? Es wird noch

einige Zeit dauern, bis ich merke, daß dieses rosarote Gemälde wirklich ein Stimmungsbild in vielen Köpfen meiner Gesprächspartner widerspiegelt.

Es ist Bogdan zu verdanken, daß ich innerhalb eines Monats so viele Facetten der sowjetischen Provinzrealität kennenlerne. Er führt uns durch dutzende Betriebe, ermöglicht Gespräche mit Betriebsleitungen, Gewerkschaftsvertretern, Pächtern (die Pacht, auch als individuelle Bodenbesitzform, ist seit 1988 möglich) und Parteivertretern. Dem alltäglichen landwirtschaftlichen Arbeitsprozeß begegnen wir in diesem Monat nur gelegentlich.

Kontraste

Der Kolchoz "Zarja" (Morgenröte) ist eine Musterfarm aus dem Bilderbuch des Realsozialismus. Als ich mit Bogdan ins Amtszimmer des Kolchozvorsitzenden geführt werde, bin ich platt. Nichts hat hier mit dem zu tun, was mir in anderen Betrieben bisher begegnete. Die protzige Inneneinrichtung erschlägt den Besucher, der Kolchozchef hinter einem riesigen Schreibtisch strahlt Macht durch die Atmosphäre dieser Räumlichkeit aus. Bildlich kann ich mir vorstellen, wie der Normalkolchoznik, der diese heilige Halle betritt, sich buchstäblich zur Laus degradiert fühlen muß.

Vladimir Antonovitsch Pljutinski, ein angegrauter Endfünfziger mit Patriarchengesicht, erzählt mit sichtlicher Genugtuung über unser Staunen von sich und "seinen" Erfolgen: hohe Gewinnspannen, beste Sozialeinrichtungen für die mehr als tausend Beschäftigten, betriebseigene Wohnungen, ein Einkaufszentrum und überdurchschnittliche Löhne. "Zarja" wurde als Musterbetrieb dazu auserkoren, im "Joint Venture" mit dem Saatgutmulti "Pioneer" Hybridsaatgut für den Bedarf des sowjetischen Maisanbaus zu produzieren. Die Frage nach den Ursachen "seines" Erfolges beantwortet Pljutinski grinsend mit dem Hinweis darauf, sich nie zu eng an die Planvorgaben gehalten zu haben.

Was gab ihm die Möglichkeit zu solchen Eigenmächtigkeiten? Er erwähnt fast beiläufig, daß er Deputierter im Obersten Sowjet der Ukraine ist und daß es ihm gelungen ist, durch die Möglichkeit des Direktexportes von Frühgemüse in die BRD selbst Devisen zu freier Verfügung zu erwirtschaften. Bei der folgenden Besichtigung sehen wir Gewächshauskomplexe auf neuestem technischem Niveau. Ein Teil des Frischgemüses geht sofort aus der automatischen Verpackung per LKW nach Kiev und von dort mit dem Flugzeug in die BRD. Ein Ingenieur von "Pioneer" begleitet uns und zeigt uns anschließend die Anlagen in der Joint-Venture-Abtei- lung. Auf Englisch beklagt er sich über das stockende Zuliefertempo der sowjetischen Stellen und die niedrige Arbeitsmoral der Beschäftigten, gibt aber zu, doch recht satte Profite aus dem Geschäft zu ziehen.

Zwei Tage später kutschiert Bogdan uns zur kleinsten und ärmsten Kolchoze im ganzen Umkreis. Im kleinen verschlafenen Dorf sieht es aus wie in fast allen Dörfern: die ungepflasterte Dorfstraße ist bevölkert durch Hunderte von Gänsen, Enten und Hühnern, es gibt wenig Autos, aber viele Pferdefuhrwerke. Privates Fortbewegungsmittel ist meist ein Motorrad (Marke "Dnjepr"), dessen Beiwagen mitunter auch zum Transport von Viehzeug, Kartoffeln oder Holz dient. Die kleinen Häuser entlang der Dorfstraße sind einstöckig, braun oder blau gestrichen und umgeben von Gärten mit Kartoffeln, Gemüse und Rüben. Nach außen eine Idylle, für den Insider - wie ich unzählige Male höre - eng, öde, perspektivlos.

Der Vorsitzende, der aus dem alten Holzgebäude der Kolchozverwaltung tritt, ist ein sympathischer, schwarzgelockter Riese in Arbeitskleidung. Er lädt uns gleich zum Angeln am See hinterm Haus ein. Wir drängen ihn aber, uns vorher ein paar Auskünfte zu geben. Er beklagt sich, daß die Planauflagen ihm bisher wenig Raum gegeben haben, genügend Gewinne für die notwendige Weiterentwicklung des Betriebes zu erwirtschaften. Angesichts der geringen Kolchozgröße sei eine Spezialisierung die einzige Möglichkeit, den Mechanisierungsgrad und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, mit den eigenen Kosten unter dem staatlichen Einkaufspreis zu wirtschaften. Stattdessen haben die Planauflagen den Weg zur Spezialisierung durch Verpflichtung auf wenig rentable Mehrbereichswirtschaft blockiert. Der Betrieb wirtschaftet in den roten Zahlen und ist verschuldet. Die Folgen: Investitionen sind nur durch weitere Kreditaufnahme möglich, die Sozialleistungen sind unzureichend, die Löhne unter dem regionalen Durchschnitt und die Mechanisierung gering. Die Misere verschlimmert sich noch durch die Landflucht jugendlicher und qualifizierter Arbeitskräfte.

Die landwirtschaftlichen Reformen der letzten Jahre stoßen bei ihm auf Zustimmung, soweit sie darauf abzielen, ihm eine größere Autonomie in der Produktionsplanung zu geben, und ihm durch Preisfreigabe oder höhere staatliche Einkaufspreise die Möglichkeit geben, Gewinne zu erwirtschaften.

Bogdan, der selbst bis vor vier Jahren noch einen Kolchoz geleitet hat, bestätigt dies, fügt aber noch hinzu, daß die zentrale Produktionsplanung "am grünen Tisch", fernab von der regionalen landwirtschaftlichen Realität, auch eine "Rentnermentalität" der Betriebsleiter hat entstehen lassen.

Problemlose Kreditfinanzierung, diverse Subventionen aus dem Moskauer Zentralbudget für unrentable Betriebe und Planerfüllung als erste Erfolgskennziffer haben es den Betriebsleitungen jahrzehntelang als zweitrangig erscheinen lassen, zu welchen Kosten diese Erfolge erzielt wurden.

Auf der Rückfahrt poltert Bogdan los. Dieses System hat sich als unfähig erwiesen, den Leuten nach jahrzehntelanger Schinderei genug Konsumgüter zur Verfügung zu stellen. Es hat den Bauern enteignet, ihn zum lohnabhängigen Befehlsempfänger degradiert und kämpft heute gegen die selbsterzeugte Passivität. Er steht einer großangelegten Reprivatisierung der Landwirtschaft mehr als skeptisch gegenüber, hält diese für einen Rückschritt. Nur sieht er das Dilemma darin, daß der landwirtschaftliche Staatsbetrieb (und als solcher funktioniert auch ein Kolchoz) keine wirklich kollektive Arbeit, neue wirtschaftliche Verkehrsformen hervorgebracht hat. Als ich ihm sage, daß ich mich als Lohnarbeiter auch vor jedem Zuviel an Leistung drücken würde, wenn ich den kargen Lohn nicht entsprechend in Waren würde umsetzen können, lacht er. Ein Zirkel, den er genauso sieht: solange der allgemeine Mangel jeden monetären Anreiz zunichte macht, wird sich Motivation nicht entwickeln. Angeregt sprudelt er raus, daß er Bucharin gelesen hat, der mittlerweile in jeder Buchhandlung steht. Kolchoz und Sovchoz müssen zu wirklichen Kollektiven, Orten kooperativer Arbeitsformen werden. Wie? Sieht er in den gegenwärtigen Landwirtschaftsreformen, in Genossenschaften und Pachtsystem einen Ansatz? Er zuckt mit den Schultern. Vielleicht. Allerdings sind das bisher nur allerlei Experimente, und unter diesen Experimenten, meint er, leidet vor allem die Versorgung der Bevölkerung in den Städten.

Zu Zeiten Breshnews waren die Läden voller als heute. Natürlich will auch er nicht wieder zurück; wie alle, mit denen ich spreche, freut er sich über die neue Informationsfülle, das Stückchen politischer Freiheit. Jahrzehntelang seien die Leute verschaukelt worden. Jetzt, wo die Geschichte aufgearbeitet wird, die Presse ein düsteres Bild der inneren Realität und ein umso helleres vom Ausland zeichnet, stürzt die schon brüchige Identität der Leute ins Nichts.

Bogdans Gedanken sind ein Gemenge von Hoffnung und Ratlosigkeit. Seit langem ist er Parteimitglied, will es auch bleiben. Ich frage noch nach der "Marktwirtschaft", die bei ihm einige Skepsis auslöst. Der Begriff diene seinen Urhebern meist dazu, dem Publikum glauben machen zu wollen, den Stein der Weisen für den Wohlstand der Wessis gefunden zu haben. Boris Jelzin? Er macht eine vielsagende Geste: ein Plappermaul!

Der erste Monat mit seiner geballten Ladung an Eindrücken und Informationen hat mich ausgelutscht, und als es am 30.6. weiter nach Westen geht, steigt in mir der Wunsch nach einem "monotonen" Arbeitsalltag hoch.

Transkarpatien

An der Westseite der ukrainischen Karpaten, direkt an der ungarischen Grenze, empfängt uns eine Landschaft mit Wein, Obstanlagen und Tabak. Es ist so heiß, daß wir unsere Fußspuren in der Mittagshitze im Asphalt der Straße hinterlassen. In den nächsten eineinhalb Monaten wird es nur dreimal regnen.

Ich schwitze und arbeite in einer großen Obstanlage des Kolchoz "Lenin" und bewohne ein kleines, einräumiges Haus am Rand eines Straßendorfes, 10 km von der Raionhauptstadt Beregovo entfernt. Im Dorf Häuser mit roten Ziegeldächern und Vorgärten, in denen weit ausladende Aprikosen- und Walnußbäume der staubigen Straße ein wenig Schatten geben. Hier, wo die Karpaten in die steppenähnliche ungarische Tiefebene auslaufen, lebt eine Bevölkerung aus Ungarn (der Landstrich gehörte bis 1945 zu Ungarn), Rumänen, Ukrainern, Russen und ein paar tausend Donauschwaben, die sich im vorigen Jahrhundert hier ansiedelten. Das Gros der Bevölkerung spricht Ungarisch, Ukrainisch und Russisch.

Die Arbeit in der Obstanlage raubt mir bei der sengenden Hitze in der ersten Woche jeden Aktivismus. Die neunköpfige Brigade, in der ich arbeite, hat jetzt zur Erntezeit die ganze Schülerschaft des Dorfes mobilisiert. Es dauert nur wenige Tage, bis ich in den normalen Tagesablauf integriert bin, immer wieder neue Leute kennenlerne, die manchmal mehrere hundert Kilometer im Auftrag des Einzelhandels fahren, um tonnenweise Obst einzukaufen.

Ein 34-Tonner aus Azerbaidshan, bis zur Decke mit Pflaumen vollgeladen, hat noch in einer Ecke etwas freien Raum, der mit Pfirsichen gefüllt werden soll. Er ist auf dem Weg nach Lvov, wo er eine Kooperative beliefert, die Verträge mit einem Obstbetrieb in der Nähe von Baku hat. 7 Leute springen aus dem engen Fahrerhaus. Es beginnt ein lautstarkes Feilschen um den Preis. Martha, die Buchhalterin der Brigade, ist entnervt. Die Azerbaidshaner streiten um jede Kopeke. Die Kolchozverwaltung hat ihnen das Obst zugesagt, läßt Martha aber Spielraum bei der Preisgestaltung. 1 Rubel soll das Kilo kosten, 180 Kisten stehen aber noch im Lager, und bis morgen Mittag werden Qualität und Preis drastisch sinken. Jeden Pfirsich drehen sie zehnmal um, mäkeln hier und dort, bis sie schließlich Martha das erlösende Wort aus dem Mund locken: 60 Kopeken.

Viele Leute kommen regelmäßig, um Obst zu holen, manche jeden Tag. Mitunter ergibt sich auch mehr als ein Schwätzchen. Ich werde eingeladen und lerne nebenbei Papisch, den schlitzohrigen Redakteur der Regionalzeitung "Rote Fahne" kennen, der mich dem örtlichen KGB- Chef vorstellt und Stein und Bein darauf schwört, daß das KGB sich im Zuge von Glasnost zum Wohltätigkeitsverein gemausert hat.

Anschließend ergibt sich ein Besuch im Forschungsinstitut für Obst- und Weinbau in Beregovo. Dort erfahre ich Näheres über das Scheitern der Anti-Alkoholkampagne, die 1985 von der sowjetischen Regierung initiiert wurde. Der Institutsleiter erzählt, daß das Institut und zahlreiche Betriebe Rebanlagen roden mußten, z.T. auch sehr wertvolle Sorten dieser Rodung zum Opfer fielen. Da Alkohol rationiert ist und täglich erst ab 14 Uhr nach Vorlage einer Meldebescheinigung verkauft wird, die Preise zudem enorm anzogen, gehen immer mehr Leute dazu über, Schnaps selbst zu brennen. Das führte 1988/89 zu Zuckerverknappung. Der Zuckerverkauf ist seitdem rationiert. Und es machen diejenigen Geschäfte, die in ihren Betrieben Deputatzucker erhalten. Dieser wird dann schwarz weiterverkauft. Infolgedessen hat der Alkoholkonsum kaum abgenommen, hat sich nur auf den Schwarzmarkt verlagert. Ich habe das selbstgebrannte Zeug mehrmals kosten und es mir durch den benzinähnlichen Geschmack und die trübe Spülwasserfärbung schnell abgewöhnen können.

Im Dorf, wo ich wohne, ist Selbstversorgung unmöglich. Da es außer Brot, Tee und Nudeln im Laden nichts gibt, beziehe ich neben dem Essen in der Betriebskantine alles Wesentliche über die Kolchozverwaltung. Ein Mineralwassereinkauf erlaubt einen kleinen Einblick in den Schwarzhandel. Von wenigen Kisten, die vorgestern noch im Laden standen, ist nichts mehr übrig. Als ich aus dem Laden komme, läuft mir der Bäcker, den ich gut kenne, über den Weg. Ich erzähle von meinem mißlungenen Einkauf. Er faßt mich am Arm und schiebt mich wieder in den Laden, redet ein paar Brocken Ungarisch mit der Verkäuferin und winkt mich in den Keller. Dort türmen sich die Kisten mit Mineralwasser bis zur Decke. Ich schleppe 10 Flaschen ab. Für die Verkäuferinnen ist diese Schwarzmarktstrategie lebenswichtig. Da sie mit ihrem geringen Lohn sowieso nichts Adäquates kaufen können, wird Mangelware verschoben, um andere Mangelware zu bekommen. Wer nicht über begehrte Tauschobjekte verfügt ...

Ende Juli werde ich von einer Familie eingeladen. Der Vater ist Ukrainer, die Mutter bezeichnet sich als Deutsche. Ihre Vorfahren sind im letzten Jahrhundert eingewandert. Die Familie unterhält sich mit mir in einem Gemisch aus Deutsch und Russisch. Ihre ausgeprägte Animosität gegenüber der UdSSR gründet sich auf den Verlust der kulturellen Autonomie nach 1945, als diese Region der Ukraine zugeschlagen wurde. Menschen wurden deportiert, Schulen geschlossen und der Gebrauch der deutschen Sprache untersagt. Ich frage vorsichtig nach dem Problem der Kollaboration mit der faschistischen Besatzungsmacht. Die Leute wehren ab, meinen, die deutsche Bevölkerung hier habe sich eher indifferent verhalten, was ich nicht überprüfen kann. Ich höre aber von anderer Seite nichts Gegenteiliges.

Seit 1987 ist das System dieser Restriktionen gelockert worden. Eine deutsche Schule ist im Bau und die seit 1945 geschlossene Kirche wird restauriert. Zugleich nimmt der Trend zum Auswandern zu. Mir wird von einer Reihe von Familien berichtet, die in die BRD ausgewandert sind oder dies demnächst wollen.

Immer wieder höre ich von den Leuten, daß "die Russen" das einst blühende Land in den letzten 40 Jahren heruntergewirtschaftet hätten. Ein glatter Schwindel. Dieser Landstrich gehörte bis 1945 zu den ärmsten Europas. Die Leute suchen anscheinend einen griffigen Sündenbock für die gegenwärtige Misere.

Der recht freie Grenzverkehr mit Ungarn nährt die zum Teil illusionären Vorstellungen vom Segen im Westen. Für die meisten in der UdSSR ist die Abhängigkeit des Konsums vom Einkommen keine Meßlatte, weil das Warenangebot im Einzelhandel die Konsumgrenze bildet. Volle Regale im Ausland suggerieren vielen die Möglichkeit der unbeschränkten Bedürfnisbefriedigung.

Irgendwann in den letzten Julitagen kommen Leute vom Regionalfernsehen, fragen nach unseren Eindrücken, nach den Beweggründen unseres Aufenthaltes in der UdSSR und - natürlich - nach der deutschen Einheit.

Eine Woche später, es ist Sonntag, ich komme gerade von einer Tagestour in die Karpaten zurück und lege die letzten Kilometer vom Bahnhof zu Fuß zurück, hält mit quietschenden Bremsen ein Autobus neben mir. Der Busfahrer winkt. Ich soll einsteigen. Drinnen werde ich mit offenem Lachen empfangen, die Leute erzählen von der Fernsehsendung. Der Busfahrer setzt mich direkt vor der Haustür ab.

Nach Moskau

Am 16. Juli beginnt die Hektik. Durch das Radio erfahren wir Detailliertes über die Langzeitfolgen der Tschernobyl-Katastrophe in Weißrußland. Fast täglich telefoniere ich mit Moskau, dränge darauf, im August/September woanders, nur nicht in Weißrußland zu arbeiten. Anfangs treffe ich auf etwas Unverständnis, dann geht die Sache klar. Am 30.7. kommt der Bescheid, daß wir ab dem 17.8. in Moskau arbeiten werden. Ich freue mich auf Moskau, bin aber zugleich etwas wehmütig, nun die sowjetische Provinzruhe verlassen zu müssen.

40 Stunden dauert die Zugfahrt bis Moskau. Der Zug schleicht sich durch die Landschaft. Tagsüber heizt die Sonne die Waggons auf die Temperatur einer Backröhre auf, und in der Nacht wird's auch nicht erträglicher. In den Schlafwagenabteilen läßt sich kein Fenster öffnen.

In Moskau werden wir auf verschiedene Betriebe verteilt. Ich arbeite in einem Gewächshausbetrieb direkt am Moskauer Fernsehturm "Ostankino". Ich ziehe in eine kleine Betriebswohnung in einem alten Arbeiterwohnviertel aus den frühen 30er Jahren. Neben mir die betriebseigene Berufsschule für Gärtner, über mir das Wohnheim für die Schüler.

Im Betrieb herrscht eine rigide Arbeitsmoral, die ich bisher in der Sowjetunion noch nicht kennengelernt habe. Olga, die Brigadierin, schaut bereits vielsagend auf die Uhr, wenn ich erst um zwei Minuten nach acht antanze.

Semjon, ein Arbeitskollege, Glaser von Beruf, lädt mich ein, ihn am nächsten Abend zu besuchen. Er wohnt direkt in der Nachbarschaft. Er stammt aus Kazan, aus der Autonomen Republik Tatarien, ca. 700 km östlich von Moskau. Er ist nach Moskau gezogen, weil hier mehr los ist und er mehr verdient. Um 19 Uhr suche ich mir den Weg durchs lichtlose Treppenhaus in den 3. Stock, finde schließlich die Wohnungsnummer 8. Eine junge Frau öffnet. Hinter ihr im langen Wohnungsflur hängt endlos Wäsche an den Leinen. Sie deutet aufs Flurende, dort wohne Semjon. Ich kämpfe mich durch die Wäsche. Links und rechts vom Flur gehen vier Zimmer von je 9 qm ab, in jedem wohnt eine Familie. Küche und Bad werden gemeinsam benutzt. Im Nebenzimmer wohnt ein Freund Semjons mit Frau und Kind. Er ist froh, überhaupt eine Wohnung gefunden zu haben. Semjon ist 23 Jahre alt. In Moskau gibt es für ihn wenigstens nach der Arbeit noch Freizeitmöglichkeiten, in den Provinzstädten und Dörfern gibt es nur den Treff mit Freunden in der eigenen Wohnung (sofern man diese nicht mit den Eltern oder gar mehreren Generationen teilen muß). Ich denke an die Kleinstadt Korec im Juni zurück. Abends war das Städtchen wie ausgestorben, Leben war mitunter nur in den Räumlichkeiten des Komsomol. Kein Kino, kein Theater ... nichts! Semjon erzählt mir von den Schwierigkeiten des ersten Jahre in Moskau, dem Heimweh, der Einsamkeit. Trotzdem war er immer froh, der Ödnis Kazans und der Familienenge entflohen zu sein.

Einkaufen

Mittags esse ich vorzüglich in der Betriebskantine, die anderen Mahlzeiten muß ich mir selbst verschaffen. Dabei spüre ich zum erstenmal die Härten des täglichen Einkaufs. Ich gewöhne mich daran, Tee und Käse auf Vorrat zu kaufen. Nach Paprika stehe ich einen Samstag zweieinhalb Stunden in der Schlange. Die Leute um mich herum sind nervös, je länger sie stehen, desto mehr steigt die Aggressivität. Viele alte Leute sind darunter, denen das lange Stehen sichtlich schwerfällt. Die Verkäuferin, die allein eine fast 50-köpfige Schlange bedient, zeigt das Gesicht einer Bulldogge. Sie bedient mit ersichtlicher Langsamkeit. Plötzlich reißt einer alten Frau der Geduldsfaden. Im Raum hinterm Ladentisch sitzt die Geschäftsführerin und blättert in einer Illustrierten. Durch die offene Tür wird sie aufgefordert, der Bedienung zu helfen. Ihre Antwort besteht darin, daß sie mit eisiger Miene einfach die Tür schließt.

Der nur Vorbeischauende wird durch die sichtbare Länge der Schlange getäuscht, denn in Wirklichkeit ist sie oft doppelt so lang. Die Einkaufszeit ist für den Normalverbraucher knapp bemessen, er muß gewöhnlich in

mehreren Geschäften Schlange stehen. Infolgedessen bittet er die vor und hinter ihm Wartenden darum, ihm einen Platz freizuhalten. In der Zwischenzeit kauft er anderes ein, steht vielleicht in der nächsten Schlange. Gleich Spiralfedern sind diese trügerischen Schlangen in steter Bewegung. Nur noch wenige Meter trennen mich von der Verkäuferin. Trotzdem schrumpft dieser Abstand in der nächsten halben Stunde kaum, denn ein Dutzend Leute kommen und nehmen die ihnen frei gehaltenen Plätze ein. Plötzlich gibt es ein paar Schritte vor mir eine Bewegung, die ganze Schlange wird wieder ein paar Meter rückwärts gedrückt. Wüste Schimpfkanonaden prasseln auf einen jungen Mann nieder, der samt Familienanhang einen angeblich freigehaltenen Warteplatz einnehmen will. Die ganze in der Menge aufgestaute Frustration entlädt sich gegen ihn. Er ist machtlos. Ein paar ältere Frauen signalisieren durch eindeutiges Schwenken ihrer Einkaufstaschen die Bereitschaft zu Handgreiflichkeiten.

Ich erfahre aber, daß die Schlangen auch mit einem wirklichen Arbeitskräftemangel zusammenhängen. In vielen Geschäften hängen Gesuche nach Verkäufer/innen aus. Durch den Komsomolchef eines Großbetriebes erfahre ich, daß die Moskauer Bevölkerung infolge der miserablen Versorgungslage abnimmt. Leute, die irgendwo auf dem Land Verwandtschaft haben oder gar eine eigene Parzelle besitzen, versuchen einen Job in der Landwirtschaft zu finden oder betreiben Subsistenzwirtschaft auf ihrer Privatparzelle, deren Überschüsse gut auf dem Moskauer Kolchozmarkt abzusetzen sind.

Für mich wird der Einkauf in einigen Fällen neben dem zermürbenden Warten zum Erfolgsrisiko, da in vielen Geschäften die Verkäufer/innen angewiesen sind, nur gegen Vorlage eines Meldeausweises an Moskauer zu verkaufen. So sollen Vorratskäufe aus dem Moskauer Umland unterbunden werden. Da Kontrollen sehr lax sind, habe ich meist Erfolg. In einem Fall aber stoße ich auf die Weigerung, mir Käse zu verkaufen. Ich bekomme ihn schließlich nur, weil der Verkäuferin mein schamroter Kopf anscheinend leid tut und ich in der Babuschka hinter mir eine nette Fürsprecherin finde.

Georgien

Am 26. September fahr ich nach Georgien. Am Flughafen in Tbilisi werde ich von Levan aus der Außenhandelsabteilung des Landwirtschaftsministeriums empfangen. Wir sprechen das Programm durch. Er will mir das ganze Land von Ost nach West zum Schwarzen Meer zeigen. Als ich in Moskau abflog, lag der erste Frost schon ein paar Tage zurück. Hier in Tbilisi ist strahlender Sonnenschein, das Thermometer zeigt 28 Grad. Ich wohne im 11. Stock eines Hotels und erwache am nächsten Morgen mit Blick auf die schneebedeckten Berge des Großen Kaukasus am fernen Horizont. Draußen tobt der Straßenlärm. Georgien ist laut den statistischen Daten eine Republik, deren wirtschaftliche Entwicklung leicht unterhalb des Unionsdurchschnitts liegt. Tbilisi ist hingegen die Stadt mit dem dichtesten Autoverkehr in der Union. Um in den Besitz eines Autos zu gelangen, wartet der Durchschnittsbürger ca. 10 und mehr Jahre und zahlt über 12.000 Rubel. Weicht er auf den Schwarzmarkt aus, dann zahlt er mehr als das Doppelte. Schlangen vor den Geschäften sind hier seltener, die Leute im Straßenbild von Tbilisi wirken wohlhabender. Ich kann dieses Paradoxon nicht aufklären, aber ein Faktor für die relative Prosperität mag auch im relativ großen Gewicht der landwirtschaftlichen Privatproduktion zu finden sein. Die Privatparzellen sind ca. doppelt so groß wie im Unionsdurchschnitt und ihre Produktivität liegt weit über der des Staatssektors. Der Privatsektor bestreitet mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Warenproduktion der Republik und liefert an den Staat besonders hoch bezahlte Südfrüchte, Wein und Gemüse. Auch sind die Preise auf dem Kolchozmarkt in Tbilisi niedriger als in Moskau oder Kiev.

Nach einer kurzen Führung durch Tbilisi, wo mir Levan einen ersten Eindruck vom überbordenden Nationalismus der Georgier vermittelt ("raus aus der Union"), werde ich ans Schwarze Meer verfrachtet. Tee, Zitrus, Bambus in der Kolchis-Ebene. Drei Tage wohne ich im Gästehaus des Allunionsinstituts für Tee und subtropische Kulturen, kann fragen, staunen, werde umhergefahren, bekomme alles erklärt, vom Frostschutz in Zitrusanlagen bis hin zu Technik und Problemen des Teeanbaus.

Im Allunionsinstitut herrscht ein klares Bewußtsein von den Zwängen, die die starke Integration Georgiens in die unionsweite Arbeitsteilung geschaffen hat. Ich erfahre, daß eine Herauslösung der Republik aus der Union zumindest mittelfristig für schier unmöglich gehalten wird. Wert wird aber auf eine stärkere Selbständigkeit, Möglichkeiten direkter Handelsbeziehungen zum Ausland und Übernahme der Großbetriebe, die bisher der Unionsverwaltung in Moskau unterstehen, in Republikbesitz gelegt. Die ersten wirtschaftlichen Direktverbindungen zum Ausland, die nicht mehr über Moskau laufen, bestehen bereits. In einer Sovchoze, die

gerade ein Großgeschäft mit einem Teeimporteur in der BRD abgeschlossen hat, werde ich über Teepreise in der BRD ausgequetscht.

Ich fahre nach Batumi an die türkische Grenze und werde auf eine Hochzeit in Anaseuli eingeladen, wo ich mit Sekt, Feigen und Lammbraten genudelt werde. Ich muß einen Trinkspruch auf die 17jährige Braut und ihren 21jährigen Angetrauten ausbringen und werde beim Essen schmerzlich daran erinnert, daß ab morgen die Welt sich mit einem Großdeutschland wird rumschlagen müssen. Jemand stößt auf eine glückliche Zukunft in der FRG (russ. BRD) an und alles lacht. Im ersten Moment verstehe ich das Wortspiel nicht, bis mir mein Tischnachbar "FRG=Bundesrepublik Georgien" ins Ohr prustet. Ich werde daran erinnert, daß bis 1921 die deutsche Sozialdemokratie enge Beziehungen zum unabhängigen Georgien pflegte, die nun fortgesetzt würden durch die Städtepartnerschaft zwischen Tbilisi und Saarbrücken sowie durch die landesweite Hochachtung für die Trinkfestigkeit Oskar Lafontaines.

Frage ich nach den Ursachen dieses vehement vorgetragenen "Raus aus der Union", dann werde ich immer wieder auf das Massaker verwiesen, das russische Militäreinheiten im April 1989 unter friedlichen Demonstranten in Tbilisi anrichteten, auf die gescheiterten Versuche der Russifizierungspolitik im Kultursektor der 70er Jahre und auf die unrechtmäßige Einverleibung Georgiens in die Union Anfang der 20er Jahre. Meine Einwände, daß diese Einverleibung gegen den Widerstand Lenins erfolgte, und mein Hinweis auf den Widerspruch, daß im Lande alle Lenindenkmäler geschleift wurden, die Uferpromenade am Fluß Kura und der Stadtpark in Tbilisi aber immer noch den Namen Stalins tragen, werden mit Schulterzucken hingenommen. Jahrzehntelang sei Lenin das konstante Symbol über alle Veränderungen der Sowjetunion gewesen. In der Demontage seiner Person konzentrierten sich die Abrechnung mit der Vergangenheit und der Wille zur Unabhängigkeit. Lenin war ein Russe und Stalin sei ein Stück Georgiens, wenn auch ein ungeliebtes, wird mir erklärt.

In Georgien wird sich die Hinwendung zum Privatkapitalismus wahrscheinlich in Windeseile vollziehen. Die jetzt schon starke Stellung des Privatsektors in der Landwirtschaft und die Ungeduld zahlreicher Betriebsleiter, die nur darauf warten, ihr Inventar in staatsunabhängiger Regie zu übernehmen, deuten in dieselbe Richtung.

Bei jeder Erinnerung an Georgien spüre ich noch den penetranten Weingeschmack auf der Zunge. Nie, weder in der Ukraine noch in Moskau, begegnete mir ein solcher Alkoholismus wie in Georgien. Während ich mich in den zurückliegenden Monaten immer mehr schlecht als recht kurz vor dem Absturz dem kollektiven Trinkzwang entziehen konnte, ist dieser Zwang in Georgien stärker als mein Wille, mich diesseits der Trunkenheitsschwelle zu halten.

Getrunken wird nur dann, wenn in der Tischgesellschaft ein Trinkspruch ausgebracht wird. Dann aber muß das volle Weinglas in einem Zug runtergekippt werden, eine Weigerung wird als Mißachtung des Trinkspruchs begriffen. Nach zehn Tagen weigere ich mich, will keinen Schluck Alkohol mehr zu mir nehmen. Unverständnis, hart an der Grenze zum Beleidigtsein, schlägt mir entgegen. Trotzdem gelingt es mir, dank meiner Hartnäckigkeit, ab diesem Tage nüchtern zu bleiben.

Auch die Rückfahrt am 20.10. von Moskau erfolgt mit der Eisenbahn. Abends um 22 Uhr passiert der Zug die Grenze in Frankfurt an der Oder. Vor dem Bahnhof weht die BRD-Fahne. Auf dem Bahnsteig Polizei in BRD-Uniform. Ein Jugendlicher wird gejagt, der einem polnischen Zollbeamten die Dienstmütze geklaut hat. Ich lege mich schlafen. Auf der Hinfahrt gab es die DDR noch.

AKE

34. Bedroht uns eine neue Völkerwanderung?

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Osteuropa, Osteuropapolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:18

Kaum daß der sog. Eiserne Vorhang gefallen ist, kaum, daß sich die BürgerInnen insbesondere Osteuropas über für uns alltägliche Dinge wie Reisefreiheit zu freuen beginnen, ertönen in Westeuropa Forderungen, die Grenzen zu schließen. Da wird kein Klischee ausgelassen, um vor der drohenden Gefahr millionenfacher Einwanderung aus dem Osten zu warnen. Und Maßnahmen dagegen werden gefordert: Von der Abschottung der Grenzen hauptsächlich zur Sowjetunion bis hin zur Forderung, die Verhältnisse in diesen Staaten durch massive Investitionen zu verändern, damit niemand überhaupt auf die Idee kommt, das Land in Richtung Westen zu verlassen.

Waren die Jahre 1989 und 1990 in der BRD von der Frage bestimmt, wieviele Asylanten und Aussiedler die Republik verträgt, so hat sich seit dem Ende des letzten Jahres die Debatte verschoben: Nicht mehr die asylsuchenden Menschen aus dem Süden der Erde stehen im Mittelpunkt, sondern die aus den ehemaligen RGW-Staaten. Zeitgleich mit der Annäherung der dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse an die westliche Definition von Freiheit wurde das Klima gegenüber denjenigen, die diese Freiheit nutzen wollen, immer härter. Waren sie vor dem Öffnen der Grenzen noch Willkommene im Reich der Freiheit, so sind sie seitdem Wirtschaftsflüchtlinge, die immer weniger die kümmerlichen Rechte von Asylsuchenden genießen können. Staaten wie Österreich, die Schweiz, aber auch die CSFR und Ungarn verschärfen ihre Einreisebedingungen für BürgerInnen aus Osteuropa. Die BRD wird seitens ihrer westlichen Partner bedrängt, die Visapflicht für polnische BürgerInnen nicht aufzuheben. Für alle anderen jedoch soll ein neuer "Eiserner Vorhang", bestehend aus Visaanträgen, Devisenbesitz und dergleichen, errichtet werden.

Zusammenbruch des RGW

Hintergrund dieser Überlegungen sind die Ereignisse im RGW. Während der Westen noch vor Jahresfrist gefordert hatte, daß die RGW-Staaten ihren BürgerInnen eine größere Reise- und Bewegungsfreiheit gewähren müßten, sind diese Forderungen inzwischen ganz verstummt. Denn seit dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" wollen immer mehr Menschen diese Länder verlassen. So kamen im letzten Jahr über die Hälfte der AsylbewerberInnen in der BRD aus Osteuropa: 22.114 aus Jugoslawien, 8.341 aus Bulgarien und 35.345 aus Rumänien. Hinzu kommen noch 397.000 sog. Deutschstämmige, die in die Heimat ihrer Ahnen resp. Urahnen übersiedelten. Rund 148.000 kamen aus der UdSSR (50.000 mehr als 1989), 111.000 aus Rumänien. Nur die Zahl der Aussiedler aus Polen ging zurück. Es kamen aus Polen nur noch 134.000 Volksdeutsche. Dagegen haben in Rumänien rund 150.000 Siebenbürger und Banater-Schwaben ihre Ausreise beantragt.

Die Europäische Gemeinschaft erwartet, daß aus Jugoslawien, Bulgarien und der UdSSR in diesem Jahr zehntausende in den "goldenen Westen" übersiedeln wollen. Hintergrund sind die anhaltenden ethnischen Auseinandersetzungen und/ oder die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, die in diesen Staaten angesichts des Sprungs in die Marktwirtschaft herrschen. Allen voran die Entwicklung in der Sowjetunion bereitet den Demographen arges Kopfzerbrechen. Nach Ansicht von Jean-Claude Chesnais, Mitarbeiter des französischen demographischen Instituts (INED), wollen fünf Millionen Menschen die Sowjetunion verlassen. Gleiches prophezeit der sowjetische Arbeitsminister Wladimir Tcherbakow. Bei einer prognostizierten Arbeitslosenzahl von 30 Millionen werden sich nach seiner Ansicht rund zwei Millionen Menschen in den Westen aufmachen. Bedingung hierfür ist eine Veränderung des sowjetischen Paß- und Reisegesetzes. Diese soll nach neuesten Planungen zum Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten und sieht vor, daß jede/r BürgerIn der UdSSR einen Paß erhält und das Recht hat, jederzeit das Land zu verlassen resp. wieder einzureisen.

Dann rechnet der sowjetische Vize-Parlamentspräsident Iwan Laptew mit fünf bis sechs Millionen Auswanderern, die sowjetische Arbeitsbehörde sogar mit 20 Millionen. Welche Zahl der Realität näherkommt, kann im Moment nicht gesagt werden. Fest steht aber, daß viele Menschen die UdSSR verlassen wollen. So erwartet der österreichische Innenminister Löschnak bis zu 10 Millionen Asylanwärter, der Prager Bürgermeister Koran befürchtet den Ansturm von 20 Millionen Asylsuchenden aus der Sowjetunion. Doch das bevorzugte Land soll die BRD sein. Nach einer Umfrage des Münchner Sinus-Instituts im Auftrage des

sowjetischen Arbeitsministeriums will jede/r vierte erwachsene SowjetbürgerIn - bei den unter 20jährigen jede/r zweite - ganz oder für längere Zeit in der BRD leben. Das wären rund 51 Millionen Menschen.

Diese Zahlen bilden den Stoff für ein düsteres Szenarion, das der Historiker der Bundeswehruniversität Hagen Schulz malt. "Wir werden eine Völkerwanderung erleben, wie es sie in der Weltgeschichte noch nicht gegeben hat. Unsere Wohlstandsgesellschaft steht vor einer Prüfung, auf die sie weder institutionell noch vom Bewußtsein der Bevölkerung her vorbereitet ist." Er sieht die Verteilungsspielräume zur sozialen Abfederung und damit die Stabilität staatlicher Institutionen gefährdet.

Ähnliches befürchtet Innenminister Schäuble: "Wir können die Flüchtlinge nicht aufnehmen. Wir werden sie wieder zurückschicken müssen". - Gleichzeitig konstatieren konservative Politiker wie der Stuttgarter OB Rommel, daß es nichts Ehrenrühriges sei, wenn Menschen aus wirtschaftlicher Not in ein reiches Land kämen. Es wäre halt nur eine Frage der Zahl, und das Ganze müsse "überschaubar" bleiben.

Freiheit hinter verschlossenen Türen

Ich will und kann an dieser Stelle nicht den Wahrheitsgehalt all dieser Zahlen überprüfen. Eines aber kann sicherlich gesagt werden: Viele Menschen werden die Sowjetunion, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien verlassen, da sie sich im kapitalistischen Westen eine bessere Existenz erhoffen. Gleichzeitig wollen fast alle BewohnerInnen dieser Staaten die neugewonnene Reisefreiheit nutzen, soweit ihre Mittel es ihnen erlauben.

Auf einer Konferenz des Europaparlaments, an der am 24. Januar Regierungsdelegationen aus 35 Ländern Europas teilnahmen, wurde darüber beraten, wie sich die Staaten Westeuropas dem befürchteten Ansturm aus dem Osten erwehren können. Die bisher bekanntgewordenen Überlegungen gehen in zwei Richtungen: Zum einen soll den ehemaligen RGW- Staaten durch finanzielle Unterstützung geholfen werden, die Lebensbedingungen in ihren Ländern so zu verändern, daß die ökonomischen Gründe für Auswanderung geringer werden. Westliche Kredite und Investitionen, von den Staaten Westeuropas abgesichert, sollen daher die vor dem Zusammenbruch stehenden Volkswirtschaften des Ostens sanieren.

Zum anderen machen bereits die Anrainer der UdSSR die Schotten dicht. Polen denkt nach über eine Visapflicht, gekoppelt mit Devisennachweisen für alle sowjetischen Einreisenden - egal ob Tourist oder auf dem Weg in den Westen. Die Rumänen bekommen diese neue Gastfreundschaft schon zu spüren. Sie müssen seit dem 1. Dezember 1990 nicht nur eine gültige Hin- und Rückfahrkarte vorweisen, sondern auch pro Tag Aufenthalt zwanzig Dollar ihr eigen nennen. Dies kommt angesichts der Verhältnisse in Rumänien einem faktischen Einreiseverbot gleich. Ähnlich rigide reagiert die CSFR. Mit ihrem seit Anfang dieses Jahres gültigen Asylgesetz will die CSFR maximal 12.000 Asylbewerber ins Land lassen. Diese Tatsache wird zwar vom tschechoslowakischen Innenministerium bedauert, aber es wird gleichzeitig darauf verwiesen, daß die CSFR ein kleines Land sei und der Übergang zur Marktwirtschaft erst noch bevorstehe.

Beide Staaten stehen seitens der EG unter Druck. Da sie sich diesem Staatenbündnis annähern bzw. beitreten möchten, müssen sie gerade in der Flüchtlings-und Asylpolitik dem Weg der EG folgen. Und dieser wird von einem Club im Club, wie es die Briten formulieren, bestimmt. Gemeint sind damit die Staaten des "Schengener Abkommens", das 1985 im luxemburgischen Schengen von Frankreich, der BRD und den Beneluxstaaten geschlossen wurde. In diesem Abkommen wurde vereinbart, daß die Schlagbäume zwischen den beteiligten Staaten abgebaut, aber nach außen hin einheitliche Grenzregelungen praktiziert werden sollten. Im Hinblick auf den gemeinsamen Markt 1992 werden die Bestimmungen auf ein gleiches, hohes Niveau gehoben. So wurde beispielsweise der Visumzwang für Staatsangehörige, die in das eine Land bisher nur mit, in das andere aber ohne Sichtvermerk einreisen konnten, in ganz "Schengenland" nicht etwa aufgehoben, sondern ausgedehnt.

So stößt das Anliegen der Bundesregierung, polnische Touristen demnächst ohne Visum einreisen zu lassen, auf vehemente Kritik aus Frankreich und den Niederlanden. Es wird befürchtet, daß dann eine Welle von polnischen Schwarzarbeitern über die BRD hereinbräche und über die offenen Grenzen auch in die Nachbarländer "einsickert". Demzufolge fordert Jacques Chirac, Bürgermeister von Paris, daß die Kontrollen an den Außengrenzen verstärkt werden müßten, um illegale Einwanderung zu stoppen. Auch Ruud Lubbers, Premier der Niederlande, erklärt, daß es Ziel der Politik sein müsse, weniger Asylbewerber in der Gemeinschaft aufzunehmen. Das Abkommen von Schengen sei notwendig, so argumentiert auch das Bonner

Innenministerium, "um dem bestehenden Einwanderungsdruck auf die Mitgliedstaaten der EG wirksam begegnen zu können".

Asylanträge können nur einmal im Bereich der Schengener Vertragsgemeinschaft gestellt werden: die Schranke fällt endgültig in Heathrow, Frankfurt, Charles de Gaulle oder Fiumicino. Alle westeuropäischen Staaten verstärken ihre Abwehrmaßnahmen, Spanien, Frankreich und Großbritannien haben neue Ausländergesetze, die Menschen, die nicht zur EG gehören, den Zuzug erschweren. Auch Italien, das lange Zeit von den Schengen- Staaten wegen seiner relativ liberalen Einreisepraxis gegenüber den Staaten des Maghreb (Nordafrika) kritisiert wurde, paßte seine Gesetze an, um in diesen erlauchten Club aufgenommen zu werden. "Wir haben Jahre gebraucht, um Fragen der Koordination und Harmonisierung abzuklären. Da können wir Italien nicht einfach unterschreiben lassen. Es muß schon unsere Erkenntnisse akzeptieren." In für die EG-Diplomatie selten klaren Worten verlangte Belgiens Minister für Europäische Angelegenheiten, Paul De Keersmaeker, im Sommer letzten Jahres die Unterwerfung Italiens unter die Bedingungen des Abkommens. Mittlerweile benötigen alle Marokkaner, Tunesier und Algerier ein Visum für eine Reise nach Italien; dafür ist es jetzt Mitglied im Club von Schengen.

Auch die Staaten, die gerne Mitglied in der EG werden möchten, passen sich schon vor einem eventuellen Beitritt den Bedingungen der EG-Politik an. So führte Österreich, das in der Vergangenheit mehr durch die spektakuläre Aufnahme von Flüchtlingen aus den RGW-Staaten Beachtung gefunden hat, als letztes Land in Europa die Visumspflicht für polnische Staatsbürger ein. An der grünen Grenze zu Ungarn patrouillieren mittlerweile Militärs, um dem illegalen Grenzübertritt aus dem Osten Einhalt zu gebieten. Ähnlich reagieren Finnland und Norwegen auf den befürchteten Ansturm aus der UdSSR. Die Schweiz und die Niederlande erwägen den Einsatz der Armee, um ihre Grenzen überwachen zu lassen.

Die alten Grenzen werden seitens der Staaten Westeuropas für Investitionen, Geld und Kapital aufgehoben, aber die propagierte Freiheit des Individuums gilt nur für die Mitglieder des Clubs der Unterzeichner von Schengen; alle anderen sind potentielle Attentäter auf den westeuropäischen Wohlstand, auf den Bestand der hiesigen Zivilisation.

Saisonarbeit oder Einwanderung?

Als eine mögliche Lösung der Flüchtlingsproblematik sehen die westeuropäischen Staaten die Kontingentierung von Flüchtlingen sowie die Zulassung begrenzter Einreise zwecks saisonaler Beschäftigung an. Da auf absehbare Zeit - auch bei großzügiger finanzieller Unterstützung - der Einwanderungsdruck aus den ehemaligen RGW-Staaten (und der UdSSR) anhalten wird, glauben viele europäische Staaten, nach dem Vorbild der USA und Kanadas die Einwanderer mittels nationaler Kontingentierungen in den Griff zu bekommen. Danach würde den jeweiligen Staaten eine Zahl von Einwandererplätzen zur Verfügung gestellt werden. Auf diese müßten sich dann die Auswanderungswilligen bewerben. Damit besteht natürlich auch die Chance für die Behörden der Einwanderungsstaaten, sich die Personen nach Qualifikation, Alter oder anderen Kriterien auszusuchen. Doch die Quotierung wurde auf der erwähnten Konferenz des Europaparlaments nur am Rande diskutiert. "Quotierung ist Einwanderung - und Einwanderung ist nicht das Thema", so der Sprecher des Bonner Arbeitsministeriums, Helmut Heyden. Die Industriestaaten waren auf der Konferenz der Ansicht, daß das Flüchtlingsproblem nicht durch Einwanderung gelöst werden kann. Stattdessen soll in Kompromissen mit den entsprechenden Staaten versucht werden, die Menschen in diesen Ländern zu halten.

Statt den Armen die Tür zu öffnen, offeriert man lieber Care-Pakete; aber auch gezielte Marktwirtschaftshilfe soll zur Bekämpfung der Fluchtursachen in Mittel-, Ost- und Südeuropa eingesetzt werden. Nach den Vorstellungen einer internationalen Arbeitsgruppe auf der EP-Konferenz sollen die Lebensbedingungen so nachhaltig verbessert werden, daß niemand aus wirtschaftlichen Erwägungen den Entschluß zur Auswanderung treffen muß. Doch so ganz wird diesen Versprechungen auch bei den Industriestaaten nicht getraut. Um der aktuell stattfindenden Auswanderung aus dem europäischen Osten begegnen zu können, wurden im Bonner Arbeitsministerium Pläne zur kontrollierten, befristeten Beschäftigung ausgearbeitet. Saisonarbeit wird dabei zu einem Zauberwort. Seit dem Beginn dieses Jahres sind Verträge mit Jugoslawien, Polen, Rumänien und Ungarn perfekt. Nach diesen dürfen Osteuropäer unter 35 Jahren für achtzehn Monate zur Weiterbildung in die BRD kommen. Zudem wurden sog. Werkverträge abgeschlossen, nach denen eine bestimmte Anzahl ausländischer Arbeitskräfte in die BRD kommen, eine Saison z.B. am Bau arbeiten und im Winter oder nach Beendigung des Bauauftrages in die Heimatländer zurückkehren. Nach diesen

Abmachungen dürfen 35.000 Polen, 10.000 Ungarn, 14.000 Jugoslawen und 4.000 Rumänen in der BRD arbeiten. Ihre Unterbringung in Bauwagen, Baracken und Wohncontainern verdeutlicht, daß sie auf keinen Fall zu einem längeren Aufenthalt animiert werden sollen.

Unabhängig davon, wie diese Gesetze und Maßnahmen konkret aussehen werden, eines steht fest: die Menschen, denen immer wieder vorgegaukelt wurde, daß sie im Westen jederzeit willkommen wären, sollen bleiben, wo sie sind, damit der Wohlstand und der innere Frieden in den reichsten Ländern der Erde erhalten bleibt.

Fakt ist, daß sehr viele Menschen aufgrund der Perspektivlosigkeit in ihren Staaten Richtung Westen auswandern wollen. Sie werden dies tun, unabhängig davon, ob sie hier staatlicher- oder gesellschaftlicherseits willkommen sein werden. Wir werden uns darauf einstellen müssen, in Zukunft nicht nur für das Bleiberecht von Roma und Sinti zu kämpfen, sondern schlicht und ergreifend aller Menschen, die hier leben wollen.

as

35. El Salvador: Wahlen im Krieg

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:10

Am 10. März fanden in El Salvador Wahlen statt (deren Ergebnis bei Drucklegung noch nicht bekannt waren). Neun Parteien, darunter erstmals auch die der Kommunistischen Partei nahestehende UDN (Unión Democrática Nacionalista), bewarben sich um 80 Parlamentssitze und die Ämter der 262 Gemeinden des Landes. Indessen gehen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" (FMLN) und der Regierungsarmee weiter. Gleichzeitig sind die Verhandlungen zur politischen Beilegung des Konfliktes nach dem Scheitern der jüngsten Gesprächsrunde, die am 21. Februar 1991 in San José (Costa Rica) zu Ende ging, an einem "kritischen Punkt angelangt", so FMLN-Kommandant Joaquín Villalobos. Die Erschießung von zwei verwundeten kriegsgefangenen US-Militärberatern durch eine FMLN-Einheit am 2. Januar und die Debatte um 28 SAM-7 und SAM-14 Boden-Luft- Raketen sowjetischer Herkunft, welche die FMLN von der sandinistischen Armee (EPS) kaufte, brachten die Guerilla vorübergehend politisch in die Defensive.

Der ak berichtet über die Wahlvorbereitungen, die laufenden Verhandlungen und die Debatte um die sowjetischen Raketen. Darüberhinaus führten wir ein Gespräch mit Shafik Handal, einem der führenden Köpfe der FMLN, das wir nebenstehend abdrucken.

Der Kampf der Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" (FMLN) geht unvermindert weiter, auch wenn sich dies in der Berichterstattung hierzulande kaum noch niederschlägt. Das Geschehen in El Salvador bewegt sich derzeit um drei zentrale Achsen: a) den Krieg zwischen FMLN und Regierungsarmee, b) die Verhandlungen zur politischen Beendigung des Konflikts und c) die Parlaments- und Kommunalwahlen, die am 10. März stattfanden. Auf der militärischen Ebene erlitt die FMLN dabei zwei schwerwiegende Rückschläge, die vermeidbar waren und die sowohl den politischen als auch den militärischen Kampf verkomplizieren: nach dem Abschuß eines US-Militärhubschraubers am 2. Januar 1991 in Lolotique (San Miguel) ermordeten Angehörige der FMLN den verwundeten und gefangengenommenen US-Offizier David J. Pickett und den US-Unteroffizier Earnes Dawson. Ein dritter US-Berater, der Offizier Daniel S. Scott, starb infolge des Absturzes. Dieser Vorfall diente US-Präsident Busch als Anlaß, um die eingefrorenen 42,5 Mio US-Dollar Militärhilfe für 1991 wieder freizugeben. Der zweite Zwischenfall: die Spur der von der FMLN eingesetzten SAM-7 und SAM-14 Boden-Luft-Raketen war bis nach Nicaragua zurückzuverfolgen, was die sandinistische Armeeführung in höchste politische Schwierigkeiten brachte. Die US-Administration wärmte daraufhin ihre alte und dennoch im Kern falsche These wieder auf, die FMLN werde von Nicaragua ausgerüstet. Sehen wir uns die Dynamik auf den drei Ebenen "Krieg", "Verhandlungen" und "Wahlen" genauer an.

Der Krieg

Die FMLN gab in ihrer Jahresbilanz für 1990 bekannt, daß sie im Verlauf des Jahres 6300 Soldaten der Regierungsstreitkräfte - unter ihnen 109 Offiziere - getötet oder verwundet und 89 gefangengenommen habe. Die Gefangenen wurden später dem Roten Kreuz übergeben. Eine große Menge unterschiedlichsten Militärmaterials sei erbeutet, 37 Militärlastwagen, 18 Panzerfahrzeuge und 85 Flugzeuge und Hubschrauber seien zerstört oder beschädigt worden. Eine besondere Bedeutung im Rahmen der militärischen Auseinandersetzung kam dabei der militärischen Offensive zu, welche die FMLN am 20. November begann und die bis zum 31. Dezember andauerte. Die Guerilla wollte damit gegen die Straflosigkeit der Verantwortlichen für die Ermordung von sechs Jesuitenpatern und die neoliberale Wirtschaftspolitik der ultrarechten Regierung Cristiani protestieren. Darüberhinaus wollte sie gegenüber der Armee Stärke beweisen. Die Offensive "Strafe für die antidemokratischen Streitkräfte" verfolgte von vorneherein erklärtermaßen begrenzte Ziele und sollte dazu dienen, den Verhandlungsprozeß zu beschleunigen. Es gelang der Guerilla "die militärische Initiative zurückzugewinnen", während sich die "Armee gezwungen sah, außerordentliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Aktionen der Rebellen entgegenzuwirken", faßte die gutinformierte Zeitschrift "Proceso" zusammen, die von der Jesuitenuniversität (UCA) herausgegeben wird. (1)

Im Unterschied zur Offensive vom November 1989, als Arbeiter- und Armenvororte der großen Städte von der FMLN eingenommen und später von der Luftwaffe bombardiert wurden, konzentrierte die Guerilla im November und Dezember 1990 ihre Angriffe auf militärische Ziele in dünn besiedelten Gegenden und auf die Infrastruktur. Demzufolge gab es während der Offensive nur wenige Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Neben den Angriffen auf die Stromversorgung, auf das Gefängnis Mariona, auf 14 Banken in San Salvador, auf Patrouillien der Armee im Zentrum der Hauptstadt und auf sieben Kasernen in verschiedenen Departaments des Landes und neben der Besetzung von Ortschaften und Städten ist vor allem der erfolgreiche Einsatz von SAM-7 und SAM-14 Boden-Luft-Raketen bemerkenswert. Nach eigenen Angaben (Kommuniqué vom 4.12.1990) zerstörte, beziehungsweise beschädigte die FMLN 12 Maschinen der Luftwaffe. Innerhalb weniger Tage schossen die Rebellen einen Kampfbomber, eine AC-47 Transportmaschine und einen UH-1H Kampfhubschrauber mit Raketen ab. Damit zwangen sie die gegnerische Luftwaffe, das strategische Rückgrat der Regierungsstreitkräfte, zu wesentlich mehr Vorsicht und erzielten deutliche militärische Vorteile. Die Gegenoffensive, welche die Armee am 23. Dezember unter großem Getrommel gegen Chalatenango, San Vicente und Morazán, Zonen unter Kontrolle der FMLN, startete, verlief im Sande. Vom 20. Dezember bis zum 20. Januar verlor die Armee weitere 333 Soldaten (Tote und Verwundete), wovon allein 221 dem Elitebataillon "Atlacatl" angehörten. Die FMLN hatte also, wie schon im Jahr zuvor, ihre militärische Stärke nachhaltig demonstriert.

28 sowjetische Boden-Luft-Raketen ...

Unmittelbar nach Beendigung der erfolgreichen Offensive kam für die salvadorianische Guerilla eine sehr schlechte Nachricht aus Nicaragua. Am 1. Januar gab die Führung der nicaraguanischen Armee (EPS) die Verhaftung von vier Offizieren und elf salvadorianischen Staatsbürgern bekannt, die im Oktober des Jahres 1990 für 11.500 US-Dollar insgesamt 28 Boden-Luft-Raketen an die FMLN verkauft hatten. Es handelte sich um 16 SAM-14-Raketen mit sechs Abschußvorrichtungen und 12 SAM-7-Raketen mit zwei Abschußvorrichtungen. Der Raketendeal war aufgeflogen, als die salvadorianischen Armee Raketenreste und eine von der Guerilla zurückgelassene Rakete mit Seriennummern fand. Die UdSSR gab auf die Anfrage der USA hin bereitwillig Auskunft darüber, daß es sich dabei um ein Waffen handelte, welche die UdSSR 1986 an Nicaragua geliefert hätte. Das sowjetische Militär entsandte wenige Tage nach dem Bekanntwerden der Weiterleitung von Raketen eine Kommission nach Nicaragua: laut Vertrag durften die von der UdSSR gelieferten Waffen nicht weitergegeben werden. Obendrein stellt die Lieferung einen Verstoß Nicaraguas gegen die Vereinbarungen des Esquipulas II-Vertrags dar. Die Raketenaffaire wurde in Nicaragua innenpolitisch zu einer brisanten Frage:

- Die Ultrarechten in der regierenden UNO und die USA forderten Präsidentin Chamorro auf, die von Sandinisten kontrollierte oberste Heeresleitung zu entlassen.

- Die Ultrarechten könnten mit diesem Vorwand erneut versuchen, die Mittel für die sandinistische Armee drastisch zu kürzen und das EPS weiter zu reduzieren (von einst 90.000 Soldaten auf heute 28.000), während die Attacken von marodierenden Contrabanden anhalten.

- Die USA forderten die UdSSR auf, die noch in Nicaragua befindlichen Raketen zurückzuziehen.

- Die UdSSR könnte in Zukunft erneut an die USA Informationen über die sandinistische Armee weitergeben.

Die sandinistische Armeeführung, die versuchte, den politischen Schaden zu begrenzen, verurteilte das Handeln der vier langgedienten Offiziere scharf, die angaben, aus revolutionärer Solidarität gehandelt zu haben. Die Sandinistische Jugend solidarisierte sich mit den Verhafteten, die vor Gericht gestellt werden sollen. Die Raketenaffaire wurde Gegenstand der scharfen Debatte um die programmatische Neuorientierung der FSLN. (2)

Die salvadorianische Guerilla, die logistische Strukturen verloren haben dürfte, reagierte ebenfalls mit einer Distanzierung: In einem Kommuniqué vom 4. Januar wies die Generalkommandantur die Behauptung zurück, die FMLN habe logistische Strukturen in Nicaragua. Sie betonte, die "Entwendung" von Raketen habe nicht auf Weisung der Führung, sondern in Eigeninitiative von mittleren FMLN-Kadern stattgefunden. Eine Wiederholung werde vermieden. Die FMLN rief die solidarische Öffentlichkeit auf, sich durch diese Vorfälle nicht verwirren zu lassen, die "Ausdruck von objektiven Realitäten sind, in die unsere jeweilige Politik eingebettet ist. Sie stellen weder den revolutionären Charakter des nicaraguanischen noch des salvadorianischen Prozesses noch die brüderlichen und festen Beziehungen zwischen der FSLN und der FMLN in Frage." Die FMLN nahm nicht nur indirekt die sandinistische Armeeführung in Schutz. Sie ging sogar soweit, erneut das Militärische dem Politischen unterordnend, indem sie die unter höchsten Mühen beschafften und militärisch erwiesenermaßen wertvollen Raketen wieder zurückzugab. In der mexikanischen Botschaft in

Nicaragua übergab die FMLN am 2. Februar im Beisein von Zeugen acht Boden-Luft-Raketen und einen Abschußmechanismus.

Sowohl die sandinistische Heeresführung als auch die salvadorianische Guerilla standen erheblich unter Druck, wobei in diesem Fall die Zuarbeit der UdSSR zugunsten der US-Strategie entscheidend war. Denn ohne die Weitergabe der Daten von sowjetischer Seite hätten die USA nicht nachweisen können, daß die Raketen aus Nicaragua kamen, da die FMLN ihre Waffen auf dem Schwarzmarkt kauft, den Großteil von der Contra. Schon einmal übte die UdSSR empfindlichen Druck auf die Sandinisten aus, als inmitten der erfolgreichen Novemberoffensive der salvadorianischen Guerilla am 25. November 1989 ein aus Nicaragua kommendes, mit Waffen für die Guerilla vollbepacktes Kleinflugzeug in El Salvador abstürzte. Die UdSSR beorderte daraufhin ein sowjetisches Schiff zurück, das mit Waffen für Nicaragua unterwegs war und strich eine Soforthilfe für den Wahlkampf der Sandinisten. (3)

Sowohl die FSLN als auch die FMLN distanzierten sich von Kadern, denen Gefängnisstrafen drohen, um weiteren politischen Schaden abzuwenden. Dies hatte vor allem in Nicaragua heftige innenpolitische Debatten zur Folge. Aus der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung wurden bitterböse Briefe an die FSLN geschrieben, die sich in die "Strategie der Aufstandsbekämpfung der USA gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung einbinden und instrumentalisieren läßt." (4)

Die salvadorianische Guerilla verfügt aber höchstwahrscheinlich auch nach der Rückgabe der SAM-7 und SAM-14 weiter über Boden-Luft-Raketen und zwar solche US-amerikanischer Herkunft. Nach Angaben von Facundo Guardado (FPL) hat sich die FMLN bei der Contra mit Redeye-Raketen eingedeckt.

... und drei tote US-Militärberater

Nach der Aufdeckung des Raketendeals am 1. Januar folgte am 2. Januar ein weiterer Rückschlag. Um 14.30 Uhr überflog ein Militärhubschrauber vom Typ UH-1H den Ort San Francisco/Lolotique (Departament San Miguel) in einer Höhe von etwa 30 Metern und feuerte auf das Dorf, in dem die Guerilla eine Versammlung mit der Bevölkerung abhielt. Die Guerillaeinheit schoß den Hubschrauber mit Gewehrfeuer ab. Die Insassen, einer tot, zwei schwerverletzt, stellten sich als US-Militärberater heraus. Die Kämpfer der FMLN bargen die US-Berater und nahmen drei Browning-Pistolen und zwei M-60 Maschinengewehre an sich. Um 21.00 Uhr des gleichen Tages kamen Regierungstruppen und bargen kurz darauf die Leichen der Hubschrauberbesatzung. Die salvadorianische Militärführung und die USA behaupteten sofort, die FMLN habe zwei Berater ermordet. Die FMLN stritt dies zunächst ab. In einem Kommuniqué, das sie am 4. Januar, zwei Tage nach dem Vorfall herausgab, behauptete sie: "Aufgrund der Schwere ihrer Verletzungen starben die beiden Überlebenden Minuten später. ... Es ist vollkommen unrichtig, daß unsere Einheiten nach dem Absturz auf die verletzten Besatzungsmitglieder geschossen und sie getötet haben." Am 8. Januar, nach wiederholtem Leugnen, hieß es: "Die FMLN kam weiterhin zu der Überzeugung, daß die Vermutung, Besatzungsmitglieder könnten von einem oder mehreren Mitgliedern unserer Militäreinheit ermordet worden sein, nachdem sie verletzt in Kriegsgefangenschaft geraten waren, durch genügend Anhaltspunkte gerechtfertigt ist." Die FMLN fährt fort, sie habe "Ungereimtheiten in den Informationen sofort und später in ihren Kommuniqués veröffentlicht". Das ist, siehe oben, einfach falsch. Am 11. Januar teilte die FMLN mit, zwei ihrer Companeros würden zur Zeit vernommen und gemäß den Disziplinarregeln der FMLN bestraft. Der Täter war laut FMLN der Chef der Einheit mit dem Pseudonym "Porfirio", der die Anweisungen des Verantwortlichen der Sub- Zone, "Domínguez", ausführte. Beide würden keinesfalls an das verrottete Justizsystem des Landes übergeben werden, ebensowenig gebe man die Namen der Inhaftierten bekannt, dies, um die Familienangehörigen zu schützen. Die FMLN verlautbarte, daß sie die Angeklagten vor ein Gericht stellen werde, dem FMLN-Mitglieder und unabhängige Persönlichkeiten im Beisein internationaler Organisationen und der Presse angehören sollen. Bisher waren bei FMLN-internen Bestrafungen weder dritte noch die Öffentlichkeit einbezogen. Damit will die FMLN beweisen, daß sie - im Unterschied zur Regierungsarmee - Übergriffe bestraft, welche die Genfer Protokolle und die inneren Regeln der FMLN verletzen. Die FMLN betonte, daß sie weiterhin ihre politische Geste beibehalte und weder US-Einrichtungen noch US-Staatsangehörige angreifen werde, sofern sie nicht an Kämpfen teilnähmen.

Trotz dieser nach einigen Anfangsschwankungen politisch richtigen und sachlich angemessenen Vorgehensweise wurde mit diesem Vorfall viel politisches Porzellan zerschlagen. Denn es wird erst einmal der Vorwurf an der Guerilla haftenbleiben, sie habe wehrlose Kriegsgefangene ermordet und dies solange wie

möglich geleugnet. Hinter diesen unbestreitbar richtigen Tatsachen können sich diejenigen wunderbar verstecken, die weder die Morde an den Jesuitenpatern (1989), an den vier US-Nonnen (1980), den den zwei US-AID-Mitarbeitern (1981), an Erzbischof Romero (1980), an so vielen anderen Verbrechen aufgeklärt und noch viel weniger die Verantwortlichen bestraft haben. US-Präsident Bush nutzte prompt die Gelegenheit, den von der Guerillaoffensive gebeutelten salvadorianischen Militärs Hubschrauber und Flugzeuge aushändigen zu lassen und die Hälfte der für 1991 eingefrorenen Militärhilfe, 42,5 Mio US-Dollar wieder loszueisen.

Am Montag, den 25. Februar 1991 stürzte gegen 9.00 Uhr morgens erneut ein US-Hubschrauber in El Salvador ab. Der vom Militärflughafen Illopango, der am Rande der Hauptstadt San Salvador liegt, startende Flugapparat stürzte wenige Minuten nach dem Start in den Illopango-See. Die fünf US-Militärberater, die sich an Bord befanden, starben. Der UH- 1H Hubschrauber war offiziellen Verlautbarungen zufolge auf dem Weg "zu einer Routinemission" und sollte zur US-Militärbasis Palmerola (Honduras) zurückkehren. Für den Absturz werden von offizieller Seite "technische Probleme" verantwortlich gemacht. Von der FMLN liegt mir noch keine Stellungnahme vor. Die Leichen der fünf US-Berater konnten noch nicht aus dem bis zu 300m tiefen See geborgen werden, da die hierfür notwendige technische Ausrüstung nicht verfügbar war. Mit diesem zweiten Hubschrauberabsturz verloren die USA in weniger als zwei Monaten acht Militärberater in El Salvador. (5)

Die Verhandlungen

Wie schon im vergangenen Jahr gelang es der Guerilla auf Basis ihrer insgesamt erfolgreichen militärischen Offensive, Regierung und Armee dazu zu zwingen, wieder ernsthaft über eine politische Lösung des Konfliktes zu verhandeln.

Dabei sind die Rahmenabkommen, wie sie in Genf (April 1990) und Caracas (1990) unterzeichnet wurden, weiterhin Gesprächsgrundlage. Damals einigten sich beide Seiten, den Konflikt unter Aufsicht und Vermittlung der UNO friedlich zu beenden. Zu diesem Zweck sollen politische Vereinbarungen zu den Themen: Armee, Menschenrechte, Justizsystem, Wahlrecht, Verfassungsreform, wirtschaftliche und soziale Probleme und Verifizierung der Vereinbarungen durch die UNO abgeschlossen werden. Nach Abschluß dieser Vereinbarungen soll ein Waffenstillstand erfolgen, um dann den Abbau beider Armeen voranzutreiben. Soweit die Abkommen.

Bisher gelang es erst in einem Punkt - "Menschenrechte" - zu konkreten Übereinkünften zu kommen. Entscheidend scheinen mir dabei zwei Dinge: die FMLN ließ sich einerseits in San José (Costa Rica; 20. - 26. Juli) auf eine Vereinbarung ein, welche "nur" die beiderseitige Anerkennung von individuellen und kollektiven Freiheitsrechten festschrieb. Die papierene Anerkennung der Menschenrechte durch die ultrarechte Regierung und die Repressionsorgane war jedoch nie das Problem. Das Problem war und ist die notorische praktische Verletzung derselben. Die Ausklammerung der Strafverfolgung vergangener Untaten und die Verifizierung des Abkommens erst nach dem Waffenstillstand waren also die beiden Hauptschwächen des Abkommens, was die legale Opposition des Landes auch deutlich kritisierte. Die FMLN konnte aber andererseits in Nachverhandlungen eine bereits jetzt beginnende Verifizierung des Abkommens erreichen, was als wichtiger Schritt nach vorne zu werten ist.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung sind undiskutiert. Nur um die Frage der Streitkräfte gibt es Unterredungen, die sich nun schon neun Monate hinziehen (siehe nebenstehendes Interview mit Shafik Handal), ohne bisher greifbare Ergebnisse zu zeitigen.

Die jüngste Gesprächsrunde, die am 21. Februar in San José (Costa Rica) zu Ende ging, brachte erneut keine Resultate. Die Regierung weigerte sich, auf den Vorschlag der Aufständischen einzugehen, die übrigen Tagesordnungspunkte gleichzeitig zu diskutieren, um weiteren Zeitverzug zu vermeiden. Sie brachte im nachhinein auch zu 41 der insgesamt 53 Paragraphen des bereits vorliegenden Papiers zu den Streitkräften Änderungsanträge ein, so daß erneut kein Abkommen zustande kam. Der Kommandant Joaquín Villalobos (ERP) sprach davon, daß die Regierung hinter bereits erreichte Positionen zurückgefallen sei, ihre Position verhärtet habe und in Wirklichkeit nicht bereit sei, Zugeständnisse zu machen (Süddeutsche Zeitung, 23.2.1991).

Die ultrarechte Regierung spielt offensichtlich auf Zeit. Sie will erst das Ergebnis der bevorstehenden Parlamentswahlen und nach dem triumphalen Sieg der USA über den Irak deren zukünftige Politik in Mittelamerika abwarten. Die zukünftige Politik der USA ist dabei als Schlüsselfaktor zu werten. Sollte sie, mit

dem militärischen Sieg am Golf im Rücken, auf einen Sieg über die Befreiungsbewegung setzen, werden die Verhandlungen aufgrund mangelnder Nachgiebigkeit der ultrarechten ARENA-Regierung scheitern und der Krieg würde auf unabsehbare Zeit hin andauern.

Die FMLN hat außer weiterem militärischem Druck und der Entfaltung einer breiten Bündnispolitik gegen die Kriegsstrategie der ultrarechten Regierung wenig Möglichkeiten, noch mehr zu tun. Dies ist umso schwieriger, als sich die UdSSR offenbar entschlossen hat, den Konflikt gemeinsam mit den USA gegen die FMLN beenden zu wollen. Zu den oben bereits genannten Indizien kommt hinzu, daß sich die UdSSR bereits im Oktober vergangenen Jahres mit der USA einigte, "gemeinsam zum Abbau der Spannungen in Mittelamerika beizutragen", wie Sergeij Smirnow bekanntgab. Die Außenminister Schewardnardse und Baker gaben damals eine Erklärung heraus, die einen sofortigen Waffenstillstand in El Salvador forderte. (6) Dies entsprach genau der Position der ultrarechten ARENA-Regierung. Den in Genf und Caracas unterzeichneten Abkommen lief diese Position ebenso diametral entgegen, wie den Anstrengungen der FMLN. Offenbar entsandte die UdSSR in der Zwischenzeit auch eine Delegation nach El Salvador, welche die Verbesserung der Beziehungen zur ultrarechten Regierung vorbereiten sollte. Hinter vorgehaltener Hand sprechen hohe FMLN-Vertreter darüber, daß die UdSSR dies an keinerlei Bedingungen geknüpft habe, welche die Position der Guerilla stärken könnten. Eher sei das Gegenteil der Fall gewesen.

Die Wahlen

In diesem Kontext fanden am 10. März Parlaments- und Kommunalwahlen statt. Fünf Wahlgänge, die in den achtziger Jahren stattfanden, brachten dem Land weder Demokratie, noch die Wahrung der Menschenrechte, weder Frieden noch mehr soziale Gerechtigkeit. Sie dienten lediglich der politischen Bemäntelung der Aufstandsbekämpfung. Auch diese Wahlen hatten im Kern keinen anderen Zweck. Die Differenz besteht lediglich darin, daß die Stärke der revolutionären Kräfte dazu geführt hat, daß sich neben den legalen Basisorganisationen (Gewerkschaften, Landarbeiter-Menschenrechts-und Studentenvereinigungen etc.) auch wieder politische Parteien etablieren konnten, welche die Politik der Aufstandsbekämpfung ablehnen und eine politische Lösung des Konfliktes fordern. Außerdem befindet sich die Christdemokratie, jahrelang Hauptträgerin der politischen Konterrevolution, in der Opposition und neigt mittlerweile ebenfalls einer politischen Lösung des Konfliktes zu. Es ging bei diesen Wahlen um die Frage, ob die Opposition die Mehrheit im Parlament gewinnt und so auch auf Parlamentsebene zugunsten von Verhandlungen Druck machen kann, oder ob die ultrarechte ARENA siegt und ihren militaristischen Kurs weiter legitimieren kann. Die FMLN hat sich erstmals entschlossen, die Wahlen nicht zu boykottieren und einen einseitigen Waffenstillstand einzuhalten, ohne selbst an den Wahlen teilzunehmen.

Formal saubere Wahlen (kein Urnenklau, keine massiven Stimmenfälschungen) unter insgesamt völlig repressiven und undemokratischen Bedingungen waren schon in der Vergangenheit ein politisches Problem für die Guerilla, an dem sie schwer zu knacken hatte. Sie sprach den Wahlgängen jedesmal völlig zurecht ihren demokratischen Charakter ab und propagierte den Wahlboykott. Dennoch konnten die aus den Wahlen hervorgegangenen Regierungen international auf ihre "demokratische Legitimation" pochen, wenngleich sich dieser Mechanismus seit 1989 zunehmend abnutzte. Die Wahlpolitik der Revolutionäre erfuhr Anfang 1989 eine einschneidende Veränderung, als sie einen - von der Regierung Duarte letztlich sabotierten - Vorschlag präsentierte, der auf die Anerkennung der Wahlen unter bestimmten Bedingungen hinauslief. Die Guerilla wollte bei Annahme dieser Bedingungen die "Demokratische Konvergenz" (CD), einem Zusammenschluß aus der sozialdemokratischen MNR, der linkschristlichen MPSC - beide Mitglieder der FDR - und der neugegründeten sozialdemokratischen Minipartei PSD unterstützen. Die traditionellen Verbündeten der FMLN, Guillermo Ungo (MNR) und Rubén Zamora (MPSC) entschieden sich mit der "Demokratischen Konvergenz" (CD) trotz der Ablehnung der Guerillavorschläge durch die Regierung für die Wahlteilnahme. Die Guerilla und ein Teil der legalen Massenorganisationen optierten erneut für Wahlboykott. Die legalen FDR-Parteien MPSC und MNR, seit 1980 "strategische Bündnispartner" der FMLN, und die FMLN agierten damit an einer konkreten Frage gegensätzlich. Ihr jeweiliges Verhalten war zwar aus den jeweils spezifischen Funktionen im Gesamtprozeß erklärbar, die in der politischen Praxis entgegengesetzten Konsequenzen führten jedoch zur Desorientierung der Anhängerschaft. Nur die Hälfte der Wahlberechtigten ging überhaupt an die Urnen. Wie vorauszusehen war, gewann die ultrarechte ARENA die von heftigen militärischen Kämpfen überschatteten Präsidentschaftswahlen, die "Demokratische Konvergenz" (CD) schnitt mit ca. 3% der Stimmen schlecht ab, hatte aber durch ihre Wahlteilnahme einem im Wesenskern zutiefst undemokratischen Wahlprozeß Legitimität

verliehen. Einer der führenden Köpfe der FMLN, Facundo Guardado (FPL), resümierte 1989 selbstkritisch, daß die Guerilla aufgrund ihrer strategischen Option - "Aufstand" - nicht mit der notwendigen Flexibilität reagiert habe, als sich die Bereitschaft breiter Mehrheiten andeutete, zugunsten des FMLN-Wahlvorschlages auf die Straße zu gehen. Das Hauptproblem habe darin gelegen, daß die Guerilla in jenem Moment über keine hinreichend klare und gleichzeitig flexible Position verfügt habe. Seine Schlußfolgerung: "Die Guerilla muß eine allgemeine Linie ausarbeiten, die ausreichend klar ist, damit alle einheitlich und in dieselbe Richtung gehend handeln." (7)

Doch hinsichtlich der aktuellen Wahlen ist die Guerilla genau davon jetzt noch weiter entfernt als 1989. Zu den Wahlen selbst: sie fanden erneut mitten im Krieg, unter völlig repressiven Rahmenbedingungen statt. So massakrierten maskierte Armeeangehörige am 22. Januar 1991 in El Zapote, an der nördlichen Peripherie der Hauptstadt gelegen, 15 Personen, sieben Männer und acht Frauen zwischen 14 und 60 Jahren, die alle der Familie Aragón angehörten. Am 9. Februar wurden die Räume und Maschinen der einzigen unabhängigen Tageszeitung des Landes, Diario Latino, die seit Juli 1990 von einer Mitarbeiterkooperative herausgegeben wurde, durch einen Brandanschlag völlig verwüstet. Die Opposition, die Christdemokratie eingeschlossen, wird bedroht und verfügt in keinerlei Hinsicht über die finanziellen, publizistischen und organisatorischen Mittel, die ernsthaft mit der ultrarechten ARENA konkurrieren könnten. Eine Woche vor den Wahlen drohte die Christdemokratie, daß sie die Wahlen boykottieren werde, wenn die Verfolgung ihrer Anhänger nicht nachlasse (Süddeutsche Zeitung, 2.3.1991). Die Wahlgesetzgebung ist undemokratisch und begünstigt ARENA. Von 2,8 Mio Wahlfähigen sind nur 2,3 Mio in Wahllisten registriert und nur 1,9 Mio davon haben einen Wahlausweis (carnet electoral). Die FMLN hat in 82 von 262 Gemeinden erheblichen Einfluß.

Die FMLN kündigte an, diese Wahlen nicht wie bisher insgesamt zu verhindern versuche, betonte jedoch, daß sie keine Wahlen in Zonen unter ihrer Kontrolle zulasse. Es sei möglich, so FMLN-Kommandant Jonás (ERP) vor dem Urnengang, daß Angriffe auf militärische Ziele weitergingen. Erst nach erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen könne es überhaupt freie Wahlen geben, betonte das Rebellenradio "Radio Venceremos", ebenfalls dem ERP nahestehend. Die Opposition, die übereinstimmend für Verhandlungen und ein Ende des Krieges ficht, trat gespalten an. Die Christdemokraten versuchen, sich als stärkste Kraft der Opposition zu profilieren. Die links-sozialdemokratische "Demokratische Konvergenz" (CD), 1989 ursprünglich die Option der FMLN und mit nur 3% arg gerupft aus den damaligen Wahlen hervorgegangen, mußte ohne ihr Zugpferd Guillermo Ungo antreten, der vor wenigen Tagen in Mexiko verstarb. Zum ersten Mal nahm auch die KP-nahe UDN (Unión Democrática Nacionalista) wieder an den Wahlen teil, obwohl Jesús Rojas (FPL) im Interview mit dem ak sagte, daß eine Wahlteilnahme der FMLN ein schwerer Fehler wäre (siehe ak 322, 17.9.1990). Nun kann man sagen, die UDN gehöre nicht der FMLN an, was formal gesehen richtig ist. Aber die UDN ist eine Partei, die schon 1972 als Wahlpartei der verbotenen Kommunistischen Partei fungierte. Also hat entweder die FMLN insgesamt ihren Kurs hin auf Wahlbeteiligung revidiert - worauf nichts hindeutet - oder die Kommunistische Partei, Mitglied der FMLN, verfolgt parteipolitische Sonderinteressen, die nach außen hin (noch) nicht offen vertreten werden. Auf jeden Fall ist festzuhalten, daß die linke Opposition gespalten in Wahlen ging. Die FMLN bekämpfte die Wahlen nicht direkt, unterstützte sie aber auch nicht offen. Verwirrender könnte die Situation für die zahlreiche Anhängerschaft der Befreiungsbewegung kaum sein.

Uns ist bisher keine offene Debatte um die angerissenen Fragen bekannt. Wir verzichten auch auf Spekulationen. Unser nächstes Ziel ist es jedoch, die politischen Begründungen für diesen Zustand exakt zu erfassen. Welche Konsequenzen diese verworrene Wahlpolitik der Guerilla auf die Bevölkerung hat, wird sich am 10. März zeigen. Wir werden über die Ergebnisse berichten.

Al., KB-Nürnberg (4.3.1991)

Anmerkungen

1) Zur Bilanz der Offensive, siehe: Proceso Nr. 455 (San Salvador), 5.12.1990, S. 5f; Proceso Nr. 458 (San Salvador), 9.1.1991, S. 5f; Süddeutsche Zeitung, 11.1.1991; Frankfurter Rundschau, 25.1.1991.

2) Siehe: Proceso Nr. 458, a.a.O., S. 6f; Frankfurter Rundschau, 5.2.1991; Lateinamerika Nachrichten Nr. 200, Februar 1991, S. 47ff; Abteilung für Internationale Beziehungen der FSLN (DRI), in: Rundbrief Nr. 1/2 der Informationsstelle Nicaragua, Wuppertal 4.2.1991, S. 5

3) Lateinamerika Nachrichten Nr. 196, Oktober 1990, S. 12

4) Rundbrief Nr. 1/2 der Infostelle Nicaragua, a.a.O., S. 7f.

5) Alle Angaben nach: Radio Cuscatlán (San Salvador), 25.2.1991

6) Süddeutsche Zeitung, 23.10.1990; taz, 22.11.1990;

7) Siehe: Marta Harnecker, Movimiento de masas urbanas en situación de guerra; Entrevista al Comandante Facundo Guardado del FMLN, Havanna Juni 1989, S. 2-5.

36. "Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Verhandlungen und bewaffnetem Kampf". Interview mit Shafik Handal (FMLN)

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:03

Shafik Jorge Handal, Sohn palästinensischer Einwanderer, schloß sich 1950 als zwanzigjähriger der Studentenbewegung an und trat in die illegale Kommunistische Partei ein. 1952 mußte er erstmals ins Exil fliehen. 1956 Rückkehr ins Land, mehrfache Festnahmen, Folter, 1959 erneut Exil. Im Jahr 1969 wurde er zum Generalsekretär der KP gewählt. Während der linke Flügel unter Führung von Cayetano Carpio die Kommunistische Partei verließ und 1970 die politisch-militärische Organisation FPL zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes gründete, schmiedete Shafik Handal 1972 mit Christdemokraten und Sozialdemokraten die Wahlallianz UNO, um die Militärdiktatur an den Urnen zu schlagen. Die UNO wurde vom Militärregime 1972 ebenso um ihren Wahlerfolg betrogen wie 1977. Am 15. Oktober 1979 putschten "junge Offiziere" mit Hilfe der USA gegen die abgehalfterte Militärdiktaur. Sie versprachen eine demokratische Öffnung und wollten ein "zweites Nicaragua" verhindern. Christdemokraten, Sozialdemokraten und die von Shafik Handal geführte KP unterstützten die aus dem Putsch hervorgegangene zivil-militärische Junta.

Nach dem Mord an Erzbischof Romero vom 24.3.1980 riß die KP das Steuer herum, setzte sich selbstkritisch mit ihrem legalistischen und reformistischen Kurs auseinander und sprach sich für den bewaffneten Kampf aus. Im Oktober 1980 vereinigten sich die fünf Organisationen FPL, ERP, RN, PRTC und Kommunistische Partei zur Beifreiungsbewegung "Farabundo Mart" (FMLN), deren kollektiver Führung Shafik Handal seither angehört. Er ist gegenwärtig Leiter der Verhandlungskommission der FMLN.

Der ak sprach mit Shafik Handal, der sich auf Einladung des "Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit" (München) in der Bundesrepublik Deutschland aufhielt. Unsere Themen: die bevorstehenden Wahlen in El Salvador, der Stand der Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition sowie einige Anmerkungen zum Golfkrieg.

Verhandlungen zwischen der FMLN und der ultrarechten ARENA-Regierung

ak: Wie würden Sie die Gesprächsrunden kennzeichnen, die im September und Oktober 1989 - also noch vor der großen militärische Offensive der Guerilla vom November - zwischen der FMLN und der Regierung El Salvadors durchgeführt wurden?

Shafik Handal: Die Unterredungen, die vor der Novemberoffensive stattfanden, waren wie Gespräche unter Gehörlosen. Im Oktober 1989 scheiterte in San José (Costa Rica) eine Gesprächsrunde dieser Art, weil die Regierung einfach nicht wirklich verhandeln wollte. Sie verlangte Zugeständnisse von uns, die im Grunde bedeuteten, daß wir uns hätten ergeben müssen. Sie forderte uns beispielsweise auf, 48 Stunden nach der Sitzung das Feuer einzustellen. So hatte das keinen Sinn. Sie befanden sich nicht in einer so günstigen Situation, daß sie von uns verlangen konnten, daß wir uns ergäben. Die Novemberoffensive der FMLN zeigte das überdeutlich. Nach der Offensive gingen die Gespräche auf einer neuen Ebene weiter.

Nach einer halbjährigen Unterbrechung begannen im April 1990 in Genf erneut Unterredungen zwischen der ultrarechten ARENA-Regierung und der FMLN. Viele Beobachter sprachen davon, daß es damit gelungen sei, daß Eis zu brechen.

Bis Oktober 1989 verlangte die Regierung, daß in keinem beiderseitigen Dokument das Wort "Verhandlungen" verwendet werden dürfe. Sie akzeptierte gerade noch den Begriff "Dialog". Auch das Wort "Krieg" wollten sie vermeiden, um die FMLN nicht als Konfliktpartei im Krieg offiziell anerkennen zu müssen. Die Offensive zwang die Regierung ihre Ausflüchte fallen zu lassen und mit der FMLN unter Beteiligung der Vereinten Nationen zu verhandeln. In Genf wurden der Rahmen und die Ziele der weiteren Verhandlungen festgelegt.

Besonders wichtig scheint mir, daß die Regierung ein Dokument unterschrieb, in dem sie sich das erste Mal zur politischen Lösung des bewaffneten Konfliktes verpflichtete.

Die Regierung wäre auch schon früher mit einer Form der nicht-militärischen Lösung einverstanden gewesen: wir sollten uns ergeben. Das Neue war, daß die Regierung uns als Verhandlungspartner mit den gleichen Rechten akzeptierte und daß auf dieser Basis eine politische Lösung gesucht werden soll. Der sofortige Waffenstillstand ist nicht der erste Schritt, wie die Regierung immer forderte, sondern erst Ergebnis von vorherigen politischen Abkommen. Das Dokument, das wir in Genf unterschrieben, war mehrere Monate lang unter Einschaltung der UNO ausgehandelt worden.

Welche weiteren Faktoren außer der Guerillaoffensive waren denn Ihrer Meinung nach für den Kurswechsel der Regierung verantwortlich?

Im Februar verloren die Sandinisten die Wahlen und der Regierungsantritt von Violetta Chamorro stand bevor. Dies war der Moment, in dem die Unterredungen von Genf (2.-4. April) stattfanden. Die Regierung meinte, daß uns diese Vorgänge in Nicaragua sehr stark schwächten. Sie dachte, daß wir nur noch einige Bedingungen stellen wollten, um uns auf ehrenhafte Art und Weise ergeben zu können. Die politischen Abkommen, die wir verlangten, verstand sie als für uns notwendigen Deckmantel, den wir zum Vertuschen unserer Kapitulation brauchten. Sie meinte, wir seien mit irgendwelchen minimalen Zugeständnissen, die sie nicht viel kosteten, zufrieden. Deshalb unterschrieb sie das Rahmenabkommen von Genf und das Abkommen von Caracas (16.-21. Mai), wo die zu verhandelnden Punkte festgelegt wurden.

Heißt das, daß ihrer Meinung nach auch in Caracas die Regierungsseite im Grunde immer noch nicht wirklich verhandeln wollte? Verhandeln in dem Sinne, reale Zugeständnisse an die FMLN zu machen?

Wirklich verhandeln, von gleich zu gleich, wollten sie im Grunde immer noch nicht. Sie waren zwar bereit einige kleine Konzessionen zu machen, die sie jedoch nie präzise definierten. Die Regierung sagte nie genau, welche Zugeständnisse sie zu machen bereit war. Sie wollten nie schriftliche Verhandlungsvorschläge vorlegen. Das war seit jeher ihre Verhandlungstaktik. Es war also nicht klar, was sie zu geben bereit waren.

Aber in Caracas war die Regierungsseite wenigstens bereit, sich auf die Festlegung einer Tagesordnung für weitere Gespräche einzulassen, was es vorher nie gab.

Es kostete viel Arbeit ihnen dieses Zugeständnis abzuringen, denn als sie nach Caracas kamen hatten sie nicht vor, einer konkreten Tagesordnung zuzustimmen. Der Vermittler der Vereinten Nationen, Alvaro de Soto, hatte viel zu tun, um sie dazu zu bewegen.

Warum unterschrieb die FMLN in Caracas, daß sie bereit sei, bis zum 15. September einen Waffenstillstand zu erreichen? Es war doch von vorne herein völlig unrealistisch, in so kurzer Zeit die dazu notwendigen politischen Abkommen über die strittigen Punkte erzielen zu können.

Seit wir mit der Regierung verhandelten waren wir immer dafür Fristen festzulegen, damit der Verhandlungsprozeß eine gewisse Dynamik bekäme. Wir alle wußten, daß die Frist, in der der Waffenstillstand erreicht sein sollte, sehr kurz sein würde, aber die Regierungsseite bestand auf diesem Terminvorschlag. Wenn wir abgelehnt hätten, hätte uns die Regierungsseite als diejenigen dargestellt, die einer schnellen Feuereinstellung Steine in den Weg legten. Deshalb akzeptierten wir ihren Vorschlag.

In den nachfolgenden Verhandlungsrunden in Oaxtepec (Mexiko, 16.-23. 6. 1990), San José (Costa Rica, 17.-21. 8. 1990) und erneut in San José (Costa Rica 13.-18. September) stand vereinbarungsgemäß jedesmal die Frage der Armee im Mittelpunkt der Verhandlungen. Warum bewegte sich in dieser Frage so gut wie nichts?

Für die FMLN war es ein großer Fortschritt, daß sich die Regierungsseite in Caracas überhaupt bereit erklärte, über diesen Punkt zu verhandeln und daß dies der erste Punkt der Tagesordnung für die nachfolgenden Treffen war. Wenn ich sage, sie erklärten sich dazu bereit, dann in dem Sinne, wie ich es Dir eben schilderte. Ende Mai wurde durch unseren weiter andauernden Kampf auch der Regierungsseite klar, daß wir durch die Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua nicht geschwächt wurden. In der Folge kam es zu einem Positionswechsel der ARENA-Regierung und der USA. Sie wollten sich nicht weiter an die Abkommen halten, die sie in Genf und in Caracas unterzeichnet hatten. Sie wiederholten ihre alte Position, daß zuerst ein Waffenstillstand erreicht werden müsse und hinterher über andere Fragen verhandelt werden könne. Sie machten mehrere Vorstöße in diese Richtung. So brachten sie eine Resolution in diesem Sinn in eine Tagung der OAS ein, die Ende Mai in Asuncion (Paraguay) stattfand. Der Vorstoß wurde zurückgewiesen und die

Regierung aufgefordert, die Gespräche weiter auf der in Genf und Caracas vereinbarten Grundlage - erst politische Rahmenabkommen, dann Waffenstillstand - zu führen.

Die Regierungsseite nahm also seit Mai 1990 wieder ihre alte Position auf, daß sich die FMLN in der einen oder anderen Form ergeben müsse?

Ja, aber mit einigen kosmetischen Zugeständnissen, die sie meinten leicht machen zu können. Ein Beispiel: die FMLN fordert die Auflösung der Finanzpolizei, der Nationalgarde und der Nationalpolizei, die gegenwärtig der Armee unterstellt sind und für viele Verbrechen verantwortlich sind. Die FMLN fordert die Auflösung dieser Institutionen und den Neuaufbau einer Polizei unter ziviler Führung. Die Regierungsseite sagte dazu: gut, ist in Ordnung. Wir teilen die Finanzpolizei dem Finanzministerium zu, die Nationalgarde soll als Grenzschutztruppe fungieren und weiter der Armee unterstellt bleiben und die Nationalpolizei können wir irgendwo beim Innenministerium ansiedeln. Das waren die "großen" Zugeständnisse, die uns die Regierung machen wollte.

Was antwortete die Regierungsseite auf die Forderung der FMLN, die Streitkräfte zu säubern und Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen?

Ja, einverstanden, sagte die Regierungsseite. Aber die Armee wird in unserem Land ohnehin permanent gesäubert und wir sind als Regierung auch bereit, damit fortzufahren. Aber all das muß nach den Regeln und Gesetzen ablaufen, die im Reglement der Armee vorgesehen sind. Ihr, die FMLN, müßt auf diese Mechanismen vertrauen.

Ist es für die FMLN vorstellbar, daß sie auf diese Mechanismen vertraut?

(lacht): Nein, es ist klar, daß wir damit nicht einverstanden sind ...

Mir erschien das nicht immer so klar...

Es gab 1989 zwei Momente, in denen wir dazu Vorschläge machten. In unseren Wahlvorschlag vom Januar sagten wir, daß wir darauf vertrauten, daß sich die Armee selbst säubere, daß sie zu diesem Zweck eine Kommission benennen solle etc.. Wir sagten auch zu, daß wir die Existenz einer einzigen Armee anerkennen würden. Im Oktober 1989 wiederholten wir diese Position in San José (Costa Rica). Aber die Regierungsseite akzeptierte beide Male unsere Vorschläge nicht. Stattdessen verübten die Repressionsorgane schreckliche Verbrechen, wie im Falle des Bombenanschlages auf die Gewerkschaftszentrale FENASTRAS (10 Tote), die Ermordung der sechs Jesuitenpater und zwei ihrer Angestellen, was ja nur die bekanntesten Verbrechen sind. Darüberhinaus wurden ja hunderte Menschen ermordet. Deshalb zogen wir diesen Vorschlag zurück.

Mir scheint es eine bemerkenswerte Tatsache zu sein, daß die FMLN in der Frage der Streitkräfte heute wieder eine härtere Position vertritt. Während die FMLN 1989 noch die Säuberung und zahlenmäßige Verringerung der Armee forderte, die sie unter diesen Prämissen als einzige Streitkraft anzuerkennen bereit war, fordert sie heute die Auflösung der Armee.

Das hat erstens mit ihrem Verhalten zu tun und zweitens mit der Entwicklung der kriegerischen Auseinandersetzung.

Der erste Punkt ist mir klar, aber was ist mit dem zweiten gemeint?

Nun ja, alle Welt erkennt als Tatsache an, daß die FMLN und die Regierungsarmee über etwa gleich große Stärke verfügen. Und im Zusammenhang mit unserer Offensive, die im November 1990 begann, gab es Anzeichen dafür, daß sich das Gleichgewicht zu unseren Gunsten veränderte. Wenn also beide über eine ähnliche Stärke verfügen, ist es am besten, wenn sich beide auflösen, so daß im Land keine der beiden Streitkräfte mehr da sind. Man darf ja auch nicht vergessen, daß die Militärs dieses Land 60 Jahre lang mit der Faust regierten. In unserem Land kann es keine Demokratie, keinen neuen Kurs geben, wenn diese Macht intakt bleibt.

Rubén Zamora, herausragende Persönlichkeit der FDR, des "strategischen Verbündeten" der FMLN, hat eine andere Sichtweise dieses Problems. Er sagte, daß es zwar sehr schön aber unrealistisch sei, die Auflösung der Armee zu fordern. Rubén Zamora argumentierte, daß Armeen auf dem Schlachtfeld besiegt werden aber nicht am Verhandlungstisch aufgelöst werden können.

Wir vertreten keine einstimmige Meinung, wie weit die Demilitarisierung gehen soll. Rubén Zamora hält die totale Demilitarisierung für eine wichtige Forderung, für die man langfristig kämpfen müsse. Die Differenz besteht darin, ob diese Demilitarisierung schon jetzt oder erst später stattfinden solle. Auch die politischen Parteien, die Christdemokraten eingeschlossen, und die sozialen Basisorganisationen sind für die Demilitarisierung. Unterschiede gibt es nur bezüglich der Zeiträume, in denen dies durchgeführt werden soll.

Die FMLN spricht nicht davon, die Armee von einem Tag auf den anderen auf dem Wege von Verhandlungen aufzulösen. Die Verhandlungen würden lediglich einen Prozeß formalisieren, der bereits im Gange ist. Wir kämpfen als revolutionäre Politiker für eine Hoffnung, für eine Utopie, wenn man so will. Das heißt nicht, daß wir nicht in vielen anderen Fragen mit Rubén Zamora übereinstimmten.

Der FDR-Politiker sagte bei dieser Gelegenheit auch, daß seiner Meinung nach die Verhärtung der FMLN-Position in dieser Frage auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der FMLN zurückzuführen sein könnte. Die FMLN würde damit versuchen, Zeit für den inneren Klärungsprozeß zu gewinnen.

Nein, das ist falsch. In dieser Frage sind wir, die FMLN, uns absolut einig. Statt einer Polemik gegen Zamora, eine gegen die Regierung: wenn unsere frühere Position besser, konstruktiver und flexibler war, warum hat sie diese Position dann nicht akzeptiert? Das sagt viel darüber, wer in unserem Land die Macht in der Hand hat, nämlich nicht die Regierung, sondern die Armeeführung. Deshalb akzeptierten sie unsere Vorschläge im Jahre 1989 nicht. Welchen Grad an Flexibilität kann man denn angesichts einer derartigen Verhärtung haben?

Das heißt, die gegenwärtige Position der FMLN ist "null Armee"?

Wir fordern die totale Demilitarisierung der Gesellschaft, die FMLN miteingeschlossen. Denn wie sollen freie Wahlen, der Respekt der Menschenrechte usw. möglich sein, wenn dieser riesige Apparat intakt bleibt? Die Armee hat offiziell 55.000 Soldaten unter Waffen, von Verwaltungsangestellten etc. ist dabei noch nicht die Rede. Sie verfügt außerdem über zwei paramilitärische Instrumente: die Zivilverteidigung mit 36.000 Bewaffneten, die uniformiert und kaserniert sind. Darüberhinaus hat sie die Territorial-Patrouillen mit 80.000 Mitgliedern, wie die Militärs in Oaxtepec zugaben. Ihr Kontroll- und Unterdrückungsapparat umfaßt also insgesamt zwischen 160.000 und 180.000 Personen, die militärischer Disziplin unterliegen.

Gelang es Anfang 1991 in geheimen Verhandlungen, die in Mexiko stattfanden, den toten Punkt in dieser Frage zu überwinden, wie man einigen Zeitungsmeldungen entnehmen konnte?

Es scheint kurios, aber der enge Zusammenhang von Verhandlungen und dem Fortgang des bewaffneten Kampfes besteht weiter. Nach der Militärkampagne, welche die FMLN Ende 1990 durchführte, kam Bewegung in die Frage. Oder, um es genauer zu sagen, es schien sich etwas zu bewegen.

Was heißt, es schien sich etwas zu bewegen?

Bereits am 30. Oktober 1990 präsentierte die UNO ein Papier, das als gemeinsame Arbeitsgrundlage diente. Auf Basis dieses Papiers fand die Diskussion im Januar 1991 statt. In Unterredungen, die vom 3.- bis 5. Januar in Mexiko stattfanden, gab es bedeutende Annäherungen. Es gab keine Abkommen, aber Annäherungen. Die Regierung bewegte ihre Position in einigen Punkten, aber sie konkretisierte ihre Position ebensowenig wie früher. Es wurde klar, welche Positionen sie aufgab, aber es wurde noch nicht völlig klar, wohin sie sich bewegt. Beide Seiten baten den Vermittler der UNO, Herrn de Soto, daß er diese Annäherungen formulieren solle. Die FMLN dachte, es sei nach einigen Verfeinerungen möglich, ein Abkommen zu unterzeichnen. Aber die Regierung machte bei der letzten Runde, die am 15. und 16. Februar stattfand, wieder einen Schritt zurück. Ich sage nicht, daß die Tür verschlossen ist, aber sie zogen sich soweit zurück, daß man kein konkretes Ergebnis erreichen konnte.

Und warum zog sich die Regierungsseite wieder auf eine abwartende Position zurück?

Wegen der Vorgänge am Persischen Golf. Sie wollen abwarten, was der Krieg dort auf die US-amerikanische Politik in El Salvador für Auswirkungen hat. Dazu kommt die Übergabe neuer Kampfhubschrauber und Flugzeuge und die Freigabe der eingefrorenen Militärhilfe für El Salvador durch US-Präsident Bush. Die Regierung begann ein doppeltes Spiel: am Verhandlungstisch zog sie sich zurück. Dort es war nicht möglich, zu irgendwelchen Ergebnissen zu kommen. In der Öffentlichkeit begann sie zu sagen, daß die Verhandlungen sehr gut liefen. Die zweite Seite hängt damit zusammen, daß Bush die Auszahlung der bisher eingefrorenen

Militärhilfe an eine 60-Tages-Frist knüpfte, die im März ausläuft, und die im Falle des Scheiterns der Verhandlungen ausbezahlt werden soll. Wenn jetzt angeblich alles gut läuft, wie die Regierung ständig behauptet, so werden sie hinterher sagen, daß die FMLN schuld sei, wenn keine Abkommen abgeschlossen werden.

Mir fällt auf, daß Sie die Diskussion in Mexiko nur sehr vage schildern. Das hängt sicherlich damit zusammen, daß für die Verhandlungen seit Oktober 1990 Geheimhaltung vereinbart wurde. Warum eigentlich?

Die Verhandlungen sind nicht geheim, weil alle Welt weiß, worüber wir diskutieren. Es gibt aber eine Übereinkunft über die Vertraulichkeit der Gespräche. In dem Sinne, daß wir nicht detailliert darüber berichten dürfen, was am Verhandlungstisch passiert.

Warum denn diese Vertraulichkeit?

Dies war ein alter Vorschlag der UNO. Sie meint, daß jeder Verhandlungsprozeß vertraulich sein sollte, damit er vorankommt. Es soll verhindert werden, daß Propaganda und Pressekrieg die Gespräche beeinflussen. Als die UNO im Oktober dies als Punkt ihres Arbeitsdokumentes vorschlug, akzeptierten beide Seiten.

Diese Vertraulichkeit bringt aber für die FMLN Nachteile mit sich. Leonel González (FPL), Mitglied der Generalkommandantur der FMLN, sagte, daß die FMLN diesbezüglich ihre Politik korrigieren müsse.

Zu diesen Nachteilen kam es in der Tat. Dies zeigt sich ja gerade wieder im jetzigen Moment. Deswegen sage ich jetzt auch ein bißchen mehr, denn wir müssen die Öffentlichkeit besser informieren.

Aber solange es kein Kommuniqué, keine anderen genaueren Informationen gibt, hat es die Öffentlichkeit sehr schwer, die jeweiligen Positionen zu bewerten.

Wir werden alles unternehmen, um diesen Nachteil auszugleichen. Denn die andere Seite äußert sich ja weiterhin zu den Verhandlungen. So sagten die Botschafter El Salvadors in Mexiko und in Washington, daß die Unterredungen sehr gut liefen. Sie mißbrauchten die Vertraulichkeit zu ihren Gunsten.

Sind Ihrer Meinung nach Regierung und Armee zu wirklichen Zugeständnissen bereit?

Wenn wir diese Leute nach moralischen Maßstäben oder nach ihrem Verhalten in der Vergangenheit beurteilen würden, würde man leicht zu dem Ergebnis kommen, daß sie nicht zu Zugeständnissen bereit sind. Aber hier geht es nicht um moralische Fragen, sondern um eine politische Kräftekonstellation. Aufgrund der veränderten Kräftekonstellation meinen wir, daß es möglich ist, eine politische Lösung des Konfliktes zu erreichen. Aber dafür müssen wir weiter kämpfen. Nicht nur mit Waffen, sondern auch mit politischen Mitteln. Wobei wir hinzufügen können, daß die starke Zunahme von politischen Kämpfen die Regierung in Angst versetzt. Deshalb wurde vor wenigen Tagen, die einzige für verschiedene Meinungen offene Tageszeitung, das Diario Latino, mit einem Bombenanschlag zerstört.

Wie geht es weiter mit dem Verhandlungsprozeß?

Wir haben häufigere Treffen vorgeschlagen, um die Verhandlungen zu intensivieren. Allein im Februar wird es wahrscheinlich ein oder zwei weitere Treffen geben. Darüberhinaus sollten Kommissionen zu den jeweiligen Themen der in Caracas festgelegten Tagesordnung gebildet werden, die parallel arbeiten, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren. Wir haben dazu auch die Teilnahme von Vertretern der Parteien und der sozialen Basisorganisationen vorgeschlagen. Denn bisher haben wir lediglich um die Frage der Streitkräfte und partiell zur Frage der Menschenrechte verhandelt. Partiell, weil all das noch nicht gelöst ist, was mit Menschenrechtsverletzungen, die in der Vergangenheit geschahen, zu tun hat.

Das Teilabkommen über Menschenrechte, das vom 20.-26. Juli in San José (Costa Rica) vereinbart wurde, hat noch den weiteren großen Nachteil, daß es erst mit Inkrafttreten des Waffenstillstandes verifiziert werden soll. Die Menschenrechtsorganisationen des Landes kritisierten es aus diesem Grund heftig.

Wir erreichten in der Zwischenzeit bereits ein neues Abkommen, wonach die Menschenrechtslage ab sofort verifiziert werden soll. Der Sicherheitsrat der UNO akzeptierte bereits, daß im Falle El Salvadors ein ganzes System zur Verifikation der Abkommen aufgebaut werden muß, was Menschenrechte, Verfassungsreform, Justizreform, Waffenstillstand, Streitkräfte etc. betrifft. Nur dafür haben die Vereinten Nationen ONUSAL als UNO-Organisation gegründet, die im übrigen mit einer anderen Organisation, ONUCA, nichts zu tun hat.

ONUSAL hat auch die Aufgabe das Teilabkommen bezüglich Menschenrechten zu verifizieren. In wenigen Wochen wird eine Mission von ONUSAL vor Ort erkunden, wie der Mechanismus zur Verifizierung im Einzelnen aussehen soll, wie man arbeiten muß, wo Büros eröffnet werden und welche Dimension diese Institution vor Ort haben soll. Was wir in San José vereinbarten ist einzigartig, denn allein für die Überwachung der Menschenrechtslage sollen mindestens ein Jahr lang permanent mehrere hundert Delegierte in den verschiedensten Orten tätig sein.

In welchem Zeitraum halten sie Abkommen für möglich?

Vor den Wahlen am 10. März möchten wir, die FMLN, eine Vereinbarung zur Frage der Streitkräfte erreichen. Da bereits eine gemeinsame Arbeitsgrundlage existiert, es bereits Diskussionen gab und es lediglich um die redaktionelle Verfeinerung geht, halten wir diesen Termin für realistisch. Natürlich nur dann, wenn auch die andere Seite dazu bereit ist.

Ein Abkommen über die Streitkräfte ist ja das Schlüsseldokument für alles weitere. Bis wann rechnen Sie mit Vereinbarungen zu den anderen umstrittenen Fragen?

Nach der Einigung über die Armee ist alles übrige leichter. Für die übrigen Vereinbarungen haben wir keine Fristen festgelegt. Die jeweiligen Kommissionen sollten unserer Meinung nach dem 10. März zu arbeiten beginnen. Denn vorher sind die Parteien in den Wahlkampf eingebunden.

Die Wahlen vom 10. März 1991

In den 80er Jahren wurde in El Salvador fünfmal gewählt. Diese Wahlen führten weder zu Demokratie und Frieden noch zu sozialer Gerechtigkeit. Am 10. März 1991 finden Parlaments- und Kommunalwahlen statt. Sind diese Wahlen die letzte Alternative des ARENA-Regimes gegen die FMLN wie Joaqun Villalobos (ERP), Mitglied der Generalkommandantur der FMLN, meint? Oder sind dies die wichtigsten Wahlen der letzten zwölf Jahre, wie der Bündnispartner der FMLN, Rubén Zamora, sagte, der mit der Demokratischen Konvergenz (CD) an den Wahlen teilnimmt?

Zwischen diesen Wahlen und den vorher stattgefundenen Urnengängen gibt es einen Unterschied. Ob dieser Unterschied bestehen bleibt, sich festigt und vertieft wird der weitere Lauf der Dinge zeigen.

Worin besteht denn Ihrer Meinung nach dieser Unterschied?

Fast das ganze vergangene Jahrzehnt über bildeten die zugelassenen politischen Parteien etwas, was wir "politischer Block zur Aufstandsbekämpfung" (bloque contrainsurgente) nennen könnten. Sechs Jahre lang stimmten alle diese Parteien Monat für Monat für die weitere Verlängerung des Belagerungszustandes. Dieses Beispiel zeigt die Festigkeit dieses "Blocks zur Aufstandsbekämpfung". Aber die Kämpfe der achtziger Jahre führten zur Krise der Aufstandsbekämpfungsstrategie, wenigstens der Form, wie sie geplant worden war. Dies hatte auch die Zersetzung des "politischen Blockes zur Aufstandsbekämpfung" zur Konsequenz.

Wodurch äußert sich denn die Zersetzung der legalen Fassade der Aufstandsbekämpfung?

Als ARENA die Wahlen gewann, ging die Christdemokratie in die Opposition. Die Parteien der FDR konnten sich wieder im Land etablieren und politische Räume öffnen. Das sind Ergebnisse der Kämpfe, welche die Aufstandsbekämpfungsstrategie schwächten und zu Brüchen führten. Diese Brüche führten zur Öffnung neuer politischer Spielräume. Nun gut. Aber allein die Tatsache, daß die Christdemokratie in der Opposition ist, heißt nicht automatisch, daß damit der "Block zur Aufstandsbekämpfung" zerbrochen ist. Denn das Beispiel ARENA, die auch in der Opposition war, zeigt, daß eine parlamentarische Oppositionspartei dennoch zu diesem Block gehören kann. Die Christdemokratie und andere Parteien spielen aber gegenwärtig nicht mehr ihre Rolle als Teil dieses Blocks, weil die zugrundeliegende Politik gescheitert ist.

Ist die Christdemokratie nicht mehr die Partei zur Legitimierung der Aufstandsbekämpfung, die sie in den achtziger Jahren war? Führte das Scheitern der Aufstandsbekämpfungsstrategie dazu, daß die Christdemokratie gezwungen wird, sich wieder in eine Partei zu verwandeln, die in gewisser Weise die demokratischen Interessen der Mittelschichten vertritt?

Sie sucht diesen Weg. Es wird sich zeigen, ob sie sich wirklich dazu verwandelt. Aktiv trägt sie nicht mehr zur Aufstandsbekämpfung bei. Ihre Position bezüglich des Krieges ist nicht mehr die gleiche wie zuvor. Als sie an

der Regierung war, versuchte sie, uns eine militärische Niederlage beizubringen. Die Tatsache, daß die Strategie zur Aufstandsbekämpfung gescheitert und der "Block zur Aufstandsbekämpfung" zerbrochen ist, unterscheidet diese Wahlen von vorherigen Urnengängen.

Welche weiteren Momente sind neu?

Die Teilnahme der Parteien, welche die Demokratische Konvergenz (CD) bilden und die Teilnahme der UDN, einer linken Partei, die Ausdruck der Kommunistischen Partei ist. Dies deutet darauf hin, daß der Kampf der politischen Parteien gegen die Aufstandsbekämpfung gerichtet ist. Dies trägt zu einer politischen und gerechten Lösung des bewaffneten Konfliktes bei.

Es ist eine andere Frage, ob der breite nationale Konsens für eine politische Lösung des Konfliktes und eine Transformation des Landes sich bei diesen Wahlen in eine parlamentarische Mehrheit verwandeln kann, so daß das Parlament eine Rolle gegen die Aufstandsbekämpfung und zugunsten der Verhandlungen spielt. Ob es gelingt, trotz all der eingebauten Filter, ungerechter Wahlgesetze, der weiter existierenden Repressionsapparate am 10. März einen Wahlsieg zu erreichen? Da würde ich nicht ja sagen.

Es fällt auf, daß es nicht gelang, ein Wahlbündnis all der von Ihnen genannten Kräfte, die Christdemokratie eingeschlossen, zu bilden. Und es fällt auch auf, daß die linken Kräfte mit zwei Listen, der Demokratischen Konvergenz und der UDN antreten und somit gespalten sind. Warum ist das so?

Die Linke ist nicht gespalten. Am 10. März findet keine Präsidentschaftswahl statt. Bei einer Präsidentschaftswahl wäre das Verhalten vielleicht anders. Das Wahlsystem des Landes spielt eine große Rolle. Mathematische Analysen zeigen, daß wir weniger Abgeordnete hätten, wenn wir als Allianz auftreten würden. Um die Möglichkeiten optimal auszuschöpfen, darf man nicht als Wahlbündnis auftreten. Was auf den ersten Blick als Spaltung aussieht, ist keine. Es gibt einen sehr breiten politischen Konsens im Land. Deshalb haben auch alle Parteien eine politische Plattform unterschrieben, die in die Richtung geht, die ich vorher dargestellt habe. Die Christdemokraten vertreten die Grundlagen dieser Plattform, auch im Fernsehen.

Auswirkungen des Golfkriegs

Welche Auswirkungen hat der Golfkrieg auf Mittelamerika und besonders auf die Auseinandersetzungen in El Salvador?

Im Endeffekt könnte es sein, daß die USA zu einer internationalen Politik zurückkehren, die einen stärkeren Akzent auf Interventionen legt. Außerdem könnte es sein, und es ist ja bereits eingetreten, daß die Aufmerksamkeit für unsere Region und die gesamte "Dritte Welt" nachläßt. Wir werden auch politisch und wirtschaftlich weiter an den Rand gedrängt und nicht nur durch nachlassende Berichterstattung. Diese zunehmende Marginalisierung hat schwerwiegende Konsequenzen.

Nimmt mit dem erheblich verstärkten Engagement der USA am Persischen Golf die Bedeutung der Konflikte in Mittelamerika und damit auch der Regimes ab, die US-freundlich sind?

Bis jetzt deutet noch nichts darauf hin. In den vergangenen Wochen übergaben die USA der Regierung Cristiani neue Hubschrauber und Flugzeuge, die eingefrorene Militärhilfe wurde freigegeben. Die Anzeichen deuten weniger auf einen Rückzug der USA hin, als auf das Gegenteil. Auch wenn sich diese Tendenz durchsetzen sollte, dann heißt das noch lange nicht, daß unser Kampf deswegen keine Zukunft mehr hätte. Wir waren nie von außen abhängig, unser Kampf wird von eigenen Anstrengungen getragen. Bestimmte Vorgänge, von denen man annahm, daß sie uns stark beeinträchtigen würden, hatten keine negativen Auswirkungen auf unseren Kampf. Nach diesen Vorgängen bewiesen wir mehr politische, diplomatische und militärische Kampfkraft.

Halten Sie es für möglich, daß die USA und die UdSSR gemeinsam vorgehen, um die Konflikte in Mittelamerika in einer repressiven Art und Weise befrieden?

Diese Möglichkeit besteht. Aber selbst wenn dies eintreten würde, könnte es nicht viel schlimmer werden als das, wogegen wir uns schon die ganze Zeit wehren mußten. Aber diese Möglichkeit hat sich noch nicht endgültig als Tatsache herausgebildet. Gerade jetzt sind in der Sowjetunion Widersprüche zu ihrer Golfpolitik Gorbatschows deutlich geworden. Es wurden auch Initiativen eingeleitet, die nicht mehr hundertprozentig mit der Politik der USA übereinstimmen. Was sich weiter herausbildet, müssen wir noch abwarten. Aber ich

möchte noch einmal betonen, daß der weitere Verlauf der Auseinandersetzungen in El Salvador davon nicht bestimmt wird.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Albert Sterr am 14. Februar in München

37. Von der Stadtguerilla zur Massenpartei Die Tupamaros im heutigen Uruguay

Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:04

Der Zusammenbruch jahrzehntelanger Militärdiktaturen und damit einhergehende "Demokratisierungsprozesse" - von den USA geduldet - haben die politische Entwicklung der 80er Jahre im südlichen Lateinamerika geprägt. Mit der neuen politischen Situation muß sich nun auch die dortige Linke auseinandersetzen, insofern sie aus den Kerkern der Militärs entlassen und aus dem Exil zurückgekehrt ist. Was nach der cubanischen Revolution in den 60er Jahren als zukunftsweisende Strategie für den ganzen Kontinent galt, der bewaffnete Kampf, wird heute endgültig totgesagt. Auch der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus in Osteuropa beeinflußt die Debatte um neue mögliche Strategien, die 1990 zwischen verschiedenen linken/revolutionären Parteien, Organisationen und Strömungen Lateinamerikas begonnen hat. Im Gegensatz zu jenen, die resigniert das "Ende der Ideologien" und den Sieg des Wirtschaftsliberalismus proklamieren, gibt es noch einige, die mit marxistischem Analysewerkzeug die Realität zu beschreiben versuchen und an sozialistischen Ideen festhalten.

Uruguay ist eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, wo die Linke noch Hoffnungsträgerin ist. Im Folgenden soll der Beitrag der uruguayischen Movimiento de Liberacion Nacional (MLN-Tupamaros) zu dieser Debatte zusammengefaßt wiedergegeben werden. Von besonderem Interesse ist dabei ihre Auseinandersetzung mit dem Thema "Demokratie": Sie kritisieren nicht nur das westliche, marktwirtschaftsorientierte und parlamentarische Demokratiemodell, sondern versuchen sich an einer positiven Neudefinition des inzwischen beliebig gewordenen Begriffs.

Die Situation im eigenen Land analysieren die Tupamaros nicht gerade rosig: Die Klassenkorrelation in Uruguay ist ungünstig für die arbeitende Klasse und die Bevölkerung. "Die Reaktion kontrolliert das politische Leben und führt den bürgerlichen Block ohne größere Schwierigkeiten an." (1) "Heute erleidet die gesamte Linke einen Rückschlag (...) in der Mobilisierung, der Kraft, die Ideen und Programme anschiebt. Man stützt sich auf das Parlament, auf die Regeln, die von oben gegeben werden. Die Rechte räumt die besetzten Fabriken, die Linke räumt die Straßen". (2)

Positiv bewerten sie trotz alledem die wachsende Delegitimierung des traditionellen Zweiparteiensystems: Immer größere Bevölkerungsteile ließen sich von den politischen Apparaten nicht mehr kontrollieren und entschieden in jeder Situation frei. Die linke Frente Amplio (FA) sei nicht nur Opposition, sondern regiere auch in Montevideo und werde bei den nächsten Wahlen 1994 eine "glaubhafte Machtoption" sein. (3)

Internationale Gegenwinde

Für die MLN-Tupamaros ist die Klassenlage im Landesinneren der determinierende Faktor ihrer Strategie, die internationalen politischen Bedingungen spielen jedoch insofern eine Rolle, als sie der Linken einen neuen Bezugrahmen setzen, der starke Zweifel an der Machbarkeit einer Revolution aufkommen läßt. Bitter kommentieren sie die Kapitalisierung Osteuropas: "In der Welt blasen Gegenwinde, die Zweifel aufkommen lassen, die den Sozialismus als überlegene Form sozialen Lebens, menschlicher Verwirklichung in Frage stellen. Winde, die aus sozialistischen Ländern, kommen, wo jetzt dieselben Lösungen als Allheilmittel gesehen werden, die uns hier in Hunger und Arbeitslosigkeit stürzen." (4)

"... das Credo des wilden Monetarismus hat sich zum Mittel und zur Essenz der imperialistischen Neubestimmung des fin de siglo entwickelt." Ronald Reagan und Margaret Thatcher seien die Gallionsfiguren einer konservativen Revolution, der es in den 80er Jahren mit ökonomischen, aber auch ideologischen und militärischen Mitteln gelungen sei, den Kapitalismus weltweit neu zu legitimieren und zu beleben. Auf dem Fundament dieser konservativen Revolution basiere der neulinke Diskurs, der auch von großen Sektoren der Perestroika-Anhänger bestimmt werde. (5)

Die MLN-Tupamaros setzt sich mit verschiedenen Ansätzen sozialistischer Strategie aus der Vergangenheit auseinander. Nach einer Kritik an Earl Browder und der Volksfront Strategie, an Chruschtschows Linie der "friedlichen Koexistenz" und Überwindung des Kapitalismus durch die Entwicklung der Produktivkräfte, und an der eurokommunistischen Strömung der 70er Jahre, die letzlich auch nur die Allianz mit den nationalen

Bourgeoisien anzubieten gehabt habe, kommen sie schließlich zur Kritik an der aktuellen Politik der UdSSR. Den Perestroikos werfen die Tupamaros die Absicht vor, "die ideologische Konfrontation auf internationaler Ebene eliminieren zu wollen" und sich dem Diktat des Westens unterzuordnen. (a.a.O.)

Anstatt in postmoderner Manier den Tod der Arbeiterklasse zu proklamieren, schlagen sie vor, eine neue Klassenanalyse vorzunehmen, die z.B. die wachsende Rolle des informellen Wirtschaftssektors weltweit miteinbezieht. Die postmodernen Neulinken tragen ihrer Ansicht nach nur zur "Welle der Relegitimierung des Kapitalismus und der westlichen Demokratie als der höchsten Administrationsform" bei. (a.a.O.)

Demokratischer Zentralismus

Eine Aufarbeitung des Scheiterns der Realsozialismus leistet auch die MLN-Tupamaros nur ansatzweise. Rückblickend charakterisieren sie die "Stalinisierung" als "totale Lähmung der Theorie, die Verwandlung der Theorie in einen Katechismus, dem man automatisch überall in der Welt und zu jeder Zeit folgen mußte." Insbesondere kritisieren sie die Konzeption vom Aufbau des Sozialismus in einem Land. Der proletarische Internationalismus sei darüber in Vergessenheit geraten und man habe gegenüber der imperialistischen Aggression die Bedingungen für "stalinistische Formen", u.a. Stärkung von Armee und Geheimdiensten anstatt eines absterbenden Staates, geschaffen. (6)

Etwas genauer wird's zum Thema demokratischer Sozialismus. Leider geht die MLN-Position nicht sehr weit über die Formulierung von Wunschvorstellungen hinaus bzw. bleibt lediglich angerissen. "Wenn auch die Ereignisse im sogenannten sozialistischen Lager weder den Sozialismus, noch die kollektive Führung, noch den demokratischen Zentralismus als Vorschlag völlig untauglich machen, müssen wir sie im Kopf behalten, um nicht zweimal über den gleichen Stein zu stolpern. (...) Zweifellos sind im sozialistischen Lager die dirigistischen und autoritären Methoden gescheitert." (7)

Die Tupamaros beklagen, daß die "Erben des Oktober" die Tugenden der Demokratie zur gleichen Zeit mit denjenigen der Marktwirtschaft entdeckten. Sie selbst führen die Debatte lieber vor dem Hintergrund der Polemik zwischen Rosa Luxemburg und Lenin über Demokratie und Diktatur, die heute neue Aktualität habe. (8)

Die dialektische Beziehung zwischen Demokratie und Zentralismus sei ein historisches Dilemma, das bisher nicht einmal theoretisch zufriedenstellend gelöst wurde. "Alle Gesellschaften, deren Entwicklung bis zur Staatsgründung reichte, zeichnen sich ausnahmslos durch ihre hierarchische Struktur, durch den Autoritarismus und durch die fehlende protagonische Beteiligung riesiger Mehrheiten aus." Alle bisherigen Demokratien seien diskriminierende Elitedemokratien. Die moderne bürgerliche Demokratie scheine dieses Dilemma vergleichsweise noch am besten gelöst zu haben. Die große Schwierigkeit bei der Verbesserung eines solchen Modells ergebe sich aus der Sozialisation aller Menschen eben in derartig hierarchischen Gesellschaften, woraus die permanente Unterschätzung der großen Massen und die Tendenz zum Führerkult resultiere. "Die Harmonisierung der beiden Elemente: Zentralismus und Demokratie (...) macht die Essenz des Charakters der Gesellschaft aus, die wir wollen." (9) Dies ließe sich nur erreichen durch die allmähliche Entwicklung realer Partizipationsmöglichkeiten, die die schrittweise Emanzipation des Individuums und damit auch des Kollektivs von den Herrschaftsverhältnissen ermöglichten. Die Natur des Staates selbst, so wie wir ihn kennen, müsse sich verändern, da der Staat einen starken zentralisierenden Pol darstelle. "Die Organisationsformen, (...) kurz alle aktuellen politischen Praktiken müssen echte Experimente der dialektischen Beziehung zwischen Zentralismus und Demokratie sein." (a.a.O.)

Zum Demokratiebegriff

Gerade weil die imperialistischen Mächte "Demokratie" und "Marktwirtschaft" als untrennbar verknüpfte Grundelemente des westlichen Segens darstellen - so zuletzt die Pariser KSZE-Schlußakte im Herbst 1990 - setzen die Tupamaros sich eingehend mit verschiedenen Demokratiebegriffen auseinander.

"Das bürgerliche Programm, seine Konzeption der Demokratie, stellt sich schnell als den Bedürfnissen der großen Mehrheiten genau entgegengesetzt heraus. Um die Skepsis zu vermeiden, den Rückschritt, war und ist es notwendig, klar zu differenzieren zwischen dem populären Programm - verstaatlichend, antiimperialistisch und antioligarchisch - und dem Programm der transnationalen Bourgeoisie, antagonistische Programme, die unvereinbar sind genau wie die Interessen, die sie ausdrücken. (...) Die populäre Demokratie ist nicht die

Verlängerung der Demokratie der transnationalen Konzerne, sie ist ihre Negation. Sie kann weder aus deren Quellen trinken noch auf deren Methoden zurückgreifen." (10)

Die bestehende parlamentarische Demokratie bezeichnen sie als democracia burguesa (bürgerliche), occidental (westliche) oder tutelada (entmündigte). Sie setzen die democracia real, participativa, popular dagegen.

Diese Abgrenzung von bürgerlichen Demokratiekonzepten und deren Kritik halten die Tupamaros für unabdingbar (11). "Das verwunderliche ist, daß das Wort ‚Demokratie' begonnen hat, einen immer kleineren Bedeutungsradius zu haben. Sein Paradigma ist das Modell der westlichen imperialistischen Demokratien. Die Annahme dieses Modells ist der vollendete Beweis der ideologischen Kolonisierung, die die imperialistische Expansion auf der ganzen Welt begleitet." Parallel dazu verschwände der Klassenansatz aus der Gesellschaftsanalyse auch der Linken. Die Krise des realen Sozialismus habe diese Vision verstärkt, doch gleichzeitig "erweist sich die ‚reale Demokratie' - vor allem in den abhängigen Ländern - als ein immer feineres Werkzeug zur Vertiefung der Abhängigkeit, der Unterdrückung und der Ausbeutung." (12)

"Die Demokratie ist zu einem der großen Fetische unserer Zeit geworden." Mit ihr wurde die Invasion in Panama gerechtfertigt, die Einführung der Marktwirtschaft in Osteuropa. In Nicaragua vermochte das "Sesam-öffne-dich" des Neoliberalismus das, was 10 Jahre imperialistischer Aggression nicht vermocht hatten. Auch der jüngste Demokratisierungsprozeß in Uruguay und anderen lateinamerikanischen Ländern wird unter die Lupe genommen. "In Lateinamerika werden unter Beschwörung der wiederauferstandenen Demokratien, die die Diktaturen der 70er Jahre ablösten, die erbarmungslosesten Schockpolitiken der Geschichte angewandt." (13)

Das Pentagon habe gelernt, daß Militärdiktaturen Massenaufstände eher begünstigen als sie zu verhindern. "Deshalb begünstigen sie jetzt eine Formel, die die Gesellschaft unter militärischer Kontrolle hält, aber innerhalb der legalen und demokratischen Grenzen. Das Produkt dieser militärischen Strategie sind die entmündigten Demokratien. Die Falle der Entmündigung besteht darin, dem populären Lager, der Linken und selbst revolutionären Sektoren Freiräume zu belassen, mit der Absicht, ihnen jede ethische und politische Berechtigung zur aufständischen Agitation zu entziehen." (14)

Parlamentarische Hoffnungen?

Die partizipative Demokratie, die den Tupamaros vorschwebt, muß auch neue demokratische Formen schaffen "vor der einzigen, die den Mächtigen oder Traditionalisten einfällt: der repräsentativen parlamentarischen." (15) Entsprechend warnt die MLN vor der Hoffnung, auf parlamentarischem Weg an die Macht zu gelangen: "Einer der verlockendsten Wege, weil er nah, erreichbar ist, ist das Ausspielen der Wahl-Karte. Ihn einzuschlagen führt auf einen gefährlichen Grat, nämlich zu glauben, daß es möglich ist, indem man den bürgerlichen Staat reformiert oder mitregiert, sich der nationalen Befreiung und dem Sozialismus anzunähern. Diese Sichtweise vergißt das, was sie in ‚Santa Fe II' die permanente Regierung genannt haben, die nicht abhängt von nationalen Wahlen, die nicht einmal verändert werden kann, wenn die exekutive Gewalt in Händen einer Volksfront liegt." (16) Ihrer Ansicht nach muß die Demokratisierung ausnahmslos alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen und zu dem Ergebnis führen: Gesundheit, Wohnung, Essen, Bildung und Arbeit für alle. (17)

Die strategische Option der MLN

Die Schlüsselbegriffe für die Strategie der MLN-Tupamaros heißen Poder Popular (entspricht dem Begriff "Volksmacht", jedoch ohne die völkisch-deutsche Konnotation) und acumulacion de fuerzas (Kräfte-akkumulation). In dem Begriff Akkumulation ist bereits enthalten, daß die MLN dies als allmählichen Emanzipationsprozeß begreift, der natürlich einer bewußten Steuerung bedarf.

Sie befürworten ein Organisationsmodell, in dem Massen- und Kaderorganisation miteinander verschränkt sind. "Wir brauchen eine Menge von revolutionären Führern. (...) Die Kraft, die sich akkumulieren muß, um die Revolution zu machen, sind die revolutionären Ideen, vergesellschaftet, kollektiviert, popularisiert. Es reicht nicht aus, wenn diese Ideen in den Köpfen der großen Helden, Theoretiker und Anführer der Revolution existieren." In der Massenorganisation wird Quantität, in der Kaderorganisation Qualität akkumuliert. "Die politische Massenorganisation ist Bewegung. (...) sie muß sich verwandeln zur revolutionären Anführerin der

Gewerkschafts-, Stadtviertel-, StudentInnen- und politischen Bewegung. Nur die Kurzsichtigkeit der Kaderorganisation kann aus der Massenorganisation das Jagd-und Rekrutierungsfeld machen (...).

(...) In der Kaderorganisation, wo sich über die Kraft der Selektion jahrelange Erfahrung und ein gutes Niveau theoretischer Bildung vereinen, werden die großen Fragen der Revolution debattiert und gelöst, die dann von der Massenorganisation aus mit der Realität konfrontiert werden, wo die konkreten politischen Schritte (...) diskutiert und entschieden werden. (...) Die revolutionäre Theorie überträgt der Massenbewegung, so spontan und unorganisch sie auch sei, den wohlüberlegten Charakter, die Absichtlichkeit, die langfristigen Ziele, die die isolierten und episodenhaften Kämpfen in eine gemeinsame revolutionäre Richtung zusammenführen". (18)

In ihrer eigenen Praxis betreibt die MLN zur Verwirklichung dieser Ziele ein vielschichtige Bündnispolitik: Die eigene Organisation wird definiert als Bündnis auf individueller Ebene, das, obwohl es so homogen und stabil ist, daß es die schwierigen Bedingungen der Illegalität und Repression überstanden hat, "jeden Tag erneuert werden" muß. (19) Die nächste Ebene der Bündnisarbeit ist die MPP (Movimiento de Participacion Popular), eine von den Tupamaros ins Leben gerufene Sub-Organisation innerhalb der Frente Amplio, die den explizit sozialistischen Flügel dort zusammenfaßt und ihm eine Intervention als Fraktion erlaubt. Außer der Mitarbeit in der FA an sich gibt es dann schließlich noch die Beteiligung an Massenbündnissen (frente grande) wie zum Beispiel der Kampagne gegen die Militär-Amnestie. Diese Art von Klassen- und Parteiübergreifenden Bündnissen, die eher den Charakter einer Massenbewegung haben, dienen vor allem der Abwehr der Reaktion: Versuchen, die bestehende Legalität zu unterminieren, staatliches Eigentum an multinationale Konzerne zu verkaufen, sowie der Ausblutung des Landes durch die horrenden Zinszahlungen aufgrund der Außenverschuldung. (a.a.O.)

Die Demokratie von unten, die die Tupamaros anstreben, ist eine "Massifizierung der politischen Führung, die in der Praxis und nicht auf dem Papier verwirklicht ist". Ohne sie "wird es keinen Sozialismus geben, kein Poder Popular, und die Menschen werden weiterhin, wie jetzt, den sozialen und politischen Ereignissen gegenüber passiv sein." (20)

Die Massenbeteiligung am Poder Popular soll Fehler aufwiegen, soll "verhindern, daß Tendenzen zum Bürokratismus, zum Personenkult und zum Spontaneismus den revolutionären Kurs entgleisen lassen." (21) Keime von Poder Popular können und müssen auch heute schon verwirklicht werden. Die aktuellen Ziele sind die Eindämmung der Anwendung des "wilden abhängigen Kapitalismus" sowie das Abschütteln der Entmündigung durch das Militär, "indem man sich Formen der Selbstregierung erobert, in denen die Initiative, die Entscheidung und die Kontrolle der staatlichen Administration in den Händen der Leute sind." Dies sind Ziele, die noch innerhalb des kapitalistischen Systems, also ohne die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, zu erreichen sind. (22)

Die aktuelle Konjunktur der Reaktion, die sie durchaus wahrnehmen, führt die Tupamaros nicht in die Resignation: Revolutionäre müssen sowohl die alltäglichen Nöte der arbeitenden Bevölkerung lösen können (Lohn, Arbeit und ein Dach über dem Kopf), als auch die Antworten vorbereiten für eine Zeit, in der die Klassenkämpfe wieder aufleben und die revolutionäre Situation in greifbare Nähe rückt. (23)

Diese Keime von Poder Popular entwickeln sich "immer am Rand der formellen Institutionen, am Rand eines Systems, das Eigentümer hat, und diese Unabhängigkeit gegenüber dem Etablierten ist die Garantie für ihre Entwicklung." Je nach gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kann es sich dabei sowohl um "befreite Gebiete" handeln, wie z.B. in El Salvador, oder um Straßen- und Stadtteilkämpfe, die Koordinierung gewerkschaftlicher, studentischer, nachbarschaftlicher Organisationen. (24)

Abschied von der Militanz?

Im Zusammenhang mit der Massenorientierung lassen die Tupamaros auch die Formen des revolutionären Kampfes Revue passieren. Auch sie haben mittlerweile - im Hinblick auf ihre eigene Vergangenheit in den 60er und frühen 70er Jahren - festgestellt, daß revolutionäre Gewalt grundsätzlich vermittelbar sein muß. Militaristische Einzelaktionen erschienen zwar radikal und konsequent, ließen sich aber schlecht in die Strategie des Poder Popular eingliedern, da sie in die Isolierung führten. Was die aktuellen Bedingungen betrifft, stellen sie fest, daß die democracia tutelada im Vergleich zur Diktatur immerhin erlaubt, in ideologischer und politischer Hinsicht Kräfte zu akkumulieren. "Infolge dessen muß die Akkumulationsstrategie legalen und friedfertigen Kampfformen Priorität einräumen: den Mobilisierungen für ökonomische, soziale und

politische Forderungen", der Bündnispolitik und dem Gebrauch der Massenmedien für die Verbreitung von Ideen. (25)

Dennoch sind die Tupamaros weit entfernt vom Dogma der Gewaltfreiheit oder des Legalismus. Im Rahmen der fortwährenden Mißachtung von Grundrechten haben sich auch in Uruguay Kampfformen entwickelt, die weder legal noch friedfertig sind und dennoch breite Unterstützung finden: Haus- und Landbesetzungen, Barrikaden für Stromausfälle, Plünderungswellen, usw. Diese zum Teil spontanen Ausbrüche aus der in Lateinamerika schon weit verbreiteten Resignation sind nicht nur wichtig, weil sie die herrschende Klasse spüren lassen, daß die militärische Kontrolle über die Gesellschaft Grenzen hat. Sie müssen auch politisch begleitet und organisiert werden:

"Man akkumuliert nicht nur für ein Programm, sondern auch um sich gegen die Konsequenzen zu verteidigen, die diese Akkumulation mit sich bringt. Wenn auch die legalen und friedfertigen Kampfformen für die populäre Strategie prioritär sein müssen, darf das Volk es auf keinen Fall unterlassen, sich vorzubereiten, um seine Institutionen und seine Freiheiten gegen einen möglichen Bruch der Legalität von Seiten der Reaktion zu verteidigen." (a.a.O.)

mir., Westberlin

Anmerkungen:

1) Vgl. "Tupamaros", Theorie- und Debattenzeitschrift der MLN-Tupamaros, erscheint wöchentlich in Montevideo, Uruguay. Nr. 24, 17.5.90, S.4f

2) Tupamaros Nr. 3, 24.5.89, S.5

3) "Mate Amargo", Wochenzeitung der MLN-Tupamaros, erscheint in Montevideo, Uruguay. Nr. 88, 21.1.90, S.16

4) wie (1)

5) Mate Amargo Nr. 100, 1.8.90, S.16f

6) Vgl. Inprekorr Nr. 227, 1990, S.38

7) Tupamaros Nr. 34, 3.10.90, S.5

8) Tupamaros Nr. 31, 22.8.90, S.6

9) wie (7)

10) wie (8)

11) In einem in der uruguayischen Tageszeitung "Brecha" erschienenen Text untersucht Andre Gunder Frank die Abhängigkeit des westlichen Demokratiemodells von ökonomischer Stabilität und materiellem Wohlstand. Er bezieht sich dabei nicht nur auf das Verhältnis zwischen dem krisengeschüttelten Trikont und den Metropolen, sondern betont, daß weltweit - als markantes Beispiel nennt er die USA - der Anteil derjenigen wächst, die von derart formalen Demokratiemodellen von vorneherein ausgeschlossen bleiben: Obdachlose, MigrantInnen und Flüchtlinge, Gelegenheits-und WanderarbeiterInnen, AnalphabetInnen, alleinstehende Mütter und anderweitig "Marginalisierte". Er macht so die Absurdität des westlichen "Demokratieexports" deutlich. (Vgl. A.G. Frank in Brecha, Montevideo, 1990)

12) wie (8)

13) a.a.O., S.7

14) Tupamaros Nr. 24, 17.5.90, S.4

15) Tupamaros Nr. 29, 25.7.90, S.5

16) Tupamaros Nr. 24, 17.5.90, S.5. Was hier mit "permanenter Regierung" bezeichnet wird, beschreibt der griechisch-amerikanische Soziologe James Petras an anderer Stelle im Rahmen der gleichen Debatte genauer: Bei den von den USA unterstützten Demokratisierungsprozessen der 80er Jahre in Südamerika bleiben die staatlichen Institutionen (Militär, Justizapparat, Zentralbank etc.) unangetastet, es werden lediglich

die politischen Regimes ausgewechselt. Bestes Beispiel dafür ist Chile. D.h., daß auch nach vollzogener "Demokratisierung" die Macht im Staat unverändert in den gleichen, US-freundlichen Händen liegt. Einen anderen, grundlegenden Demokratisierungsprozeß würden die USA zu verhindern wissen. (Vgl. J. Petras in "Brecha", Montevideo, 20.4.90, S.15ff)

17) Tupamaros Nr. 4, 14.7.89, S.5

18) Tupamaros Nr. 34, 3.10.90, S.10ff

19) Vgl. Tupamaros Nr. 35, 17.10.90, S.4

20) wie (16)

21) wie (15)

22) wie (14)

23) Vgl. wie (16)

24) wie (16). Wir sollten im Kopf behalten, daß Stadtteilkämpfe in Lateinamerika nicht viel gemein haben mit autonomer Kiezpolitik in Kreuzberg oder anderswo. Sie sind, v.a. in den Elendsvierteln, oft lebenswichtige Ansätze von Organisierung und von Entwicklung von Klassenbewußtsein.

25) Tupamaros Nr. 24, 17.5.90, S.5

Die Tupamaros im heutigen Uruguay

Die legendäre Stadtguerillaorganisation der Tupamaros agiert seit 1985 offiziell in der Legalität. Einer ab 1983 erstarkenden Massenbewegung war es gelungen, die heruntergewirtschafteten Militärs zum Abdanken zu bewegen und im Frühjahr 1985 die Freilassung der politischen Gefangenen, nach 12 Jahren brutalster Mißhandlung, zu erwirken.

Bei den ersten Wahlen im November 1984 verwehrten die Militärs verschiedenen Parteiführern die Kandidatur. U.a. dem Kandidaten der Frente Amplio (FA), einem vor den letzten Wahlen 1971, unter Beteiligung von Abspaltungen nahezu aller Parteien des Landes, entstandenen Linksbündnis. Dennoch wurde die FA 1984 mit 21,5% der Stimmen drittstärkste Partei des Landes. Dies war insofern bedeutsam, als es in Uruguay seit Beginn des 20. Jahrhunderts ein eingefahrenes Zweiparteiensystem gab, mit Hilfe dessen sich die traditionelle Landbesitzer-und Handelsoligarchie die Macht sicherte, und das hier ansatzweise aufzubrechen schien.

Die MLN-Tupamaros bemühten sich seit April 1986 um die Aufnahme in die Frente Amplio. Erst drei Jahre später, nach dem Ausscheiden der christdemokratischen und sozialdemokratischen Fraktionen aus dem Bündnis, gelang ihnen dies. 1989 bestand die Frente Amplio aus 12 Parteien und Gruppen.

Heute ist die MLN-Tupamaros in allen Basisbewegungen des Landes aktiv, geben verschiedene Zeitungen heraus (u.a. die meistgelesene Uruguays, "mate amargo") und betreiben einen eigenen Radiosender. Im Verhältnis zu ihrer Größe hat die Organisation in Uruguay ein relativ großes politisches Gewicht. 1986 bis 1989 waren sie treibende Kraft in der Kampagne für ein Plebiszit gegen die Straflosigkeit der Militärs, das vor allem auf Grund der Einschüchterung der Landbevölkerung durch die Regierung letztendlich scheiterte. In der Hauptstadt Montevideo hatte die Mehrheit gegen die Amnestie gestimmt. Bei den letzten Wahlen am 26.11.89 erreichte die Frente Amplio einen Prozentsatz von 21,2% und damit die Stadtregierung von Montevideo.

Derzeit ist Uruguay der aggressiv neoliberalen Wirtschaftspolitik Präsident Lacalles unterworfen und entsprechend verschärft sich die soziale Lage. Die aktuelle parlamentarisch-demokratische Staatsform stößt an enge Grenzen, das Parlament übt eine sehr eingeschränkte legislative Gewalt aus und vermag die Exekutive und die Streitkräfte nicht zu kontrollieren. Als Instrument wird die Drohung eines erneuten Militärputsches eingesetzt. Dennoch empfindet die große Mehrheit der Bevölkerung dies als Fortschritt gegenüber der vorherigen Diktatur. Kaum verwunderlich, wenn man bedenkt, daß 40.000 der ca. 2,8 Millionen EinwohnerInnen Uruguays durch die Gefängnisse der Militärs gegangen sind.

38. Ersatzteile für Cuba (Aufruf)

Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:22

Unsere Gruppe ist ein Zusammenschluß von Menschen, die sich verpflichtet fühlen, einen Beitrag zur Milderung und Überwindung der Krise zu leisten, in der sich Cuba aktuell befindet.

Cuba ist eines der wenigen Länder, das sich konsequent gegen den US-Imperialismus wehrt, der die armen Länder in immer tieferes Elend stürzt, nachdem sie durch falsche Versprechungen geködert oder durch ökonomische oder militärische Eingriffe gefügig gemacht werden. Die jüngsten Beispiele aus Nicaragua, Panama und den ehemals sozialistischen Ländern belegen dies eindrucksvoller denn je.

Der Golfkrieg, der vor allem die Lage der anhängig gehaltenen Länder drastisch verschlimmert, soll die weltweite Vorherrschaft der USA retten. In dieser Situation ist es im Interesse der Menschen mehr denn je wichtig, Bestrebungen von Ländern zu unterstützen, die auf wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit abzielen.

Die Auflösung der RGW-Staatengemeinschaft überläßt jedes einzelne Mitglied nun der Konkurrenz des Weltmarktes. Bei den meisten osteuropäischen Ländern führte dies unmittelbar zu rapide steigenden Inflationsraten, hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen. Die Aufgabe der Staatengemeinschaft bedeutet für Cuba, daß alle zukünftigen Importe nunmehr mit Devisen bezahlt werden müssen. Da Cuba 80% seines Außenhandels bisher mit sozialistischen Staaten abgewickelt hat, sind Deviseneinnahmequellen entsprechend gering. Cuba ist zudem um ein weiterhin benachteiligt, da der von den USA seit der Revolution verhängte Wirtschaftsboykott immer noch besteht.

Trotz der schwierigen Lage gibt es in Cuba keine Rücknahme der sozialen Errungenschaften. Cuba betreibt nach wie vor eine Politik, die der Bevölkerung die Sicherung der Grundbedürfnisse garantiert, die Bildungschancen für alle eröffnet und kostenlose Gesundheitsversorgung für alle gewährleistet. Cuba hat in der jüngsten Zeit enorme Anstrengungen unternommen, um sich an die veränderte Situation nach dem weitgehenden Abbruch des Handels mit Osteuropa anzupassen.

Erfindungen zur Energieeinsparung, Eigenproduktion vieler Ersatzteile, die massenhafte Einführung des Fahrrads als neues Verkehrsmittel Nr. 1 sind einige wichtige Punkte.

Darüberhinaus zeigt sich seit neuester Zeit eine Restrukturierung der Entscheidungsgremien des Staates, die auf Dezentralisierung und starke Einbeziehung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse abzielt.

Wir unterstützen cubanische Fabriken und Einrichtungen mit Ersatzteilen, die in Cuba nicht hergestellt werden können und mit Know-How, um Cuba längerfristig unabhängig zu machen.

In Zusammenarbeit mit den cubanischen Institutionen haben sich bisher folgende Projekte ergeben:

- Ersatzteile für die Energiegewinnung in der Zuckerproduktion

- Ersatzteile für Maschinen der Ernährungsindustrie

- Ersatzteile für Erntemaschinen

- Ersatzteile für die Basisindustrie, insbesondere der Gewinnung von Sauerstoff z.B. für Krankenhäuser

- Ersatzteile für die Textilindustrie.

Als Gruppe von TechnikerInnen haben wir bereits langjährige Erfahrung in der Unterstützung der industriellen Produktion in Nicaragua. Es hat sich gezeigt, daß diese Form der Solidarität ein wichtiger Beitrag zum Aufbau des Landes war.

Um unsere Arbeit weiterführen zu können, benötigen wir nach wie vor Geld und rufen daher zu Spenden auf!

Taller de la Solidaridad,

c/o Werkhof Darmstadt

Rundeturmstraße 16, 6100 Darmstadt

Tel.: 06151-26664, Fax.: 06151-20285.

Bankverbindung:

Volksbank Darmstadt

Kto.-Nr.: 851108, BLZ: 50890000

Stichwort Cuba (unbedingt angeben).

Spenden sind von der Steuer absetzbar! Genaue Projektbeschreibungen können bei uns gegen einen Unkostenbeitrag angefordert werden!

39. Philippinen: "People Power" öffnete die Büchse der Pandora

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/phil.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:phil

von Rainer Werning

"Diese Nation raffte sich auf und mobilisierte alle Kräfte, um sich der Fesseln zu entledigen und unter meiner Führung Freiheit, Frieden und Wohlstand entgegenzumarschieren". (Corazon C. Aquino anläßlich der Abschlußfeierlichkeiten für die Absolventen der Universität der Philippinen, April 1986)

Der Monat zwei Anno Domini 1986 ist für Nicht-Filipinos ein Nicht-Ereignis - allenfalls ein gewöhnlicher Monat zwei Monate vor Tschernobyl. Für Filipinos indes bedeutet der Februar 1986 eine Zäsur, eine Zeitenwende. Manila steht Kopf, sein langjähriger Boß Marcos bebend auf dem Balkon seines Palastes am trüben Pasig-Fluß. Der Magier der Macht, einst bewundert, jetzt geschmäht, hat ausgespielt. Sein Gesicht - aschfahl und aufgedunsen durch Cortison-Schübe - wirkt schlapp, als starre es bereits in einer verstaubten Ecke von Madame Tussauds in Wachs modelliert, auf deren ausdrucksstärkere Kabinettsfiguren. "Machen Sie Schluß, einen sauberen Abgang" - hatte ihm Augenblicke zuvor Senator Laxalt auf Weisung seines Dienstherren Ronald Reagan telefonisch beschieden. Der Mohr hat seine Pflicht erfüllt, nur abtreten mag er nicht sogleich. Vor ausgewählten Claqueuren kürt sich Marcos - tragikomisch - zum Sieger der vorgezogenen Präsidentschaftswahl vom 7. Februar. Desgleichen inszeniert an einem anderen Ort der Metropole seine Widersacherin, die Witwe des 1983 von Schergen des Diktators exekutierten Ex-Senators Benigno Aquino. Mit einem feinen Unterschied: auf "Corys" Seite ist das Volk, die Auferstehung der Demokratie und das Leben - gar in leibhaftiger Erscheinung der Heiligen Jungfrau Maria.

In Manilas Straßen zelebriert sich das Volk, geraten die Starken aus dem Tritt, verschmilzt der Polit-Machismo, demonstriert durch herangerückte Panzer, deren Besatzungen jedoch nicht schießen mögen, mit dem im insularen Katholizismus dominanten mariologischen Element. Gäbe es eine Choreographie des politischen Umsturzes, eine Ästhetik der Herrschaftsmetamorphose - sie hätte sich in jenen bewegten Februartagen nicht auratischer zu entfalten vermocht.

Sakralität des Profanen

Der gleichermaßen in weltlichen wie außerirdischen Machtkuppeln heimische Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, wähnt in den entscheidenden Stunden des Machtwechsels - vom 22. bis 25. Februar - Göttliches am Werk. Unsichtbar, doch omnipräsent sei die Gottesmutter auf Manilas ausladender Stadtautobahn, der Epifanio de los Santos Avenue (EDSA), zwischen die Kontrahenten, hie die Soldaten, dort das aufbegehrende Volk, getreten. Nonnen und Priester, vereint im Gebet, behängen die aufgepflanzten Bajonette der hypnotisierten, plötzlich domestizierbereiten Staatsmacht mit Rosenkränzen und Blumen. Der Gruß wird, zunächst tapsig zwar, erwidert, formt sich zaghaft zum Siegeszeichen der Opposition, dem zum "L" - für "Laban" (Kampf) - gespreizten Daumen und Zeigefinger. Über den katholischen Rundfunksender "Veritas", aus den USA, vom Opus Dei und von bundesdeutscher Seite durch die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung finanziell gesegnet, ruft der cherubinisch wirkende, im Mediengeschäft geübte, Kardinal - auch das ist seine Stärke - die Bevölkerung zu einem Massenspaziergang auf. Treffpunkt: die sich entlang der EDSA vis-à-vis gegenüberliegenden Militär- und Nationalpolizei-Hauptquartiere Camp Crame und Camp Aguinaldo. Hier halten sich, angeführt von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und dem (stellvertretenden) Generalstabschef Fidel V. Ramos, rebellierende Streitkräfte verschanzt - aus Gründen, die nur sie selbst am besten entzuschätzen wissen. Rebellen? Feinde der Diktatur gar? Wendehälse par excellence, lange bevor ein solch unschönes Wort in einem untergegangenen - nur mehr archäologisch interessierenden - Staatsbefund im Herzen Europas gewechselt wurde. Enrile, jetzt publicityträchtig im Kampfanzug auftretend, seine Finger am Abzug der Uzi-Maschinenpistole, war mit Marcos durch dick und dünn gegangen. Als dessen Kumpan, von 1972 bis 1981 gar oberster Kriegsrechtsverwalter, scheffelte er, der sich vom Adoptivkind zum Juristen zielstrebig nach oben drängte, Abermillionen aus einem von der Kokosnußindustrie und Holzeinschlag zusammengezimmerten Wirtschaftsimperium. Ramos, ein telegener Zigarrenraucher, Absolvent der US-Militärakademie in West Point und passionierter Fallschirmspringer, stand mit der Integrierten Nationalpolizei einer Truppe vor, die Experten im Pentagon bereits seit dem Tode Aquinos im Herbst 1983 als

inkompetent gescholten hatten und aus der einige Elemente nationalen wie internationalen Menschenrechtsorganisationen als notorische Brutalos aufgestoßen waren.

Diese staatlichen Ordnungshüter, im Volksmund "buwaya" (Krokodile) gescholten, wenden sich gegen einen Staat, dessen Architekten sie sind. Das macht sie hoffähig, aber nicht satt. Ihre Fütterung empfiehlt nun der Kardinal über den Äther. Und wahrlich, so soll es sich erfüllen. Camp Crame und Camp Aguinaldo, einst - einst? - Schaltzentralen flächendeckenden Staatsterrors, verwachsen mit der auflaufenden, stündlich anschwellenden Menschenmenge zu einem gigantischen Heerlager der Friedfertigkeit. In dieser Situation wollen die "Rebellen" nicht schießen, und die zerbröckelnde Phalanx der Marcos-Getreuen kann nicht schießen. Was die Amerikaner "checks and balances", Austarieren der Macht, nennen, vollzieht sich realiter und - wiewohl nicht ausschließlich - unter ihrer Ägide. Zu beiden widerstreitenden Fraktionen existiert ein "heißer Draht", beide Lager sind trotz alledem ein und dasselbe nachkoloniale Produkt - in Ausbildung, Erscheinungsform, Wertvorstellung und Ideologie. Letztere äußert sich in der Doktrin der "nationalen Sicherheit", deren Gefährdung keiner riskieren will, weder der geschätzte große transpazifische Bruder noch die mit ihm qua engem Bündnisgeflecht vernabelten und seinem Lebensstil zugewandten lokalen Eliten.

Die unbekannte, unberechenbare Größe bleibt das Volk. Dazu zählen die Bauern, die sich schlechter behandelt fühlen als ihre Carabaos (Wasserbüffel); die Arbeiter, die man mit Hungerlöhnen unbezahlten Überstunden und Streikverboten schikaniert; die Fischer, wegsaniert von den Städteplanern einer von Grandezza und byzanthinischem Pomp getriebenen First Lady Imelda; die Straßenhändler mit ihren feilbietenden Hustenbonbons, Kaugummis, angekohlten "Adidas"-Barbecue schmächtig-zähen Hühnchenflügel-Spießen - und wohlriechenden Sampaguita-Kränzen, gern ihrerseits von der staatlichen Tourismusbehörde als folkloristische Farbtupfer feilgeboten; die Mittelschichten, Studenten, Krankenschwestern, gespalten und mit sich hadernd, ob sie daheim oder in Eden, das für sie im Westen liegt, ihr Glück, ihre Entwicklung und ihre Erfüllung suchen sollen; schließlich die auf Exklusivität bedachte Großgrundbesitzerklasse und vorzugsweise in Extravaganzen schwelgende Bourgeoisie, umgeben von einem Troß reputierlicher Technokraten und sprachgewaltiger Souffleure aus Wissenschaft, Kunst und Kirche.

Sie alle, die vieles trennt, finden auf der EDSA zueinander, kurz nur, aber emphatisch, um alsbald wieder in ihre abgeschotteten Welten einzutauchen. Was bleibt, musikalisch beschworen, ist ein Lied, das im Frühjahr 1986 zur Hymne wird - neben dem antikolonialen "Ang Bayan Ko" (Mein geliebtes Heimatland) und amerikanischen "Tie a yellow ribbon 'round the old oak tree" (Umkränze die alte Eiche mit einer gelben Schleife). Es heißt "Handog ng Pilipino sa Mundo" (Das Geschenk des Filipino an die Welt) und sein Komponist Jim Paredes. "Seht", so lautet eine Strophe, "was in unserem Land geschieht; Reiche und Arme tun sich zusammen - Nonnen, Priester und Soldaten vollzieh'n den langersehnten Schulterschluß, und dieser Teil der Erde verwandelt sich in einen Himmel". Und der Refrain: "Ein Geschenk des Filipino an die Welt - ein gewaltloser Weg zur Veränderung. Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit - sie sind zu erlangen ohne Gewalt, solange wir vereint sind!"

Farbsymbole - auch sie kommen zur Geltung. Neben dem "unbefleckten" Weiß, dem Grün des Politfuchses Salvador Laurel, dessen Familie Marcos maßgeblich seine politische Karriere verdankt, dem kräftigen Rot der Linken und Teilen des sogenannten Parlaments der Straße - das alles überdeckende Gelb, der Hausfrau "Cory" und Märtyrerwitwe Lieblingsfarbe, in Anlehnung an ihren Lieblingssong "Tie a yellow ribbon ...". Gelbe Fahnen, gelbes Konfetti, gelbe T- Shirts, unbeschriftete, mehr noch beschriftete: "Ich stoppte einen Panzer!" - "Ich war Teil einer Menschenbarrikade!" etc. bis "People Power!"

Profanierung der Massen

People Power - das Volk als Machtfaktor oder Machtfaktor Volk - liefert den Schlüsselbegriff und präzisiert hernach in Verbindung mit den Beiworten "Wunder", "Rosenkranz" und "gewaltlos" den Charakter der "Revolution". Geprägt wird er von Aquinos engsten Beratern - Jesuiten der exklusiven Ateneo de Manila University. Machtfaktor Volk - es stimmt, fängt die Stimmung ein, läßt es zum Agens der vielleicht gigantischsten Fiesta, die die Inseln jemals erlebten, werden. Es wird gesungen, getanzt, geteilt. Höhepunkt der Ausgelassenheit dieser politischen Novena ist die Nachricht von der Flucht des Diktators. US-Militärhubschrauber haben Marcos im Schutz der Dunkelheit aus seinem Palast, dem Malacanang, ausgeflogen. Nicht in dessen Heimatprovinz, nach Ilocos, wie zunächst angenommen, sondern in die

Sicherheit des militärisch streng geschützten amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Clark, die erste Etappe ins Exil auf Hawaii.

Unterdessen begehen die Getretenen die Zitadellen der verblaßten Macht: Für sie wird Malacanang zu einem Alice-im-Wunderland-Erlebnis - überall Marmor, Glitter, Glanz, Himmelbetten. Für viele von ihnen, die den Übergang von der Jugend zum Erwachsenen zuerst an den Füßen spüren, indem sie, anstatt barfuß zu laufen, nunmehr Tsinellas, Plastikschlappen, tragen, wird Imeldas hinterlassene Schuhkollektion zum Inbegriff himmlischer Fülle. Himmel zerstört man nicht, die Insignien der Macht werden mit offenen Mündern bestaunt, machen benommen. Nur wenig geht zu Bruch, Verwüstungen bleiben aus. Auch diese Szenen werden von surrenden Kameras genüßlich auf Film gebannt. Man wird sie, die Panzer, das Gelb, die Massen, hie den Lichtstrahl "Cory", dort den in tiefe Ungnade gefallenen Finsterling Marcos, die Uzi Enriles, die Zigarre von Ramos und immer wieder die ausgelassenen Menschenmassen wochenlang vor, nach, mitunter während der Nachrichtensendungen - in Zeitlupe - auch denen, die nicht dabei waren, vorführen, aufmarschieren und siegen lassen.

Bald schon erscheinen die ersten "Revolutionsalben" - in bibliophiler Ausgabe für jene, die dafür einen halben Durchschnittsmonatslohn hinblättern können und in erschwinglicher Heftform. Im Mittelteil, herausnehmbar, ist ein auf Pergamentpapier gedrucktes, durchnumeriertes Zertifikat eingelegt. Es bescheinigt dem Besitzer die Teilnahme an der "Wunderrevolution vom 22. - 25. Februar 1986" und harrt nur noch der notariellen Beglaubigung. Wohlverstanden: Teilnahme als Statist und politische Kommunion, nicht im Sinne von Teilung dessen, was den vermeintlichen Erfolg der Revolution besiegeln soll - Demokratie. People's Power, Volksmacht hingegen, wie die zahlreichen Selbsthilfeorganisationen, fortschrittlichen zielgerichteten Gruppen (sogenannten cause-oriented groups), linken Bündnisse und die illegalisierte NDF sie als nach-diktatoriale Koalitionsregierung - bestehend aus national gesinnten und demokratischen Kräften jenseits von Parteieninteressen und Klassenherkunft - buchstabieren, ist und bleibt ein Anathem.

People's Power setzt die politische Herrschaft des Volkes voraus, ist Indiz seines aktiven Gestaltungswillens und beinhaltet zumindest Repräsentanz in der Exekutive, Legislative wie Judikative. Weit davon entfernt, als linguistische Spitzfindigkeit geschmäht zu werden, entäußert sich demgegenüber People Power als ideologisch besetzter Kampfbegriff. Ihre semantische wie reale Spitze richtet People Power auf das Vereiteln einer tatsächlichen Revolution, ihr Ziel ist die Inthronisierung der Konterrevolution, ihre Mittel sind kultisch-mediale Massenaufläufe. Was immer in solchen Prozessen steuerbar, instrumentalisierbar ist - es sind jene von Marcos zwar benachteiligten, keinesfalls jedoch existentiell gefährdeten Kräfte der Eliten, die sich anschicken, innerhalb ihrer selbst Macht zu recyclen.

Dagegen nimmt sich die von der NDF und Teilen der legalen Linken antizipierte "trinitarische Heilserwartung der Revolution", womit das gleichzeitige Aushebeln des dreieinigen Hauptübels ("Imperialismus, Feudalismus, bürokratischer Kapitalismus" bzw. "Faschismus") gemeint ist, eindimensional aus. Die zumindest im stillen genährte Vorstellung, mit Marcos' (des "Faschismus") Sturz seien auch die beiden anderen Kettenglieder automatisch aufgerollt, bleibt Wunschdenken. Noch wenige Tage vor seinem Ende ward des Diktators Rolle maßlos überschätzt; er galt als Joker in einem Spiel, dessen Karten längst gemischt und neuverteilt worden seien. Mit dieser Überschätzung paart sich ein nachhaltiges Unterschätzen amerikanischer Krisenbewältigungsstrategie (verkannt bleibt die gewichtige Interessenidentität zwischen dem State Department und Pentagon, deren orchestriertes Intervenieren in die Politik Manilas der Nationale Sicherheitsrat letztinstanzlich gutheißt und am Ende Reagan von Marcos' Kontraproduktivität überzeugt). Das begünstigt die Herstellung einer um Aquino gruppierten neuen politischen Machtkonstellation, welche die Zeichen der Zeit - die überragende Bedeutung des antidiktatorischen Kampfes - intuitiv erfaßt und trefflich dessen Inhalte besetzt.

Gesprengter Kokon?

Spätestens hier kündigt sich die vermeintlich "erhabene" Verabschiedung der rationalen, argumentativen Distinktion an und läßt an die Stelle kritischen Durchforstens den Rau(s)ch der Gefühle treten. Kein analoges Ereignis - eine vorgezogene Präsidentschaftswahl, dazu in einem Land der Dritten Welt - widerfuhr eine vergleichbar exaltierte Multimedia-Inszenierung. Immerhin beherrschte lange vor dem 9. November 1989 diese erste showbusinessartige "sanfte Revolution" wochenlang die Schlagzeilen der über 1.000 angereisten ausländischen Medienleute, bis die "unerhabenen" amerikanischen Luftangriffe auf die libyschen Städte

Tripolis und Benghazi und dann Tschernobyl die internationale Berichterstattung über die Ereignisse in Manila auf das ihnen gebührende Maß reduzierten.

In einem ziselierten Beitrag mit dem Titel "Das Erhabene und die ‚sanfte Revolution` - Kritische Überlegungen zur Mediatisierung einer geistigen Strömung" lesen wir in der Frankfurter Rundschau (19. Juni 1990), eurozentrisch eingefärbt zwar, doch durchaus Übertragungen gestattend: "Der Schwellenwert für erhabene Massen-Enthusiasmen ist offenbar erheblich gestiegen. Revolution live: Die erste medienunterstützte gefühlsechte, bildschirmnahe und videogerechte Revolution der Geschichte hat ihn überschritten und die Sache des Erhabenen zugleich persifliert. Für den externen Fernsehzuschauer etwa in Amerika oder Japan wurden die Bilder von der ‚sanften Revolution` zu einer großartigen TV-Show, deren reizvollen, aber nicht eigentlich nachvollziehbaren Realitätsgehalt man sich offenbar mühsam durch den kostspieligen Ankauf von Mauer-Fragmenten erfahrbar machen mußte. (...) Im Grunde hat uns diese erste ‚posthistorische` Revolution gelehrt, daß es - weil es nur noch Zuschauer gibt - keine Zuschauer mehr gibt. Das apathische Pathos des Erhabenen hat sich aufgelöst in die pathologische Apathie einer beteiligt-unbeteiligten Welt-Fernseh-Gemeinde, die mit der audiovisuell beschleunigten Wirklichkeit nicht mehr Schritt zu halten vermag. Geschichte im Monitorstadium. Bilder beschworen und erzeugen eine historische Realität, hinter der die Fassungskraft des einzelnen hoffnungslos zurückbleibt".

Nun ging es in Manila nicht um Mauer-Fragmente und die Posthistorie, sondern um Panzerungen, Betonmischereien neuer Art und zutiefst Historisches. Politische Macht und wirtschaftliche Pfründe einer neuen Riege aus der alten Elite wurden alsbald mit Beton verschalt. Die Handvoll einer der People's Power sympathisch geneigten, wiewohl nur kurz amtierenden Regierungspolitiker mußte vergangenen Terror entsorgen - unterhalb strategischer Eingriffsmöglichkeiten, versteht sich. Kurz: sie recherchierten Menschenrechtsverletzungen en masse, jene aber regierten sans les masses. Sämtliche Panzer, mochten sie in Manila noch so einfallsreich geschmückt worden sein, blieben intakt, um das Morden außerhalb metropolitaner Medienwirksamkeit ungeniert und auf erweiterter Stufenleiter, doch mit dem Signum des Neuen versehen (z.B. Neue Bewaffnete Streitkräfte, NAFP), fortzusetzen. Aquino und ihre siegreichen Getreuen gerierten sich als Trendsetter von Historie. Zu ihrem Verständnis eines geschichtlichen Neubeginns gehörte als zentrales Credo das Vergessen(machen) um jeden Preis, die selbsterteilte Absolution der Herrschaften. Amnestie, einmal zum Eckpfeiler politischer Programmatik erhoben, wird zur materiellen Gewalt just in dem Moment, wo Menschen auf die (Rück)Eroberung von und ihrer Geschichte, das politische Aufrechnen ihnen widerfahrenen Leids nicht verzichten mögen. Das geht, die Herrschenden haben es vor und nach den letzten Februartagen des Jahres 1986 weidlich demonstriert, äußerst blutig vonstatten. Emphatisches Beschwören der "gewaltlosen", "friedlichen", "wundersamen" "People Power-Revolution" betrieben jene, die bereits den Erfolg ihres Gegenteils in tiefen Zügen ausgekostet hatten.

Die Symbolisches hegenden, das Bildhafte in der Sprache pflegenden Filipinos prägten im Umfeld christlicher Basisgemeinden das geflügelte Wort: "Wenn der Taifun den Kokon zerstört, wird der Schmetterling die Sonne umarmen". Des Schmetterlings tänzelnde Schönheit - wer schickte sich an, sie in jenen bewegten Februartagen des Jahres 1986 in Abrede zu stellen? Nur versengten die Sonnenstrahlen längst seine farbenprächtigen Flügel.

Bereits im Malacanang domiziliert, eröffnete "Cory" dem zur Evaluierung ihrer Amtszeit auf Geheiß Präsident Reagans eingeflogenen Sonderbeauftragten Philip Habib im Juli 1986: "Ihr Amerikaner habt mit mir bessere Chancen als mit Marcos". Eben.

Literaturhinweis:

Im März d.J. erscheint im Verlag Elefanten Press (Berlin) das Buch "Philippinen - Paradies im Aufruhr", ca. 200 Seiten, 29,80 DM, hrsg. von Rainer Werning und Mary Lou U. Hardillo. Der Band vereint über 30 Beiträge philippinischer und deutsch(sprachig)er AutorInnen!

40. Politische Justiz in den USA. Interview mit Norman Paech

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:15

Norman Paech ist Hochschullehrer in Hamburg. Er lehrt an der HWP Staats-, Verfassungs- und Völkerrecht. Er ist außerdem Mitherausgeber und leitender Redakteur der Zeitschrift "Demokratie und Recht", in deren Heft 1/91 die deutsche Übersetzung des Urteils des Tribunals abgedruckt ist.

ak: Du warst beim Internationalen Tribunal gegen Menschenrechtsverletzung in den USA vom 7.-10.12.90 Mitglied der Jury. Was sollte das Tribunal, welche Fälle wurden euch vorgelegt und zu welchen Schlüssen seid ihr gekommen?

Norman Paech: Einleitend zur Entstehung des Tribunals ein paar Worte. Das Tribunal ist über ein Jahr lang von Minoritäten in den USA vorbereitet worden: von Schwarzen, Puerto Ricanern, Native Americans, Chicanos.

Der Anlaß des Tribunals war, die Mauer des Schweigens über die Art der politischen Justiz in den USA zu durchbrechen, einen neuen Ansatzpunkt zu finden, auf gravierende Menschenrechtsverletzungen in den USA hinzuweisen. Auf dem Tribunal sollten auch Unterlagen erstellt werden, mit denen die Veranstalter im März dieses Jahres vor die Menschenrechtskommission der UNO gehen wollen, um diese Fälle anzuklagen. Außerdem sollen durch das Tribunal die Kongreßabgeordneten und die Medien informiert werden.

Ist es euch gelungen, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen?

In der Vorbereitung des Tribunals gab es einen sehr ausführlichen Artikel in der "New York Village Voice". Über große Resonanz in den Medien ist mir nichts bekannt.

Ist es ein Anfang gewesen, die Zersplitterung der Bewegung zu überwinden?

Dazu muß man wissen, daß die Black-Panther Bewegung seit 1972/73 auseinandergefallen ist. Es ist dem FBI damals gelungen, diese Bewegung in ihrer Kampfkraft ganz erheblich zu schwächen.

Das Tribunal sollte einen Ansatz bieten für den inneren Zusammenschluß der oft miteinander rivalisierenden Gruppen. Und ein Ergebnis dieses Tribunals vorweggenommen: Mir scheint, daß dies gelungen ist, weil die Resonanz in der Öffentlichkeit - damit meine ich jetzt nicht die Medien, sondern die etwa 800 TeilnehmerInnen - durchaus ein Ansatz war, um die divergierenden Positionen wieder zusammenzubringen und in dem Kampf für politische Rechte zu vereinigen.

Spiegelt sich der besondere Rassismus in den USA in den Verurteilungen wider?

Dieser Rassismus ist in der amerikanischen Politik immer präsent. Aber die Form des Rassismus insbesondere gegenüber Schwarzen ist in der Tat besonders.

Man kann davon ausgehen, daß das Strafmaß im schwarzen politischen Milieu durchschnittlich wesentlich höher ist als gegenüber Weißen. Die schärfsten Verurteilungen haben wir gegenüber schwarzen Frauen festgestellt, dann gegenüber schwarzen Männern und gegen weiße Unterstützer.

Unser Maßstab war einerseits die normale soziale Kriminalität und andererseits politisch motivierte Anschläge aus der rechten Szene, d.h. aus dem Klu- Klux-Klan und anderen rechten Gruppen. Hier sind wir auf ein derartiges Mißverhältnis gestoßen, wie wir es eigentlich nicht erwartet hatten. (s. Kästen, Anm. ak)

Heißt daß, die Jury hat schwerpunktmäßig die Mißverhältnisse untersucht oder auch den Rassismus in der Justiz?

Das gehört beides zusammen. Wir hatten durch Gutachten, die wir in Form von Expertisen von Fachleuten und Rechtsanwälten vorgelegt bekamen, einen Vergleichsmaßstab. Zwei davon werden in Heft 2/91 von "Demokratie und Recht" veröffentlicht werden. Auf dieser Basis konnten wir dann ermitteln und ermessen, daß der Besitz z.B. von Munition oder der illegale Besitz von Waffen bei Schwarzen, Puerto-Ricanern oder auch bei weißen Sympathisanten oft 16-, 18- ja 20 mal so hoch bestraft wurde als im rechten politischen Spektrum.

Es gab Anfang der 80er Jahre Liberalisierungsversuche, um die Diskrepanz bei den Verurteilungen zu verhindern, von jetzt aus betrachtet, ist das Ergebnis eher Strafverschärfung.

Diese Diskrepanz und offensichtliche Willkür bei der Festsetzung von Strafen gegenüber linken politischen Aktivisten hat in liberalen Kreisen des Kongresses Anfang der 80er Jahre zu einer Bewegung geführt, sog. sentencing guidelines, d.h. Urteilsrichtlinien für die Gerichte zu entwickeln, mit denen der Versuch einer Gleichbehandlung angestrebt wurde. 1984 hat der Kongreß diese als Sentencing Reform Act verabschiedet. Das Ergebnis war keine Angleichung, sondern eine grundsätzliche Verlängerung der Haftstrafen, weil diese Richtlinien zwingende Untergrenzen für Haftstrafen auf Bundesebene festlegten. Die durch diese Richtlinien festgelegten Höchststrafen für bestimmte Delikte wurden dadurch unterlaufen, daß der Kongreß einer Überschreitung der Höchststrafen zustimmte, wenn es sich um Delikte aus dem Bereich "Terrorismus" handelt.

Ihr plant, als Folge dieses Tribunals zur Menschenrechtskommission der UNO zu gehen. Was erwartet ihr davon?

Das ist eine ausgesprochen schwierige Frage.

Bei diesem Tribunal hat die Verurteilung der USA durch das Dekolonisationskomitee der UNO wegen der kolonialen Besetzung Puerto Ricos seit 1898 eine wichtige Rolle gespielt. In den Jahren seit 1976 sind die USA jährlich von dem Dekolonisationskomitee aufgefordert worden, dem puertoricanischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zu geben und sich aus Puerto Rico zurückzuziehen. Die Puertoricaner befürchten jetzt, mit der Wende in der SU und der Erosion der ehemals sozialistischen Staaten, daß derartige Aufforderungen und Beschlüsse in diesem Komitee nicht mehr zustande kommen werden. Die Wende in der UdSSR wird sich in den Kommissionen und Komitees der UNO widerspiegeln. Verurteilungen der USA werden kaum noch durchsetzbar sein.

Trotzdem werden die Veranstalter des Tribunals sich nicht davon abhalten lassen, alles zu versuchen, der Menschenrechtskommission diese Fälle vorzulegen, weil in dieser Kommission Personen und Völkerrechtler vertreten sind, die nicht direkt Vertreter ihres Landes sind, die aber wegen ihrer Persönlichkeit und ihrer Bekanntheit dort hineingewählt worden sind.

Es soll also ein Versuch unternommen werden, auf moralischer Ebene Druck auszuüben, um damit die Situation der politischen Gefangenen in den USA zu verbessern?

Ja, aber eine Institution wie die Menschenrechtskommission der UNO ist schon etwas mehr als nur eine moralische. Das hat auch eine politisch-psychologische Wirkung, wenn dort gegen einen Staat eventuell ein Befund der Menschenrechtsverletzung beschlossen wird.

Nochmal zurück zur politischen Justiz in den USA. Welche besondere Rolle spielt die Grand Jury in den USA?

Ein Teil unserer Untersuchungen war dem System der Strafverfolgung, dem System der Aburteilung und der Inhaftierung gewidmet. Dabei sind wir auf eine Reihe von Gesetzen gestoßen, die denjenigen, die nicht so mit der us-amerikanischen Justiz bekannt waren, überraschende Einblicke in ein zum Teil sehr traditionsreiches Rechtssystem gegeben haben. Dazu gehörte die Grand Jury - eine Institution, die aus dem England des Mittelalters von den Pilgrim Fathers nach Amerika mitgenommen worden ist und bis heute eine sehr ambivalente Funktion in den USA erfüllt. Ursprünglich war sie eine außerhalb des Justizsystems geplante Institution, um Angeklagten die Möglichkeit zu geben, sich im nichtgerichtlichen Zusammenhang mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die in der Grand Jury zusammenkommen, über die Probleme der Anklagen, die Probleme der Verfolgung auseinanderzusetzen. So wie es in einem Schiedsgerichtsverfahren Möglichkeiten für eine außergerichtliche Schlichtung gibt.

Im Bereich der politischen Justiz ist diese Institution allerdings umgekippt in ein Zwangs- und Erpressungssystem, weil den vor die Grand Jury Geladenen nicht das Recht offensteht, einen Rechtsanwalt mitzunehmen oder die Aussage zu verweigern wie vor einem normalen Gericht. Diese Jury - einberufen vom jeweiligen Justizministerium der Staaten, ohne Richter, ohne Staatsanwälte, allerdings unter der Oberhoheit der Staatsanwaltschaft des Staates - kann politisch Verfolgte vorladen, die gezwungen sind auszusagen. Wenn sie es nicht tun, kann die Jury eine nicht überprüfbare Haftstrafe bis zu 18 Monaten und in manchen Fällen von länger als mehreren Jahre über die Vorgeladenen als Erzwingungshaft verhängen. In verschiedenen Fällen, insbesondere bei Puertoricanern, die die Kompetenz und Zuständigkeit der Grand Jury

boykottierten, hat das dazu geführt, daß sie bis zu vier Jahren in Haft gewesen sind. Das ist ein Erzwingungshaftsystem, das zum Glück unserem kontinental-europäischen Rechtssystem bisher vollkommen fremd ist.

Ist hier ein Vergleich mit Beugehaftandrohung bei uns zu ziehen?

Nein, die Beugehaft bei uns muß zumindest von einem Gericht verhängt werden, mit all den rechtstaatlichen Beschwerde-und Berufungsmitteln. In den USA gibt es das faktisch nicht, weil die Grand Jury eben eine außergerichtliche Institution ist, in der zum Teil auch Nichtjuristen sitzen.

Das bedeutet auch gleichzeitig, daß in dieser Rechtsform politische Erklärungen nicht möglich sind, oder bezieht sich das auf das gesamte US-Gerichtswesen?

Das Ziel der Grand Jury ist eigentlich, alle Faktoren des vorgeworfenen Deliktes zu erörtern, welche irgendwie für die Beurteilung im weitesten Sinne von Bedeutung sein könnten. In den politischen Fällen haben Schwarze und Puerto Ricaner aufgrund des erpresserischen Charakters, den diese Grand Jurys angenommen haben, generell die Aussagen verweigert. Das hat zu Haftstrafen geführt. Die Verweigerung der Politisierung eines solchen Verfahrens ist in der Tat ein Charakteristikum der Justiz. Das Paradoxon ist folgendes: Die Angeklagten werden wegen politischer Delikte angeklagt, der politische Hintergrund wird zur Verschärfung der Urteile herangezogen, aber es wird ihnen jegliche Erläuterung des politischen Zusammenhanges ihrer Delikte mit dem Befreiungskampf, zum Beispiel bei den Puerto Ricanern oder dem Anti-Rassismuskampf der Schwarzen, verweigert. Dieses ist ja ein Phänomen, das wir von unserer Justiz kennen, daß dort in den USA allerdings besonders krass zutage tritt.

Gibt es die Möglichkeit, den Vergleich zu §§ 129, 129a heranzuziehen, der bei uns ein Ermittlungsparagraph und ein Paragraph gegen die Linke ist? Gibt es in den USA ähnliche Paragraphen?

Ja, durchaus. Die Justiz hat dort generell die Schwierigkeit, daß sie politische Aktivisten verurteilen muß oder will, denen sie keine konkreten Straftaten wie Raub oder ähnliches nachweisen kann. Zu diesem Zweck hat sie auf die Tatbestände der Verschwörung und der aufrührerischen Verschwörung zurückgegriffen. Dadurch hat sie die Möglichkeit, politische Aktivisten, die zum Beispiel in einer politischen Gruppe sind, die wegen allgemeiner politischer Straftaten bereits überführt worden ist, zu verurteilen. Es muß dem Betroffenen nur die Mitgliedschaft in einer solchen politischen Gruppierung nachgewiesen werden.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf den RICO-Act (Racketeer influenced Corrupt Organisations = Korrupte Organisationen, die durch Erpresser beeinflußt sind, Anm. ak) zu verweisen, der an sich gegen organisierte Wirtschaftskriminalität ergangen ist und die Möglichkeit eröffnen sollte, einer Wirtschaftsgang beizukommen, von der einzelne Mitglieder schon wegen konkreter Taten verurteilt worden sind. Dieses hat man jetzt auf linke Organisationen und Gruppierungen angewandt und damit ein Mittel gefunden, politische Aktivisten zu bestrafen, nur wenn sie Mitglied in einer solchen politischen Gruppierung sind.

Das ist auch wieder eine Parallele zur aktuellen Diskussion in der BRD, bei der die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zur Einführung einer neuen Strafrechtsverschärfung führt. Kannst Du noch etwas zur Zusammensetzung der Jury sagen?

Man muß zum Charakter der Jury des Tribunals noch einiges sagen. Die Jury war aus aller "Herren" Länder zusammengesetzt. Ein Japaner, eine Puerto Ricanerin, ein Palästinenser, ein Ghanaer, ein Engländer, ein Deutscher. Das heißt wir kamen nicht nur aus unterschiedlichen Rechtskreisen, sondern auch aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, so daß wir jeweils eigene Assoziationen mit dem politischen System des Heimatlandes verbanden. Das konnte sich nur in einer sehr konkreten Analyse des politischen Systems in den USA bündeln. Uns wurde deutlich, daß normale rechtsstaatliche Institutionen, die einerseits zum Schutz von Angeklagten entwickelt worden sind, zum anderen aber zur Verfolgung ganz anderer Gruppierungen in bestimmten politischen Fällen umgewandelt und gegen Angeklagte verwendet werden konnten, gegen die diese Gesetze ursprünglich nicht entwickelt worden sind. Dieses ist ein allgemeines Charakteristikum des bürgerlichen und liberalen Rechtsstaates, daß er Institutionen entwickelt, die durchaus multifunktional in politischen Situationen sowohl zum Schutz als auch gegen Angeklagte verwendet werden können.

Zur konkreten Situation der politischen Gefangenen: Du hattest die Möglichkeit, mit Mumia Abu Jamal zu sprechen, der seit neun Jahren im Knast in der Todeszelle sitzt. Welchen Eindruck hattest du von diesem Besuch?

Als ich zu dem Tribunal eingeladen wurde, hatte ich gleich meinen Wunsch geäußert, nicht nur Zeugen und Experten, Rechtsanwälte und Familienangehörige während des Tribunals zu sehen, sondern auch die Möglichkeit zu haben, Gefangene zu besuchen. Ich hatte Gelegenheit, nach Huntingdon zu fahren und dort mit Mumia zu sprechen.

Dies ist für Europäer schon eine geradezu außergewöhnliche Situation. Es ist wohl nur mit dem Begriff der Folter zu fassen, wenn ein Mensch, der über neun Jahre in der Todeszelle sitzt - derzeit ohne Fernseher, ohne Radio, ohne Zeitungen, nur mit der Bibel und nur mit sechsmaligem Besuch im Monat - gleichsam dahin vegetiert und alles versucht, um noch einige Rechtsmittel gegen die Vollstreckung seines Urteils zu erreichen. Das ist eine Situation, die nach unseren Begriffen absolut untragbar ist und das vollkommen überschreitet, was wir selbst hier aus der Situation von politischen Gefangenen kennen.

Ich habe mich zweieinhalb Stunden mit Mumia unterhalten können und war überrascht über seine moralische Verfassung. Sie ist wohl nur zu verstehen vor dem Hintergrund des sich dort immer mehr vereinigenden Widerstandes gegen eine Vollstreckung dieses Urteils. Mumia ist derzeit der einzige, der aus politischen Gründen in der Todeszelle sitzt. Den Optimismus, diese Vollstreckung vermeiden zu können, bekommt er zweifellos über die politische Bewegung. Wie realistisch die Hoffnung derzeit ist, weiß ich nicht, denn hinter der Vollstreckung des Urteils steht die nicht ganz ohnmächtige Polizeigewerkschaft, die seit Jahren darauf drängt, daß Mumia hingerichtet wird.

Gibt es noch konkrete Möglichkeiten der Intervention sowohl für Mumia persönlich wie auch für uns hier als Westeuropäer?

Für Mumia gibt es derzeit nur noch eine Beschwerde auf der Ebene des Staates Pennsylvania. Dieses wird wohl die nächsten Monate in Anspruch nehmen. Danach scheint es juristisch keine Möglichkeit mehr zu geben. Dann bleibt nur noch, im internationalen Zusammenhang auf diesen Fall aufmerksam zu machen. Dieses ist auch einer der Fälle, die in Genf präsentiert werden.

Die weitere Arbeit der Kampagne Freedom Now gestaltet sich ja äußerst schwierig. Gibt es diese Zusammenhänge nach dem Tribunal noch, oder ist alles wieder auseinander gegangen?

Das ganze Unternehmen war außerordentlich kostspielig. Die Vorbereitungen waren vorzüglich. Wir haben exzellent ausgearbeitetes Material vorgefunden, was uns die schnelle Einarbeitung in die einzelnen Fälle, die einzelnen Zeugenaussagen und die einzelnen Gutachten ermöglichte. Dieser Zusammenhang, der in New York zu dem Tribunal geführt hat, ist wieder aufgelöst worden. Die einzelnen Gruppierungen sind in ihre Städte zurückgekehrt. Allerdings wird das Projekt in dezentraler Weise weiter verfolgt, und ich bin der Überzeugung, daß man nach diesem Ergebnis auch durchaus in dieser Weise sehr wirksam die Zielsetzung und die Aufgaben dieser Bewegung fortsetzen kann.

Ein Punkt des Tribunals war nicht zuletzt die Überprüfung, ob es in den USA Kriegsgefangene gibt, die der us-amerikanischen Justiz nicht unterstellt werden können. Es gibt eine Reihe von Gefangenen, die diesen Status Prisoner of War (POW) für sich in Anspruch nehmen. Die Jury hat ihn derzeit nur jenen Gefangenen zuerkennen können, die als Puerto Ricaner für die Befreiung Puerto Ricos von der kolonialen Abhängigkeit kämpfen.

Die Voraussetzung für einen solchen Status, der nach den Genfer Zusatzprotokollen von 1977 eine besondere Behandlung erfordert, ist die Anerkennung als Befreiungsbewegung. Dieses ist international bisher nicht geschehen, obwohl - wie ich erwähnt habe - die Dekolonisierungskommission den Kolonialstatus der puerto ricanischen Inseln immer bestätigt hat. Die USA haben es jedoch bisher verhindern können, daß die Frage der Befreiungsbewegung und des Befreiungskampfes sowohl in der OAS (Organisation der amerikanischen Staaten, Anm. ak), als auch in der Generalversammlung der UNO zur Sprache gekommen ist. Legt man allein völkerrechtliche Grundsätze dem Problem zugrunde, so haben wir uns dem Ergebnis des Russell-Tribunals über die Situation Puerto Ricos angeschlossen, welches Anfang 1989 in Barcelona stattgefunden hat und den Kolonialstatus und die Berechtigung des kolonialen Befreiungskampfes anerkannt haben. Nach

völkerrechtlichen Grundsätzen ist das ganz eindeutig. Aufgrund der Resolu- tionspraxis der UNO und auf der Basis dieser Erkenntnisse haben wir jenen, die um die Unabhängigkeit Puerto Ricos kämpfen und in diesem Zusammenhang die Gesetze der USA verletzt haben, den Status von POWs zuerkannt. Das bedeutet, daß die USA keine Justizhoheit über diese Gefangenen haben.

In den anderen Fällen, denen der Schwarzen, der Native Americans, der Chicanos konnten wir uns zu einem solchen Urteil nicht durchringen, weil die Zielsetzungen dieser Bewegungen derzeit zu unklar sind und wir nicht feststellen konnten, daß es ihnen einheitlich auf die Abtrennung eines separaten Gebietes von den USA geht. Dieses ist ein Diskussionsprozeß, der innerhalb dieser Gruppierungen noch lange nicht abgeschlossen ist.

Vielen Dank für das Interview.

Anmerkungen:

Weitergehendes Material über:

Freedom Now, 24 E.116th, NYC,

NY 10029 212-860-4101

AGIPA, Amerika-Gegen-Informationsstelle,

Eichenbergerstr. 53, 2800 Bremen 1

Linda Evans, eine radikale Antikriegs- und Anti-Ku-Klux-Klan-Aktivistin, war 1986 wegen illegalen Waffenkaufs zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sie hatte vier Schußwaffen und drei Schachteln Munition mit falschem Ausweis gekauft, woraus die Staatsanwaltschaft elf separate Anklagepunkte bastelte und das Gericht die Höchststrafe von 40 Jahren verhängte, die in der Berufung auf 30 Jahre reduziert wurde. Normalerweise werden dergleichen Delikte mit Bewährungsstrafen geahndet, nur 30% von ihnen erhalten Freiheitsstrafen von durchschnittlich zwei Jahren.

Marily Bock, eine aktive weiße Unterstützerin der Schwarzen-Bewegung, hatte 1973 ebenfalls unter falscher Namensangabe zehn Patronen gekauft, wofür sie zehn Jahre Gefängnis erhielt. Gegenwärtig sitzt sie eine Gesamtstrafe von 80 Jahren wegen verschiedener Aktivitäten für die Befreiungsbewegung ab. Beide wurden im November und Dezember vergangenen Jahres zu weiteren zehn Jahren verurteilt. Sie hatten sich zur Beteiligung an der "Verschwörung" bekannt, die den Sprengstoffanschlag auf eine Garderobe des Capitols im Jahre 1983 aus Protest gegen die amerikanische Invasion auf Grenada vorbereitet hatte.

41. Straubing: Zwangspsychiatrisierung zur Aussageerpressung (Presseerklärung der Prozeßgruppe)

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:30

Zwangspsychiatrisierung von Gefangenen und besonders von politischen Gefangenen, die sich gegen ihre Haftbedingungen und den Knastalltag wehren, ist ein Mittel, mit dem versucht wird, die Ruhe in den Knästen aufrechtzuerhalten. Bernd Rößner, RAF-Gefangener, ist wohl das bekannteste Beispiel für den Versuch, Gefangene durch Zwangspsychiatrisierung zu zerstören.

Aus Haus III der JVA Straubing werden immer wieder Fälle von besonderem Ausmaß bekannt. Hier werden Psychopharmaka in hohem Umfang eingesetzt, im Auftrag der Pharmaindustrie Menschenversuche mit Neuroleptika an Gefangenen gemacht.

ga.

Die Straubinger Gefängnispsychiatrie, das berüchtigte Haus III, war in letzter Zeit wegen der dort herrschenden menschenverachtenden Zustände häufig in den Schlagzeilen. Neu ist, daß mit den dort üblichen Methoden der Zwangsbehandlung Aussagen erpreßt werden sollen. (...)

Sven, ein 25jähriger Nürnberger, wurde am 19.2.91, also vor knapp zwei Wochen, festgenommen, angeblich bei dem Versuch, einen Brandanschlag auf das Nürnberger Einwohnermeldeamt zu verüben. Bekanntlich sind die Meldeämter wichtige Datensammlungsstellen mit bis zu 200 Einträgen pro Person. Im Krisen-und Kriegsfall kommt ihnen eine zentrale Rolle in der zivilmilitärischen Zusammenarbeit zu, denn die dort erfaßten Menschen mit verschiedenen militärisch relevanten Ausbildungen werden dann in großem Umfang aufgrund der Sicherstellungsgesetze zu Arbeitsdiensten zwangsverpflichtet. Daneben befindet sich im Nürnberger Einwohnermeldeamt das Wehrerfassungsamt und die Ausländerbehörde.

Nach seiner Verhaftung kam Sven zunächst in die Nürnberger Untersuchungshaftanstalt in der Bärenschanzstraße. (...)

Nach über einer Woche Isolation nach außen wurde Svens Eltern der erste Besuch in der Nürnberger U-Haftanstalt für vorigen Mittwoch genehmigt. Ohne seine Eltern oder seine Anwältin zu informieren, wurde Sven Mittwoch früh in die psychiatrische Abteilung der JVA Straubing verlegt, in das berüchtigte Haus III.

Sven ist dort in einer sogenannten Sicherheitszelle eingesperrt, die bis zur Decke hoch gefliest ist, und in der sich nichts als eine Pritsche befindet. Die drei Bücher, die in Nürnberg zu ihm durchkamen, wurden ihm abgenommen, er hat schlichtweg gar nichts.

Als Begründung für die Zwangsverlegung in die Straubinger Knastpsychiatrie wurde angeführt, Sven zeige "abnormes Verhalten". Was die staatlichen Behörden unter "abnormen Verhalten" verstehen, äußerten sie ganz offen: Sven weigere sich prinzipiell, mit Polizisten, JVA-Bediensteten jedweder Couleur oder Richtern zu reden, und dies sei als Verhaltensstörung einzustufen. Die Inanspruchnahme des grundlegenden Rechtes eines jeden Gefangenen, die Aussage zu verweigern, die Inanspruchnahme dieses Menschenrechts auf Aussageverweigerung dient den Behörden somit als Begründung für Svens Zwangspsychiatrisierung. Für uns ist dies der offenkundige Versuch, massiven Druck auf Sven auszuüben, um ihn zu Aussagen zu zwingen.

Seit Donnerstag abend haben sich die Angriffe auf Sven gravierend verschärft. Unter Anwendung von Gewalt werden ihm täglich Spritzen verpaßt, entgegen der Versicherung der Psychiatrieleitung, Sven befinde sich nur zur Beobachtung dort. Von den Psychiatriebediensteten wurde ihm angedroht: "Wir werden dich solange spritzen, bis du redest". Sven soll also psychisch und physisch zermürbt werden, wenn er nicht mit den staatlichen Ermittlern und Knastbediensteten kooperiert, die sich nun auf ihn stürzen, da eine Reihe von Brandanschlägen in der Region unaufgeklärt blieb. Dies entspricht der UNO-Definition von Folter.

Die Zwangspsychiatrisierung von unangepaßten und selbstbewußten Gefangenen mit dem Ziel, sie "stillzulegen" und ihre Identität zu brechen, ist in der BRD nichts Neues. Besonders berüchtigt für solche Zwecke ist das Haus III in Straubing. In dieser "Hölle von Straubing" (SZ) kam es in letzter Zeit zu einer Fülle

von ominösen Selbstmorden, der letzte wurde vor wenigen Tagen bekannt. Dort fanden Menschenversuche mit Neuroleptika im Auftrag der Pharmaindustrie statt, aus vielen Dokumenten von Gefangenen geht hervor, daß die Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka nachhaltige körperliche und psychische Schädigungen hervorruft. Erst im letzten Jahr sah sich der bayerische Landtag gezwungen, mit einem Untersuchungsausschuß auf diese menschenverachtenden Folterpraktiken zu reagieren, was freilich ohne greifbare Konsequenzen blieb.

Neu für uns ist allerdings, daß jetzt die Zwangspsychiatrisierung für die Erpressung von Aussagen verwandt wird. (...)

Nbg., 3.3.1991

Weitere Informationen über:

Infobüro Komm, Königstr., 85 Nürnberg

Prozeßhilfe-Konto: P. Widmayer - Kto- Nr. 1 049 943, Stichwort "Sven" - bei Stadtsparkasse Nürnberg, BLZ 760 501 01

42. Letzter Zufluchtsort? - Betr.: Saddam, die neue/alte Weltordnung (AK 327)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:31

Betr.: ak 237: "Saddam, die neue/ alte Weltordnung ..."

Die Frage nach der Haltung gegenüber Israel ist in der Linken durch den Golfkrieg wieder aktuell geworden, wobei die meisten für eine Existenzberechtigung des zionistischen Staates sind. Das wird auch in dem Artikel von Dietrich Schulze-Marmeling deutlich: Aus Furcht vor möglichen "Mißverständnissen" bekennt er sich gleich von vornherein zum Existenzrecht Israels. Nur mit der Art und Weise, wie dieser Staat geschaffen wurde, ist er nicht ganz einverstanden.

Ich will auf die Gründe, die nach Auffassung Dietrichs für ein Existenzrecht Israels sprechen, nicht im einzelnen eingehen. Aber zumindest zum militärischen Aspekt kurz einiges sagen, denn Dietrich schreibt, daß die Juden mit der Gründung eines eigenen Staates "zum ersten Mal die Möglichkeit erhielten, sich auch militärisch zu verteidigen."

Es mag sein, daß sich die israelischen Juden tatsächlich sicher fühlen. Aber niemand kann ernsthaft behaupten, daß das Leben in Israel in militärischer Hinsicht sicher ist. Solange es zwischen israelischen Juden und Palästinensern bzw. den arabischen Staaten der Region keinen wirklichen Frieden gibt, können die Juden in Israel nie sicher sein, ob sie den nächsten Krieg unbeschadet überleben werden. Und daß der Nahe Osten, wo es in den vergangenen Jahrzehnten eine ganze Reihe von militärischen Konflikten gab, eine der Regionen der Erde bleibt, wo die Gefahr von militärischen Konflikten weiterhin sehr groß ist, ist absehbar, trotz der anstehenden imperialistischen "Neuordnung". Angesichts dieser düsteren Perspektiven ist gerade ein so kleines Land wie Israel mit seinen wenigen dichtbevölkerten Ballungsgebieten in einer äusserst heiklen Lage. Wenn es eines Tages tatsächlich zu einem Krieg zwischen Israel und einem bzw. mehreren arabischen Staaten kommen sollte, muß man doch angesichts der heutigen Waffentechnik damit rechnen, daß es in einer Apokalypse aller Beteiligten enden könnte. Ich weiß nicht, ob sich diejenigen, die Israel als "letzten Zufluchtsort" für die Opfer des Antisemitismus bezeichnen, "der militärisch zu verteidigen sei", sich auch Gedanken darüber gemacht haben, was denn passieren könnte, wenn die militärische Verteidigung nicht so klappt, wie es in den vorangegangenen Kriegen der Fall war. Die Militärs in Israel und ihre Verbündeten im Pentagon wissen ganz genau, wie gefährlich es für Israel werden könnte, wenn es einem arabischen Staat gelingen sollte, sich so aufzurüsten, daß die strategische Überlegenheit Israels nicht mehr gegeben ist. Die Zerstörung der irakischen Nuklearanlagen durch israelische Bomber war ein deutlicher Hinweis dafür, daß Israel es niemals zulassen wird, daß ein Staat der Region in den Besitz von Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen kommt. Und nicht umsonst hatten es die USA u.a. darauf abgesehen, das Militärpotential des Irak zu zerstören, um ihren israelischen Partner von dieser Bedrohung zu befreien.

Wer behauptet, Israel sei "der letzte Zufluchtsort" für das jüdische Volk und es sei auch militärisch zu verteidigen, der übernimmt nicht nur die Argumente der Zionisten (was nicht unbedingt bedeuten muß, daß er/sie den Zionismus unterstützt), sondern gibt sich einer möglicherweise tödlichen Illusion hin. Denn Israel ist alles andere als ein sicherer Zufluchtsort. Im Gegenteil: kaum ein anderer Staat der Welt befindet sich in einer so gefährlichen Umgebung, wie Israel. Und deshalb sollte man darüber nachdenken, ob ein demokratisches Palästina, in dem Juden und Palästinenser gleichberechtigt und friedlich zusammenleben können, für die Juden nicht doch besser ist, als das Vertrauen in Patriot-Raketen u.ä.

Toros

Knapp entkommen?

Betr.: ak 237: S.15, "... und Kriegsunterstützer"

Zitat aus dem Flugblatt "Giftgas und Pazifismus - Weltpolizist und Störenfried" der Initiative Sozialistisches Forum (Freiburg) und den (warum eigentlich?) wegzensierten Autonomen Studis (B) sowie der Frauengruppe ZOFF

Liebe Genossen, sehr geehrte Damen und Herren, sowie Kt.,

Es erstaunt uns zwar sehr, im feinsäuberlich unumrandeten Kästchen für "Kriegsunterstützer" im AK aufzutauchen, sind aber immerhin dankbar und erleichtert, knapp der Schublade "Kriegstreiber" entkommen zu sein. Und wahrlich, wir sagen Euch, wenn man diesen Satz so aus dem Zusammenhang gerissen liest, könnte das durch Emotionen aufgepeitschte Publikum glatt glauben, daß Bernd Ulrich Realo-Nachwuchs gekriegt hat.

Diese "Kästchenpolitik" drückt das ganze linke Dilemma angesichts des Krieges aus. Mit zweifelhaften journalistischen Taschenspielertricks drängt man (war's Kt.?) Positionen auf die "falsche Seite der Barrikade", um wieder klare Feindbestimmungen zu haben und zum anderen der Auseinandersetzung zu entgehen. Die krankhafte Sucht einer gesellschaftlich einflußlosen Linken, Positionen zu ergreifen, deren Konsequenzen andere tragen müssen, hat wieder Konjunktur. Soviel Weltgeschichte auf einmal ist schwer zu verdauen - und noch schwerer zu begreifen. Da man selbst nicht Opfer sein darf, aber jedenfalls unschuldig sein will, sucht man sich ein Lieblingsopfer aus, identifiziert sich damit und spielt Realpolitik. Schönes neues Deutschland, wie bist Du doch ganz das Alte geblieben! Ohne eine positive Identifizierung könnte die eigene Ohnmacht vielleicht ja begriffen werden und man bräuchte sich davon nicht noch dumm machen zu lassen. Wenn deutsche Linke versuchen, ihr zweideutiges Verhältnis zu Israel mit einer bedingungslosen Unterstützung des alliierten Kreuzzuges zu erklären, manifestieren sie genau diese Ohnmacht. Eine andere Methode zum gleichen Zweck ist die Forderung nach einem bürgerlichen Staat für "die palästinensischen und kurdischen Menschen" und die Verleugnung des Existenzrechtes Israels. So läßt sie sich auf die Logik eines Krieges ein, der nichts anderes ist, als der politische Ausdruck kapitalistischer Vergesellschaftung, ihr immanent ist und in deren Rahmen eine wirklich emanzipatorische Alternative nicht zu finden und auch nicht zu suchen ist. Das bedingungslose Engagement für das Existenzrecht Israels und für das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat sollte selbstverständlich sein und muß doch mit illusionsloser Staatskritik einhergehen, die mit den Mythen der besseren Staatsbenutzung via "Diktatur des Proletariats" aufgeräumt hat. Israelis, Palästinenser und Kurden, v.a. die irakische Zivilbevölkerung werden durch diesen Krieg existentiell bedroht. Israel, durch den Zufall und das Unglück der Geschichte ein Stück erste Welt in der "dritten", ist zur Geisel der irakischen Diktatur und zum Mittel der allierten Va-banque-Politik geworden. Ebenso geht es den Palästinensern, nur sind ihre scheinbaren Verbündeten andere. Makabererweise verknüpft diese Bedrohung das Schicksal beider Nationen, auch wenn sie es nicht wahrhaben wollen, umso enger.

Die deutsche Linke hat, im Gegensatz zu Kanzler Kohl, tatsächlich eine "besondere Verantwortung" für Israel. Zum ersten der nazistischen Vergangenheit wegen, die nicht vergeht und die nicht "bewältigt" werden kann ohne den resoluten Bruch mit Staat und Kapital. Zum zweiten ihres eigenen historischen wie aktuellen Antisemitismus wegen, der sich zwar oft, scheinbar harmlos, als "Antizionismus" tarnt, der aber tatsächlich nur ausdrückt, wie wenig der Bruch mit dem Stalinismus und seinem nationalen Sozialismus vollzogen wurde, gerade auch nicht in dieser Zeitung und am wenigsten von Kt.

Wir sind empört, fast möchten wir sagen: betroffen, das all dies, das auch in unserem Flugblatt zu lesen war, als "Kriegsunterstützung" gelten soll und betrachten diesen Brief als "Gegendarstellung".

Freiburg, den 26.2.91

Hochachtungsvoll

Elfriede M. (für die Flugblattschreiber)

43. Keine Angst vorm Abgrund! Die GAL Hamburg spaltet sich erneut und steht vor dem Ende

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:53

Die Grün Alternative Liste Hamburg (GAL), Landesverband DER GRÜNEN, hat sich innerhalb eines Jahres zum zweiten Mal gespalten. Nachdem sich im Februar 1990 zunächst die Frauenfraktion von der GAL getrennt hatte (samt Mitnahme von sechs der acht Mandate), dann die Realos mit dem GRÜNEN FORUM einen eigenen Verband gründeten, verließen im März die bekannten Ökosozialisten Thomas Ebermann und Rainer Trampert und ein "linksradikaler" Flügel um Udo Hergenröder die Partei. Ihnen schlossen sich eine Reihe von linken Gründungskadern der Partei an, für die allerdings einschränkend ebenso wie für Ebermann/Trampert gesagt werden muß, daß sie ihre Tätigkeit für die GAL schon Monate vorher eingestellt hatten. Schließlich verließen auch noch die bekannten Vertreter des Linken Forums, Michael Stamm und Jürgen Reents die Partei, wobei ersterer sich seitdem für die PDS engagiert, letzterer dies nach einer kurzen Zwischenetappe wieder eingestellt hat.

Die nächste Krise war begrenzt, spielt jedoch in die jetzige Auseinandersetzung hinein. Mit dem Auftreten der PDS vertrat ein kleiner Teil von GAL-Mitgliedern, mit dieser Partei aus der DDR eine Diskussion über mögliche gemeinsame Perspektiven zu suchen. Hierauf reagierte gerade die verbliebene Linke in der GAL mit einer Unvereinbarkeitspolitik. Teilweise aus einer Haltung heraus, daß die PDS im Westen nichts verloren habe, teilweise in opportunistischer Reaktion auf die Vorwürfe der Realos, die Linken in der GAL wollten die Partei in die Arme der PDS treiben, wurden diejenigen, die diese Diskussion befürworteten als "außerhalb der Meinungsspektrum der GAL" stehend bezeichnet (siehe hierzu AK 323, 15.10.1990). Diese Auseinandersetzung endete schließlich mit der fast vollständigen Auflösung des Kreisverbandes Harburg, wo mit dem jetzigen Hamburger Geschäftsführer der PDS/Linken Liste, Andreas Grünwald, ein besonderer Protagonist dieser Richtung vertreten war. (Siehe hierzu auch nebenstehende "Harburger Erklärung")

Am Ende des Jahres 1990 sah es zunächst so aus, als wenn sich der verbliebene Teil in einer letzten Anstrengung auf die kommenden Bürgerschaftswahlen zusammenraufen würde. Das Ergebnis der Bundestagswahl mit 5,2% versetzte zwar einen gehörigen Dämpfer (1987 waren es noch 11,9%), aber eigentlich sollte so weitergemacht werden wie bisher. Mit zwei kleinen Änderungen. Erstens sollte die Liste ernsthaft für Initiativenvertretern geöffnet werden. Hiervon wurde sich versprochen, daß alte Image der "Bewegungspartei" zurückzugewinnen. Zweitens wurde va banque gespielt: Der geplante Wahlkampfetat hat eine Höhe von fast 900.000 DM und entspricht damit dem Umfang des Gesamtvermögens der GAL. (Zum Vergleich: Der Etat für den Bundestagswahlkampf lag für Hamburg bei 150.000 DM. Die zu erwartende Wahlkampfkostenrückerstattung betrüge bei 5% und 50.000 Stimmen 250.000 DM).

Am 19.1.91 fand die erste entscheidende Mitgliederversammlung zur Vorbereitung der Bürgerschaftswahl statt. Die Konstellationen und Gruppierungen waren zu diesem Zeitpunkt folgende:

- Zunächst die Gruppe der verbliebenen Ökosozialisten, die nicht mit Ebermann/Trampert gegangen waren. Sie repräsentierten die Gründungs-GAL, denn diese Gruppierung hat den größten Anteil an Mitgliedern aus der Zeit 1978 -1982 (personell: Günther Hopfenmüller, Anja Kuhr, Rainer Link, Christina Kukielka, Tay Eich, Bernd Vetter, Kurt Hiller u.a.)

- Zweitens eine Gruppe, die den Gedanken der Ökosozialisten immer sehr nahe gestanden, sich politisch aber von dem stark ideologisch geprägten Kurs abgegrenzt hat (hierfür stehen Andreas Bachmann, Gaby Gottwald, Norbert Hackbusch). -Drittens der verbliebene Rest des Linken Forums, deren eigentliche Köpfe, Michael Stamm und Jürgen Reents, zwischenzeitlich gegangen sind. (Hierfür stehen Michael Pollmann, Uli Gierse)

- Viertens eine neue Gruppierung, die sich "Wilde 13" nennt. Sie werden repräsentiert durch eine Reihe von Basispolitikern aus den Bezirken sowie einer stattlichen Anzahl von ehemaligen Mitgliedern der DKP, die nach der Spaltung der DKP in die GAL eintraten, sowie einer Reihe von ehemaligen DFU-Mitgliedern. (Namentlich am meisten hervorgetreten: Wolfgang Guhle, Rainer Scheppelmann, Hartwig Zillmer)

Am 19.1.91 sollte auf der MV eine wahlpolitische Erklärung verabschiedet werden. Wie schon in der Vorbereitung der Wahl von 1987 standen auch diesmal nicht inhaltliche Streitpunkte im Mittelpunkt, sondern

die Haltung zur SPD bzw. zur Koalitionsfrage. Die Ökosozialisten in Zusammenarbeit mit der Gruppe Bachmann/Gottwald/Hackbusch hatten eine Vorlage geschrieben, in der es zu diesem Punkt heißt: "Viele Mitglieder sehen auch in einer Regierungsbeteiligung eine diskutable Form, um unsere Vorstellungen ein Stück weit in politisches Handel umsetzen zu können. In diesem Zusammenhang wollen wir auch Regierungsbeteiligung nicht für alle Zeiten ausschließen.

Nur: sowohl bei der aktuellen Senatspolitik als auch angesichts der Zukunftsvorstellungen der SPD ersticken Vorstellungen einer Regierungsbeteiligung im Keim. Hoffnungen auf ein ‚rot-grünes` Konstrukt, durch das ökologischer und sozialer Fortschritt in der Stadtentwicklung eingebracht werden können, sind ohne Basis. Mit dieser SPD, wie sie ist, ist in der Hamburger Landespolitik kein wie auch immer geartetes gemeinsames Projekt vorstellbar." Also eine Eingehen auf die rot- grünen Wünsche, aber dennoch eine eindeutige Absage an Koalition.

Dagegen steht die Haltung der Koalition aus Linkem Forum und "Wilder 13", bei denen es (in einer später verabschiedeten Erklärung) zu diesem Punkt heißt: "Ist angesichts der gegenwärtigen Senatspolitik auf Landesebene eine Zusammenarbeit mit der SPD denkbar?

So unwahrscheinlich sie auch erscheint, so darf sie doch nicht von vornherein schon theoretisch ausgeschlossen werden. Sollte sich nach der Wahl eine rechnerische Mehrheit von SPD und GAL ergeben, wird die GAL die Möglichkeit nutzen und überprüfen, ob und welche Forderungen durchsetzbar sind. Die GAL wird zu Koalitionsverhandlungen bereit sein." Im weiteren wird dann ausgeführt, daß eine solche Koalition "spürbare soziale und ökologische Verbesserungen der Lebensbedingungen" bewirken müsse. Also eine Koalitionswilligkeit, die an Bedingungen geknüpft ist.

Nun könnte man sagen, daß in der Praxis zwischen beiden Positionen kein großer Unterschied liege, da eine Koalition in Hamburg von der SPD ausgeschlossen wird und weil die "spürbaren Verbesserungen" nicht eintreten würden. Insofern scheinen es wieder einmal nur Worte zu sein, um die gestritten wird. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß mit ähnlichen Koalitionsaussagen wie die der "Wilden 13" in Niedersachsen ein rot-grünes Bündnis geschlossen wurde, daß im Ergebnis wenig grüne Politik berücksichtigt.

Auf der Versammlung am 19.1.91 erhielt der Block der Linken eine knappe Mehrheit, wobei die Beteiligung jedoch bei unter 100 Mitgliedern lag. Während der Linksblock schon meinte, die Verhältnisse für sich entschieden zu haben - in einer Einladung des Landesvorstandes zur nächsten MV am 16.2. heißt es: "...nach langem, schwierigem aber dennoch konstruktivem Ringen hat die GAL eine wahlPOLITISCHE Erklärung verabschiedet. Konstruktiv war die sachliche und ruhige Diskussionsatmosphäre und die Bereitschaft zum Kompromiß, die sich nicht zuletzt ausdrückte in einer soliden Mehrheit für den Leitantrag." - polemisierten der Block der Neorealos, wie er ab jetzt genannt wurde, vom nächsten Tag an gegen die Entscheidung. In einer ganzseitigen Anzeige in der "TAZ" mobilisierten sie zur nächsten MV, auf der sie nochmals ihre Fassung der wahlpolitischen Erklärung zur Abstimmung stellen wollten. Zur Begründung hieß es: "Das Anliegen der UnterzeichnerInnen des Basis-Aufrufs war, in die Wahlaussage der GAL einen selbstkritischen Aspekt hineinzuschreiben und Abschied vom Oppositionsdogma zu nehmen. Sie hofften, ihr Anliegen werde konstruktiv aufgenommen. Statt dessen schlug ihnen vom ersten Moment an Feindseligkeit entgegen.

Obwohl der Basis-Aufruf 43% der Stimmen enthielt, wurde in dem letztlich mit nur 27 Stimmen um 19.30 beschlossenen Antrag nicht ein Wort und nicht ein einziges Anliegen der Basis-Initiative berücksichtigt." Spätestens von jetzt an wurden die weiteren MVs zur reinen Machtfrage. Den Neorealos gelang es für die MV am 16.2.91 eine Mehrheit zu mobilisieren und ihren Antrag durchzubringen. In einer Presseerklärung vom 17.2.91 heißt es dann: "Hamburgs politische Landschaft hat in den vergangenen Jahren kaum Spielraum für ein rot-grünes Reformprojekt gelassen. Die neue Beschlußlage der GAL eröffnet die Möglichkeit, in dieser Hinsicht einen Wandel des gesellschaftlichen Klimas in der Hansestadt zu erzielen. Jetzt wird es darauf ankommen, offensiv für die längst überfälligen Reformen in ökologischer und sozialer Richtung zu werben. Der Grundstein für einen erfolgreichen Wahlkampf ist gelegt." Die Ökosozialisten drängten sofort darauf, auf der nächsten MV, am 2.3.91, einen Rückholantrag zu stellen. Christin Hönemann und Günther Hopfenmüller erklärten in einem "TAZ"-Interview (28.2.91), wenn es bei dieser Beschlußlage bliebe, würde dieser Block geschlossen austreten. Angekündigt wurde schon die Bildung einer Alternativen Liste. Der linke Mittelblock zog hier nicht mehr mit, sondern votierte dafür, die erreichte Beschlußlage hinzunehmen.

Auf der MV am 2.3. lag somit ein Antrag der Ökosozialisten vor, die Aussage zur Koalition in den alten Stand zurückzusetzen. Hierzu sollte es eine erneute Generaldebatte um die wahlpolitische Erklärung geben. Der Block der Neorealos lehnte dies kompromißlos ab. "Änderungsanträge zur Präambel des Programms bzw. zur Wahlpolitischen Erklärung werden nicht zugelassen. Minderheitenvoten werden entsprechend der Bestimmungen der Satzung zugelassen", heißt es lapidar in ihrem Antrag. Mit über dreihundert Anwesenden war dies eine der bestbesuchtesten Mitgliederversammlung der vergangenen Jahre. Jedem Beteiligten war durch die Mobilisierung im Vorfeld klar, daß es eine Richtungsentscheidung mit einer großen Wahrscheinlichkeit der Spaltung geben würde. Der Block der Neorealos setzte sich mit 137:119 Stimmen durch, womit eine Neuauflage der Diskussion nicht zugelassen wurde. Daraufhin verließ ein großer Teil der GAL- Linken den Saal. (Siehe nebenstehende Erklärung)

Abschied von der GAL

Inzwischen gibt es innerhalb der Rest- GAL die Überlegung, auf den Namen Grün-Alternative Liste zu verzichten und sich in Zukunft nur noch DIE GRÜNEN zu nennen. Damit würden sie namentlich das nachvollziehen, was in der politischen Praxis schon geschehen ist: Es gibt heute keinen nennenswerten Unterschied mehr zwischen der Gesamtpartei und dem Landesverband Hamburg. Die Sonderrolle, die die GAL lange Zeit aufgrund ihres Bildungsprozesses, genauso etwa wie die AL in Berlin, gespielt hat, ist nun endgültig ausgelaufen.

Die Rest-GAL konzentriert gegenwärtig ihre Anstrengungen darauf, die Spaltung vom Februar 1990 rückgängig zu machen. Deutliche Signale wurden in Richtung GRÜNES FORUM und Frauenfraktion gesandt, mit einer gemeinsamen Liste zur Bürgerschaftswahl anzutreten. Das GRÜNE FORUM reagierte positiv: "Trotz der gebotenen Skepsis angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der GAL glauben wir, daß eine ernsthafte Chance bestünde, zu einem gemeinsamen grünen Neubeginn zu kommen, wenn sich dieser Kurs politisch durchsetzen sollte." (Anzeige in der TAZ vom 21.2.91). Aus der Frauenfraktion sind ähnliche Stimmen zu hören.

Damit scheint der Austritt der Realofraktion nur ein Zwischenspiel gewesen zu sein. Insgesamt hat die Linke in diesem Kampf verloren, wobei sich abzuzeichnen scheint, daß die Idee von der radikalökologischen Bürgerrechtspartei (Antje Vollmer) überall in den Grünen Oberhand gewinnt.

Der ökosozialistische Flügel ist aus der GAL ausgetreten und hat am 7.3. in einer ersten Versammlung bei ca. 100 Anwesenden beschlossen, eine Alternative Liste zu gründen (wenn sie Glück haben, wird sogar der Name GAL frei). Mehrheitlich sprach sich die Versammlung für die eigenständige Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen aus.

Die Mittelgruppe (Bachmann/Gott- wald/Hackbusch) ist bisher noch nicht ausgetreten und wird von beiden Gruppierungen umworben. Was sie letztlich aber auch machen, am Ende der GAL wird dies nichts mehr ändern.

Mit diesem Bruch ist die gesamte Gründergeneration der GAL (angefangen mit der Bunten Liste 1978) aus der GAL ausgetreten oder herausgedrängt worden. Ein Experiment linker Politik ist damit zu Ende. Weshalb gerade diejenigen, die es gestartet haben, nicht mehr dabei sind, wäre ein spannendes Kapitel linker Geschichtsbetrachtung.

he.

44. Warum eigentlich nicht Regionalpartei? Zur aktuellen Lage und den Möglichkeiten der PDS

Autor: Michael Pickardt · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:52

Das ganze Modell Linke Liste/PDS war auf ein wesentlich schnelleres Zusammenwachsen von BRD und DDR abgestellt; es ging insgesamt von einem viel schnelleren Wandlungs- und Einigungsprozeß aus, als wir ihn heute registrieren. All die Erscheinungen, wie sie weiter unten be- schrieben sind, sind bisher nicht in unser Kalkül eingegangen. Das Problem stellt sich heute eben noch wesentlich komplizierter dar als im Sommer 90.

Meine These ist: Durch die spezielle Entwicklung des Anschlusses kann es nicht nur Aufgabe der PDS sein, unter West-Maßstäben zu bestehen, sondern sie hat gerade auch unter Ost-Maßstäben eine entscheidende Aufgabe und eine Zukunft. Diese Aufgabe ist kompliziert: Die PDS muß die speziellen Stimmungen der DDR-Bevölkerung aufgreifen lernen, sie in Propaganda und Aktion umsetzen, und das aber mit westerprobter Kampferfahrung verbinden, das heißt, sie ist von Anfang an mit einer mit allen Wassern gewaschenen herrschenden Klasse konfrontiert.

Im Unterschied zur Zielsetzung des letzten Jahres, nach der die PDS schnell eine gesamtdeutsche linke Partei werden sollte, würde ich heute formulieren, daß die PDS zur Zeit ihr Hauptgewicht darauf legen muß, eine konsequente, erfahrene, weitsichtige und kämpferische Regionalpartei für die DDR zu werden.

Dabei hat die Westlinke eine entscheidende Aufgabe, nämlich ihre Erfahrungen praktisch und theoretisch auf den verschiedenen Ebenen zu vermitteln. Das Problem, daß sie auf ihrem eigenen Territorium bisher keinen Massenansatz entwickelt hat, muß sie schon selber lösen. Was das für die nächsten Bundestagswahlen heißt, ist noch völlig offen.

Wenn sich der Staub senkt ...

Was im letzten Jahr noch als Wiedervereinigung gefeiert oder als strategischer Durchbruch des deutschen Imperialismus befürchtet wurde, stellt sich zur Zeit für alle Beteiligten als ziemlich unappetitliche Quälerei dar. Wo ein Jahr lang schwer gefetet und gesoffen wurde, macht sich jetzt Katerstimmung breit. Die Betreiber der ganzen Geschichte, die vor 1990 das "nur für einen kurzen Moment geöffnete Fenster zur Wiedervereinigung" (FAZ) zum Durchschlupf nutzten, tun sich schwer, nun auch die Konsequenzen zu tragen.

Die West-Verantwortlichen aus CDUCSUSPDFDP wollen mit den Aufräumarbeiten am liebsten gar nichts mehr zu tun haben. Der Golf-Krieg erwies sich zwar als willkommener Dosenöffner für die sowieso fälligen Steuermaßnahmen, denn die Akzeptanz im Westen, für "die armen, aber doch ziemlich doofen Ossis" auch noch in die Tasche greifen zu sollen, ist allem Anschein nach einigermaßen gering. Die Hauptsorge von Regierung, SPD und Kapital ist nur, daß ihnen aus der wachsenden Unzufriedenheit im Osten ganz neue, bisher unbekannte Probleme erwachsen könnten. Darum wird vorsorglich eine ganze Menge DM zusammengekratzt, um damit aufflackernde Brandherde möglichst schnell löschen zu können.

Die Ost-Verantwortlichen aus CDUSPDFDP schwanken zwischen blinder Unterwürfigkeit gegenüber ihren jeweiligen Westführern und verzweifeltem Entsetzen über die Zustände, die sie zu verwalten haben. Sie stehen objektiv zwischen den Fronten. Einerseits lassen sie sich zu willfährigen Instrumenten ihrer westlichen Vorgesetzten machen, indem sie diesen z.B. die Schmutzarbeit abnehmen, den Wessis die Steuererhöhungen beizubringen. Andererseits vertreten sie ihre blanken Überlebensinteressen, wenn sie das tun, denn schließlich haben sie ihren erheblichen Anteil dazu beigetragen, ihrer eigenen Bevölkerung mit leeren Versprechungen den Mund wässrig zu machen. Den Spruch "So haben wir uns das nicht vorgestellt" kann man inzwischen von jedem Ost-CDUler hören. "Man wechselt rasch die Front, wenn man mit den Problemen konfrontiert ist", meint der sächsische Finanzminister (CDU), Ex-Wessie, im ND. Die Lage in der ehemaligen DDR bildet den objektiven Boden für ein Bündnis Ost gegen West, eine Konstellation, wie wir sie als Linke in der BRD bisher noch nie erlebt haben. Das hat auch nichts mehr mit solchen eher tribalistischen Konflikten wie zwischen Bayern und Preußen zu tun.

Es überrascht die Seelenruhe, mit der von den Westpolitikern das normale Geschäft weiter betrieben werden kann. Man stelle sich vor, aus einer größeren bayerischen Stadt käme der Bericht, daß die Feuerwehrleute

und Krankenschwestern nicht mehr bezahlt werden können, der Bürgermeister aus Geldmangel die Verwaltungsämter schließen muß, die Gerichte einfach nicht verhandeln, man also nicht einmal klagen kann, die Selbstmordrate dramatisch steigt, Arbeitslosigkeit von 50-80% innerhalb der nächsten Monate zu erwarten ist ... es gäbe einen bundesweiten Skandal. Wenn dann ein Wirtschaftsboß erklären würde, man soll sich doch darüber nicht aufregen, gegen Ende des Jahres würde es in dieser Stadt garantiert wieder bergauf gehen, würde das zu Recht als blanker Zynismus verstanden werden. Wenn diese Zustände aber die östlichen Bundesländer betreffen, interessiert das in Westdeutschland kein Schwein, das ist out of area, das ist wie Rumänien oder Bangladesh. Es gibt in dieser Frage einen stimmungsmäßigen Konsens in der westdeutschen Bevölkerung: die Ost-Realität wird einfach verdrängt.

Die Bevölkerung in den östlichen Ländern "fühlt sich hintergangen, betrogen, gedemütigt, wieder einmal" (Rolf Schneider). Der Kampf ums tägliche Überleben bestimmt die Szenerie. Dabei ist gar nicht mal in erster Linie das physische Überleben gemeint. Es ist vielmehr eine alles durchsetzende Angst und Unsicherheit, die sich aus -zig alltäglichen Ungewohnheiten und langfristiger Perspektivlosigkeit speist. Es ist ein Gefühl, das die Menschen lähmt, ihnen immer wieder alle Hoffnung nimmt, sie zwischen Resignation und Aufraffen zum Alltagskampf schwanken läßt. Der Kulturschock, den die neue Gesellschaftsform zur Folge hat, wird von vielen erst jetzt in vollem Umfang realisiert. Viele, auch Linke, reagieren mit Rückzug, Abwarten, Haß auf die Wessis, Konsumverweigerung. Es ist eine Grundstimmung entstanden, die sich den West-Bürgern nur schwer vermitteln läßt. Ein gutes Beispiel ist das SPIEGEL-Gespräch mit Thierse (25.2.91): Während der SPIEGEL mit offiziellen Daten belegt, daß es für die ehemaligen DDR- Bürger gar nicht so schlecht aussieht, bemüht sich Thierse, die wirkliche Stimmungslage zu beschreiben - was ihm nicht gelingt, Verständnislosigkeit schlägt ihm entgegen.

Es wächst zusammen ...?

Davon kann derzeit weniger denn je die Rede sein. Die Unterschiede und Gegensätze sind auf allen Ebenen wesentlich größer, als alle angenommen hatten. Ich vermute, daß auch die westlichen Vereinigungsapologeten einigermaßen überrascht sind über die tiefen Gräben, die sich zwischen ihnen und ihren Ost-Partnern auftun. Die Trennung wird von vielen heute als viel tiefer empfunden als früher, weil sie nicht mehr erzwungen ist. Die Bereitschaft, sich gegenseitig kennenzulernen, aufeinanderzuzugehen, jede Neugierde auf die jahrelang unbekannten Verhältnisse sind oft einer zynischen, vorurteilsbeladenen Haltung gewichen. Dem widerspricht nur scheinbar, daß Wessis im Beitrittsgebiet oft noch hofiert werden. Bewerbungen von Leuten mit Westadresse werden oft bevorzugt behandelt. Es gibt inzwischen schon eine ellenlange Liste von Skandaleinstellungen, wo sich plötzlich - wenn sich der Staub gelegt hat - die Inhaber der hochdotierten Posten als die größten Pfeifen und Angeber entpuppen. Das ganze ist Ausdruck einer Ambivalenz, die nur unterstreicht, daß wir davon auszugehen haben, daß auf Jahre hinaus die Trennung in Ost und West eine große innenpolitische Rolle spielen wird.

Die Linken

Bei den Linken, Ost wie West, widerspiegeln sich all diese Erscheinungen nicht nur, sie werden sogar noch verschärft reproduziert. Bei denjenigen, die sich überhaupt im letzten halben oder dreiviertel Jahr aufeinander bezogen haben, hat sich deutliche Enttäuschung über die jeweils anderen breitgemacht: Die PDS ist enttäuscht über die magere Stimmenausbeute der Linken Liste in der BRD; die westlichen Linke Listen-Anhänger sind enttäuscht über die mangelnde Veränderungsfähigkeit und -bereitschaft der PDS; die Kommunistische Plattform ist enttäuscht über die DKP, die leise vor sich hinsiecht statt der Arbeiterklasse eine Perspektive zu bieten; die DKP ist enttäuscht über die Kommunistische Plattform, die ebenfalls leise vor sich hinsiecht und deshalb außerhalb der PDS keine Perspektive sieht; die VL ist enttäuscht über die linken Organisationen im Westen, die immer noch so klein und zersplittert vor sich hinvegetieren wie ehedem; die radikalen Westlinken sind enttäuscht über den rasanten Zusammenbruch der VL; die Kreuzberger Autonomen sind enttäuscht über die ausbleibenden radikalen, sozialen Kämpfe trotz objektiver Voraussetzungen; die Ostberliner Hausbesetzer sind enttäuscht über das z.T. rücksichtslose Vorgehen der westlichen Streetfighter; der KB ist enttäuscht über den schlappen AK-Verkauf in den neuen Bundesländern und das mangelnde Interesse potentieller Redakteure; viele AK-Leser sind enttäuscht über die mangelhafte Berichterstattung im AK über die Verhältnisse in der DDR ... usw. usw. usw.

Diese Stimmungen führen bei Linken zu ganz ähnlichen Reaktionen und Auseinanderentwicklungen, wie sie oben für die gesamte Bevölkerung beschrieben sind. Zum Teil schlägt sich das ganz spontan nieder in abfälligen und zynisch-arroganten Sprüchen der Westlinken oder als Gegenreaktion in Rückzug und Abgekotze über die Scheiß-Labertermine der Wessis und ihr unerträgliches Auftreten. Das schlägt sich auch scheinanalytisch nieder in Feststellungen, man habe sich eben in seiner Einschätzung der PDS geirrt, jetzt müsse man sich eben wieder zurückziehen. So beharkt man sich gegenseitig, macht sich das politische Leben noch schwerer als es eh schon ist und lenkt sich selbst davon ab, daß man ratlos ist.

Wohlgemerkt: hier war jetzt nur die Rede von denen, die sich überhaupt aus linker Sicht mit der Tatsache der Wiedervereinigung konfrontiert haben. Also nicht von denen, die sich sowieso immer schon so verhalten haben, wie Radikale Linke, Konkret, KB-Minderheit usw. Bei denen ist schlicht der alte Zustand wiederhergestellt. Betrachteten sie im letzten Jahr die Bevölkerung der DDR eh nur als Störfaktor ihrer linken Kreise und Krise, dominiert nun wieder die völlige Ignoranz.

Fehler der Vergangenheit

Enttäuschungen sind immer auch auf falsche Erwartungen gegründet. Vielleicht war das Verhältnis einfach zu instrumentell, was man zueinander hatte:

- Die Linke aus der BRD, die sich auf die PDS bezog, verband das sicherlich auch mit der Hoffnung, ihre eigenen Probleme damit ein Stück überwinden zu können: den Verlust der Grünen als linker Massenpartei, den Verlust der DKP als Aktionspartei, den überhaupt spürbaren Mangel an linker Massen-und Bündnispolitik, das Schmoren im eigenen Saft, die Zersplitterung in haßerfüllte Sekten.

- Die sogenannten Erneuerer in der PDS, die sich für die Öffnung zur Nicht-DKP-Linken, sprich Linke Liste, einsetzten, hofften damit, ihre Isolation im Westen zu überwinden, die Betonköpfe in den eigenen Reihen zu neutralisieren, die Westausdehnung auf den Weg zu bringen.

- Die unabhängige Linke in der DDR erhoffte sich mithilfe der Westlinken ein überdimensioniertes Gewicht in die Waagschale zu werfen: gegenüber der PDS, bei der sie ständig große Angst hatte, verfrühstückt zu werden, und der gegenüber verständlicherweise auch große Skepsis bestand, sollte so eine Art Sicherung eingebaut werden.

Eine wirklich gründliche, ernsthafte Untersuchung der jeweils anderen Strömungen hat es nie gegeben, was sicherlich auch ein Zeitproblem war. Aber nie hat sich die PDS z.B. mal ernsthaft ein Bild der westdeutschen Linken zu machen versucht. Nie hat sie sich bemüht, Kontakte aufzunehmen, mit den verschiedenen Strömungen zu sprechen, mal eine Analyse der diversen Publikationen zu machen oder die Entwicklung dieser Strömungen kennenzulernen. Stattdessen griff sie nach der Linken Liste wie nach einem Strohhalm, nachdem die Grünen und die Promis abgewunken hatten - der schale Geschmack dieser opportunistischen Taktiererei blieb lange haften. Das Bewußtsein in der Partei über die Unterschiede in der westdeutschen Linken blieb bis heute schematisch, vorurteilsbeladen und subjektiv.

Die Leute von der Linken Liste, die ihrerseits jahrelang zumeist nebeneinander, wenn nicht sogar gegeneinander gearbeitet hatten, projizierten alle möglichen Erwartungen in dieses Projekt. Gemeinsam war allen die Vorstellung, die PDS müsse so schnell wie möglich "westfähig" werden, um unter den Bedingungen der BRD-Gesellschaft zu bestehen. Heute sind viele über das Ergebnis enttäuscht, reflektieren dabei aber nicht, daß sich ihre Erwartungen eben auf ein Gebilde bezogen hatten, das ihnen fremder war als alles, was sie bisher kannten. Viel fremder z.B. auch als die DKP, die doch etlichen Westlinken schon ein bißchen wie von einem anderen Stern vorkam. Irgendwie hatten viele die Vorstellung, die PDS sei ein großer Tanker, der steuerlos auf dem stürmischen Ozean schlingert und wo man nur auf die Kommandobrücke springen und das Ruder in die Hand nehmen müsse. Sie stürzten sich auf die PDS, wie sie es bei anderen Politikfeldern gewöhnt waren. Sie sahen nicht oder zu wenig, daß sie nicht nur das neue Schiff PDS mit all seinen Eigenarten und Eigenschaften kennenlernen mußten, sondern ihnen das ganze Gewässer, in dem dieses Boot immerhin jahrzehntelang geschwommen hatte, vollkommen fremd war.

Für eine konsequente Regionalpartei PDS

Nun ist der Zeitdruck des letzten Jahres weg. Eigentlich eine gute Voraussetzung, um diese Zeit aufzuarbeiten und das Versäumte nachzuholen. Ausgerechnet jetzt hängen aber viele in den Seilen. Wir sollten uns dazu

aufraffen, aus dieser Stimmung rauszukommen, die Lage so zu betrachten, wie sie sich heute darstellt, auch die Unterschiede zum Sommer 90 herauszuarbeiten und auf der Grundlage den Versuch einer neuen Aufgabenbestimmung vorzunehmen. Vielleicht gibt es auch wieder neue Leute, die an so einer Arbeit interessiert sind.

Dabei kann es nicht um irgendeinen neuen "großen Wurf" gehen. Mehr darum, zu registrieren, welche Faktoren sich verschoben haben, welche Möglichkeiten sich unter Umständen auftun, welche Experimente unternommen werden können. Abschied nehmen würde ich von der Erwartung, die PDS müsse eine "moderne sozialistische Partei" werden, die eine ganz neue Ausstrahlungskraft auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Ex- BRD auszuüben imstande ist. Aus drei Gründen:

- Diese Idee ist ein Wunschtraum, für dessen Realisierung bisher auch kein Westlinker irgendein Konzept zu entwickeln in der Lage war.

- Die rudimentären Vorstellungen, die es dazu bisher gibt, würden die PDS objektiv und subjektiv überfordern und die in ihr feststellbare Lern- und Erneuerungsfähigkeit eher zuschütten.

- Der vorhandene Ost-West-Gegensatz würde diesen Versuch zu einem gefährlichen Spagat werden lassen, bei dem unklar wäre, ob überhaupt eine der beiden Optionen erfolgreich entwickelt werden könnte.

Wie kann die Rolle der PDS in den neuen Bundesländern aussehen? Auch wenn ich nicht die vierteljährlichen Prognosen vom heißen Sommer ..., heißen Herbst ..., usw. fortsetzen will, gibt es doch derzeit eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten für eine oppositionelle Tätigkeit. Das Problem ist dabei in erster Linie, daß die PDS als Partei überhaupt aktivitätsfähig werden muß. Ihre Tradition führt dazu, daß auch heute noch das Verabschieden von Resolutionen oder das Proklamieren von Forderungen gleichgesetzt wird mit praktischen Aktivitäten. Im besten Fall werden die vom Parteivorstand abgelieferten Erklärungen noch einmal studiert und diskutiert, aber eine eigenständige, praktische Arbeit findet nicht statt. Das zu verändern, wäre überhaupt die entscheidende Grundlage für eine Entwicklung der PDS.

Es gibt - glaube ich - ca. 11.000 Abgeordnete und einige hundert Bürgermeister der PDS. An welchen Fragen werden sie sich engagieren? Logisch wäre, daß sie die anderen Parteien angreifen wegen ihrer inkonsequenten Interessenvertretung für die DDR-Bevölkerung. Das beinhaltet natürlich einen großen Druck zur "Gestaltung", wir kennen das. Es böte aber auch die Chance zu einer linken Massenpolitik, die, flankiert und unter Druck gesetzt durch außerparlamentarische Aktivitäten, der PDS ein ganz neues Potential erschließen könnte. Die aktuellen Verhältnisse eignen sich im übrigen hervorragend für eine ganz traditionelle Kapitalismuskritik, und es wäre eben auch eine Frage des Engagements entsprechender Leute, ob diese in der PDS auf eine differenzierte Weise Fuß fassen könnte.

Es besteht natürlich die Möglichkeit, daß bei einer Verschärfung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auch in den bürgerlichen Parteien Brüche entlang der Ost-West-Geschichte auftreten würden. Aber das ist bisher nicht absehbar - wie vieles andere auch nicht. Wer z.B. gesehen hat, welche Polizeiaufmärsche in Erfurt stattfanden, kann sich noch ganz andere Dimensionen ausmalen. Ist das eine Perspektive für die Bundestagswahlen 93/94? Natürlich nicht. Aber dafür läßt sich derzeit eh nur Spekulatives entwickeln. Eins läßt sich aber sicher sagen: Eine PDS, die in der Lage ist, in der DDR einen massenhaften Widerstand gegen die Folgen der Annexion zu organisieren, ist im Westen hundertmal attraktiver, als eine PDS, sich sich krampfhaft-künstlich um ein "modernes Image" - Wir sind ja so jung und so frisch und so frech - bemüht. Ich kann mir gut vorstellen, wie die Ost-Gewerkschafter aus irgendwelchen streikenden Großbetrieben in der Ex-BRD auf Veranstaltungen herumgereicht werden, man denke nur an Rheinhausen. Wie gesagt, das alles ist keine Prognose, sondern soll nur eine Richtung kennzeichnen, in die verstärkt gedacht werden sollte.

Den Westlinken kämen dabei besondere Aufgaben zu. Wer das, was sie an realer Erfahrung, Kontakten und Kenntnissen einzubringen hätten, abtut mit der Bemerkung, das sei ja dann nur eine moralische oder womöglich sozialarbeiterische Tätigkeit, verkennt zweierlei: Erstens, daß es eine politische Verpflichtung der Westlinken gibt, sich diesen Verhältnissen, für die sie aufgrund ihrer Schwäche eine Mitverantwortung tragen, zu stellen und das Beste draus zu machen. Und zweitens, daß sie selbst einiges dabei lernen können (und müssen), wenn sie sich dieser Verpflichtung ernsthaft stellen.

Ich halte die Westausdehnung der PDS als Partei derzeit für blanken Unsinn. Diejenigen, die man damit im Westen heute organisieren kann, werden dem Ansehen der PDS eher schaden. Die Ausstrahlungskraft als Westpartei liegt bei Null. Vorstellbar wäre eine Weiterentwicklung der Kontaktbüros, über die interessierte Leute den Kontakt zur Ost-PDS herstellen können, diese Funktion erfüllen die Büros z.T. schon heute. Also: kein krampfhafter Aufbau einer Westpartei, sondern gute Selbstdarstellung der Ost-Partei, Angebote zu Kontakten, Vermittlung von VeranstaltungsrednerInnen, und, und, und ... Jetzt könnte unterstellt werden, das ganze Konzept entlasse die PDS aus der Pflicht der Veränderung. Das Gegenteil ist der Fall, der Anspruch an Veränderung ist eigentlich viel größer. Es ist die Aufgabe, nicht durch Anpassung in eine neue (West-)Rolle zu schlüpfen, sondern durch Veränderung eine neue (Ost-)Rolle anzunehmen.

Auf geht's

Es verbreitet sich allenthalben das Gerücht, es habe in den letzten Wochen - Stichwort: 2. Parteitag - einen Rückschlag in der "Erneuerung" der PDS gegeben. Ich bestreite das. Der Eindruck ist bei oberflächlichem Hinsehen vielleicht verständlich, analytisch aber nicht haltbar.

Festgemacht wird dieser Eindruck einmal an der Haltung zu Westlinken und zum Projekt Linke Liste/PDS. Dazu muß man feststellen, daß dieses Projekt - was die offizielle Zielsetzung betrifft - vollkommen gescheitert ist. Daß diejenigen, die immer schon dagegen waren, das Ergebnis innerparteilich nun zu nutzen versuchen, ist logisch. Nur - wofür nutzen sie es? Was ist real feststellbar an Fortschritt "erneuerungsfeindlicher" Positionen? Was ist feststellbar an realer Behinderung einer neuen Praxis?

Festgemacht wird es auch an programmatischen "Rückschlägen". Berücksichtigen muß man aber, daß die Übernahme des Wahlprogramms der Linken Liste/PDS, das immer als Highlight der Erneuerung betrachtet wurde, sehr viel mit der Hoffnung zu tun hatte, sich damit die politische Eintrittskarte in den Westen zu lösen. Eine wirkliche Verinnerlichung dieser Positionen hatte nicht stattgefunden. Wenn jetzt vieles wieder in Frage gestellt wird (§218, Wirtschaft, Opposition), bringt es überhaupt nichts, bürokratisch auf dem verabschiedeten Programm rumzureiten, stattdessen muß dann eben noch einmal argumentiert werden.

Das viel größere Problem der PDS ist, daß sich die verschiedenen Flügel an den falschen Fronten formieren. Beispiel: Die einen schlagen ein bestimmtes Strukturkonzept vor, hinter dem die anderen finstere Intrigen vermuten. Ergebnis: Man streitet sich bis aufs Messer über Strukturen und Kompetenzen. Heraus kommt dabei gar nichts, im Gegenteil, die Aktivitätspotentiale der Partei werden sinnlos verpulvert.

Ich behaupte: die Strukturen der PDS sind ein Papiertiger. Sie - und der Streit um sie - sind vielmehr Ausdruck politischer Hilflosigkeit und Unsicherheit statt realer Machtkämpfe. Keine Struktur in der PDS ist heute so stark, daß sie nicht von AktivistInnen überrannt werden könnte - jedenfalls sind wir an diese Grenze noch lange nicht gestoßen. Und das ist gut so, da liegt eine große Chance, die nur bisher zu wenig genutzt wird.

Michael Pickardt, 4.3.91

45. So einfach ist es nicht ... Eine Kritik zum Artikel "PDS - Partei eines gar nicht so neuen Typs" (AK 327)

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:12

Warum diese Replik? Ich möchte mich hier nicht zum Advokaten der PDS aufschwingen, in deren Zusammenhängen ich in Schleswig-Holstein zwar mitarbeite, zu deren Programm und politischer Praxis ich aber durchaus in einem kritischen Verhältnis stehe. Was mich vielmehr dazu getrieben hat, D. zu antworten, war die oberflächliche Art, mit der dieser über Positionen hinweggegangen ist (und sie in Schubladen gepackt hat), die ich im weiteren Sinne als zu uns (?!?) gehörig, zumindest als diskussionsbedürftig und -würdig begreife. Oftmals triumphierte Polemik über das Argument.

In seinem Artikel erledigt D. sowohl die "politische Erklärung" (1), als auch deren "geistige Stichwortgeber" (2) mit dem Satz: "Im Kern gehen die getroffenen Aussagen nicht über eine x-te Neuauflage eines links-keynesianischen Programms verbunden mit Forderungen nach einer radikalen Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche hinaus, sondern bleiben streckenweise hinter ähnlichen Programmen ... zurück." Konzeptionen dieser Art seien, so D., bereits vor zehn Jahren endgültig gescheitert; außerdem gebe es in der hiesigen Parteienlandschaft sowieso kein Plätzchen für eine "moderne Reformpartei". Aber: Die notwendige Diskussion darüber, wie wir uns denn nach allem, was bisher geschehen ist, den Weg zum Sozialismus (?!?) angesichts des Siegeszugs der kapitalistischen Metropolen vorstellen, läßt sich nicht mit dem Hinweis niederschmettern, daß es (a) sich bei dieser Position um alten Wein in alten Schläuchen handelt; und daß (b) Marx das alles ganz anders gesehen habe.

Sozialreform oder Revolution?

Die Kontroverse geht - wieder einmal - um die Gestaltbarkeit des Kapitalismus, und darüber läßt sich trefflich streiten! Schon E. Bernsteins Schriften und Rosa Luxemburgs Repliken erhitzten um die Jahrhundertwende linke Gemüter (3). Für D. ist die These der SoSt von der Nicht-Identität von Markt und Kapital eine "sozialdemokratische Vergewaltigung". Das genau ist aber der Knackpunkt: "Ist aber das häufig unterstellte Gleichheitszeichen zwischen Markt und kapitalistischer Produktionsweise berechtigt?" fragen Joachim Bischoff und Michael Menard in ihrem Buch (2) und sie antworten (mit Marx): "Markt ist der allgemeine Ausdruck für die Zirkulationssphäre im Unterschied zur Produktionssphäre" (4). Ware und Geld gelten ihnen zwar als elementare Voraussetzungen einer kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Produkte nehmen aber erst unter der Bedingung einer Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln und dem Arbeitseinsatz zum bloßen Zwecke der Kapitalverwertung die charakteristische (kapitalistische) Waren- und Wertform an. Aber auch wenn die Gesetze der kapitalistischen Verwertung des Produktionsprozesses der Zirkulationssphäre ihren Stempel aufdrückt, so ist es dennoch falsch, eine Identität von Markt und Kapital zu unterstellen, sagen Bischoff und Menard: Erstens gibt es innerhalb der Ebene der Zirkulation auch nicht-kapitalistische Produktionsweisen, wie etwa das kleine Handwerk, Staatsbetriebe, Dienstleistungen und v.a. die so oft vernachlässigte (auch von der SoSt!) Hausarbeit; zum anderen ist beim Faktor "Ware Arbeitskraft" eher der eingegrenzte (gewerkschaftlich) Warencharakter als der Kapitalcharakter zu konstatieren. Es gilt also: "Das Kapital ist die herrschende Macht in der allgemeinen Zirkulationssphäre. So falsch es ist, aus dieser Tatsache die Identität von Markt und Kapital abzuleiten, ebenso falsch ist auch der umgekehrte Schluß, ... den Markt zum Subjekt der gesellschaftlichen Bewegung zu machen" (5).

Markt und Kapital: identisch oder nicht-identisch?

Es wird also auf sehr differenzierte Weise versucht, das Verhältnis Markt-Kapital in den (Be-)Griff zu bekommen, bzw. die Interventionsmöglichkeiten und Handlungsspielräume auszuloten. Blauäugigkeit oder Naivität kann den Autoren m.E. nicht unterstellt werden, da sie an vielen Stellen auch die Grenzen einer (zunächst) systemimmanent operierenden Theorie durchaus im Blick haben. Reine Polemik ist deshalb D's. Wertung, die SoSt lande mit ihren Vorstellungen genau bei der sozialen Marktwirtschaft sozialdemokratischer Prägung: Bischoff und Menard schreiben dazu: "Solange die Ökonomie letztlich ein undemokratischer Sektor bleibt, wo die Hegemonie des Privateigentums festgeschrieben ist, solange wird die Vorstellung nach gesellschaftlicher Kontrolle und Verteilungsgerechtigkeit ein nicht einzulösender Anspruch bleiben" (6). Daß es

innerhalb der kapitalistischen Metropolen einerseits, zwischen den Hauptländern und der Peripherie andererseits krasse Differenzierungen gibt, bleibt auch ihnen nicht verborgen.

Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat

Zustimmen muß ich D. in seiner Kritik an der Farb- und Konturlosigkeit der Vorschläge zur praktischen Umsetzung der aus dieser Gesellschaftsanalyse gewonnenen Einsichten. Doch das ist m.E. auch nicht verwunderlich; steht doch die Linke (?!?) gerade erst am Beginn eines notwendigen Reflexionsprozesses, der spätestens mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Kommandowirtschaften in Osteuropa notwendig geworden ist. Wie kompliziert sich politisches Intervenieren in Zukunft gestaltet, möchte ich am Beispiel eines Artikels von Michael Krätke zur "Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat" (7) versuchen, darzustellen. Es gibt bislang keine konsistente politische Theorie des Wohlfahrtsstaates. Dennoch hat die Einsicht unter Linken an Boden gewonnen, daß der Wohlfahrtsstaat mehr ist als nur eine Randerscheinung des "liberalen" Kapitalismus: er ist (kapitalistische) Realität sui generis und hat die Sozialstruktur dieser Gesellschaft erheblich modifiziert: Neue Interessensgegensätze überlagern die allgemein-abstrakte Klassenstruktur und vergrößern die Heterogenität der Arbeiterklasse. Da gibt es sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beiträge zahlende Lohnarbeiter einerseits, die nicht arbeitenden Sozialtransferbezieher auf der anderen Seite; so weit, so trivial - aber nur wenige machten sich bislang Gedanken, was diese Teilung in direkten und indirekten (Sozial-)Lohn im Hinblick auf wert- und preistheoretische Kontexte bedeutet! Desweiteren trennt Arbeiter und Angestellte eine Kluft aus Sonderregelungen und -einrichtungen; aber auch innerhalb ein und derselben sozialen "Sicherheitsklasse" gibt es Ungleichheiten genug: Der Staat differenziert beispielsweise in Kranke, Invalide, Arbeitslose und Pensionäre ...

Ambivalente Entwicklungsdynamiken

Dies hat zweierlei zur Folge: "Sozialpolitik macht die Lage der Arbeiterklasse zu einer Staatsaffäre - und zwar einer ersten Ranges. (...) Da ihre soziale Sicherheit ganz und gar von der finanziellen Stabilität, der aktuellen und zukünftigen Zahlungsfähigkeit der Sozialversicherungen abhängt, entwickeln sie ein Interesse am Staat, wie es zuvor in der Geschichte des Kapitalismus höchstens Besitzer von Staatsschuldpapieren hatten" (8). Andererseits erhöht die staatliche Sicherung die individuellen Handlungschancen - aber nur um den Preis der Atomisierung der Gesellschaft: "Da sozial gesicherte Lohnarbeiter sich nicht mehr um jeden Preis verkaufen müssen, können sie zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus rationale Entscheidungen treffen über ihr Arbeitsleben. (...) Gerade dieser Gewinn an individueller Rationalität macht solidarisches Handeln über den Horizont der jeweiligen Gruppe hinaus unwahrscheinlicher als zuvor" (9).

An dieser Stelle wird sichtbar, wie ambivalent und verzwickt die Resultate sind, die die jeweilige kapitalistische Gesellschaftsformation hervorbringt. Schwarz- Weiß-Malerei hilft hier nicht weiter: Es reicht eben nicht, den Kapitalismus in Bausch und Bogen zu verdammen, ohne ihn auf seine verschiedenen Facetten hin abzuklopfen. Denn neben den hinlänglich bekannten negativen Erscheinungen verbergen sich auch fortschrittlich nutzbare "zivilisatorische Tendenzen" und gerade im Vergleich mit den zusammengebrochenen staatssozialistischen Kommandowirtschaften werden diese erkennbar (Bedürfnisregulierung qua Markt, nicht nach Plan/Grad der Demokratisierung/ Verschwendung von Rohstoffen/Preisbildung etc.). Was ist eigentlich so verwerflich, dies zuzugestehen? Damit wird doch die Schattenseite nicht legitimiert.

Reform und Staat

Daß Reformen augenblicklich fast nur über den Staat durchsetzbar sind hat weniger mit Staatsfixiertheit oder Glaubwürdigkeit im Hinblick auf Regierungsverantwortung zu tun (wie bei den grünen Realos), sondern liegt in den realen gesellschaftlichen Verhältnissen begründet; dies habe ich oben versucht, am Beispiel der Sozialpolitik zu zeigen. Wir können die Entwicklungsdynamik des "Wohlfahrtsstaates" nicht einfach ignorieren, sondern müssen unsere Politik daran ausrichten. Ich jedenfalls habe keine Lust, mit Rosa Luxemburg auf "den Hammerschlag der Revolution" (3) zu warten, obwohl ich damit eben nicht Bernsteins These von dem evolutionären Hineinwachsen in den Sozialismus teile (3).

beri, Heide

Literatur:

1) "Politische Erklärung" von A. Brie/ H. Modrow/ W. Gehrke/ J. Bischoff u.a., erschienen u.a. im ND vom 18.12.9o

2) Joachim Bischoff/ Michael Menard, Marktwirtschaft und Sozialismus, VSA, Hamburg 1990

3) Eduard Bernstein, Probleme des Sozialismus und: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie; Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, in: Politische Schriften I, EVA Frankfurt a.M. 1966 - Im Mittelpunkt dieser Debatte stand das Zusammenbruchstheorem; Luxemburg kritisierte Bernsteins These von der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus nicht an konkreten Beispielen, sondern grundsätzlich mit der "objektiven Notwendigkeit des Sozialismus".

4) Bischoff, a.a.O., S.57

5) ebenda, S.108

6) ebenda, S.41

7) erschienen in: Das Argument 183, Heft 5, Sept./Okt. 1990, S.675-692

8) Michael Krätke/ siehe Fußnote (7), S.685

9) ebenda, S.687

(?!?) damit habe ich Begriffe gekennzeichnet, die von ihrer Substanz überdacht werden müßten, bzw. über deren Inhalt sich streiten ließe!

46. Das Leben des Antonio Gramsci (Teil 1)

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:05

Vor 100 Jahren, am 21. Januar 1891, wurde Antonio Gramsci geboren. Die Frage, ob Gramsci in seinen letzten Lebensjahren - er starb am 27. April 1937 an den Folgen zehnjähriger faschistischer Kerkerhaft - Sozialdemokrat, Revisionist, Leninist oder Hegelianer war, hat sicher einen gewissen Reiz. Der Versuch einer Antwort soll hier aber vermieden werden. Vielmehr nehmen wir das historische Datum zum Anlaß, an sein Leben zu erinnern und die Hinterlassenschaften zu sichten. Die in diesem Artikel zusammengetragenen biographischen Daten, die vielen Zitate aus seinen Artikeln sollen ein Bild des politischen Praktikers vermitteln. Das Gramscis Gefängnisschriften, die "Quaderni del carcere", erst in einer späteren Ausgabe des AK vorgestellt werden, hat ausschließlich pragmatische Gründe. Eine Spaltung Gramscis in einen ruhelosen "Parteipolitiker" und einen in der Einsamkeit seiner Gefängniszelle meditierenden "Denker" soll damit keinesfalls unterstellt werden.

Antonio Gramsci wurde am 22. Januar 1891 in Alès (Sardinien) geboren. Die anfangs "typische gutsituierte süditalienische Familie" (Gramscis Bruder Gennaro) gerät in große Armut, als der Vater, Leiter des Registeramtes in Sorgono, wegen Unterschlagung, Erpressung und Urkundenfälschung für fünf Jahre ins Gefängnis muß. Antonio, schon als Kleinkind durch Buckel an Rücken und Brust behindert, ist oft krank. Als Vierjähriger ist er dem Tode nahe: "Die Ärzte gaben mir keine Chance mehr, und meine Mutter hat bis 1914 den Kindersarg und das Totenhemd aufgehoben, die sie schon für mein Begräbnis gekauft hatte". Die materielle Not der Familie, die in das Dorf Ghilarza übersiedelt, läßt nur wenig Rücksichtnahme auf Antonios körperliche Schwäche zu: "Mit zwölf Jahren begann ich zu arbeiten ... Ich verbrachte die Zeit damit, Aktenordner hin- und herzuschieben, die schwerer waren als ich selbst, und oft weinte ich heimlich des nachts, weil mich der ganze Körper schmerzte". Nach der Haftentlassung des Vaters kann Antonio das Gymnasium besuchen. Mit 18 Jahren geht er nach Cagliari und macht dort 1911 unter schwierigsten Bedingungen das Abitur: "Acht Monate lang aß ich nur einmal am Tag, und am Ende des dritten Oberstufenjahres befand ich mich in einem Zustand schwerer Unterernährung". Zusammen mit einem anderen Sarden, dem späteren PCI-Sekretär Palmiro Togliatti, qualifiziert er sich für ein Stipendium, das armen Abiturienten an der Universität von Turin ein Studium ermöglicht. Im November 1911 schreibt er sich an der Fakultät für neuere Philologie ein.

"Ins Meer mit denen vom Festland!"

Gramsci, der nach Berichten seiner Geschwister und Mitschüler "alles las", beschäftigte sich schon als Gymnasiast mit dem Marxismus - "aus intellektueller Neugier". Auch die sozialistischen Zeitschriften und Broschüren, die sein älterer Bruder Gennaro ins Haus brachte, verschlang er. Die koloniale Unterdrückung, die auf frühkapitalistischem Niveau stehengebliebene Ausbeutung der Bergarbeiter und die völlige Verarmung der Bauern, die zu Streiks, Rebellionen und Banditentum führte, begeisterten Antonio aber zunächst für den "sardismo", den sardischen Nationalismus. "Damals dachte ich, daß man für die nationale Unabhängigkeit Sardiniens kämpfen müsse. Ins Meer mit denen vom Festland! - wie oft habe ich diese Worte wiederholt". Erst später erkannte er den qualitativen Unterschied zwischen den "Propagandisten der Bourgeoisie" und den vom Rassismus infizierten norditalienischen Arbeitern, die ihre süditalienischen Klassengenossen für "minderwertige Wesen, von Natur aus Halb- oder Vollbarbaren" hielten. "Träger dieser bürgerlichen Ideologie im norditalienischen Proletariat war zu einem größten Teil die sozialistische Partei". Gramscis späterer Mitstreiter in der Redaktion von "L'ordine nuovo", Angela Tasca, der anders als Gramsci und Togliatti schon vor dem Krieg in der sozialistischen Jugendgruppe "fascio" aktiv war, schreibt über Gramscis Kampf gegen den inneritalienischen Rassismus: "Wir teilten Gramscis Vorstellung - die er mit Nachdruck vertrat -, daß das Problem des italienischen Südens für die sozialistische Politik wesentlich, ja sogar ein zentraler Punkt ihrer Erneuerung sei".

Von Croce zu Marx

Gramscis Bruch mit dem sardischen Regionalismus erfolgte parallel zu seiner Abkehr vom Idealismus Benedetto Croces, dem Philosophen des liberalen Bürgertums, und der Hinwendung zum Marxismus. Professor Annibale Pastore, der ihm Privatunterricht in Marxismus gab, erinnert sich: "Als hervorragender Pragmatiker versuchte Gramsci damals vor allem zu verstehen, wie Ideen zu praktischen Kräften werden". 1913 oder 1914 trat Gramsci in die Sozialistische Partei (PSI) ein. Sein erster veröffentlichter politischer Artikel

erschien am 31.10.1914 in der sozialistischen Turiner Wochenzeitung "Il grido del popolo" ("Volksstimme"). Gramsci setzte sich darin mit der Position Benito Mussolinis zur Frage des italienischen Kriegseintritts auseinander. Mussolini, damals noch Chefredakteur des sozialistischen Zentralorgans "Avanti!" ("Vorwärts!") und Idol der revolutionären Jugend, hatte sich von der Parteilinie der "absolute(n) Neutralität" abzusetzen begonnen. Gramscis eher moderate Replik trug ihm später bei Teilen der "Ultralinken" den unverdienten Ruf ein, zu den "Interventionisten" gehört zu haben. In Wahrheit war Gramsci zu jedem Bündnis bereit, wenn es sich nur gegen den Krieg richtete. In schroffer Abgrenzung zu dem im PSI gepflegten "dummen Antiklerikalismus ohne jeden intellektuellen und politischen Erziehungswert" traf er sich mit pazifistischen Katholiken: "Diese jungen Leute gehen in die Messe und wollen nur mit uns zusammenarbeiten, damit der Krieg möglichst bald ein Ende findet".

Ein Journalist neuen Typs

1915 gab Gramsci sein Studium auf und wurde Berufsrevolutionär. Ab 1916 war er Redakteur des "Grido" und der piemontesischen Ausgabe des "Avanti!". Gramscis Auffassung von revolutionärem Journalismus hatte mit dem in der Parteipresse gepflegten Gemütssozialismus wenig gemein. Der Chefredakteurin des "Grido", Maria Giudice, war ihr seichtes Blatt noch zu anspruchsvoll: "Wir wissen", behauptete sie, "daß die Masse nicht so fühlt und handelt, wie sie denkt, sondern wie sie empfindet; wenn sie sozialistisch empfinden wird, ohne viele Theorien, wird sie auch sozialistisch handeln". Gramsci hielt dagegen: "Der Mensch ist vor allem Geist, geschichtliche Schöpfung und nicht Natur. (...) haben zunächst einige wenige und dann eine ganze Klasse über die Ursachen bestimmter Verhältnisse und über die besten Mittel nachgedacht, wie sie sich gegen diese Unterdrückung auflehnen und die Gesellschaft neu aufbauen können. Das bedeutet, daß jeder Revolution eine intensive kritische und kulturelle Arbeit vorausgehen muß". Die Umsetzung dieser Erkenntnis in bedrucktes Papier wurde geduldet: "In zehn Jahren journalistischer Arbeit habe ich so viele Zeilen geschrieben, daß sie 15 oder 20 Bände zu je 400 Seiten ergäben". Gramsci befaßte sich mit den unterschiedlichsten Themen. Neben politischen Leitartikeln schrieb er Buch- und Theaterkritiken, Betrachtungen über Erziehung und Bildung, den Trivialroman, die Familie und über Journalismus. Häufig verließ er seinen Schreibtisch, um in den Versammlungszentren der Turiner Arbeiter Vorträge zu halten.

Der Beginn der russischen Revolution stellte an die sozialistische Presse höchste Anforderungen. Ohne regelmäßige und detaillierte Informationen war es im fernen Turin nicht leicht, eine zutreffende Interpretation der Ereignisse in Petrograd zu liefern. Umso mutiger ist Gramscis eindeutige Parteinahme für die "russischen Maximalisten", die Bolschewiki. Am 28. Juli 1917 schrieb er in "Il grido del popolo": "Die russischen Maximalisten sind die eigentliche russische Revolution. (...) Lenin hat Energien geweckt, die nicht mehr untergehen werden. Er und seine bolschewistischen Genossen sind überzeugt, daß es jederzeit möglich ist, den Sozialismus zu verwirklichen". Wenige Wochen später wurde auch in Turin auf den Barrikaden gekämpft. Bei der Niederschlagung der spontanen Revolte gab es 50 Tote und 200 Verletzte. Fast alle leitenden sozialistischen Funktionäre wurden verhaftet. Ein provisorischer Vorstand mußte gebildet werden. Zu seinen zwölf Mitgliedern zählte auch Antonio Gramsci.

Die Oktoberrevolution feierte Gramsci in seinem ersten Artikel für die nationale Ausgabe des "Avanti!" mit der ironischen Überschrift "Die Revolution gegen ‚Das Kapital'" - "Die Revolution der Bolschewiki ist die Revolution gegen das ‚Kapital' von Karl Marx. (...) Die Tatsachen haben den Rahmen gesprengt, innerhalb dessen die Geschichte Rußlands nach den Gesetzen des historischen Materialismus hätte ablaufen müssen. (...) Wenn die Bolschewiki einige Sätze des ‚Kapital' bestreiten, so leugnen sie doch nicht seinen immanenten, lebendigen Geist. Sie sind eben keine ‚Marxisten', das ist alles".

"Il grido del popolo" verfolgte aufmerksam den Fortgang der russischen Revolution und veröffentlichte Übersetzungen wesentlicher bolschewistischer Texte. Ein linksliberaler Journalist beschreibt Gramscis "Leninismus" so: "In der Gestalt Lenins sah er den heroischen Willen zur Befreiung verkörpert: die Ideale und Motive, die den bolschewistischen Mythos ausmachten,kamen tief aus der Psyche des Volkes. Sie sollten der italienischen Revolution nicht als Modell dienen, sondern Ansporn sein zu einer eigenen, von der Basis ausgehenden Initiative".

L'ordine nuovo

Nachdem die Wochenzeitung "Il grido", nach Gramscis eigenen Worten ein "kleines Forum sozialistischer Kultur", im Oktober 1918 eingestellt worden war, sollte ein neues Debatten- und Propagandaorgan die Lehren der russischen Revolution diskutieren und verbreiten: "L'ordine nuovo" ("Die neue Ordnung"), gegründet von Angelo Tasca, Umberto Terracini, Palmiro Togliatti und Antonio Gramsci, der laut Impressum als Redaktionsvorsitzender fungierte. Über das Konzept der Zeitung äußerte sich Gramsci später ziemlich kritisch: "Das einzige Gefühl, das uns verband, war die vage Leidenschaft für eine vage proletarische Kultur; wir hatten einen ungeheuren Aktionsdrang, fühlten uns eingeengt, ohne ein präzises Ziel erlebten wir die Umbruchstimmung der unmittelbaren Nachkriegszeit, als der Zusammenbruch der italienischen Gesellschaft bevorzustehen schien". Das Redaktionskollektiv hatte sich darauf verständigt, "gemeinsam alle Kräfte einzusetzen, um eine sowjetische Tradition in der italienischen Arbeiterklasse aufzuspüren und die echte revolutionäre Traditionslinie Italiens freizulegen". In den "commissioni interne", von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auf Abteilungsebene gewählten Fabrikkomitees, meinten die Redakteure Ansätze für eine Räteregierung entdeckt zu haben. Der von Gramsci und Togliatti gemeinsam verfaßte Artikel "Democrazia operaia" ("Arbeiterdemokratie"), der am 21.6.1919 veröffentlicht wurde, schreibt den Fabrikkomitees historische Dimension zu: "Die Formel ‚Diktatur des Proletariats' darf nicht länger eine leere Formel bleiben. (...) Die Diktatur des Proletariats ist die Errichtung eines neuen, spezifisch proletarischen Staates, in dem die institutionellen Erfahrungen der unterdrückten Klassen zusammenfließen ... Dieser Staat läßt sich nicht improvisieren". Die revolutionären Turiner Arbeiter griffen die Idee auf. "L'ordine nuovo" - "für uns und unsere Anhänger die ‚Zeitung der Fabrikräte'" - hatte den Sommer 1919 zu einer breiten Propagandakampagne genutzt. Im September entstand bei Fiat-Brevetti der erste, von 2.000 Arbeitern gewählte Fabrikrat. Andere Betriebe folgten. Als in einem Fiat-Werk die gesamte "commissione interna" entlassen wurde, traten alle Turiner Metallarbeiter in den Streik und besetzten die Fabriken. Der Aufmarsch des Militärs beendete die Revolte.

In einem Neun-Punkte-Papier "Per un rinnovamento del Partito Socialista" ("Für eine Erneuerung der Sozialistischen Partei") behauptete Gramsci: "Die Industrie- und Landarbeiter in ganz Italien sind unweigerlich entschlossen, eindeutig und gewaltsam das Problem des Eigentums an den Produktionsmitteln anzugehen". Massiv kritisierte er die Sozialistische Partei, die "den Ereignissen wie ein Zuschauer" folge. "Aus einer kleinbürgerlich-parlamentarischen Partei muß sie zur Partei des revolutionären Proletariats werden ... Wer kein revolutionärer Kommunist ist, muß aus der Partei entfernt werden". Was uns heute linkssektiererisch erscheinen mag, war im Spektrum der Partei noch eine vergleichsweise gemäßigte Position. Gramsci forderte die Erneuerung der Partei von innen heraus. Die Fraktion um Amadeo Bordiga bereitete zu dieser Zeit längst die Gründung der Kommunistischen Partei vor - für Gramsci nichts weiter als "partikularistische Halluzinationen".

PCI-Gründung

Gramscis neun Punkte wurden im Juli 1920 vom zweiten Kongreß der Komintern "im wesentlichen" gebilligt. "Wir freuen uns zu erfahren, daß gerade die Einschätzung der ‚vier Hitzköpfe aus Turin' die Zustimmung der Spitze der Internationalen Arbeiterbewegung gefunden hat", schrieb Gramsci in "L'ordine nuovo".

In einem letzten revolutionären Aufbäumen besetzten die Turiner Arbeiter am 1. September 1920 die Fabriken und führten die Produktion in eigener Regie fort; mit sehr unterschiedlichem Erfolg. Gramsci und seine Genossen diskutierten in den Fabriken mit den Arbeitern die brennendsten Probleme der Arbeitsorganisation. Als weitgehend isolierte Bewegung konnten die Turiner Fabrikräte nicht siegen. Gramsci schrieb später: "Selbst wenn die Revolution geglückt wäre, hätte es damals (1919-20) konterrevolutionäre Aktionen gegeben, die uns gnadenlos hinweggefegt hätten, denn die Sozialistische Partei war nun einmal das, was sie war, und die Arbeiterklasse sah alles rosig und hörte lieber Lieder und Fanfaren, als Opfer zu bringen". Seine übertrieben optimistische Darstellung des Siegeswillens der italienischen Arbeiter und Bauern hatte er damit zurückgenommen.

Die Gründung der Kommunistischen Partei stand nun unmittelbar bevor. Lenin machte sich im Dezember 1920 mit seiner Schrift "Über den Kampf innerhalb der italienischen Sozialistischen Partei" Bordigas "partikularistische Halluzinationen" zu eigen. Am 18. Dezember, einen Monat vor Beginn des PSI-Parteitags, gab Gramsci sich geschlagen: "Es wäre lächerlich über etwas zu jammern, was nicht mehr zu ändern ist". Am 21 Januar 1921 wurde in Livorno der "Partito comunista d'Italia" (PCI) als Sektion der Dritten Internationale gegründet. Die Gruppe um die von Amadeo Bordiga in Neapel herausgegebene Zeitung "Il soviet" dominierte

das Zentralkomitee. Gramsci wurde erst nach einigem Gerangel ins ZK, nicht aber ins Exekutivkomitee gewählt.

Er zog sich weitgehend auf die Arbeit in der "L'ordine nuovo"-Redaktion zurück. "Wir mußten unsere Partei im Kugelhagel des Bürgerkriegs aufbauen" - für Gramsci "die einzige Rechtfertigung" seiner Taktik der Konfliktvermeidung gegenüber Bordiga. Der Bruch kam dennoch: unter dem Eindruck des zunehmenden faschistischen Terrors in Italien empfahl die Internationale den italienischen Genossen, "bestimmte Schritte nach rechts" (Lenin) zu machen. Nicht mehr die sofortige Machtübernahme und die Diktatur des Proletariats, sondern das Bündnis mit den Sozialisten gegen die reaktionäre Offensive war geboten. Die Bordiga-Fraktion widersetzte sich. Im August 1921 schrieb Lenin, mit Blick u.a. auf die italienischen Kommunisten, daß einige KPs "den Kampf gegen den Zentrismus ein wenig übertrieben und ein wenig die Grenze überschritten, an der dieser Kampf zu einem Sport wird". Gramsci trat nun wieder offen für seine Position ein, die mit der Auffassung der Internationale identisch war. Ende Mai 1922 reiste er als Vertreter des PCI im Exekutivkomitee der Komintern nach Moskau. Dort angekommen mußte er wegen seiner angegriffenen Gesundheit für einige Wochen ins Sanatorium. Hier lernte er seine spätere Frau Julia Schucht kennen. Vorbei war die Zeit, in der er "ausschließlich durch den Kopf gelebt" hatte. Ihm wurde bewußt, "daß man sich nicht teilen und nur mit einem Teil leben kann ... Die Liebe gibt dem ganzen Leben Kraft ... schafft ein Gleichgewicht und verstärkt die anderen Leidenschaften und Gefühle". Aber die meiste Zeit lebte er von Julia und seinen Söhnen Delio und Giuliano getrennt. "Unser größtes Unglück", schrieb er später aus dem Gefängnis an sie, "war, daß wir zu wenig zusammensein konnten und immer nur unter anormalen Bedingungen, abseits vom wirklichen und konkreten Alltagsleben".

Der Faschismus an der Macht

Am 29. Oktober 1922 wurde Mussolini von König Vittorio Emanuele III. mit der Regierungsbildung beauftragt. Über das Wesen des Faschismus gab es im PCI wenig Klarheit. Togliatti hatte noch im Juli 1922 geschrieben: "Der grimmige Tyrann, gegen den sich die lebendigen Kräfte des Volkes auflehnen müssen, hat nur ein Gesicht, aber drei Namen: er heißt zugleich - Turati (reformistischer Flügel des PSI; Anm. AK), Don Sturzo (Partito populare - katholische Volkspartei; Anm. AK) und Mussolini". Gramsci hatte dagegen schon im April 1920 Schlimmes vorausgesehen: "Die aktuelle Phase des Klassenkampfs in Italien ist eine Phase, der entweder die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat folgt ... oder eine furchtbare Reaktion der besitzenden Klasse und der regierenden Kaste".

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Faschisten begann in Moskau der vierte Kongreß der Komintern. Sinowjew, Bucharin und andere Führer der Internationale hielten in Italien die proletarische Einheitsfront, ja sogar die Fusion von PCI und PSI für notwendig. Diese Linie ließ sich im PCI nicht durchsetzen. Gramsci schlug als Kompromiß vor, nicht mit dem gesamten PSI, sondern nur mit den "terzinternazionalisti" zu fusionieren: das waren die Linken unter den Sozialisten, die mit dem Kurs der Komintern übereinstimmten. Gramscis Antrag wurde akzeptiert. "Ohne es zu wollen, habe ich mir den Ruf eingehandelt, ein teuflisch gerissener Fuchs zu sein", sagte Gramsci später. In einer Situation, da Bordiga und andere Parteiführer bereits im Gefängnis saßen, wurde die Fusion von den kommunistischen Verhandlungsführern endlos verschleppt. In Moskau "entstanden radikale Zweifel an den Fähigkeiten der Parteiführung ... Auch ich war von den Briefen (des PCI an die Komintern; Anm. AK) erschüttert. So sagte ich schließlich, wenn die Situation tatsächlich so sei, wie es aus dem verfügbaren Material hervorging, wäre es das beste, die alte Führung ein für allemal abzusetzen und die Partei vom Ausland aus neu zu organisieren". Ende November 1923 reiste Gramsci im Auftrag der Komintern nach Wien, um den italienischen Ereignissen näher zu sein.

Die Fraktionskämpfe im PCI wurden mit äußerster Heftigkeit geführt. Bordiga und andere wollten mit der Komintern brechen, Togliatti konnte "sich wie immer nicht entscheiden". Gramsci, ganz auf der Linie der Internationale, erklärte sich nach einigem Zögern bereit, aktiv an der Reorganisation der Partei mitzuwirken. Aus Moskauer Sicht war er der alleinige und unumstrittene Führer der italienischen Kommunisten. Am 12. Mai 1924 kehrte er nach Italien zurück. Er war bei den Wahlen vom 6. April zum Abgeordneten gewählt worden und genoß parlamentarische Immunität.

Die Matteotti-Krise

Einen Monat nach Gramscis Rückkehr stürzte die Matteotti-Affäre den Faschismus in eine schwere Krise. Der PSI-Abgeordnete Giacomo Matteotti war wenige Tage nach einer mutigen Parlamentsrede, in der er die Gewalttaten der Faschisten angegriffen hatte, verschleppt und ermordet worden. Seine Leiche wurde erst zwei Monate später gefunden. Am Tag nach Matteottis Verschwinden erschien das neue PCI-Organ "L'Unita" mit der Schlagzeile "Nieder mit der Mörderregierung!" Die Partei setzte sich an die Spitze der Protestbewegung. "Der Faschismus wurde in die Isolation getrieben und seine Führer von Panik ergriffen, während die Mitläufer das Weite suchten". Gramsci hielt die Matteotti-Affäre anfangs fälschlich für den beginnenden "Todeskampf des Faschismus". Leider hielt die Panik der Faschisten nicht lange an. Die Oppositionsparteien, die aus dem Parlament auszogen und das Gegenparlament "Aventino" gründeten, beschränkten sich weitgehend auf die Verabschiedung von Resolutionen. Als die Faschisten ihren Terror verstärkten und der Aventino außer "lautstarker Nörgelei" (Mussolini) nichts zustande brachte, kehrte die PCI-Fraktion ins Parlament zurück, wo Mussolini sich brüstete: "Wenn der Faschismus eine kriminelle Vereinigung ist, bin ich der Anführer!" Gramscis erste und einzige Parlamentsrede entwickelte sich zu einem Schlagabtausch mit Mussolini, der den Redner mit ständigen Zwischenrufen unterbrach, die er für geistreich hielt: "Wir tun nur, was ihr in Rußland auch tut" oder "Ihr macht in Rußland sehr gute Razzien. Recht so!"

Gramsci arbeitete nach wie vor in der Redaktion von "L'ordine nuovo", der seit März 1924 vierzehntägig erschien und um den sich örtliche Parteizirkel gruppierten. Langsam verschoben sich die Kräfteverhältnisse im PCI zugunsten Gramscis und der Komintern. Noch auf dem geheimen Parteitag in der Nähe von Como (Mai 1924) hatte Bordigas Position einen deutlichen Sieg errungen. Beim dritten PCI-Kongreß, der im Januar 1926 in Lyon stattfand, votierten 90,8% der Delegierten für die von Gramsci und Togliatti verfaßten "Thesen von Lyon". In der Analyse des Faschismus wird dessen Drang nach militärischen Abenteuern hervorgehoben: "Krönung der ganzen ideologischen Propaganda, der politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit des Faschismus ist sein Drang zum ‚Imperialismus'. (...) Darin liegen die Keime für den Krieg, der anscheinend wegen der italienischen Expansion ausgetragen werden wird, in dem jedoch in Wirklichkeit das faschistische Italien ein Werkzeug in den Händen einer der imperialistischen Gruppen sein wird, die um die Weltherrschaft ringen". Vor der politischen Kommission des Parteitags sprach Gramsci über die kommunistische Taktik im antifaschistischen Kampf: "Die Taktik der Partei in der Matteotti-Krise war immer bestrebt, den Schichtungen der Bourgeoisie Rechnung zu tragen. Unser Vorschlag für ein Gegenparlament wurde zu dem Zweck gemacht, mit rückständigen Massen Kontakt aufzunehmen, die bis dahin unter dem Einfluß des Groß- und des Kleinbürgertums gestanden hatten. Es ist sicher, daß sehr viele Bauern Süditaliens erst, als wir den Vorschlag für ein Gegenparlament unterbreiteten, von der Existenz einer Kommunistischen Partei erfahren haben".

Die süditalienische Frage

Im Herbst 1926 begann Gramsci mit seiner Schrift "Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens". Dieser Text "stellt in gewissem Sinne den Übergang vom Journalismus der Jahre des aktiven Kampfes zu den Reflexionen der Gefängniszeit dar" (Giuseppe Fiori). In dieser Arbeit, die unvollendet blieb und als Fragment erstmals 1930 in Paris veröffentlicht wurde, behandelt Gramsci die Frage der "Hegemonie des Proletariats" in der Revolution und bei der Leitung des Arbeiterstaates: "Das Proletariat kann in dem Maße zur führenden und herrschenden Klasse werden, wie es ihm gelingt, ein System von Klassenbündnissen zu schaffen, das ihm gestattet, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren; und dies bedeutet in Italien ..., in dem Maße, wie es ihm gelingt, die Zustimmung der breiten bäuerlichen Massen zu erlangen. (...) In Italien hat die Bauernfrage infolge der bestimmten italienischen Tradition, infolge der bestimmten Entwicklung der italienischen Geschichte zwei typische und besondere Formen angenommen, die Frage des Südens und die Frage des Vatikans".

Zwischen den Fronten der KPdSU

Im Oktober 1926, kurz vor seiner Verhaftung, griff Gramsci im Auftrag des Politbüros des PCI in den immer schärfere Formen annehmenden Machtkampf innerhalb der KPdSU ein. Er mahnte zur Mäßigung: "Uns scheint, daß Ihr bei der Leidenschaft, mit der Ihr Euch über die russischen Fragen auseinandersetzt, die internationalen Aspekte der russischen Frage aus den Augen verliert ..." Inhaltlich stand er voll auf der Seite Stalins und Bucharins. Den "linken" Kritikern der Politik des Klassenbündnisses von Arbeitern und Bauern, namentlich Trotzki, Sinowjew und Kamenew, warf er Demagogie und Abkehr vom Leninismus vor: "Auf diesem Gebiet ist Demagogie leicht, und es ist schwer auf sie zu verzichten, wenn die Frage in den Begriffen des Korporativgeistes gestellt wird und nicht in denen des Leninismus, das heißt der Lehre von der Hegemonie des

Proletariats, das sich historisch in einer ganz bestimmten Position befindet ... In der Ideologie und der Praxis des Oppositionsblocks wiederholt sich die ganze sozialdemokratische und syndikalistische Tradition, die das westliche Proletariat daran gehindert hat, sich zu organisieren und zur führenden Klasse zu werden". Der Verurteilung der Opposition schloß sich die Mahnung an, "daß die Mehrheit des ZK der KPdSU ihren Sieg in diesem Kampf nicht mißbraucht und bereit ist, auf exzessive Maßnahmen zu verzichten". Togliatti, als Gramscis Nachfolger beim Exekutivkomitee der Komintern Adressat des Briefes, war mit Gramscis Warnungen überhaupt nicht einverstanden. Er antwortete, daß "eine solche Position nur total zum Nutzen der Opposition sein" könne: "Zweifellos sind die innerparteilichen Auseinandersetzungen von einer gewissen Härte, aber die ist notwendig. Wenn die Parteien des Westens bei der Führung gegen diese Härte intervenieren wollten, begingen sie einen schweren Fehler ..." Auf Anraten Bucharins leitete Togliatti den Brief nicht an die KPdSU weiter. Ein kurzes Antwortschreiben Gramscis, der bei seiner Meinung blieb, war der letzte Kontakt zwischen Gramsci und Togliatti.

Am 8. November 1926 wurde Antonio Gramsci verhaftet.

Js., Hamburg

Quellen:

- Giuseppe Fiori: Das Leben des Antonio Gramsci. Westberlin (Rotbuch) 1979. Die bis heute unübertroffene Gramsci-Biographie. Empfehlenswert!

- Umberto Cerroni: Gramsci-Lexikon. Zum Kennen- und Lesen-Lernen. Hamburg (VSA) 1979. Das Lexikon erklärt eine Reihe der von Gramsci benutzten Begriffe. Im Anhang ist Gramscis Schrift über die "süditalienische Frage" dokumentiert.

- Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften. Leipzig (Reclam) 1980. Dieses Buch dokumentiert auf mehr als 300 Seiten Zeitungsartikel Gramscis und Ausschnitte aus den Gefängnisheften.

47. Berlinale 1991 - ein aktueller Bericht

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:21

Alljährlich im Februar stellt die Berlinale in ihren unterschiedlichen Sektionen mehrere hundert Filme aus aller Welt vor, mehr als ein Mensch allein in zwölf Tagen sehen, geschweige denn verarbeiten kann. Unter den Filmen, die ich schließlich gesehen habe auszuwählen, welche eine Besprechung lohnen fällt schwer. Viele der Filme, die ich interessant finde, werden nie in einem normalen Kino zu sehen sein, bestenfalls über die Jahre verteilt in Kommunalen Kinos oder im Fernseh-Spätprogramm laufen. Die Filme jedoch, die in den Kinos anlaufen, werden breit und lang in der Tagespresse und in Stadtmagazinen besprochen, die aktueller und umfassender berichten können als der ak. Wie kann ein Beitrag zur kommunistischen Filmkritik aussehen, diese Frage läßt sich nur praktisch klären. Ich habe mich entschieden, in diesem ak drei Filme vorzustellen, von denen zwei bereits bundesweit angelaufen sind. Mein Blickwinkel ist dabei weniger die formale Analyse des "ästhetischen Werts", wie dies in den meisten Feuilletons geschieht. Mir geht es darum, zu betrachten, welche gesellschaftlichen Ideen und Werte von den Filmen befördert werden.

Eine Gruppe von Fußballfans überfällt auf der Straße eine junge Frau, um sie zu vergewaltigen. Es stellt sich heraus, daß alles nur ein "Scherz" war, die Frau ist die Freundin des Gang-Chefs. Ricky Tognazzi stellt diese Szene in schwarz/weiß an den Anfang seines Films Ultra über italienische Hooligans. Er nimmt damit in Kurzfassung das Strickmuster des gesamten Films vorweg: Gewalt wird zwar dargestellt, aber sie bleibt "in der Familie", ist eigentlich nur ein deftiges Vergnügen, der Ausbruch einer Leidenschaft, wie es der Regisseur in der Pressekonferenz nennt. Hools - so scheint es - sind ein fröhlicher Männerbund, der manchmal über die Stränge schlägt.

Principe, Anführer der "Brigata Veleno", einer Gruppe Hooligans aus Rom, ist nach zwei Jahren Knast wegen Diebstahl entlassen und besucht seine Freundin. Die hat inzwischen eine Beziehung zu Red, seinem besten Freund, auch aus der Hooligangruppe, traut sich aber nicht, es ihm zu sagen. Principe, Red und ihr kleiner Bruder Fabio fahren zusammen mit den anderen aus der "Brigata" zum Auswärtsspiel nach Turin. Die Fahrt vertreiben sich die Jungs mit Männerscherzen, Alkohol und anderen Drogen. Red gesteht Principe seine Liebesgeschichte, der nimmts nicht so tragisch, ist ja eh nur eine Frau.

In Turin angekommen, gibts erstmal eine ordentliche Rauferei im Bahnhof mit Fans von der anderen Mannschaft. Natürlich mit Rockmusik unterlegt, damit das richtige Feeling in den Kinosaal rüberkommt. Die verprügelten Turiner Fans beweisen echten Sportsgeist und verraten der Polizei bei der Gegenüberstellung nicht, wer sie verdroschen hat, dafür erwarten ihre Turiner Kumpels die "Brigata" aus Rom vor den Toren des Stadions mit Eisenstangen. Musik ab, und die action kann los gehen. Diesmal geht es etwas härter zur Sache und das eine oder andere Messer schnappt hervor. Principe ersticht seinen Kumpel Smilzo aus Versehen, der im Stadionklo stirbt. Es kommt zum letzten Show-down zwischen Red und Principe. Red ahnt, daß Principe es war und fordert dessen Messer zu sehen, der lehnt brüsk ab und mobilisiert zur Rache an den Turinern. Doch was eine echte Männerfreundschaft ist ... Red, der bei dem Toten bleibt, deckt der Polizei gegenüber seinen Freund.

Und die Moral von der Geschichte: Prügle dich ruhig, aber laß das Messer stecken.

Ricky Tognazzi mag es gut gemeint haben, er wollte keinen Film über, sondern einen Film mit Hooligans machen. Als Vorarbeit für den Film hat er zusammen mit den AutorInnen Graziano Diana, Simona Izzo und Giuseppe Manfridi Interviews mit jugendlichen Hools gemacht, ein Großteil der Rollen sind mit Laiendarstellern aus der Hooligan-Szene besetzt. Dem AutorInnen/Regieteam gelingt es damit, Authentizität in den Film zu bringen und Hools zu entmystifizieren.

Der zweite politisch notwendige Schritt, die gesellschaftliche Einordnung, findet nicht statt. Im Gegenteil wird die Hooligan Szene als geschlossene Welt dargestellt, die für außenstehende ohne Bedrohung ist. Auch rechte Ideologie in diesen Kreisen ist kein Thema. Auf der Pressekonferenz hieß es dazu: "Das ist eher eine ästhetische als eine politische Frage, in den 70er Jahren waren es Fahnen mit Che Guevara, heute sind es Hakenkreuze."

Ebenfalls ein hochbrisantes Thema aufgegriffen um es sogleich zu verpatzen, hat Joseph Ruben in seinem Film Der Feind in meinem Bett: Gewalt in der Ehe. Eine junge Frau, die von ihrem Ehemann ständig

geschlagen und vergewaltigt wird, flieht und baut sich ein neues Leben auf. Das könnte durchaus ein wichtiges Thema sein, doch das Desaster beginnt schon mit der Charakterisierung des Mannes. Ein Bilderbuch-Psychopath, der sie wegen der geringsten Kleinigkeit völlig zusammenschlägt, dann wieder scheinbar nett ist, um sie im nächsten Moment zu vergewaltigen. Auch wenn es solche Ehen gibt, in ihrer Überzeichnung wird der Geschichte der gesellschaftskritische Biß genommen. Der Mann wird als krankhaft dargestellt und damit brauchen wir uns keine Gedanken um Parallelen zum alltäglichen (Familien)Leben machen.

Die Frau geht auf einer nächtlichen Segeltour bei stürmischer See über Bord und läßt ihren Mann im Glauben, sie sei ertrunken. In einer anderen Stadt angekommen, ein kleines Haus gemietet, bändelt sie erstmal mit dem netten Mann von nebenan an. Merke: Frau braucht nur den richtigen Mann finden, um glücklich zu sein. Er wird ihr Schlüssel zum neuen Leben, er verschafft ihr einen Job, er öffnet ihr die Traumwelt des Theaters, wo er arbeitet, ... Ihre Probleme, mit ihrer Vergangenheit überhaupt ein normales Leben aufzubauen, werden nur am Rand gezeigt, wenn sie beim Klopfen an die Tür erschrickt, oder nicht gleich mit ihm ins Bett will.

Dafür besteht die Hälfte des Films darin, das Leben des Ehemanns zu zeigen, wie er erste Spuren ihrer Flucht entdeckt und sich anschickt sie aufzuspüren. Das ist dann die Spannung im Film, nach Lehrbuch zum Abgähnen. Immerhin gesteht das Drehbuch ihr zu, ihren Mann am Ende selber abzuknallen, nachdem ihr neuer Freund mit einem lächerlichen Befreiungsversuch nach Batman-Art scheitert. Ein Film, der sich wirklich nicht lohnt.

Gerne angeschaut hingegen habe ich mir Peter Weirs Green Card. Er versucht gar nicht erst, aus seiner Geschichte gesellschaftskritisches Kapital zu schlagen. George (Gérard Depardieu) braucht eine Arbeitserlaubnis (Green Card), Bronte (Andie MacDowell) ist bei der Ökogruppe "Grüne Gorillas". Das alles spielt nur am Rande eine Rolle. Weir tut nicht mehr, als eine Liebesgeschichte komödiantisch zu erzählen, dabei gesteht er den beiden Personen jeweils eigenständige Persönlichkeiten zu, die sich auch am Ende nicht in Liebe auflösen, wie es als zu oft im Kino zu erleben ist.

Ein afroamerikanisches Kid, mit "New York" Schriftzug auf dem Hemd, trommelt im U-Bahnschacht auf einem Eimer den Sound zum Großstadtdschungel, der sich mit dem Kreischen der Bahn vermischt. Schnitt, Straßenlärm, die Bar "Afrika" mit einem Rastaman am Tresen, Treffpunkt der beiden Hauptpersonen. Weirs karge Definition für den Ort der Handlung: New York.

Die beiden heiraten pro forma, George für eine Arbeitserlaubnis und Bronte, weil sie nur als Ehepaar eine Dachwohnung mit Garten mieten kann. Die Einwanderungsbehörde will ihre Ehe überprüfen und die beiden müssen ein Wochenende lang wider Willen zusammenwohnen, um für das Verhör zu proben. Dabei stellt sich heraus, wie verschieden ihre Ansichten, Lebensweisen und Lebensgeschichten sind, was immer wieder zu Streit führt. Wenn sie sich am Ende ineinander verlieben, dann in Anerkennung und unter Erhaltung dieser Unterschiede. Immer ist klar, daß Bronte (wie George) sich aus dem was sie macht heraus definiert und nicht über ihre Beziehung zu ihm.

Während in den einzelnen Szenen die Person des George, nicht zuletzt durch Gérard Depardieus schauspielerische Leistung, etwas im Vordergrund steht, schafft Weir ein Gegengewicht, indem er die Geschichte aus der Perspektive Brontes erzählt. George tritt nur dann auf, wenn er ihr begegnet, ist "Anhängsel" ihres Lebens. Dieses Muster durchbricht Weir nur einmal, was auch den absoluten Tiefpunkt des Films markiert. Bronte sitzt mit ihrem Freund im Restaurant, ist in Gedanken versunken - O-Ton wird ausgeblendet, Musik eingeblendet, Großaufnahme ihres Gesichts -, eine "Gedankenbrücke" als Trick, um zum in der Wohnung verbliebenen George überzuwechseln. Aus dessen Perspektive erleben wir dann auch ihre Rückkehr, zusammen mit ihrem Freund, dem er eine "Eheszene" macht. Dramaturgisch überflüssig, es sei denn, Weir will uns gerade das als ersten Liebesbeweis verkaufen.

Wer kann, sollte sich den Film unbedingt in der Originalfassung anschauen. Gérard Depardieus französisches US-amerikanisch geht in der deutschen Übersetzung völlig verloren in einem akzentfreien deutsch, das mit einigen unvermittelt radebrechenden Redewendungen versetzt ist. Auch der breite ami-Slang der New YorkerInnen geht im Einheitsdeutsch unter.

olaf

48. Enzensberger und andere

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak328/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:42

"das Europa der Vaterländer

Großraumwirtschaft

und die Intellektuellen, die machen mit,

wenn sie gut daran verdienen"

Peter Weiss 1964, Notizbücher 60-71, 248

In seinem "Spiegel"-Essay "Hitlers Wiedergänger" setzt Hans Magnus Enzensberger Saddam Hussein mit Adolf Hitler gleich, beide seien durch Todessehnsucht getrieben. Seine "Faschismusanalyse" geht davon aus, wer unterdrückt werde, sei eines Tages so aggressiv, daß er einmal alles, eingeschlossen sich selbst, vernichten wolle. Die nur logische Schlußfolgerung ist, in allen Unterdrückten der Welt potentielle Hitler zu sehen, die durch eine imperialistische Allianz möglichst effektiv bekämpft werden müßten: "Es ist absehbar, daß in Zukunft andere Völker ihren und unsern Henkern zujubeln werden. Ewige Verlierer gibt es in allen Himmelsrichtungen." Ein Blick zurück zeigt, daß diese Haltung folgerichtiger Endpunkt einer längeren Entwicklung des Literaten ist.

Am Beginn der APO standen heftige Debatten über das Verhältnis der Metropolenlinken zur sogenannten "3. Welt". Im eben gegründeten "Kursbuch" fetzte sich Enzensberger mit dem halbjüdischen, nach Großbritannien, in die Tschechoslowakei, die Schweiz und schließlich nach Schweden emigrierten Internationalisten Peter Weiss. Enzensberger analysierte, das marxistische Klassenmodell greife in der modernen Welt nicht mehr, weil die Interessen der Arbeiter sie von den prosperierenden, die Welt ausbeutenden Monopolen nicht mehr trennten. Seine Grundthese lautete, daß die eigentlichen Widersprüche zwischen der "armen" und der "reichen Welt" verliefen. Nicht nur die "Idealisten" und die "Liberalen

" verbrämten, so Enzensberger, diese Wirklichkeit mit untauglichen Versuchen, "Solidarität" zu zeigen - auch die marxistischen "Doktrinäre" genügten ihrem Anspruch nicht: "Sie bleiben zuhause; in die armen Länder unternehmen sie nur Studienreisen."

Enzensberger sprach damit ein Problem an, das die APO und alle aus ihr entstandenen Fraktionen bis heute beschäftigt. Daß Lohnabhängige in den Zentren wirklich noch als unterdrückte Klasse zu sich kommen können, ist nicht ausgemacht. Eine Strategie, es zu erreichen, fehlt, auch in der Praxis konnte Enzensbergers Beobachtung bis heute nicht widerlegt werden. Die der APO-Zeit zunächst folgende Orientierung auf wilde Streiks der Arbeiterklasse oder auf marginalisierte Sektoren blieb ebenso erfolglos wie die Mitwirkung in verschiedenen sozialen Bewegungen oder gar parlamentarische Experimente.

Enzensberger war damals aktiv gegen den Vietnam-Krieg. Er sah sich aber einem objektiven Sog ausgesetzt, die Interessen seiner reichen Welt zu vertreten. Die Gefahr, als Vaterlandsverteidiger enden zu können, faßte er damals ins Bild eines idealtypischen deutschen Sozialdemokraten "X., (...) dem Vernehmen nach 'links von der Partei stehend' - aber was will das schon heißen! -, etwa Mitte der Fünfzig, lebt in geordneten Verhältnissen, d.h. hat genügend Geld, steht auf dem Boden des Grundgesetzes, ist verheiratet, mit den Nazis hat er nie kollaboriert, seine politische Vergangheit ist ohne Tadel,-X. sagt eines Nachmittags, einen kleinen Kuchen essend, das Gespräch hat sich dem Kongo zugewandt, China, den südostasiatischen Kriegen: ‚Ich mache mir keine Sorgen; Kinder habe ich nicht; in ungefähr fünfzehn Jahren bin ich tot; solange aber werden wir die sicher noch unter dem Daumen halten.'" Enzensberger half sich mit der Prognose, die "reiche Welt" werde in spätestens 15 Jahren durch die armen Länder überrollt, und es sei daher weitsichtiger, sich zu ihnen gut ins Benehmen zu setzen. Der Behelf sollte sich als untauglich erweisen.

Peter Weiss, damals gerade über die Auseinandersetzung mit dem Stück Marat-de Sade zur "Entscheidung" gelangt, "die Richtlinien des Sozialismus" als "die gültige Wahrheit anzuerkennen", antwortete als einziger. Noch im Erscheinungsmonat der Thesen, im August 1965, formulierte er einen kürzeren "Brief an Hans Magnus Enzensberger". Dem Modell, es stünden sich ausschließlich "arme und reiche Länder" gegenüber, hielt Weiss entgegen, die Gegensätze zwischen Realsozialismus und Kapitalismus seien gravierend. Ein Blick

in die Hinterhöfe der Großstädte zeige, daß selbst im reichen Westdeutschland gröbste Klassenunterschiede weiterbestünden, die "den Betroffenen klargemacht" werden müßten. "Die konkrete Trennungslinie" sei - bei allen Brechungen - noch immer zwischen Imperialismus und Sozialismus zu ziehen.

Die These Enzensbergers, "keine Tat und keine Vorstellungskraft" könne genügen, "um sich in die Lage eines schwarzen Grubenarbeiters, eines asiatischen Reisbauern oder eines peruanischen Indio zu versetzen", nannte Weiss "gefährlich". Es werde damit "der Anschein einer Solidarität mit den Unterdrückern geweckt". Intellektuelle hätten "doch die Fähigkeit, die Anlässe" der Unterdrückung "zu ergründen", in manchen Fällen könnten "wir als Schreib- und Lesekundige sogar mehr von den Verhältnissen verstehen und überblicken, als jene, die ohne jegliche Bildungsmöglichkeit von ihnen zerrieben werden".

Enzensberger wurde in der jungen Neuen Linken mit mehr Enthusiasmus aufgenommen, als der eher traditionell denkende Weiss. Sein Schema der Widersprüche in der Welt machten sich viele zu eigen, sie waren sich des beschriebenen Dilemmas allerdings oft wenig bewußt.

Der Rückblick über die Jahre zeigt, daß gerade diese ehemaligen Linken später der bedingungslosen Unterstützung der eigenen imperialistischen Nation verfielen. In der ML-Bewegung vollzog sich eine Entwicklung über das chinesische 3-Welten-Modell, das Enzensbergers Entwurf bis auf die kleine Differenzierung, die "reiche Welt" in Europa/Japan und die "Supermächte" zu untergliedern, glich. Bei den Spontis dominierten internationalistische Bewegungen, die, vielfach gegen die Weltmacht USA gerichtet, sich gegen die BRD und ihre Geschichte oft unkritisch verhielten. Der Identifikation mit fernen Befreiern folgte häufig ebenso heftige Abwendung. Oftmals kam da im oppositionellen Zwischenspiel zwischen Uni und Karriere kaum mehr heraus, als ein auf Albanien, China oder auf einen "3. Welt"-Staat verschobener Nationalismus.

In der Debatte 65/66 wurde die Möglichkeit verspielt, die Grundprobleme revolutionärer Politik gründlich zu spiegeln. Enzensberger begriff die Kritik von Peter Weiss nicht als Chance für eine gemeinsame Suche nach einer linken Strategie, sondern sah seine zentrale Position in der intellektuellen Szene der BRD gefährdet. Und es war ihm ein leichtes, den Out-Sider, den ewigen Emigranten Weiss abzufertigen. Als Herausgeber des "Kursbuch" konnte er über Weiss' schnell verfaßten Brief verfügen. Erst als er die rhetorisch brillante Erwiderung "Peter Weiss und andere" geschrieben hatte, veröffentlichte er im Juli 1966 (!) beide Texte. Weiss konnte kaum glauben, gegen solche Vorgänge wirksam protestieren zu können. Suhrkamp war sein Hausverlag geworden, nachdem ihm aus schwedischer Emigration über Jahre, ja über ein ganzes Jahrzehnt hinweg keine Möglichkeit zur Publikation gegeben worden war, und Enzensberger übte aufs Suhrkamp-Lektorat wesentlichen Einfluß aus.

Dem Text des Peter Weiss folgte so der sofortige Versuch, diesen Autoren verbal niederzumachen. Weiss hatte die Intellektuellen aufgefordert, "Zweifel und Vorsicht aufzugeben" und sich "zu gefährden", indem sie nach Möglichkeiten suchen sollten, den Kampf der Unterdrückten zu unterstützen. Damit meinte er im übertragenen Sinne, die wohlbehütete Existenz im bürgerlichen Literaturbetrieb müsse aufs Spiel gesetzt werden. Tatsächlich blieb Weiss als politisch aktiver Autor in der BRD stets eine Randerscheinung. In seiner konsequenten Haltung gefährdete er sich sogar körperlich: am fast tausendseitigen Roman "Die Ästhetik des Widerstands" schrieb er sich faktisch zu Tode. Enzensberger aber erklärte Weiss zum "lächerlichen Fall", der die "Doppelmoral" geradezu verkörpere: "Dagegen Peter Weiss und andere! Die gefährden sich. Die kämpfen. Die haben nichts zu tun mit der Gesellschaft, in der sie leben. Die sind ausgetreten. Die stehen Schulter an Schulter mit dem schwarzen Grubenarbeiter in den Kupferminen von Transvaal, mit dem asiatischen Reisbauern in den Feldern von Süd-Vietnam, mit dem peruanischen Indio in den Vanadium-Bergwerken. Da stehen sie, Schulter an Schulter an Schulter, und kämpfen." Enzensberger kam nicht in den Sinn, daß seine rhetorische Attacke gegen Weiss entlang dessen Formulierung, Schriftsteller sollten "sich gefährden", zynisch sein könne gegenüber einem Menschen, der dem Gas und den Öfen der Nazis nur knapp und durch glückliche Zufälle entkam. Weiss mußte aus guten Gründen die kaum entnazifizierte Bundesrepublik ähnlich unerträglich finden, wie ihm die Unterdrückung in der Peripherie unerträglich war. Dieser Zusammenhang schien aber damals auch keinem anderen aufzugehen, jedenfalls meldete niemand sich zu Wort.

So konnte Enzensberger über frech rabiates Vorgehen seine zentrale Position in der Szene bundesdeutscher Intellektueller weiter etablierten. Er fand und findet seine Fans auch unter Radikalen. Der Dokumentarroman "Der kurze Sommer der Anarchie" über den spanischen Revolutionär Buenaventura Durruti ist bis heute beliebt

bei Autonomen und AnarchistInnen, die niemals begriffen, daß Enzensberger darin 1972 seinen endgültigen Abschied von der Revolution nahm. Das Scheitern der spanischen Revolutionäre erklärt er darin für endgültig und verwirft jeden Versuch, ähnliche Ideen weiterhin zu verfolgen.

Seitdem hat sich Hans Magnus Enzensberger alle Mühe gegeben, den 1965 erfundenen "Sozialdemokraten X." in Sachen Chauvinismus einzuholen und zu übertreffen. Er wurde zum Chefideologen einer Szene, die den Mitteleuropakult der neukonservativen Citoyens literarisch zu befördern und intellektuell abzusichern suchte. Seine Publikation "Der Freibeuter" diente ebenso dem Kampf gegen alles, was links ist, wie die Mitarbeit am soeben eingestellten "Transatlantik". In Nummer 1 der "lettre international", dem neuesten Zentralorgan in Sache intellektellem Eurochauvinismus, legte er 1988 das Bekenntnis ab, nunmehr den "Freuden des Patriotismus" zu erliegen. Das Geständnis ging ihm so durch Mark und Bein, daß er eine Wette anbot: "Man verbinde mir die Augen und bringe mich in eine beliebige europäische Stadt. Ich wette, daß ich keinen Ort zwischen Lissabon und Krakau, an dem meine Augenbinde gelöst wird, mit Novosibirsk oder Indianapolis verwechseln werde..." Europa sei ihm nämlich "in sinnlicher Gewißheit so deutlich und unverkennbar wie ein vertrauter Geruch." Das Ressentiment gegen die Besatzungsmächte ("Novosibirsk oder Indianapolis") hat sich heute erledigt, der transportierte Eurozentrismus bleibt aktuell. Dessen eigentliche Message ist, Rassismus neu hoffähig zu machen. Das Bild vom "Geruch" erinnert nicht zufällig an das gegen Südeuropäer gebräuchliche Schimpfwort vom "Knoblauchfresser". Auch Enzensberger will im Grunde sagen, daß das Fremde die vertraute Luft verpeste, und Motiv ist auch hier die konsequente Verteidigung "eigenen" imperialistischen Wohlstands. Die europäisch-weltmännisch daherkommende Selektion verwirklicht sich auf der politischen Ebene in den aktuellen rot-grün diskutierten Abschottungsprogrammen.

Doch erst der Golfkrieg bot Enzensberger Gelegenheit, die Verteidigung seiner "reichen Welt" gegen alle Hungerleider im SPIEGEL offensiv zu betreiben. 1965 fühlte sich Enzensberger dem Imperialismus durch Vorteile verbunden, hatte aber das moralische Problem, weltweites Hungern und Morden nicht schön zu finden. Henryk Broder und andere haben ihm nun die Absolution erteilt. Über die Gleichsetzung jedes potentiellen Führers aus der "3. Welt" mit Hitler kann er jetzt jede Kriegsoption in aller Welt uneingeschränkt bejahen.

Der aktuelle Text des linksintellektuellen Cheer-Leaders zeigt an, daß die rechte Position der Historikerdebatte zum neuen nationalen Konsens geworden ist. Fest, Nolte und Stürmer bemühten sich emsig, die deutsche Geschichte ihrer verheerenden Folgen zu entsorgen, und fanden jenes Bemühen, wie aus immer wieder eingeflossenen schuldbewußten Floskeln zu ersehen ist, schwierig. Enzensberger geht das heute leichter von der Hand. Deutscher Nazismus wird als Ergebnis der Unterdrückung von Versailles entschuldigt, und die These von der Singularität Auschwitz' ausdrücklich verworfen. Da ihm Hitler und Saddam "anthropologisches" Problem sind, ist Enzensberger optimal von der Vorstellung befreit, aus der Vergangenheit könne eine Einschränkung für deutsche Kriegsbetätigung gefolgert werden. Im Gegenteil wird suggeriert, das vierte Großdeutschland müsse geradezu als Lehre des Faschismus so weltweit agieren, wie die vorangegangen drei, um die unzähligen Hitler der "armen Länder" zu verhindern.

Gerade in seiner Verdichtung von Dummheiten ist das "Spiegel"-Pamphlet optimal geeignet, übelste Emotionen zu entschuldigen und zu mobilisieren. Es steht für einen Zeitgeist, der jeden emanzipativen Rest der APO endgültig hinter sich läßt. Das gibt Anlaß zu jeder Sorge, und jenen recht, die im letzten Jahr "Nie wieder Deutschland!" für die einzig annehmbare realpolitische Forderung hielten.

Be.

49. Quelldatei 16.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak328/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:16

Dokumentation:

An:

Governor Robert Casey

Main Capitol Building, Room 225

Harrisburg, PA 17120

Governor Casey,

in Ihrem Bundesstaat befinden sich zur Zeit 135 Menschen in der Todeszelle. Einer dieser Gefangenen ist der Journalist Mumia Abu-Jamal. Mumia Abu-Jamal war Minister of Information der Ortsgruppe Philadelphia der Black Panther Party. Als weithin bekannter und angesehener Journalist wurde er Präsident der Association of Black Journalists in Philadelphia. In der Stadt Philadelphia war Jamal als energischer Unterstützer der Organisation MOVE bekannt.

Aufgrund seiner engagierten Berichterstattung ist er weit über die Stadt Philadelphia hinaus als "the voice of the voiceless" (die Stimme der Unterdrückten) bekannt. Gleichzeitig wurde er damit zum Ziel staatlicher Repression.

1982 wurde er wegen angeblichen Mordes an einem Polizisten von einer fast ausschließlich weißen Geschworenenjury zum Tode verurteilt. Das Todesurteil gegen ihn wurde mit seinen politischen Überzeugungen und Aktivitäten begründet.

Seitdem wurden seine sämtlichen Berufungsanträge - zuletzt im Oktober 1990 vom Obersten Gerichtshof - abgelehnt.

Mumia Abu-Jamal befindet sich seit nunmehr fast 10 Jahren in Isolationshaft im Todestrakt des Huntingdon-Gefängnisses. Aufgrund der juristischen Situation liegt die Entscheidung über das Leben oder den Tod von Mumia Abu-Jamal in Ihrer Hand.

Die Todesstrafe ist ein Instrument rassistischer Unterdrückung und wird im Fall von Mumia Abu-Jamal gezielt zur Liquidierung eines politischen Oppositionellen eingesetzt.

Wir fordern Sie auf, das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal aufzuheben und ihn sofort freizulassen. Die Todesstrafe in Pennsylvania muß abgeschafft werden.

Bitte unterschrieben senden an:

"Right on" c/o Verlag "Schwarze Seele", Falckensteinstr. 46, 1000 Berlin 36.

Spenden Sie bitte auf das Sonderkonto bei der BfG-Berlin: Komitee "Right on", Stichwort "Mumia Abu-Jamal", Konto-Nr.: 25 22 43 65 01, BLZ 100 101 11

50. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak328/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:32

Ursachen, Wesenszüge und Auswirkungen des Zusammenbruchs des "realen Sozialismus"

Zu diesem Thema findet in Berlin eine zweiteilige wissenschaftliche Konferenz statt. Der erste Teil vom 5. April - 7. April 1991 hat folgende Themen zum Schwerpunkt:

- Neubestimmung der historischen Entwicklung der Sowjetunion

- Charakter und geschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution

- Zu den Auffassungen Lenins von der sozialistischen Gesellschaft

- Voraussetzung und Wesenszüge des "Stalinismus"

- Zur Kritik der politischen Ökonomie des "Stalinismus".

Im zweiten Teil vom 31. Mai - 2. Juni 1991 geht es um:

- Osteuropa: Sozialismus ohne revolutionäres Subjekt?

- Kapitulation oder revolutionäre Erneuerung? Zum Wesen der Perestroika

- Zur Stellung der Frauen in den nachkapitalistischen Übergangsgesellschaften

- Was ist Sozialismus?

Veranstaltet wird die Konferenz von einer Arbeitsgruppe aus "Aufsätze zur Diskussion", "Gruppe Arbeiterstimme", "Hintergrund-Redaktion", "Kommunistische Plattform der PDS", "Die Nelken" und "Prowo". Nähere Informationen nebst einem Reader sind erhältlich über:

Die Nelken, Johannes-Dieckmann-Straße 19-23, 1020 Berlin.

4. Ordentlicher Kongreß des KB

Dieser findet am 20. April 1991 in Hamburg, im Gemeindesaal Schloßstr. 78 in Hamburg Wandsbek statt. Genaueres lag bei Drucklegung noch nicht fest, wird aber rechtzeitig bekanntgegeben. Für weitere Informationen bitte in der Hamburger Satz- und Verlagskooperative anrufen.

51. "Auf Wiedersehen, Jugoslawien..."

CD-Datei: daten/aksuche/ak328/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:41

"Auf Wiedersehen, Jugoslawien ... der Staat stirbt spontan und unkontrolliert, es herrscht ein Todeskampf ohne Spielregeln", so beschrieb die slowenische Zeitung "Delo" die innenpolitische Lage. Jugoslawien als Verbund von sechs Republiken existiert nicht mehr. Offen ist, welche Formen die Auseinandersetzung um die Auflösung des Staates noch annehmen und wer seine Nachfolger werden. Der Bundesstaat ist zum Alptraum geworden, das jahrzehntelang als Unterdrückung erlebte Verhältnis zur serbisch dominierten Zentralregierung fordert seinen Preis. Die fehlende Auseinandersetzung mit der Geschichte, die Diskriminierung bestimmter Völker lassen einen überwunden geglaubten Nationalismus in ungeahnter Schärfe aufbrechen. Mit dem militarisierten Konflikt zwischen Serbien und Kroatien steht ein Krieg in Mitteleuropa vor der Haustür. Die Frage ist aufgeworfen, wie sich die Nato im Falle einer weiteren Zuspitzung verhalten wird.

Verhandlungen um einen neuen Unionsvertrag

Im Januar begannen die Gipfelgespräche zwischen den einzelnen Republiken über die Zukunft Jugoslawiens, aber deren Erfolglosigkeit war von Anfang an vorprogrammiert. Beherrschender Faktor der Gespräche war die Bundesarmee, die mit einer Provokation nach der nächsten eine ständige Interventionsdrohung über jene Republiken verhängte, die sich selbständig machen wollen. Einen Tag vor der ersten Zusammenkunft am 10. Januar faßte das Staatspräsidium mit knapper Mehrheit den Beschluß, die Armee zur Entwaffnung sogenannter paramilitärischer Verbände in den Republiken zu ermächtigen. Begründet wurde dies mit den Aufständen in Kroatien sowie "illegalen" Waffeneinfuhren Kroatiens und Sloweniens aus Ungarn und Österreich. Der Beschluß war eine offene Provokation Kroatiens. Daß die Serben in der Enklave Knin in Kroatien die Entwaffnungsankündigung aus Belgrad begrüßten, zeigt, daß die Entwaffnung in Wirklichkeit nicht auf die serbischen Aufständischen, sondern auf die neu aufgestellten und stark aufgerüsteten Polizeiverbände der Republiken Kroatien und Slowenien zielte. Die kroatische Regierung teilte als Antwort auf ein 10tägiges Ultimatum mit, ihre bewaffneten Kräfte seien zur Abwehr einer Intervention der jugoslawischen Volksarmee gerüstet. Kroatien werde im Falle eines Einmarsches sofort seine Unabhängigkeit ausrufen, seine Soldaten aus der Armee zurückrufen, bewaffneten Widerstand leisten und sich im In- und Ausland "um jede nur mögliche Hilfe bemühen." Das man dabei auch an die Nato denkt, wurde im vergangenen Jahr offen angekündigt. Am 25. Januar kam es mit Truppenbewegungen der Bundesarmee am Stadtrand der kroatischen Hauptstadt Zagreb zu einem Höhepunkt des Konfliktes. Nachdem der kroatische Verteidigungsminister Spegelj mit der Ankündigung einlenkte, daß Kroatien die Waffen der Polizeireservisten eingesammelt habe (wobei die Einheiten nicht, wie von Belgrad verlangt, demobilisiert wurden), wurde die Alarmbereitschaft der Armee zurückgezogen.

Der groß aufgeblasene Vorstoß, mit dem Serbien und Kroatien über Wochen kurz vor einem regelrechten Krieg standen, endete für die Armee unterm Strich zunächst mit einer Niederlage. Die derzeit eine Armee ersetzende Polizeiformation Kroatiens sowie die Territorialstreitkräfte Sloweniens blieben unangetastet. Doch über das von ihm dominierte Staatspräsidium hatte Serbien deutlich gemacht, daß es zu einem Ausgleich mit Kroatien nicht bereit sei und das Signal für eine gewaltsame statt politische Lösung der Konflikte gegeben.

Die folgenden Gipfeltreffen brachten lediglich eine Verhärtung der Standpunkte. Slowenien drohte mit der Abspaltung, sollte sich eine Konföderation nicht durchsetzen. Serbien kündigte an, es gäbe keine vorstellbare Situation, in der es die Aufteilung des serbischen Volkes in mehrere souveräne Staaten akzeptieren würde. (SZ,2.2.91) Der kroatische Präsident Tudjman und der slowenische Vertreter verließen das zweite Treffen, nachdem sie vergeblich den Ausschluß der Armee aus den Beratungen über die Zukunft Jugoslawiens gefordert hatten. (Der Armee sind bislang drei Sitze im Staatspräsidium reserviert.)

Beim dritten Treffen am 8.2. kam es schon nicht mehr zu Erörterungen über die Zukunft des Landes, da die Armeevertreter darauf bestanden, daß zunächst die Festnahme des kroatischen Verteidigungsministers Spegeljs ausgeführt werde. Das an Kroatien gestellte Ultimatum dafür war am Vortage abgelaufen.

Spegelj wurde vorgeworfen, er habe eine Rebellion gegen die Volksarmee und die Liquidierung derer Kommandeure vorbereitet, eine Anklage, auf die die Todesstrafe steht. Während der nationale Verteidigungsrat Kroatiens erklärte, die Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage, sprechen andere Quellen von

Hinweisen, daß Spegelj auf eigene Faust eine militärische Formation, auch als Geheimarmee gehandelt, aufbauen wollte. Spegelj ist ein Verteidigungsminister ohne Armee, denn die Territorialstreitkräfte Kroatiens wurden im Herbst letzten Jahres von Einheiten des Bundesheeres entwaffnet. Jenseits dessen, daß Spegelj in der Vergangenheit im Zusammenhang mit militärischen Drohungen gegenüber Slowenien eine dubiose Rolle spielte, zielte die Aktion der Armee darauf, Anstrengungen Kroatiens zur Bildung eigener Streitkräfte zu unterbinden.

Der neueste Vorstoß der Armee ist die Besetzung der zu 60% von Serben bewohnten kroatischen Stadt Pacrac, die ein weiteres Gipfelgespräch zur Farce werden ließ.

Verdeckter Krieg zwischen Serbien und Kroatien

Im Konflikt zwischen Serbien und Kroatien scheint es nur noch eine Frage der Zeit, wann der verdeckte Krieg zwischen dem serbisch dominierten Bundesheer und den aufgerüsteten Polizeiformationen Kroatiens in einen offenen Waffengang umschlägt. Auslösender Faktor für den Ausbruch der latent lange währenden Feindseligkeiten waren die Souveränitätsbestrebungen Kroatiens. Ende Februar beschloß Zagreb den Vorrang kroatischer Gesetze vor denen der Bundesgesetze. Es untersagt damit der Bundesregierung, in Kroatien ohne Einwilligung des kroatischen Präsidenten den Ausnahmezustand zu verhängen oder die Armee einzusetzen. Bereits Ende Dezember war eine neue Verfassung angenommen worden, die die Republik als einen "einheitlichen, unteilbaren, demokratischen und sozialen Staat" mit dem Attribut der vollen Souveränität sowie eigener Verteidigung definiert.

Im Gegensatz zu Slowenien hat Zagreb seine Republikgrenzen noch nicht als Staatsgrenzen definiert, was die Erhebung von Ansprüchen auf bosnisches Territorium offen läßt.

Kroatien hat die Herrschaft über die überwiegend von Serben bewohnten aufständischen Gebiete faktisch verloren. In der Enklave Knin wurde ein autonomes Gebiet in der Größe des Saarlandes ausgerufen. Der dafür gekürte serbische "Regierungschef" Babic kündigte unterdessen die Gründung eines "neuen serbischen Staates" an, der auch große Teile von Bosnien-Herzegowina umfassen solle und ins Leben gerufen werde, wenn sich Jugoslawien auflöse. (FAZ 7.3.91)

Die Behörden der Aufstandsgebiete samt örtlicher Polizei agieren im Verbund mit der Bundesarmee als eine Art Okkupationsmacht. Der Gegenspionagedienst der Armee verhaftet in den Dörfern an der Grenze zu Serbien Kommunalpolitiker und Mitglieder der kroatischen Regierungspartei HDZ und liefert Waffen an die serbische Minderheit. Die serbische Aufstandsbewegung wird mittlerweile nicht nur in Knin, sondern auch in den nördlich gelegenen kroatischen Gebieten Slawonien und Baranja vom Militär unterstützt. Angeheizt wird der Konflikt durch die kroatische und serbische Presse. Letztere setzt die rechtsnationalistische kroatische Regierung mit dem faschistischen Ustascha-Regime während des zweiten Weltkrieges gleich. Mit gezielten Falschmeldungen wie denen über kroatische Angriffe gegen Serben in Pacrac werden Parallelen zu den Greueltaten der Ustascha an serbischen Kommunisten gezogen.

Die kroatische Regierung und Präsident Tudjman profitieren auf ihre Weise von dem ständigen Konflikt mit Serbien, schafft er doch eine kroatische Einheitsfront, die Kritik an der Regierung verstummen ließ. Die quasi-Gleichschaltung der kroatischen Presse und ihre Umwandlung in Regierungsmedien konnte angesichts der ständigen Interventionsdrohung widerstandslos durchgesetzt werden, die politisch offenere Atmosphäre aus der Zeit vor den Wahlen ist geschwunden. So bemüht sich Zagreb auch keineswegs um einen Dialog mit den Aufständischen, sondern sucht die Gemeinden durch Einsätze der Spezialpolizei sowie durch Einstellung staatlicher Zahlungen zu disziplinieren.

Eine friedliche Lösung ist für die Auseinandersetzung kaum mehr in Sicht, denn Kroatien kann in dem Konflikt nicht nachgeben. Der Verlust von Knin würde Kroatien von der Region Dalmatien an der Adria verkehrstechnisch und wirtschaftlich abschneiden.

Nicht auszuschließen ist allenfalls ein Kuhhandel zwischen Serbien und Kroatien für ein von den Präsidenten beider Republiken angestrebtes Großserbien und Großkroatien durch Aufteilung der von Muslimen, Serben und Kroaten bewohnten Republik Bosnien-Herzegowina. Direkte Drohungen dieser Art erhielt die bosnische Regierung in Sarajewo von Milosevic, er werde es nicht zulassen, daß Bosnien-Herzegowina sich als souveräner Staat konstituiere. Serbien sei in der Lage, einen solchen Staat sofort mit der Armee

niederzuwerfen. Der bosnische Präsident Izetbegovic hat vor diesem Hintergrund auf die Einrichtung von unabhängigen Territorialstreitkräften verzichtet, die Republik verfügt derzeit lediglich über 35.000 Spezialpolizisten.

Der Kampf um Groß-Serbien ist eröffnet

Nachdem Serbien die politische Unterstützung für die Unterdrückung der Albaner im Kosovo und die ökonomische Stütze der Bundeszuwendungen weitgehend verloren hat, spitzt sich die Lage in der Republik zu. In Belgrad traten Mitte Februar mehrere tausend Arbeiter in einen unbefristeten Streik. Sie forderten die sofortige Auszahlung ihrer noch ausstehenden Löhne und deren Erhöhung. Auch die Soldaten der jugoslawischen Volksarmee warten auf die Auszahlung ihres Solds, durch Kürzungen der Nordrepubliken an den Bundeshaushalt fehlt der Armee Geld in der Kasse. Während Kroatien sich einen vier Milliarden-Kredit für den Ankauf von Waren und Waffen vom Vatikan besorgte, warf Serbien die Bundesnotenpresse an. Um die Situation zu stabilisieren, druckte Serbien ungefähr 18 Milliarden Dinar (zwei Milliarden DM) schwarz (d.h. ohne Deckung und Zustimmung der anderen Republiken), um Renten zu bezahlen und die Banken vor dem Zusammenbruch zu retten. Der Betrag entspricht der Hälfte der für das erste Halbjahr 1991 vorgesehenen Geldschöpfung.

Der Coup erschütterte in den anderen Republiken den Rest von Vertrauen in eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und wirft ein grelles Licht auf den Umgang Serbiens mit gesamtjugoslawischen Institutionen sowie die Einflußlosigkeit der Bundesregierung.

Der serbische Präsident Milosevic und der ihm eng verbundene derzeitige Vorsitzende des Staatspräsidiums, Jovic, gerieren sich als der Jugoslawien erhaltende Faktor. Gleichzeitig hat Serbien im Herbst letzten Jahres eine Verfassung verabschiedet, die jegliche Bande mit der Gemeinschaft zerreißt und Milosevic diktatorische Vollmachten verleiht. Sein Ziel war der Erhalt einer Föderation (nach serbischen Vorstellungen ein enger Verbund der jugoslawischen Republiken) von serbischen Gnaden, die ihre Politik abstützt. Doch ein Zusammenhalt Jugoslawiens könnte nur über den Weg der Neuverhandlung eines gerechten Verhältnisses der Republiken untereinander erreicht werden, wie es u.a. von Slowenien vorgeschlagen wurde.

Die Erringung einer serbischen Hegemonie mit sozialistisch-nationalem Anstrich über ganz Jugoslawien erscheint der Führung in Belgrad vor dem Hintergrund ihrer Lage mittlerweile unrealistisch. Man scheint sich stattdessen auf die Errichtung eines "Groß-Serbien" zu verlegen. Für Milosevic sind die Grenzen zwischen den Republiken lediglich "administrative Grenzen". Sie könnten niemals Staatsgrenzen werden, denn nirgends dürften Serben als "Minderheit" in einem fremden Staat leben. Jenes Groß-Serbien soll neben der jetzigen Republik mit den ihres Autonomie-Status bereits beraubten Regionen Kosovo und Voyvodina jene Gebiete Kroatiens und Bosniens umfassen, die einen ins Gewicht fallenden Bevölkerungsanteil von Serben haben. (1) Montenegro wird sich voraussichtlich freiwillig aufgrund seiner der Regierung in Belgrad politisch nahestehenden Führung mit Serbien zusammentun.

Vorbereitungen auf die Machtübernahme

Zur Durchsetzung seiner Ziele stützt Belgrad sich zum einen auf das Staatspräsidium, in dem es bis zum 15. Mai den Vorsitz inne hat, zum anderen auf die von ihm unterstützten Aufständischen sowie die Bundesarmee. Offen ist aber, ob sie es sich vor dem Hintergrund ihrer multinationalen Zusammensetzung und der bisher noch von allen Republiken geleisteten Zahlungen leisten kann, im auseinanderfallenden Jugoslawien allein für die Interessen Serbiens zu kämpfen. Politisch steht die Armee, trotz serbischem Übergewicht im Offizierskorps, für den Zusammenhalt des Landes in seiner jetzigen Form - garantiert dies auch am ehesten ihre bisherige Stellung. (Nach der Verfassung von 1974 gilt die Armee als "neunte föderative Einheit" und hat damit faktisch den Status einer Republik. Sie war Garant der Einheit Jugoslawiens, abgeleitet aus ihrer historischen Rolle als nationenübergreifende Partisanenarmee, die das Land befreite.)

Die Zeitung "Borba" veröffentlichte Anfang Februar ein angeblich vom Verteidigungsministerium aufgesetztes Dokument. Dort hieß es, die Armee strebe in Jugoslawien eine zentral geführte Föderation unter kommunistischer Herrschaft an. Die Armee könne die Probleme Jugoslawiens nicht lösen, aber die Bedingungen für eine friedliche Lösung der Krise sicherstellen. Zur Lösung der politischen Probleme bedürfe es einer starken politischen Organisation. (nach SZ 2.2.91)

Doch der von Offizieren gegründete "Bund der kommunistischen Bewegung für Jugoslawien" (eine Nachfolgepartei des ehemaligen Bundes der Kommunisten) erhielt selbst bei den Wahlen in Serbien nicht einmal vier Prozent. Trotzdem sollen alle Offiziere der Bundesarmee zur Mitarbeit in der Partei verpflichtet werden, denn man bereitet sich auf eine Machtübernahme vor. In der jugoslawischen Presse wurden Listen mit den Namen von 600 Personen veröffentlicht, neben den Regierungschefs Kroatiens und Sloweniens auch Bundesministerpräsident Markovic, die in einem solchen Fall verhaftet werden sollen. Die große Stunde der Militärs könnte schlagen, wenn es an allen Ecken und Enden in Jugoslawien zündelt. Vor wenigen Tagen kündigten die Streitkräfte an, eine Ausweitung nationaler Unruhen und der damit verbundenen "Fluchtbewegungen" auf alle Fälle zu verhindern.

Unabhängigkeit Sloweniens

Das slowenische Parlament hat am 20.2. einem Antrag zugestimmt, mit dem der Bundesregierung alle Rechte genommen werden, Entscheidungen für Slowenien zu treffen. Gleichzeitig lag dem Parlament eine Resolution über die Auflösung der Republik Jugoslawien und die Bildung von zwei oder mehreren Nachfolgestaaten vor. Sie zielt bewußt nicht auf den Austritt aus dem Verbund, weil es der slowenischen Regierung um eine Verteilung des Vermögens des jugoslawischen Staates geht, von den Devisenreserven bis zur Armeeausrüstung. Slowenien will gleichzeitig seinen Anteil an den Schulden und Verpflichtungen übernehmen. Sollten die anderen Republiken Verhandlungen über eine Aufteilung ablehnen, "wird Slowenien gezwungen, die Abspaltung von Jugoslawien einseitig vorzunehmen", so der slowenische Präsident Kucan. Noch vor einem Jahr wäre auf den slowenischen Schritt eine sofortige Gegenreaktion von serbischer und Militärseite erfolgt.

Serbien selbst eröffnete jetzt überraschenderweise Slowenien die Möglichkeit des Ausstiegs. Nach Gesprächen zwischen Kucan und Milosevic wurde in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana erklärt, Serbien habe das Zugeständnis gemacht, daß Slowenien seinen "eigenen Weg" in Bezug auf künftige Bindungen in Jugoslawien gehen könne. (FAZ 26.1.91) Kucan sagte Serbien im Gegenzug zu, jede Nation habe das Recht "in ihrem eigenen Staat zu leben". Diese Erklärung ist mindestens interpretationsfähig, läßt sie doch auch die Auslegung zu, daß Slowenien das Recht Serbiens auf Gebiete mit überwiegend serbischer Bevölkerung in anderen Republiken zugesteht. Von serbischer Seite lag dem plötzlichen Zugeständnis an Slowenien das Kalkül zugrunde, ein unabhängiges Slowenien würde das Gewicht Serbiens im Rest-Jugoslawien verstärken und Kroatien eines potentiellen Bündnispartners berauben. Serbien hat zudem dann freie Hand im Kosovo, wo die Situation nach der Schließung der Schulen bis Herbst immer mehr derjenigen der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten ähnelt. Slowenien hat als einzige Republik eine relativ homogene Bevölkerungszusammensetzung, Serbien kann auf keine von Minderheiten bewohnten Gebiete Anspruch erheben. D.h. ein Festhalten Sloweniens im Bund wäre nicht auf eine relevante serbische Minderheit zu stützen gewesen und nur mit militärischer Gewalt möglich.

Der Beschluß des Parlamentes wird weitreichende Folgen haben: Die Reaktion Kroatiens kann nur sein, sich auch für die Eigenständigkeit zu entscheiden, wobei aber offen ist, ob Serbien dem nicht durch Entmachtung der kroatischen Regierung zuvorkommt.

Der slowenische Ministerpräsident Pucnik kündigte an, das Land werde in Zukunft "spezielle Beziehungen" zu Kroatien und Bosnien-Herzegowina unterhalten. Mit Kroatien sei eine konföderale Verbindung im Bereich des Möglichen. Beide Republiken hatten am 20.1. einen gegenseitigen Beistandspakt geschlossen, der u.a. vorsieht, im Falle einer Intervention der Volksarmee ihre Einwohner zu den Waffen rufen und die Entsendung von UN-Friedenstruppen und ausländischen Vermittlern anzufordern.

Zehntes Bundesland Österreichs?

Für Slowenien, etwa halb so groß wie die Schweiz, mit zwei Millionen Einwohnern, stellt sich mit der Unabhängigkeit die Frage des eigenen Überlebens.

Es herrscht Krise, das Pro-Kopf-Einkommen ist in den vergangenen Monaten um ein Viertel gesunken. Einige wesentliche Betriebe der Republik stehen kurz vor dem Ruin, die Zahl der Arbeitslosen nähert sich bereits heute 100.000. Obwohl Slowenien die wirtschaftlich am weitesten entwickelte Region des Landes ist, bewegt sich seine Investitions-und Arbeitsproduktivität um etwa 17% unter der der ärmsten EG-Staaten wie

Griechenland und Portugal. Slowenien wird weiterhin Bindungen zum jetzt noch bestehenden Jugoslawien benötigen, 30% seiner Produkte werden dort gegenwärtig, trotz serbischer Boykottmaßnahmen, abgesetzt.

Eine eigene Währung wird vorbereitet, in etwa zwei Monaten will man neue Banknoten herausgeben. Erwartet wird das Gesetz über die Privatisierung der Betriebe, das "Gesundschrumpfen" der Wirtschaft soll fortgesetzt werden. Doch sowohl für die Erneuerung von Anlagen als auch für Neuinvestitionen hofft man auf ausländische Investoren und EG-Hilfen. Während die einen wie der Wirtschaftsberater von Ministerpräsident Pucnik, Bajt, sich Slowenien als zehntes Bundesland Österreichs vorstellen können, setzen die anderen auf die volle EG-Mitgliedschaft - ein Weg, der noch weit und steinig sein dürfte.

Die Einheit Jugoslawiens erhalten

Die EG hat sich in den vergangenen Wochen mehrfach mit dem Problem Jugoslawien beschäftigt. Während sich die Rechten nichts sehnlicher wünschen als einen Zerfall in Kleinstaaten, fiel der Mehrheit der Europaparlamentarier nichts anderes ein, als für die Aufrechterhaltung der Einheit und territoriale Integrität Jugoslawiens zu plädieren (FAZ 28.2.) und weitere Finanzhilfen an diese Bedingung zu knüpfen. Die sezessionistischen und expansionistischen Tendenzen führten in eine Sackgasse, so der luxemburgische Außenminister Poos. Er sehe keine Möglichkeit, wie die EG separat mit den einzelnen Repubiken verhandeln solle. Die EG befürworte eine demokratische und freie Föderation, unter deren Zentralregierung sich alle frei entfalten könnten.

Während die EG aus Trägheit und Angst vor den Folgen des Zerfalls nach dem Motto "die sollen sich mal wieder vertragen" agiert und damit die Schärfe der Widersprüche ignoriert, arbeiten die USA mit versteckten militärischen Drohungen. In den kritischen Tagen um 20. Januar, als an die in Kroatien stationierte Volksarmee bereits scharfe Waffen und Verpflegung für 48 Stunden ausgegeben waren, soll der US-Botschafter in Belgrad beim jugoslawischen Präsidenten Jovic vorgesprochen und diesem klargemacht haben, daß die USA ein "Niederwalzen demokratischer Institutionen durch die Armee nicht hinnehmen würden." (Die Welt 24.1.91) Dies soll für den Rückzug der Armee eine Rolle gespielt haben.

Während die Armeespitze wie der frühere jugoslawische Generalstabschef Mirkovic weiterhin die Sowjetunion als "Garanten für den Bestand Jugoslawiens" sehen, wird die Nato als als potentieller Bedrohungsfaktor eingeschätzt. Mirkovic beschuldigte sie, Jugoslawien mit Hilfe "der Faschisten in Kroatien und der Weißgardisten in Slowenien zerschlagen zu wollen." (FAZ 18.2.)

Offiziell demonstriert die Nato Abstinenz in dem Konflikt. Nato-Generalsekretär Wörner erklärte Ende Januar:"Die Nato greift nicht ein, die müssen das untereinander ausmachen."

Doch es erscheint heute immer unwahrscheinlicher, daß die Konflikte beim Auseinanderfallen Jugoslawiens noch ohne Bürgerkrieg gelöst werden können. Zudem ist nicht nur der Kampf um Grenzen im Land entbrannt, militärische Auseinandersetzungen zwischen Serbien und Albanien um den Kosovo oder zwischen Mazedonien und Bulgarien sowie Griechenland um die dort von Mazedoniern bewohnten Gebiete sind künftig nicht auszuschließen.(2)

Bei aller jetzigen Zurückhaltung Westeuropas und der Nato wird es mindestens dann spannend, wenn einer der Inner- oder Außerjugoslawischen Kontrahenten die Hilfe von UN-Friedenstruppen oder der Nato anfordert.

sab.

Anmerkungen

(1) Mitte Februar veröffentlichte die Belgrader Leitung "Illustrovana Politika" eine Landkarte, die die Gebietsansprüche der serbischen Führung dokumentiert. Danach verlangt Serbien neben der Republik Montenegro die Kernlande Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas, weil "dort eine serbische Bevölkerungsmehrheit gelebt hat." Grundlage für die Festsetzung neuer Grenzen dürfe nicht die heutige Bevölkerungsstruktur, sondern deren Zusammensetzung vor dem zweiten Weltkrieg sein, so das Blatt. (FAZ 13.2.91)

(2) Ende Februar beantragte die stärkste Partei im mazedonischen Parlament, die nationalistische IMRO, für die Republik ebenfalls die Abspaltung von Jugoslawien zu beschließen. Dieser Antrag fand jedoch keine Mehrheit, denn er implizierte gleichzeitig eine "Grenzverschiebung" Richtung Bulgarien und Griechenland mit

dem Anspruch, die mazedonische Siedlungsgebiete dort "heimzuholen". Der Beschluß wurde von den Fraktionen der Kommunisten und Reformsozialisten verhindert, doch von mehr als der Hälfte der Bevölkerung wird ein Mazedonien in seinen historischen Grenzen befürwortet.

52. Erklärung zu den Konsequenzen aus der GAL-Mitgliederversammlung vom 2. März 1991

CD-Datei: daten/aksuche/ak328/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:51

Dokumentation

Erklärung zu den Konsequenzen aus der GAL-Mitgliederversammlung vom 2. März 1991

Die Grün-Alternative Liste ist gespalten

Bei knapper Mehrheit der anwesenden Mitglieder (270) haben die "

Realpolitiker" in der GAL auf jede Kompromißsuche verzichtet und damit zum zweiten Mal in kurzer Zeit demonstriert, daß sie keinen Wert mehr auf linke Oppositionspolitik legen, weil diese eine rot-grüne Regierungspolitik stört. Die GAL behält zwar ihren Namen, die Bezeichnung "grün-alternativ" wird jedoch künftig keine Bedeutung mehr haben.

Aus diesem Grund stellen wir die Arbeit für die GAL ein.

Die gegenwärtige Beschlußlage macht es unmöglich, die GAL weiterhin aktiv zu unterstützen oder zu wählen, weil

- mit der irrealen Option auf "Rot-Grün ohne Preisgabe grüner Inhalte" Wahlbetrug betrieben wird. Denn: Rot-Grün kann auf dieser Grundlage in Hamburg in absehbarer Zeit nicht zustande kommen, oder die Inhalte müssen preisgegeben werden. Den Wahlbetrug spielen wir nicht mit.

- wie alle anderen bürgerlichen Parteien die GAL sich entschlossen hat, Politik auf der Grundlage demoskopisch vermuteter Mehrheiten zu betreiben. Damit wird der Versuch aufgegeben, auch Mehrheiten durch Überzeugung zu verändern.

- damit letztlich die Hoffnung auf Veränderung der Gesellschaft aufgegeben wird. Gleichzeitig liegt darin die Aufforderung, sich mit den Verhältnissen, den "Sachzwängen" und dem "Machbaren" zu arrangieren und die Politik den Abgeordneten zu überlassen, anstatt sich selber zu engagieren und Widerstand zu leben.

Diesen Weg der Anpassung, der das Rückrat bricht und in die Resignation führt, gehen wir nicht mit.

Wir werden weiterhin - wie bisher - die gesellschaftliche Opposition unterstützen und zu stärken versuchen.

Das Scheitern der GAL ist aus unserer Sicht nicht automatische gleichzusetzen mit dem Scheitern des Versuchs, system-oppositionelle Politik mit der Beteiligung an Parlamentswahlen zu verknüpfen. Die Arbeitsteilung "Die Linken besorgen den außerparlamentarischen Widerstand - die Angepaßten kandidieren fürs Parlament" lehnen wir ab.

Wir verlassen die GAL nicht einzeln. Wir wollen uns nicht ins Privatleben zurückziehen. Einige von uns sind entschlossen, eine Alternative Liste zu gründen und die Möglichkeit einer Kandidatur zur Bürgerschaft am 2. Juni zu prüfen.

Zu sofortigen Austritt aus der GAL Hamburg haben sich entschlossen:

Rosita Timm, Christina Kukielka, Horst Schachner, Marily Stroux, Klaus Herrmann, Traute Springer, Anja Behnken, Ulrike Vollmer, Andreas Bandl, Verena Grentzenberg, Hilde Ernst, J. Eckard Sträßner, Olaf Pohla, Monika Ahlf, Cornelia Hippler-Donath, Anja Kuhr, Christin Hönemann, Peter Bremme, Anna Ammon, Tay Eich, Alexander Virchow, Bettina Cabus-Eich, Dieter Doose, Stefan Doose, Bernd Vetter, Michael Herrmann, Irmela Manzke, Dieter Huber, Stephan Watrin, Peter Bachofner, Herbert Bühl, Jürgen Stöhr, Kurt Hiller, Hennig Fülle, Hanne Buttaro, Uli Schmoors, Heike Peper, Angelo Wehrli, Petra Adrian, Heiko Lißner, Jeanette Jazzazi, Arne Timmermann, Anette Kruse, Maren Brassat, Sigrid Stallbaum, Christoph Hohlfeld, Günther Hopfenmüller, Amke Dietert-Scheuer, Axel Schwärzler, Jörg Beßmann, Marie-Luise Schmidt, Johannes Pausch, Fritz Chaban, Rainer Link, Hartmut Hornung, Ines Frankenberg, Ingrid Strasser, Rainer Tiedemann, Rainer Willhoeft, Gerhard Schönberger, Heidrun Schönberger, Frank Frind.

Diese Erklärung unterstützen, treten im Moment jedoch noch nicht aus:

Georg Fiedler, Sabrina Mohr, Sigrun Münch-Ferede, Petra Schmidt, Lutz Mühlhaus, Holger Scharf, Matthias Lühmann, Ralf Ritter, Jens Horeis, Wulf Sorge, Michael Böttcher, Jürgen Floerke, Michael Wunder, Harald Horst, Ernst Medecke, Frank Uckermann, Herbert Nix, Gaby Gottwald.

53. Die DDR wird abgewickelt

CD-Datei: daten/aksuche/ak328/ddr.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:ddr

Da bleibt nichts mehr wie es war. Die ehemalige DDR wird in jeder Hinsicht demontiert. Kulturell, sozial und wirtschaftlich. Ein blühendes Land, Wohlstand und Freiheit war den Menschen in Aussicht gestellt worden - bei sozialer Sicherheit, demokratischer Beteiligung und sauberer, leichter und gut bezahlter Arbeit. Mit einer Durststrecke hat wohl jedeR gerechnet, aber was sich jetzt abspielt, spottet selbst jeder wohlwollenden Bereitschaft zum zeitweiligen Gürtel-enger-Schnüren: Reihenweise schließen die Betriebe, mit einem festen Arbeitsplatz kann niemand rechnen, die Läden und Geschäfte ändern ihre Bezeichnungen und Namen, die Bürokratie hat in einem nie geahnten Ausmaß zugenommen - Steuern, Versicherungspflicht, Anträge auf Sozialleistungen, Behördenwust. Löhne werden über Wochen nicht ausbezahlt, zustehende Sozialleistungen verweigert. Daneben verändert sich der ganz normale Alltag: DDR-Produkte sind vom Markt verschwunden, Straßennamen ändern sich, Schulbücher werden ausgetauscht und Kinderkrippen schließen. Ein Land in Auflösung, Grundstücke, Industrie und Arbeitskraft sind zum Schleuderpreis zu haben. Aber die Investoren bleiben dennoch aus. Die Eigentumsverhältnisse sind ungeklärt und die Spekulation auf weiteren Preisverfall findet Nahrung in dem Gebahren der Treuhand, die einen harten Kurs der Privatisierung betreibt. Die Menschen fangen an, auf die Straße zu gehen, gegen die Schließung ihrer Betriebe, für Arbeitsplätze und wenigstens Zweidrittel der Löhne, die im Westen gezahlt werden. Wer kann, versucht sein Heil im Westen, die Auswandererberatung in Berlin hat Hochkonjunktur. S. 23 - 25

54. Die freie Wahl!

Fünf Listen der Linken zur Bürgerschaftswahl?

CD-Datei: daten/aksuche/ak328/hhwahl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:hhwahl

Der gemeine Hamburger Linke kann sich bei den kommenden Bürgerschaftswahlen über eine wirklich repräsentative Auswahl nicht beklagen. Bisher haben ihre Kandidatur angemeldet: Die GAL, das GRÜNE FORUM, die Frauenfraktion (in neuer Besetzung), die Alternative Liste, die PDS/Linke Liste und schließlich die DKP. Da jeder weiß, daß bei dieser Aufsplitterung keine Gruppierung eine ernsthafte Chance hättte, die 5%-Hürde zu meistern, wäre es die Gelegenheit, einmal das Kräfteverhältnis innerhalb der Linken zu messen. Es müßte nur dafür gesorgt werden, daß sich nicht allzuviele der zu diesem Spektrum zählenden Menschen in Grausen abwendet, gar nicht zur Wahl geht oder gar zur SPD übergeht.

Auch wenn sich dies so geschrieben noch nach Humor anhört, es entspricht der Wirklichkeit für die Konkurrenzkandidaturen aus der GAL. Keine der Gruppierungen rechnet sich allein ernsthafte Chancen aus. Sollte gegeneinander kandidiert werden, geht es ausschließlich darum, die eigenen Ausgangbedingungen zu verbessern bzw. die der konkurrierenden Gruppen zu verschlechtern. Es wird also kandidiert, damit die jeweils andere Gruppe nicht reinkommt.

Mit der PDS/Linken Liste tritt eine neue Kraft auf den Plan. Auf einer Mitgliederversammlung am 6.3. wurde mit 29:17:10 entschieden, mit einer eigenen Liste zur Wahl anzutreten. Frohen Mutes rechnet die Mehrheit damit, das bei der Bundestagswahl erreichte Ergebnis von 1,1% verbessern zu können, und läßt sich auch nicht dadurch beirren, daß die PDS/Linke Liste bisher weder in der Stadt noch in der Linken eine Rolle gespielt hat. Es wird somit eine Programmkandidatur nach dem alten DKP-Wahlkonzept werden. Man darf gespannt sein, ob es in der Neuauflage erfolgreicher ist als im Original.

55. Die Sowjetunion auf dem Lande

CD-Datei: daten/aksuche/ak328/su.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:su

Die Sowjetunion auf dem Lande Fünf Monate in der UdSSR leben und arbeiten: Ein Wagnis? Ein Abenteuer? Oder aber eine Gelegenheit? Die Wahrheit ist sicher- lich in allem. Ein Genosse von uns absolvierte in der UdSSR ein landwirtschaftliches Praktikum. Er weilte in unterschiedlichen Landesteilen und Betrieben. Erfahrungsgegensätze wie Schlangestehen in Moskau und fast sorgenfreies Leben in Georgien, hochmoderne Kolchosen in der Ukraine und nebenan Betriebe, die nur mittels staatlicher Kredite überleben können. Menschen, die die derzeitige Situation für ihren Vorteil nutzen, während die Nachbarn im Dorf scheinbar in Lethargie versinken und von besseren Zeiten träumen. Und überall im Land trotz Antialkoholkampagne die gleiche Gastfreundlichkeit: Trinksprüche und volle Gläser wohin mensch schaut. Erlebnisse und Fragen nach einem fünfmonatigen Aufenthalt im Land der Oktoberrevolution

auf den Seiten 28 und 29 Die Sowjetunion auf dem Lande Fünf Monate in der UdSSR leben und arbeiten: Ein Wagnis? Ein Abenteuer? Oder aber eine Gelegenheit? Die Wahrheit ist sicher- lich in allem. Ein Genosse von uns absolvierte in der UdSSR ein landwirtschaftliches Praktikum. Er weilte in unterschiedlichen Landesteilen und Betrieben. Erfahrungsgegensätze wie Schlangestehen in Moskau und fast sorgenfreies Leben in Georgien, hochmoderne Kolchosen in der Ukraine und nebenan Betriebe, die nur mittels staatlicher Kredite überleben können. Menschen, die die derzeitige Situation für ihren Vorteil nutzen, während die Nachbarn im Dorf scheinbar in Lethargie versinken und von besseren Zeiten träumen. Und überall im Land trotz Antialkoholkampagne die gleiche Gastfreundlichkeit: Trinksprüche und volle Gläser wohin mensch schaut. Erlebnisse und Fragen nach einem fünfmonatigen Aufenthalt im Land der Oktoberrevolution

auf den Seiten 28 und 29

56. Der Golfkrieg, die Linke ...

CD-Datei: daten/aksuche/ak328/vor1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:vor1

Der Imperialismus hat seine Schlacht gleich zweifach gewonnen - militärisch am Golf, ideologisch an der Heimatfront. Der Katalysator "Krieg" hat die Opposition in den Kernländern des Westens offenbar noch mehr demoralisiert als alle anderen Integrationsmechanismen, die der Kapitalismus anzubieten hat. "Weil sogar die Linke zu bemerken beginnt, daß historisch gesehen die USA im Recht sind", triumphierte die Londoner Sunday Times, werde mit dem Golfkrieg nicht nur jener "breiten linken Allianz gegen die USA" der Garaus gemacht, sondern zugleich auch dem "Konzept der Dritten Welt", das an die Stelle der Identifikation mit der Sowjetunion getreten sei.

In der Bundesrepublik waren ganze Sektoren der "linken Intelligenz" zu den Fahnen geeilt: In Kommentaren und Artikeln der "taz" und der "links" wurde die wochenlange Bombardierung des Irak moralisch legitimiert, in der "Kommune" zur "wehrhaften Zivilität" gegen die islamische Gefahr aufgerufen, und in "konkret" die Bundeswehr als schlapper Haufen kritisiert. Und die kurz vor Kriegsbeginn ganz plötzlich in erstaunlicher Breite entstandene Antikriegsbewegung in der BRD? Sie begann ebenso schnell wieder zu schrumpfen, wie Deutschlands Kriegsbeitrag wuchs. Die Furcht vieler Friedensbewegter vor dem, was ihnen selbst durch diesen Krieg passieren könnte, ließ rapide nach, als sich das Massensterben als ein regional begrenztes erwies. Mit der Kritik dieser Entwicklung und dem "Aufbau eines antiimperialistischen Antikriegsflügels" soll sich ein "Antikriegsrat" am 23. März in Köln befassen, zu dem die Radikale Linke aufruft. Wir dokumentieren Diskussionsbeiträge aus dem RL-Spektrum (u.a. von Thomas Ebermann und Rainer Trampert), und berichten über Tendenzen der Friedensbewegung in Großbritannien, Italien und den Niederlanden. ... und Israel

..und Israel

Angesichts der irakischen Raketenangriffe auf Israel und der Befürchtung, der Irak könne dabei auch mit deutscher Hilfe produziertes Giftgas einsetzen, bleibt das Verhältnis deutscher Linker zu Israel auch nach Ende des Krieges ein Streitthema. Ungeklärt bleibt dabei nach wie vor, in welchem Verhältnis eine "rein antiimperialistische" Betrachtungsweise und die Tatsache, daß die Gründung des Staates Israel direkt mit dem deutschen Holocaust zusammenhängt, in der Diskussion stehen sollten. Wir veröffentlichen kontroverse Beiträge zu diesem Thema.

57. Die Welt in (Un)Ordnung

CD-Datei: daten/aksuche/ak328/vor2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:328:vor2

"Daß Schreckliche, das jetzt das Richtige ist" (H. Gremliza) ist getan. Der nicht gerade originellen und alles andere als spezifisch linken Aufforderung, "daß viele Menschen sterben müssen, damit andere leben können" (H. Gremliza), ist die US-Armee im vollen Maß nachgekommen. Nach wochenlangen Bombardierungen und nach der Auslöschung von 100.000 bis 150.000 irakischen Leben herrscht wieder Frieden im Nahen Osten.

Es hat noch keinen Krieg gegeben, in dem die technologische Überlegenheit so total zur Geltung gebracht wurde. Die imperialistische Kanonenboot-Politik des 19. Jahrhunderts lebt, in völlig neuen Dimensionen der Vernichtung, wieder auf.

"Das Gespenst Vietnam ist für immer im Wüstensand der arabischen Halbinsel begraben", triumphieren Bush und seine Generäle. So, wie das "Vietnam-Trauma" in den USA jahrelang nachwirkte, könnten die nächsten Jahre von einer "Irak-Euphorie" geprägt sein: der Meinung nämlich, daß Krieg nicht viel gefährlicher zu sein braucht als der Feierabend-Verkehr in New York.

Wir analysieren Kriegsverlauf und Nachkriegssituation, untersuchen die Politik Syriens und berichten vom Fortgang des israelisch-palästinensischen Konflikt.